

Edgar J. Jung

Die Herrschaft  
der  
Minderwertigen

Ihr Zerfall und ihre  
Ablösung

776







Die Herrschaft  
der Minderwertigen



# Die Herrschaft der Minderwertigen

Ihr Zerfall und ihre Ablösung

von

Edgar J. Jung

Verlag Deutsche Rundschau G. m. b. H.  
Berlin 1927

1125



2867

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1927 by Deutsche Rundschau G. m. b. H., Berlin



Denen, die im Kampfe fielen,  
zum Gedächtnis,  
Denen, die im Kampfe stehen,  
zum Ansporn

# Inhalt

Zum Geleite

Seite  
1

## Erster Teil: Die geistigen Grundlagen der Politik

- Weltanschauungschaos** . . . . . 7  
Ursprung des Chaos liegt weit vor 1918 S. 7. — Mangel an universalistischer Betrachtungsweise 8. — Widerspruch zwischen politischer Phrase und politischer Wirklichkeit 8. — Mangel an Lebensbild. Die heutige „Weltanschauung“ 10. — Zusammenbruch der Parteiprogrammatik 11. — Die wahrhaften weltanschaulichen Gegensätze 12
- Die metaphysische Wurzel der Weltanschauung** . . . . . 12  
Die geistige Voraussetzungslosigkeit des deutschen Volkscharakters 13. — Das Axiom von der Unvergänglichkeit des metaphysischen Triebes 13. — Die zwei großen Weltanschauungslager 14. — Religion und Idee 15. — Der richtungslose Illusionist 15. — Das Gesicht unserer Zeit 16. — Realismus und Kulturwille „gläubiger“ Zeitalter 16. — Der moderne Atheist 16. — „Die Umwertung aller Werte“ 17
- Seele und Wertung** . . . . . 17  
Die notwendige Grenze 17. — Individuum oder höheres Leben als letzter Wert 18. — Die Vernichtung der Ethik durch den Individualismus 19. — Intellektualismus, Materialismus, Utilitarismus, Pazifismus 20. — Das „Ideal“ des langen und bequemen Lebens 21. — Der Gebärstreik als Folge individualistischer Bewertung der Frau 22. — Das „Ideal“ der Gleichheit 23. — Das „Ideal“ der Freiheit 24. — Gewalt und Macht 24. — Der individualistische Mensch in der Wirtschaft 24. — Das „Gehirntier“ 25. — Das Prinzip der Minderwertigkeit 27. — Bildung und Erziehung 27
- Der Sieg der Minderwertigkeit im Kriege** . . . . . 27  
Der Individualismus der Völker 27. — Die Deutung des Weltkrieges 28. — Der Kampf des Irdischen gegen das Göttliche 28. — Die seelische Selbstaufgabe des deutschen Volkes im Jahre 1918 29. — Hemmungsloser Auftrieb der Minderwertigkeit 29.

<b>Die Umkehr.</b>	Seite 30
Die Untergangstheorie 31. — Das Wiederbewußtwerden des metaphysischen Triebes als Folge des Kriegserlebnisses 31. — Die Besonderheit des deutschen Kampfes 32. — Die Harmonie von Leben und Tod 32. Vertiefung des Kriegserlebnisses in Revolutions- und Nachkriegszeit 33. — Die Aufbaukräfte des Frontkrieger­tums 34. — Die Zeitwende 34. — Zivilisation und Kultur 35. — Die deutsche Sendung 35	
<b>Der neue deutsche Mensch.</b>	36
Seine Stellung zu Religion und Kirche 36. — Der Wille zum Glauben 37. — Die neue Front 37. — Die geistige Veranlagung des deutschen Menschen 39. — Die Deutschen als Volk der Mitte 39. — Die gemeinsame Richtung 40. — Die Verwurzelung im Volkstume 40. — Die sittliche Grundlage des Machtprinzips 41. — Ablehnung des falschen Humanitätsgedankens 41	
<b>Der überindividualistische Wertmaßstab</b>	42
Die opfernde Frau 42. — Wegfall der Illusionen. Die wahre Gleichheit 43. — Die wahre Freiheit 43. — Die geistige Einigung des Volkes als seelischer Vorgang 44. Die wahre Hochwertigkeit 44. — Geistiges Führertum 45. Die Erziehungsaufgabe des Führers 46. — Die dienende Wirtschaft 46	
<b>Neueinstellung zu Völker- und Rassenfragen</b>	48
Das Reich der Hochwertigkeit 48. — Volk und Rasse 49. Das konservativ-revolutionäre Prinzip 52.	

## Zweiter Teil: Volk, Gesellschaft, Staat, Recht

<b>Die Möglichkeiten der Gemeinschaftsbildung</b>	55
Die organische Staatsauffassung 56. — Der Interessenvertrag 56. — Klasse und Partei 57. — Individualismus und Volkstum 57. — Imperialismus und Kosmopolitismus 58. — Der überindividualistische Gemeinschaftsbegriff 59.	
<b>Der Kampf um den Staatsinhalt</b>	60
Die Zerschlagung der Gesellschaft durch die französische Revolution 60. — Die westliche Nationalidee 61. Die Wirkung auf das deutsche Volk 61. — Deutschtum und moderner Staat 62. — Die Überspannung des Staatsbegriffes 63. — Die geschichtliche Entwicklung des modernen Staates 63. — Die „Menschenrechte“ 64. — Die Übernahme des Kulturellen und Sozialen in den Staat 65. Der Staat als einziger Rechtsschöpfer 65. — Der allmächtige Staat 66. — Die wahre Autonomie 67. — Der „Mammutsstaat“ 68. — Primat der Außenpolitik?! 69	

	Seite
<b>Die moderne „Gesellschaft“</b> . . . . .	70
Verstädterung 71. — Die Flucht aus dem Heim 72. Die Entmannung des flachen Landes 73. — Das Führer- prinzip 74. — Der reiche Mann als Vorbild 75. — Das deutsche Bürgertum ohne eigenen Lebensstil 77. — Gesell- schaftliche Unterbewertung der Kulturträger 78. — Der „kapitalistische“ Druck auf die Presse 79. — Die gesell- schaftlichen Zerfegungselemente in der Sportbewegung 80	
<b>Familienbämmerung</b> . . . . .	81
Die Mütterlichkeit als Grundlage der Familie 81. Sozial hochwertige und minderwertige Frauen 82. — Die Vernichtung der weiblichen Individualität 83. — Die sexuelle Angleichung 85. — Der Geburtenrückgang als Folge dieser sexuellen Umstellung 86. — Junggefeslin und Ehebirne 86. — Moral und Ethik im Geschlechtsleben Die Veränderung der weiblichen Psyche 88. — Die kurz- fristige Ehe 88. — Zerfall der Hauswirtschaft 89. — Ver- nichtung der sozialen Stellung der Frau 91. — Das Ehescheidungsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches 91. — Geburtenfrage und Volkstum 92	
<b>Verwässerung des Ehrbegriffes</b> . . . . .	93
Aus dem Volkstum abgeleitete Ehre 93. — Pflicht und Ehre in der Gesellschaft 94. — Der individualistische Ehrenschutz des heutigen Strafrechtes 95	
<b>Die rechtsphilosophischen Grundlagen des westlichen Staats-   ideals</b> . . . . .	96
Demokratie als logische Folge des Liberalismus 97. Liberaler Mensch und liberale Partei 99	
<b>Das wahre Gesicht der Partei</b> . . . . .	99
Entstehung der Parteiideologie 99. — Zerfall der Parteiideologie 100. — Die heimlichen Interessen 100. — Der Demagoge aus Notwendigkeit 102. — Die Psyche des „Parteiutschen“ 102. — Die Zelle der Partei 103. — Die Spitzen der Partei 105. — Parteizersplitterung 105. — Falsche Wahlrechtsgrundlage 106	
<b>Der Parteistaat</b> . . . . .	106
Das mobile Kapital als Beherrscher des westlichen Staates 106. — Die seelische Versklavung der Massen 107. Die mißbrauchte Schutztruppe der Geldherrschaft 108. — Einer der Irrtümer von Karl Marx. Geld und Macht 109. Die Interessenverfälschung 110. — Die „Personalpolitik“ der Parteien 110. — Die Gefahren der parlamentarischen „Laufbahn“ 111. — Das Ende der Gewaltenteilung 111. Die Verquickung von Staat, Wirtschaft und Kultur 112. Die dilettantische Note des Parlamentarismus 113. — Die bedrohte Beamtenethik 114. — Die Verkümmerung der poli- tischen Willenskräfte beim Beamten 115. — Die Gefahr der Korruption 117. — Der starre Konservatismus der	



parlamentarischen Demokratie 117. — Der autoritätslose Staat, der Polizeistaat mit demokratischen Vorzeichen 118. Die Immunität der führenden Klisse 119. — Verzicht des Staates auf seine erzieherische Aufgabe 119. — Einfluß des staatlichen Lebens auf den Volkscharakter 120

**Die Möglichkeit neuer Wege . . . . . 121**

Die Revolution im Geistigen 121. — Winnig und Sombart über das „Proletariat“ 122. — Die natürlichen Grenzen der Programmatik 122. — Der Unterschied zwischen dem Überindividualismus des Mittelalters und dem der Zukunft 123

**Neubildung der Gesellschaft . . . . . 124**

Die Berufsstände 124. — Pflicht und Ehre des Berufsstandes 125. — Die Sachlichkeit wahrer Selbstverwaltung 126. — Die Reichsständekammer 126. — Der Staat als Wirtschaftspolizei 127. — Soziale Selbstverwaltung 127. Kulturelle Selbstverwaltung 129. — Dezentralisation der Schule 130. — Politische Selbstverwaltung kleinräumiger Gebilde 131

**Wirkung des gesellschaftlichen Neubaus auf die geistig-seelische Zuständigkeit des Volkes . . . . . 133**

Die allmähliche Befriedung der Gesellschaft 134. — Neue Führerschicht 134. — Die schöpferische Selbsthilfe des Volkes 135. — Wille zur rücksichtslosen Reform 136. Familienschutz 137

**Der Neubau des Staates . . . . . 139**

Kampf um Inhalt, nicht um Form des Staates 140. Die Ablösung des individualistischen Wahlrechtes 140. Das neue Parteileben 141. — Erste und zweite Kammer 142. — Zuständigkeiten der beiden Kammern 142. Abschaffung des Parlamentarismus 143. — Die vollziehende Gewalt 144. — Der Scheinkampf um die Frage Republik oder Monarchie 144. — Volk und Führung 145. Rechtsschutz des Gemeinschaftslebens 145. — Der neue Beamte 148. — Das gehobene Richtertum 148. — Besoldungsweise 149. — Reich und Staat 149. — Die außenpolitische Stellung des neuen deutschen Staates 154. — Die Sendung 155

**Dritter Teil: Wirtschaft**

**Volkswirtschaft und Staat . . . . . 157**

Materialistische Wirtschaft 157. — Wirtschaft als Funktion 158. — Wirtschaft und Politik 158. — Die Persönlichkeit als wirtschaftliche Triebkraft 159. — Volkswirtschaft und „Weltwirtschaft“ 160. — Wirkungen des Londoner Abkommens 162. — Kosmopolitismus und Finanzkapital 163. — Die geopolitische Wirtschaftseinheit 164.

	Seite
<b>Staatliche Wirtschaftspolizei . . . . .</b>	165
Erwerbstrieb oder Bedarf 165. — Gewerbepolizei 167. — Wirtschaft und Bodenständigkeit 168. — Der Grad der Bodenständigkeit in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Landwirtschaft 169. — Industrie 170. — Der gewerbliche Mittelstand und Handel 171. — Banken und Finanzkapital 172. — Beamtentum und freie Berufe 173	
<b>Die Arbeiterfrage . . . . .</b>	174
Die Entwurzelung des Handarbeiters 174. — Eingreifen der Krone 176. — Der falsche Weg 177. — Der psychologische Charakter der Klassenlage 178. — Werksgemeinschaft und Gewerkschaft 181. — Wirtschaftsfrieden durch rechtliche Regelung 183. — Wirtschaftsverfassung 184. — Trennung der Unternehmersphäre und der sozialen Sphäre 185. — Sicherung der Arbeiterexistenz 185. — Vernichtung der Qualität 187. — Keine neuen finanziellen Lasten 188	
<b>Individualistische Steuern . . . . .</b>	189
Planlosigkeit der Steuerpolitik 189. — Das Wesen der Steuern 191. — Unvernunft der direkten Steuern 191. — Steuerreform 195. — Steuerliche Sonderstellung der Landwirtschaft 195	
<b>Die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft . . . . .</b>	196
Hochkapitalismus oder Gemeinwirtschaft 196. — Rettung der Individualität in der Produktion, Bekämpfung des Individualismus im kapitalistischen Bereiche 197. — Arbeitsdienstpflicht 198	
<b>Vierter Teil: Kultur</b>	
<b>Die „Kunst“ der Intellektuellen . . . . .</b>	201
Die gemeinsame Bedingtheit aller menschlichen Tätigkeit 202. — Intellektueller und Masse 202. — Literatur und Malerei 204. — Theater 206. — Architektur 206. — Der moderne Tanz 207. — Amerikanische Einflüsse 207. — Die Kunst als Gewerbe 208	
<b>Seele und Materie in der Kunst . . . . .</b>	210
Stufenleiter der Künste. Dreidimensionale Kunst 210. Die zweidimensionale Kunst 211. — Das geschriebene Kunstwerk 212. — Der Individualismus als literarische Weltanschauung 213. — Musik 214. — Anzeichen der Umkehr 215	
<b>Erziehung oder Bildung ? . . . . .</b>	217
Volk und Bildung 217. — Der Nützlichkeitslehrplan 219. — Humanistische und realistische Schulen 220. — Volksbildungsbestrebungen 221. — Pädagogische Erstarrung 221. — Weltanschauungsschulen 222. — Berechtigungswesen und Berufsvorbildung 223	

Fünfter Teil: Bevölkerungspolitik

Seite  
225

**Bevölkerungsbewegung**

Volkserhaltung als Aufgabe 226. — Umfangreiche Sozialpolitik seit der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert 227. — Wachsende Lebensdauer 228. — Langsam sinkende Sterblichkeit 230. — Rascheres Sinken der Geburtenzahlen 231. — Heiratsziffer und Kinderzahl. Fast unveränderte Heiratszahl 231. — Schwund der Jugendlichen 232. Sinkende Sterblichkeit 234. — Folgen der Überalterung 234. Vergreisung als Vorstufe des Bevölkerungsschwundes 234. Die Verdunkelung dieses Tatbestandes 235. — Fast verbrecherisches „Nicht-zur-Kenntnis-nehmen“ 235. — Trügerisches Bild der Geburtenüberschüsse 235. — Trugschlüsse 236. — Trugschluß: ein entartetes Volk könne, wenn die Zeiten besser würden, das Verlorene nachholen 237. — Das biologisch junge Europa gegenüber dem biologisch gealterten 238. — Widerlegung eines weiteren Einwandes: es ist unwahr, daß alle Völker aussterben 239. — Frankreichs Bevölkerungsverfall 241. — Unterwanderung, Völkermischung 241. — Politische Folgen für die rückbleibenden Staaten 242. — Frankreichs Kampf gegen den Rassenselbstmord 243. — Andere Verhältnisse in Frankreich als im Deutschen Reiche 244. — Gefahren bei übergroßer Einwanderung Fremdstämmiger 244. — Keine körperliche Erschöpfung als Ursache des Kindermangels 245

**Die Entwurzelten . . . . .**

245

Binnenwanderung der Massen 245. — Abnahme der Auswanderung 245. — Zuwanderung von Ausländern 245. Industrierevierpolen 247. — Volkspolitische Verständnislosigkeit 247. — Polnische Wanderarbeiter 248. — Wirtschaftliche Widersinnigkeit 248. — Der Zug nach dem Westen 249. — Umkehr der Verhältnisse 249. — Entstehung des Stadtproletariats aus dem Landproletariat 250. — Die staatliche Ansiedlung (Ursache) 252. — Kennzeichen der Ansiedlung 253. — Vorzüge und Fehler der Ansiedlung 253. — Schicksalsfragen 254

**Veränderung der Volkszusammensetzung . . . . .**

255

Aussterben der oberen Schichten 255. — Die Kinderarmut der Beamten 255. — Armut und Kinderzahl 259. Schlüsse aus dem vorstehenden Material 259

**Ursachen für die Erkrankung des Volkskörpers . . . . .**

260

Seelische Ursachen 260. — Familie oder Ehe 261. — Mittel: Sitte und Gesetz 262. — Volkserhaltender Wert von Sitte und Gesetz 263. — Förderung durch Schule und Staat 266. — Anklagen gegen den Staat 266. — Fehler der Besoldungsordnung 266. — Versagen der sozialen Gesetzgebung auf bevölkerungspolitischem Gebiete 266

<b>Heilbehandlung des erkrankten Volkskörpers</b> . . . . .	Seite 267
Gegenauslese der Minderwertigen 267. — Familienfürsorge 268. — Besserungsvorschläge 268. — Siedlung 269. — Wanderung 270. — Wissenschaft und Staat 271	
<b>Sechster Teil: Außenpolitik</b>	
<b>Der Begriff der Außenpolitik</b> . . . . .	273
Kriegserlebnis und außenpolitische Einstellung 273. — Sprunglose Einstufung des außenpolitischen Begriffes 274. — Zerrissenheit deutscher Politik 274. — Volk formt Staat 275	
<b>Westlicher Aufstieg — europäischer Niedergang</b> . . . . .	276
Die geschichtliche Entwicklung 276. — Französischer Aufstieg 276. — Abstieg des alten deutschen Reiches 276. — Verluste im Westen 277. — Vorübergehende Teilgewinne im Westen 277. — Verluste im Osten 277. — Dreibund 278. — Österreichs Ende 278. — Rückblick auf die deutsche Volksgeschichte 278. — Das schmerzliche Gegenwartsbild 279. — Der Rückschlag von 1871 280. — Das Deutschland ohne machistaatlichen Rückhalt 280. — Überschätzung der Rheinlandbesetzung 281. — Die vorläufige Unsichtbarkeit der strategischen Grenzen 281. — Die unnatürliche Vorherrschaft Frankreichs 282. — Das deutsche Leid 283	
<b>Der Individualismus in der Außenpolitik</b> . . . . .	284
Deutsche Außenpolitik nach Gründung des Reiches 284. — Das saturierte Deutsche Reich 284. — Taktik und Grundsatz 284. — Mangelhafte Rüstung 286. — Die Erwerbung der Kolonien 286. — Die Flottenpolitik 287. — Berlin-Bagdad, englisch-russisches Bündnis 287. — Imperialismus und Kosmopolitismus 288. — Die falsche Ideologie deutschen Daseinskampfes 288. — Fragwürdige Sicherheit einer großen Ausfuhrindustrie 288. — Arbeiterangebot und Industrieentwicklung 289. — Der englisch-deutsche Gegensatz als Folge jener Politik 290. — Der pazifistische Kosmopolitismus 290. — Die geistigen Grundlagen unserer Machtkriegspolitik 292. — Neuer Wirtschaftsimperialismus 292. — Überseepolitik sollte begraben sein 292. — Gesteigerter Kosmopolitismus 293. — Der umlaufende Landesverrat 293. — Die heutigen Träger des außenpolitischen Kurzes 293. — Der bewußte Pazifismus 294. — Der materialistische Pazifismus der Tat 294. — Seelische Kräfte als Machtquellen 295. — Genf eine neue Ära der Weltpolitik? 295. — Alte Methoden 296. — Nur neue Formen 296. — Innenpolitischer Pazifismus 297. — Außenpolitische Taktik 297. — Das Endziel 298	
<b>Überindividualistische (völkische) Außenpolitik</b> . . . . .	298
Die völkische Gemeinschaft als höchster diesseitiger Wert 298. — Das letzte Ziel aller Politik 299. — Die erdgebundene Schicksalhaftigkeit des Volkstums 299. — Praktische Zielformel deutscher Außenpolitik 300. — Falsche Einwände 300. — Vorteile klar geformter außenpolitischer Ziele 300	

**Die volksmäßigen Ziele . . . . .**

Die Bedeutung des deutsch-österreichischen Anschlusses 301. — Seelische Kräfte Österreichs 302. — Fehler der politischen Vernünftelei 302. — Grenzdeutsche Befreiung 303. — Reich und Auslandsdeutsche 303. — Gewalttaten des westlichen Nationalstaates 304. — Gleichmacherei des westlichen Nationalstaates 305. — Die Undurchführbarkeit und der zweifelhafte Wert völliger Trennung 305. — Verbesserungsvorschläge. Irrweg 306. — Falsche und richtige Staatsauffassung 306. — Bedürfnisse des Auslandsdeutschtums 306. — Deutsches Volksrecht 307

**Die europäischen Ziele . . . . .**

Die älteren Formen 308. — Die neueren Formen 308. — Einzigartigkeit Europas 309. — Die europäische Anruhelage 309. — Die alte und die neue Formel 310

**Wirkungslose oder falsche Vorschläge . . . . .**

Wirtschaftliche Vorschläge. Zollunion 310. — Vorkarbeiten auf geistig-geschichtlichem und gesellschaftlichem Gebiete 311. — Mängel nach Form und Inhalt 311. — Die paneuropäische Bewegung. Geistige Grundeinstellung des Gründers 311. — Paneuropas äußerlicher Erfolg 312. — Kritik zur richtigen Stunde. Falsche Begründung 312. — Beschönigungen und Unwahrheiten 312. — Paneuropas Bauplan 313. — Falsche Baugrundsätze: von außen nach innen 314. — Versagen des Westlers vor Europas Problemen 314. — Faschistischer Anarchismus 314

**Die Grundlagen deutscher Bündnispolitik . . . . .**

Richtige Baugrundsätze von innen nach außen 315. — Der Kernraum 315. — Das Kernvolk 315. — Die geographische Mittellage 316. — Die Blutmischung 316. — Zwischen den Völkern. 316. — Die geistigen Grundlagen deutscher Bündnispolitik 316. — Herrschaft der Hochwertigkeit 317. — Die Herrschaft der Minderwertigen im Völkerleben 318

**Zur Durchführung der Neuordnung . . . . .**

Zwischen den west- und osteuropäischen Staaten 318. — Der zwingende Raum 319. — Europäische Märkte, nicht Bauernland 319. — Erleichterung durch deutsche Technik 320. — Schwierigkeiten 321. — Die neue Staatsverfassung als Rechtsverbrieftung für die Minderheiten 321. — Langsames Wachstum aus der Zelle 322. — Neue Verbindungsformen 322. — Zuwachs 322

**Der neue Nationalismus . . . . .**

Die Quellen des Nationalismus 323. — Schicksalswende 324. — Nationalismus als seelische Unpassung 324.

	Seite
Machtwillen als entscheidende Voraussetzung 324. — Das Selbstopfer als Höchstes 325. — Lebens-, Gesellschafts- und Staatserneuerung als Voraussetzung jedes außenpolitischen Wirkens 325.	
<b>Gegenwart und Zukunft</b>	327
Anhang:	
<b>Richtlinien zur inneren und äußeren Erneuerung deutschen Volkes und deutschen Staates</b>	333
<b>Vorspruch</b>	333
<b>Grundanschauungen</b> . . . . .	333
Gott, Volk und Einzelmensch 333. — Ewigkeitsdrang, Selbstopfer und Macht 334. — Deutsche Seele und deutsche Sendung 334. — Vervollkommnung und Freiheit 334	
<b>Grundsätze</b> . . . . .	334
Pflege des Volkstörpers 334. — Das Eigenleben der Gesellschaft 335. — Der Inhalt des Staates 336. — Gliederung des Reiches 336. — Volk und Staat 336. — Wahlrecht 337. — Verfassung 337. — Zuständigkeiten 337. — Rechtserneuerung 337. — Beamtentum 338. — Kulturpflege 338. — Wirtschaftspolitik 339. — Wirtschaftsverfassung 339. — Landwirtschaft 339. — Der soziale Ausgleich 339. — Steuerwesen 340. — Wehrhaftigkeit 340. — Deutsche Ziele der Außenpolitik 340. — Europäische Ziele der Außenpolitik 341	
<b>Endspruch</b> . . . . .	341
Die Herrschaft der Hochwertigen 341	



## Zum Geleite

Wer nicht stirbet  
Oh er stirbet,  
Der verdirbet  
Wenn er stirbet.

Jakob Wöhme

„So gewiß das Leben größer ist als sein Schatten, so gewiß ist es größer, der Poesie Stoff zu geben, als Poesie zu machen.“ In diesen Worte Hebbels klingen Töne, welche die Grundstimmung des heute in die Politik hineinwachsenden jungen deutschen Geschlechtes wiedergeben. Die Kriegsgeneration liebt das Wort keineswegs. Nicht über Politik zu schreiben, politisch zu wirken, ist ihr Begehren. Da sich der Verfasser zu dieser Generation rechnet, so sei im voraus ausgesprochen, daß er sich weder als Wissenschaftler noch als Literat fühlt. Was uns Jungen heute die Feder in die Hand drückt, sind zweierlei Umstände: einmal die tatsächliche Unmöglichkeit, im politischen Leben so zu wirken, wie es unser Herzenswunsch wäre, sodann aber auch notgedrungen das Zugeständnis an eine Zeit, die nur durch das Wort beherrscht wird. Sollte hier einmal eine Wende eintreten — und dieses Buch will den Weg dazu aufzeigen helfen —, so werden wir von solchen Zugeständnissen absehen können. Dann aber wird ein politischer Wille Gestalt gewinnen, der sich heute nur als literarische Sehnsucht gibt.

Der Verfasser gehört zu den Freiwilligen des Jahres 1914. Zu viel ist schon über dieses große Jahr geschrieben, zu sehr sind die überschwenglichen Ausdrücke der Sprache schon verbraucht. Nur kurz soll das Kennzeichnende jener Jugend hervorgehoben werden, die zum großen Teile heute auf den Schlachtfeldern des mitteleuropäischen Raumes begraben liegt. Sie war Gegenstand und doch wieder auch Träger des Weltkrieges. Gegenstand insofern, als die gewaltigen geschichtlichen Ströme, die zu einem Zusammenprall im Weltkriege

führten, von ihr, der deutschen Jugend, nicht beeinflusst waren, geschweige denn gelenkt wurden. Andere Menschen, andere geistige und wirtschaftliche Gesetze waren hier bestimmend. Als aber der Kampf um Sein oder Nichtsein entbrannt war, da wurde jene Jugend Träger des Kampfes. Da wurde sie nicht nur Kampfkörper, sondern auch Kampfwille. Gewiß war auch die militärische Führung ihrem Einfluß entzogen. Aber bei aller Verehrung für unsere großen Feldherren sei doch gesagt, daß die seelische Kraft dieser deutschen Kampfgeneration wohl das geschichtlich Einmalige und ewig Fortdauernde bleiben wird. Diese seelische Heldenstärke entsprang nicht politischem Bewußtsein, wurde nicht durch eine gewaltsame Disziplin erzwungen. Ihre Quellen lagen jenseits gedanklicher Vorstellungsreihen, strömten aus verborgenen Tiefen.

Mit der wachsenden Entfernung von jener Kriegszeit steigert sich das Verlangen nach ihrer Deutung. Es ist nicht nur der Forscherdrang, der den Ursprung bewiesener Seelenstärke erkunden möchte, vielmehr die Überzeugung, daß ein Volk jene Kräftequellen nicht verschütten darf, daß es für spätere Zeiten in der Lage sein muß, den Stolz jener Epoche wiederum zu mobilisieren, wenn es vor dem Weltgerichte bestehen will. Das geistige Leben der Kriegszeit gab keine Kunde von den gewaltigen Geschehnissen. Künste, Gesellschaftsleben, die gesamte Kultur gingen an dem furchtbaren Erlebnis vorüber ohne Gewinn, ohne geistige Vertiefung. Eine vernünftelnde Schönfärberei, eine flache Begeisterung waren der einzige Widerhall. Jeder Frontsoldat geriet in einen verlegenen Schrecken, wenn er aus der Schlacht, die tiefstes Menschentum aufgewühlt hatte, in die Heimat kam und hier das frühere leichte Dahinleben wiederfand. Unvergessen seien die Wenigen, die des Schicksals tragische Hand über sich fühlten. Aber sowohl Löhn, wie Fleg sanken auf den Schlachtfeldern dahin, und eitel Kriegsbegeisterung erschien einer aus den Fugen geratenen Nachkriegswelt ihr Wirken.

Was heute anhebt, ist die große Deutung des Weltkrieges, des Zusammenbruches und der daraus folgenden Not für das deutsche Volk. Es ist nicht die zwar schöne, aber rein vernunftgemäße Regung, daß wir es den dahingesunkenen Brüdern schuldig seien, ihrem Sterben einen Sinn zu verleihen. Die Kraft, die uns heute zur Selbstbesinnung mahnt, ringt sich los aus unseren eigenen Tiefen. Die Sonne scheint nicht mehr hell für uns, das Meer erfüllt uns mit keiner Unendlichkeit mehr, die Liebe erweckt in uns nicht mehr ewige Kräfte, wenn das Rätsel eines namenlosen Leidens, wenn die Qual des millionenfachen Todes nicht in eine neue Harmonie mit unserem Dasein gebracht wird. Denn heute lebt das deutsche Volk in innerer Zerrissenheit, es fehlt die Einheit, bei der erst die Menschenseele sich zu beruhigen ver-



mag. So wird die Untergangsstimmung unserer Zeit verständlich, die man zu betäuben sucht durch den Rausch wirtschaftlichen Wiederaufstiegs.

Was aber im deutschen öffentlichen Leben und in der Welt der sogenannten Politiker als verheißungsvolle Zeichen einer deutschen Kräftigung gepriesen wird, was also in der politischen Welt als Erfolg aufgezeigt werden soll, ist eitelste Selbsttäuschung und sträfliche Schönfärberei.

Die Anzeichen des Niederganges sind für jeden deutlich, der nicht als Vertreter der öffentlichen Meinung die „Pflicht“ hat, Optimist zu sein. Aber welchen Täuschungen unterliegen dabei die auf ihre Nüchternheit sich etwas zugute tuenden Zeitgenossen! Die geistig-seelische Verödung, dem sehenden Auge schon längst vor dem Kriege erkennbar und durch ihn nur für eine kurze Spanne unterbrochen, ist zum Hohne allen Gelärmes über Fortschritt und Aufbau das Zeichen unserer Tage geworden. Deshalb griff schon in der Vorkriegszeit die deutsche Jugend, der Steigerung des menschlichen Lebens und der menschlichen Gesittung innerstes Bedürfnis war, begierig nach den wenigen Büchern, die ihre Zeit als kulturlos und flach angriffen. Dann wurden die Jungen Träger des deutschen Daseinskampfes. Alles, was in ihnen drängte, nach den Sternen zu greifen, setzte sich in weltgeschichtliche Tat um. Und nun kam das bittere Ende. Zaghaft erwachte in manchem der schwache Hoffnungspunkt, die sogenannte Revolution möchte eine solche des Geistes werden. Heute, nach acht Jahren, glauben nur noch diejenigen an solche Ansätze, denen nicht mehr der Geist heilig ist, sondern die vom Stoffe beherrschte Vernunft.

Die Revolution des Geistes hat jetzt eingesetzt. Geistiger Aufschwung, seelische Neubelebung drängen empor. Einmal belebt ein frischer, lebendiger, Gott und der Natur verbundener Odem wiederum kleine Teile des deutschen Volkskörpers. Sodann hat sich dieser Volkskörper vergrößert, abgestorbene Teile sind wieder lebendig geworden, ein geheimnisvoller Kraftstrom fließt durch den ganzen europäischen Raum und erfüllt alle, die deutschen Blutes sind, mit einem neuen Gefühl der Zusammengehörigkeit. Diese Erneuerung des deutschen Seelentums und des volksdeutschen Denkens sind die einzigen wirklichen „Fortschritte“, die als schwaches Morgenrot unser suchendes Auge erquickten.

Die Gefahr besteht aber, daß es sich dabei gewissermaßen um Reimbildungen im luftleeren Raume handelt, die kein organisches Leben und Wachstum erzeugen können, bevor nicht das Gesamtleben des Volkes in seinen gesellschaftlichen, staatlichen und geistigen Funktionen davon ergriffen wird.

Damit sind wir bei dem Zwecke dieses Buches angelangt. Der neue deutsche Mensch, der aus dem wiedererwachenden Seelentum erstehen wird, soll in seiner gesamten geistig-feelischen Zuständigkeit dem deutschen Volke gezeigt werden. Dieser Mensch ist schon vorhanden und harret nur seines Einfasses. Er ist aber noch nicht zu eigenem Bewußtsein gelangt, und die ihm angemessenen Formen des sozialen Zusammenlebens sind ihm selber noch fremd, da er noch nicht die seinem Seelentum zukommende Stellung zur Umwelt erfaßt hat. Daraus ergibt sich hier die Aufgabe, das erwachende Seelentum in Bewußtsein zu überführen. So beschäftigt sich der erste Teil des Buches mit der feelischen Verfassung des neuen deutschen Menschen, die derjenigen des die Stunde beherrschenden Zeitgenossen gegenübergestellt wird. Erst wenn auf diese Weise die geistigen Grundlagen des politischen Denkens gewonnen sind, wird auf allen Gebieten menschlichen Gemeinschaftslebens, so dem der Gesellschaft, des Rechtes, des Staates, der Wirtschaft, des Volkes und der Kultur, sowie der Völkerbeziehungen das Wirken eines kommenden Geschlechtes programmatisch umrissen. Denn was nicht angeht, das ist die bisherige Rückwirkungslosigkeit unseres neu erwachenden Geisteslebens auf die politische Denkweise des Volkes. Der erste Teil des Buches wird also rein philosophischer Art sein müssen und stellt deshalb an den hierin ungeschulten Leser nicht unbedeutende Anforderungen. Der Verfasser versucht aber, in allen Teilen, die das Gemeinschaftsleben und damit den eigentlichen Gegenstand dieses Buches behandeln, die im philosophischen Teil gewonnenen Grundsätze in einer Weise zu verwerten, daß auch ohne Aneignung der im ersten Teile enthaltenen philosophischen Gedanken die streng einheitliche Grundlinie des Buches dem ungeschulten Leser verständlich wird. Denn eine einheitliche Schau der Dinge allen Suchenden zu ermöglichen, dünkt erstrebenswerter als eine umfassende wissenschaftliche Darstellung der hereinbrechenden Zeitenwende, die unfruchtbar für das Gesamtbewußtsein des Volkes bliebe. Diese keinesfalls eng zu begrenzende Schicht der Suchenden muß instand gesetzt werden, zu Fragen der praktischen Politik auf Grund jener einheitlichen Schau eine klare Stellungnahme zu finden. Mag dies zunächst auf intellektuellem Wege geschehen müssen, späterhin wird politische Haltung aus politischem Instinkte erwachsen, den neu zu entwickeln unsere Aufgabe ist. Denn, wenn wir heute noch Intellekt gegen Intellekt aufrufen: nur die Notwendigkeit mit gleichen Waffen zu kämpfen, zwingt dazu. Sind erst die großen feelischen Triebkräfte der Geschichte so von allem rationalistischen Schutte befreit, dann werden sie wieder den Herrscherrang bekleiden, der ihnen gebührt.

Mit bitteren Worten und harter Kritik wird in dem Buche nicht gespart. Aber schon die hier vertretene Weltanschauung gestattet

keine Weichheit, die Schwäche wäre. Es gilt die Dinge so zu sehen, wie sie sich in der harten Wirklichkeit darstellen. Nur ein Geschlecht, das zu hassen und zu verachten vermag, kann auch lieben und verehren. Nur starke Gefühle führen zur Steigerung des menschlichen Lebens und damit zu Höhepunkten der Gesittung. Es ist auch verfehlt, ein schweres Schicksal in der Darstellung beschönigen zu wollen. Man muß dem deutschen Volke zutrauen, daß es seine Kräfte um so mehr anspannt, je tiefer ihm der Abgrund dargestellt wird, aus dem es sich emporzuarbeiten hat. Verheimlichung schwerer Wunden führt zu nachlässiger Behandlung. Vor dieser „Tugend“ des demokratischen Zeitalters kann nicht scharf genug gewarnt werden. Es ist am Ende die Angst der Führer vor den Geführten, welche die Aufdeckung der Wahrheit verhindert. Solche Handlungsweise hält beide in den Niederungen fest. Denn der wahrhaftige Führer steigert die Kräfte seines Volkes durch mitleidlose Darstellung seiner Lage und reißt es dadurch mit in ungekannte Höhen.

Auch der Einwand, es sei genug des Tadels und nun wäre die Zeit des Aufbaues gekommen, verrät Angst vor der Wahrheitschau. Gewiß ist das schöpferische Aufzeigen neuer Ziele die größte politische Erziehungsstat. Aber schon seit 1919 redet man ununterbrochen vom Aufbau, in Wirklichkeit übertüncht man nur Ruinen. Soll an Stelle eines auszurodenden Dickichts ein Meer goldener Ähren sprießen, so kann der Samen nicht in das Dickicht gesät werden; erst muß der Boden rücksichtslos gerodet sein. Und in welchem Volke stecken mehr Vorurteile, wohnen mehr Selbsttäuschungen und halten sich hartnäckiger die sogenannten Weltanschauungen, als im deutschen? Nicht die Ehre des einzelnen noch eines Standes soll berührt werden, wenn der Verfasser harte Worte gebraucht. Denn hinter dem scharfen Tadel steht die heiße Liebe, und wer seinen Sohn lieb hat, der züchtigt ihn. Was aber hätten wir lieber als unser Volk?

Vielleicht wären diese Gedanken noch nicht der Öffentlichkeit übergeben worden, wäre der Verfasser nicht von einem Freundeskreise ermuntert, angeregt und hilfreich unterstützt worden. Wenn dieser Männer hier gedacht wird, so geschieht dies in innerer Verbundenheit und tiefem Dankgefühl. Nennen will ich nur zwei Freunde: Otto Leibrecht, mit dem ich, seit frühester Jugend verbunden, gemeinsam diesem Buche Inhalt und Form gab, und Karl E. von Loesch. Ihm verdanke ich es, daß er mir das Gedankengut des Schutzbundkreises vermittelte und formte, welches die Grundlage des bevölkerungspolitischen und volksdeutsch-außenpolitischen Teiles bildet. Wieweit er selbst Anteil daran hat, weiß nur der, welcher mit in der Schmiede neuen volksdeutschen Denkens stehen durfte.



## Erster Teil

# Die geistigen Grundlagen der Politik

Nicht das macht frei, daß wir nichts  
über uns anerkennen wollen, sondern  
eben, daß wir etwas verehren, das  
über uns ist. Goethe

### Weltanschauungschaos

Sicher ist das Wort jenes Franzosen richtig, daß die Menschheit alle 30 Jahre ihre Haut wechselt; ein selbstverständlich einsetzender Generationenkampf ist deshalb nicht erstaunlich. Der Verfasser würde sich ins Literarische verlieren, wollte auch er die heute zweifellos vorhandene Zwiespältigkeit deuten als einen etwa tragischen Gegensatz zwischen Vätern und Söhnen. In dieser Abhandlung steht nichts Allgemeinmenschliches zur Frage, nur das Besondere dieser Zeit und das deutsche Schicksal.

Es ist aber mehr als ein Kampf der sich ablösenden Geschlechter, was sich heute vor dem Blicke des aufmerksamen Beobachters abspielt. Auch der Gegensatz zwischen einem kaiserlichen und einem republikanischen Deutschland ist nicht das Kennzeichnende; denn zwischen dem kaiserlichen und dem angeblich revolutionären Deutschland klafft nicht etwa der trennende Abgrund zweier Welten mit verschiedenen Vorzeichen. Vielmehr ist es nur ein Gradunterschied, der sich zeitlich bestimmt durch die Jahreszahl 1918, auswirkt. Mit anderen Worten — und um ein für allemal Geschichtsfälschungen zu begegnen, die auch diesem Buche entgegentreten werden —, sei hier ausgesprochen, daß aus der Verurteilung, welche gesellschaftliche, kulturelle und politische Zustände des kaiserlichen Deutschland an dieser Stelle erfahren, nicht etwa gefolgert werden darf, die nachfolgende Zeit hätte in der Verfolgung neuer und höherer Grundsätze bessere Zustände heraufgeführt. Vielmehr geht die geistige Richtung dieses Buches (übereinstimmend mit all denen, die gleicher Pulsschlag verbindet), dahin, daß der Gesamtniedergang des Deutschtums als ungebrochene, fallende Kurve betrachtet wird, deren Bogen weit

Ursprung  
des Chaos liegt  
weit vor 1918

vor dem Kriege seinen Ursprung nahm, die aber seit der Revolution in geometrischer Steigerung fällt, da sämtliche Hemmungen ausgeräumt sind. Dieses Buch ist also nicht monarchistisch und nicht republikanisch im Sinne der Parteiengeschichte, sondern es enthält eine Kritik deutscher Unzulänglichkeit und die Forderung einer neuen deutschen Entwicklung.

Mangel an  
universalistischer  
Betrachtungs-  
weise

Gänzlich falsch wäre es, die deutsche Politik als besonderen Zweig deutscher Wissenschaft oder gar als Liebhaberei besonders dazu Veranlagter zu betrachten. Politik ist vielmehr im Wesen des Volkes begründet. Ein Volk ist die Individuation (die besondere, in ihrer Eigenart einmalige Erscheinungsform) göttlichen Geistes und damit ein organisches Ganzes, das entsteht und vergeht. Damit wird kein Bekenntnis zu einer unbedingt biologischen Betrachtungsweise in dem Sinne abgelegt, als ob ein Volk allgemeingültigen biologischen Gesetzen unterworfen sei; die völkische Individuation ist vielmehr etwas Einmaliges, das niemals durch ein Gesetz in naturwissenschaftlichem Sinne bestimmt ist, und dessen Anfang und Ende sich morphologisch nicht mit Sicherheit feststellen läßt. Deshalb sind es keinerlei „Nachkriegsgedanken“, die den Verfasser bewegen, obwohl er nicht leugnet, daß der in die Tiefe unserer Zeit schauende Beobachter alle seelischen Kräfte aufbieten muß, um nicht in Untergangstheorien zu verfallen. Was aber das Aufbauende an der besonders von Spengler wieder eingeführten Betrachtungsweise ist, dürfte wohl deren universalistischer Grundzug sein. Zu diesem bekennt sich der Verfasser in dem Augenblicke, in welchem er das Volk als geschlossene Persönlichkeit sieht, deren gesamte Lebensäußerungen einheitlich bestimmt sind. Hierin liegt die Ablehnung einer Auffassung von Politik, wie sie oben angedeutet wurde, die schuld ist an dem chaotischen Bild, das sich demjenigen darstellt, der heute, getragen von einem einheitlichen deutschen Lebensgefühl und Lebenswillen, die Gesamterrscheinung des völkischen Lebens der Deutschen betrachtet.

Widerspruch  
zwischen politischer  
Phrase  
und politischer  
Wichtigkeit

Einen Blick nur auf das deutsche Leben der Gegenwart — ohne späteren Betrachtungen vorzugreifen! Es geschieht dies in einer ganz besonderen Absicht: Um dem Leser zu zeigen, zu welcher inneren Unwahrhaftigkeit und welcher Summe von Widersprüchen jene heute gültige politische Begriffsbildung geführt hat, die nicht mehr durchblutet ist von dem geistigen Gesamtleben des deutschen Volkes. Man hört, daß angeblich die Gleichheit aller Deutschen das Kennzeichen der neuen gesellschaftlichen Zustände sei, denen man das Volk entgegenführen will. Ist in Wirklichkeit jemals die Ungleichheit, die, wie der Verfasser jetzt gleich bekennen will, für ihn in der Erfahrung gründet, eine krassere und fühlbarere gewesen als heute? Eine Ungleichheit, die sich nicht auf Tradition, Adel der Gesinnung oder geistiger Leistung, sondern nur noch auf Besitz aufbaut. Oder ist man nicht gerade

heute, wo in aller Leute Mund das Wort von der „Volksgemeinschaft“ liegt, weiter entfernt von jeder Art menschlicher Bindung denn je? Ist der Kampf um das Dasein heute eigentlich nicht ein Kampf Aller gegen Alle geworden? Hier wird behauptet, daß der gesellschaftliche Zusammenhalt unseres Volkes viel stärker polizeilich beeinflusst ist denn je, da, würde man mit einem Schlage die gesamte polizeiliche Organisation aufheben, diese Gesellschaft noch am nämlichen Tage in Auflösung verfielen. Kein Einwand, daß Macht immer zum Staate gehöre, kann hier fruchten. Das Staatswesen, das annähernd dem Höchstmaste natürlicher gesellschaftlicher Gliederung nahekommt, wird ohne ernstliche Erschütterung auch vorübergehend einen Wegfall der Polizeimacht ertragen können. Im Gegensatz hierzu ist aber ein Mindestmaß organischer gesellschaftlicher Bindung kennzeichnend für die Jetztzeit. Ein anderes Beispiel! „Die Familie ist die Zelle des Staates.“ Lautet so nicht mit wenigen Ausnahmen das soziologische Glaubensbekenntnis fast aller politischen Richtungen der Gegenwart? Wie aber sieht die Wirklichkeit aus? Die gesamte Gesetzgebung kennt die Familie als Rechtssubjekt weder privat- noch öffentlich-rechtlich. Gleichzeitig sieht man, daß das Kind, die Grundlage der Familie, völlig in Verruf geraten ist. Kreise, die mit dem Stimmzettel eindeutig national sich betätigen, verkünden durch den Mund ihrer jungen Frauen, daß Kinder eine lästige Angelegenheit seien. Oder: Die christliche Kultur soll die Grundlage des Staates und der Politik sein, so sagt ein Teil, und zwar der überwiegende, des deutschen Volkes. Auf der anderen Seite wird behauptet, die christlichen Kirchen würden die Höherentwicklung der Menschheit hemmen. Gleichzeitig liest man, daß sozialistische Massen in Wien die Kirchgänger tätlich angreifen. Wie kann die christliche Kultur die Grundlage des Staates sein, wenn Christen bei der Ausübung religiöser Pflichten angepöbelt werden, und das von genau so gleichberechtigten Staatsbürgern? Und wie können diese letzteren Staatsbürger eine höhere Kultur vermitteln wollen, wenn sie sich solche Roheiten zuschulden kommen lassen? Oder: Eine sehr angesehene nationale Zeitung bringt auf der vorderen Seite eine philosophische Abhandlung über den nun verstorbenen Philosophen Eucken; auf der Rückseite des nämlichen Blattes ist bei der Besprechung eines künstlerischen Unternehmens die Rede von einer sogenannten „Girl-Kultur“! Oder: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ — angeblich eine Haupterrungenschaft der Demokratie. Gleichzeitig duldet die deutsche Öffentlichkeit seit Jahrzehnten keine irgendwie hervorragende Persönlichkeit auf einem führenden Posten. Mit Bismarcks Entlassung zeigt sich dieser echt demokratische Zug der neueren Geschichte in Deutschland an und setzt sich fort bis in die Gegenwart.

Für all die hier gerügten Fehler gibt es natürlich „Gründe“; aber von einer höheren Warte betrachtet, muß doch jeder Einsichtige zugeben, daß zwischen den Schlagworten, die heute das gesamte öffentliche und gesellschaftliche Leben beherrschen und den wirklichen Zuständen, die jeder scharfe Beobachter selbständig ergründen kann, unüberbrückbare Abgründe klaffen. Das ist nicht mehr der natürliche Gegensatz zwischen Ideal und Wirklichkeit. Das Ideal ist etwas Unerreichbares und dauernd zu Erstrebendes. Die hier gerügten Mängel haften aber an Dingen, die der Wirklichkeit angehören, und sind deshalb verbesserungsfähig. Wenn ihnen nicht zu Leibe gegangen wird, so ist das darauf zurückzuführen, daß einmal der heute bestehende Gang zur Selbsttäuschung die Wahrheitschau erschwert und so dann, daß der Wille zur Wahrhaftigkeit immer mehr abhanden gekommen ist. Man kann die Sache auch so ausdrücken: Da wir weder in einem Zeitalter des Bizeps — wie ein führender Staatsmann meinte — noch des Geistes leben, sondern in einem solchen der Überredungskunst, so pflegen mit dem Munde als herrschende Grundsätze Gedanken aufgestellt zu werden, die in der Wirklichkeit schon lange ihre Geltung verloren haben und vom genau gegenteiligen Prinzip abgelöst wurden. Eine groß angelegte Herrschaft des Betruges! Die Ideen der Hochwertigen werden als die herrschenden verkündet, die Triebe der Minderwertigen herrschen in der Tat.

**Mangel an  
Lebensbtlb.  
Die heutige  
„Weltanschauung“**

So wurde als Zeichen der Zeit zweierlei festgestellt: Positiv die unbedingte Verlogenheit ihrer Ethik und negativ der völlige Mangel eines einheitlichen Lebensbildes. Hier muß nun ein Wort über den Begriff der sogenannten Lebensanschauung gesagt werden, die vielleicht richtiger Todesanschauung genannt würde, weil von der Art und Weise, wie das Aufhören des Lebens betrachtet wird, auch die Anschauung des Lebens selber abhängig ist. Selbstverständlich hat jede deutsche Partei ihre „Weltanschauung“. Bei anderen Völkern verzichten die Parteien darauf, und zwar deshalb, weil sie praktische Ziele verfolgen, jeder Angehörige eines anderen Volkes aber ein völkisches Lebensgefühl besitzt, das die sogenannte Lebensanschauung völlig erübrigt. Wenn man einen Amerikaner nach einer Lebensanschauung im deutschen Sinne früge, würde er verständnislos lächeln. Der Deutsche dagegen hat dieses völkische Lebensgefühl nicht, dafür als Einzelwesen eine Lebensanschauung. Was man bei dem Einzeldeutschen so nennt, deckt sich nun wiederum nicht mit der sogenannten, von der Partei bezogenen Lebensanschauung. Wenn man die heutigen Parteiprogramme auf ihren weltanschaulichen Inhalt hin untersuchte, insbesondere aber die praktische Politik der Partei in Beziehung setzte zu diesem Parteiprogramm, man würde erschrecken. Was ist so eine Partei nicht alles! Was für zahllose Lebensanschauungen vereinigt sie nicht



in sich, um möglichst viele Wähler an sich zu locken? Sie ist im Programm monarchistisch, in der Wirksamkeit republikanisch, in der Theorie sozial, in der Praxis liberal; und national sind sie natürlich alle. Sie sind für kirchliche Schulen, wollen aber auch dem Freidenker nicht wehe tun, sie treten für eine straffe Reichsgewalt ein, die Eigenart der Länder soll aber erhalten bleiben. Sie glauben nur an die Machtpolitik, für die Wehrhaftigkeit tun sie aber nichts. Sie schwärmen für den Rechtsstaat, aber die Unabhängigkeit der Richter wird untergraben. Man will die Jugend körperlich ertüchtigen, aber eine tägliche Turnstunde wird nicht eingeführt usw. Nur eine „Weltanschauung“ eignet allen Parteien gleichmäßig: daß man selbst ans Ruder komme und die andere Partei davon wegdränge.

Ohne den späteren Ausführungen über das Parteiwesen vorauszugreifen, soll bereits hier angedeutet werden, daß die Parteiprogrammatik völlig erschüttert ist, schon deshalb, weil die meisten Schlagworte, die aus einem früheren Jahrhundert übernommen sind, nicht mehr die Kraft irgendwelcher Gegenständlichkeit in sich tragen. Spricht man in sozialistischen Kreisen vom Klassenkampf, dann lassen die alten Recken aus der Zeit des Sozialistengesetzes ihre Augen blitzen. Wach und lebendig ist in ihnen nur noch das Gefühl für die Vergangenheit, nicht für die Gegenwart. Spürt das Zentrum das Bedürfnis, sich politisch zu rechtfertigen, dann zeigt es — obwohl von viel größerer geistiger Beweglichkeit, weil die Tiefe des katholischen Geisteslebens diese seinen Anhängern gestattet — seinen Wählern die Vision verbannter katholischer Geistlicher aus der unseligen Zeit des Kulturkampfes. Sodann das geheimnisvollste Parteiwort; es heißt: liberal. Wer verbindet heute noch mit dem Begriff liberal eine lebendige Vorstellung, es sei denn der rein wirtschaftlich Denkende oder der Staatsrechtler oder der mit grundsätzlicher Abneigung gegen den Feudalismus Erfüllte? Und bei der Erwähnung des konservativen Gedankens sei gefragt, wer denn heute noch eine richtige Vorstellung davon hat, auch unter denen, die schmähernde Weise konservativ genannt werden.

Es soll nicht untersucht werden, wieviel berechtigtes Kämpfertum einst hinter den eben umrissenen Schlagworten stand; so viel weiß man, daß von dem Kämpfertum jener Tage fast nichts mehr geblieben ist, als Ressentiments, die selbstverständlich entrüstet abgeleugnet werden, weil sie nie von ihrem Träger erkannt werden können, weil sie in Wirklichkeit — um mit Ludwig Klages zu sprechen — Lebensneid sind, mit anderen Worten, Minderwertigkeitsgefühlen entspringen. Dieses Gebäude von Weltanschauungen wankt also, muß stürzen, auch wenn die einzelnen Parteien krampfhafter denn je an ihren alten Grundsätzen festhalten, die sie bereit waren, im Jahre 1919 zu überprüfen, die aber heute mit einem bewunderungswürdigen Maß

Zusammenbruch  
der Partei-  
programmatik

von Armut im Geiste „auf neu“ gearbeitet werden; und es ist ebenfalls einer der tiefen Widersprüche dieses deutschen Lebens, daß Menschen, die, als Einzelwesen klug, gebildet und mit feinem Instinkt begabt, niemals sich durch Plattheiten täuschen lassen, zu Kindern werden, wenn der betäubende Dunst parteiamtlicher Weltanschauung sich zu verbreiten beginnt.

Die wahrhaften  
weltanschaulichen  
Gegensätze

Dennoch geht durch das deutsche Volk ein unverkennbarer Zwiespalt, der es in zwei Lager teilt, und der eindeutig erkennen läßt, daß hier scheinbar unverrückbare seelische Kräfte entgegengesetzte Lebensbilder haben entstehen lassen, die eine verschiedenartige Stellungnahme zu allen Erscheinungen des Gemeinschaftslebens auslösen. Auf dieser Ebene scheinen sich die Kämpfe des nächsten Menschenalters abspielen zu sollen. Diese zwei großen Lager im deutschen Volke scheinen bestimmt zu sein zur Austragung ihrer inneren Gegensätze in einem letzten Entscheidungskampfe; hier scheinen Kräfte gegeneinander zu stehen, die von dem heutigen, veralteten Parteiensystem nur dürftig verkleidet werden, die einen Riß quer durch alle Parteien ziehen, und die nicht nur das Schicksal des deutschen Volkes, sondern wahrscheinlich der weißen Rasse überhaupt bestimmen. Diese Kräfte zu untersuchen, die von ihnen hervorgerufenen Lebensbilder mit wenigen Strichen aufzuzeigen, muß deshalb die Aufgabe eines jeden sein, der über deutsche Politik schreibt. Nur wenn alles, was scheinbar jenseits der Politik liegt, sie aber wesentlich bestimmt, erkannt und durchforscht wird, kann über deutsche Politik fruchtbar geschrieben werden. Deshalb glaubte der Verfasser, den rein politischen Kapiteln einen metapolitischen (die grundlegenden Voraussetzungen jenseits der Politik behandelnden) Teil vorausschicken zu müssen.

### Die metaphysische Wurzel der Weltanschauung

In den nun folgenden Darlegungen werden die zwei großen weltanschaulichen Lager gegeneinander aufmarschieren, die heute miteinander kämpfen, wenn auch vielleicht die beiden Heere sich noch nicht durch ein eindeutiges Schlachtgeschrei unterscheiden, welches die Gefährlichkeit der sie jeweils erfüllenden Geisteswelt klar zum Ausdruck bringt. Hier rächt sich eben der schon oben erwähnte Mangel an Lebensgefühl und Lebensrichtung, der dem Deutschen eigentümlich ist. Nur Verblendung verkennet, daß dieser Mangel nicht auch ein positives Vorzeichen erhalten kann, je nach dem Standpunkte des Betrachters. Denn dieses Fehlen jeglicher Bindungen gibt dem Deutschen auf der anderen Seite eine Weite des geistigen Blicks, die wohl keinem anderen

Volke so ausgesprochen eignet, wie dem deutschen. Es war sogar ein Franzose, der das Wort aussprach, die Freiheit sei in den Wäldern Germaniens geboren. Und sicher ist, daß in keinem Volke der Erde so unbegrenzt die Möglichkeit schlummert, dem Geiste sämtliche Schranken zu öffnen, wie im deutschen. Der deutsche demokratische Philister, der sich nicht vorstellen kann, daß der Geist, durch Rasse und Volkstum bestimmt, sich selbst Grenzen ziehen könne, und der niemals sich die Mühe gemacht hat, den Geheimnissen, beispielsweise der amerikanischen Geistesart nachzuspüren, sieht bei dem Begriffe geistige Freiheit sofort den Meinungsstreit über Zensur, Polizei und Staatsbefugnisse vor seinem Auge aufsteigen. Daß aber kraft Blut, kraft Geschichte und kraft Abstammung Freiheiten dem Menschen in der Wiege liegen können, die unabhängig von allen Verfassungssystemen und auch tausendmal kostbarer sind als sämtliche formalen und staatsrechtlichen Freiheiten, das sind Fragen der Erkenntnis und der Wertung.

Ohne also das Heiligtum deutscher Geistesfreiheit zu unterschätzen oder gar antasteten zu wollen, gilt es zu erkennen, welche Folgerungen sich aus dieser Artung des Deutschen für sein gesellschaftliches und staatliches Leben ergeben. Diese, von keinem einheitlichen Lebensgefühl erfüllte, mit unbedingter Sehnsucht nach geistiger Freiheit ausgestattete deutsche Volksmasse, ist gezwungen, wenn sie sich schon eine Stellungnahme zu den Dingen des gesellschaftlichen und des staatlichen Lebens erringen will — und das muß sie im Zeitalter der Demokratie —, Mann für Mann eine eigene „Lebensanschauung“ zu erkämpfen. Mit philosophischen Schulmeinungen und Weisheitssystemen hat diese Weltanschauung natürlich nichts zu tun. Aber selbstverständlich ist, daß aus irgendeiner Quelle gewisse Ströme fließen, welche die Haltung des Deutschen zu seiner Umwelt bestimmen.

Irgendwo muß nun in diesen Darlegungen eine voraussetzungslose, grundlegende Behauptung erscheinen, auf welcher der geistige Oberbau dieses Buches errichtet wird. Das ist für den Verfasser der Satz: Alles Denken und Tun des Menschen empfängt den letzten Antrieb von Kräften, die nicht erkennbar sind, sondern jenseits der Erkenntnis liegen. Man kann auch sagen: Ein unveränderlicher Zug im menschlichen Geiste ist der metaphysische Trieb (der Drang ins Reich des Über sinnlichen). Er äußert sich zu allen Zeiten in jeder Menschenbrust, in ganz besonderer Stärke aber beim deutschen Volke. Da jeder Mensch — und nur das Einzelwesen vermag jedes für sich das große Lebensrätsel folgerichtig durchzudenken — den Gegensatz zwischen Ewigkeitsdrang und leiblichem Tod geistig zu überbrücken versucht und infolge seiner Einmaligkeit und des eben einmal gegebenen notwendigen Endes bei diesem Versuche scheitern muß, so bietet nur der metaphysische Trieb die Möglichkeit einer Lösung. Es

Die geistige  
Voraussetzungs-  
losigkeit  
des deutschen  
Volkscharacters

Das Axiom  
von der  
Unbergänglichkeit  
des metaphysischen  
Triebs

ist nun ganz gleich für diesen Zusammenhang, ob diese jenseits der Erkenntnis liegende Lösung religiöser oder philosophischer Art ist; Tatsache bleiben die Notwendigkeit und das Wirken des metaphysischen Triebes. Wird er in seiner Unentrinnbarkeit erkannt, steht also diesem Erkennen eine Selbstbeschränkung des Erkenntnisbereiches selbst gegenüber, wie sie klassisch Kant in seiner Vernunftkritik gegeben hat, dann können wir von einer metaphysischen Verankerung (Verwurzelung im Überfönnlichen) des Menschen sprechen. Wird aber der metaphysische Trieb geleugnet und dem menschlichen Geist der Zutritt in dessen Regionen gewaltsam versperrt, dann empfängt der so geartete Mensch die Richtung seines Lebens nur noch vom Verstande. Es wird später noch davon zu reden sein, daß dieser freilich eine solche Richtung im eigentlichen Wortsinne gar nicht zu geben vermag, daß also die nur auf ihn aufbauenden Menschen richtungslos werden.

Die zwei großen  
Weltanschauungs-  
lager

Da der metaphysische Trieb aber, wie schon ausgeführt, eine menschliche Gegebenheit ist, solange es einen menschlichen Geist und dessen Beschränkung durch den Tod des denkenden Einzelwesens gibt, läßt er sich nicht gewaltsam beseitigen und rächt sich dafür auf seine Weise. Mit anderen Worten: Es gibt Menschen, die dem metaphysischen Triebe, auf Grund der sokratischen Selbsterkenntnis des „Nichtwissens“ sein natürliches Recht einräumen und im Bereiche des Überfönnlichen glauben, und es gibt andere, die den metaphysischen Trieb verneinen, weil sie, von der Allmacht des Wissens überzeugt, jeglichen Glauben ablehnen. Dadurch aber schiebt der mißachtete Glaubensbereich seine Grenzen hinüber in den Bereich des Wissens und verwandelt dieses in Illusion (Selbsttäuschung). Der eigentliche „Fortschritt“ des sogenannten intellektuellen Menschen besteht also darin, daß er das, was der im Überfönnlichen ruhende Mensch richtig als Reich des Glaubens erkennt, in den Bezirk eines vermeintlichen Wissens, also der Illusion übernimmt. Der „Fortschritt“ ist demnach in Wahrheit ein Rückschritt, weil der Mensch auf diese Weise sich zu einer Art von tierischem Zustand zurückentwickelt und den göttlichen Funken, der nur aus der Erkenntnis der begrenzten Einmaligkeit des einzelnen heraus schlagen kann, erstickt. Denn der Drang nach Ewigkeit, begleitet von dem Bewußtsein der Begrenztheit irdischen Lebens, ist das hauptsächlichste Unterscheidungsmerkmal von Mensch und Tier. Verzichtet der Mensch freiwillig auf das ihm innewohnende Ewigkeitsbegehren, so fällt jede Unterschiedlichkeit weg. Er wird zum Tiere, ohne dafür die Stärke des tierischen Lebenstriebes einzutauschen. Gibt doch die gewissermaßen natürliche Unschuld des Tieres diesem die Kraft, sein ganzes Dasein in der Erhaltung der Art zu erschöpfen. Der Mensch in seiner Bewußtheit vergißt dagegen allzuleicht seiner Gattung und bleibt bei der Bejahung des Einzeldaseins stehen. Also

nicht nur das Fortleben um des Geistes willen wird ihm gleichgültig, sondern auch die Anschuld der schöpferischen leiblichen Fortzeugung geht ihm verloren; er wird sozusagen ein Wesen, das mit den Nachteilen des Tierischen die Nachteile des Menschlichen verbindet und auf die jeweiligen Vorzüge verzichtet.

Die vorbildlich metaphysische Lösung (über die Fragwürdigkeit Religion und Idee des Wortes „Vorbild“ in diesem Zusammenhang ist sich der Verfasser keineswegs im Unklaren) bleibt immer die religiöse. Sie hat durch die Aufstellung des Gottesbegriffes eine unveränderliche Größe gefunden, die insbesondere dort, wo, wie beim Katholizismus, das Dogma seine Schutzwälle türmt, den übersinnlichen Bezirk des menschlichen Geistes unverändert und voll ausfüllt. Anders wird dies schon in dem Augenblicke, wo der Gottesbegriff nicht mehr dogmatisch geschützt ist und der steten Verflüchtigung anheimfällt, wie in der protestantischen Kirche. Aber es ist auch denkbar, daß zeitweilig die Idee — an und für sich dem Bereiche des Denkens zugehörig — gewissermaßen auch in den Gefilden des Glaubens Gestalt zu gewinnen vermag, nämlich dann, wenn das Lebensgefühl derjenigen, welche die Idee aufgestellt haben, noch von religiöser Glaubensstärke durchsetzt ist. Dies war der Fall im deutschen klassischen Idealismus. Aber in dem Maße, in welchem die religiöse Kraft ins Schwinden gerät, verfällt auch die Idee als solche dem Schicksale aller rein gedanklichen Gebilde: Sie wird unbestimmt und fällt der Umdeutung anheim, wie dies das Schicksal Hegelscher Philosophie im Marxismus geworden ist. Das dann der Augenblick, wo die übersinnlichen Kräfte im menschlichen ~~ist~~ Geiste verdrängt werden und der metaphysische Trieb anfängt, sich zu rächen. Der Mensch wehrt sich aus der oben begründeten natürlichen Veranlagung heraus gegen eine rein vegetative Betrachtungsweise seines Seins und beginnt deshalb, dieses reale Dasein mit Aberglauben und Selbsttäuschung auszufüllen. Der Raum im menschlichen Geiste, der vorher metaphysischen Inhalt hatte, ist nun erfüllt von der Illusion.

Damit wäre für das reale Leben noch keinerlei Gefahr verknüpft, Der richtungslose Illusionist wenn so wie vorher die Welt der Tatsachen und die des Glaubens durch die Schranke der Selbstkritik getrennt geblieben wären. Aber dies ist eben nicht mehr der Fall. Die Illusion erstreckt sich infolge des herrschsüchtigen Ausdehnungsdranges des menschlichen Intellektes auf das gesamte geistige Leben, und der Mensch ist infolgedessen nicht mehr wirklichkeitsicher und gleichzeitig religiös oder ideal (Dinge, die sich unbedingt miteinander vertragen). Er neigt vielmehr zu Selbsttäuschungen und ist wirklichkeitsfremd, ohne es zu merken, daß er die Realitäten nicht mehr erkennt. Und alles das, obwohl er gleichzeitig Materialist ist! Er ist richtungslos geworden, empfängt von

der Natur keinerlei wegweisenden Fingerzeige mehr, d. h. seine Lebensinstinkte sind verschüttet, sind verbildet, er wird von einem toll gewordenen Intellekt irregeleitet. Es läßt sich dann nur noch ein gemeinsamer Zug erkennen, soweit hier von einer Gemeinsamkeit gesprochen werden kann: das gleiche Chaos bestimmt alle; alle marschieren mit sämtlichen Lebensäußerungen wieder gegen alle und finden sich nur dort in vereinter Abwehr zusammen, wo das Dogma von der Anfehlbarkeit und der Alleinherrschaft des Intellektes angegriffen wird. Das ist die eine Front nicht nur des deutschen Volkes, sondern vielleicht Europas, das ist die bei weitem größere Front, und sie drückt der heutigen Zeit ihren Stempel auf.

Das Gesicht  
unserer Zeit

Im Gegensatz hierzu sind die Menschen, deren Geist im Über sinnlichen ruht, nicht nur mit gleichen sittlichen Voraussetzungen, sondern auch von einem nicht zu bestechenden Wirklichkeitsinn bei der Betrachtung der Umwelt erfüllt. Rein irregeleiteter metaphysischer Trieb verlockt sie dazu, die Dinge des menschlichen Lebens irgendwie anders zu sehen, als sie sind; denn keine unerfüllten Sehnsüchte und keine uneingestandenen Minderwertigkeitsgefühle verdunkeln ihren Blick. Daher kommt es, daß glaubensstarke Zeiten, wie beispielsweise das Mittelalter, Menschen aufzuweisen haben, die nicht nur einen sehr scharfen Blick für politische Realitäten und eine sehr unsentimentale Art, diese durchzusehen, haben, sondern auch eine Kulturleistung von seltener Einheit und unerreichter Höhe hinterlassen. Ähnlich verhält es sich mit der Zeit des klassischen Idealismus, dessen philosophische Einstufung oben kurz versucht wurde. Auch er zeigt uns Menschen mit großer Kultur und einer beträchtlichen realen Leistung, wenn man ihm die Vorbereitung der deutschen Einheit als solche anrechnen will und Bismarck als einen seiner letzten Ausläufer betrachtet.

Realismus und  
Kulturwille  
„gläubiger“  
Zeitalter

Der moderne  
Atheist

Wie steht es dagegen um den Menschen der wilhelminischen Ära und des 20. Jahrhunderts? Es kann kein Zweifel bestehen, daß er das Vorhandensein des metaphysischen Triebes im großen und ganzen geleugnet hat. Auch der kirchentreue Christ, vom Namenschriften nicht zu sprechen, kann dabei nicht ausgenommen werden. Sicherlich hat die Kirche ihre überlieferte Macht der Form nach gewahrt; ob aber das christliche Leben des einzelnen so stark ist, daß es seinem metaphysischen Bedürfnis gerecht wird, mag dahin gestellt bleiben. Die Eucharistie, um es katholisch auszudrücken, hüßte immer mehr an Macht ein; das christliche Leben hielt den einzelnen sicher noch im Rahmen der Kirchengesetze, war aber vielfach nicht mehr lebendiges Sittengesetz in ihm. Damit soll nicht gesagt sein, daß die christliche Lehre nicht von einer so gewaltigen, ewigen Ethik getragen ist, daß ein stärkeres Bewußtwerden des metaphysischen Triebes jederzeit in ihr

Erfüllung finden könnte. Im ganzen und großen aber ist die Zeit gekennzeichnet durch eine zunehmende Verflüchtigung des Gottesbegriffes, durch die Ablösung der Kräfte des Glaubens durch die scheinbaren des Intellektes.

In diesem Zusammenhang muß in erster Linie die „Umwertung aller Werte“ interessieren, die durch das Abklingen der Glaubensfähigkeit bedingt ist. Nicht absichtslos wird hier eine Nietzsche-Formel gebraucht; denn Nietzsche machte den widerspruchsvollen und kühnen Versuch, das zunehmende Zurückgleiten des Menschen auf die vegetative Ebene des Tieres dadurch zu verhindern, daß er mit einem kühnen Entschlusse den metaphysischen Trieb leugnete, die Sphäre des Glaubens mit einem Strich beseitigte, um — doch wieder übersinnlich bestimmt und getrieben — den diesseitigen Menschen zu übersteigern und gewissermaßen dadurch Gott zu ersetzen, daß er den Menschen selbst zum Gott machte. Indem er so sich aufbäumte, und zwar mit Recht aufbäumte gegen die seelische Verflachung der Menschheit, wurde er zum Beweis für den oben aufgestellten Grundsatz von der Unvergänglichkeit des metaphysischen Triebes. Gleichzeitig aber auch dafür, daß der irgeleitete Trieb eine illusionäre und wirklichkeitsfremde Schau der Dinge bewirkt. Der Grad der Verwurzelung im Übersinnlichen bestimmt also die Art, wie der Mensch wertet; hier wird die Brücke geschlagen von der Welt des Einzelmenschen zu der der Gemeinschaft. Inwieweit nun eine Wertlehre abhängig ist von ihrer metaphysischen Verankerung oder inwiefern aus den beiden Gruppen der nur auf Erkenntnis aufbauenden und der die Grenzen der Erkenntnis begreifenden Menschen zwei Lager entstehen, die mit verschiedenen Wertmaßstäben ausgerüstet sind, soll im folgenden auseinandergesetzt werden.

„Die Umwertung aller Werte“

### Seele und Wertung

Wird ein ganz bestimmter Bezirk des geistigen Lebens als der Erkenntnis verschlossen abgegrenzt und freigehalten, so entsteht ein unübersteiglicher Wall. Diesen vermag der Intellekt nie zu übersteigen, da er ihn sich selbst gesetzt hat. Die übersinnliche Einstellung jedoch ermöglicht es dem Menschen, sein eigenes seelisches Leben einzustufen in ein größeres Gesamtleben, welches im Gegensatz zu seinem eigenen Leben nicht vom Tode unterbrochen wird, sondern Ewigkeitsmerkmale in sich trägt. So gelingt es dem Einzelmenschen, durch einen schöpferischen Akt in seiner eigenen Seele den Drang nach Ewigkeit — in religiöser oder auch in sonst einer metaphysischen Form — zu befriedigen und dadurch über die Tatsache vergänglicher Einmaligkeit

Die notwendige Grenze



hinauszuwachsen. Aber nur dann kann der Mensch diese Annäherung ans Göttliche vollziehen, wenn er gleichzeitig dem reinen Verstande die oft erwähnte Grenze selbst zieht und sein irdisches Menschentum begrenzt, um sich darüber hinaus zu entwickeln. Diesem Gedanken hat Goethe Ausdruck verliehen, wenn er ausspricht, daß äußerlich begrenzt, innerlich grenzenlos, sich lebendig bewegliche Individualität bewußt werde. Wie sich später ergeben wird, stellt dieser Satz nicht nur ein Entweder—Oder für den einzelnen, sondern auch für das Volk in seiner Gesamtheit dar. Die innerliche Vertiefung, die nur gewonnen werden kann um den Preis äußerer Begrenztheit, rührt an die tiefsten Quellen deutscher Art. Darum ist die Faustsage das Gegenstück zum Ahasvermythos, der den entgegengesetzten Grundgedanken der äußeren Grenzenlosigkeit in sich birgt. So wird auch die im Falle übersinnlicher Verwurzelung eintretende seelische Vertiefung verständlich. Aus ihr erwachsen die Kulturen, während in Zeitaltern intellektueller Herrschaft Entseelung eintritt und damit Kulturlosigkeit. Immer wird dann in der äußeren Grenzenlosigkeit ein Ersatz gesucht (die schon oben erwähnte Rache des mißhandelten metaphysischen Eriebes), der sich im Gemeinschaftsleben als äußerlicher Ausbreitungsdrang darstellt. Dieser Zug ist zweifelsohne ein Hauptkennzeichen der gesamten heutigen Zivilisation und insbesondere des sogenannten Kapitalismus, als der Wirtschaftsform, welche dem zivilisatorischen Zeitalter angemessen ist.

Individuum oder  
höheres Leben  
als letzter Wert

Selbstverständlich wirkt sich das Entweder—Oder der oben erwähnten Begrenzung entscheidend aus bei der Bildung der Wertmaßstäbe, mit denen der Mensch gegenüber der ihn umgebenden Umwelt ausgerüstet ist. Die freiwillige Selbstbescheidung des Verstandes führt zur Einstufung des einzelnen in ein übergeordnetes Leben. Diesem mißt er einen höheren Wert zu als seinem eigenen, durch Tod und Einmaligkeit begrenzten. Bildlich ausgedrückt gibt es also für ihn ein höheres Leben, das gewissermaßen vertikal von der Urzeit zur Ewigkeit und horizontal durch die Gemeinschaft geht. Er selbst fühlt sich zeitlich als Glied einer Kette und räumlich als Teilchen eines umfassenden Gegenwartslebens. Selbstbeschränkung führt zwar zu einer Unterbewertung des Einzelnen im Vergleiche zur geschichtlichen und völkischen Gemeinschaft, aber auch ebenso zwangsläufig zu einer Vertiefung der Persönlichkeit und zu ihrer Bejahung, die gerade durch ihre Wurzelhaftigkeit um so stärker wirken muß. Dagegen führt die Ablehnung der Selbstbegrenzung des Intellekts zur Verneinung übergeordneten Lebens und der Einstufung des Einzelnen in die höchste Wertgattung. Denn es ist verständlich, daß ein geistiges Leben, das sich nur begreift, soweit es einmalig und zeitlich begrenzt ins Dasein getreten ist, sich gerade in diesem den höchsten Wert beimißt. Folge-



richtig muß es dann seine intellektuelle Unbegrenztheit büßen mit einem allmählichen Zurückgleiten auf die vegetative Ebene, auf die des Tieres, das nur seine einmalige, gegenwärtige Existenz begreift und seinen gesamten Lebensinhalt in der Erhaltung seiner selbst erschöpft. Diese rein theoretischen Erwägungen entspringende Behauptung begegnet sich, ohne von dort beeinflusst zu sein, mit der geistvollen Kritik Dacqués am Darwinismus von der naturwissenschaftlichen Seite aus. Sieht der Verfasser in dem Vorhandensein des metaphysischen Triebes das Wesenseigentümliche des Menschen, in dessen Leugnung die Gefahr des Herabsinkens auf die tierische Ebene, so hält Dacqué das Mindestmaß von Anpassung für das den Menschen Kennzeichnende, die allzu einseitige Anpassung für die Ursache der Rückentwicklung menschlicher Keimformen zu Tierformen.

Selbstverständlich wehrt sich der Individualist entschieden dagegen, am Ende nur noch ein wie das Tier um sein Dasein ringendes Wesen zu sein. Aber diese Entwicklung ist unbedingt folgerichtig und zwangsläufig und sämtliche dagegen vorgebrachten Einwände entspringen mehr oder minder dem Schuldbewußtsein seelischer Anfruchtbarkeit. Es ist naturgemäß, daß Menschen, die mit den geistigen Gütern der antiken und der christlichen Kultur ausgestattet sind, die dem Verstande entliehenen Waffen zu handhaben verstehen, mit denen sie ihre zunehmende Materialisierung zu rechtfertigen suchen. Eine ganze „Philosophie des Lebens“ — wie sie Rickert bezeichnenderweise nennt — ist so entstanden. Sicher ist, daß die Spitzen der Zivilisation eine hohe Stufe ästhetischer und intellektueller Geistigkeit erreichen können. Aber die Höhe einer Kultur beruht nicht auf dem Grade ihrer Geistigkeit, sondern ihrer inneren Gesittung. Diese Gesittung hat sich in den Handlungen der Menschen zu bewähren. Schon hier muß gesagt werden, daß, von diesem allein richtigen Gesichtspunkte aus betrachtet, der Individualismus sich in der Geschichte selbst gerichtet hat. Und ist diese Entwicklung eigentlich verwunderlich? Wenn der menschliche Verstand der einzige Wertmaßstab ist, wenn keinerlei seelische Richtpunkte mehr vorhanden sind, muß der Mensch in unbedingte Abhängigkeit von seinen Trieben gelangen. Es dürfte doch seit Nietzsche und Ludwig Klages klar sein, daß der Verstand in der Lage ist, sämtliche Triebe zu maskieren, oder, vom sittlichen Standpunkte aus gesehen, das Gewissen mit denkmäßigen Beweisen zu betäuben. Dieser Zustand ist noch erträglich, solange bestimmte, aus Überlieferung gewonnene, sittliche Wertmaßstäbe feststehen. Solange starke Reste christlicher Ethik und idealistischer Moral im Deutschen leben, wird immer wieder eine seelische Hemmung für allzu vernunftgemäße Erwägungen erwachsen. Wenn aber die Entwicklung in dem bisherigen Zeitmaße fortschreitet, wo bleibt da noch die feste Grundlage in der

Die Vernichtung  
der Ethik durch den  
Individualismus

brandenden Flut der Meinungen, auf der Gesetze der Sittlichkeit aufgebaut werden können? Wird nicht sogar der Zeitpunkt herandämmern, oder stehen wir schon mitten in der Zeit drin, wo die gesellschaftliche Sitte und das Strafgesetzbuch die einzigen Grenzen darstellen, welche der Willkür tierischer Triebe im Menschen gesetzt sind? Oder wird nicht zu einem späteren Zeitpunkte sogar der notwendige Rückhalt mangeln, um zwingende gesellschaftliche Sitte oder ein auf Gerechtigkeitsgefühl aufgebautes Strafrecht neu zu bilden? Das sind Fragen, die angesichts der heutigen Verwirrung ihre Berechtigung haben.

**Intellektualismus,  
Materialismus,  
Utilitarismus,  
Pazifismus**

Oben war die Rede von der Herrschaft der tierischen Triebe im Menschen, die in steigendem Maße durch die Herrschaft des reinen Denkens verdeckt werden. Es ergibt sich die Frage, ob nicht heute schon diese Entwicklung einen Höhepunkt erreicht hat. Die Geistigkeit, gerade im Lager derjenigen, die das Einzelwesen in den Mittelpunkt des Seins stellen, könnte über die sogenannte Vertierung (oder Barbarisierung) des Menschen hinwegtäuschen, wenn sie nicht eine Angelegenheit des Intellektes wäre, und wenn nicht immer zu allen Zeiten und auf allen Stufen menschlicher Geschichte selbstverständlich intellektuell hochstehende Schichten vorhanden wären. Eine vernünftelnde Geistigkeit rettet jedoch durchaus nicht vor unsittlichen Handlungen, sie bewahrt nur vor unklugen Handlungen, und die fallen sehr oft mit der Unsittlichkeit zusammen. Aber ein Blick auf die breiten Massen Europas und Amerikas dürfte beweisen, daß dort, wo keine Geistigkeit den seelischen Zusammenbruch bemäntelt, er um so unverhüllter zutage tritt. Es ist nicht richtig, daß die stark entwickelte Wirtschaftlichkeit des gegenwärtigen Zeitalters den unbedingten Materialismus — und das ist doch nur eine Fremdwort für die zunehmende Vertierung des Menschen — bedinge. Auch in früheren Jahrhunderten war der Erwerbssinn stark ausgeprägt. Aber dabei war jener Erwerbstrieb nicht zum alleinigen Inhalt des menschlichen Lebens geworden, wie das heute der Fall ist. Es gab auch Zeitalter, in denen vielleicht die Genußsucht ausgeprägter wirkte als heute, aber sie war dann verklärt durch seelische Beziehungen, die dem heutigen Geschlechte fremd geworden sind. Das entscheidende Kennzeichen des jetzt herrschenden Individualismus ist jedoch dessen Haltung gegenüber der Gemeinschaft. In dieser Hinsicht ist er vor allem beachtenswert. Da das Einzelwesen den höchsten Wert für die den einzelnen in den Mittelpunkt stellende Betrachtung darstellt, so ist für die so Denkenden die Gemeinschaft nur für ihre persönlichen Zwecke da, d. h. sie verlangen von der Gemeinschaft naturgemäß nur Rechte und erkennen ihr höchstens insofern Rechte gegen sich selbst zu, als sie dafür Vorteile erlangen. Keine Nützlichkeitsgrundsätze kommen zum Durchbruche. Bei der Betrachtung von Gesellschaft und Staat wird sich später

ergeben, daß um dieses Vertragsverhältnis eine Ideologie sich rankt, die den blanken Nützlichkeitsstandpunkt schamhaft verbergen soll. Aber der moderne Individualismus hat sich selbst am stärksten bloßgestellt durch seinen Ruf nach Frieden um jeden Preis, den er ganz folgerichtig auf Grund seiner Lehre erhebt. Es ist selbstverständlich, daß der höhere Wert dem Untergeordneten in einer widerspruchsflosen Weltanschauung nicht geopfert werden darf. Da aber für den Individualismus das Einzelwesen der höchste Wert ist und dieser Wert mit dem Einzeldasein steht und fällt, so ist die Forderung zwangsläufig, daß dieses Leben nicht etwa für die Gemeinschaft geopfert werden dürfe. Kriegsdienst und Opfertod werden also folgerichtig abgelehnt; etwas anderes ist selbstverständlich der Einsatz fremden Lebens für individualistische Nützlichkeitszwecke. Hier schweigt sich der individualistische Humanitätsgedanke gründlich aus, woher es kommt, daß für reiner Selbstsucht entspringende Wirtschaftsmaßnahmen erbarmungslos Menschenleben eingesetzt werden. Um ein schlagendes Beispiel zu gebrauchen: Gegen die Vollziehung der Todesstrafe läuft der Individualismus seit Jahren Sturm, obwohl es sich hier doch um die Vernichtung sozial minderwertigen oder sogar sozial schädlichen Lebens handelt. Dagegen werden alljährlich Tausende wertvoller Menschen durch rücksichtslosen Gebrauch der Verkehrsmittel ums Leben gebracht, ohne daß viel Aufhebens davon gemacht würde. Die verschiedenartige Haltung zu diesen beiden Erscheinungen ist nur so zu erklären, daß es sich bei der Todesstrafe gewissermaßen um ein Opfer handelt, welches der übergeordneten sozialen Gemeinschaft gebracht werden soll, während im anderen Falle keine übergeordnete Macht die Opfer erheischt, sondern der allgemeine Erwerbstrieb des von Eigensucht getriebenen Wirtschaftslebens.

Die Verneinung des Opfertodes führt in gerader Linie zu der Bejahung des möglichst langen Lebens — zum Strohtod als Ideal, um in der Sprache eines heldischen Zeitalters zu reden. Mit glühender Begeisterung verfolgt die Öffentlichkeit deshalb auch alle medizinischen Versuche, die eine Verlängerung des normalen Menschenlebens bezwecken. Der übersinnliche Drang nach Ewigkeit wird hier in krassen Materialismus umgefälscht, wobei der schon oft erwähnte illusionäre Zug deutlich zur Erscheinung kommt. Wohl kein Umstand bezeichnet den Mangel jeder seelischen Verwurzelung des Menschen deutlicher, als der Massenwunsch, das Menschenleben überhaupt zu verlängern, ein Gedanke, der natürlich als Wunsch des Einzelwesens im Selbsterhaltungstrieb eine ganz natürliche Erklärung findet, aber als Inhalt und Kennzeichen des menschlichen Geisteslebens nur als Herabsinken auf die tierische Ebene gedeutet werden kann.

Das Individuum, als höchster Wert gesehen, kann männlich oder weiblich sein. Betrachtet der im Übersinnlichen ruhende Mensch sich

Das „Ideal“ des  
langen und  
bequemen Lebens

Der Gebärtheit  
als Folge  
individualistischer  
Bewertung  
der Frau

nur als Teilverkörperung eines gesamtgeistigen Begriffes und knüpft er infolgedessen überall auch Beziehungen zu den menschlichen Gemeinschaften, so baut der Individualist die zum irdischen Leben notwendigen Gemeinschaften erst künstlich auf. Für ihn ist beispielsweise die Ehe ein Vertrag zwischen zwei Einzelmenschen verschiedenen Geschlechts, während der im Individuum nicht den höchsten Wert Sehende (Überindividualist) die natürliche Verschiedenheit und die natürlichen Beziehungen der Geschlechter zur Grundlage einer organischen Gemeinschaft macht, als welche für die weiße Rasse die Einehe anzusprechen ist. Für den Individualisten ist die Frau mit der gleichen Veranlagung ausgestattet wie der Mann, sie kann also auch dieselben Ansprüche an das Leben stellen wie der Mann. Die Folge ist, daß, genau so wie beim Manne, das rein leibliche Leben Selbstzweck ihres Daseins wird. Der Kriegsdienstverweigerung des Mannes muß — auf lange Sicht gesehen — der Gebärstreik der Frau folgen. Gewiß ist das Gebären nicht von derselben Gefahr begleitet wie der Krieg. Aber eine gewisse Vergleichsmöglichkeit ist gegeben. Sie läßt sich weiterführen in folgender Betrachtung: Aus der Forderung eines möglichst langen Lebens folgt ohne weiteres für den Individualisten die eines möglichst angenehmen Lebens, da die Aufopferung des Lebens ja nur den höchsten Grad von Unterbewertung des Lebens darstellt. In erster Linie ergibt sich aus der Überbewertung des Lebens die Ablehnung jeglicher Form der Aufopferung, die das Leben in seinem natürlichen Triebe, nämlich dem der Selbsterhaltung, bedroht. Nun gehört aber für den zivilisatorisch eingestellten Menschen zum Dasein bedeutend mehr als für den auf einfacher Stufe stehenden Menschen. Infolgedessen empfindet jener auch kleinere Opfer schon als Daseinsbedrohung. Es steigert sich also seine Selbstsucht. Von der modernen Frau wird schon der Zwang der Kinderernährung und Aufzucht als eine Beschränkung des eigenen Daseinsrechtes empfunden. Man erkennt das Wesen der heutigen Geburtenfrage schärfer, wenn man weniger die Angst vor der Geburt selbst, als die Unbequemlichkeit der Schwangerschaft und die Furcht vor der Sorge um das Kind als Hauptursachen bezeichnet, welche die Frau zu dem stark einsetzenden Gebärstreik treiben. Wie also der Mann die Wehrhaftigkeit verliert, so die Frau ihre Fruchtbarkeit. Diese beiden Mängel, deren gemeinsames Kennzeichen der fehlende Opfermut ist, müssen aber zum Untergang von Rasse und Volk führen.

Wenn hier bei der Betrachtung des Verhältnisses von Mann und Weib zueinander nur der übereinstimmende Mangel an Opferfreudigkeit im Vordergrund stand, so ließ sich schon in diesem Rahmen die Entstehung des Gleichheitsideals erkennen. Dessen Urbegründung,

folgerichtig aus individualistischem Denken entwickelt, soll im folgenden dargetan werden.

Für den im Übersinnlichen ruhenden Menschen steht die Gleichheit dessen, was „Menschenantlitz trägt“ fest, da er in jedem Menschen die in Erscheinung getretene Form eines allumfassenden geistigen Begriffes sieht, also etwas Gleiches. Aber diese Gleichheit besteht nur für die metaphysische Betrachtungsweise, d. h. im Seelischen und im Gemütmäßigen. Diese seelische und gemütmäßige Gemeinsamkeit erleichtert natürlich wiederum das soziale Zusammensein der Menschen, da die natürliche, tatsächliche Unterschiedlichkeit nicht so hart fühlbar wird. Es entsteht also beispielsweise die christliche Forderung der Nächstenliebe. Für den Individualisten gibt es nun keinem dem Übersinnlichen geweihten Bezirk, in dem Gleichheit herrschen könnte. Er muß also — dem mißhandelten metaphysischen Triebe Rechnung tragend — wieder einmal zu einem Trugbild seine Zuflucht nehmen. Dieses besteht in der Annahme, daß die Menschen, die für den Individualisten nicht mehr sind als höhere Lebewesen (Darwin), gleich wären; da nun aber die Ungleichheit der Menschen — man mag sie bedauern — in der Erfahrung begründet ist, so nimmt man ein künstliches Gebilde zu Hilfe, den sogenannten „homo noumenos“, den es niemals in einer Wirklichkeit gab, welche das Bekenntnis zur Gleichheit zu rechtfertigen vermöchte. Tatsächlich bleibt eine Art von formaler Gleichheit auch beim Menschen der Erfahrungswelt noch übrig, insofern als alle Menschen leben und alle Menschen einen natürlichen Selbsterhaltungstrieb besitzen. Entsinnt man sich aber der Feststellung, in welchem Maße das Leben höchster Zweck für den Individualisten geworden ist, so sinkt dieser Gleichheitsbegriff vollkommen auf die tierische Ebene herab und stellt sich in Wahrheit dar als ein Anspruch auf gleichen Lebensgenuß.

Das „Ideal“ der Gleichheit

Ein Recht auf gleichen Lebensgenuß ist aber schon als bloße Forderung falsch gedacht. Um so weniger gibt es ein solches in der Tatsächlichkeit, da die Menschen in Wirklichkeit nicht gleich, sondern höchst ungleich sind. Es gibt keinen Maßstab für berechtigten Lebensgenuß. Deshalb versuchen die vom Leben stiefmütterlich Behandelten durch Aufstellung des Gleichheitsideals den größeren Lebensanteil der von Natur Bevorzugten an sich zu reißen.

Auch noch aus einem anderen Grunde mußte sich das Gleichheitsideal entwickeln; bei der hier vorausgesetzten tatsächlichen Ungleichheit der Menschen würde ja ein Kampf Aller gegen Alle ausbrechen. Dabei bliebe der mit äußeren Hilfsmitteln reicher Ausgestattete Sieger, wenn nicht in irgendeiner Weise ein Ausgleich geschaffen würde. Mangels sittlicher Hemmungen, die in der individualistischen

Welt wegfallen, besteht dieser in der Gleichheitslehre. Ursprünglich wahrscheinlich entstanden, um der Einzelpersonlichkeit freie Bahn zu geben, wurde sie späterhin aufrecht erhalten zu dem Zwecke, den Kampf Aller gegen Alle zu verhindern. Inwiefern dann dieses Gleichheitsideal an Stelle der früher rein überfönnlich, in diesem Falle religiös bestimmten Gleichheitslehre getreten ist und damit verhängnisvolle Illusionen zeitigte, wird noch späterhin untersucht werden. Hier handelt es sich nur um die kennzeichnende Klarlegung des Individualismus und der aus ihm folgerichtig zur Entwicklung gelangten Geisteswelt.

Das „Ideal“ der Freiheit

Das Gleichheitsideal ist auch gewissermaßen ein Regler des Freiheitsideals, obwohl beide, wie schon gesagt, geschichtlich nebeneinander herlaufen; denn die französische Revolution verlangte als Voraussetzung der Gleichheit die Anerkennung der Freiheit des Menschen. Die Forderung nach ungehemmter persönlicher Freiheit ist der krönende Schlußstein des individualistischen Weltanschauungsgebäudes, da die Einreihung des Einzelmenschen in die Reihe der höchsten Werte naturgemäß die Beseitigung aber auch aller Schranken fordert, die ihm zugunsten anderer Werte auferlegt werden könnten. Nur aus Angst vor gänzlicher Auflösung der Gesellschaft gestattet der Individualismus ein Mindestmaß von einzelpersonlicher Beschränkung. Unentrinnbar würde aber die Verwirklichung des individualistischen Ideals zur Anarchie führen, ein Zustand, in welchem jeder Mensch den ihm von Natur verliehenen höchsten Wert seiner Persönlichkeit theoretisch zur letzten Vollendung zu bringen vermag. Später wird noch ausgeführt werden, daß es eine von Gerechtigkeitsgefühl bestimmte Gemeinschaftsregelung, die durch keine selbstsüchtigen Einzelwünsche durchbrochen werden darf, in der individualistischen „Gesellschaft“ nicht gibt. Vielmehr versteht sie unter „Recht“ diejenigen Vorsichtsmaßregeln, mit denen sich die herrschenden stärksten Einzelnen umgeben, um überhaupt ein soziales Zusammenleben ohne dauernden offenen Kampf zu ermöglichen.

Gewalt und Macht

Unter „Macht“ wird im Verlaufe dieser Abhandlung nur Gewalt verstanden, die nicht einfach angewendet wird aus Ichsucht, also aus einem tierischen Triebe heraus, sondern unter eigenem Einsatz für etwas Übergeordnetes. Die Gewaltanwendung verschmäht auch der Individualist nicht, wenn es gilt, seinem eigenen Wohle dienende Ziele durchzusetzen; nur geschieht sie nicht mehr in dem Gedanken der Aufopferung eigenen Lebens für ein höheres und größeres und verliert infolgedessen ihren sittlichen Gehalt. Der Herrschaftszustand, der sich auf dieser Art von Gewaltanwendung aufbaut, ist nicht auf Macht gegründet, sondern auf rohe Gewalt.

Der individualistische Mensch in der Wirtschaft

Auch im Erwerbsleben schafft die im einzelnen den letzten Wert sehende Denkweise einen Menschen besonderer Prägung. Die Ab-

Lehnung jeglicher inneren Verpflichtung muß dazu führen, daß der in der Wirtschaft Tätige nicht mehr die Arbeit und das Werk als das Ausschlaggebende ansieht, sondern die Wirtschaft nur noch als Mittel zur Befriedigung seiner höchstgelegenen Lebensbedürfnisse betrachtet. Nicht mehr die Erzeugung liegt ihm am Herzen, nur der aus ihr entspringende Gewinn; es vollzieht sich so die Abwandlung des wirtschaftlich schaffenden zum händlerischen Menschen. Der Händler wird der Inbegriff der Wirtschaft. Nicht mehr der um die Ernte betende Landwirt, auch nicht der im Laboratorium grübelnde Erfinder, auch nicht der wertspendende und mit den arbeitenden Menschen verbundene Werkunternehmer bestimmt die Wirtschaft, sondern der mit keinem Boden Vermachsene, von keiner wissenschaftlichen Leidenschaft besessene, mit keinerlei Menschen mehr rechnende, nur aus Zahlen und Gewinnstreben bestehende Händler. Er verdrängt auch den bodenständigen und notwendigen Kaufmann, der die verschiedenen Wirtschaftsgebiete verknüpfen und ihre Erzeugnisse verteilen soll. Die wenigen, gewissermaßen noch durch Berührung mit Boden, Menschen und Natur jenseitig gewendeten Sinne der im Erwerbsleben Tätigen werden ganz verdiesseitlicht. Denn der Händler ist nur Verstand; Ware, Geld, Verlust, Gewinn sind nur begrifflich, nur intellektuell zu erfassen. Und so greift eine geistige Umstellung, der Intellektualismus und die Losgelöstheit des Händlers von der Erzeugung, auch auf die anderen Wirtschaftszweige über, bis auch in ihnen das Händlerische vorherrscht.

Endlich ist noch zu betrachten, wie der individualistische Mensch sich stellt zu den rein geistigen Werten. Da er jenseits der menschlichen Erkenntnis nichts gelten läßt, diese Erkenntnis aber für letzte Weisheit hält, so entsteht für ihn ein sogenanntes Kulturwerk aus einem Höchstmaße von Verstandestätigkeit. Kulturträger ist für ihn der möglichst intellektuelle Mensch und das kulturell hochstehende Zeitalter ist für ihn ein solches, in welchem der Verstand schrankenlos herrscht. In den wenigsten Fällen der Anzulänglichkeit seines Verstandes sich bewußt, wird er seltener Relativist (nach Bedarf den Ausgangspunkt wechselnd und darum ins Uferlose schweifend), öfter aber Doktrinär (von Schulweisheit beschränkt). Was der Dogmatiker (aus Glaubenssätzen ein Lehrgebäude Aufbauende) unter den im Übersinnlichen ruhenden Menschen, das ist der Doktrinär unter den auf den bloßen Verstand Eingeschworenen. Der Unterschied ist nur, daß jener an unbeweisbare Lehrsätze glaubt und diesen Glauben als Glauben erkennt, während der Doktrinär ebenfalls an die Doktrin glaubt, sie aber für bewiesene Wahrheit hält. Wiederum ein Musterbeispiel für die Rache des mißhandelten metaphysischen Eriebes! Eine rein verstandesmäßige Erkenntnis aber kann, abgesehen von ihrer oben erwähnten

Das „Gehirntier“

Vieldeutigkeit, immer nur von den Menschen erfasst werden, welche auf mindestens gleicher Verstandes- und Bildungsstufe stehen. Da aber die Verschiedenheit verstandesmäßiger Begabungen und die Seltenheit ihres Vorkommens in letzter Vollendung unumstößliche Tatsachen sind, ist eine aus dem Denken kommende Erkenntnis immer nur einem ganz kleinen Kreise zugänglich und hat selbstverständlich auch hier nur bedingten Wahrheitsgehalt. Es kann also in dem kleinen Kreise hoher Verstandesbegabung ein übereinstimmender Kulturinhalt nicht entstehen. Noch weniger in den Riesenmassen der nicht mit den Vorzügen des Verstandes Gewappneten. Diese nehmen an der sogenannten Kultur der Intellektuellen überhaupt nicht teil. Darum läßt das intellektuelle Zeitalter die Völker in ihrer Gesamtheit überhaupt ohne Kultur, während die intellektuelle Spitzenschicht der Menschheit zum mindesten ohne Kulturinhalt bleibt, wenn man schon so weit gehen will, die rein formale Tatsache verstandesmäßiger Glanzleistungen als Kultur zu bezeichnen. Aber zu unrecht; denn Kultur bedingt die Durchdringung aller Menschen eines bestimmten Kreises mit einem bestimmten, gleichen geistigen Inhalte ohne Rücksicht auf die Verstandesbegabung und -schulung des einzelnen. Gleichheit besteht aber nicht auf intellektuellem, sondern nur auf metaphysischem Gebiete. Es kann sonach eine Kultur nur bei Verwurzelung der Menschen im Überfönnlichen entstehen, während in einer individualistischen Zeit, wie sie jetzt das Abendland mit samt seinen kolonialen Ablegern erlebt hat, dessen gesamte Bevölkerung in ihrer Masse vertiert. Diesem Herabgleiten verfällt die abendländische Menschheit als Ganzes; es vollzieht sich nur insofern in verschiedenen Formen, als einer großen Masse von ausschließlich Erieben folgenden Menschen eine Minderheit von Gehirntieren gegenübersteht. Was sie erzeugen, wird heutzutage „Geistigkeit“ genannt. Daß die Seelenlosigkeit des individualistischen Menschen natürlich sittliche Hemmungslosigkeit zur Folge hat, wurde schon klargelegt. Jedenfalls verschwindet ein einheitlicher ethischer Begriff als Kennzeichen einer bestimmten Kultur vollkommen. Der seelenlose, nur dem Denken vertrauende Einzelmensch, für welchen ein Höchstmaß von Intelligenz gleichbedeutend ist mit dem Spizenbegriff der Kultur, hält den im Überfönnlichen ruhenden und deshalb, nur vom Verstande aus gesehen, beschränkten Menschen mit seinem Wertmaßstabe für dumm und minderwertig. So drückt der seelenlose Verstandesmensch, der keinerlei ethische Hemmungen mehr aufzuweisen hat, einer Zeit, die nur den einzelnen kennt und gelten läßt, seinen Stempel auf. Der sittlich bestimmte Mensch aber gerät als Vorbild und Maßstab ins Hintertreffen. Mit anderen Worten: Die sittliche Minderwertigkeit, die bei rücksichtslosem Durchdenken auch als intellektuelle Minderwertigkeit sich entpuppt (denn sie erkennt nicht einmal



die Beschränktheit des Intellekts) beherrscht die Zeit: in Gesellschaft und Staat steht der Minderwertige oben an. Das ist das Zeichen unserer Zeit.

Das Prinzip der Minderwertigkeit

Entsprechend diesem „Kulturideal“ — bei dem von Kultur keine Rede sein kann — vollzieht sich auch die Einstellung des Individualisten zur „Bildung“. „Wissen ist Macht“; mit diesem alten Satze kann man das Bildungsideal des Individualisten umschreiben, für welchen die ganze Bildung des Menschen ein Mittel zur Durchsetzung des einzelpersonlichen Machttriebes wird. Immer mehr fest sich das Bestreben durch, die Bildung einzuschätzen nach ihrer Zweckmäßigkeit. Dabei handelt es sich nicht nur um die Verfolgung rein materieller Nützlichkeitszwecke, sondern auch um die höhere Form geistiger Zweckmäßigkeit. Daß aber unter Bildung die Erziehung zu einem sittlichen Charakter zu verstehen ist und daß nur dieser Selbstzweck sein darf, dem auch das Wissen sich unterzuordnen hat, bestreitet der Gegenwartsbesessene. Denn Sittlichkeit ist eine unbedingte Größe, Wissenschaft eine bedingte.

Bildung und Erziehung

Wie sich dieses Nützlichkeitsideal im Bildungswesen verhängnisvoll für die Gefittung des Menschen erweist, bleibt einem späteren Kapitel vorbehalten.

## Der Sieg der Minderwertigkeit im Kriege

Die Minderwertigkeit begnügt sich heute nicht nur mit der Herrscherrolle über die in Gesellschaft und Staat eingeordneten Einzelmenschen, sie bestimmt auch entscheidend die Schicksale ganzer Völker. Denn der Individualismus durchdringt mit seinem Geiste nicht nur das Einzelwesen niederer Art, den Menschen, sondern auch die höhere Erscheinungsform, das Volk. An Stelle der Selbstsucht des Einzelnen tritt die des Volkes; das Freiheitsideal, ursprünglich für die Einzelpersonlichkeit aufgestellt, wird auf das Volk übertragen. Ebenso der Gleichheitsgedanke. Ohne späteren Ausführungen, die das Nationalstaatsideal auf seine Herkunft aus individualistischer Denkweise näher überprüfen werden, vorzugreifen, sei schon hier gesagt, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker einen aus Freiheits- und Gleichheitsgedanken zusammengesetzten Begriff darstellt. Sein Bestandteil an Freiheitsgedanken ist offenkundig, der an der Gleichheitsidee dagegen gelangt dadurch zum Ausdruck, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht nur für große oder kulturell hochstehende Völker, sondern auch für Völkerspitter und halb oder gar nicht kultivierte Völker gefordert wird. Wie man den Wertunterschied der Einzelmenschen leugnet, so auch den der Völker und Rassen. Nun bedarf es in diesem Falle

Der Individualismus der Völker

ja überhaupt kaum eines Beweises, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein Trugbild ist. Denn während und nach dem Kriege haben die Deutschen zu ihrem eigenen Leidwesen hinreichend feststellen können, wie es mit der Freiheit und der Gleichheit der Nationen in der rauhen Wirklichkeit bestellt ist. Auch hier im Leben der Völker vollzieht sich das nämliche, wie im Leben der Einzelmenschen: das ethisch veranlagte, hochwertige Volk, welches zur Gewaltanwendung nur bereit ist, wenn hinter dieser Gewalt sittliche Kräfte stehen, wodurch diese zur Macht geadelt wird, unterliegt der Bekämpfung und Unterdrückung seitens der Völker, die rücksichtslos ihre Selbstsucht spielen lassen und sich zu deren Befriedigung zur Gewaltanwendung entschließen. Da die Zahl der geistig dem Individualismus verfallenen, abendländischen Völker auf Grund innerer Veranlagung und geschichtlicher Entwicklung größer ist, als die der nicht individualistisch veranlagten Völker, so schlossen sich jene zu einem Vernichtungskampfe gegen diese zusammen (hierbei schlug sich Rußland dank unfähiger Führung auf die falsche Seite). Das ist der Fall gewesen im Weltkriege, in welchem — genau betrachtet — die Geisteswelt der französischen Revolution das Deutschtum überwand. Geschichtliche Auffassungen, welche die Ursache dieses Krieges auf rein wirtschaftliches Gebiet verlegen wollen, gehen fehl. Bei aller Ungeschicklichkeit unserer politischen Führung und bei Anerkennung sämtlicher geopolitischen Vorbedingungen wäre ein so ungeheurer geistiger Aufmarsch der Welt gegen das Deutschtum nicht möglich gewesen, wenn nicht aller-  
menschlichste Saiten dabei mitgeklingen hätten. Dieser Krieg war der Kampf der „Vernunft“ gegen die Seele. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit war in der Rolle des Gottesstreiters; die zwingende Gewalt, die von dem ehrwürdigen Führer des deutschen Heeres ausgehend nicht nur auf sein Volk, sondern sogar auf die Gegner ihre Strahlen warf, ist nur so erklärlich. Daran ändert auch die kurzfristige, nur grob stoffliche Ziele sehende Einstellung, wie sie die Unterführung teilweise aufzeigte, nichts. Unsere westlichen Feinde glaubten die deutsche Seele fesseln zu können und ihre Kräfte durch intellektuelle Phraseologie zu binden. Und so kam es zu dem heutigen Zustand, bei dem mit einigen kleinen Ausnahmen die Masse kleiner, kulturell unterwertiger Völker bis an die Zähne bewaffnet um das Deutschtum herumgelagert ist und es im Namen der Freiheit und der Gleichheit knebeln soll. Genau wie im Leben der Gesellschaft die Überzahl der Schläuen, Gewissenlosen die Minderheit der Gewissenhaften und intellektuell Gehemmtten tyrannisiert, so knebelt heute die Masse der seelenlosen Völker das beseelte Deutschtum. So wird die grundsätzliche Behauptung von der herrschenden Minderwertigkeit nicht nur zum Schlüssel deutscher Innenpolitik, sondern auch Deutschlands weltpolitischer Lage.

Die Deutung des  
Weltkrieges

Der Kampf des  
Irdischen gegen  
das Göttliche

Nur wenn man den Krieg als einen solchen um höchste geistige Werte auffaßt — unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Vertreter des Rationalismus in der Lage waren, die Waffe der Ideologie mit in die Wagschale zu werfen, während das seelisch verwurzelte Deutschland, nur inneren Gesetzen folgend, nicht vermochte, die Geistigkeit seines Kampfes sich selbst oder gar seinen Feinden begreiflich zu machen —, versteht man erst die wahre Bedeutung unserer Niederlage. Die Deutschen waren nicht ein Volk, das in einem Gottesstreiterkampfe erlag und, mit der Waffe in der Hand, bezwungen in die Knie sank, sie waren ein Volk von Kämpfern, die im entscheidenden Augenblicke der Schlacht das Schwert wegwarfen, weil sie selbst an ihrem Gottesstreitertume verzweifelten. Diese seelische Selbstaufgabe blieb das Kennzeichen der ganzen Nachkriegszeit. Sie beherrscht auch heute noch unser gesellschaftliches, staatliches und geistiges Leben. Kriege können gewonnen oder verloren werden; je nach den besseren Waffen der Streiter. Sie entscheiden deshalb nicht endgültig über die Schicksale der Völker, solange deren Seele unberührt ist, ihr Herzschlag rein klingt. Aber das gesellschaftliche Leben, die sittlichen und rechtlichen Wertmaßstäbe änderten sich in Deutschland nach dem Kriegsausgang in verblüffender Raschheit. Sa, das äußere Leben, sogar die Formen der Kleidung und des täglichen Umganges wechselten schlagartig ihr Aussehen. Nicht, daß etwas ganz Neues gekommen wäre. Es war vielmehr so, daß Dinge, die vor dem Kriege schon lebten und um Geltung rangen, aber doch verabscheut wurden oder zum mindesten Ablehnung erfuhren, daß solche Dinge plötzlich herrschend wurden. Hierher gehört auch die Änderung der Staatsform, der Übergang von der Monarchie zur Republik. Das wäre nichts Besonderes, wenn die deutsche Republik eine Schöpfung deutschen Geistes und deutschen Rechtes wäre. Aber niemand hatte es gewagt, im deutschen Geiste Staats- und Regierungsformen zu ersinnen, die den Deutschen innerlich angemessen gewesen wären und äußerlich dem Stande entsprochen hätten, den die Regierungstechnik der abendländischen Völker erheischt. Die seelische Selbstaufgabe des deutschen Volkes wird durch keinen Umstand klarer bezeichnet, als durch die Übernahme fremder Staatsformen im Jahre 1919. Würde man eine Rundfrage erlassen, nicht, wer auf dem Boden der heutigen Republik siehe, sondern wer sie liebe, man würde zu erschütternden Ergebnissen kommen.

Alles, was vor dem Kriege verhüllt ein Dasein ohne Ansehen lebte und von ernstern Mahnern als Verfallzeichen gewertet wurde, gelangte gewissermaßen zu gesellschaftlicher und staatlicher Anerkennung. Schon vor dem Kriege machten sich Geburtenrückgang, Materialismus, Mangel an selbstloser Opferfreudigkeit, außenpolitische Richtungslosigkeit, Pazifismus, Staatsfeindlichkeit, kulturelle Verfahren-

Die seelische  
Selbstaufgabe des  
deutschen Volkes  
im Jahre 1918

Hemmungsloser  
Auftrieb der  
Minderwertigkeit

heit und Hohlheit bemerkbar. Aber es waren Warner vorhanden, welche auf diese Zeichen hinwiesen, es gab verheißungsvolle Strömungen der Erneuerung und die zersetzenden Kräfte konnten sich nicht hervormagen, da sie unter dem Gesetze der Macht standen. Dennoch war Deutschland der Staat der Autorität und noch war in den Autorität ausübenden Kreisen eine Sittlichkeit lebendig, welche die Macht davor bewahrte, nur noch Gewalt zu sein, wenn auch schon mancher Hohlraum im sittlichen Fundamente dieser Macht entstanden war. Da kam der Krieg. Alle Quellen überfinnlicher Kräfte sprudelten. Vorbei war es mit der Herrschaft des vernünftelnden Menschen; den Materialisten erschütterte die Fragwürdigkeit seiner Schätze angesichts des Todes; die Reihe der Kameradschaft nahm in sich auch jene Trozigen auf, die bisher ihre Sache nur auf sich selbst gestellt hatten. Die Seele des deutschen Volkes erwachte; es war sich nicht bewußt, daß um sie gestritten werde, es gehorchte aber den mächtigen Triebwellen, die von ihr ausgingen. Es ist später geschrieben worden von einem Strohfeuer der Augusttage 1914; das ist nicht richtig. Die Begeisterung jener Tage erlahmte vielmehr deshalb, weil der seelische Untergrund des Volkes noch tragfähig, seine Fruchtbarkeit aber verschieden war. Wo die Wurzeln nicht in den fruchtbaren Seelenboden hinabreichten, sondern nur lockeren Sand erfaßten, da mußte ein Rückschlag erfolgen. Ein kurzer Krieg hätte wahrscheinlich einen gleichmäßigen seelischen Auftrieb des gesamten Volkes herbeigeführt. Ein langer aber wirkte entgegengesetzt; er mußte die große Scheidung der Geister einleiten. Wenn hier von dieser Scheidung gesprochen wird, so nicht von der oberflächlichen in die Partei derer, die durchhalten wollten und derer, welche die Beendigung des Krieges wünschten, obwohl natürlich diese beiden Lager ungefähr richtige Grenzen umreißen; denn sittliche Untergründe spielten sehr häufig bei der jeweiligen Stellungnahme mit. Aber die nachhaltige Scheidung der Geister erfolgte viel später (oder war vielleicht im Grunde sogar schon lange vor dem Kriege erfolgt) und läßt sich wohl so kennzeichnen: in das Lager derer, die trotz oder gerade wegen ihres Kriegserlebnisses den Krieg betrachten als den Ursprung eines Neuwachens der völkischen Seele und derer, die ihn grundsätzlich oder wegen seines unglücklichen Ausgangs verneinen.

### Die Umkehr

Damit ist die entscheidende Wendung im grundsätzlichen Teile dieses Buches erreicht. Vornehmstes Ziel dabei war darzutun, daß der Antrieb aller menschlichen Handlungen im Bereiche des Über-

sinnlichen zu suchen ist. Mit anderen Worten: die großen geschichtlichen Kräfte strömen aus Quellen, zu welchen die Erkenntnis nicht vorzudringen vermag. Weiterhin wurde klargelegt, wie der Zeitgeist den metaphysischen Trieb leugnet, wie sich dieser aber rächt und wie infolgedessen eine ganze Reihe falscher und trugschlüssiger Wertungen entstehen.

Das hier gezeichnete Gesamtbild wird häufig ganz allgemein als äußeres Kennzeichen für die innere Greisenhaftigkeit von Völkern und Kulturen hingestellt und daraus eine gewisse Untergangsstimmung hergeleitet. Nun sind eine ganze Reihe historischer Darstellungen versucht worden, die sich zwar mit der Tatsache abfinden, daß der metaphysische Trieb der abendländischen Völker verschüttet sei. Desungeachtet bejahen aber diese Untergangsphilosophen den Lebenswillen dieser gewissermaßen um ihre Unschuld gekommenen Völker.

Die Untergangstheorie

Dementgegen behauptet dieses Buch, daß der metaphysische Trieb ewig und unerschöpflich ist, daß er nur seine Gestalt und seinen Inhalt, je nach dem geistigen Entwicklungsstand eines Volkes, wechselt. Wenn aber nun die verstandesmäßig unfaßbaren Kräfte, wie es scheint, in der Gegenwart verschüttet sind, wie sollen sie plötzlich wieder wach werden, wie soll dem metaphysischen Triebe wieder der gebührende Raum geschaffen werden, warum soll der Intellekt zu der hier geforderten Selbstbeschränkung schreiten, wenn er bisher immer diese Forderung abgelehnt hat? Hier folgt der zweite Glaubenssatz dieser Abhandlung:

Es wird behauptet, daß aus dem Menschenauge nicht ersichtlichen Gründen ein Bewußtwerden des metaphysischen Triebes bereits stattgefunden hat, daß wir, anders ausgedrückt, an der Schwelle eines religiösen Zeitalters und am Ende der Siegeslaufbahn der „Vernunft“ stehen. Obwohl, wie angedeutet, die Ursachen einer solchen Umkehr schwer erkennbar sind, so soll nun versucht werden, wenigstens annähernd an die Wahrheit heranzukommen. Die Wende zu einer im Übersinnlichen ruhenden Weltanschauung ist bedingt durch das sogenannte Kriegserlebnis, wovon die Schreckenszeit des Zusammenbruches mit all seinen Folgen kaum zu trennen ist. Hier ist ein Wort gefallen, welches dem Zeitgeiste gemäß, oft einer rein verstandesmäßigen Deutung unterliegt und andererseits aus mangelnder Klarheit geheimnistuerischem Gebrauche unterliegt.

Das Wiederbewußtwerden des metaphysischen Triebes als Folge des Kriegserlebnisses

Eine kurze Betrachtung über den Träger des Kriegserlebnisses! Jeden Kriegsteilnehmer schon als Träger zu sehen, ist oberflächlich; von vornherein scheiden jene aus, die während des Krieges bereits vernünftelnd gegen ihn Stellung nahmen. Ebenso jene, für die Krieg Handwerk war und Gelegenheit zur Karriere. Viele hinderte ihr vorgerücktes Alter, den Krieg als seelischen Einschnitt zu empfinden; für sie war er nicht mehr das seelisch bestimmende Ereignis ihres

Lebens, da ihre geistige Entwicklung schon in fest eingefahrenen Bahnen lief. (Damit soll nicht gesagt sein, daß einzelne oder beträchtliche Teile aus diesen Gruppen seelisch nicht mehr frisch genug waren, ihre Bestimmung durch das Kriegserlebnis zu empfangen.) Vorbestimmt für das Kriegserlebnis waren aber jene Jünglinge, deren Seelen noch weichem Wachs glichen. Lebenshungrig, waren sie gerade im Begriff gewesen, durch das offene Tor in die Weite des Lebens zu schreiten, begierig nach Erfüllung, tatbereit und voll Drang nach Vollendung: da kam der Krieg. Die Begeisterung verbrauchte bald. Der Krieg bekam seinen Alltag. Er verwandelte sich in Pflicht. Verträumte Schwärmer wurden zu kühlen Männern, die unter schwerster Verantwortung handeln mußten. Gesetz und Befehl trieben den jungen Frontkämpfer über die Schlachtfelder ganz Europas. Er sah die weiten Räume, in denen zu leben seinem Volke nicht vergönnt war. Die Rassen und Völker der halben Welt stellten sich ihm entgegen, er bestieg sie. Das Gefühl der Überlegenheit wurde ihm so geläufig, wie das der Einsamkeit. Die Welt war feindlich, das eigene Leben bestand nur noch aus Kampf, Hunger, Krankheit und täglichem Tod.

Die Besonderheit  
des deutschen  
Kampfes

Er fühlte, daß er nicht ein Soldat war, wie der anderer Heere, vielmehr etwas ganz Eigenartiges: er war ein Deutscher und dort war die Welt. Die Besonderheit dieses Schicksals nötigte ihn zu grübelndem Nachdenken, um ihr Wesen zu erkennen. Alle äußeren Werte, die dem Gegner vielleicht den Kampf noch lohnend machten, verschwanden für ihn. Er sah vielleicht keinen Sieg mehr und kämpfte doch einsam und erbittert weiter. So wuchs aus ihm die Erkenntnis um die Besonderheit des Deutschtums, die er aus der Besonderheit seines einzigartigen Kampfes herleiten mußte.

Die Harmonie von  
Leben und Tod

Es gab für ihn nur noch ein verlierbares Gut: sein Leben. Was sonst im bürgerlichen Dasein umsorgt und betraut wird, war für ihn ohne Wert geworden. Er wußte, daß, solange er lebte, für Nahrung und Kleidung gesorgt sei, daß irdisches Gut und geistige Werte, die in der Heimat aufgestapelt sein mochten, ihm hier nichts nützen. In Zeiten des Alltags wird der Mensch nur einmal in seinem Leben vor die große Frage gestellt: welcher wirkliche Wert wohnt meinem Leben inne und was nützen mich alle irdischen Güter? Sie wird jedem Menschen auf seinem Totenbette gestellt. In früheren Kriegen, wo der Tod nur während mehrstündiger Schlachten drohte, vielleicht oft nur in den paar Minuten des Einsatzes, erschien diese letzte Frage, ähnlich wie beim Strohtode, nur minutenlang vor dem geistigen Auge des Betroffenen. Anders bei dem Feldgrauen des Schützengrabens! Wochen-, ja monate- und jahrelang sah er den Tod vor Augen, sah, wie er von seiner Seite blühendes Leben hinwegraffte. Kein Kampfbrauch, keine nur minutenlange Dual konnte ihm

die letzte Stunde vereinfachen. Hier mußte man sich mit dem Tode auseinandersetzen, er mußte gewissermaßen zum Alltagsbegriff werden. Man erzählt, daß manche Feldgraue auf ihrem kurzen Heimaturlaub sich betragen hätten wie Betrunkene. Ja, sie waren betrunken, nämlich vom Leben. Das Leben war für sie keine Selbstverständlichkeit mehr, sondern ein köstliches Geschenk: so begannen sie das Leben zu untersuchen. In die letzten Tiefen ihrer eigenen Seele mußten sie dringen, alle Selbstverständlichkeit abwerfen, denn nur dann war die ständige Todesdrohung erträglich, wenn man Tod und Leben in ein Verhältnis brachte, an das man denken konnte ohne irrsinnig zu werden. Und so entstand die Vorstellung, daß das Leben nicht der Normalzustand und der Tod eine furchtbare Ausnahme sei, sondern der Tod wurde zur Selbstverständlichkeit und das Leben zum Geschenk. Damit war es etwas anderes geworden. Es wurde viel köstlicher, viel stärker und tiefer; der Soldat begann die Erde, über die er vorher gleichgültig geschritten war, zu lieben; der Nachbar, neben dem man mißtrauisch gewohnt hatte, wurde zum Kameraden, in dessen Schoß man vielleicht starb; das Weib, von dem man sich Freuden erwartet hatte, wurde wieder zur Mutter der Kinder, in denen man fortzuleben hoffte. Der Tod konnte nicht mehr das Ende allen Seelentums bedeuten, sondern nur den Abschnitt, nach dem das Leben wieder in ein höheres einmündete. Man gab sein Leben auf, um in ein anderes einzugehen und nannte dies ein Eingehen in Gott. Und da man so im Tode wieder die wahren Köstlichkeiten des Lebens entdeckte, so gewann man ihn zwar nicht lieb, aber man empfand ihn als etwas Notwendiges, dem man dankbar sein mußte. So führte die seelische Steigerung des Lebens nicht zu einem unbegrenzten Lebensanspruch, sondern zu der Erkenntnis der Fragwürdigkeit des Lebens, so wie ein Geschenk niemals als Rechtsanspruch, sondern als Gnade empfunden wird; wie das Nichteintreffen des Geschenkes, also der Tod, nur schicksalsmäßige Empfindungen auslöst. Das ist das Kriegserlebnis des deutschen Soldaten.

Gewiß ist etwas Richtiges an der Lehre von der Gegenauslese; ob sie rassenmäßig oder allgemein dahin gedeutet wird, daß die besten Kräfte des Volkstums durch den Weltkrieg dahingesunken sind, bleibt für den geistesgeschichtlichen Zusammenhang dieser Untersuchung belanglos. Die Tatsache der Gegenauslese besteht. Um so bewundernswerter ist die Stärke, welche jenes Kriegsteilnehmergeschlecht bewies. Auch in der entscheidenden Stunde, im Winter 1918 auf 1919, als der Glaube an das deutsche Gottesstreitertum anscheinend zum Rindergespött geworden war, lebte in den jungen Frontkriegern die durch den Krieg wachgewordene seelische Triebkraft weiter. Es wäre sonst nicht zu erklären, daß die Bewahrung Deutschlands vor der hol-

*Vertiefung des  
Kriegserlebnisses  
in Revolutions-  
und Nachkriegszeit*

schewisitischen Gefahr gerade jene auf sich nahmen, die keinerlei Ursache hatten (und es auch mit vollem Bewußtsein ablehnten), die Herrschaft der Novemberkräfte zu unterstützen und zu festigen. Hier äußerte sich nochmals wuchtig die im Kriege erworbene Tugend, die auch später weiterwirkte, als die jungen Leiber einen lebendigen Wall an den damals durch „Friedenverträge“ noch nicht geordneten Grenzen aufstürmten. In dem Maße, in welchem sich Gesellschaft und Staat von Weimar festigten, je mehr das republikanische Deutschland den Geist und die Kraft jener Jungen ablehnte, desto mehr hatte die Kriegsjugend Gelegenheit, in sich selbst zu dringen und die großen letzten Fragen nach dem Sinne des gewaltigen Erlebnisses, unter dem ihre erste Jugend gestanden hatte, sich vorzulegen. War im Krieg alles auf der einen Seite Eindruck, auf der anderen Seite Tat, so mußte die Selbstbesinnlichkeit jetzt, Jahre nach dem Kriege, einsetzen.

Die Aufbauträfte  
des  
Frontkriegerturns

Es mag dem Seelenkundigen überlassen bleiben, festzustellen, inwiefern ein tiefer Trieb zur geistigen Rechtfertigung jenes Kriegserlebnisses hinter dieser Selbstbesinnung und Vertiefung steht. Hier mag die grauenhafte Vorstellung mitgeschwungen haben, daß das Blut der Gefallenen umsonst geflossen sei. Selbstverständlich erfährt sie zwei Arten von Widerlegung. Einmal die, welche dem nur das Stoffliche Sehenden zum Trost dienen kann, der selbstverständlich bei einem Friedensschlusse nach dem handgreiflichen Erfolge des Krieges fragt. Ihm kann entgegengehalten werden, daß der Enderfolg nicht absehbar ist, weil niemand die Kräfte, die, im Kriege erwacht, weiter wirken, heute schon richtig einschätzen kann. Aber darüber hinaus ist es den unter dem Kriegserlebnis Stehenden doch eine Selbstverständlichkeit geworden, daß durch Selbsteinsatz vergossenes Blut niemals umsonst fließt. Denn hier wirken geistige und sittliche Gesetze, die ihren Sinn und letzten Wert in sich selbst tragen. Wie dem auch sei, es ist denkbar, daß zur geistigen Rechtfertigung des Todes von fast zwei Millionen Brüdern, die deutsche Jugend heute in der Richtung arbeitet, jenes sittliche Gesetz, welches über dem Tode dieser Gefallenen waltete, für die Lebenden gültig und bewußt zu machen und dadurch Kräfte zu erwecken, die auch den politischen Erfolg verheißen. Richtig dürfte die Annahme sein, daß das Kriegserlebnis als solches doch die letzte Ursache für die geistige Wandlung ist, die heute anhebt. Denn das Bestreben, den Opfertod der Gefallenen zu rechtfertigen, wäre ohne jene im Kriegserlebnis begründete geistige Umkehr nicht zu erklären.

Die Zeitwende

Eine dritte Auslegung für die allgemeine Zeitenwende scheint noch möglich: daß der Zug nach einer neuen geistigen Richtung seine Ursache in dem Wiedererwachen des Selbsterhaltungstriebes habe. So würde sich auch die verhältnismäßige Jugend des deutschen Volkstums feststellen lassen. Aber vielleicht ist das Bild der geistigen Umkehr,



wörtlich genommen, falsch. An sie kann nur glauben, wer den geistigen Fortschritt der Menschheit als Lehrsatz anerkennt. Der Verfasser ist weit davon entfernt. Es wird immer Zeitalter geben, denen der Einzelmensch letztes Ziel ist, und Zeiten, die den einzelnen hinter das Ganze zurücktreten lassen. Beide haben ihre Bedeutung für die Entwicklung der Menschheit. In den Zeitaltern des gebundenen Individualismus entstehen in gewissen Sammelplätzen der Menschheit, d. h. bei bestimmten Völkern und Rassen, große Kulturen. Die Zeitalter des Individualismus geben alle einzelpersönlichen Kräfte frei, um die Errungenschaften dieser Kulturen zu verbreiten, ihren Herrschaftsbereich zu vergrößern und zu festigen. Was so entsteht, nennt man Zivilisation. Unwillkürlich drängt sich hier der Vergleich auf von dem Verhältnis zwischen schaffender und händlerischer Wirtschaft. Wie der Händler die Erzeugnisse fremden Schaffens in persönlichen Vorteil umsetzt, so auch der Zivilisationsmensch die Errungenschaften vergangener Kulturen. Die römische Zivilisation beispielsweise ist geistig über die hellenische Kultur nicht hinausgekommen. Die moderne beschränkt sich auf die Verbreitung der christlichen Kultur und soweit dieselbe antike Grundstoffe in sich aufgenommen hat, auch noch dieser. Die Zivilisation trägt den Drang nach weltumfassender Durchdringung in sich; dies Verbreiterungsbestreben ist von Verflachung begleitet. Ist diese soweit gediehen, daß von dem kulturellen Inhalte der Zivilisation nur noch die hohle Form übrig bleibt, dann erfolgt bei greisenhaften Völkern der Zerfall, bei jungen aber ein Neuerwachen schöpferischer Triebe. Dann spricht die Geschichte von einer Zeitwende, wie sie im Laufe von Jahrhunderten einmal erfolgt. Der Krieg leitete eine solche ein. Die deutsche Kriegsjugend kehrt unter dem Gesetz des Kriegserlebnisses der Zivilisation den Rücken und strebt der schöpferischen Kultur zu. Nicht etwa aus der Einstellung heraus, daß die bisherige zivilisatorische Entwicklung falsch gewesen wäre: sie erkennt vielmehr ihre Gesetzmäßigkeit, hält aber jenen Zeitabschnitt für vollendet. Die Besonderheit der Stellung des Deutschen in diesem Weltkriege erfüllend, erkennt sie heute die geistige Einzigartigkeit des Deutschtums und, indem sie so zunächst im Rahmen des eigenen Volkstums der bisherigen zivilisatorischen Entwicklung willensmäßig ein Halt entgegenruft, wird sie eben wegen dieser Besonderheit des Deutschtums zur Verkünderin eines neuen Menschheitsideales.

Zivilisation und Kultur

Ihre Aufgabe wächst also über das Volkstum hinaus und wird zu einer solchen des gesamten Menschentums. Auf das Gebiet der Gesellschaft und des Staates übertragen, lautet die Formel: die gesellschaftliche und staatliche Verfassung der französischen Revolution durch einen Grundsatz zu ersetzen, der, aus deutschem Geiste geboren, zum Retter wird der gesamten abendländischen Menschheit, die sonst

Die deutsche Sendung

in Barbarentum verfallen würde. Als letzte Ursache dieses drohenden Niederganges stellte die vorliegende Abhandlung den im Individualismus begründeten Siegeszug der Minderwertigkeit fest. So gilt es, dem Grundsatz der Minderwertigkeit den der Hochwertigkeit entgegenzuhalten; die Niederlage dieses Krieges muß in einen geistigen Sieg verwandelt werden. Die gewaltigen seelischen Kräfte des deutschen Volkes, dessen eindeutige Überlegenheit der Weltkrieg offenbarte, müssen kulturelle, soziale und politische Gestalt gewinnen. Unbewußte Befehle, die das Handeln der deutschen Kriegsjugend bestimmten, müssen zunächst den Führern bewußt gemacht werden, damit dieses Bewußtsein sich als Lebensgefühl bei den Massen niederschlagen kann; Dinge, die späterhin eingehend behandelt werden.

### Der neue deutsche Mensch

Seine Stellung  
zu Religion  
und Kirche

Bisher wurde dargelegt, wie das Kriegserlebnis zu einer Wiederbelebung übersinnlicher Kräfte führte, wie das stoffliche Leben und seine Verstandesätigkeit auf den ihnen angemessenen Raum im menschlichen Geiste beschränkt wurden, und wie durch die Freimachung des metaphysischen Bezirkes die Bahn geöffnet wurde für die Herrschaft jenseitiger Mächte. Ist nun diese innere Wandlung gleichbedeutend mit der Rückkehr des abendländischen Menschen zur christlichen Glaubenslehre? Diese Frage muß aufgeworfen werden, weil sie sicher sowohl von freidenkerischer, als auch von kirchlicher Seite gegenüber diesen Ausführungen erhoben werden wird. Dazu ist zu sagen, daß der umfassende, allgemeine Begriff der des übersinnlichen Raumes und seiner beherrschenden Rolle schlechthin ist, während die Anerkennung kirchlicher Lehren gleichzusetzen wäre mit der Ausfüllung dieses Raumes. Glaubensinhalte zu geben, ist jedoch nicht Sache dieses Buches; ihm obliegt nur, die Rolle des Glaubens für den menschlichen Geist, für die Bildung der Wertmaßstäbe und damit für das soziale Zusammenleben aufzuweisen. Vielleicht wird der Weg vom Intellektualismus zur Kirche nicht ein gerader sein. Es mag vielmehr eine psychologische Reihenfolge sich einschalten, welche ungefähr mit folgenden Abschnitten gekennzeichnet werden dürfte: Zunächst Verneinung der Herrschaft der reinen Vernunft, dann ein gewisser Mystizismus — vielleicht auch Pantheismus — und endlich die Herausbildung von Glaubenssätzen. Für den christlichen Begriff der Offenbarung ist natürlich in jedem Abschnitt Raum. Die heutige Zeit steht am Beginn der Entwicklungsstufe, in der die Überschätzung des Intellekts, der „Zusammenbruch der Wissenschaft“ (wie Hugo Dingler in seinem so betitelten Werke ausführt) unbedingt erkannt ist.

Es wäre auch falsch anzunehmen, daß das kirchliche Leben selbst von solchen Umwälzungen nicht berührt würde. Die Ethik des Christentums ist so allgewaltig stark und einmalig, daß sicherlich das Christentum selbst sämtliche Möglichkeiten in sich trägt, der geschilderten geistigen Umkehr eigenlebendige Formen zu verleihen. Diese Ausführungen werden nur gemacht, um zu zeigen, daß es sich nicht um die sich gegenseitig ausschließende Gegenüberstellung von Vernunft und kirchlicher Glaubenslehre handelt, sondern um die von Vernunft und religiöser Bindung schlechthin. Dabei muß der Kirche die Kraft zugesprochen werden, eine gewaltige Rolle auf dem Gesamtgebiete wiedererwachender Religiosität zu spielen. Am Anfange dieser neuen Entwicklung stehend, wird das junge Geschlecht von heute berufen sein, für das neue anbrechende Zeitalter Religiosität zu erringen. Es wird die religiösen Schöpfungsgestalten hervorbringen müssen — im Schoße der Kirche die großen Wiedererwecker —, die Glaubensinhalte von allgemeiner Gültigkeit in Formen gießen. Es wird in sich selbst den schweren Kampf ausfechten müssen zwischen Intellekt und Glauben.

Unter der Wucht des Kriegserlebnisses wird das junge Geschlecht eisernen Willen zum Glauben in sich züchten, damit kommende Geschlechter wieder den Glauben der unschuldigen Kindheit hegen können. So wie es heute Allgemeinweisheit der Masse ist, einen Gläubigen für ungebildet zu halten, so wird es Allgemeinut der zukünftigen deutschen Welt werden, den Angläubigen als ungebildet abzulehnen. Der Weg zum Glauben führt also über die Überwindung des Intellektes. Erst, wenn sie geglückt ist, wird für das breite Volkstum wieder die Unbefangenheit der Gläubigkeit hergestellt sein, wie überhaupt alles Geistige von den Spitzenträgern einer Kultur durchgekämpft werden muß, ehe es den Massen Selbstverständlichkeit und Lebensgefühl wird. Allerletzte Zweifel dürfen überhaupt nicht Gegenstand offener Auseinandersetzungen sein, sondern nur innerer Kämpfe der ganz großen, weisen Führer, die den Mut haben, vielleicht verzweifelt zu sterben, damit ihr Volk gläubig dem Tode entgegensehen könne.

In den ersten Kapiteln dieses Teiles wurden die geistigen Grundlagen der Zivilisation bloßgelegt. Es wurde gezeigt, wie eine entfesselte Welt aussieht. Wurden so die Folgen der Verneinung des Über sinnlichen für die Bildung von Wertmaßstäben herausgearbeitet, dann ist es jetzt ein Leichtes, darzulegen, wie die durch das Kriegserlebnis übersinnlich verwurzelte Kriegsjugend zu ganz neuen Wertmaßstäben gelangen muß. Notwendig entstand so ein grundsätzlicher Gegensatz zu der herrschenden Geistesrichtung. Denn das ist die wirkliche Gegensätzlichkeit, die durch das gesamte öffentliche Leben des deutschen

Volk es zieht und dem von außen kommenden Beschauer den Eindruck erweckt, als stünden hier Menschen einander gegenüber, die verschiedene Sprachen sprächen. Dem ist wirklich so. Eine begriffliche Verständigung zwischen demjenigen, der im Einzelmenschen den letzten Wert des Lebens sieht (Individualist) und demjenigen, der höhere Werte über den Einzelmenschen stellt (Überindividualist) ist nicht mehr möglich. Gewiß klingen bei allen Angehörigen des deutschen Volkes metaphysische Ober- und Untertöne immer stark mit, mag das auch dem einzelnen noch so wenig zu Bewußtsein kommen. Wenn aus besonderen Anlässen der gemeinsame übersinnliche Quell des Deutschtums sprudelt und die reine Vernunft ausgeschaltet ist, so ergibt sich auch in der Regel ein klarer nationaler Zusammenklang. Aber dies ist selten der Fall. Deshalb wird es den Jungen nicht erspart bleiben, den Kampf um einen einheitlichen Wertmaßstab durchzuführen. Dieser Wertmaßstab kann nur der sein, den der im Übersinnlichen ruhende Mensch kraft seiner die Tyrannei der Vernunft verneinenden Einstellung entwickelt. Im Eingange dieses Teiles ist bei der Kritik der individualistischen Wertlehre das, was an ihre Stelle treten soll, schon zu Vergleichszwecken gestreift worden. Hier bleibt nur übrig, zusammenfassend den „Neuen Menschen“ zu zeichnen, wie er sich aus dem Kriegserlebnis heraus entwickeln und — voraussichtlich nicht nur dem Deutschtum — seinen Stempel aufdrücken dürfte. Vor einem Irrtum sei aber auch an dieser Stelle wieder gewarnt: diesen „Neuen Menschen“ als etwas in der Weltgeschichte grundsätzlich Neues anzusehen. Er ist nur insofern neu, als er eine Zivilisationsherrschaft abzulösen und ein neues Zeitalter der Kultur einzuleiten berufen ist. Seine Kulturwerke mögen in ihren Formen etwas wirklich Neues geben; der seelische Nährgrund aber, aus dem sie geistig hervordachsen, ist unbedingt durch die nämlichen Voraussetzungen gekennzeichnet, welche allen Kulturen der Menschheit Vorbedingung waren: die eindeutige und klare Wirkungsmöglichkeit der übersinnlichen Kräfte des Menschen.

Ein Unterschied wird allerdings zwischen früherer und kommender Kulturschöpfung bestehen dadurch, daß die Beherrschung der Naturkräfte zu einem bisher unerreichten Grade gediehen ist; dies schließt ein Hinüberwuchern übersinnlicher Triebkräfte auf das Gebiet der rein verstandesmäßigen Erkenntnis in höherem Maße aus, als bei Frühkulturen. Der Aberglaube wird also wesentlich eingeschränkt sein in bezug auf Naturerscheinungen. Andererseits gilt der Kampf der neuen Kultur und des neuen Menschen dem Gegenstück des Aberglaubens, der Trugbilder erzeugenden Selbsttäuschung. Diese entsteht, wie nachgewiesen, immer, wenn der metaphysische Raum im menschlichen Geiste eingengt und von den Denkräften völlig in Anspruch genommen wird.

Die Besonderheit des Deutschtums liegt in der außerordentlichen Stärke der übersinnlichen Quellen. Der geht wohl nicht fehl, der die Deutschen hinsichtlich ihrer metaphysischen Veranlagung weit über die übrigen Völker des abendländischen Kulturkreises einschließlichs deren überseeischen Ablegern stellt. Wohl nur noch ein geographisch europäisches Volkstum, genau genommen, die im zentralrussischen Reiche zusammengefaßten, Osteuropa besiedelnden Völkerstämme, übertreffen die Deutschen an seelischen Urkräften. Dagegen zeichnet die Deutschen, im Vergleiche zu den Russen, eine kräftigere Entwicklung des Denkvermögens und des Willens aus. Mit anderen Worten: Im deutschen Volke sind die Kräfte der Seele und des Verstandes in gesunder Mischung vorhanden. Oder in der Sprache dieser Abhandlung gesagt: der metaphysische und der intellektuelle Raum sind im deutschen Menschen von Natur glücklich abgegrenzt. Er trägt also in sich die Fähigkeit, gleich gläubig, gleich weise und gleich praktisch zu sein. Dabei wird die Bezeichnung „weise“ bildlich gebraucht und auf die Grenzlinie von Glauben und Vernunft gesetzt. Aus dieser Darstellung ergibt sich die Berechtigung, das deutsche Volk nicht nur geographisch, sondern auch geistig das Volk der Mitte zu nennen. Aus dieser Ausgeglichenheit seines Wesens schöpft es die die Außenwelt immer wieder vor Rätsel stellende Fähigkeit, auf verschiedenartigen Gebieten allererste Spitzenleistungen zu vollbringen; andererseits umschließt diese umfassende Veranlagung des deutschen Volkscharakters die Gefahr, daß nur einseitig die Kräfte des einzelnen oder ganzer Gruppen entwickelt werden: bald nur geistig, bald nur militärisch, bald nur wirtschaftlich.

Die geistige  
Veranlagung  
des deutschen  
Menschen

Dieser Mittelstellung ist das deutsche Volk untreu geworden; es wurde, geistig gesehen, westlich, d. h. rationalistisch (es machte die Vernunft zum Gott). Heute geht es um die Rückkehr aus der Einseitigkeit in die innere Ausgeglichenheit des deutschen Charakters. Nur die Zeiten, welche eine solche Harmonie des deutschen Wesens kennzeichnet, waren Blütezeiten: politische und kulturelle Entfaltung liefen gleich.

Die Deutschen als  
Volk der Mitte

Heute treibt die Entwicklung einseitig dahin, daß weder das politische, noch das geistige Leben höhere Bahnen ersteigt, daß vielmehr sämtliche Spitzenleistungen auf dem Gebiete der Wirtschaft liegen, das ob seiner Zweckmäßigkeit stärker von der reinen Vernunft beherrscht wird als jedes andere. Hier zeigt sich die krasseste Täuschung, die der mißhandelte metaphysische Trieb überhaupt auslösen konnte: ein Volk könne sich mangels politischer und geistiger Kräfte mit Mitteln der Wirtschaft als Großmacht behaupten. Dieses Prachtbeispiel eines Trugbildes wird im außenpolitischen Teile noch gewürdigt werden. Hier soll es nur die Notwendigkeit zeigen, daß der neue

deutsche Mensch, ausgestattet mit der ganzen Ausgeglichenheit, deren das deutsche Wesen fähig ist, also mit richtigen Wertmaßstäben, eingreift.

Die gemeinsame  
Richtung

Der neue deutsche, im Überfönnlichen verwurzelte Mensch wird wieder Richtung haben; keine Richtung, die aus Wortgefechten stammt und deshalb aus unterbewußten und verleugneten oder aus offen eingestandenen Interessen erwächst. Unsere gemeinsame Richtung kommt aus der gemeinsamen Erkenntnis der begrenzten Einmaligkeit des Einzelmenschen und somit aus dem gemeinsamen Gefühl, in eine höhere Welt eingeordnet zu sein. Kein gewaltsam unterdrückter metaphysischer Trieb tritt mehr rächend in den Bezirk der reinen Erkenntnis und trübt dort den Blick für die richtige Einschätzung irdischer Wirklichkeit. Diese scharfe Abgrenzung der Bereiche des Glaubens und des Wissens bewahrt davor, Wünsche und Triebe in die Betrachtung tatsächlicher Zustände gewissermaßen hineinzuschmuggeln. Der neue deutsche Mensch wird also die gesellschaftlichen und politischen Dinge wesentlich wirklichkeitsnäher (realer) sehen, wie die zur Zeit herrschenden Geister. Infolgedessen wird er weniger Rückschlägen und Mißerfolgen ausgesetzt sein wie jene. Er wird ein hochpolitischer Mensch sein, da die Welt der Politik außerordentlich real ist und jede illusionäre Schau (Selbstbetrug) sich in der Politik schwer rächt.

Jene seelische Vertiefung und dieser Wirklichkeitsinn sind die sich ergänzenden Eigenschaften, die Goethe in seinem oben erwähnten Worte fordert. Mit der äußeren Begrenztheit gewinnt der neue deutsche Mensch aber seine innere Grenzenlosigkeit. Er wird wieder in die Tiefe seiner Seele dringen und daraus Eigenkräfte schöpfen, eine neue Zeit heraufzuführen, in der Philosophie und religiöse Bindung wieder der Orgelton werden, auf dem die ganze menschliche Fuge sich aufbaut.

Die Verwurzelung  
im Volkstume

Der neue Deutsche wird dadurch wieder zum Gottsucher. Er wird wieder zum Führer in dem ewigen Kampfe der Menschheit vom Tierischen weg zu Gott. So empfängt er das Gefühl einer Sendung. Gleichzeitig aber erkennt er dieses Gottsuchertum als das eigentümlich Deutsche und findet damit die erste irdische Bindung an sein Volk, das ja den allein fruchtbaren Boden für seine eigene seelische Vertiefung gewähren kann. Die zweite Bindung zum deutschen Volke besteht in der Erkenntnis der begrenzten Einmaligkeit der Einzelpersonlichkeit und der verhältnismäßigen Ewigkeit des Volkes, die ihm die Gewähr des Fortlebens seiner eigenen Geistigkeit bietet. Das sind zwei Fesseln des neuen Deutschen an sein Volk, wie sie stärker kaum sein könnten. Damit ist eine zweifache Selbstbeschränkung des einzelnen Deutschen gegeben. Er betrachtet nicht mehr das Individuum als höchsten Wert. Er reißt es ein als winzige Teilerscheinung

in ein göttliches Gesamtleben und in eine gewaltige, viel größere irdische Individuation als die eigene, nämlich in die des Volkes. Infolgedessen wird das Leben als solches auf eine neue Wertstufe versetzt. Es wird zwar das höchste materielle Gut immer bleiben und darin wird sich der Mensch vom Tiere, das ja auch Stoff ist, nicht wesentlich unterscheiden. Aber das Vorhandensein übergeordneter Werte drückt das Leben selbst in der Bewertung herab. Der Opfertod wird also wieder zum höchsten menschlichen Einsatz.

Die wahre Macht wird davon abhängig sein, welche menschlichen Selbstopfer hinter ihr stehen. Damit erst wird die Macht wieder zu einem sittlichen Grundfasse, aber in einem solchen Maße sittlich, daß sie die Beziehungen der Gesellschaft und der Völker untereinander endgültig bestimmen dürfte. Eindeutig begründet dies die Ablehnung des Pazifismus für die Beziehungen von Volk zu Volk und der „Humanität“ für die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander. Es ist nicht richtig, daß das Lebens- und Daseinsrecht für alle Völker gleich sei; die Geschichte hat immer gegen diese Auffassung entschieden. Denn stets noch haben sich die kräftigeren Völker behauptet, die schwächeren sind zugrunde gegangen. Ob nachträglich eine den Einzelmenschen als höchsten Wert behauptende Sittenlehre hier Gerechtigkeiten oder Ungerechtigkeiten feststellt, ist belanglos. Entscheidend ist, daß die Völker, die es verstanden haben, durch geschickte Führung einen möglichst hohen Grad von Opferwillen zum Einsatz zu bringen, sich in der Geschichte durchgesetzt haben. Diese geschichtliche Entscheidung trägt ihr eigenes Sittengesetz in sich. Wenn man dagegen einwendet, daß die Bedingungen, unter denen die einzelnen Völker zu diesem Daseinskampfe antraten, verschieden seien, so kann nur entgegengehalten werden, daß es einerseits die Aufgabe jedes Volkes ist, sich diese Bedingungen möglichst günstig zu gestalten und daß andererseits der Sieg den tiefsten sittlichen Lohn in sich trägt, der unter den schwersten Bedingungen erfochten wird. Es ist deshalb viel nutzbringender, die erwähnte Sonderstellung des deutschen Volkes im Weltkriege danach zu beurteilen, welche besonders schwere Aufgaben an das deutsche Volk gestellt waren und sind, wie es sich ihrer würdig erweist, als darüber zu jammern, daß es andere Völker viel leichter hätten.

Die sittliche Grundlage des Machtprinzips

Ist in der Geschichte der Völker die Herrschaft des sittlich höchststehenden, d. h. des für seine Sendung sich aufopfernden, die gerechteste Lösung, so auch im Gesellschaftsleben. Hier hat das Humanitätsideal die beherrschende Stellung der Opferwilligen vernichtet. Es ist richtig, daß sämtliche Menschen vor Gott gleich sind, also in dem der Erkenntnis entzogenen Reiche; es ist aber falsch, daß sie im Leben der erfahrungsmäßigen Wirklichkeit gleich sind. Wird einmal diese

Ablehnung des falschen Humanitätsgebantens

falsche Vorstellung verschwinden, so wird auch die irrige Schlussfolgerung wegfallen, welche allen Einzelmenschen kraft der falschen Gleichheitslehre auch gleiche Rechte geben will. Eine Gesellschaft, in welcher nicht die durch Befittung besonders ausgezeichneten Menschen zu besonderer Machtfstellung gelangen, ist krank und dem Untergange preisgegeben. Der neue deutsche Mensch wird deshalb sein Mitleid den starken und anständigen Persönlichkeiten zuwenden, die heute unerkannt in der Stille dahinsiechen. Dagegen muß er es als unerheblich ablehnen, den unheilbar kranken Stellen, die jede Gesellschaft natürlicherweise aufweist, seine ausschließliche Fürsorge zu widmen, wie das heute geschieht. Ob also ein vierfacher Mörder geköpft oder zeit lebens auf Staatskosten unterhalten werden soll, ist für ihn kein „Problem“, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit. Nicht die, welche sich früher so nannten, sind die wahren Enterbten der Gesellschaft (der vierte „Stand“ der Proletarier und der fünfte „Stand“ der Verbrecher?!), sondern die sittlich hochstehenden Menschen, von denen man mit spöttelndem Mitleide zu sagen pflegt, sie seien zu anständig, um es zu etwas zu bringen. Die deutsche Sprache entnimmt zwar das Wort Humanität der lateinischen. Man hat ihm aber gewissermaßen russischen Geistesinhalt gegeben und eine ganz ungesunde Schwäche hineingedeutet, die jeder gesund empfindende Mensch ablehnt, auch wenn sie in der hochkünstlerischen Form der Werke Dostojewskis geboten wird.

### Der überindividualistische Wertmaßstab

#### Die opfernde Frau

Nach der grundsätzlichen Stellungnahme zu dem Werte des Lebens überhaupt in seinem Verhältnis zum Tode findet der im Überfünftlichen verwurzelte Mensch mit Leichtigkeit ein entsprechendes Verhältnis zu den übrigen Werten. Daß der Bejahung des Opfertodes auch die Opferwilligkeit gegenüber der Nachfolgerschaft entspricht, wird selbstverständliche Folge der neuen Grundeinstellung sein. Die deutsche Frau der Zukunft wird weder die Schwangerschaft noch die Ernährung und Aufzucht der Kinder als eine Bedrohung der „eigenen Lebenswerte“ ansehen. Dem männlichen Opferwillen wird der weibliche sich wieder wetteifernd zugesellen, wenn die Frau nicht mehr als gleiches Einzelwesen unter gleichen Einzelwesen gewertet wird; sie wird vielmehr ihre Begrenztheit, aber auch wieder ihre Einzigkeit empfangen in ihrer Eigenschaft als Erhalterin von Familie, Volk und dessen seelischen Lebens. Die Zusammenhänge dieser Frage mit solchen volklicher, gesellschaftlicher, rechtlicher, politischer und kultureller Art werden noch an anderer Stelle zu behandeln sein.



Der Gleichheitsgedanke, eine auf Trugbildern beruhende Forderung der herrschenden Verstandesvergottung, wird verschwinden, der nüchterne Blick des neuen deutschen Menschen läßt sich durch solche Gaukeleien nicht blenden. Aber, da die Gleichheit vor Gott für ihn feststeht, so achtet er Gottes Geschöpf in jedem Menschen. Daraus entwickelt sich völkische Kameradschaft. Um ein Bild zu gebrauchen: Heute behindern die dem Worte nach als gleich erklärten Deutschen einander mit stummer Gehässigkeit, morgen wird vielleicht schon unter den anerkannt ungleichen Deutschen wieder das *Ol* verinnerlichter Umgangsformen aus jenem allerletzten seelischen Gleichheitsbewußtsein heraus die Reibungen des Verkehrs erleichtern. Die Deutschen werden sich ihrer Ungleichheit bewußt werden, aber wieder „Grüß Gott“ zueinander sagen. Gerade dies Beispiel ist noch ironisch gemeint. Aber es soll zeigen, daß auf dem Lande, obwohl heute dort Gleichheitsforderungen am wenigsten erhoben werden, trotzdem noch am meisten Hilfsbereitschaft und menschliche Verbundenheit zu finden sind.

Wegfall der Illusionen  
Die wahre Gleichheit

Wenn die trügerische Vorstellung von der Gleichheit verschwunden ist, kann es auch nicht mehr vorkommen, daß Ungleiche mit gleichen Rechten ausgestattet werden, ein Fall, der beispielsweise beim allgemeinen gleichen Wahlrecht gegeben ist. Die Rechte, welche dann aber der einzelne erhält, sind kein Wahn, wie das Wahlrecht, sondern sie werden greifbare und gerechte Rechtsbezirke auch dem einzelnen zuweisen. Jeder arbeitende Mensch hat den Anspruch, auf Grund seiner Arbeit gesellschaftlich eingestuft zu werden. Auf Grund seiner Leistung hat er die gleiche Achtung zu beanspruchen, wie jeder andere Arbeitende. Dann wird erst das „Proletariat“ zum wirklichen Stande und dadurch eine maßlose Enttäuschung beseitigt, die bei der Arbeiterschaft heute in der Anklage Ausdruck findet: „Wir sind zwar politisch gleichberechtigt, aber gesellschaftlich ohne Geltung.“ So wird eine tatsächliche Gleichheit im Gesellschaftsleben entstehen und dafür die illusionäre Gleichheit, die zu verhängnisvollen Folgen führt, beseitigt.

Wie der Gleichheitsphrase die wahre Gleichheit, welche die Würde der Arbeit verleiht, entgegentritt, so wird auch endlich der Gipfel aller Selbsttäuschungen, die Freiheitsphrase, verdrängt werden durch die Sicherung eines Freiheitsgebietes für den einzelnen. Dieses wird beschränkt sein, weil der Wirklichkeit entsprechend. Dafür wohnt in ihm wahre Freiheit und nicht nur ihr Scheinbild. Freiheit ist für den im Übersinnlichen verwurzelten Menschen der Spielraum, den er benötigt, um sein eigenes, einmaliges Dasein in dem Gesamtleben seines Volkstums einerseits und seiner Gotteskindschaft andererseits erfüllen zu können. Anders ausgedrückt: nicht deshalb verlangt er Freiheit,

Die wahre Freiheit

weil er das Einzelwesen als höchsten Wert betrachtet und weil er für es alle Einschränkungen zugunsten niederer Wertgattungen ablehnen muß, sondern darum, weil er dieses Einzelwesen in den Dienst höherer Wertklassen stellt und weil er seine Persönlichkeit entfalten können muß, um diesen Dienst zu erfüllen. Noch anders gesagt: Der künftige deutsche Mensch verlangt Freiheit nicht, weil er, sondern weil die Gemeinschaft ein Recht darauf hat. Denn die Gemeinschaft hat einen Anspruch auf Entfaltung der besten Kräfte ihrer Glieder. Die Bahn wird „dem Tüchtigen“ nur dann freigegeben, wenn die Gemeinschaft dieses Verlangen stellt, nicht aber, wenn die Selbstsucht des einzelnen es geltend macht.

Die geistige  
Einigung  
des Volkes  
als seelischer  
Vorgang

Die übersinnliche Verwurzelung wird die Selbstbeschränkung der reinen Vernunft zur Folge haben. Hieraus ergibt sich eine Vereinheitlichung des Volksgeistes, die man als geistige Einigung bezeichnen kann. Allerdings nur dann, wenn man darunter nicht einen rein verstandesmäßigen Vorgang, sondern einen solchen seelischer Art versteht. Die übersinnliche Verwurzelung gibt dem Gesamtwolke wieder Richtung und erfüllt es mit einem einheitlichen Lebensgefühl. So wird die Möglichkeit geboten, ein allgemeingültiges Sittengesetz wieder zu gewinnen, ferner auch eine eindeutige Grundlage für Rechtsschöpfung, die dann möglichst nahe an das deutsche Gerechtigkeitsgefühl herankommt. Die sogenannte Vertrauenskrise der Justiz wird dadurch beseitigt. Denn das Recht steht in einer Vertrauenskrise und nicht der Richter, wie heute behauptet wird. Wenn über den Begriff der Gerechtigkeit nicht mehr der geschultere Intellekt und der gewandtere Gebrauch des Wortes entscheidet, sondern wenn das Recht aus dem sittlichen Urgrunde einer übersinnlich verwurzelten Zeit quillt, dann ist auch die „Krisis der Justiz“ überwunden. Der deutsche Geist wird dann auch wieder rechtsschöpferische Kräfte entfalten; allerdings sei hinzugefügt, daß gemäß der hier aufgezeigten Entwicklungslinie die Ziele dieses neuen Rechtes völlig andere sein werden wie heute. Jede große Gesetzesreform, die im jetzigen Zeitpunkte beraten wird, ist deshalb verfrüht. Denn es ist immer unklug, auf lange Geltungsdauer berechnete Gesetzeswerke in Zeiten zu schaffen, in denen der „Rechtswort“ noch nicht eindeutig im Volksbewußtsein feststeht.

Die wahre  
Hochwertigkeit

Selbstbeschränkung des Intellekts führt auch wieder zur Kulturschöpfung. Wenn im Zeitalter der Zivilisation auf der einen Seite eine vertierte Masse und auf der anderen Seite eine kleine Anzahl von Gehirntieren entstand, zwischen denen es keine geistige Verbindung mehr gab, wenn also der Maßstab der sogenannten Hochwertigkeit gleichbedeutend mit dem Grade der rein verstandesmäßigen Begabung ist (wobei innerhalb der geistigen Führungsschicht infolge ihrer Intellektualität keine einheitliche Grundrichtung herrscht), so wird jetzt das

gesamte Volkstum von einem gleichen Pulsschlag durchdrungen, veranlaßt durch seinen überfinnlichen Ursprung. Nicht mehr der „Vernünftigste“ wird als der Hochwertige gelten, sondern der sittlich Verantwortungsbereiteste. Das herrschende Grundgesetz ist wieder ein sittliches, also ein hochwertiges. Dem gesamten geistigen Leben der Nation wird sein Zeichen aufgeprägt von der Haltung jener Wenigen, wirklich Großen, welche die sittlichen Führer des Volkes sind. Auch heute noch wird die Größe deutscher Geistesgeschichte immer bewiesen an dem Beispiel jener sittlichen Führer des deutschen Volkes und der deutschen Kultur. Wer aber von all diesen Lobrednern verlangen würde, daß auch nur eine einzige öffentliche Handlung oder ein einziges Gesetz im Geiste jener — ach, bald zu Tode gelobten — Größen vollzogen werden sollte, der würde zum Narren erklärt. Die Hochwertigen sind aber immer auch die Wenigen. Das Prinzip der Hochwertigkeit ist also im Grunde das der ewigen Minderheit. Diese hochwertige Minderheit braucht aber deshalb ganz und gar nicht in Widerspruch zum Volksganzen zu geraten. Ist es doch die in der Masse selbst vorhandene Anlage, die der Hochwertige in sich selbst bis zur höchsten Steigerung verkörpert. Wo aber die vorbildgebende Minderheit nach intellektuellem Maßstabe herausgebildet wird, ist keinerlei Verstehen zwischen ihr und der im Verstande weniger entwickelten großen Masse mehr möglich. Es kann heute von einer Führung durch die an Gesittung hervorragenden Menschen nicht mehr die Rede sein. Im Gegenteil — auch die ethisch veranlagten Menschen gehen in den Massen zugrunde, da sie natürlich dem intellektuellen, sittlich hemmungslosen Gegner im Kampfe nicht gewachsen sind. So herrscht der Schlawere über den Dümmeren; er herrscht ohne jede sittliche Verpflichtung. Aber die Gesamtprägung, sowohl der Herrschenden, als auch der Beherrschten, ist die der Minderwertigkeit, während die Gesamtprägung der anbrechenden Zeit die Herrschaft der Hochwertigkeit sein muß.

In diesem Zusammenhange soll das Wort „Herrschaft“ nur im geistigen Sinne verstanden werden, da erst der nächste Teil die Gliederung der Gesellschaft und damit den Begriff der tatsächlichen Herrschaft behandelt. Die Herrschaft der Minderwertigkeit führt zur Vertiefung, die der Hochwertigkeit zur Kultur. Als Kultur ist der Grad von Gesittung zu betrachten, der sich an bestimmten Gemeinschaftskreisen oder im Kulturwerke offenbart. Die jeder Sittlichkeit bare Geistigkeit hat also ausgespielt. Nicht verstandesmäßige Begabung und nicht das reizende Ballspiel, das heute die Intellektuellen betreiben, wenn sie einander geheimnisvolle Stichwörter zuwerfen, wird das Zeichen der kommenden Kultur sein. Vielmehr sind die sittlich-religiösen Kräfte unseres Volkstums der Boden, auf dem allein

Geistiges  
Führertum

bleibende geistige Werte erwachsen können. Gewiß wird es auch hier Führer und Geführte geben. Nicht gleich sprudeln in jedem Deutschen die übersinnlichen Kräfte, nicht jeder trägt in sich die schöpferischen Fähigkeiten, diese Kräfte zu formen. Es ist gerade die Aufgabe des neuen deutschen Menschen, sich als Erzieher zu fühlen, wie alle große und wahre Kulturarbeit erzieherisch war. Aber eine innere Berührung wird immer auch zu den geistig einfachen Menschen des Gesamtvolkes vorhanden sein, mag auch die Kulturleistung noch so sehr als Spitzenleistung erscheinen: der Zusammenklang des Blutes, d. h. des gemeinsamen Volkstumes.

Die Erziehungsaufgabe des Führers

Damit ist überhaupt der Begriff des Führertums umschrieben, daß es die besten und edelsten Kräfte der Volksseele herausfühlt und sie an sich selbst in irgendeiner Form so vorbildlich entwickelt, bis es in der Lage ist, beispielhaft auf die Masse zu wirken; es muß auch die psychologisch gangbaren Wege erkennen, jene guten Anlagen der zu Führenden ohne ernsthaftige Gegenwehr zu entwickeln.

So ist auch schon ein Grundsatz für das Bildungswesen gewonnen; dieses wurde in seiner bisherigen Gestalt gekennzeichnet durch den Satz: „Wissen ist Macht“. Nützlichkeit kann aber nimmermehr Grundlage echter Bildung sein. Ziel aller ernstesten Erziehungsbestrebungen ist, den Menschen zu sittlicher Verantwortung und zu Pflichtbewußtsein gegenüber übergeordneten Werten zu erziehen. Die verhängnisvolle Selbsttäuschung über den Wert der Bildung verlangt Abhilfe.

Die dienende Wirtschaft

Es wurde dargelegt, daß die Überschätzung des Einzelmenschen auch zu einer Überschätzung seiner Lebensbedürfnisse führen muß; der gesunde Erwerbstrieb wird infolgedessen zu Wirtschaftsmaterialismus, der die Befriedigung äußerer Bedürfnisse als die oberste aller Tätigkeiten erscheinen läßt. Rückt nun aber das Leben und die Befriedigung seiner stofflichen Bedürfnisse in eine nachgeordnete Wertgattung, so wird die Wirtschaft wieder in die Stellung zurückverwiesen, die ihr gebührt: Sie hat für die Befriedigung unserer materiellen Bedürfnisse zu sorgen und die gesellschaftliche Verfassung ist um so gesunder, je weniger von der Wirtschaft geredet wird. Es ist selbstverständlich, daß das Dasein des Tieres sich im Ganzen und Großen darin erschöpft, der Nahrung nachzugehen. So das nur triebbestimmte und nicht mit dem Bewußtsein seiner selbst ausgestattete Tier. Ist aber „Gottes Ebenbild“, der Mensch, heute in einem anderen Zustand? Er ist nicht nur auf dieselbe Stufe herabgesunken, er möchte sogar das Seelenleben und die aus demselben entspringenden, rein geistigen Bedürfnisse mit wirtschaftlichen Gründen rechtfertigen. Das ist die Grundlage der marxistischen Lehre.

Der große Irrtum unserer Zeit besteht darin, daß man den Sozialismus verdächtig, nur er baue geistig auf dem Marxismus auf. In

Wahrheit jedoch ist fast das gesamte deutsche Denken mit historischem Materialismus verseucht. Gewiß lehnt man die utopischen Schlußfolgerungen von Karl Marx ab. Aber die bestimmende Rolle der Wirtschaft — ein marxistischer Grundgedanke — ist nicht nur ausschlaggebend für unsere gesamte geistige Haltung, sondern auch für unser innen- und außenpolitisches Denken. Die gute Hausfrau wird dem arbeitenden Manne gut kochen. Will sie aber eine wahre Gattin sein, so wird sie deshalb ebensowenig zur Nur-Köchin werden, als sie auf Grund dieser Kochkunst die beherrschende Stellung in der Ehe verlangt. So ist es auch mit der Wirtschaft. Sie hat dem Gesamtleben des Volkes zu dienen: dieses selbst hat geistiger Art zu sein, oder auch die Wirtschaft wird einmal Schiffbruch erleiden, da ein auf dem rein Stofflichen sich erhebender sozialer Überbau (Karl Marx) in sich zusammenbrechen muß.

War in einer intellektuell bestimmten Wirtschaft der Händler zum beherrschenden Vorbilde des Erwerbes geworden, so muß jetzt wieder der Erzeuger richtunggebend für das Wirtschaftsleben werden. Erzeugen ist keine Tätigkeit, die gesondert für sich denkbar wäre. Hinter ihr steht immer der Gemeinschaftskreis, für den die Erzeugnisse geschaffen werden. Das notwendige Gegenstück der Erzeugung ist also der Verbrauch. Insofern ist das Ziel aller schaffenden Tätigkeit auf das Gemeinschaftsleben gerichtet. Der moderne Spekulant bezweckt mit seiner Tätigkeit nur Gewinn. Es ist deshalb gar kein Zufall, daß nach dem Kriege die Zahl der reinen Handelsfirmen und der nicht erzeugenden Zwischenglieder wuchs. Auch nicht als Kriegs- und Inflationsercheinung ist dieses Streben nach Gewinn ohne erzeugerische Tätigkeit erklärbar, vielmehr nur aus der ruckartigen Einstellung auf den Individualismus. Mit dem neuen deutschen Menschen wird auch eine neue deutsche Wirtschaftsauffassung entstehen: Eingriffe in die Wirtschaft selbst wird sie nicht vornehmen, denn über die Triebkräfte des Wirtschaftslebens gibt sie sich keinen Selbsttäuschungen hin und hütet sich deshalb vor einer Störung derselben. Aber sie wird unterscheiden zwischen werteschaffenden Wirtschaftskräften und nur auf Gewinn gerichteten. Sie wird zugunsten der gesamten Volkswirtschaft mit Hilfe einer gesunden Wirtschaftspolizei einzugreifen haben, wo die Selbstsucht des einzelnen dem Gesamt-Volkswirtschaftsinteresse zu schaden droht.

Eine doppelte Illusion beherrscht unsere Zeit, die sich doch so nüchtern und wirklichkeitsicher gebärdet, gerade auf wirtschaftlichem Gebiete: Die Sozialisten meinen durch Vergesellschaftung den — an und für sich gesunden — Erwerbstrieb des einzelnen beseitigen zu sollen und die Unternehmer, soweit sie wohlmeinend sind, glauben durch Wohlfahrtspflege, höhere Löhne, Erwerbslosenfürsorge und ähn-

liche materielle Anstrengungen die tiefe Sehnsucht des Arbeiters befriedigen zu können. Diese aber ist auf ganz andere Dinge gerichtet (wenn der Arbeiter es auch oft selbst nicht weiß): auf Anerkennung seines menschlichen und gesellschaftlichen Wertes. Beide Illusionen haben ihre Ursache in dem herrschenden Individualismus, der natürlich das Grobstoffliche überall dort sehen muß, wo es sich um Dinge der menschlichen Seele handelt. Eindeutig beweist dies unter anderem der stark entwickelte Bildungstrieb des Arbeiters. Es herrscht eine eigentümliche Verwirrung heute unter den Geistern: redet ein Mensch von der Seele, dann gilt er als Phantast; redet er vom Stoff, dann gilt er als Wirklichkeitsmensch. Die Wahrheit ist doch die, daß die Seele eben die Unwirklichkeit ist, von sehr großer, wahrscheinlich von alleiniger Bedeutung für alle Angelegenheiten des stofflichen Lebens, und daß der ein Phantast ist, welcher die Realität der Seele nicht sehen will.

### Neueinstellung zu Völker- und Rassenfragen

**Das Reich der  
Hochwertigkeit**

Dieser vorgekennzeichnete Grundirrtum der Zeit wirkt am stärksten auf dem Gebiete der Außenpolitik. Seit Bismarcks Tode taumelt das deutsche Volk bezüglich seiner weltpolitischen Stellung von einer Selbsttäuschung zur anderen. Die Erklärung ist einfach: die Richtungslosigkeit unserer rein verstandesmäßig eingestellten Zeit hat jeden klaren Maßstab unmöglich gemacht und die gesamte, sonst so einfache Begriffswelt erschüttert. Wie das deutsche Volk im Kriege an sich selbst verzweifelte und zusammenbrach, weil es dem westlichen Gedankengebäude der Gegner im entscheidenden Augenblicke nichts entgegenzusetzen wußte, wurde dargelegt. Es hatte einen eigenen Wert, aber es konnte ihm keinen Ausdruck verleihen und deshalb hielt man dieses unbestimmte Etwas schließlich für schlecht und warf es weg. Wir Jungen haben es wieder aufgehoben, um dem deutschen Volke zu zeigen, daß es bereit war, auf sein Köstlichstes zu verzichten. So wie im Leben des einzelnen die Selbstbeschränkung des Intellekts zur Rettung der eigenen Seele wird, so die Seelenhaftigkeit des großen deutschen Volkes in seiner Einzigartigkeit zur Rettung der Menschheit. Geht deshalb der Kampf im deutschen Volke darum, den im Seelenhaften wurzelnden Menschen wieder herrschend zur Geltung zu bringen, so ist es ebenso Aufgabe der Jungen, innerhalb der Menschheit der deutschen Seelenhaftigkeit die Rolle zu verschaffen, die Gott ihr zugeeignet. Der individualistische Gedanke von der Gleichberechtigung aller Nationen muß weichen dem der Sendung, zu welcher das hochwertige Volk berufen ist. Nicht die zahlenmäßige Übermacht, sondern die innere Kraft und Leistung soll die Geschichte bestimmen.

Der westliche Individualismus hat nicht nur die Selbstsucht des Einzelwesens zum Bösen gemacht, sondern auch die des Einzelvolkes. Der Nationalstaatsgedanke verdankt ihm seine Entstehung. Eine Weltanschauung, die das Einzelwesen in eine niedere Wertgattung einreihet, wird folgerichtig auch auf dem Gebiete der Staatsbildung zu einer größeren und höheren Einheit streben. Darum setzen wir dem selbstfüchtigen Nationalstaate das raumumfassende Reich entgegen, in welchem sich wirklich freie Völker der Führung des hochwertigen Volkes anvertrauen. Erleichtert wird dem neuen deutschen Menschen diese Umstellung zu einem umfassenderen Staatsbegriffe dadurch, daß er von Minderwertigkeitsgefühlen, die den heutigen Nationalisten alter Prägung beherrschen, gelöst wird. Denn weder der einzelne hochwertige Mensch, noch das einzelne hochwertige Volk fürchten den freien Wettbewerb mit anderen. Beide sind sich ihres Wertes bewußt und entwickeln echtes Herrentrum. So erwacht in ihnen der Mut, sich zum Übernationalen zu bekennen, der nichts zu tun hat mit einer feigen Verleugnung eigenen Volkstums oder kosmopolitischer Farblosigkeit. So wächst aus unserer antiindividualistischen Einstellung über die innerdeutschen Aufgaben hinaus das weltpolitische Sendungsgefühl: den abendländischen Kulturkreis vor Zersetzung zu retten, indem an die Stelle der hohlen Scheinbilder „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ der erlösende Gedanke der Herrschaft der Hochwertigen tritt.

Die krampfhafteste Betonung des Nationalstaatlichen (Chau- Volk und Rasse  
vinismus) verrät immer den Mangel an tiefer völkischer Verwurzelung. Nicht die äußere Zugehörigkeit zu einem Staate verleiht Sicherheit, sondern die Teilhaberschaft am innersten Wesen eines Volkstums. Das innerste Wesen aber ist bestimmt durch die Gemeinsamkeit der politischen, sozialen und kulturellen Geschichte. Dazu kommt der geheimnisvolle Gleichklang des Blutes: die Rasse. Keinesfalls deckt sich jedoch der Begriff des Volkes mit dem der Rasse. Reinrassige Großvölker gibt es nicht; sie alle sind irgendwie rassemäßig gemischt. Die Mischung selbst ist wenig erforscht und geheimnisumgeben. Gerade die gesteigerte Beachtung, welche in letzter Zeit Rassefragen gefunden haben, weist darauf hin, wie sehr übersinnliche Dinge in der allgemeinen Wertschätzung gestiegen sind. Denn hier handelt es sich um Zusammenhänge, die sich der menschlichen Erkenntnis verschließen, denen darum mit biologischen Gesetzen allein nicht beizukommen ist. So wenig nun die verhältnismäßig junge Rassenforschung zu abschließenden Ergebnissen geführt hat, so wenig läßt sich leugnen, daß die rassische Zusammensetzung der Völker auf deren historische Entwicklung und kulturelle Leistung nicht ohne Einfluß geblieben ist. Der Niedergang Roms wurde sicher mitverschuldet durch seine rassische Zersetzung. Die Negerfrage beschäftigt heute immer mehr die amerikanische Öffent-

lichkeit und die Einwanderungsgesetze der Vereinigten Staaten sind von dem Gedanken des Rassenschutzes fast beherrscht. Wenn deshalb heute nicht nur im deutschen Volke, sondern fast überall der Ruf nach rassistischer Reinhaltung und Hochzüchtung erschallt, so ist das ebenfalls ein Teil jener Auseinandersetzung zwischen Minderwertigkeit und Hochwertigkeit. Wenn es wahr ist, daß gewisse Rassen eine besondere Veranlagung dazu zeigen, seelenhafte Kräfte in sich zu entwickeln, so muß das deutsche Volk bestrebt sein, diese Rassenbestandteile zu stärken. Als solche gelten heute die nordischen, welche wohl mit Recht hoch gepriesen werden. Über den Wert der übrigen Rassen, aus deren Mischung mit der nordischen das deutsche Volk hervorgegangen ist, kann noch wenig gesagt werden. Daß weniger wertvolle Rassenbestandteile geschwächt werden müssen oder zum mindesten keine Stärkung erfahren dürfen, ist wohl selbstverständlich. Angesichts des Standes der heutigen Erkenntnis und der Möglichkeit von Erugschüssen ist jedenfalls aber Vorsicht geboten. Der deutsche Mensch ist kein Haustier, das „national gezüchtet“ werden soll. Auf den Schutz des Wertvollen kommt es an. Faßt man die Forderung des Rassenschutzes so auf und nicht als eine politische Streitfrage um Rechte der einzelnen Staatsbürger innerhalb eines Staates, dann verliert sie an politischer Schärfe. Nach den bisherigen Darlegungen muß aber abgelehnt werden, den Kampf um die innere Erneuerung des Deutschtums nur als einen Kampf „reinhältiger“ Deutscher gegen die Juden aufzufassen. Daß in diesem Kampfe die Juden wohl überwiegend das Lager des Individualismus bevölkern, mag rassistisch bestimmt sein. Wissenschaftlich beweisen läßt sich das kaum. Sicher ist jedoch, daß die deutsche Seele, wenn sie unbeschädigt ist, in diesem Kampfe sich durchsetzen wird, auch dann, wenn die deutsche Judentum in ihrer westlichen Einstellung beharren sollte. Die Frage ist nun, ob sie das tut. Diese Frage stellen, heißt sie auf eine noch schwierigere zurückführen: ob die Juden kraft Blutes Individualisten sind oder kraft Geschichte. Trifft jenes zu, dann dürfte eine Anpassung an die deutsche Volkseele unmöglich sein. Es bleibt dann nur für eine Entwicklung Raum, welche dem Judentum die Rolle einer völkischen Minderheit zuweist. Hat der Individualismus des Judentums in der Geschichte seine Ursache, so stellt sich die jüdische Selbstbefreiung der letzten Jahrhunderte dar als die geschickte Ausnutzung und Sicherung der Möglichkeit, dem Ghetto zu enttrinnen. Ein Sieg von solchen Ausmaßen fiel dem Judentum dabei in den Schoß, daß sein zähes Festhalten an der westlich-liberalen Gedankenwelt nicht unbegreiflich ist. Die Rolle des allein durch seine Religion von den anderen Staatsbürgern sich Unterscheidenden war aber nur solange aufrecht zu erhalten, als das im



Übersinnlichen verwurzelte Volkstum nicht mehr als Staatsgrundlage galt, sondern eine Summe von Einzelmenschen, die zufällig innerhalb der Staatsgrenzen ihren Wohnsitz hatten. In dem Augenblicke aber, da die Völker des Abendlandes sich auf ihr innerstes Wesen zu besinnen begannen, ging die Frage nicht mehr um die Verschiedenheit des Bekenntnisses, sondern des Volkstumes. Der Zionismus selbst, die völkische Bewegung des Judentums, ist nichts anderes als eine Blüte dieses geistigen Völkerfrühlings. Es scheint also, als ob nicht unbeträchtliche Teile des Judentums die folgerichtigste Abwendung vom Individualismus vollziehen, nämlich die zum eigenen jüdischen Volkstume. Diese Entwicklung muß — wenn man von der Abwanderung nach Palästina absieht — zur Einreihung in die völkischen Minderheiten führen. Das Hauptlager der deutschen Judenschaft lehnt aber den Zionismus ab. Was morgen geschehen wird, ist noch unbekannt. Solange aber der Kampf der im Übersinnlichen verwurzelten Weltanschauung gegen den Individualismus noch nicht durchgeführt und insbesondere auch die Stellungnahme fremden Volkstums zu dem Befreiungswerke des Neuen Deutschen noch nicht ersichtlich ist, bleibt jeder Vorschlag zur staatlichen Regelung der Rassenfrage verfrüht. Maßnahmen zur Hebung rassisch wertvoller Bestandteile des deutschen Volkes und zur Verhinderung minderwertigen Zustromes müssen aber eher heute als morgen getroffen werden.

Entspringt der Gedanke des Rasseschutzes überindividualistischem Denken, so kann der heutige Antisemitismus seine Abstammung aus individualistischer Weltanschauung nicht verleugnen. Alle Kennzeichen weisen darauf hin: äußere Rassenmerkmale mußten ihm als Grundlage für die Beurteilung aller geistigen Dinge dienen. Damit bekannte er sich zum biologischen Materialismus; wissenschaftlich überwundenen Lehren eines Lombroso wurden in das Gebiet der Rassenforschung übernommen. Doch auch der heute marktgängige Antisemitismus erhebt wohl die Forderung nach der Erneuerung des deutschen Volksgeistes; praktisch weiß er aber, eben wegen seiner individualistischen Ursprünge, eine solche Erneuerung nicht zu gestalten. Für ihn erschöpft sie sich daher noch immer in der Bekämpfung des Judentums. Als ob nicht das deutsche Volk individualistischem Denken und damit dem jüdischen Einflusse selbst Tür und Tor geöffnet hätte! Die von jener Richtung angewandten Kampfmittel verraten das Befangensein in der grundsätzlich von diesem Buche befehdeten Geisteswelt. Dies beweist einmal die gehässige Kampfweise vom einzelnen zum einzelnen, während es sich doch in Wahrheit um schicksalhafte Gegensätze von Volksgeist zu Volksgeist handelt; sodann aber auch die Aufwühlung grobstofflicher Leidenschaften, die ähnlich wie der Marxismus den Neid zum Leitfaden aller Politik machen wollen.

Die hier gekennzeichnete Neueinstellung zu Volks- und Rassenfragen läuft hinaus auf die Herausbildung eines neuen Zweiges staatlicher Aufgaben, auf die Schaffung eines eigenen politischen Gebietes, das eigentlich außerhalb der bisher gültigen Vorstellung von Innen- und Außenpolitik liegt. Die Bewahrung und Reinhaltung des Volkstums als Grundlage jeder gesellschaftlichen, staatlichen und geistigen Entwicklung rückt in den Vordergrund.

Denn sieht das neue Geschlecht das Göttliche im Menschen als etwas Ewiges und Unabänderliches, das erhalten werden soll, so muß es das deutsche Volkstum als höchste bisher in Erscheinung getretene irdische Form empfinden, in der dieses göttliche und sittliche Gesetz sich vollziehen soll. Dieses Volkstum wollen wir deshalb ebenfalls ewig wissen. Wir wollen es wachsen und sich entwickeln lassen. Wir sind bereit, uns selbst ihm zu opfern. Damit es sich behaupten kann, wünschen wir ihm Macht, sehen aber diese Macht nur in dem sittlichen Opferwillen des Volkes.

Das konservativ-  
revolutionäre  
Prinzip

Damit wurde gezeigt, welches die letzten Werte sind, die, über das Einzelwesen hinausragend, geschützt und erhalten werden müssen, wenn der Sinn des Einzellebens nicht zerstört werden soll. Diese Dinge sind unverrückbar und nicht umwertbar; ihr Wesen beruht auf dem menschlichen Drange nach Ewigkeit, ist im Überfönnlichen verwurzelt. Indem der neue deutsche Mensch den überfönnlichen Bezirk wieder in voller Reinheit herstellt und scharf abgrenzt, gewinnt er ewige Werte, denen er sich selbst unterordnet. Der Trieb, diese um jeden Preis zu erhalten, kann konservativ genannt werden. Dann ist damit das Mindestmaß von Konservatismus umschrieben, welches jedes Volk aufweisen muß, das nicht der Selbstvernichtung entgegengehen will.

Aber alles, was diesem Streben entgegenwirkt, was diese letzten Dinge nicht zu fördern geeignet ist, wollen wir beseitigen und zerstören; was sich hier entgegenstellt, als Um- oder Irrweg, werden wir bekämpfen. Soweit bisherige, allgemeingöltige Werturteile geeignet sind, eine falsche Einstellung zu jenen höchsten Werten zu erzeugen, soweit sind wir für die „Umwertung aller Werte“. Ist diese Umwertung aller Werte gleichbedeutend mit einer Umwälzung der Dinge, dann mag man uns revolutionär nennen. Unsere Rechtfertigung ist: daß man aus tiefstem Willen zur Erhaltung — zerstören muß.

Steht also der neue deutsche Mensch vor der „Umwertung aller Werte“, so unterscheidet er sich doch von jenem, der dieses Wort prägte. Nietzsche mußte daran scheitern, daß er die Wirklichkeit leugnete, indem er die ewige Grenze der reinen Vernunft überschritt. Wenn er deshalb auf Wirksamkeit seiner Gedanken hoffte, so mußte er bittere Enttäuschungen erleben. Praktisch umwertbar sind nur die

Dinge der greifbaren Wirklichkeit. Was aber über die Erkenntnis-  
kraft des Einzelmenschen hinausgeht, kann von menschlicher Willkür  
nicht angetastet werden.

So steigt aus der Asche des ein Zeitalter begrabenden Krieges  
verjüngt der deutsche Mensch. Wie er wertet, wurde ebenso gezeigt,  
wie die Wertmaßstäbe des durch ihn abzulösenden vergangenen  
deutschen Menschen.

Dieses Buch will aber ein politisches sein, befaßt sich also in  
erster Linie mit den Gebieten menschlichen Zusammenlebens. An diese  
Aufgabe konnte aber nicht herangegangen werden, ohne die Be-  
trachtungswaise zu zeigen, mit welcher das menschliche Bewußtsein  
diesen Zusammenhängen gegenübertritt.

---



## Zweiter Teil

# Volk, Gesellschaft, Staat, Recht

Dies aber ist das dritte, was ich hörte:  
Daß befehlen schwerer ist als gehorchen.  
Und daß der Befehlende die Last aller  
Gehorchenden trägt. Nietzsche

### Die Möglichkeiten der Gemeinschaftsbildung

Gegenstand des ersten Teiles war der Mensch und seine Wertmaßstäbe. Es wird nun im folgenden gezeigt, daß das Gemeinschaftsleben ganz verschieden aussieht, je nachdem im Überfönnlichen Wurzelnde oder auf den reinen Verstand Schwörende (d. h. Überindividualisten oder Individualisten) die Glieder dieser Gemeinschaft bilden. Es könnte nun der Vorwurf erhoben werden, daß der Verfasser sich insofern selbst als Individualisten bekennt, als er zum mindesten für diese Abhandlung das Einzelwesen zur Grundlage nimmt. Dem ist entgegenzuhalten, daß das gegenwärtig ausklingende, individualistische Zeitalter es nicht erlaubt, mit der Befehrung anders als beim Einzelwesen einzufahren. Solange der Einzelmensch sich selbst als Grundlage aller Gemeinsamkeit betrachtet, solange ist auch er selbst der längste Sebel für die Umgestaltung des Gemeinschaftslebens. Sodann aber muß betont werden, daß jede Wertlehre an die geistige Grundeinstellung des Einzelwesens gebunden ist. Wertung bleibt immer nur dem Einzelmenschen vorbehalten und die sogenannte Gewissensfreiheit ist eigentlich nur die Freiheit des Wertens. Der ausschlaggebende Unterschied zwischen dem im Überfönnlichen Verwurzelten und dem sich selbst als Mittelpunkt des Seins Begreifenden wird eben immer darin bestehen, daß dieser sich als die Grundlage allen sozialen Lebens bewertet, während jener dies nicht tut, weil er der sozialen Gemeinsamkeit einen höheren Wert beimißt. Deshalb bleibt aber tatsächlich doch immer der Wertmaßstab des Einzelmenschen grundlegend für alle Gesellschaftsbetrachtung, auch wenn der Überindividualist dieses wertende Individuum als gesellschaftliche Grundlage ablehnt.

**Die organische  
Staatsauffassung**

Damit wird eine gewisse begriffliche Verschmelzung zwischen organischer Staatsauffassung und jener Ansicht, welche diese als romantisch ablehnt, vollzogen; hierbei wird gewöhnlich dem Worte Romantik ein Beigeschmack von Wirklichkeitsfremdheit mit Bewußtsein gegeben. Nun sind aber für den wertenden Menschen die Dinge so, wie er wertet; ein Ding an sich gibt es nicht. Es kommt deshalb weniger darauf an, festzustellen, ob die Gemeinschaft oder das Einzelwesen Ausgangspunkt ist, sondern darauf, was wir höher bewerten. Auf dieser streng kantischen Grundlage läßt sich um so leichter aufbauen, als festgestellt wurde, daß gerade die Selbstverantwortung des wertenden Einzelmenschen zur Selbstbeschränkung seines eigenen Wertes führen muß.

Je nach der Art der Wertung entstehen nun folgende zwei, einander bekämpfende Lehrmeinungen über das Gemeinschaftsleben: Eine, welche die Gemeinschaft als Hilfsstellung für die Wohlfahrt und die Entfaltung des Einzelnen auffaßt, und die andere, welche das Einzelwesen als eine Teilverkörperung größerer Gesamtpersönlichkeiten betrachtet. Dabei soll jene sich zum Vorteil dieser möglichst ungehemmt entfalten können.

**Der Interessen-  
vertrag**

Es erhebt sich nun die Frage, in welcher Weise das Einzelwesen in Gemeinschaften eingegliedert werden kann. Für den Individualisten kann eine solche Eingliederung nur nach dem Gesichtspunkte erfolgen, daß gewisse Freiheitsrechte aufgegeben werden, um den Interessenschutz von Gemeinschaften dafür einzutauschen, welche auf der Grundlage gleichlaufender Einzelinteressen sich bilden. Im Vordergrund steht also der Einzelne und sein Nutzen, in zweiter Linie der planmäßige Zusammenschluß zum Schutze gemeinsamer Interessen. Folgende Formen sind denkbar, in denen dieser Interessenschutz Gestalt gewinnen kann: Zunächst die Schaffung eines Zusammenschlusses aller, die unter ähnlichen Bedingungen leben und deshalb auch ähnliche Interessen zu verteidigen haben. Sie stehen in Gegensatz zu jenen, die unter entgegengesetzten Bedingungen leben und deshalb entgegengesetzte Interessen zu wahren haben. So entsteht die Einteilung der Einzelmenschen in Klassen. Obwohl nur durch gemeinsame Interessen zusammengekettert, ist doch denkbar, daß bei der Verteidigung dieser Interessen sittliche Tugenden in Erscheinung treten, wie Kameradschaft und Opferwillen. Es ist dies der bemerkenswerte Fall, wo trotz des materiellen Kampfzieles in der Art, wie der Kampf durchgeführt wird, doch das Seelentum des Menschen zum Durchbruche gelangt. An und für sich ist eine solche Klassenbildung die schärfste Folge des Individualismus; denn sie beruht auf der Verleugnung von Volk und Geschichte, die sich immer als eine solche von Völkern und Staaten darstellt. Jene Ansicht sieht ohne Rücksicht auf Grenzen und geschicht-

liches Werden eine gewisse Zahl von Einzelmenschen in der gleichen sozialen Lage und sucht dieselben klassenmäßig zusammenzufassen. Dabei übersieht sie sogar den Umstand, daß gar keine sachlichen Merkmale für das Vorhandensein einer Klassenlage richtunggebend sein können, sondern nur das jeweilige, höchstpersönliche Gefühl der davon Betroffenen, das doch seinerseits wieder von völkischer Geistigkeit bedingt ist.

Neben der Klasse hat noch eine andere Form des Interessenzusammenschlusses Gestalt gewonnen: die Partei. Bei ihr gründet jedoch das Interesse in anderem Boden: im Staate, der nach der individualistischen Vertragstheorie als durch Vertrag entstanden gedacht wird. Der Vertrag ist hier römisch-rechtlicher Denkweise entnommen, die als Rechtsträger in erster Linie den Einzelmenschen ansieht. Auch hier liegt also eine Interessengemeinschaft vor, deren Ziele nun allerdings nicht so rein stoffliche sind, wie die der Klasse. Die Erklärung dafür liegt darin, daß natürlich noch nie ein Staat in Wirklichkeit durch Vertrag entstanden ist, daß vielmehr dem Übersinnlichen entspringende Kräfte und unwägbare Werte hereinspielen, die einen Vertrag im römisch-rechtlichen Sinne niemals als Form der Verwirklichung wählen würden. Eine sorgfältige Betrachtung der Geschichte führt deshalb zu der Feststellung, daß die Vertragstheorie den bestehenden Staaten erst dann nachträglich unterlegt wird, wenn die im Übersinnlichen verwurzelte Betrachtungsweise im Schwinden und eine rein verstandesmäßige im Entstehen ist. Der schon längst aus anderen Kräften heraus geborene und gewachsene Staat wird also gewissermaßen von einem später entstandenen menschlichen Materialismus selbst materialisiert und zu einem Unternehmen zur Wahrung gemeinsamer Interessen gemacht. Wenn auch diese Wahrung gemeinsamer Interessen am Anfange mehr außenpolitisch gedacht ist, so wird doch auch die innenpolitische Betrachtungsweise immer lebendiger, welche diese Gemeinsamkeit nicht mehr nach außen verteidigen, sondern im Inneren wahrnehmen will. Zur Durchsetzung eigener Ziele bilden sich innerhalb des Staates Interessengemeinschaften, die den Staat in die Hand bekommen wollen, um mit seiner Hilfe ihre Zwecke zu erreichen. Diese Interessengemeinschaft innerhalb des Staates pflegt man Partei zu nennen; sie unterscheidet sich von der Klasse im wesentlichen nur durch ihre Beschränktheit auf ein einziges Staatsgebilde und durch eine geringere Gleichartigkeit ihrer Teile. Diese erklärt sich aus der durch die Berührung mit dem Staate entstandenen Parteiideologie. Unbedingt gemeinsam aber ist sowohl der Klasse, als auch der Partei der Gedanke des Interessenschutzes.

Welche Rolle spielt nun das Volkstum im Rahmen dieser individualistischen Denkweise? Im allgemeinen pflegen die Angehörigen

Individualismus  
und Volkstum

desselben Volkes ähnliche oder gleiche Wertmaßstäbe zu gebrauchen. Aus der Gemeinsamkeit völkischen Denkens entsteht für die Angehörigen desselben Volkes eine gewisse Einheitlichkeit der Interessen. Je ausgeprägter die Art eines Volkes ist, je einheitlicher es denkt, um so gleicher laufen die Interessen der einzelnen Volksangehörigen. Das Ungleichsachsentum hat es in dieser Beziehung am weitesten gebracht. Diese Gleichheit der Interessen kraft gleichen Volkscharakters, zu der noch die Gemeinsamkeit der geschichtlichen Entwicklung und der geopolitischen Bedingtheiten hinzutreten, machen ein Volk zu einer natürlichen Interessengemeinschaft. Man kann also auch vom rein materialistischen Standpunkte aus zu einer Bejahung des nationalen Gedankens gelangen. Ja, man kann vielleicht so weit gehen, die politische Reife der Völker nach ihrer Fähigkeit zu beurteilen, die Gemeinsamkeit ihrer Vorteile wahrzunehmen. Der englische Arbeiter war lange Zeit klug genug zu erkennen, daß seine bevorzugte Stellung nur auf die Weltherrschaft seines Volkes zurückzuführen ist; daß in erster Linie der Arbeiter unter den Nöten seines Volkes zu leiden hat, während der Besitzende sich eher kosmopolitischen Neigungen hingeben kann.

Imperialismus  
und  
Kosmopolitismus

Aber trotzdem ist der nationale Gedanke keine notwendige Begleiterscheinung individualistischer Denkweise. Es ist vorstellbar, daß bei Herausbildung größerer oder breiter gelagerter Interessengemeinschaften die Beteiligten das Volk als Grundlage verneinen. Anfänge dieser Entwicklung sind heute schon sichtbar. Den großen Wirtschaftsorganisationen sind die nationalen Grenzen zum mindesten unbehaglich. Sie sehen am Horizont räumlich weitere Interessengebiete sich abzeichnen, als das eigene Volk sie ihnen bieten kann: deshalb erscheint ihnen das Volk als Interessengemeinschaft zu eng. Zwei Wege sind für den Individualisten denkbar zu solch größeren Interessengebieten: entweder der imperialistische, der die Kräfte des eigenen Volkes benutzt, um dessen bisherigen Geltungsbereich zu vergrößern. Oder der kosmopolitische Weg, der durch Bildung internationaler Organisationen die nationale in ihrer Geltung beeinträchtigen will. Es tritt also die überraschende Tatsache hervor, daß der Imperialismus und der Kosmopolitismus von einem gemeinsamen Vater abstammen: vom Individualismus. Welchen beider Wege das individualistische Interesse einschlägt, hängt von der Gunst des Augenblicks ab, bleibt also Taktik. Daß Volk und Staat sich heute häufig decken, daß mit anderen Worten der Nationalstaatsgedanke kräftig geworden ist, geht auf folgende Ursache zurück: der moderne Staat, der sich selbst als von Interessen gegründet, begreift, konnte zunächst keine gegebenere Interessengemeinschaft als Grundlage finden, als die der — wenn man so sagen darf — interessenbewußten Nation.



Die Hauptformen individualistischen Gemeinschaftslebens sind demnach: die Klasse, die Partei und der demokratische Nationalstaat.

Der über-  
individualistische  
Gemeinschafts-  
begriff

Demgegenüber entstehen aus einem dem Überfönnlichen verbundenen Denken völlig anders geartete Gemeinschaften: die nächste Eingliederung, die der so eingestellte Mensch mit sich selbst vornimmt, ist nicht eine solche in Interessensverbände, da er ja sich und seinen persönlichen Vorteil nicht in die erste Linie rückt. Vielmehr reiht er sich ein in die Gesellschaft und unterstellt sich deren höheren Zwecken. Die Gesellschaft ist für ihn nicht eine beliebige Summe von Einzelwesen, sondern sie besteht aus ganz bestimmten Verbänden, die im Gesellschaftsleben gewisse Aufgaben und bestimmte Zwecke erfüllen müssen. Ob man nun, je nach der geschichtlichen Einstellung und Betrachtung, unter Verbänden solche des Blutes, wie die Sippe, oder Geburtsstände, politische Stände oder Berufsstände versteht, spielt für diesen Zusammenhang keine Rolle. Entscheidend ist, daß solch fest geliederte Verbände mit ganz bestimmten gesellschaftlichen Aufgaben betraut sind und jeder Einzelne in einen solchen eingereiht ist. Damit wird selbstverständlich auch seine äußere Wohlfahrt gewahrt, er erhält Rechtsschutz; zwar nicht unmittelbar vom Staate, sondern mittelbar über den Verband, dessen Rechte auch vom Staate nicht angetastet werden können. Aber das Kennzeichen dieser Verbände ist nicht, wie bei den Interessenzusammenschlüssen, der organisierte Nutzen, sondern der gesellschaftlich notwendige Zweck, den der Verband erfüllt. Ihm ordnet sich der Einzelne freiwillig unter. Es ist also die Verpflichtung und nicht die Berechtigung, welche dieser Art der Eingliederung in die Gesellschaft ihren Stempel aufdrückt. Was unter Freiheitsbereich des Einzelnen verstanden wird, also die Summe der Beziehungen zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft, spielt sich im gesellschaftlichen Leben ab und berührt nicht den Lebenskreis des Gesamtvolkes und des Staates. Das Volk ist nur der Boden, auf dem das Gesellschaftsleben entsteht, und jodann die große Bruderschaft, welche die seelischen Werte zu verteidigen hat. Damit wird selbstverständlich nicht an den verschwommenen Begriff der Kultur-nation gedacht. Die Erhaltung der seelischen Werte eines Volkes kann im Gegenteil auch den Kampf um die Ernährungsgrundlage und um den Lebensraum in sich begreifen. Denn immer wird die Wahrheit des Platonischen Gedankens bestehen bleiben, daß die Schaffung rein geistiger Werte eine gewisse materielle Sorglosigkeit zur Vorbedingung hat. Damit ist keineswegs irgendeinem materialistischen Gedanken Raum gegeben, da ja der Trieb zur Schaffung solcher geistiger Werte eindeutig unstofflich ist.

Der Staat ist die rechtliche Form, welche sich ein Volk gibt, um jenen Kampf erfolgreich durchführen zu können. Er ist also vor-

wiegend ein inneren Befehlen folgender, planmäßiger Zusammenschluß zum Schutze des Volkes nach außen. Sein Zweck ist außenpolitisch bestimmt: die Güte dieser Organisation ist lediglich nach dem Gesichtspunkte zu beurteilen, ob sie geeignet ist, das Leben eines Volkes vor fremden Eingriffen zu bewahren. Selbstverständlich spielt die Befriedigung nach innen, der innere Interessenausgleich, eine um so größere Rolle für das staatliche Leben der Völker, je umfangreicher das zu verwaltende Staatsgebiet, je ausgedehnter die zu regelnden Beziehungen, je verfeinerter die Lebensansprüche der Einzelnen sind. Aber sicher wirkt dem Drange zur Vereinzelung als gemeinschaftsbildende Kraft die Notwendigkeit des Zusammenhaltes nach außen am stärksten entgegen. Deshalb hat der Staat eine Art gesellschaftlicher Gesundheitspolizei insofern auszuüben, als er dauernd überwachen muß, ob die innere Befriedigung gewahrt, die höchstmögliche Kräfteentfaltung gesichert ist; das hat zu geschehen auf dem Wege der Verwaltung und der Rechtspflege.

### Der Kampf um den Staatsinhalt

Daß Deutschland heute mitten in einer Krise staatlichen Lebens steht, ist Allgemeinansicht aller Ernsthaften. Noch nicht zur Genüge herausgeschält ist indessen die Frage, welches der Kern dieser Krise ist. Ist es die Frage, Republik oder Monarchie, ist es die Entscheidung, Parlament oder Diktator, oder handelt es sich nur um soziologische Erscheinungen, wie zum Beispiel die Arbeiterbewegung? Alles dies mag die allgemeine Verwirrung beeinflussen und steigern, keineswegs trifft es aber ins Herz der Sache. Die Krise des Staates ist nämlich in Wahrheit eine Krise der Gesellschaft. Es ist klar, daß gesellschaftliche Entwicklungen sich geräuschloser vollziehen, als staatliche und deshalb sieht man im allgemeinen nur die Krisenhaftigkeit des staatlichen Lebens und nicht die des gesellschaftlichen.

Die Zerstückelung:  
der Gesellschaft  
durch die  
französische  
Revolution

Worin besteht nun die gesellschaftliche Krise? Darin, daß der moderne Individualismus den harmonischen Bau der Gesellschaft zerstört hat. Es gibt heute eine Gesellschaft im Sinne einer gruppenmäßigen, lebendigen Einheit mit ganz bestimmten Aufgabekreisen nicht mehr. Die französische Revolution bedeutete den Durchbruch einer längst herrschenden Gedankenwelt, des Individualismus. Um sie zum Siege zu führen, um die sogenannte Freiheit und Gleichheit zu verwirklichen, mußte sie sämtliche gesellschaftlichen Organismen und alle vorhandenen Bindungen zerstören. Sie schuf eine gleichgerichtete, eigentlich völlig anarchische Masse, nur noch zusammengehalten durch den Gedanken der nationalen Sendung. Dazu kam

ein angeborener Militarismus, der in der Anbetung des militärischen Ruhmes sein nationales Glaubensbekenntnis sah (l'idée et l'épée). Der Gedanke der nationalen Sendung, d. h. Freiheitsbringer für die ganze Menschheit zu sein, und der Gedanke der militärischen gloire, ist für den Franzosen auf Grund seiner geschichtlichen Entwicklung außerordentlich lebendig und zwingend. Er allein schon vermag ihn zu bewegen, sich jeder Führung willenlos unterzuordnen, sofern sie nur diesen französischen Wesenszug genügend beschwört.

Im übrigen verabscheut der Franzose jede weitere gesellschaftliche Bindung. Er überläßt die Bildung seiner Regierung und die Repräsentation des Staates einer kleinen Gruppe von Nutznießern. Deren selbstsüchtige Geschäftigkeit ist jedoch für ihn nicht etwa Anstoß zu moralischer Entrüstung, sondern Gegenstand verständnisvoller Bewußtlosigkeit. In Frankreich ist nicht der Staat der große Zusammenfasser, er ist auch kein Heiligtum, um das sich ethische Betrachtungen ranken. Er ist eine Einrichtung der Zweckmäßigkeit, die den Willen der Nation verkörpern soll. Die große Idee, der sich der Franzose unterordnet, ist die Nation; wie diese staatlich verkörpert wird, ist für ihn eine Frage der Form, zweiten Ranges, wenn nur der nationale Gedanke entsprechend zum Ausdruck gelangt.

Die westliche  
Nationalidee

Ganz anders mußte die Zerreißung gesellschaftlicher Bindungen auf die Deutschen wirken. Einmal war das deutsche Volk noch nicht zur Nation entwickelt, das heißt: es fehlte dem einzelnen Deutschen die allbestimmende Macht der nationalen Idee und dem gesamten Deutschtum jene Art von nationaler „Uniform“, die jeder Franzose unsichtbar trägt. Nun wird behauptet, die Entwicklung dränge dahin, daß das Deutschtum im Begriffe sei, zur Nation im westlichen Sinne zu werden, daß also diese nationale Gleichartigkeit im Entstehen sei. Das bestreitet der Verfasser. Denn nach den im ersten Teile gewonnenen Ergebnissen gehört zum Wesen des Deutschen die unbeschränkte geistige Freiheit des Einzelnen. Die übersinnliche Verwurzelung des Deutschen hat zur Folge einen nie versiegenden faustischen Trieb, der zweifellosfrei das Beste am deutschen Geiste darstellt. Seine Vernichtung bedeutete die Selbstaufgabe deutschen Wesens.

Die Wirkung auf  
das deutsche Volk

Die Deutschen stehen heute am Wendepunkte einer Entwicklung. Der Scheideweg eröffnet zwei Möglichkeiten: entweder zur uniformen Nation im westlichen Sinne zu werden, unter Preisgabe der deutschen Kulturendung, oder aber die geistige Freiheit zu retten, im Eintausch gegen die Auferlegung einer eisernen Selbstdisziplin auf staatspolitischem Gebiete. Ihr gilt es sich zu unterwerfen, um nicht an der Vielgestaltigkeit des deutschen Kulturmenschen zugrunde zu gehen. Diese Behauptung wird aufgestellt im vollen Bewußtsein ihrer auf den ersten Blick vielleicht verwirrenden Wirkung. Denn bisher schienen die

Begriffe: Kulturnation oder politisches Volk einander auszuschließen. Wesen und Sinn dieser Abhandlung ist aber, eine Versöhnung zu finden, um die scheinbare Gegensätzlichkeit zu beseitigen.

Deutschum und  
moderner Staat

Da mit dem Wegfalle aller gesellschaftlichen Bindungen, den das Zeitalter des Individualismus mit sich brachte, eine Sammlung um den Begriff der Nation im Sinne Frankreichs unmöglich war, brauchte der Deutsche ein anderes Gemeinschaftsideal, um überhaupt als Volk bestehen zu können. Er fand es im Staate. Nicht in dem Staate, den sich das Volk selbst gab, sondern der ihm von den Fürsten geschaffen wurde. Es ist ungeschichtlich gedacht, einen Gegensatz völkischer und monarchischer Zielstrebigkeit aus der deutschen Vergangenheit herauslesen zu wollen. In Wahrheit war nach dem Zusammenbruche mittelalterlicher Gesellschafts- und Staatsordnung die Quelle staatsbildender Kraft in der Tiefe des deutschen Volkstums versiegt. Im Gegensatz zu Frankreich fehlte die eiserne Hand unumschränkt waltender Herrscher, welche die das Reichsgebiet besiedelnden Volksstämme zu einer einheitlichen, sich selbst bewußten Nation geformt hätte. Daher war für staatsbildende Kräfte ein leerer Raum vorhanden, der zwangsläufig durch den monarchischen Staat ausgefüllt werden mußte. Wahrscheinlich hätte ein Versagen der Fürsten auf staatsbildnerischem Gebiete den Zusammenbruch deutscher Eigenstaatlichkeit überhaupt bedeutet. Dem so gewissermaßen von der Spitze aus gebildeten Staate stand in Deutschland keine gegliederte Gesellschaft entgegen, aber auch kein in seinen Massen zur Nation gereiftes Volk, das, wie in Frankreich, den Mangel an gesellschaftlicher Gliederung hätte durch die Gemeinsamkeit der Idee ausgleichen können. So erfolgte notwendig auch eine gesellschaftliche Neuordnung um die Spitze des Staates, den Monarchen. Der ihm in persönlicher Treue verbundene Adel und das mit gleichem Geiste erfüllte Heer wurden Rückgrat des Staates. Dazu kam noch der „Königliche“ Beamte. So erwuchs ein Staatswesen, das in dem Augenblicke keinen gesellschaftlichen Rückhalt mehr hatte, da die monarchische Spitze wegfiel.

Teils mangels gesellschaftlicher Gliederung und teils infolge des Treueverhältnisses zwischen dem Fürsten und den ihm dienenden Schichten, war der Staat der Inbegriff aller Sehnsucht nach Gemeinschaftsleben geworden, die in der deutschen Seele begründet ist. Er war nicht, wie in Frankreich, die nebensächliche Form geworden, welche die heilige Nation repräsentierte, er war auch nicht, wie in England, das Mittel, mit welchem die herrschaftsgewohnten Gesellschaftsschichten ihre Weltmachtpläne durchführten, sondern er war das Einzige, was der Deutsche hatte, um den in ihm wohnenden Drang nach persönlicher Eingliederung zu befriedigen. Wie in Frankreich die Nation „heilig“ wurde, so wurde es der Staat in Deutschland.

Demn der Deutsche ist von Natur kein vom Verstande bessener Anarchist, wie der Franzose, er sucht Anlehnung und Einordnung, dafür gegebenenfalls auch Hilfe. Darum sind seine Ansprüche an die Gemeinschaft vorwiegend ethischer Natur und seine Enttäuschung wird grenzenlos, wenn die Gemeinschaft nicht von diesem ethischen Willen beseelt ist, den er von ihr erwartet. Wenn man nun die jetzige Staatskrise begreift als den Meinungsstreit über den ethischen Inhalt des Staates, dann natürlich müssen sich erbitterte Kämpfe um den Staat entspinnen. Diese wirken um so nachhaltiger, als sie mit weltanschaulichen Waffen geführt werden müssen. Der Schlußstein dieser ganz natürlichen Entwicklung ist das Vorhandensein von Weltanschauungsparteien, die es in diesem Sinne in keinem anderen Staate der Welt gibt. Eine Ausnahme machen dabei der Kommunismus in Rußland und der Fascismus in Italien, die als Parteien im westlichen Sinne nicht angesprochen werden können; eher als Ordensbildungen. Demn zur Partei gehört als Voraussetzung das Parlament.

Hier ist die grundsätzliche Vorfrage zu stellen, ob die heutige Staatskrise nicht hauptsächlich dadurch verursacht wurde, daß in das staatliche Leben Dinge eingeschmuggelt wurden, die mit ihm nichts zu tun haben. Demn genau, wie wirtschaftliche Fragen im wirtschaftlichen Kampfe ausgefochten werden sollen, so müßten auch Meinungsverschiedenheiten ethischer Art innerhalb des Kulturlebens entschieden werden. Beide Gebiete haben sich aber mit dem rein staatlichen Lebens vermischt. Wie es zu dieser Entwicklung kam, wurde schon dargelegt: einmal durch das Streben des Deutschen nach Gemeinschaft und sodann durch den Mangel an anderen Gemeinschaftsgebilden, als dem einmal vorhandenen Staate. Vor der Frage nach der Gestaltung des Staates ist also die Vorfrage zu beantworten, welche Gemeinschaftsaufgaben gesellschaftlicher und welche rein staatlicher Natur sind. Besteht hier die Möglichkeit einer Aufteilung der Aufgaben, so ist zwar damit die Krise des sozialen Lebens an und für sich noch nicht beseitigt; aber es könnte vielleicht die Gruppe der krisengeschwängerten Fragen aus dem Staatsleben herausgenommen und dem rein gesellschaftlichen aufgebürdet werden.

Es ist ja nichts Neues, und in reichem Schrifttum schon ausführlich erörtert, daß unsere Staatskrise viel mehr um die Frage schwingt, welche Gemeinschaftsaufgaben staatlicher und welche gesellschaftlicher Natur sein sollen, als um das Verhältnis zwischen Einzelmensch und Staat. Die französische Revolution und die geistige Welt, aus der sie entstanden ist, mußten naturgemäß ein neues Verhältnis zwischen individuellem und Gemeinschaft finden. Für sie galt es, Bindungen, die überlebt sein und die freie Entfaltung gesunder Volkskräfte verhindern mochten, zu vernichten. Um gewissermaßen reinen Tisch zu

Die Überspannung  
des  
Staatsbegriffes

Die geschichtliche  
Entwicklung des  
modernen Staates

machen mit der gesamten gesellschaftlichen Ordnung, die der Feudalismus mit sich gebracht hatte, war es notwendig, anstelle der macht-ausübenden Körperschaften einen neuen Rechtsträger aufzustellen: dies war der Einzelmensch. Die in der französischen Revolution sich durchsetzende und äußerlich in Erscheinung tretende Geisteswelt war schon längst vorgezeichnet. Darüber nur einige Worte: Mit der Aufnahme antiker Kultur in den west- und mitteleuropäischen Kulturkreis mußte notwendig eine individualistische Weltanschauung entstehen, die zum mindesten auf die Renaissance, die Aufnahme des römischen Rechtes und den Humanismus zurückzuführen ist, wenn man nicht schon, wie manche Forscher annehmen, gewisse Spuren im Schomismus feststellen will. Römisches Rechtsdenken eroberte allmählich die gesamte sogenannte abendländische Welt und machte folgerichtig den Einzelmenschen zum Mittelpunkt und zum fast ausschließlichen Träger aller Rechte. Bei Betrachtungen, die über die Aufnahme des römischen Rechtes angestellt werden, wird häufig übersehen, daß das vom Abendland übernommene römische Recht einem zerfallenden Kulturkreise entstammt und nicht einem in voller Blüte stehenden. Das frühe Recht jener Römer, die die römische Weltherrschaft begründeten, zeigt viel weniger individualistische Bestandteile, wie das verhältnismäßig späte des *corpus iuris*. Für dieses individualistische Rechtsdenken erfand die Aufklärung neue Worte, wie die Begriffe des Naturrechtes oder der Menschenrechte. Diese neue Benennung spielt aber keine große Rolle für den, der die geschichtliche Grundlinie erkennt.

Die  
„Menschenrechte“

Wer die sogenannten Menschenrechte auf ihre Rechtsnatur prüft und die Vorfrage stellt, ob diese Rechte tatsächlich dem Einzelmenschen von Natur anhaften, kommt nämlich zur Verneinung jener ganzen Begriffswelt. Denn selbstverständlich hat der einzelne für sich allein betrachtet, überhaupt keine Rechtssphäre: es wäre beispielsweise ein Unsinn, von den Rechten eines Robinson Crusoe zu sprechen. Nur menschliche Beziehungen können rechtlich geregelt werden und die Vorbedingung für die Entstehung von Rechtsbegriffen ist das Vorhandensein einer Gemeinschaft. Es ereignete sich deshalb auch jener starke Rückschlag in der Rechtsphilosophie, welcher den Begriff der Genossenschaft wieder in den Mittelpunkt rechtlicher Betrachtungsweise rückte und vor allen Dingen auch auf den Rechtszweck zurückgriff. Dadurch wurde der Rechtsbegriff wieder mehr entpersönlicht. Wenn man alle in der französischen Revolution geforderten Menschenrechte auf das Wesentliche zurückführt, so bleibt eigentlich nur die Bauernbefreiung als entscheidende soziale Tat übrig. Aber für die Betrachtungsweise dieses Buches ist die Bauernbefreiung nicht eine soziale Großtat deshalb, weil etwa der Bauer damit von einer schweren Last befreit wurde (denn es bleibt dahin-

gestellt, ob die damals betroffenen Bauern ihre Befreiung wirklich als ein Glück empfanden), sondern deshalb, weil durch die Befreiung gewaltige Volkskräfte entfesselt und für die wirtschaftliche und kulturelle Höherentwicklung eingesetzt wurden. Es verrät deshalb (und aus anderen Gründen) auch eine fehlerhafte Schau, wenn die Arbeiterfrage heutzutage etwa vom Gesichtspunkte der Wohlfahrt des einzelnen Arbeiters angesehen wird. Siechtum oder Gefundung unseres sozialen Körpers, das ist die Streitfrage. Alle Male hat eine Fürsorge für die Gesamtheit praktisch auch die Stellung der Einzelpersonlichkeit gehoben und zu allen Zeiten hat die Verhättschelung des Einzelnen (heute die Grundlage der gesamten, sogenannten Sozialpolitik) zur Unterdrückung und zum Zusammenbruche des Einzelnen, natürlich auch ganzer Schichten, geführt.

Welches war nun die Folge jener Zertrümmerung gesellschaftlicher Gemeinschaftsgebilde, die fast bei allen Völkern des europäischen Kulturkreises, mit Ausnahme von England, stattfand? Da eine ganze Reihe von Aufgaben durch Gemeinschaften wahrgenommen werden müssen, — man kann sogar sagen, daß dies bei allen der Fall ist, — so mußte eine neue Form der Gemeinschaft gefunden werden, welche die Durchführung jenes Aufgabenkreises übernahm. Auf rein geistigem Gebiete waren vorher die Religionsgemeinschaften die Träger gemeinsamen Kulturwillens. Man nahm ihnen, im Laufe eines bis in die Gegenwart sich fortsetzenden Kampfes ihr wichtigstes Tätigkeitsfeld, nämlich das des Unterrichts und der Erziehung. Es wurde aber nicht etwa auf Gemeinschaften übertragen, die anstelle der abgelösten Religionsgesellschaften neue Kulturziele anzustreben geneigt oder geeignet waren, sondern dem Staate, dessen ursprünglichster Zweck sicherlich nicht der eines unmittelbaren Kulturträgers war. Die aus dem Mittelalter noch geretteten wirtschaftlichen Körperschaften fielen der Gewerbe-freiheit und der Freizügigkeit zum Opfer. Wirtschaftspolitik als solche wurde in dem klassischen Zeitalter des „laissez faire, laissez aller“ überhaupt nicht als politischer Zweig betrachtet, nachdem die merkantilistische Welle abgeebbte war. Als aber mit dem gewaltigen industriellen Aufschwunge der sogenannte vierte Stand erwuchs und sich vom Unternehmertum ausgebeutet fühlte, aber an keiner Wirtschaftsorganisation einen Rückhalt mehr finden konnte, da blieb ihm nichts anderes übrig, als bei dem einzigen, noch vorhandenen großen Gemeinschaftsordner Rettung zu suchen, dem Staate. Und so wird der moderne Staat, ob er will oder nicht, zum Sozialstaate, der die durch eine zügellose Wirtschaft entstandenen Schäden bessern und die Gegenfüße ausgleichen soll.

Auch auf dem Gebiete des Rechtswesens änderte sich alles von Grund auf. Recht war früher entstanden aus dem Gesellschaftsleben

**Die Übernahme  
des Kulturellen  
und Sozialen  
in den Staat**

**Der Staat als  
einziger  
Rechtsschöpfer**

selbst. Die Gesellschaft war gegliedert und die einzelnen Glieder standen zueinander in ganz bestimmten Rechtsverhältnissen, die im Laufe von Machtkämpfen entstanden waren. Der ethische Ursprung des geltenden Rechtes war für die dermaßen gegliederte Gesamtheit insofern gemeinsam, als der Gerechtigkeitsbegriff durch das religiöse Grundgefühl jener Zeit bestimmt wurde. Die meisten Rechtsätze waren mit der Zeit aus Sittlichkeit und Sitte erwachsen. Dabei war die Sitte stark vom Zweckmäßigen, die Sittlichkeit vom Christlich-Religiösen bestimmt. Als nun die gesellschaftliche Gliederung und das durch diese ausgebildete Rechtsleben um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert verschwand, gleichzeitig auch der religiöse Einschlag des gesamten Kulturlebens eine Minderung erfuhr und dadurch die Ethik ihre Wurzel verlor, mußte im Rechtsleben eine grundsätzliche Veränderung folgen. Nicht mehr der Gleichklang sittlichen Empfindens und nicht mehr die Gesellschaft in ihrer Gliederung und deren genau abgewogene Befugnisse kamen als Rechtsquelle in Frage. Geblieben war als einziger Gemeinschaftsordner der Staat. Er sollte von nun an alles regeln: sowohl das Verhältnis der Einzelnen untereinander, als auch des Einzelnen zur Gemeinschaft. Solange die Träger und Machthaber des Staates noch bestimmt waren durch ihre christliche Weltanschauung oder wie in Deutschland durch den klassischen Idealismus, so lange blieb die Rechtsschöpfung des Staates in einem inneren Zusammenhange mit Sitte und Ethos, die noch im Volke lebten. Aber mit dem Anwachsen der individualistischen Flut, mit der fortwährenden Entseelung des Gemeinschaftslebens, mußte die Rechtsquelle, die noch allein vorhanden war, immer formaler werden, d. h.: heute werden unter Recht einfach die Gesetze verstanden, die der Staat ordnungsgemäß beschlossen und verkündet hat. Anstelle des Begriffes der Gerechtigkeit wird so der der Gesetzmäßigkeit gesetzt. Nicht das ist geltendes Recht, was im Sittlichen begründet, im Herkommen überliefert, im Volksempfinden verwurzelt ist, sondern was verfassungsmäßig von den dazu berufenen Staatsorganen beschlossen wird.

Der allmächtige  
Staat

Es sind Bücher geschrieben worden über das Verhängnis, welches üblicherweise Omnipotenz (Allmacht) des Staates genannt wird; hier sollen die drei Hauptgebiete, auf denen diese Allmacht heute verhängnisvoll wirkt, nur gestreift werden: das kulturelle, das sozialwirtschaftliche und das rechtliche. Man hat nun zweifelsohne auch in Kreisen westlich eingestellter Staatsdenker gefühlt, daß es noch sorgsam umhegte Rechtsbezirke geben müsse, die auch von dem allmächtigen Staate nicht betreten werden dürften. So entstand der Begriff der Grundrechte. Die Grundrechte, nur ein anderer Ausdruck für die berühmten Menschenrechte, werden immer nur in solche Verfassungen aufgenommen, die den Staat als einzige Quelle von Recht



und Macht gelten lassen. Nur ein moderner Kulturstaat dürfte eine ungeschriebene Verfassung haben: England. Es ist bezeichnend, daß gerade dort der Staat vor Eingriffen in Rechte, welche ihr gesellschaftliches Eigenleben führen, zurückschreckt. In England ist so weit gegangen, die Gerichte mit der Überwachung der staatlichen Gesetzgebung zu betrauen, damit diese sich nicht solche Übergriffe erlaubt. Anders im Deutschen Reiche, dessen Verfassung den Grundsatz der Allmacht des Staates (später wird dargelegt, daß es sich in Wirklichkeit auch hier nicht einmal mehr um den Staat als solchen, sondern um einen gewissen, den Staat für sich mißbrauchenden Eigennuß handelt) so folgerichtig durchgeführt hat, daß eine Zweidrittel-Mehrheit des Reichstages durch Gesetzesbeschluß theoretisch das übrige Drittel einfach rechtlos machen und zu einem Sklavendasein verdammen kann. Für die verhängnisvolle Verbreitung dieser Anschauung spricht die Einbringung von Enteignungsgesetzen eine bezeichnende Sprache.

Tatsächlich sollte es aber Rechtsbezirke geben, die mit solchen **Die wahre Autonomie** Schutzwällen umgeben sind, daß auch staatliche Willkür ihre Übersteigerung nicht wagen darf. Im Gegenteil, der Staat hat die hohe Aufgabe, zu überwachen, daß diese Rechte nicht von überlegenen Kräften angetastet oder gar vernichtet werden. Gibt es außerhalb des Staatlichen solche Orte unantastbaren Rechtes und sind diese nicht nur durch papierne Verfassungsparagrafen, sondern durch Sitte und Herkommen, sowie durch eine hochstehende Rechtspflege behütet, dann fällt die gegensätzliche Fragestellung Einzelmensch oder Staat von vorneherein weg. Die berechnigte Freiheitsphäre, auf die zu verzichten heutzutage keinem Europäer zugemutet werden kann, liegt dann auf der Ebene der Gesellschaft. Auseinandersetzungen hierüber spielen sich dann in der Form gesellschaftlicher Kämpfe ab, die ein starker und gut geleiteter Staat zu schlichten hat. Er hat für den „allgemeinen Landfrieden“ zu sorgen, aber bei eingetretenen Reibungen nicht selbst Partei zu ergreifen. Wie sehr diese Überlieferung auch in der heutigen Zeit der Zersetzung noch in England lebendig ist, beweist das Verhalten der englischen Regierung in dem großen „Kohlenstreik“. Sie war ernstlich bemüht, zum mindesten den Schein der Unparteilichkeit zu wahren. Aber andererseits hat eine solche Enthaltensamkeit des Staates eine notwendige Vorbedingung: daß die Gesellschaft gegliedert ist und daß kein einzelner außerhalb dieser gesellschaftlichen, mit Eigenrechten ausgestatteten Gliederung stehen darf. Wenn es auch nicht mehr so ist wie im Mittelalter oder auch wie in Indien, wo der einzelne in seinen Stand hineingeboren wird, so muß trotzdem jeder einzelne notwendig irgendeinem gesellschaftlichen Gebilde einverleibt werden. Ihm gegenüber hat er Pflichten, empfängt dafür aber auch den Rechtsschutz des Mitgliedes. Die tatsächliche Errungenschaft des französisch-

deutschen Liberalismus liegt darin, daß kein Hineingeborenwerden in bestimmte Rechtsverhältnisse mehr stattfindet. Daß vielmehr dem einzelnen nach Maßgabe seiner Kräfte und seines Strebens die Freiheit verliehen ist, in dem gesellschaftlichen Ganzen seinen Platz zu verdienen. Nur die Eingliederung selbst sei ein Muß, das Wo der Eingliederung dem freien Spiel der Kräfte überlassen.

Um deshalb die Kernfrage noch besser herauszuschälen: Der mittelalterliche Staat ruhte auf einer festgegliederten Gesellschaft. Diese gesellschaftlichen Ketten zu sprengen, war Sinn und Aufgabe jener dem Einzelmenschen zugewendeten Entwicklung, die zunächst im Absolutismus und dann in der französischen Revolution Gestalt gewann und im Weltkriege ihren Gipfelpunkt erkletterte. Jene gesellschaftliche Gliederung wurde zertrümmert und damit der Weg freigemacht für einen Staat, der nun das Monopol für die Bildung des Gemeinschaftswillens auf jedem Gebiete errang. Umgekehrt aber wurde dieser neue Staat dazu benutzt, die letzten Reste gesellschaftlicher Gliederung zu zerbrechen. Der moderne Staat war also nicht nur Folge, er wurde auch zur Waffe des „dritten Standes“. Und endlich war die äußere Linie, die zur Allmacht des Staates führte, schon vorgezeichnet durch den absoluten Staat. Nur der Unterschied bestand, daß Träger des Absolutismus in einem Falle der Fürst, im anderen Falle das Volk sein sollte. Mit Absicht wird gesagt „sollte“, weil eine formale Betrachtungsweise weder im Staate der absoluten Monarchie, noch bei der republikanischen Verfassung den Tatsachen gerecht wird. Denn sowohl im Staate fürstlicher Alleinherrschaft, als auch im sogenannten Freistaate herrschen in Wirklichkeit einige Wenige, also ein bestimmter Kreis. Mit wenigen Ausnahmen ganz kurzfristiger Art werden demnach sämtliche Völker oligarchisch regiert, ganz gleich, wie die Staatsform nach den Buchstaben der Verfassung beschaffen ist. Davon später mehr. Hier hat es sich zunächst um die Feststellung gehandelt, daß der klassische Staat des Individualismus der allmächtige Staat, daß das Kennzeichen des modernen Staates nicht schlechtin seine Form ist. (Wie denn auch Frankreich im 19. Jahrhundert die Staatsform des öfteren gewechselt hat.) Das Kennzeichnende des modernen Staates wird nur gefunden bei der Betrachtung seines Inhaltes: dieser läßt sich dahin umschreiben, daß mit steigendem Individualismus der allmächtige Staat zu einem Mammutgebilde auswächst.

Der  
„Mammutstaat“

Die Folgen dieser Entwicklung werden verhängnisvoll: Je fortgeschrittener das Wirtschaftsleben, je dichter die Siedelung ist, desto größer wird die Reibung der Menschen untereinander und um so schwieriger fällt die Regelung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Heute obliegt sie fast restlos dem Staate. Seine Aufgaben vermehren

sich deshalb in erschreckender Weise. Mangels anderer Gemeinschaften, welche das Zusammenwirken zu regeln geeignet wären, erwartet gerade der nach Gemeinschaftsleben sehnfüchtige Deutsche vom Staate alles Heil. Der Staat wird bald verklärt bis zur Heiligkeit, bald gehaßt wie die Pest: dieser Widerspruch ist keineswegs verwunderlich. Mit der Vermehrung der Staatsaufgaben wächst der Beamtenkörper, der alle Wünsche befriedigen soll, ins Ungemessene. Aber er wirkt gerade entgegengesetzt, wie er soll; denn überall, wo er nicht eigentliche Staatsaufgaben zu versehen hat, muß er als Störenfried und als Hemmnis empfunden werden. Das ist ganz selbstverständlich und wurde von niemand klarer erkannt als vom Reichsfreiherrn vom Stein. Am Ende scheint der Staat nur noch den Zweck zu haben, die zahllosen, an ihn gerichteten Wünsche der Staatsbürger zu befriedigen. Alle verletzten Interessen verlangen ihre Wiedergutmachung durch den Staat; alle Schwachen und Minderwertigen schreien nach seiner Hilfe (Almosenstaat). Er lebt nur noch von dem kärglichen Lob, das ihm die befriedigten Gruppen spenden, und in der dauernden Furcht vor den Ansprüchen, welche die unzufriedenen an ihn stellen. Zu seinen eigentlichen Aufgaben, der großzügigen Überwachung der Gesundheit des Volks- und Wirtschaftskörpers, kommt er gar nicht mehr.

Die einzige Politik, die diesen Namen wirklich verdient, nämlich die der Behauptung des Staates nach außen, gelangt gänzlich ins Hintertreffen. Diesem Zustande entspricht auch die Einstellung der sogenannten Staatsbürger. Über außenpolitische Fragen gleiten sie rasch hinweg, weil zu langweilig. Aber wie brandet die Woge in den Versammlungen empor, wenn innere Politik zur Sprache kommt. Und dabei ist diese sogenannte Innenpolitik ein Begriff, der knapp hundert Jahre alt ist: der erst entstehen konnte, als der moderne Staat Aufgaben an sich riß, welche die Gesellschaft unter sich zu regeln hat und nicht der Staat. Denn eigentlich müßte die innere Tätigkeit des Staates „Verwaltung“ genannt werden. Dies ist der sachliche Begriff für jene ausgleichende und befriedende Tätigkeit, die der Staat nach innen auszuüben hat. Das Wort „Politik“ dagegen setzt schon das Vorhandensein mehrerer, um die Macht streitenden Gruppen voraus. Im außenpolitischen Kampfe war es deshalb zu allen Zeiten berechtigt. Im Staatsinnern konnte der Begriff der Politik erst Anerkennung und Geltung erlangen, als die staatliche Tätigkeit nicht mehr als eine das Volksganze betreuende, sondern als Gegenstand von Machtkämpfen einzelner Interessengruppen gesehen wurde: historisch gekennzeichnet durch das Entstehen der Partei und des Parlaments.

Man stelle sich die friedliche Ruhe einer deutschen Reichstags-sitzung vor, wenn Sozialgesetzgebung, Schulgesetzgebung und Steuer-gesetzgebung nicht mehr Gegenstand ihrer Beratung wären. Wie

Primat der Außenpolitik??

sachlich würde dann auch die außenpolitische Aussprache verlaufen, wenn die durch innenpolitische Spannungen verursachten Meinungsverschiedenheiten nicht mehr als Gründe zu gegenseitiger Bekämpfung mißbraucht werden könnten. Wie würde das die Stellung des Beamten ins Unparteiische heben, wenn er nur noch die Polizeigewalt des Staates zu verkörpern hätte. Sei es bei der Erfüllung unmittelbarer Hoheitsaufgaben, sei es bei der bloßen Überwachung der großen Selbstverwaltungskörper. Welch verständnisvolle Anerkennung würde ein wirklicher Staatspolitiker finden, wenn er, ohne Rücksicht auf die „innenpolitischen“ Dinge, die dann gar nicht mehr Gegenstand der Politik wären, die Lebensfragen seines Volkes und des ihm anvertrauten Staates zum alleinigen Gegenstand seiner Sorge machen könnte. Die Hauptfrage des modernen Staatsrechts, die nach dem Verhältnisse zwischen individuellem und Gemeinschaft, wäre eben keine staatsrechtliche Frage mehr, sondern eine solche des Gesellschaftsrechtes. Und wie sehr würden umgekehrt die gesellschaftlichen Gegensätze vereinfacht, wenn nicht der Staat durch seine Bürokratie sich als Dritter in diese Auseinandersetzung hineindrängte. Es sei zugegeben, daß die gesellschaftlichen Fehden dann fort dauern würden, daß die heute offenen Gesellschaftsfragen nicht ohne weiteres gelöst wären. Was aber auf alle Fälle erreicht würde, das wäre die Herausnahme dieser ganzen Streitigkeiten aus dem Staatlichen. Dadurch bekämen der Staat und seine Lenker ihre ganzen Kräfte für die Behauptung nach außen frei. Dieser Gewinn ist so ungeheuer groß, daß er allein schon sämtliche Gefahren, die in der Verschärfung des gesellschaftlichen Kampfes vielleicht gesehen werden könnten, aufwiegen würde. Die große Frage der Gegenwart ist also nicht die der Staatsform, sondern des Staatsinhaltes. Die Entwicklung muß demgemäß dahin gehen, den Staat wieder auf seinen eigentlichen Aufgabenkreis zu beschränken, um dadurch seine Kräfte zur Selbstbehauptung nach außen freizumachen. Ansätze zu jener neuen Gesellschaftsbildung sind schon heute vorhanden. Darüber später mehr. Hier ging es darum, die wahren Ursachen der deutschen Staatskrise als den Zusammenbruch des westlichen Staatsideals überhaupt darzustellen.

### Die moderne „Gesellschaft“

Wie sieht nun die entgliederte und aus lauter theoretisch gleichen Einzelmenschen bestehende „Gesellschaft“ der modernen Zivilisation aus? Zwar wird hier das Wort Gesellschaft gebraucht, aber eine gewachsene und in sich selbst ruhende Gesellschaft gibt es heute nicht mehr. Vielmehr nur noch eine ungeordnete, im Kampf Aller gegen

Alle stehende Masse, die von dem allmächtigen Staate in tyrannischer Weise niedergehalten wird, die von ihm ihre einzigen Gesetze empfängt, die von ihm ihre moralischen und kulturellen Maßstäbe vorgeschrieben bekommt, und auch in wirtschaftlicher Beziehung entscheidend durch diese Obergewalt beeinflusst wird. Wenn nun im folgenden die so geartete Gesellschaft an besonders treffenden Beispielen auf ihren Wertgehalt geprüft wird, so stellt sich dies als ein Versuch dar, die zersetzende Wirkung zu zeigen, die individualistisches Denken auf das gesellschaftliche Leben ausübt.

Daß die festen Bindungen, die das Mittelalter begründete und Die Verstädterung die Neuzeit fast bis ins 19. Jahrhundert — wenn auch nur zum Teil — bewahrte, verschwunden sind, steht sonach fest. Aber die geistige Bewegung in Richtung der grundsätzlichen Loslösung des Einzelmenschen und seiner völligen Vereinzelnung ist noch nicht zum Stillstande gekommen. Auf Schritt und Tritt ist ein Fortschreiten der Zersetzung und Auflösung im öffentlichen Leben zu beobachten, die auf den verschiedensten Gebieten die letzten Grenzen jeder Hemmung verläßt. Nur dieser zerrüttete Seelenzustand der breiten Massen macht den Zug vom Lande zur Stadt erklärlich. Selbstverständlich hat dieser auch wirtschaftliche Ursachen. Aber diese stellen nicht das letzte Glied in der Kette der ursächlichen Zusammenhänge dar. Denn dieses kann immer nur geistiger Art sein. Mit wirtschaftlicher Notwendigkeit allein kann eben dieses auffällige Drängen nach der Stadt nicht zwingend erklärt werden. Allgemein bekannt ist, daß die Menschenzahl der Großstädte nicht auf natürlichen Bevölkerungszuwachs kraft Geburtenüberschuß, sondern auf Zuzug vom Lande zurückzuführen ist. Wenn nun auch die schlechten Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter, ihre verhältnismäßig niedrige Entlohnung und ihre gesellschaftliche Unterbewertung bedauernswerte Tatsachen sind, so kann demgegenüber niemals die grundsätzliche Unmöglichkeit des flachen Landes, seine Bewohner zu ernähren, behauptet werden; es geht im Gegenteil immer mehr dazu über, ausländische „Saisonarbeiter“ zur Bewältigung gewisser landwirtschaftlicher Arbeiten heranzuziehen. Die zunehmende Verstädterung der Massen muß also auch psychologische Ursachen haben; die sind zu suchen in dem steigenden Drange, die zwangsläufige Gebundenheit des Landlebens zu ersetzen durch die völlige Angebundenheit der Großstadt. Selbstverständlich spielt das gesunde Streben nach einem weiteren Wirkungsfeld, das größere Möglichkeiten bietet, dabei mit. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Aber der Hauptanreiz zur Landflucht geht nicht aus von der Licht-, sondern von der Schattenseite menschlicher Veranlagung. Das Untertauchen und Verschwinden können im Meere der Großstadt wird sogar von der modernen Schriftstellerei poetisch verbrämt. Denn der moderne Literat begrüßt jede Er-

scheinung und Bewegung, die — sei es auch noch so verkehrt und vernunftwidrig — an das geheiligte Götzenbild der Freiheit erinnert. Bei genauerer Betrachtung dieser vermeintlichen Freiheit schimmert deren wahre Natur durch: nicht der Drang nach Freiheit, sondern meist der nach Zügellosigkeit ist es, der das Großstadtleben verlockender erscheinen läßt als das gleichmäßige Gebundensein an die durch Boden und Natur bedingte Landarbeit. Wer aber nicht mehr im Übersinnlichen ruht, wurzelt auch nicht mehr in der Natur, und Landarbeit ist ohne Liebe zur Scholle nicht denkbar. Sodann bringt das Leben im engen Kreise eine gewisse Überwachung des Einzelmenschen seitens der Nachbarschaft im weiteren Sinne mit sich. In der Großstadt aber hört diese unsichtbare Kontrolle mit der Beendigung des Tageswerkes auf. Damit fällt das Einzelwesen in die Vereinzelnung zurück und die gesellschaftliche Lebensgemeinschaft ist gewissermaßen außerhalb der Arbeitsstätte zu Ende. So wird die Übereinstimmung von beruflicher Führung und Lebensführung verloren und die Möglichkeit eines Doppellebens eröffnet.

Die Flucht aus  
dem Heim

Mit der Aufgabe von Grund und Boden findet diese Entwicklung noch nicht ihr Ende. Der innerlich ruhelos gewordene Einzelmensch gibt auch die Heimat im engsten Sinne des Wortes, das Heim, preis. Soweit in der Freude an der eigenen Wohnung ein Stück Heimatliebe sich äußert, ist Wohnen ein Ausdruck von Kulturwillen; nicht in jenem intellektuellen Sinne des „ästhetischen Wohnens“, eines modernen Bedürfnisses, das oft mit Kultur nichts zu tun hat. Ein einfaches Tiroler Bauernhaus kann mehr Kultursinn verraten, als die von Kunstgelehrten sorgsam zusammengestellte Prunkvilla. Denn nur dann kann von „Wohnkultur“ eines Volkes gesprochen werden, wenn in seinen breiten Schichten der Drang wohnt, innerer Seelenhaftigkeit bei der Gestaltung der Umgebung, auch der des alltäglichen Lebens, Ausdruck zu verleihen. Wie fern der Mensch von heute dieser Kulturauffassung steht, geht aus dem Mißverhältnisse hervor, in welchem sich seine Ausgaben für Wohnzwecke und für Aufwand außerhalb seiner vier Wände befinden. Es kann kein Zweifel bestehen, daß das Volk in seiner Gesamtheit auf einer hohen Stufe der Wohnkultur stehen könnte, wenn die im öffentlichen Lokale aufgewendeten Mittel dem Ausbau des Familienheimes zugute kämen. Je nach der geldlichen Leistungsfähigkeit spielen die Hotelhalle, das Café oder die Spelunke den kläglichen Heimerlass. Hier wird für einige Stunden besonders den ärmeren Schichten das Teilhaben an einem Luxus vorgetäuscht, der sonst aus Geldmangel eine verschlossene Welt wäre. Die Beliebtheit des Kinos (man denke an die große Zahl der „Kino-Paläste“) entspricht der Geneigtheit der breiten Masse, sich in jene verschlossene Welt wenigstens für Stunden versetzen zu lassen. In den jungen Riesenstädten der

Vereinigten Staaten werden die Wohnungen immer mehr zu „Schlafstellen“. Auch sehr wohlhabende Leute begnügen sich mit ganz kleinen Räumen, da sie das eigene Luxusbedürfnis in den großen Palasthotels stillen, weil auch die Mahlzeiten in irgendeiner Form fertig bezogen und außerhalb der Wohnung eingenommen werden. Gewiß gab es zu allen Zeiten Treffpunkte des öffentlichen Lebens und je nach dem Klima spielte es sich mehr oder minder im Freien oder in besonderen Gebäuden ab. Aber in Zeiten wahrer Kultur war doch immer das Heim besonders kultivierter Menschen gesellschaftlicher Mittelpunkt. Das mag einmal ein Schloß und einmal ein städtischer Salon gewesen sein, je nach dem Grade der agrarischen oder der städtischen Entwicklung. Eine gesunde städtische Kultur gab es immer dort, wo die Städte die Grenzen ihrer Aufgabe als Gewerbe- und Handelsmittelpunkt eines gewissen Erzeugungsraumes nicht überschritten. Heute ist dies anders. Weder die Schlösser des flachen Landes, noch die großen Bürgerhäuser der Städte führen kulturell. An ihre Stelle ist die Hotelhalle getreten, die für das öffentliche Leben der oberen Gesellschaftsschichten ungefähr die Rolle spielt, wie die Bäder im untergehenden Rom. Der moderne Tanz ersetzt dabei die Gymnastik und wird schon zum Sport gerechnet.

Die Entmannung  
des flachen Landes

Rein Wunder, daß unter diesen Umständen ein innerer Gegensatz zwischen Bauerntum und Städtertum erwächst. Daß bei den sich daraus ergebenden Auseinandersetzungen die Stadt bisher den Sieg davongetragen hat, kann bedauert, aber nicht geleugnet werden. Der Vorrang der Stadt ist ein doppelter: Die alles in ihren Bannkreis ziehende Staatsgewalt ist vorwiegend städtisch beeinflusst, ja geleitet, wenn man nur an das Geistige denkt und den wirtschaftlichen Einfluß des Landes außer acht läßt. Dazu kommt die rein verstandesmäßige Überlegenheit des Städters. Die großstädtischen Intelligenzkreise beherrschen infolgedessen den Bauern völlig. Zwar fühlt sich der Bauer sittlich höherstehend; aber der Städter hält die Intelligenz für eine Art moralischen Vorzugs. So erhält die moderne Gesellschaft ihren Stempel von der Großstadt, mag auch zahlenmäßig das Bauerntum noch eine bedeutsame Macht darstellen. Die Großstadt ist der eigentliche Boden des Individualismus und gibt ihr Gepräge dem ganzen Volke, rücksichtslos über das entmannte Bauerntum hinweggehend, das mit seiner Arbeit das Volk nähren, es aber geistig nicht mehr beeinflussen darf.

Die demnach für das gesamte gesellschaftliche Leben des deutschen Volkes maßgebend gewordene großstädtische Gesellschaft ist somit schlechthin der Gegenstand einer gesellschaftskritischen Untersuchung. Wer beherrscht nun diese „Gesellschaft“ und welcher Art sind die Einflüsse, die ihr Aussehen bestimmen? Denn auch eine in Auflösung

befindliche Gesellschaft empfängt irgendwoher die ihr Gesicht kennzeichnenden Züge; immer ist es ein Vorbild, das auf die Massen wirkt, und immer ist es der Nachahmungstrieb, der die Entwicklung der Massen entscheidend beeinflusst. Schon oben wurde der Satz aufgestellt, daß im Staatsleben Oligarchien die Regel sind. Auch auf das gesellschaftliche Gebiet läßt sich dies übertragen; nur muß das schon gewonnene Ergebnis festgehalten werden, daß die Gesellschaft als solche kein Eigenleben mehr besitzt und keine Gliederung mehr aufweist, die gewisse Aufgaben selbständig erfüllen soll. Dieses gesamte Tätigkeitsfeld hat der Staat an sich gerissen. Will also die Gesellschaft Macht ausüben, so bleibt ihr nur der Umweg über den Staat übrig. Vor dessen Betrachtung erscheint es deshalb zweckdienlich, die Gesellschaft kennen zu lernen, welche über den Weg des Staates Macht ausübt. Da die Gesellschaft aber heute einer formlosen Masse gleicht, die ihr Gesicht von einer führenden Minderheit erhält, muß zunächst gezeigt werden, nach welchen Gesetzen Führerschaft im Gesellschaftsleben ausgeübt wird.

#### Das Führertum

Die Erscheinung des Führertums ist ewig und unabänderlich. Einmal ist es bedingt durch die geistige Veranlagung besonders zum Führertum Berufener (Selbstbewußtsein, Intelligenz, Rednergabe usw.). Sodann durch die geistige Zuständigkeit der Massen, die vor Verantwortung zurückscheuen und ein natürliches Bedürfnis nach Verehrung und Führung haben. Endlich auch durch die rein technische Notwendigkeit der Zusammenfassung und Gruppierung. Denn unmittelbare Selbstregierung, also echte Demokratie, ist nur da möglich, wo ein kleiner Menschenkreis auf engem Raume in gleichbleibenden Verhältnissen zusammen lebt. Wo aber diese Voraussetzungen fehlen und der Umfang der Verwaltungskörper immer größer wird, muß das Führertum zum Berufe werden. Aus diesen Gründen bildet sich immer ein Führertum heraus, welches auch dem gesellschaftlichen Leben den Stempel aufdrückt, wenn gesellschaftlich führende und politisch herrschende Schicht zusammenfallen.

In einer gesund gegliederten Gesellschaft ist die führende Schicht diejenige, welche das größte Verantwortungsbewußtsein beweist, ist Führer im einzelnen derjenige, der in sich selbst die Sorge für die Gesamtheit am lebendigsten empfindet. Es gibt in Wahrheit ganz wenige Menschen, die die Sorgen der Allgemeinheit so in sich aufnehmen, daß sie als Sonderwesen sich aufgeben: gewissermaßen zum Sammelträger aller Sorgen der Allgemeinheit werden. Das sind Menschen, die sich nur noch freuen können mit ihrem Volke, die am Kummer ihres Volkes zugrunde gehen. Stehen solche Menschen an der Spitze, so ist die Führerfrage gelöst und ein Zeitalter der Blüte fest ein. Dabei ist entscheidend die Gesinnung und nicht das Maß



der Begabung, solange diese nicht unter den Durchschnitt sinkt. Denn daß ein Genie an der Spitze des Volkes steht und ihm gesellschaftlich seine Prägung verleiht, ist eine Seltenheit. Dieser Zustand birgt auch die Gefahr eines gefährlichen Sturzes in sich, wenn keine ebenbürtige Nachfolge vorhanden ist. Es ist deshalb immer zu erstreben, daß eine Schicht vorhanden sei, die jederzeit eine abtretende Persönlichkeit durch eine gleichwertige und ähnlich gerichtete ersetzen kann. Dies war in hohem Grade in England der Fall: das Geheimnis der englischen Überlieferung findet in diesem Umstande seine natürliche Erklärung. Ja, es wird sogar behauptet, daß England seine Stellung in der Welt ebensosehr der durchschnittlichen Begabung seiner Staatsmänner als der Gleichartigkeit ihrer Gesinnung verdanke. Noch einmal: um eine Dauerentwicklung zu gewährleisten, muß das Führertum ein Höchstmaß von Verantwortungsbewußtsein aufweisen und dieses in einer bestimmten Schicht vererbt und gepflegt werden.

Empfängt nun die heutige individualistische „Gesellschaft“ ihre bestimmte Prägung von einem so gearteten Führertum und besteht überhaupt eine Schicht von solchen Führern? Beide Fragen sind zu verneinen. Die heutige Gesellschaft in Deutschland weist überhaupt keine feste Schichtung auf. Es besteht auch kein Maßstab für die Zugehörigkeit zu einer führenden gesellschaftlichen Schicht. Das Einzige, was wirklich als Kennzeichen der Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Oberschicht anzusprechen wäre, ist höchst ungeeignet für die Schaffung eines Stammes von Führern: es ist rein kapitalistischer Art; Kapitalismus nicht als wirtschaftliche Erzeugungsweise, sondern als geistige Zuständigkeit verstanden. Die Vorbedingung jeglicher Geltung überhaupt ist im heutigen Gesellschaftsleben der Besitz.

Der reiche Mann  
als Vorbild

In diesem Zusammenhange bedarf es noch einer schärferen Erfassung der Formen, in welchen der Reichtum seine gesellschaftliche Führerrolle spielt. Dabei muß folgende Unterscheidung gemacht werden: Führung gibt es in doppeltem Sinne. Einmal, daß man sich eine marschierende Truppe vorstellt, deren Bewegungen von einem Führer geleitet werden. Das Merkmal dieses Führertums ist, daß der Führer nicht nur die Entschlüsse für seine eigene Handlungsweise faßt, sondern auch für die Handlungen der Geführten, sich aber gleichzeitig verantwortlich fühlt für deren Wohl und Wehe. Man kann aber auch Führung auffassen als einen tatsächlichen Zustand des An-der-Spitze-Stehens; hier richtet sich die gesamte Zuständigkeit einer Gruppe von Menschen nach dem Verhalten desjenigen, der an ihrer Spitze steht. Keinerlei Verpflichtung für die Masse erkennt dieser, durch sein bloßes Vorhandensein als Führer Wirkende an. Er lebt nur für sich, alle seine Nachläufer sind ihm gleichgültig. Das Schicksal der anderen berührt ihn nicht; erst dann kümmert er sich um sie, wenn sie seiner schranken-

losen Schucht hindernd in den Weg treten. Er ist also Führer nicht kraft inneren Berufes, sondern weil irgendein äußerer Umstand ihn über die anderen hinaushebt. Diese Stellung verleiht in unserem Zeitalter der Reichtum. Während das wahre Führertum auf sittlicher Hochwertigkeit beruht, ist das tatsächlich heute herrschende Führerprinzip zunächst amoralisch. Denn die Tatsache des Reichtums besagt für die sittliche Hochwertigkeit oder Minderwertigkeit, also für die Führereignung, gar nichts. Reichtum widerspricht aber keineswegs der Möglichkeit innerer Führerverpflichtung. Vielleicht lenkt sogar äußere Unabhängigkeit von der Sorge für das eigene Wohl ab auf die für die Gemeinschaft. So hat beispielsweise der Grundbesitz sowohl in landwirtschaftlicher als auch industrieller Form solche sittlichen Kräfte in nicht geringem Maße aus seiner Besitzstellung heraus entwickelt. Aber schon bei dem beweglichen Besitze des Händlers oder gar des Spekulanten zeigt sich eine erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber irgendwelchen Führerverpflichtungen. Je mehr der Erwerbstrieb grob stofflich geworden ist, desto mehr beginnt die Amoralität einer tatsächlichen Unmoralität, in bezug auf innere Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit, zu weichen. Wer weiß, wie die Mittel aus privaten Quellen für freiwillige öffentliche Zwecke aufgebracht werden, dem ist auch bekannt, daß die überwiegende Zahl von Handelsgeschäften, insbesondere von Ladenbesitzern, die doch vielfach über Geld verfügen, gleichgültig allen gemeinsamen Bestrebungen gegenübersteht, sofern sie sich nicht in der Bilanz als Aktivsaldo buchen lassen.

Mag zu allen Zeiten der Besitz und die mit ihm verbundene wirtschaftliche Unabhängigkeit eine geeignete Grundlage des Führertums darstellen, so darf keineswegs der „reiche Mann“ zum gesellschaftlich bestimmenden Vorbild werden. Das aber ist in der heutigen individualistischen Gesellschaft der Fall. Es ist auch gar nicht verwunderlich angesichts der früher begründeten Zwangsläufigkeit, mit welcher der Individualismus zum Materialismus führt. Aber nochmals sei betont: vom Kapitalismus als Wirtschaftsform ist hier nicht die Rede, sondern nur als Gesellschaftsform. Mag er dort seine Werte schaffen; hier wirkt er zerstörend, vernichtet das sittliche Führertum und setzt an dessen Stelle die Minderwertigkeit. Der reiche Mann, wenn er gerade nicht schon im Suchthaus gefessen hat, ist heute der Mann der unbegrenzten Möglichkeiten. Auch dann, wenn er schon im Suchthaus gefessen hat, ist in allerjüngster Zeit seine gesellschaftliche Geltung nicht unbedingt gefährdet.

Daß das Ideal des reichen Mannes wirklich auch das der nichtbesitzenden Schichten ist, läßt sich trotz des Hasses gegen den Reichen und vielleicht gerade deshalb nicht leugnen. Schon beim einfachsten Handarbeiter bis herauf in die höchsten Schichten kann man den allen

eigentümlichen Zug feststellen, daß die nächst höhere Schicht in ihrer äußeren Lebensführung und Lebenshaltung nachgeahmt wird. Nicht der innere Wert der nächsthöheren Schicht wird erstrebt, nur der Schein der Zugehörigkeit. Es entsteht so ein geradezu grausames Bild mangelnden Selbstbewußtseins, mangelnden inneren Wertes und eines affenhaften Nachahmungstriebes. Man braucht nur den Aufzug des Bauern zu betrachten, der in der Stadt sich auf erheiternde Weise bemüht, dem städtischen Straßenbild in seinem Äußeren gerecht zu werden, statt stolz seine Heimattracht zu zeigen. Der Diensthote, der in der Kleidung seine „Herrschaft“ nachahmt, der mittlere Beamte, der die Gewohnheiten seines höheren Vorgesetzten annimmt, der Ministerialrat, dessen Frau es der Gattin des Ministers gleich tun will, der Arbeiter in seinem Orang, sich kleinbürgerlich zu gebärden, das alles sind Beispiele, die beliebig zu vermehren wären. Man kann vielleicht sagen, daß unser gesellschaftliches Bild fast ausnahmslos bestimmt wird durch das Gefühl finanzieller Minderwertigkeit, das jede Schicht anreizt, durch Über-die-Verhältnisse-leben nach außen hin die wirtschaftliche Unterlegenheit zu verstecken.

Den stärksten Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung erbrachte die Zeit des Krieges und der Geldentwertung, welche eine Neuverteilung der Vermögen bewirkte. Die abendländische Welt hatte zwar noch Kultur und gesunden Blick genug, um das Lächerliche an der Erscheinung des Neureichen festzustellen; aber trotzdem öffnete ihm sein Geld im Laufe der Zeit alle Türen. Nur die allernotwendigste Anpassung an gewisse äußere Formen wurde verlangt, damit wenigstens das plumpe Prozedentum verborgen blieb. Denn im Grunde seines Herzens ist das moderne Bürgertum stolz auf sein Geld und trägt diesen Stolz offen zur Schau. Zwar ist in Deutschland Reichtum noch nicht zur Tugend geworden, wie in dem puritanisch beeinflussten Amerika. Das hängt damit zusammen, daß das moderne reiche Bürgertum in Deutschland keinen eigenen Lebensstil entwickelt hat, sondern von dem des Feudaladels innerlich abhängig ist. Vielleicht haben in dem Raume des ehemaligen „heiligen römischen Reiches deutscher Nation“ nur Holländer, Schweizer und einige alte Handelsstädte einen eigenen, modernen bürgerlichen Lebensstil entwickelt. In England und vor allen Dingen in Deutschland dient als Vorbild der Lebensstil des Adels. Daß dies auch für das vorrevolutionäre Frankreich zutrifft, hat Molière in seiner Komödie „Der Bürger als Edelmann“ erwiesen. Über die vom Adel geschaffenen Lebensformen ist das moderne deutsche Bürgertum kaum hinausgekommen, es hat sie höchstens verschlechtert oder abgeschwächt und umgekehrt zersetzend auf den Adel gewirkt. In diesem Zusammenhange soll nicht gesprochen werden von der wirklich einzigartigen Leistung des deutschen Bürgertums auf wirtschaftlichem und

Das deutsche  
Bürgertum ohne  
eigenen Lebensstil

wissenschaftlichem Gebiete. Nur die Form des Lebensstils unterliegt hier der Betrachtung. Eine völlige Ebbe eigener Schöpferkraft seitens des modernen deutschen Bürgertums läßt sich nicht leugnen. Eine andere Beobachtung führt zu demselben Ergebnis: trotz aller Feindschaft, trotz aller Bewißelung, trotz scheinbarer Überlegenheit gegenüber dem Adel befindet sich der reiche Mann des gesamten abendländischen Kulturkreises und des Koloniallandes Amerika in einer inneren Abhängigkeit vom Adel. Denn er ahmt seine Lebenshaltung irgendwo auch heute noch nach. Noch steht der europäische Adel in Amerika hoch im Heiratskurse, noch ist der Adelige der einzige Arme, der in großen und reichen Häusern geduldet wird. Noch spielen im Romanteil bürgerlicher Blätter mehr Grafen und Barone die Heldenrolle, als es nach dem Gotha überhaupt gibt. Es scheint also auch das sozialistische Dienstmädchen noch eine unausrottbare Hochachtung vor der Romangräfin zu haben. Leider kann aber nicht gesagt werden, daß der bürgerliche Lebensstil etwa auch die kulturelle Überlieferung und die seelische Verwurzelung des Adels übernommen habe; sein Nach-eifer erstreckt sich vielmehr in erster Linie auf die äußeren Formen, die jener geschaffen hat. Aber gerade der Nachahmungstrieb und die ehrfurchtsvolle Bewunderung, welche kleinbürgerliche Schichten heute noch adeliger Lebensführung entgegenbringen, haben auch ihre Vorzüge: es kommt so zum Ausdruck, daß Reichsein allein, vorwiegend in Deutschland, noch nicht als höchster Wert empfunden wird, sondern, daß gefühlsmäßig der Grundsatz „Adel verpflichtet“ auch im Unterbewußtsein breiter Volksmassen lebendig ist. Überall dort, wo der Adel diese Verpflichtung empfunden hat und ihr gerecht wurde, behielt er auch seine gesellschaftlich führende Stellung; wo er aber in Lebensführung und Weltanschauung verbürgerlichte oder sich der Führungsaufgabe wie in Österreich versagte, verlor er seine vorbildliche Wirkung auf das Volk.

**Gesellschaftliche  
Unterbewertung  
der Kulturträger**

Man könnte nun der Behauptung vom geldbeherrschten Grundzuge der heutigen Gesellschaft entgegenhalten, Wissenschaft und Kunst bestimmten unser gesellschaftliches Leben in hohem Maße. Das trifft jedoch nicht zu. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die heutige Bewertung der Wissenschaft und wissenschaftlicher Leistungen sich in erster Linie danach richtet, ob das Ergebnis in Technik, Gütererzeugung und Geld umzusetzen ist. Gewiß, der Erfinder steht hoch im Kurse, aber wehe dem Wissenschaftler, der rein geistigen Dingen nachgeht, wie z. B. der Philosoph. Seine gesellschaftliche Geltung ist ganz gering. Nur jene Kulturfassade, die, aus der Zeit des deutschen Idealismus stammend, vor der bürgerlichen Welt aufgebaut ist, verhindert noch ein abschätziges Urteil, auch über die größten Geisteshelden. Daß aber auch gewaltige geistige Leistungen fast totgeschwiegen werden,

und daß weder das geistige Leben noch die Befitzung den heutigen Deutschen mehr beeinflussen, muß gleichfalls ausgesprochen werden. Stellt man am Ende die Frage, wo geistige Welt überhaupt noch eine Rolle spielt, so bleiben nur zwei Antworten: entweder nirgends, weil die geistig zur Führung berufenen Männer irgendwo in der Verborgenheit ein kümmerliches Dasein führen, oder aber vielleicht im Hause eines Reichen, dessen Eitelkeit es schmeichelt, der staunenden Mitwelt die Macht seines Geldes begreiflich zu machen, wenn er an seinem Tische sogar geistige Arbeiter sich satt essen läßt. So ist und bleibt das Endergebnis, daß es Gruppierungen um den Geist nicht mehr gibt, sondern daß sich das gesellschaftliche Leben um das Geld sammelte und der Geist dabei die Rolle der Dekoration spielt, die für Geld feil ist. Eines Geisteswissenschaftlers, eines Schriftstellers oder Künstlers öffentliche Anerkennung ist daher auch Angelegenheit der Propaganda und damit ebenfalls des Kapitals. Wehe darum dem Schriftsteller und wehe dem Künstler, der zu keinem Zugeständnis bereit ist; in Kürze breitet sich eisiges Schweigen des Todes über seine Werke.

Diese grundsätzliche, die Gesellschaft beherrschende Rolle des Geldes drückt ihren Stempel dem öffentlichen Leben auch dort auf, wo man geflistentlich bemüht ist, durch ständige Betonung von Idealen sich darüber hinwegzutäuschen. Gemeint ist damit die Presse. Ihre Entwicklung beginnt in der Hauptsache im 19. Jahrhundert, dem Jahrhundert des Individualismus. Später wird gezeigt, wie hoch die Presse als politisches Machtmittel zu werten ist. Hier interessiert sie nur vom Gesichtspunkte ihrer sogenannten kulturellen Aufgabe für die Gesellschaft. Aber angenommen, die deutschen Journalisten seien in ihrer überwiegenden Mehrheit Führer von Gottes Gnaden, angenommen, sie nähmen ihre Verpflichtung zur Volkserziehung heilig ernst, was vermöchte aber eine im Geiste solcher Männer geleitete Zeitung auszurichten, wenn die mit ihr im wirtschaftlichen Wettbewerbe liegenden Blätter vorwiegend die niedrigen Instinkte der Leser wachrufen, was auch auf eleganteste Weise geschehen kann, und wenn Nervenkitzel und Schlüpfrigkeit triumphierend ihren Siegeszug antreten! Da muß der anständigste Schriftleiter, soll sein Blatt nicht zugrunde gehen, in jenen Spuren wandeln. Nun wird sicher die Presse in ihrer Gesamtheit behaupten, sie ginge diesen Weg einfach nicht mit. Betrachtet man aber die Entwicklung der großstädtischen Presse in Deutschland seit dem Kriege, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die deutsche Presse immer stärker Boulevardcharakter annimmt; jeder ehrliche Schriftleiter gibt dies zu. Ein weiterer Beweis für den Satz, daß die Herrschaft des Kapitals in geistigen Dingen zum Triumphe der Minderwertigkeit führt und die Hoch-

Der  
„kapitalistische“  
Druck auf die  
Presse

wertigkeit rettungslos in diesem Kampfe unterliegt! Es sei aber an dieser Stelle schon vorweggenommen, daß späterhin der Nachweis geführt wird, wie nahe verwandt der Kapitalismus dem heutigen Sozialismus ist. Deshalb besteht keinerlei Veranlassung, die hier gemachten Angriffe gegen den Kapitalismus in geistigem Sinne gleichzusetzen mit dem, was die sozialistische Begriffswelt auf diesem Gebiete leistet.

Die  
gesellschaftlichen  
Zerfegungselemente in der  
Sportbewegung

Der Materialismus als herrschender Grundzug hat im gesellschaftlichen Bilde noch andere Spuren hinterlassen als die oben aufgezeichneten. Ein stürmischer Siegeszug der Sportbewegung begann seit dem Kriegsende. Ohne die ertüchtigende Wirkung des Sportes zu verkennen, ohne ihn als schwachen Ersatz der allgemeinen Wehrpflicht in seiner Bedeutung zu unterschätzen, läßt sich nicht ableugnen, daß die Sportbewegung und die Möglichkeit ihrer Entwicklung Anzeichen bedenklicher Art aufweisen. Bei genauer soziologischer Betrachtung kann man sich über diese auch nicht beruhigen mit der Beschönigung, daß seien nur Auswüchse, und mit dem Troste von der Wiedergewinnung der goldenen Mittellinie. Der Sportbewegung erwächst die treibende Kraft nur zum Geringsten aus sittlichem Boden. Dies ergibt folgende Erwägung: wer die Turnbewegung aus der Zeit des deutschen Idealismus auf ihre Unterlagen hin prüft, erkennt, daß sie nicht darauf, öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, sondern auf stille Erziehungsarbeit eingestellt war. Die Turnbewegung sollte Volksgesundheit und nationale Erziehung fördern; Anhänger der Turnbewegung war der begeisterte, ausübende Turner. Förderer der modernen Sportbewegung ist aber in erster Linie der Zuschauer. Nur diese Tatsache erklärt den gewaltigen Umfang, den die Sportpresse und das Rekordwesen angenommen haben. Aber auch die immerhin noch ganz beträchtliche Anzahl derjenigen, welche selbst Sport ausüben, wird dabei nicht geleitet von Gründen sittlicher Natur. Nicht der hehre Gedanke, daß körperliche Ertüchtigung des einzelnen letzten Endes nur Dienst an der Gemeinschaft sei, führt sie tätig in die Sportbewegung hinein, nur die höchstpersönliche Sorge um eigenes körperliches Wohlbefinden, um Gesundheit und langes Leben erweckt ihren Sportseifer. Darum wurde mit Recht der Sportsmann „das gesunde Tier“ genannt. Der weitaus größere Teil aller Sportbegeisterten treibt aber gar nicht selbst Sport. Ein Blick auf die Zuschauermassen, etwa bei einem großen Fußballspiele, einem Sechsstages-Rennen oder auch einem Boxkampf, beweist die überzeugende Richtigkeit dieser Behauptung. Der Zuschauer beim Boxkampf ist durchweg der fette Genießer. Nervenkitzel möchte er für sein Geld haben! Die Spitzenleistungen in der Turnbewegung dienen der gesamten Turnerschaft zur Nacheiferung; die Spitzenleistungen der Sport-

bewegung haben zum Ziele die Aufpeitschung stumpf gewordener Gemüter, die Vereinnahmung hoher Eintrittsgelder und die Verteilung gewaltiger Geldpreise. Der Bogen der angelsächsischen Zivilisation ist der Gladiator des entarteten Rom, sein Emporkommen beruht auf dem Schrei der Massen nach Circenses. Es hat nichts zutun mit dem Streben nach eigener körperlicher und sittlicher Vervollkommnung, wie dies in der griechischen Ringschule der Fall war. Anstelle des sittlich hochwertigen Strebens nach körperlicher Selbstzucht ist das minderwertige nach Nervenkitzel getreten. Daß in einem gesunden Körper ein gesunder Geist eher wohnen könne als in einem kranken, erkennen gerade jene an, denen der Geist einen höheren Wert bedeutet. Geist aber spielt heute schon gar keine Rolle mehr; dafür die Muskeln. So sind die Neudeutschen bei einem Materialismus im Körperlichen angelangt, die Materie Geld feiert ihre Vermählung mit der Materie Körper. Dem Ideal des Multimillionärs reiht sich würdig zur Seite das des Weltbörgeisters. Damit ist der Kreislauf vollendet und die Rückkehr zum Barbarismus vollzogen.

### Familiendämmerung

Mit Recht wird die Familie als die Zelle der Gesellschaft, des Volkes oder des Staates (je nach der Einstellung des Wertenden) betrachtet. Auch an ihr hat jene den Einzelmenschen in den Vordergrund rückende Weltanschauung ihre zersetzende Kraft erwiesen. Es wird die Ehe als eine der gewaltigsten Errungenschaften der weißen Rasse gepriesen. Mit Recht. Die Frage der Nachkommenschaft und der Kindererziehung fand durch sie die denkbar höchstmögliche sittliche Regelung. Denn der Kernpunkt der Ehe ist die Mutterschaft: der Gedanke, die Mütterlichkeit der Frau mit allen Mitteln zu schützen und zu erhalten. Nur so konnte die Frau ihre mütterlichen Aufgaben erfüllen, nur so den Kindern Ernährung und Erziehung gewährleisten werden. Die kirchliche Auffassung der Ehe als eines Sakramentes war die selbstverständliche Schlußfolgerung aus der Heiligsprechung der Mutterschaft. Was hat der Siegeszug des Individualismus aus der Familie gemacht? Immer mehr wurde die Ehe zu einem Vertrage, wenn auch, zunächst unter Einfluß der christlichen Ethik und des deutschen Idealismus, zu einem solchen auf Lebenszeit. Die Lösbarkeit der Ehe wurde dem Staate vorbehalten, der auch die Ehe zu schließen hatte. Je stärker unter römisch-rechtlichem Einflusse der Vertragscharakter der Ehe zum Durchbruche gelangte, desto dringender mußte die Forderung nach leichterer Lösbarkeit werden; dies ist die eine Folge des herrschenden Individualismus. Auf der anderen Seite aber stellte

Die Mütterlichkeit  
als Grundlage der  
Familie

der Individualismus, wie schon dargelegt, die Behauptung von der Gleichberechtigung der Geschlechter auf. Es soll hier ununtersucht bleiben, ob dieser Behauptung jene von der Gleichheit der Geschlechter vorausgegangen ist oder nicht. Tatsache ist, daß sie heute eine bedeutende Rolle spielt. Das Verhältnis zwischen Mann und Frau rückte in den Mittelpunkt der Betrachtung; daß die Ehe einen übergeordneten Zweck hat, den der Mutterschaft und der Kindererziehung, geriet immer mehr in Vergessenheit. Die Befriedigung der Ansprüche, welche die Geschlechter aneinander, auf Grund eines naturnotwendigen Verhältnisses, stellen, wurde zur Gegenwartsfrage. Die Frau verlangte ihre Befreiung aus einer angeblich unwürdigen Stellung. Jahrzehntelang wurde geschrieben über die gleichen Fähigkeiten der Frau und des Mannes, jahrzehntelang wurde stürmisch gekämpft dafür, daß der Frau dieselben Wege offen stünden wie dem Manne. Ununterbrochen wurde eine Reform des Ehegesetzes und des Ehegütergesetzes verlangt. Wer stellte diese Forderungen? Nicht die glückliche Frau, nicht die glückliche Gattin und Mutter zahlreicher Kinder, nicht die, welche ihre Aufgabe als Mutter erfüllt hatte. (Das war aber die überwiegende Mehrzahl aller Frauen.) Nein — diejenigen, denen das Schicksal die Mutterschaft versagte. Statt mit Leidenschaft das gesellschaftliche Leben dahin zu beeinflussen, daß die Mutter zu Ehren käme und die Möglichkeit zur Mutterschaft erweitert würde, verirren sie sich auf einen Abweg. Sie wollten männergleich werden, da sie ihre Sendung als Frauen nicht erfüllen konnten. So wurde jene Schicht, die — nicht vom Standpunkte des einzelnen, sondern von dem der Gesellschaft gesehen — Frauen zweiter Ordnung darstellte, zur Trägerin der Frauenfrage überhaupt. Der Einwand, daß wirtschaftliche Not vielen Frauen den Weg zur Ehe und Mutterschaft versperre, entbehrt nicht der Berechtigung. Aber nur eine Betrachtungsweise, die bei der Wirkung jenes Ubelstandes auf den Einzelnen stehen blieb, die Wirkung auf das Gesamtvolk aber übersah, konnte in der Wahl der Abhilfsmaßnahmen so fehl gehen, wie das die moderne Frauenbewegung tat. Statt dem Manne den Weg zur Ehe zu erleichtern, unterbot ihn überdies die Frau praktisch auf dem Arbeitsmarkte und erschwerte damit ihm und sich jenen Weg.

Sozial hochwertige  
und minderwertige  
Frauen

Es ist gewiß übertrieben, wenn gesagt wird, daß die Emanzipation aus irgeleiteteter oder unbefriedigter Geschlechtlichkeit der Frau entstanden sei. Immerhin, wer einer Versammlung der Frauenbewegung, etwa einer politischen, beiwohnte und sich nach dem persönlichen Schicksal der dort führenden Frauen erkundigte, wird mit Erschütterung festgestellt haben, wie wenige glückliche Gattinnen



und Mütter darunter waren. Das ist tragisch. Die hochwertige Frau, die der vollendeten Mütterlichkeit am nächsten kommt, ist heute fast ohne Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung, so wie der hochwertige, für die Gesamtheit sich ethisch aufopfernde Mann.

Wertet man die Gemeinschaft höher als den einzelnen, so wird die Familie zur Grundzelle im körperlichen Leben eines Volkes, wenigstens bei den Völkern des abendländischen Kulturkreises. Wird die hervorragende Bedeutung der Familie für die körperliche und damit auch geistige Entwicklung eines Volkes erkannt, dann ist ohne weiteres der Frau ein Wert beizumessen, wie er höher nicht gedacht werden kann. Bei allen gesellschaftlich gefunden Völkern hatte die Frau rechtlich eine unbedeutende Stellung, sie stand „unter der Hand“ (sub manu) des Mannes in allen rechtlichen Angelegenheiten. Dafür war ihre ungeschriebene, aber doch tatsächliche Macht innerhalb des Hauswesens und der Familie fast unbeschränkt. Ein klassisches Beispiel, daß wahre Freiheit der Begrenzung bedarf. Wer einen Blick dafür hat, daß es Herrschaftsmöglichkeiten jenseits aller Rechtssphären geben kann, wer umgekehrt auch sieht, daß die Verleihung von Rechten nicht immer zu tatsächlicher Herrschaftsausübung führt, weiß, daß die Stellung der Frau zu allen Zeiten auf der Mütterlichkeit beruhte, und daß der Mann aller Zeiten ihr Verehrung zollte. Die Einflußmöglichkeit der Frau allein auf Grund ihres allgemeinen persönlichen Menschentums hat engste Grenzen. Desungeachtet wird Kalypso zu allen Zeiten und bei allen Völkern Nachfolgerinnen haben. Wesentlich ist ihr aber die Ausnahmestellung. Wo jede Frau Kalypso sein wollte, hörte ihr Wesen auf, aber auch das Volk.

Der Satz von der Familie als der Zelle der Gemeinschaft ist heute nur noch hohles Wort. Wo im privaten oder öffentlichen Rechte Deutschlands ist die Familie Träger von Rechten? Sämtliche öffentlichen und privaten Rechte haften am einzelnen als dem einzigen Rechtssubjekte. Ist es ein Wunder, daß eine rechtliche Betrachtungsweise dieser Art zum Kriege innerhalb der Familie führen muß? Überall, wo Rechte der einzelnen sich begegnen, suchen sie einander in ihrem Geltungsbereiche zu stören. Nun ist aber die Familie ein Gebilde, das nicht nur im Raume lebt, sondern auch in der Zeit: sie soll, herausführend aus der Vergangenheit, das Geschlecht in die Zukunft fortpflanzen. Diesen entscheidenden, in zeitliche Fernen weisenden Zug droht die Familie heute zu verlieren. Denn der Kampf um die Herrschaft in ihr muß ebenso wie der um die Herrschaft im Staate beider Zukunft vernichten.

Überall dort, wo eine Gemeinschaft durch schrankenlosen Individualismus zerschlagen wird, leidet der einzelne selbst in seiner

Die Vernichtung  
der weiblichen  
Substanz

Persönlichkeit Schaden. So auch hier. Die Frau ist „befreit“ worden; aber ihre gesellschaftliche und kulturelle Stellung ist im Begriffe, an diesem Triumph, einer nach Zahl und sozialem Werte unbedeutenden Frauenschicht, zugrunde zu gehen. Der Individualismus sieht in der Frau genau wie im Manne ein Einzelwesen mit ganz gleichen Eigenwerten, bedingt durch die schöpferischen Leistungen. Das ist aber ein Irrtum. Der Mann ist von Natur sozial gerichtet, er ist Träger der Gemeinschaft: sein innerer Beruf ist es, für diese Gemeinschaft und in dieser Gemeinschaft sich zu erfüllen. Die natürliche Aufgabe der Frau hingegen besteht darin, durch die Fortpflanzung der Art und die Erziehung der Nachkommenschaft im Geiste der bestehenden Kultur, dem schöpferischen Triebe des Mannes die erhaltende Grundlage zu geben. Die Frau reicht nicht in die soziale Gemeinschaft. Sie erfüllt eine eigene Gemeinschaft mit ihrem Wesen, die Familie. Das Schöpferische und zugleich Erhaltende im Wesen der Frau ist ihre Mütterlichkeit. Von ihr empfängt sie ihren Wert. Damit ist nicht gesagt, daß eine Frau, die aus irgendwelchen Gründen nicht Mutter werden kann, diesen mütterlichen Schatz nicht in sich trage. Deshalb ist es für ein Volk, das Frauenüberschuß hat, zwar ein Übel, aber immerhin das kleinere Übel, wenn die Frau Berufe ergreift, die ihrem Mutterschaftsgeföhle angemessen sind. Aber selbstverständlich ist Frauenüberschuß für ein Volk immer eine Gefahr, weil eine Gruppe von nicht in der Familie stehenden Frauen, besonders in Zeiten wirtschaftlicher Not, auf die männliche Bahn gedrängt werden muß und selbstverständlich dazu kommt, Gleichwertigkeit zu behaupten und Gleichberechtigung zu fordern. Dadurch entstehen die Neigungen zu einer neuen Bewertung der Frau: einer Bewertung, die nicht den gewaltigen Gedanken der Mutterschaft als den Kernpunkt des Frauentums auffaßt, sondern Frau und Mann als gleichgerichtete Wesen ansieht, die eine gleiche und gemeinsame Aufgabe nebenbei zu erfüllen hätten, die Kinderzeugung. Diese Aufgabe ist aber keine gleiche, und zwar deshalb nicht, weil der Zeugungsakt des Mannes ohne Folgen für seine natürliche Zuständigkeit bleibt. Dagegen hat die Empfängnis der Frau Veränderungen zur Folge; nicht nur körperlicher und seelischer Art, sondern auch in den äußeren Verhältnissen, da das Kind für lange Jahre auf die Hilfe der Mutter angewiesen ist. Dieser, von der Natur gegebene, grundlegende Unterschied wird von dem modernen Individualismus, der sich immer rühmt, wirklichkeitsnahe zu sein, in frevelhafter Weise übersehen. Nicht etwa als Tatsache selbst, aber in den gesellschaftlichen und rechtlichen Folgen, die an diese Tatsache sich anknüpfen. Denn einmal steht fest, daß die Mutterschaft, wenn sie in dem von der Natur vorgeschriebenen Maße erfüllt wird, die Frau für jeden Beruf zeitweilig unfähig macht. Durch Gebärung

und Aufzucht schon von vier Kindern ist das Leben einer Frau auf viele Jahre voll ausgefüllt.

In diesem Zusammenhange ist die an sich zu behandelnde Frage nach den Fähigkeiten der Frau zur Berufsausübung überflüssig. (Sie ist an sich von Gewicht, weil angefaßt des hohen Frauenüberschusses eine große Zahl nicht zur Ehe kommen kann und die wirtschaftliche Not Frauenarbeit fordert.) Ebenso wenig sollen die Bedürfnisse der männlich gearteten Frau, die, wie schon gesagt, immer eine Ausnahme sein wird, verkannt werden. Für sie war die Gleichstellung der Frau ein Gewinn.

Die Mehrheit der Frauen dagegen wurde durch diese Gleichstellung in ihrem eigentlichen Lebensnerv, in ihrer Mütterlichkeit, schwer getroffen. Denn die Lehre der Gleichheit von Mann und Frau mußte dort tödlich wirken, wo sie wider die Natur war: im sexuellen und im sozialen Leben. Die Gesellschaft wurde aus ihrem Gefüge gebracht. Das soll im Nachstehenden mit bewußter Einseitigkeit — ohne Berücksichtigung der seelischen Regungen der Einzelmenschen, immer ausschließlich mit Ausblick auf die Folgen für die Zukunft des Volkes — dargelegt werden. Gleichberechtigung nützt der Frau nichts, da sie nicht von der Natur mit den gleichen Bedingungen ausgestattet ist wie der Mann. In geschlechtlicher Beziehung sucht „Kultur“ die natürlichen geschlechtlichen Begebenheiten zu „verbessern“. Entartungserscheinungen sind die Folge. Die Tatsache, daß die Zeugung für den Mann von keinerlei Folgen begleitet ist, macht ihn der geschlechtlichen Abwechslung (Polygynie) geneigt. Erst Gesellschaft und Sitte erzwingen die Einehe. Die Forderung der Gleichheit von Mann und Frau mußte aber zur Annäherung an die natürlichen Vorbedingungen männlicher Polygynie seitens der Frau führen. Da die Natur des Weibes aus Gründen der Empfängnis und Schwangerschaft das Festhalten an einem Manne verlangt (natürliche Monoandrie der Frau), kann jene Annäherung nur darin bestehen, daß die Frau Empfängnis und Schwangerschaft zu verhüten sucht, um bis zu einem gewissen Grade die natürliche Vorbedingung zur geschlechtlichen Abwechslung (Polyandrie) künstlich zu schaffen. Zeiten, in denen die Frau Trägerin der Wirtschaft und der Mann ausschließlich Krieger war, scheiden als Ausnahmezustand für diese Betrachtung aus. Das sogenannte Zeitalter des Mutterrechts kann deshalb als Urform nicht zugrunde gelegt werden.

Die Verhütung der Empfängnis und die Beseitigung ihrer Folgen sind aus diesem individualistischen Grundzuge zu erklären. Denn einmal heißt es, sich zur materialistischen Weltanschauung bekennen, wenn man nur wirtschaftliche Ursachen dem Vorgange des Geburten-

Die sexuelle  
Ungleichung

Der Geburten-  
rückgang als Folge  
dieser sexuellen  
Umstellung

rückganges zugrunde legt. Sodann beweist die Statistik, daß Geburten-einschränkung fast regelmäßig eine Begleiterscheinung des steigenden Wohlstandes ist. Vor dem Kriege schon setzte der Geburtenrückgang bei den wohlhabenden Schichten Deutschlands ein. Der Absturz der Geburtenkurve nach dem Kriege (im Verhältnis zur Vorkriegszeit), insbesondere nach der Geldentwertung, ist nur eine Fortsetzung jener Linie. Die Revolution bedeutet ja nicht das Aufkommen eines neuen Geistes, sondern vielmehr den Siegeszug des westlichen Individualismus, besonders gekennzeichnet durch die seelische Selbstaufgabe des deutschen Volkes nach Niederlage und Revolution. Deutschland ist gewissermaßen auch bevölkerungspolitisch mit einem Ruck westlich geworden. Zu verkennen ist nicht, daß Wohnungsnot, Einschrumpfung des Mittelstandes und schlechte Lebensbedingungen der jungen Geistesarbeiter zeitweilig sogar manchen das Opfer einer Geburten-einschränkung notwendig machten, um das eigene Dasein zu sichern. Aber bereits aus dieser letzten Erwägung spricht eine nur verstandes-mäßige Einstellung, deren Kurve schon anstieg und ihre geburten-einschränkende Wirkung schon zeitigte, ehe wirtschaftliche Einengung drohte, als die Deutschen noch zu den reichsten Völkern der Erde gehörten. Auch ist die wirtschaftliche Betrachtungsweise nicht über-zeugend; denn unsere Großeltern zeugten bei aller wirtschaftlichen Enge durchweg noch dreimal so viel Kinder wie das moderne Ehe-paar. Das traf zu unterschiedslos für reich und arm. Denn man betrachtete das Kind noch als Gottesgeschenk und hatte den Mut, sich um der Kinder willen einzuschränken. Dieser Mut zum Opfer für die Nachfolgerschaft fehlt dem heutigen Geschlechte. Es denkt nur an sich. „Nach uns mag die Sintflut kommen“ ist sein uneingestandener Wahlspruch. Versöhnendere Züge gewinnt dieses trostlose Bild durch folgende Erwägungen: menschliches Leid erscheint dem In-dividualisten, dem der Sinn fürs Tragische abgeht, als das Schrecklichste. Er übertreibt deshalb das Verantwortungsgefühl dem Einzelmenschen gegenüber so sehr, daß er davor zurückschreckt, ein neues Wesen in die irdische Not zu stellen. Unsere Vorfahren waren hier härter. Aber man wird ihnen zubilligen müssen, daß das von ihnen gezeugte Leben kaum wertloser war als das heute allzu umhегte; ja vielleicht seinen eigentlichen Wert erst gewann im Lebenskampfe. Was ist überhaupt noch Leben, welches das Leben fürchtet?

Gewiß kann gesagt werden, der Mann sei nicht weniger berech-nend als die Frau. Aber läßt sich leugnen, daß das Schicksal der Nach-kommenschaft hauptsächlich bestimmt wird durch die Stärke des Willens zur Mutterschaft? Zunehmende geschlechtliche Unpassung der Frau an das Geschlechtswesen des Mannes führt aber von der behaupteten Gleichberechtigung zur geschlechtlichen Gleichheit. Unsere Zeit schuf

die „Junggefellin“; ihre Schwester ist die Ehebirne. Während der Geist des Mittelalters den breiten Massen nur die Wahl zwischen Sakrament und Unzucht übrig ließ, findet heute eine Vermischung aller Grenzen, eine fortschreitende Entheiligung der Ehe statt. Zu allen Zeiten hat es eine Prostitution gegeben, die dem Abwechslungswunsche des Mannes nachkam. Niemals wurde dadurch die Ehe in ihren Grundfesten erschüttert. Das Mittelalter ordnete sogar die Prostituiertenwelt junftmäßig in die Gesellschaft ein. Die Zerrütung der Ehe blieb einem Zeitalter vorbehalten, welches die von Natur eindeutig bestimmte biologische und soziologische Stellung der Frau auf das Sinnlofeste verkehrte. Das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch macht zwischen dem Ehebruch von Mann und Frau keinen Unterschied, obwohl vom Standpunkte der Erhaltung des Volkes gesehen die Folgen des männlichen Ehebruches nicht annähernd so schwer sind, wie die des weiblichen. Ein Gesetzgeber, der Familie und Mütterlichkeit ernsthaft hätte schützen wollen, hätte sich die sehr weisen Bestimmungen des Code civil, die bis zum Jahre 1900 in großen Teilen des Reiches Geltung hatten, zu eigen machen sollen. Die heutigen Bestimmungen sind nicht darum abzulehnen, weil sie den männlichen Ehebruch, dessen familien- und volkszerstörende Wirkung weniger schwer ist als die des Ehebruches der Frau, dem Ehebruche der Frau gleichstellen. Diese scheinbar befriedigende Gleichstellung ist eine Frucht des vernünftelnden Individualismus. Das tatsächliche Leben aber erweist die übliche Täuschung. Ein Fehltritt des Mannes verleiht der Frau rechtlich das Übergewicht. Vielfach folgert die Frau aus ihm, wenn sie sich nicht gleich scheiden läßt, gleichfalls das Recht zu einem Fehltritte. Damit bricht die Familie, deren Wahrerin die Frau ist, praktisch zusammen. Ein solcher Fehltritt der Frau verlangt aber andererseits Verhütung der Empfängnis oder Abtreibung. Infolgedessen wird die gesellschaftliche Achtung einer Frau immer feltener, zumal da der Fehltritt mangels Folgen geheim bleibt. Die Unterbewertung der Mutterschaft und die Verbreitung schwangerschaftsverhütender und abtreibender Mittel wirkt sich auch auf die unverheiratete Frau aus. Galt früher das uneheliche Kind als Beweis weiblicher Entartung, so heute als Beweis weiblicher Dummheit. Ausschweifungen werden der Frau nachgesehen, wenn nur die Folgen nicht in irgendeiner Weise bemerkbar werden. Der vorhehliche Verkehr wurde zur Gewohnheit, das uneheliche Kind, heute noch von einer heuchlerischen Gesellschaft verpönt, dagegen zur Seltenheit und zum Unglücksfall.

Wie jede Teilerscheinung des Lebens, nur für sich betrachtet, entzieht sich auch das Geschlechtsleben an und für sich der sittlichen Bewertung. Erst die Inbeziehungsetzung mit bestimmten Grundwerten verleiht eine

Moral und Ethik  
im Geschlechtsleben

sittliche Note. So auch hier. Wird der Einzelne und sein Ausleben als höchster Wert angesehen, dann allerdings kann die moderne Auffassung des Geschlechtslebens und der Ehe als Fortschritt angesprochen werden. Betrachtet man die Gemeinschaft als übergeordneten Wert und wertet von diesem Richtpunkte aus das Geschlechtsleben, so gelangt man zu einer Sittenlehre über geschlechtliche Dinge, die zur heutigen Auffassung im schroffen Gegensatz steht. Der moderne Individualist lächelt über eine Geschlechtsmoral, die im Herkömmlichen wurzelt. Er sieht nur noch die eingeroftete Form und ahnt auch nicht mehr den Geist, der einst glanzvoll sie schuf. Wer die hohle Form anbetet, mag mit Recht der Lächerlichkeit anheimfallen; die Pflicht aber bleibt bestehen, der Weisheit alter Gesetze nachzuspüren und sie in neue Formen zu gießen.

Die Veränderung  
der weiblichen  
Psyche

Dem wachsenden Hange der Frau zu geschlechtlicher Abwechslung (Polyandrie) entspricht eine bemerkenswerte Veränderung ihrer seelischen Zuständigkeit. Ist Erotik ein schöpferischer Trieb, der Selbstaufgabe zur Schaffung eines neuen Wesens dienend, so tritt an deren Stelle platte Sexualität, d. h. eine Genußsucht, die zur Abstumpfung verdammt ist. Damit sinkt der Mensch unter die Ebene des Tieres herab, das in geschlechtlicher Beziehung dem Schöpfertriebe und nicht roher Vergnügungssucht folgt. So wird die Frau schließlich zur Dirne. Nur eine verderbte Phantasie hat im Dirnenwesen den Ausfluß besonders starker Erotik zu sehen vermocht. In Wahrheit ist das Wesen der Prostitution eine völlige Erkaltung der Erotik. Sie entspringt der rein verstandesmäßigen Überlegung, dem Wunsche, ohne Arbeit, lediglich durch die Reizung der Geschlechtsnerven des Mannes, ein bequemes Dasein zu führen. Diesem eigentlichen Wesen des Dirnentums nähert sich, auch in der sogenannten modernen Ehe, die „moderne Frau“. Denn eine Ehe, in der Absicht dauernder Kindererhaltung geschlossen, bedeutet nichts anderes, als einen Vertrag auf gegenseitiges Vergnügen, dessen Kosten der Mann bezahlen darf. Sicher ist die außereheliche Hingabe einer Frau mit dem Wunsche, von dem geliebten Manne ein Kind zu empfangen, sittlich höherstehend, als ein standesamtlicher Eheschluß in der eingestanden oder nicht eingestanden beiderseitigen Absicht, Kindererzeugung auszuschließen. Die Mütterlichkeit besitzt zu allen Zeiten und unter allen Umständen den sittlichen Vorrang über das Dirnentum, gleichgültig, in welcher Form sich dieses äußert. Auch die Ehe kann als allgemeingültige Einrichtung besondere sittliche Vorrechte nur so lange beanspruchen, sie hat nur so lange sakramentale Weihe, als die Mütterlichkeit ihr Kernpunkt ist.

Die kurzfristige  
Ehe

Die Ehe als soziales Versorgungsinstitut wollte die Frau trotz ihrer größeren Freiheit aber nicht aufgeben. Auf der einen Seite

stehen deshalb die Bestrebungen der Frauenbewegung nach zunehmender Verbesserung der güterrechtlichen Stellung der Frau in der Ehe, auf der anderen Seite eine Vermännlichung nicht nur im Äußeren, sondern auch in der geschlechtlichen Entwicklung zur Polyandrie. Vorläufig geht sie dahin, daß, wie in Nordamerika, die Ehe auf Lebenszeit anfängt, der Ehe als flüchtigem Vergnügungsspiele zu weichen. Die Ehe und die gesellschaftliche Ehrbarkeit wird verlangt, aber schon Scheidung und eine neue Ehe ins Auge gefaßt. Ein kurzfristiger Vertrag auf gegenseitiges Vergnügen und womöglich gar keine Kinder, wenn aber solche, dann deren Unterbringung in großen Erziehungsanstalten: das ist der Schlußstein dieser Entwicklung. Die Mütterlichkeit der Frau, die trotz allem als Grundtrieb vorhanden ist, wird ersatzmäßig befriedigt: durch einen verzärtelten Hund oder einen großen Teddybär aus Filz.

War vor hundert Jahren der Inbegriff und das Vorbild der Frau die Königin Luise, strahlend in ihrer Mütterlichkeit, so ist es heute die abenteuerliche, die bettenwechselnde, kinderlose Filmdiva mit dem seelenlosen Puppengesicht. Ein Blick in die illustrierten Zeitschriften zeigt die Gesellschaftsideale unseres individualistischen Zeitalters: den Multimillionär, den Boyer und die Filmdiva.

Bisher wurde dargelegt, wie bedroht die kulturelle Stellung der Frau ist und daß auch ihre persönliche Geltung, im Gegensatz zu den scheinbar erkämpften rechtlichen Errungenschaften, dem Zusammenbruche entgegengeht. Aber durch Untergrabung von Familie und Ehe gerät auch die bisher bedeutsame wirtschaftliche und soziale Rolle der weißen Frau in Gefahr. Welches sind die Gründe, die den Mann bewegen, die Freiheit aufzugeben, seiner im allgemeinen polygynen Veranlagung nachzugehen? Von der sogenannten geistigen Kameradschaft kann abgesehen werden, da sie nur ganz vereinzelt zu finden ist. Für die Allgemeinheit der Männer geben andere Tatsachen den Ausschlag. Einmal ist es die Mütterlichkeit, die den Mann veranlaßt, sich an eine Frau lebenslänglich zu binden. Sodann eine wirtschaftliche Überlegung: die Frau verbürgt ihm ein geordnetes Hauswesen. Natürlich schimmert hinter diesem wirtschaftlichen Zuge des Mannes der Drang nach Bodenständigkeit und seelischer Heimat durch. In der Gegenwart nun beginnt die Propaganda gegen die „Hausflavin“ sich dahin auszuwirken, daß eine Auflösung des Haushalts als Wirtschaftseinheit in den Großstädten stattfindet. Insbesondere in Amerika nimmt das Wohnen ganzer Familien in gasthausähnlichen, für Dauermieter eingerichteten Unterkünften immer größeren Umfang an. Eine schwächere Form dieser Art von Auflösung des Haushaltes bedeutet das regelmäßige Essen in Gasthäusern. Die moderne Frau vermag eben in Familie und

Zerfall der Hauswirtschaft

Heim kein ihr genügendes Reich mehr zu sehen. Sie drängt in die Öffentlichkeit wie die Dirne, die dieser bedarf. So kann man denn auch in der Halle großer Hotelpaläste um die Stunde des Fünf-Uhr-Tees Damen der guten Gesellschaft Tisch an Tisch mit „vornehmen“ Prostituierten sehen — nur der Kenner vermag beide zu unterscheiden. Der äußere Aufzug ist vollkommen gleich geworden und, wenn auch die „Dame“ die Dirne verachtet, so ahmt sie doch deren Freiheiten in Kleidung und Benehmen nach. Noch wird in Deutschland der Haushalt als Form und Fassade gewahrt, aber erfolgreich nur dort, wo der Diensthote ihn zusammenhält. Würde, wie in Amerika, der Diensthote einmal unerschwinglich teuer oder infolge einer sozialen Umschichtung gar verschwinden, so würde sich der Haushalt des gutgestellten Bürgertums auch in Deutschland auflösen müssen. Sogar beim Kleinbürgertum gibt es, trotz der Notwendigkeit hausfraulicher Betätigung, Zerfetzungsercheinungen. Haben in der Großstadt die Töchter das siebzehnte Lebensjahr überschritten, so benutzen sie den elterlichen Haushalt nur noch als Schlafstelle und „Kostplatz“. Die Abende werden in Lokalen verbracht. Ein beträchtlicher Teil des bescheidenen Einkommens wird dort verbraucht. Es würde zu weit führen, die Schilderung ins Einzelne fortzusetzen. Tatsache dürfte sein, daß die wirtschaftliche Bedeutung der Ehe abnimmt, daß die Frau, die in ihrer Eigenschaft als Haushaltführende eine wirtschaftlich entscheidende Stellung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft einnahm, diese preiszugeben beginnt. Damit fällt ein starker Anreiz zur Eheschließung für den Mann weg. Denn es sind ethische Gründe, die ihn dazu bringen, auch für sich die Eihe als endgültige Lösung anzuerkennen: das Verbundensein mit der Mutter seiner Kinder. Während also die Eihe auf seiten der Frau ihrer natürlichen Veranlagung auf geschlechtlichem Gebiete in hohem Maße gerecht wird, ist sie für den Mann von vorwiegend sittlicher und wirtschaftlicher Bedeutung. Ihr Wert liegt somit für ihn auf kulturellem Gebiete. Fallen diese kulturellen Zwecke der Familie, der wirtschaftliche und der kinderwerbende, weg, so besteht für den Mann — immer allgemein gesehen — nicht mehr der genügende Anreiz zur Ehe. Mit anderen Worten: will die Frau keinen Haushalt mehr führen und keine Kinder mehr gebären, dann fragt sich der Mann, warum er heiraten soll. Im „Gasthaus“, in der „Familienpension“ kann er auch ohne Ehegattin leben. Es ist für ihn nur eine unnötige Belastung, wenn er durch Eheschluß sich güterrechtlich verpflichtet, eine weitere Person unter den nämlichen Lebensbedingungen zu ernähren, in denen er vorher selbst gelebt hat. Die sogenannte „Freundin“ ist wirtschaftlich viel bequemer, da sie keinerlei güterrechtliche Ansprüche stellen kann. Sie ist aber auch geschlechtlich wesentlich angenehmer (immer unter der Voraussetzung



der Kinderlosigkeit): sie bleibt ewig jung, da der Mann in der Lage ist, die jeweilige Freundin durch eine jüngere zu ersetzen, die zudem den Reiz geschlechtlicher Neuheit bietet.

Daraus folgt der Schluß, daß die „Befreiung“ der Frau mit all ihren Begleiterscheinungen notwendigerweise die Zahl der Hausfrauen vermindern muß. Ein großer Teil der Frauen, die so in der Ehe nicht mehr versorgt werden können, wird in das Erwerbsleben oder in das Konkubinat getrieben. Denn die Wirtschaft ist in ihrer Aufnahmefähigkeit begrenzt, eine steigende Zahl von Frauen wird daher zum Konkubinat oder zum gewerbmäßigen Dürnentum gedrängt. Diese allmähliche Ersetzung der Ehe durch das Konkubinat führt zu der verhängnisvollen Folge, daß die Frau über fünf- und vierzig Jahren für die Gesellschaft überflüssig wird. Die ältere und alte Frau nahm ihre gesellschaftlich hoch geachtete Stellung ein auf Grund ihrer wirtschaftlichen Leistung als Hausfrau und nicht zuletzt kraft ihres Muttertums. Fallen beide weg, so wird die alternde Frau gesellschaftlich zwecklos. Die gepriesene Befreiung der Frau führt also in der Schlußentwicklung zum Gegenteil einer Befreiung. Wohl kann sie tun und lassen, was sie will; ihr Wert wird aber von Angebot und Nachfrage bestimmt. Ein neuer Harem öffnet seine Pforten, diesmal aber kapitalistischer Art.

**Vernichtung der sozialen Stellung der Frau**

Was tut nun die Gesetzgebung angesichts dieser drohenden Auflösung der Ehe? Sie unterstützt diesen Vorgang und fördert die Anpassung der Ehe an die rein individualistische Einrichtung des römisch-rechtlichen Vertrages. Das oft als „unmodern“ verschrieene Bürgerliche Gesetzbuch hat diesen rechtlichen Individualismus bis zu einem verhängnisvollen Grade schon gepflegt. Nur ein Beispiel soll dafür angeführt werden: Bekanntlich ist der Ehebruch einer der gesetzlich festgelegten Scheidungsgründe. § 1565 des Bürgerlichen Gesetzbuches, Absatz 2, besagt: „Das Recht des Ehegatten auf Scheidung ist ausgeschlossen, wenn er dem Ehebruche . . . zustimmt oder sich der Teilnahme schuldig macht.“ Die Motive des Bürgerlichen Gesetzbuches sagen darüber: „Der Zweck der Darstellung des Absatzes 2 des § 1565 ist überzeugend und einleuchtend: Wer einer gemäß diesem Paragraphen unzüchtigen Tat des anderen Gatten seine Zustimmung erteilt, gibt damit zu erkennen, daß er diese Handlung sich zu eigen macht, daß die Begehung der Handlung seine eheliche Gesinnung nicht „affiziert“ und ihm die Ehe nicht unerträglich macht.“ Diese Zustimmung kann nun für einen bestimmten Einzelfall erfolgen, sie kann aber auch allgemein erteilt werden. Auch haben Wissenschaft und Rechtsprechung eine Widerruflichkeit dieser Zustimmung anerkannt (Entscheidung des Reichsgerichts in der Juristischen Wochenschrift 1908, S. 336). Das ist die Vergottung des Einzelmenschen

**Das Ehescheidungsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches**

in der Rechtswissenschaft: Zuerst verweigert der Gesetzgeber, im Falle der Zustimmung, die Scheidung, weil ja ein zustimmender Gatte in seiner ehelichen Gesinnung unmöglich „affiziert“ sein könne, und dann, wenn dieser Gatte seine Einwilligung zurückzieht, dann traut man ihm plötzlich wieder soviel Anstand zu, daß man meint, er könne von dieser Minute an trotz allem wieder „affiziert“ werden. Man denke an folgenden Fall: Ein Zuhälter gibt seiner Frau die grundsätzliche Zustimmung zu deren unsittlichem Gewerbe. Aus irgendeiner Laune heraus wird er eifersüchtig auf einen ganz bestimmten Liebhaber seiner Frau. Er verbietet deshalb seiner Frau den Verkehr mit ihm. Diese gehorcht nicht. Nach deutschem Rechte ist das dann ein Ehescheidungsgrund. Und dieses Recht wurde geschaffen in einem Staate, dessen sittliche Grundlage, nach oft wiederholter, allgemeiner Ansicht, das Christentum ist!

Geburtenfrage  
und Volkstum

Die Entwicklung der Frau von der Mutter zur Dirne hat entscheidende Folgen für das Volkstum. Der Satz, die Frau sei in Deutschland eine Gebärmachine geworden, die Kanonenfutter zu liefern habe, ist entstanden als Überspizung menscheitsbeglückender Gedanken. Er verdankt seine Entstehung und Verbreitung einer Zeit, deren geistlose Ruhmredigkeit in jedem Kinde nur den zukünftigen Soldaten sehen wollte. Gewiß verrät es militärischen Materialismus (Militarismus), jede Neugeburt als Zuwachs der Heeresmacht zu feiern; aber Soldat im völkischen Sinne ist jeder Deutsche. Denn wer den Begriff des Volkstums im Geiste dieses Buches versteht, für den ist jeder neugeborene Deutsche ein Teil jenes besonderen Strebens nach Gott, welches in die Volkheit als solches gelegt ist. Es heißt also das göttliche Wesen in sich selbst leugnen, wenn der Wille zur Fortpflanzung des eigenen Volkstums unterdrückt wird. Besondere Formen der Hingabe an Gott, wie sie im Keuschheitsgelübde Auserwählter zum Ausdruck gelangen, haben hier, wo es auf soziale Gesetzmäßigkeit ankommt, außer acht zu bleiben. Für den Bestand des Volkstums ist die Zahl unerläßliche Voraussetzung. Es bleibt ein Unding, erklügeln zu wollen, ob für den Nachwuchs die große Zahl oder die besondere Tauglichkeit zu erstreben sei. Denn die Natur ist schöpferisch schlechtthin und „weiß“ nichts von künstlichen Grenzen ihrer Schöpferkraft. Aber auch vom Standpunkte der Vernunftbeherrschten aus sollte beachtet werden, daß die logische Voraussetzung der Qualität die Quantität ist. Sie sollten auch wissen, daß die Erstgeborenen selten die Lebenskräftigsten und Begabtesten sind. Auch der Pazifist, der sein Volk wenigstens als Kulturträger bejaht, kann doch mit einem Blick auf die Geschichte der deutschen Ostgrenzen während der letzten tausend Jahre feststellen, daß die leibliche Fruchtbarkeit der Völker eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt bei der Erhebung von Ansprüchen auf Lebensraum. Gerade

die zunehmende Angleichung der europäischen Völker auf der Ebene der Zivilisation, bzw. der Siegeszug des Zivilisatorischen gegenüber dem Kulturellen, haben der Zahl eine entscheidendere Bedeutung verliehen, denn je. Und gerade der Individualismus, der folgerichtig die Qualität der Quantität unterwirft, sollte auch notwendig das Gesetz der größeren Zahl bei der Betrachtung von Volkstumsfragen bejahen. Daß die Volkskraft entscheidend in der Geschichte wirkt, beweist das römische Schicksal. Auch die rassistische Bedrohung der Franzosen und der Nordamerikaner durch das Negertum gehören hierher. Selbst die beste Auslese muß die Herrschaft dort verlieren, wo eine Überzahl, als Ganzes zusammengeballt, die kleine Schar der Auserlesenen erdrückt. Aber auch wenn man den Grundsatz der Qualität für die vergleichende Betrachtung der Völker als ausschlaggebend anerkennen wollte (es ist dies ja auch ein Leitsatz dieses Buches), so muß die Vorfrage gestellt werden, wie diese Qualität meßbar ist. Doch nur an dem Grade der sittlichen Einstellung der Völker! Sie verleiht bei entscheidenden Kämpfen die stärkeren Kräfte. Und die Völker stehen eben sittlich höher, die ihre Volkskraft als göttliche Gnade pflegen und nicht aus Gründen der Schwäche und Bequemlichkeit verkrüppeln lassen. Wenn deshalb Mussolini gesagt hat, Italien sei ein kinderreiches Land, es wolle kinderreich bleiben und es verlange Raum für diese Kinder, so ändern alle Witzeleien einer gewissen Presse nichts an der Tatsache, daß mit diesen Worten ein Sittengesetz der Politik seine Prägung erhielt, dem keine höhere Sittlichkeit entgegengesetzt werden kann.

### Verwässerung des Ehrbegriffes

Mit der Auflösung der Gesellschaft in eine formlose Masse gleicher Einzelwesen geht Hand in Hand der Zerfall des Ehrbegriffes. Naturgemäß; denn er gedeiht nur auf dem Boden der Gemeinschaft. Die Vorstellung, Robinson Crusoe als Träger von Rechten zu betrachten, wurde schon oben als widersinnig abgelehnt. Wie der Rechtsbegriff nur in der Gesellschaft, d. h. im Gemeinschaftsleben, wachsen kann, genau so muß der Begriff der Ehre zugrunde gehen, wenn er nicht mehr an gewisse Gemeinsamkeiten gebunden ist. Gewiß hat jeder deutsche Mensch — einfach ausgedrückt — seine Ehre. Aber nur die Ehre, die ihm die Zugehörigkeit zum deutschen Volke verleiht. Die Geltung dieser Ehre liegt gewissermaßen auf außenpolitischem Gebiete; denn nur dem Nichtdeutschen gegenüber erscheint der Deutsche als ein einheitlicher Begriff, ganz gleich, welchem Stande, Berufe, welcher Schicht, welchem Bekenntnisse usw. er angehört. Diese Art von Ehre kann in diesem Zusammenhange außerhalb der Betrachtung

Die aus dem  
Volkstum  
abgeleitete Ehre

bleiben, weil hier der Ehrbegriff innerhalb der deutschen Gesellschaft zur Untersuchung steht. Sene, gewissermaßen außenpolitisch zu denkende nationale Ehre bildet nun aber keinen Maßstab für die Ehrbewertung innerhalb der Gesellschaft.

**Pflicht und Ehre  
in der Gesellschaft**

Bei dieser handelt es sich vielmehr um einen Ehrbegriff, der innerhalb einer bestimmten Gruppe Leben gewinnen kann, auf Grund gleichartiger Pflichten und gleichartiger Leistungen. Die Geburtsstände des Mittelalters bildeten einen solchen Ehrbegriff aus, ebenso die Berufsstände zu Beginn der Neuzeit. Die Offizierschre, die akademische Ehre, die Handwerkschre, die Kaufmannschre usw. bewahrten ihr Eigenleben bis in die Neuzeit. Der aufmerksame Beobachter kann feststellen, daß Ansätze auf die Entwicklung eines eigenen Ehrbegriffes auch bei der Arbeiterschaft deutlich hinweisen. Sicherlich betrachtet es der streikende Arbeiter als eine Verletzung der Arbeiterschre, wenn sein Kamerad ihm durch Streikbruch in den Rücken fällt. Es handelt sich hier also um eine Abart des soldatischen Ehrbegriffes: die Verletzung des Kameradschaftsgedankens wird als unehrenhaft empfunden.

Da die Leistungen der Einzelnen für die Gesamtheit auf Grund verschiedenartiger Begabung und Entwicklung verschiedene Formen annehmen, ist es natürlich, daß jede Form ihren eigenen Ehrenschutz schafft und auf ihre Weise die Leistungsverweigerung und die Pflichtverletzung ahndet. So kann denn auch die Zertrümmerung der gesellschaftlichen Gliederung nicht ohne Wirkung bleiben auf die besonderen Ehrbegriffe der einzelnen gesellschaftlichen Zusammenschlüsse. Da aber der Begriff der Pflicht dem Gemeinschaftsleben seine Entstehung verdankt und der Individualismus Gemeinschaft als höchsten Wert leugnet, so vernichtet er damit auch den Ehrenschutz, die notwendige Begleiterscheinung gemeinsamen Pflichtgefühls. Ein Ehrengericht nach dem anderen fällt so gerichteten Bestrebungen zum Opfer oder wird in seiner Wirksamkeit beschränkt. Die auflösende Wirkung geht so weit, daß die Formen des Ehrenscheses für Akademiker und Offiziere unter gesetzliche Strafe gestellt werden, allerdings nicht ohne einen gewissen Mißbrauch des Gesetzes. Die innere Einstellung zu dem Zweikampfe als solchem kann hier außer acht bleiben. Wohl hundertmal wurde nachgewiesen, daß die Offizierschrengerichtbarkeit den Zweikampf einschränke und daß der moderne Sport viel mehr Körperverletzungen mit sich bringe als je das Mensurwesen. Unter dem Mantel der Humanität richtet sich der Kampf um die Ehrengerichtbarkeit gegen die Bindung, die gewisse Stände und Kreise durch strenge Pflicht- und Ehrauffassung sich selbst auferlegt haben. Das Ziel ist also Auflösung und Unterdrückung jeder heroischen Einstellung. Es ist ein Verhängnis, daß diese auflösende Bestrebung ungewollt vom katholischen Dogma gestützt wird, obwohl doch gerade der Katholizismus

des Mittelalters für heroische Auffassungen so viel Verständnis zeigte. Man denke nur an die Kreuzritter, die für ihre Ehre jederzeit mit dem Schwerte eintraten. Aber auch dieses Beispiel beweist die Richtigkeit der Behauptung dieses Buches, daß der individualistische Zug der Zeit auch geistige Welten beeinflusst, die grundsätzlich dem Individualismus feind sind. Wohl wird die Verneinung des Zweikampfes folgerichtig aus dem christlichen Dogma abgeleitet. Aber ob die dadurch bedingte Haltung letzten Endes nicht den Todfeind des Katholizismus, den hemmungslosen Individualismus, stärkt, bedürfte doch eingehender Überlegung. Aber auf der anderen Seite ist es nicht ohne Reiz festzustellen, daß dieser gerade hier seinen eigenen Grundsatz der liberalen Duldung anderer Weltanschauungen auf das schwerste verletzt und „Andersgläubigen“ das Recht bestreitet, nach ihrer Überzeugung für ihre Ehre einzutreten.

Selbstverständlich führte dieser Auflösungs Vorgang eine Unterbewertung der Ehre herbei. Beweis genug dafür ist die förmliche Beleidigungssucht, die heute in der Öffentlichkeit wüthet, den politischen Kampf vergiftet und zu einer Art gerichtlicher Ehrenrettung geführt hat, die nur noch als Possé angesehen werden kann.

Denn der Ehrenschutz des Strafrechtes hat zur Voraussetzung eine allen Menschen gleichmäßig innewohnende Ehre, eine Voraussetzung, die auf dem hinlänglich bekannten Trugschlusse von der Gleichheit aller Menschen beruht. Wie wenig scharf umgrenzt das Rechtsgut der Ehre im Sinne des heutigen Strafrechtes ist, geht daraus hervor, daß eigentlich nur dann der Richter ohne erhebliche Schwierigkeit zu einer Verurteilung gelangt, wenn eine sogenannte Formalbeleidigung gegeben ist. Diese liegt vor, wenn die Verhöhnung des beleidigenden Wortes schon den Anstand der Umgangssprache verletzt, unter gesitteten Menschen also nicht üblich ist. Diese rohe Form des Ehrenschutzes richtet sich aber doch nur gegen Menschen, die ihren Mangel an Besittung durch die Art ihrer Angriffe selbst beweisen. Daß der Beleidigte kein Tier ist, bedarf, da er Menschenantlitz trägt, keiner Widerlegung. Diese Art von Ehrenschutz wirkt eher als richterliche Erziehung zu guten Umgangsformen, denn zur Wiederherstellung der verletzten Ehre. Ernsthaften Ehrenschutzes bedarf der Mensch erst dort, wo ihm die Vernachlässigung eines Pflichtenkreises nachgesagt wird. In solchen Fällen aber kommt der Richter mit allgemeinemenschlichen Ehrbegriffen nicht aus. Er muß die soziale Stellung und das persönliche Empfinden des Gefährdeten berücksichtigen. Dies gelingt jedoch nur mangelhaft, da festumzirkte Kreise mit abgegrenzten Pflichten und scharf bestimmten Ehrbegriffen abhanden gekommen sind. Zudem läßt sich die Regel aufstellen, daß mit der Erweiterung des Kreises, für den bestimmte Maßstäbe gelten sollen, diese an Zuver-

Der  
individualistische  
Ehrenschutz  
des heutigen  
Strafrechtes

lässigkeit einbüßen. Das allgemeine Empfinden für Ehre kann in einer Gesellschaft nur dadurch gesteigert werden, daß die Ehrbegriffe mit der Höhe der sozialen Stellung an Feinheit gewinnen. Aber niemals darf der Maßstab der untersten Schicht (auch der Zuchthäusler genießt den Ehrenschutz des deutschen Strafrechtes) allgemeingültig werden.

Dazu kommt noch ein weiterer Mangel, der dem Ehrenschutz des Strafrechtes anhaftet. Die Ehre, die zu einem persönlichen Gute geworden ist, findet nur dort ihren Schutz, wo der Betroffene den Schutz des Gerichtes anruft. Die Gesellschaft als solche ist rechtlich nicht in der Lage, zum Schutze der Gemeinschaftsehre sich eines Unwürdigen zu entledigen. Ganz wenige Berufe haben dieses Recht gewährt. So hat das römische Recht mit seiner individualistischen Gedankenwelt dem germanisch-deutschen Ehrbegriffe, der im Gemeinschaftsleben wurzelt, die tödliche Wunde geschlagen.

### Die rechtsphilosophischen Grundlagen des westlichen Staatsideals

Vor der eingehenden Betrachtung des politischen Lebens der modernen Gesellschaft erscheint es geboten, einen kurzen Blick zu werfen auf die rechtsphilosophischen Grundlagen, auf welchen der Individualismus den heutigen Staat aufgebaut hat. Wohl gibt es verschiedene Lehrmeinungen über das Wesen des Staates im Lager des Individualismus. Aber darin sind alle seine Anhänger einig, daß der Einzelne gewissermaßen der Oberwert ist, dem alle anderen Werte, also auch die Gemeinschaft, zweckmäßig untergeordnet sind. Rechts- und Staatsordnung haben für sie nur einen Sinn: dem Einzelmenschen das Maß von Freiheit zu gewähren und zu erhalten, in dem er sich sittlich vollenden könne. Mit Bedacht wird hier die in liberalen Kreisen übliche Begriffsbestimmung des Individualismus gewählt. Daß sie auf falschen Voraussetzungen beruht, wurde bereits dargelegt; denn einmal ist die sittliche Vollendung des Einzelnen überhaupt nicht von äußeren Mächten abhängig, sodann aber besteht die höchste Sittlichkeit des Einzelnen gerade in seiner Selbstaufgabe zugunsten höherer Werte. Der Individualismus weist nun zwei Richtungen auf, über deren Verhältnis zueinander außerordentlich viel gestritten wird. Parteimäßig pflegt man Links- und Rechtsliberalismus zu unterscheiden; man will nur eine Verschiedenheit der Schattierung damit kennzeichnen, deren Beseitigung im liberalen Lager angestrebt wird. Bei näherem Zusehen fallen jedoch Gegensätze nicht unwesentlicher Art auf: so bekennen sich die Linksliberalen zur Demo-

kratie, die Rechtsliberalen zur Monarchie. Ob zur parlamentarischen oder zur konstitutionellen bleibt hier belanglos. Ebenso verschieden ist die Stellungnahme zur Staatsverwaltung oder Selbstverwaltung. Der demokratische Flügel neigt zu jener, der liberale zu dieser, allerdings nur im Sinne der Übertragung staatlicher Aufgaben an bestimmte Selbstverwaltungskörper. Endlich ist die Stellung zum nationalen Gedanken verschieden: die Demokratie zeigt Vorliebe für den Kosmopolitismus, der Liberalismus für den Imperialismus. Rechtsphilosophisch sind diese Unterschiede leicht erklärlich; sie werden am besten erfaßt mit den Worten Radbruchs in seinen „Grundzügen der Rechtsphilosophie“. Er sagt dort, die Demokratie messe dem Einzelmenschen nur einen endlichen, der Liberalismus jedoch einen unendlichen Wert bei. Für die Demokratie sei der Wert des Individuums multiplizierbar und dadurch der Majoritätsabsolutismus bedingt, während der unendliche Individualwert des Liberalismus begriffsnotwendig auch durch den Wertgehalt einer noch so großen Majorität unüberbietbar sei. Der Liberalismus huldige deshalb der Gewaltenteilungslehre Montesquieus, deren Sinn es sei, die beiden Anwärter des Absolutismus, Monarch und Majorität, zugunsten der unverehrten Freiheitsrechte des Individuums als des tertius gaudens gegeneinander auszuspielen. Die Demokratie verwerfe mit Rousseau die Gewaltenteilung, weil sie den dadurch bekämpften Majoritätsabsolutismus ihrerseits gerade erstrebe. Die liberale Freiheit sei vorwiegend Freiheit vom Staate, die demokratische Freiheit vorwiegend Teilnahme am Staate; die Freiheit vom Staate sei für den Liberalismus belassene vorstaatliche Freiheit, für die Demokratie staatlich gewährte Freiheit. Deshalb ende der Liberalismus folgerichtig in der Anarchie, während die radikalste Form der Demokratie der Sozialismus sei.

In der rechtsphilosophischen Lehre erscheinen also diese beiden Lager des Individualismus sehr weit voneinander entfernt. In der Welt der politischen Tatsachen nähern sie sich aber bedeutend. Von der Untersuchung, ob die Parteigruppierungen in Deutschland mit den hier umrissenen rechtsphilosophischen Lagern sich irgendwie decken, kann abgesehen werden. Wahrscheinlich nicht, besonders nicht angesichts der Überlegung, welche wirtschaftlichen Ziele hinter den einzelnen Partei-Ideologien versteckt sind. Tatsächlich hat aber die demokratische Richtung des Individualismus restlos gesiegt. Nicht nur in der Verwirklichung ihrer politischen Gedanken, sondern auch rein geistig durch die Wucht, mit welcher sie diese in das gesamte öffentliche Leben hineintrug. Aber dieser Sieg bedarf der Erklärung. Es muß daher weiterhin die Frage erhoben und beantwortet werden, ob nicht am Ende der demokratische Sieg die natürliche Folge des Individualismus ist;

**Demokratie als  
logische Folge  
des Liberalismus**

ob also der Individualismus nicht immer bei der Demokratie enden muß und der Rechtsliberalismus einem Unerreichbaren zustrebt.

Schon die französische Revolution entwickelte in rascher Folge die Demokratie, der Konstitutionalismus blieb nur ein Durchgang. Die Gewaltenteilung Montesquiens fand also ein baldiges Ende. Ob dann die Staatsgewalt durch Absolutismus eines Kollegiums oder eines Kaisers (Napoleon) ausgeübt wurde, macht keinen Unterschied. Auch das Schicksal des durch Bismarck begründeten Konstitutionalismus war vorausbestimmt und mußte zur Demokratie führen. Solange der Staat den Grundsatz den Allgewalt vertritt, so lange wird jede im Wettstreit stehende Macht diese Allgewalt erstreben. Denn Volksvertretung und Fürst befinden sich beim konstitutionellen Staate in einem schwankenden Gleichgewichte; ein Zustand, der nach der einen oder der anderen Seite in die feste Ruhelage drängt. Das überwachende Parlament verlangt nach Teilnahme und die Teilnahme erstrebt Alleinbesitz der Gewalt. Das ist ein Vorgang, der verständlich ist und keine Verwunderung verdient. So geht die den einzelnen schützende Gewaltenteilung verloren. Die wahre politische Freiheit des Einzelmenschen wäre begründet in einem Rechtsbezirke, der außerhalb staatlichen Zugriffes liegt. Hätte die französische Revolution nicht den Scheinbegriff der Menschenrechte verliehen, sondern in der Wirklichkeit ruhende Körperschaftsrechte (wie Brauweiler in „Berufsstand und Staat“ richtig bemerkt), so wäre vielleicht der Grundgedanke Montesquiens zu retten gewesen. Aber der Individualismus muß folgerichtig Gemeinschaftsrechte ablehnen und die gesellschaftliche Gliederung zerschlagen. Infolgedessen blieb kein anderer Weg zur Wahrung der „Rechte“ des einzelnen, als die Eroberung des allgewaltigen Staates. Denn er allein konnte noch durch Selbstbeschränkung des Majoritätsabsolutismus (in der Form der Grundrechte) gewisse Bezirke einzelnmenschlicher Freiheit schaffen. In dem Augenblicke, in dem der Individualismus die gesellschaftliche Gliederung und die Körperschaftsrechte zertrümmert hatte (ein Vorgang, der schon in dem rechtsphilosophisch individualistisch zu denkenden Polizeistaate begann), gab es keine „staatlich vorgefundene Freiheit“ (Radbruch) mehr. Infolgedessen bestand Freiheit vom Staate nur noch für diejenigen, die sich selbst des Staates bemächtigten und ihn für ihre eigenen Zwecke mißbrauchten. Das ist der Weg der Demokratie. Nichtbeteiligung an der Staatsgewalt führt in die Minderheitsrolle, die ohnmächtige Unterwerfung unter die Staatsgewalt bedeutet.

So ist denn das Ergebnis: im individualistischen Staate ist jenes rechtsphilosophisch begründete Ideal vom unendlichen Werte des einzelnen nicht zu verwirklichen. Der Individualismus verbietet sich selbst die Durchführung seiner Gedanken. Mit anderen Worten: jene liberale



Gedankentwelt trägt das Gesetz der soziologischen Unlogik in sich. Diese besteht darin, daß die natürliche Notwendigkeit des Zusammenlebens dem einzelnen jene schrankenlose Freiheit niemals gewähren kann. Hier findet wieder das Gesetz Bestätigung, daß innere Freiheit nur mit äußerer Begrenztheit und äußere Freiheit nur mit innerer Begrenztheit zusammengehen können; beide nebeneinander sind unvereinbar.

An dieser Stelle war es unerläßlich, das Wesen der individualistischen Staatsrechtslehre zu streifen und insbesondere zu zeigen, warum die Demokratie zum Siege gelangen mußte. Der Gesamtbetrachtungsweise dieses Buches widerstrebt aber die Beschäftigung mit Parteiprogrammen. Es wäre auch falsch, den Geist einer bestimmten Partei mit dem Geiste des heutigen individualistischen Staates gleichzusetzen. Vielmehr ist es der bereits geschilderte individualistische Mensch, der ungeachtet seiner Parteizugehörigkeit den jetzigen Staat entweder erstrebt oder ermöglicht hat. Erstrebt, soweit er zu der kleinen, westlich-demokratischen Gruppe gehört, die in dem heutigen Staate die Erfüllung ihrer Wünsche sieht, ihn in dieser Form erhalten wissen will und sich gegen jede Veränderung sträubt. Die anderen — und das ist die überwiegende Mehrheit — lehnen ihn zwar ab, doch haben sie ihn ermöglicht. Weil sie selbst dem individualistischen Denken hörig waren und deshalb die innere Kraft nicht aufbrachten, jener kleinen Gruppe, die ihr „Ideal“ zielbewußt entwickelte und verwirklichte, eine gleich folgerichtige Gedankentwelt entgegenzusetzen. Die geistig-seelische Zuständlichkeit einer gewissen Zeit pflegt auch die Gruppen in ihren Bann zu ziehen, die programmatisch eine andere Richtung als die augenblicklich herrschende vertreten. So besteht in der Gegenwart eine unbedingte Herrschaft liberaler Gedanken, auch für Parteien, die ihnen richtlinienmäßig abgeneigt sind.

**Liberaler Mensch  
und liberale Partei**

## Das wahre Gesicht der Partei

Der individualistische und der liberale Mensch sind eins. Der Begriff Individualismus meint nur die philosophische Wurzel dessen, was in der Politik Liberalismus heißt. Der liberale Mensch ist deshalb Materialist. Rein Wunder, daß er Interessenverbände bildet, deren ganze Wucht zur Eroberung der Macht im allmächtigen Staate eingesetzt wird. Gewiß mußten die Interessenverbände (heute Parteien genannt) bei ihrer Entstehung weltanschauliches Gepräge haben, sie mußten sich Ideologien schaffen. Noch lebte ja aus überfüllten Quellen stammender Drang zur Gemeinschaft. Noch floß aus religiösen Tiefen die Sehnsucht nach Gerechtigkeit. Aber die irdische Verhaftung war schon so weit gediehen, daß das Verlangen nicht

**Entstehung der  
Parteiideologie**

mehr ging nach jenseitiger, sondern diesseitiger Erfüllung. Und je größer durch die Unterdrückung des metaphysischen Triebes die innere Bereitschaft wurde für die Anbetung von Trugbildern, umso mehr mußte diese enttäuscht werden von der harten Wirklichkeit. Und je wirklichkeitsfremder die Sehnsüchte des Volkes wurden, umso nützlichkeitsbewußter waren die individualistischen Kräfte, welche zur Herrschaft über den Staat und im Staate drängten.

Zerfall der Partei-  
ideologie

Ein aufmerksamer Blick auf die heutigen Parteien zeigt ein krampfhaftes Ringen um die Ideologie. Denn man spürt, daß die Volksmassen das Vertrauen verlieren und geistige Richtung fordern. Überall erbitterte Kämpfe um die Programmatik der Partei. Sind zehn Liberale beisammen, so streiten zehn verschiedene Auslegungen des Begriffes Liberalismus gegeneinander. Das kommt daher, daß unsere Zeit auch denkschwach geworden ist. Sie arbeitet mit vorgefundenen Schlagworten und Begriffen, sie hat aber nicht mehr den Trieb, der im Übersinnlichen wurzelt, die Wahrheit zu erforschen. Wachsende Verflachung des Denkens nimmt überhand und zwar deshalb, weil der moderne Mensch nicht denken will, sondern nur die vorgefasste, vom rohen Triebleben bestimmte Meinung sich selbst bestätigen und anderen gegenüber durchsetzen möchte. Die geringe geistige Denkarbeit der „Weltanschauungsparteien“ ist nicht von der Absicht geleitet, der Wahrheit nachzuspüren. Dieser Weg könnte sonst zu einem Aussichtspunkte führen, der die eigene Partei auf einem Irrgange zeigt. Die Wiederbelebung der Parteiideologie wird vielmehr nur versucht, um die Partei vor dem Zusammenbruche zu retten: um die Wähler nicht zu verlieren, die zur Erreichung von Nützlichkeitszielen gebraucht werden. Am deutlichsten wird der Zerfall der Parteiweltanschauung an der Tatsache, daß es heute Parteien gibt, die sich offen als Interessenvertretung bekennen und nicht schlecht dabei fahren, wie ihr Zuwachs beweist. Das Wesen der Partei wird hier in Nacktheit offenbar: mit der Steigerung des stofflichen Denkens wirft kühn und beherzt der liberale Mensch den Mantel sittlicher Weltanschauung von sich und verkündet auch, von jeder Scham „befreit“, den Nutzen als Wesenskern allen sozialen Lebens. Dieser Durchbruch der ungeschminkten Wahrheit hat auch sein Gutes: er ruft die wahrhaft sittlichen Kräfte auf, indem er ihnen die Augen über die soziologische Beschaffenheit der Partei öffnet. Diese ist das notwendige Zubehör der westlichen Demokratie. Sie ist die einzige Form, welche die „Gesellschaft“ zur Bildung der Regierung und zur Schaffung von Gesetzen zusammenfassen kann. Denn eine andere „gesellschaftliche Gliederung“ hat ja der Individualismus nicht mehr übrig gelassen.

Die heimlichen  
Interessen

Sind die Parteien Sammelbecken gleichgearteter Interessen, so ist damit nicht gesagt, daß diese Interessen gleich seien mit denen der

Wähler. Nur annähernd trifft dies zu bei einer Partei, die sich offen beispielsweise als Arbeiter-, als Mittelständler- oder als Bauernpartei bezeichnet. Das ist aber die Ausnahme. In der Regel führen die Interessen ein heimliches Dasein und mißbrauchen für sich den Wähler durch Anrufung seiner Gefühlszuständlichkeit. Der Vorgang ist ungefähr folgender: eine Gruppe von Menschen hat ein ganz bestimmtes gleiches Interesse. Dieses kann innerhalb der Gruppe offen eingestanden sein, es kann aber auch uneingestanden alle in eine gemeinsame Front zwingen. Sie erstrebt nun die Macht im allgewaltigen Staate, und zwar möglichst unter Ausschluß aller anderen. Sie will sich dadurch unbeschränkte Interessenfreiheit sichern. Sie verfügt natürlich über Presse, Einpeitscher und sonstige Propagandamittel. Mit ihrer Hilfe wird die Öffentlichkeit, d. h. der Wähler, empfänglich gemacht für die Ansichten, mit welchen jene Interessengruppe die Stimme des Wählers zu erobern beabsichtigt. In ganz wenigen Fällen werden diese Interessen selbst öffentlich erörtert. Meist werden sie verheimlicht und der Wähler mit irgendwelchen anderen Fragen, die ihm selber am Herzen liegen, beschäftigt. Der Wähler ist fast immer ein unpolitischer Mensch, d. h. er fühlt nur selten Verantwortung für die Gesamtheit. Oft ist er auch über den Stand der öffentlichen Angelegenheiten ungenügend unterrichtet. Endlich verlangt er nach Anlehnung. Infolgedessen nimmt er die Anschauung der ihm regelmäßig zugänglichen Presse an und glaubt nach einer bestimmten Zeit, daß ihm diese Meinung nicht von der Presse eingeflüßt worden sei, daß er sie vielmehr selbst gefaßt habe. Dies ist die erste Selbsttäuschung, der er unterliegt. Um so leichter wird sie hervorgerufen, als mangels übersinnlicher Verwurzelung keine Hemmung mehr vorhanden ist, die den Wähler behindern würde, rein verstandesmäßiger Überredung nachzugeben. Nun kommt die Wahl. Dieselbe Gruppe von Menschen, welche mit ihrer Presse den Wähler bearbeitet hat, bewirbt sich um Mandate. Die Überredung allein würde hier nicht zum Ziele führen: es muß vielmehr noch eine Einwirkung auf die Gefühlswelt des Wählers hinzukommen. Das geschieht auf folgende Weise: der Kandidat erklärt feierlich, er fühle sich nur als Beauftragter seiner Wähler, die als selbstbestimmendes Volk die Entscheidung über die Geschicke des Staates hätten. Er erlaube sich deshalb, seine Ansichten dem Wähler vorzutragen und ihn um Stellungnahme zu bitten. Vorgebracht wird dann natürlich die nämliche Ansicht, mit welcher der Wähler schon lange Zeit vorher durch die Presse bearbeitet ist. Er sieht zu seinem Erstaunen oder zu seiner Freude, daß der Wahlbewerber seine, des Wählers, Anschauung vollkommen teilt. In seiner Eitelkeit auf das Höchste geschmeichelt, spendet er begeisterte Zustimmung — dem Manne seines Vertrauens. Das ist die zweite Selbst-

täuschung, welcher der Wähler zum Opfer fällt. So betrügt das Zeitalter der Verstandesherrschaft, das dem Menschen seine Sicherheit genommen hat, ihn mit Hilfe des übermächtig gewordenen Hanges zur Selbsttäuschung. Der Einzelne ist zwar frei geworden, er hat rechtlich und äußerlich seine Begrenztheit verloren (natürlich nur scheinbar), dafür aber seine innere Freiheit, seine Urteilskraft, seine Menschenwürde eingebüßt: er ist seelisch verflawt. Er rühmt sich seiner Lösung von Gott und fällt dabei dem Volksverführer in die Hände.

**Der Demagoge  
aus Notwendigkeit**

Nun muß ja zu allen Zeiten eine Minderheit vorhanden sein, welche die Herrschaft ausübt. Entscheidend aber für diese Betrachtung ist die Art und Weise, in welcher diese „Führerschicht“ entsteht. Zunächst ist es das Eingehen auf die grobstoffliche Einstellung der richtungslos gewordenen Massen, welches Vertrauen zum Führer verschafft. Sodann die Beschmeichelung der Masseninstinkte, hier der Eitelkeit. Dem Wettbewerb ist dabei keine Schranke gezogen; gewissenloseste Demagogie trägt den Sieg davon. Eine Grenze nach unten gibt es nicht. Immer werden noch schmutzige Eigenschaften der menschlichen Seele entdeckt, die für Geschäfte ausnuzbar sind. Das Mittel der Führerauslese ist die rednerische Gewandtheit, ein Werkzeug des berechnenden Verstandes. Angenommen, es gäbe zur Staatsführung geeignete, hervorragende, selbstlose Männer, aber ohne Rednergabe: so wie die Dinge heute liegen, wären sie vom politischen Leben ausgeschlossen. Der ödeste Schwäger triumphiert über den geistvollsten Kopf; der Minderwertige kann mit gewissenlosem Wortgepränge denjenigen aus dem Sattel heben, der aus sittlicher Verpflichtung auf solche Bahnen nicht zu folgen vermag. Als wäre nicht die Redergabe eher Versuchung denn Gnade!

**Die Psyche des  
„Partei deutschen“**

Ist die Partei, wie in den westlichen Ländern (insbesondere in England und Nord-Amerika), die Form, in der ein Führer seine Truppe ordnet und das Mittel, wodurch das Volk dieser Führung Vertrauen oder Mißtrauen bekunden kann, dann steht zwar das Parteiwesen nicht höher als das deutsche, es zeigt aber nicht dessen gefährliche Seiten. Parteien sind in jenen Staaten Zweckgebilde. In Deutschland werden sie, kraft ihrer weltanschaulichen Färbung, zu Zerstörern der Volkseinheit, ohne deshalb tatsächlich mehr zu sein als Mittel zum Zweck; vielmehr wird das Gesicht der Zweckmäßigkeit nur durch die weltanschauliche Maske verschleiert. Die Gefahr der Partei in Deutschland besteht darin, daß sie das Interesse verbirgt und fogenannte weltanschauliche Werte in den Dienst der baren Nützlichkeit geraten. Oder daß gar das Interesse die „Weltanschauung“ beeinflusst, ohne vom Betroffenen bemerkt zu werden. So verteidigt heute jede Partei mehr oder minder unrnissene Nutzwecke, bald die einer bestimmten Wirtschaftsgruppe, bald die einzelner Führer. Diese Gemeinsamkeit

des Vorteils führt zu einer förmlichen geistigen Erblindung des einzelnen Parteianhängers. Da der Nutzen der Partei auch der seine ist und deshalb mit deren Bedrohung eine solche seines eigenen Daseins eintritt, verliert der Parteimensch alle Sachlichkeit in dem Augenblicke, da ein Angriff auf die von seiner Partei vertretene Ansicht erfolgt. So kommt es, daß der Parteiführer heute eine Politik betreiben kann, die er vielleicht vor Jahren auf das schärfste gezeißelt hat. Unter Aufbietung aller Verdrehungskünste wird dann von den Parteianhängern der Führer einfach deshalb gehalten, weil mit ihm allzu viele Interessen verknüpft sind. Aus falsch verstandener Kameradschaft folgen seinen verschlungenen Pfaden mit stolzer Unentwegtheit auch diejenigen, die keinen persönlichen Nutzen zu erwarten haben. Menschen, die sozusagen im Zivilleben hochgebildet, durch und durch urteilsfähig sind, fallen auf die geistige Ebene von Schuljungen, wenn es um ihre Partei geht. Männer, die ihre Meinungsverschiedenheiten in beherrschten Formen auszutragen gewohnt sind, werden in öffentlichen Versammlungen zu Flegeln, wenn ihre Partei angegriffen wird. So wird die Partei zum Grabe jeder Geistigkeit und Sitte.

Zum gleichen Ergebnis führt eine andere Erwägung: äußert ein nicht parteimäßig abgestempelter Mann klügste Gedanken zur deutschen Politik, die Presse, die Öffentlichkeit schweigt sie tot. Ein zu der „Parteibonzenschaft“ Zählender besitzt jedoch das stille Vorrecht, schülerhafte Weisheiten als geflügelte Worte eines großen Mannes von sich geben zu dürfen. Man lese die Schlagworte aus Ministerreden, die in Riesenlettern auch die ernsthafte Presse zu füllen pflegen. Würde ein normaler Sterblicher solche Plattheiten aussprechen, die Verachtung jedes Studenten wäre ihm sicher. Ein Fall soll doch erwähnt werden: das berüchtigte Wort von der Volksgemeinschaft. Als geistige Errungenschaft wurde dieser Spruch gepriesen, der entweder selbstverständlich oder unsinnig ist. Selbstverständlich, wo die Tatsache völkischer Gemeinschaft einfach naturgegeben ist; unsinnig, wo man unter Volksgemeinschaft ein friedliches Aufteilen von Ministerfüßen versteht; hier wurde Volksgemeinschaft mit Interessengemeinschaft verwechselt; absichtlich oder unabsichtlich?

Ein Besuch in der Urzelle der Partei, dem Parteiverein, der Parteiortzgruppe, macht das Verhängnis des Parteimesens noch klarer. Hier ist Minderwertigkeit höchster Trumpf! Es soll nicht gerade behauptet werden, daß der Antrieb zur Teilnahme am Parteilieben zu erklären sei aus der Suche feiger Ehemänner nach Entschuldigungsgründen für allzuhäufigen Stammtischbesuch. Ernsthafte Soziologen sagen dies. Fest aber steht, daß die geistige Ebene, auf der Parteivereine sich bewegen, tief unter der allgemeingeistigen der Gesellschaft liegt. Dabei stürzt die Kurve dieser Entwicklung immer

Die Belle der  
Partei

noch tiefer. Die wenigen Menschen von Geist, die nach dem Zusammenbruche von 1918 in das öffentliche Leben traten, haben sich entsetzt wieder zurückgezogen. Die Kämpfe um die Aufstellung der Wahlbewerber verstärkt durch das Listenwahlrecht und die dadurch bedingte Macht der Parteilique toben in einem Sumpfe der Unanständigkeit. Schon lange vor der Wahl beginnt das Ränkespiel. Jeder Anwärter ist bemüht, mit zahlreichen Versprechungen an Freunde und Standesgenossen, die notwendigen Leute auf die Beine zu bringen, die ihn bei der Sitzung des Parteivorstandes für die Wahlliste vorschlagen. Keine Verdächtigung ist niedrig genug, um bei solchen Gelegenheiten den Gegner aus dem Wege zu räumen. Ein Mann von Geist und Vornehmheit unterliegt rettungslos in diesem Kampfe. Denn einmal kann er mit den hier üblichen Waffen nicht umgehen. Sodann kann er nie auf die Stufe herabsteigen, auf welcher allein die Gunst der hier entscheidenden Männer zu gewinnen ist. Dazu kommt die Eigsucht der verschiedenen Berufsgruppen. Möglichst jede will einen Vertreter auf die Liste bringen; selbst bei Unterstellung, daß die Vertretung von Berufsinteressen in einem Abgeordnetenhaufe wünschenswert wäre, bliebe die Frage offen, ob auch immer ein Berufsgenosse hierzu geeignet wäre. Ist doch denkbar, daß ein geistig hochstehender Mann, ohne Rücksicht auf Beruf, dank Allgemeinbildung und gründlicher Einarbeit, durch überragende Geistesgaben, fremde Berufe besser vertreten könnte als der Zunftgenosse. Solche sachliche Erwägung spielt aber heutzutage keine Rolle. Geht es hart auf hart, so siegt, wer sagen kann: „Ich habe soundsoviele Berufsgenossen als Wähler hinter mir“. Derjenige, der sagen könnte: „Ich habe das große Können und das Verantwortungsgefühl für mein Volk in mir“ (solche Menschen sprechen derartiges nie aus), verschwindet in der Versenkung, wenn er überhaupt je daraus aufgetaucht ist.

Das alles weiß nun jeder vernünftige Parteimann auch; ihm fehlt aber der Mut, dagegen aufzutreten. Hier liegt das Verhängnis. Rückschrittlich im übelsten Sinne ist dieses System. Es geht soweit, daß auch in Fällen offenkundigen Versagens keine Abhilfe stattfindet. Hat ein Abgeordneter seine ganze Unfähigkeit bewiesen und steht der Rückgriff auf einen viel besseren Ersatz im Bereiche der Möglichkeit, so erhebt bei der Neuwahl der bisherige Volkserwählte die selbstverständliche Forderung auf Wiederwahl. In der Angst, undankbar zu erscheinen, aus Furcht, es könnten gemeinsame Vertraulichkeiten preisgegeben werden, aus Feigheit vor dem Spotte der Nachbarpartei, bleibt die Partei bei ihrem bisherigen Abgeordneten stehen. Das ist der „Fortschritt“ der modernen Demokratie! In ihrem Glanze zeigt sich aber diese feige Anehrlichkeit bei der Aufstellung der Frauentendatur. Eine wirklich bedeutende Frau, die

vielleicht dem Gedanken der Mütterlichkeit in der Gesetzgebung zum Durchbruche verhelfen könnte, steht leider nur selten zur Wahl. Meist spielt sich folgender Vorgang ab: wenn es nun unvermeidlich nötig erscheint, etwas zu tun, um Frauenstimmen zu gewinnen, so wird einfach ein gewisser Wahlkreis verurteilt, „die Frau“ zu stellen und zu wählen. Aufgestellt wird, wer den meisten Anhang zu haben scheint, der am stärksten in Vereinen tätig ist. Die Angst vor einigen wild gewordenen Frauenvereinen erlaubt keinen anderen Ausweg. Es könnten ja sonst Wählerinnen zur Nachbarpartei wechseln. Nach der Bedeutung der Persönlichkeit wird dagegen kaum gefragt. Alle ernsthaften Politiker witzeln und spotten deshalb unter sich über die weiblichen Abgeordneten. Keiner aber hat den Mut, die Wahrheit laut zu sagen. So erscheint denn die „Volksvertreterin“ als das fünfte Rad am Wagen,

Sieht die Partei in ihrer Entstehung schon bedenklich aus, so kann sie in ihrer Spitze, die berufen ist, Staatspolitik zu machen, nicht Heldengestalt annehmen. Man lese einmal aufmerksam die Reden gerade jener Parteiführer nach, die das Parteiwesen als der Weisheit letzten Schluß billigen. Man wird immer finden, daß ihre Gedanken nicht von dem Geiste getragen sind, das Beste zur Sache zu sagen und ihr zu dienen, sondern die vorhergegangenen Redner der gegnerischen Partei möglichst herabzusetzen und deren Behauptungen zu widerlegen. Mit Schicksalsfragen des Volkes wird auf diese Weise rednerisch Fangball gespielt. Wo die Widerlegung des Gegners nicht mehr gelingt, wird zum mindesten behauptet, er habe seine Weisheit gestohlen, natürlich der Partei des Sprechers. Wenn irgendwo im Erwerbs- und Berufsleben die Menschen, die zusammenarbeiten müssen, in so sinnloser und zerstörender Weise miteinander verkehrten, wie jene, die für das Wohl des Staates gemeinsam sorgen sollen, kein Laib Brot und kein Kleidungsstück würde mehr in Deutschland erzeugt. Denn alle Kräfte würden im Streite um das „Wie“ erschöpft.

Man glaubt nun das Parteiwesen verbessern zu können durch Beseitigung der Splitterparteien, Herauffezung des Wahlalters, Abschaffung des Listensystems usw. Sicherlich wären alle diese Wege, zielstrebig begangen, geeignet zur Beseitigung der größten Auswüchse. Insbesondere dann, wenn vom Verhältniswahlrechte abgegangen würde und eine Annäherung an den demokratischen Grundgedanken der Mehrheits Herrschaft erfolgte. Bezeichnenderweise geht aber der Liberalismus in Deutschland so weit, den Schutz der Minderheiten um keinen Preis aufgeben zu wollen. Würde aber einmal das demokratisch-parlamentarische System eingeführt, so muß auch das Bekenntnis zur Mehrheits Herrschaft mit allen Folgen Gestalt gewinnen. Sonst kommt es überhaupt nicht zur Bildung einer den Staat tragenden Mehrheit.

Die Spitzen der Partei

Partei-  
zersplünderung

Es entsteht dann Rücksichtnahme auf Minderheiten, die in auflösende Parteizersplitterung ausarten muß. Da zudem die Abgeordneten natürliche Nutznießer des heutigen Systems sind, so bedeutet eine grundsätzliche Wahlreform für viele die politische Selbstvernichtung. Das ist ein Heroismus, der auf anderem Boden gedeiht, wie auf parlamentarischem.

Falsche  
Wahlrechts-  
grundlage

Die Heraussetzung des Wahlalters wäre gewiß begrüßenswert. Aber solange noch der Einzelne, und zwar der allen gleiche Einzelne, die Grundlage staatlicher Willensbildung ist, so lange bleibt eine Neugestaltung bei der Heilung äußerer Krankheitsmerkmale stehen und erstrebt nicht die innere Befundung. Wenn gesagt wird, ein gerechteres Wahlrecht als das bestehende sei undenkbar, so kann nur erwidert werden: ein Wahlrecht, das in gleichem Umfange für den Quartalsfäufler und den weltberühmten Gelehrten gilt, das ein Sträfling, dem die bürgerlichen Ehrenrechte zufällig nicht aberkannt sind, ebenso genießt wie der sittlich hochstehende Mensch, das dem Kriegsverdiener ebenso zusteht wie dem heldenhaften Frontkrieger, ein solches Wahlrecht kann an Ungerechtigkeit niemals übertroffen werden.

## Der Parteistaat

Das  
mobile Kapital  
als Beherrscher  
des westlichen  
Staates

Ist so die Partei das einzige Mittel, durch das eine entfesselte und entgliederte Gesellschaft noch Willenskundgebungen zu äußern vermag, so kann der heutige deutsche Staat schon seiner Entstehung nach nichts anders verkörpern, als durch die Parteien in ihn hineingetragen wird. Angeblich soll er entstanden sein im Jahre 1918. In Wahrheit hat das Jahr 1918 nur für die Menschen eine Veränderung gebracht, die bislang von der Nutznießung staatlicher Pfünde und von der Ausübung ihres politischen Ehrgeizes ausgeschlossen waren. Denn die Grundlinie der staatlichen Allmacht war schon festgelegt im Polizeistaate. Durch die Zertrümmerung der Gesellschaft in der französischen Revolutionszeit nahm sie einen gewaltigen Aufstieg. Die konstitutionelle Monarchie war also nur ein Übergang und die republikanische Verfassung von Weimar nur die Krönung dieser ganzen Entwicklung. Ihr geistiger Träger war der Individualismus, der den Staat dem einzelnen unterordnete und die Gesellschaft zertrümmerte, um diese Unterordnung hemmungsloser vollziehen zu können. Weiterhin wurde gezeigt, daß diese Vergottung des Einzelmenschen zum Materialismus führt. Es ist deshalb die Frage berechtigt, ob der heutige Staat als Endpunkt dieser Entwicklung etwas anderes sei als ein Zweckverband zur Wahrung bestimmter Interessen? Ein Blick auf die aus der französischen Revolution heraus geborene moderne



Republik führt zu ihrer Bejahung. Schon einer der ersten Gesetzentwürfe, welchen die neuen Machthaber des französischen Staates schufen, war ein Zensitenwahlrecht, ähnlich dem früheren preußischen Dreiklassenwahlrecht. Hier wurde das in der französischen Revolution zur Herrschaft gelangte Gedankengut in roher Nacktheit offenbar: das Geldkapital, die wirtschaftliche Form des Individualismus, drängte zur Eroberung der Macht im Staate. Es vollzog die Ablösung der dem unbeweglichen Kapital, dem Grundbesitze, bisher vorbehaltenen Staatsgewalt.

Eine neue Auffassung staatlicher Willensbildung tritt nun in Erscheinung, nicht aber als Folge veränderter wirtschaftlicher Bedingungen, sondern auf Grund einer neuen geistig-seelischen Zuständigkeit. Denn der historische Materialismus eines Feuerbach und Marx ist abzulehnen. Vielmehr sieht der Verfasser in der fortschreitenden Entseelung die letzte Ursache für das Aufkommen einer neuen Auffassung des Erwerbslebens. Der rationalistische, also wissenschaftlich eingestellte Mensch, der diesseitige, also nur wirtschaftlich wirkende Mensch beherrscht das individualistische Zeitalter. Er „handelt“, und handeln kommt von unterhandeln; so wird schon im Wirtschaftsleben die Überredung zu einem Mittel des Erwerbs. Die erzeugende Tätigkeit spielt nicht mehr die entscheidende Rolle. Erobert nun diese auf Gelddbesitz und Streben nach Rente gegründete Macht den Staat, so überträgt sie das Verfahren ihrer Erwerbsart auch auf das staatliche Leben, die Politik. Der verhandelnde Politiker, der mit der besseren Überredungskunst Begabte, wird Führer. Und wie jeder Handelsabschluß ein Ausgleich auf der mittleren Linie ist, bei welchem der Erfolg auf die Seite der größeren Überzeugungsgabe fällt, so wird jeder politische Abschluß das Ergebnis verhandelnder Tätigkeit: er wird zum Kompromiß. Nicht der Sieg des Richtigen ist das Ziel dieser Politik, sondern der Wunsch, die widerstreitenden Interessen möglichst gleichmäßig zu befriedigen. So wurde die westliche Demokratie die gegebene Form, in welcher der Gelddbesitz seine Herrschaft über den Staat errichtete.

Presse und Propaganda kosten aber Geld. Je mehr man aufwendet, desto leichter ist es, durch Vorgaukelung des Trugbildes, daß die Massen ihr Schicksal selbst bestimmen, ihre seelische Verflavung schmerzlos durchzuführen. Sind doch Zahl und rohe Kraft die einzigen Waffen, die den Volksmassen unter allen Umständen verbleiben. Die Schlagworte von der Brüderlichkeit und vom Weltfrieden wurden in die Massen geworfen. So wurden sie seelisch entwaffnet und dem Gedanken entfremdet, Gewalt gegen überlegene Geldherrschaft anzuwenden. Dazu wurde ihnen die Sehnsucht nach materiellem Besitz als Hauptwesenszug eingimpft und ihnen so die

Die seelische  
Verflavung  
der Massen

Kraft genommen, lockende Vorteile auszuschlagen. Außerdem blieb noch die Möglichkeit, besonders gefährliche Führer am Genuße des Geldkapitals zu beteiligen und so die Massen völlig wehr- und führerlos zu machen. Selbstverständlich durfte dieser stille Betrug nicht offenkundig werden und selbstverständlich war die Beruhigung der Massen nicht bis zu dem Punkte zu erreichen, daß sie nicht mehr im Kapital ihren Feind gesehen hätten.

Die mißbrauchte  
Schutztruppe der  
Selbtherrschaft

In geschickter Weise wurde der Haß der Massen auf den abgelenkt, der ihnen von allen Kapitalisten noch am nächsten steht: auf den Unternehmer. So schuf Marx die Lehre vom Klassenkampf, indem er den Kapitalismus, der als geistige Zuständigkeit unter allen Umständen zu bekämpfen war, als hassenswerte Wirtschaftsform darstellte. Die kapitalistische Wirtschaftsform, als Erzeugungsweise nicht zu beseitigen, da in der menschlichen Natur begründet, wurde als Kampfgegenstand hingestellt und gleichzeitig der geistige Kapitalismus geschützt und großgezogen. So kommt es zu dem traurigen Bilde, daß der deutsche sozialistische Arbeiter gegen die Vertreter der schaffenden Wirtschaft anführt und die des rentefuchenden Kapitals mit seinem Leibe deckt. Das ist der innere Zustand des heutigen Deutschlands. Der Fabrikbesitzer, der Tag und Nacht um Wohl und Wehe seines Betriebes sorgt, gilt als Todfeind des Arbeiters. Der Finanzgewaltige, der die Ströme des Geldes nach dem Befehle der Rente lenkt und so der wahre Nutznießer sowohl der Leistung des Handarbeiters, als auch des Betriebsleiters ist, bleibt im Hintergrunde unsichtbar. Seine Ruhe erkaufte er mit Beiträgen in die Rassen des Sozialismus. Ein Wiener Witzwort besagt, daß in den vornehmen Vierteln die Herrschaftswohnungen sozialistisch wählten und das Hinterhaus christlich-sozial oder großdeutsch. Dieser Ausspruch kennzeichnet das deutsche Verhängnis und beweist, daß der deutsche Arbeiter im Jahre 1918 nicht seine Revolution gemacht hat, sondern die seines echten, aber verborgenen Todfeindes, des Finanzkapitals. Später wird noch zu zeigen sein, daß er auch in der Außenpolitik dessen Geschäfte besorgt.

Wie kommt es nun, daß gerade der Sozialismus, angeblich so kapitalfeindlich, zur Hauptstütze dieses Systems wurde? Nur weil die deutsche Arbeiterbewegung ihren ursprünglichen, dem Seelischen verbundenen, unmaterialistischen und grunddeutschen Zug verloren hat. Da, durch die Schuld unserer Vorväter, der Handarbeiter in die gesellschaftliche Wüste gestoßen wurde, eroberte eine ihm innerlich fremde Schicht seine Führung. Der überspannte Liberalismus, entgleistes Bürgertum, durch deutsche Raumnot überschüssige Intelligenz, für jeden Aufbau unfähige Menschen bemächtigten sich mit Erfolg der sozialistischen Parteiführung. So wurde der deutsche Parteisozialismus die marschierende Truppe des still und überlegen

herrschenden Finanzkapitals, das sie brauchte, um die schaffende Landwirtschaft und das arbeitende Unternehmertum unter seine „Kontrolle“ zu bringen. Die Rente kämpfte gegen die Werte schaffende Kraft, und ihre Schutztruppe wurde der deutsche Arbeiter.

Abgesehen von dem philosophischen Grundfehler des historischen Materialismus hat Mary bei der Aufstellung seines Lehrgebäudes eines übersehen: daß nämlich für den Zustand der Gesellschaft nicht entscheidend ist der Besitz des Kapitals, sondern die Verfügung darüber. Nicht wer das Kapital besitzt, ist im Zeitalter des Kapitalismus der mächtige Mann, sondern wer darüber verfügt. Diese Erkenntnis führt zur Aufdeckung eines weiteren Geheimnisses des heutigen Staatslebens:

Hätte die sozialistische Bewegung in Deutschland ihren ein Menschenalter lang eingehaltenen Weg weiterverfolgt, so hätte sie folgerichtig mit der Revolution die Diktatur des Proletariats errichten und mit der Sozialisierung Ernst machen müssen. Tatsächlich gab es auch starke Strömungen innerhalb des Sozialismus, die solche Pläne verwirklichen wollten. Die Mehrheit erkannte aber, daß die Vergesellschaftung wirtschaftliches Übel sei, dessen Durchführung das deutsche Volk dem Hungertode geweiht hätte. Der Parteisozialismus hätte also eigentlich seinen Bankrott erklären und sich programmatisch vollkommen umstellen müssen. Das tat er nicht; denn rasch hatte er erkannt, daß seine Teilnahme am Staatsleben keine Sozialisierung bringen könne, dafür aber etwas in der Wirkung Ähnliches, wenn auch vom eigenen Grundgedanken Abweichendes. Durfte zwar der privatkapitalistische Aufbau der Wirtschaft nicht angetastet werden, so konnte aber mittels des allmächtigen Staates ein solcher Druck auf das Privatkapital ausgeübt werden, daß es „freiwillig“ bereit war, eine Reihe von Nutznießern an der Kapitalrente zu beteiligen. Und zwar solche, die eigentlich — wirtschaftlich gesehen — Nichtkapitalisten waren und keinen rechtlichen Anspruch auf diese Nutznießung hatten. Mit anderen Worten: Geld ist nicht nur Macht, sondern Macht ist auch Geld. Nachdem aber der Parteisozialismus eine Macht geworden war, einmal durch die erhöhte Bedeutung der Partei überhaupt und dann durch die Beteiligung am Staate, so entstanden für diese neue Macht neue Möglichkeiten, sich selbst in Geld umzusetzen. Es ist allgemein bekannt, daß bedeutende Mittel aus rein finanzkapitalistischen Kreisen dem Sozialismus zufließen. So wirkt der Druck, den die Partei unmittelbar auf das Kapital ausübt. Aber viel großartiger ist der Weg über den Staat, über die großen Selbstverwaltungskörper oder über die Gemeinden, die ja auch reslos parlamentarisiert sind. Durch Einsatz der Staatsautorität konnte so nicht nur der Druck auf das Privatkapital verstärkt, sondern in mancherlei

Einer der Begründer  
von Karl Marx

Geld und Macht

Formen eine regelrechte Enteignung für angebliche Staatszwecke vorgenommen werden. Das geschah sowohl durch rücksichtslose Steuerpolitik als auch durch entsprechende Handhabung des staatlichen Kredites. Endlich auch durch Beteiligung des Staates an der Privatwirtschaft. Zahlreiche Möglichkeiten tauchten so auf, Menschen, die auf wirtschaftlichem Wege niemals die Verfügung über große Kapitalien erlangt hätten, zu Verwaltern von Riesensummen zu machen. Zur politischen Macht trat noch die Geldmacht und beide steigerten sich gegenseitig hinauf. Daß die über Großkapitalien Verfügenden im allgemeinen auch die eigene Person nicht zu kurz kommen lassen, ist bekannt. Ein reizvolles Spiel! Die Arbeiter wurden gegen das Kapital aufgewiegelt, die auf ihre Massen sich stützende politische Macht aber für die Führer ausgenutzt. Diese Haltung kann rechtlich nicht ohne weiteres als Bestechlichkeit bezeichnet werden. Soziologisch gewertet ist sie aber käuflich zu nennen. Selbstverständlich entarten diese Zustände hier und da zu offener Korruption und es entsteht dann ein „Panama“, das bis jetzt noch keiner modernen Demokratie erspart blieb. Der Einwand, daß nur in besonders bewegten Zeiten, als Ausnahmeerscheinung, solche Dinge vorkämen, ist nicht stichhaltig. Denn die Ausnahme scheint weniger auf moralischem, als auf intellektuellem Gebiete zu liegen. Nur Dinge, die zu plump eingefädelt sind, führen zu einem „Panama“. Manchmal auch solche Unternehmungen, bei denen die Rückversicherung vernachlässigt wurde. Diese besteht darin, daß alle gefährlichen und einflussreichen Leute bei solchen Fischzügen beteiligt werden. Es bildet sich dann eine so verfilzte Klique von Nutznießern, daß deren Preisgabe die Staatskrise bedeuten würde. Vor allen Dingen ist keine unabhängige Behörde mehr da, welche die Anklage erheben könnte. So wird erklärlich, daß eingespielte, moderne Republiken keine großen Skandale mehr erleben. Dort weiß zwar jedermann, daß das System faul ist, aber Auflehnung dagegen ist zu gefährlich. Auch fehlt der Herkules, den Augiasstall zu misten.

Die Interessen-  
berfilzung

Die  
„Personalpolitik“  
der Parteien

Dazu kommt aber noch die Personalpolitik der Parteien, wie der harmlose Ausdruck lautet. Zwar handelt es sich dabei um Beutezüge für kleine Raubtiere, dafür aber um solche, bei denen ganze Scharen befriedigt werden können. In Amerika wechselt mit dem Präsidenten das ganze Heer der Beamten. Daher das Streben, in den fetten Jahren Rücklagen für die mageren zu sammeln. Die Berufsmäßigkeit des deutschen Beamtentums verhinderte bislang eine Entwicklung in dieser Richtung. Aber immer lauter werden bei den demokratischen Parteien Deutschlands die Wünsche nach der Ersetzung des berufsmäßigen durch den gewählten Beamten. Man pflegt das mit einem schönen Worte Republikanisierung des Staates zu nennen. Auch werden die führenden Posten nicht nur der Minister, sondern auch der höheren

Beamten immer mehr parlamentarisiert oder auf Grund stiller Handelsgeschäfte zwischen den Parteien besetzt. Da nun aber der Staat noch immer der größte Arbeitgeber ist, so findet auf gut bezahlten Staatsstellen eine nicht gerade widerwillige Einfügung in die „kapitalistische Weltordnung“ statt. Obendrein bleibt der Ruf erhalten, ein Mann zu sein, der sich für die „Parteiideale“ auf maßgebendem Posten opfert.

Auch die Abgeordnetenlaufbahn bietet reichlich Gelegenheit zu politischer Unsauberkeit. Zunächst ist bei dem heutigen, einen viel zu großen Wirkungskreis umfassenden Parlamente die Tätigkeit des Abgeordneten eine so zeitraubende, daß er seinen Beruf vernachlässigen muß. Gelangt er nicht irgendwie zu einer der zahlreichen Staatsrenten (die Gehälter der Beamten beispielsweise laufen auch während der Abgeordnetenzzeit weiter), so führt die parlamentarische „Laufbahn“ zu seinem wirtschaftlichen Zusammenbruche, soweit er nicht, wenigstens „vorläufig noch“, eine so bescheidene Lebenshaltung gewohnt ist, daß die Aufwandsentschädigung als seine einzige feste Einnahme genügt. Aber auch das gibt es. Kein Wunder, wenn der Abgeordnete versucht ist, seine politische Stellung auszumünzen. Auch hier bewährt sich der Grundsatz, daß Macht Geld verleiht. Das ist ebenfalls keine Bestechlichkeit im rechtlichen Sinne, und deshalb um so beliebter. Eine andere Abart des Volksvertreters ist der Abgeordnete, der, besorgt um die Gunst seiner Wähler, zahlreiche persönliche Anliegen derselben kraft seines Einflusses erfüllen soll. Das kann er nur, wenn er sich der Regierung, d. h. den führenden Parteimännern, in irgendeiner Form verpflichtet. So kommt es auch hier zu der Interessenverfälschung, welche die freie Entscheidungsfähigkeit des Abgeordneten bei entscheidenden Abstimmungen gefährdet. All dies geschieht, um wieder gewählt zu werden. Das Ganze gipfelt in der restlosen Vermengung privatwirtschaftlicher, persönlicher, parteilicher und staatlicher Interessen. Zwischenparteilich entsteht eine Gruppe von Eingeweihten, die nur noch Scheingefechte gegeneinander liefern, um das Herz des Wählers zu erfreuen. In Wahrheit sind sie sehr einig und nur manchmal fechten sie stille, aber erbitterte Kämpfe aus um den Anteil an der großen Futterkrippe, die Macht heißt.

Unerfättlich ist der Hunger jener, die auf dieses stillschweigende Programm geeinigt sind. Macht verleiht Geld und Geld verleiht wieder Macht; das ist wiederum jenes fortgesetzte Sich-hinauf-steigern. Alle Schranken des geheiligten Rechtes brechen unter diesen Anstürmen zusammen. Denn das Parlament, sozusagen das Gehirn dieses machtgierigen Systems, will unter Beseitigung jeglicher Gewaltenteilung alleinige Machtquelle werden. Die Trennung von vollziehender und gesetzgebender Gewalt ist fast aufgehoben; bis auf jene Fälle, in denen

Die Gefahren der parlamentarischen „Laufbahn“

Das Ende der Gewaltenteilung

technische Gründe ein Hineinregieren seitens des Parlamentes unmöglich machen. Tatsächlich besteht keine Verschiedenheit mehr zwischen Parlament und Regierung. Die ständige Angst der Parlamentsgewaltigen ist, daß sich eine Regierung von ihnen unabhängig machen könne. Mit Vorliebe werden deshalb sogenannte schwache Männer auf den Kanzlerstuhl gesetzt. Denn die Verfassung läßt dem Reichskanzler noch am meisten Selbständigkeit. Alle unabhängigen Kräfte, welche außerhalb des Parlamentes das Gesellschafts- oder Staatsleben beeinflussen könnten, werden unterdrückt. Bilden sich solche auf rein gesellschaftlichem Boden, so spielt der parlamentarische Staat gleichgeartete Bestrebungen gegeneinander aus, so die Möglichkeit wirklicher Leistung vernichtend. Aber auch Einrichtungen des Staates selbst, wie das Richteramt, unterliegen solchen Angriffen. Den Richter unter die Botsmäßigkeit des Parlamentes zu bringen, ist letztes Ziel demokratisch-liberalen Denkens. Die Untersuchungsausschüsse bieten die Handhabe, das Parlament zum höchsten Richter über alle Vorgänge des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zu machen. Nun wird gesagt, die Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse sei geeignet, die Haltlosigkeit von Vorwürfen gegen den deutschen Richter zu erweisen. Daß aber ein Richterspruch kein letztes Urteil mehr darstellt, wenn Nichtrichter es nachprüfen, ist klar. Jene Nachprüfung bedeutet eine Erschütterung des Rechtsgedankens, die dem zu Bewußtsein kommt, für den Recht nicht nur ein staatlicher Befehl, sondern eine aus der Seele des Volkes wachsende Sittlichkeit ist. Auch Verwaltungsgerichtshöfe, angeblich eine der stolzesten Errungenschaften des modernen Staates, verlieren angesichts der unbedingten Parlarmentsherrschaft ihren letzten Sinn. Denn wo liegt noch ihre Bedeutung, wenn diese Gerichte nicht mehr vorgefundene Rechte gegeneinander abzuwägen haben, sondern von parlamentarischer Willkür geschaffene Gesetze anwenden müssen, nach denen sie ihr Urteil zu fällen haben?

Die Verquickung  
von Staat,  
Wirtschaft und  
Kultur

Daß sich gegen diese unerhörte Anhäufung von innerer Staatsmacht die Privatwirtschaft ebenso wehrt wie die Verwalter gewisser, geschichtlich und seelisch bedingter Kulturgüter, ist begreiflich. Da aber der allmächtige Staat stärker ist als sie, so bleibt den Wirtschafts- und Kulturkräften nur ein Umweg übrig, ihren Einfluß auf den Staat geltend zu machen. Nicht mehr dahingehend, daß der Staat ihre Bereiche unangetastet lasse, sondern in Anpassung an Gesellschaft und Staat nur dahin, den Staat selbst in die Hand zu bekommen. So wird das wenige, das von reinen Staatsaufgaben übrig geblieben ist, auch noch durchsetzt mit kulturellen und wirtschaftlichen Bestandteilen. Diese Bestrebungen münden dann ebenfalls in jenem großen Interessenbecken, in dem die Parlamentsgewaltigen sich tummeln. Wie soll da der Staat sein eigentliches Ziel, das Volkstum zu entwickeln

und nach außen hin zu schützen, erreichen? Das ist schlechterdings unmöglich! Umgekehrt folgen aus dieser Vermengung wieder Übergriffe des Staates: er greift in rein geistige Dinge ein, wo er natürlich niemals Gutes schaffen kann. Denn der Staat hat begrifflich nichts zu tun mit Kultur. Sein Reich ist das der Zwecke und zwar vornehmlich des Zweckes der völkischen Selbstbehauptung. Wo er die Kulturarbeit zu regeln versucht, greift er fehl. Nie schafft er ein großes Kulturwerk, ebenbürtig jenen großen Werken, welche wahre Kultur, nie anderen als den eigenen Gesetzen gehorchend, erzeugte. Er kann nicht zu Sittlichkeit erziehen, sondern nur Berufsbildung geben und Berufshandwerkszeug. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete lenkt er nicht etwa die Volkswirtschaft in die allgemeinen Bahnen, die dem Volkstum nützlich wären, sondern er überläßt das Wachstum der Privatwirtschaft wildester Wucherung; dafür pfuscht er in ihre Leitung, die nur dem Privatwirtschaftler gebührt, täppisch hinein: so erläßt er zur Beruhigung der Neidgefühle Gesetze, die gegen jede Wirtschaftsvernunft sprechen, oder er spielt sich selbst als Unternehmer auf, der seine Betriebe mit fremden Steuergeldern durchschleppt. Das alles geschieht im Zeichen der Staatsallmacht, die in Wahrheit jene einer kleinen Gruppe von Nutznießern ist.

Es braucht ja nicht, wie der Fall von Amerika zeigt, jede Demokratie parlamentarisch zu sein; es ist aber liberaler und entspricht individualistischer Hemmungslosigkeit viel mehr, das Spiel des Regierungswechsels beliebig oft zu wiederholen. Eine vom Parlamente unabhängige Regierung könnte am Ende nicht willfährig genug den zahlreichen persönlichen Wünschen entgegenkommen. Allein das parlamentarische System bietet Gewähr dafür. Daher das sinnwidrige Bild, daß ein neuer Minister, kaum belehrt, wo sich die Räume seines Geschäftsbereiches befinden, schon wieder in der Versenkung verschwindet. Er kommt also kaum zum Regieren. Regiert muß aber werden und es erhebt sich die Frage, wer das tut. Vor ihrer Beantwortung noch eine weitere Feststellung, die beweist, wie wenig die parlamentarischen Regierungen auf dem Gebiete wahrer Führung leisten können. Überall, wo irgendeine Leistung erwartet wird, verlangt man eine entsprechende sachliche Geeignetheit. Man läßt seine Schuhe nicht beim Schneider besohlen, man kauft sein Brot nicht beim Tischler. Regieren ist das einzige Geschäft, das in Deutschland von keinerlei Voraussetzung abhängig gemacht wird. (Damit soll nicht gesagt sein, daß Politik „erlernt“ werden könne.) Schon das Amt des Abgeordneten ist vom Geiste dieses Widersinns getragen: er soll Gesetze verfassen und hat, ehe er ins Parlament kommt, oft noch kein Gesetz gelesen. Dabei schwillt die Flut der Vorlagen, die Erzeugung von Gesetzen ist die einzige, die seit der Revolution unauflös-

Die biletantische  
Note des  
Parlamentarismus

haltfam zunimmt. Dieser dilettantische Grundzug des gesamten Parlamentarismus zeigte schon vor dem Kriege seine verhängnisvollen Wirkungen. Als damals, infolge der kleineren Wahlkreise und der überragenden Stellung Bismarcks, das Amt eines Reichstagsabgeordneten die höchste Stufe der Vereinsmeierei darstellte, da saßen die ehrbarsten Handwerksmeister und Schulprofessoren beisammen und stritten monate- und jahrelang über die Frage, ob für Südwestafrika neue Gebirgsbatterien bewilligt werden oder ob die neuen Torpedoboote 50 Tonnen Wasserverdrängung mehr oder weniger haben sollten. Nie wäre es einem jener ehrenwerten Männer eingefallen, einem Fachmanne des bürgerlichen Berufslebens ins Handwerk zu pfuschen. Aber die besondere Lust des Parlamentarismus brachte es mit sich, daß der Stammtisch zu maßgeblichen Urteilen auf dem Gebiete der Außenpolitik und der militärischen Rüstung befähigt wurde.

**Die bedrohte  
Beamtenethik**

Ungeachtet des dauernden Wechsels dilettantischer Regierungen ist es verwunderlich, daß der Apparat der Verwaltung noch einigermaßen läuft. Das Verdienst hierfür gebührt uneingeschränkt dem deutschen Beamten. Dankbar sei anerkannt, daß, im Vergleich zu älteren Republiken, Deutschland den besten und reinlichsten Beamtenkörper besitzt. Wird das so bleiben? Starke Bestrebungen, die in der Linie der westlichen Demokratie liegen, arbeiten dem entgegen. Schon heute ist die Beamenschaft stark durchsetzt mit „Beamten kraft Partei“ und nicht kraft Erziehung oder Befähigung. Damit soll nicht gesagt werden, daß nicht auch die Partei ausnahmsweise einen tüchtigen Mann auf den geeigneten Posten heben könnte. Im ganzen aber hat der sittliche Grundgedanke des Dienens, einst lebendig durch die persönliche Verbundenheit mit dem Fürsten, stark gelitten. Es regnet heute Hohn über die Ordenswirtschaft der Herrscherhäuser. Aber war es nicht sittlicher, fünfundzwanzig Jahre lang treu seine Pflicht zu tun in der Hoffnung, mit einem Orden ausgezeichnet zu werden, dessen Geldwert vielleicht fünf Mark betrug, als in der Beamtenlaufbahn nichts zu sehen als ein Gewerbe wie viele andere? Wenn auch zeitweise der Schrei nach der höheren Gehaltsklasse etwas verhaltener tönt, so hat doch die Seele des Beamten (wenn dieser Ausdruck gestattet ist) bedenklich Schaden genommen. Der dienende Grundzug und der Gedanke an die dadurch verliehene menschliche Würde sind doch im Schwinden begriffen. Dafür nur ein Beispiel: Es gab in allen Ranzleien zahlreiche mittlere und untere Beamten, deren Geschäft war, zu schreiben. Gottfried von Straßburg war ja auch Ratschreiber und schämte sich dieser „Amtsbezeichnung“ nicht; aber der Kampf jener Beamten gegen die Bezeichnung „Schreiber“ ist mehr wie erheiternd. Er zeigt, daß ihnen innere Würde nicht durch die Pflicht-



erfüllung erwächst, sondern, daß sie äußeren Halt in einer überspannten Amtsbezeichnung suchen. Sie sind geistig unfreie Menschen, die dadurch Minderwertigkeitsgefühle schamhaft verhüllen wollen. Bezeichnend ist, daß der beliebteste Ersatztitel für „Schreiber“ der eines „Inspektors“ wurde; heute sind fast alle Schreiber Inspektoren geworden; man fragt sich nur, wo die ungezählten Heerscharen sind, die sie zu „inspizieren“ haben; soll dieser Titel gar eine nicht vorhandene Vorgesetztenmacht vortäuschen?

Mit steigender Quantität muß die Qualität sinken; das ist ein Gesetz, dem auch die Beamtenschaft unterliegt. Das ungeheuerere Heer der deutschen Beamten, — entstanden durch ein Übermaß von Aufgaben, welche die öffentlichen Körperschaften an sich gerissen haben, und durch eine falsche Staatsauffassung, die dem Staate diese Aufgaben aufbürdet, — ist im ganzen und großen ein schwerfällig arbeitender Mechanismus. Ihm geht die bewegende Kraft im selben Maße verloren, wie sich sein Umfang vergrößert. Man lese bei Stein nach, wie er gegen den Bürokratenstaat wettet, man verfolge den Kampf Bismarcks gegen die Bürokratie. Stein nennt das zahllose Heer von Beamten eine „wahre Peitsche Gottes für Deutschland“. Was in ihre Hände gerät, versteinert und erstarrt, mag auch der einzelne Beamte ein noch so vorzüglicher Mensch und ausgezeichnete Arbeiter sein. Würden Stein und Bismarck heute leben, sie würden ihr Urteil kaum ändern. Es richtet sich nicht gegen den Beamten als Menschen, sondern dagegen, daß diese Berufskaste zum Allvermittler öffentlicher Geschäfte wird. Das ist schon schlimm! Aber noch gefährlicher wird es, wenn infolge der Schwäche der parlamentarischen Regierungen die hohen Beamten sich als die eigentlichen Machthaber fühlen. Wie weit dieses Machtgefühl geht, weiß die Nachwelt durch Bismarck, dem es nicht einmal gelang, Holstein aus dem Auswärtigen Amte zu entfernen. Heute machen die höchsten Beamten sogar ihre Beförderungen und ihre Versetzungen unter sich aus; der Wille des parlamentarischen Ministers spielt dabei eine sehr untergeordnete Rolle. Das böse Wort, das deutsche Reich würde heute durch dreihundert Ministerialdirektoren und Staatssekretäre regiert, deren Lieblingsbeschäftigung der Ressortstreit ist, hat einen wahren Kern: es bezeichnet die anarchische Anordnung der derzeitigen Zustände gut. Diese hohen Beamten arbeiten nun unter ganz besonderen Bedingungen: frei von politischer Verantwortung beeinflussen sie tatsächlich die Politik außerordentlich. Durch den Dauerwechsel der parlamentarischen Vorgesetzten sind sie die einzigen Sachkundigen. Daher wollen gerade die Fähigsten unter ihnen auch herrschen. Geschickte wissen sich für ihre Pläne in richtiger Stunde durch die Unterschrift des gehesten Ministers die nötige Deckung zu verschaffen.

Die  
Vertümmung  
der politischen  
Willenskräfte  
beim Beamten

Einerseits lenken sie so den Minister und damit die Geschicke des Reiches. Andererseits bemächtigt sich auch ihrer ein Gefühl der Unsicherheit. Denn sie haben mit verschiedenartigen und entgegengesetzt eingestellten Vorgesetzten zu rechnen. Infolgedessen erhalten sie eine gewisse Farblosigkeit und entwickeln eine Geschmeidigkeit, die, mehr als Taktik, sich dem Wesen mitteilt. Die berühmte mittlere Linie wird ihr Leitsatz: Das „noli tangere“ zum Arbeitsgrundsatz und das „laisser faire, laisser aller“ zum Beruhigungsmittel. Schweren Lagen, die Entschlußkraft verlangen, sind diese Menschen kaum gewachsen. Daß das höhere Beamtentum während der Revolution wie eine Maschine weiterarbeitete, war weniger Tugend als Schwäche. Die Orden wurden eben in den Schubkästen verschlossen, über den Treueid einige schmerzliche Reden gewechselt und der Schuß der Verfassung (der Monarchie) mit Achselzucken als eine Unmöglichkeit erklärt. Daß die Militärbürokratie im Gegensatz zum Truppenoffizier nicht wesentlich verschieden geartet war, muß der Gerechtigkeit halber ebenfalls erwähnt werden. Kritische Augenblicke seit dem Umsturz gab es in Deutschland genug; aber selten hat der deutsche Beamte entscheidend eingegriffen, so brav er sich auch hielt. Meist ging die treibende Kraft von anderen aus und mußte sich gegen ihn durchsetzen. Der Verfasser denkt hierbei an die deutschen Grenzkämpfe nach Kriegsende, deren günstiger Ausgang in erster Linie auf frei sich regende Kräfte zurückzuführen ist. Aus allem erhellt ein mangelndes Verständnis für nationale Notwendigkeiten, Unfähigkeit zu großzügigen Maßnahmen, Mangel an Bereitschaft zum Einsatze. Nur diese Denkart erklärt die bedauerliche Weise, in der Beamte, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit und der Gesinnung, gegen die zahlreichen Kreise verfahren, die sich für das Deutschtum in den Kolonien, an den Grenzen und im Auslande aufgeopfert haben. Ein trübes Kapitel der deutschen Demokratie, über das eine seltene Einstimmigkeit herrscht. Der echte Bürokrat beugt sich nur der Gewalt, die seine Stellung bedroht; demjenigen, welcher sich ihm bittend naht, zeigt er seine Überlegenheit, mag auch tausendmal feststehen, daß jener dem Staate wertvollste Dienste geleistet; dem Staate, den der Beamte vertreten soll. Wehe dem Volke, das den Geheimräten ausgeliefert wird; ihm drohen Revolution und außenpolitischer Zusammenbruch am ehesten. Denn seine feelischen Kräfte, ohne die es nicht zu bestehen vermag, werden von dieser Tyrannei unterdrückt.

Für die äußere Politik bringt die Allmacht des Beamtentums die Gefahr mit, daß sie jeden großen Zug verliert. Ist doch dem Beamten die Erhaltung des innenpolitischen Zustandes seines Volkes eine näher liegende Sorge, als die Durchführung einer großen außenpolitischen Sendung. Bescheidene, aber sichere und gleichbleibende

Verhältnisse sind für ihn reizvoller als völkische Wagnisse. Das soll kein Vorwurf gegen den Stand sein und wird dem einzelnen kaum bewußt werden. Aber der individualistische Zeitgeist geht auch am Beamten nicht spurlos vorüber. Wo jeder nur an sich denkt, kann nicht der Beamte nur an die Gemeinschaft denken. Wo es um Sein oder Nichtsein von Völkern geht, versagt deshalb das Beamtentum als Führung. Es ist nicht gewohnt zu wagen und gewinnt deshalb auch nichts; die Erhaltung des „Status quo“ wird Zweck und Ziel aller Beamtenpolitik; geschichtliche Tat, „Fortschritt“ im Sinne von Entwicklung, werden unmöglich.

Eine weitere Gefahr besteht aber bei der heute ihrem Höhepunkte zustrebenden Entwicklung in der zunehmenden Bedrohung der Beamtenmoral. Auszugehen ist dabei von der geistigen Veranlagung des Durchschnittsbeamten. Durch Parteigunst an einen führenden Posten gelangt, ist er sich bewußt, mit schwindender Parteiunterstützung oder mit Übergang seiner Partei zur Opposition diese führende Stellung verlieren zu können. Die bescheidene Lebenshaltung der höheren Beamten verbietet ihnen im allgemeinen ihre Beteiligung an dem geldbeherrschten Gesellschaftsleben. Gelangt nun ein solcher Beamter auf einen Aufwand erfordernden Posten oder wird er gar Minister, so wird plötzlich seine Lebenshaltung um viele Grade erhöht. Er muß „repräsentieren“, sein Haus, seine Frau können in einer Welt von Geldfürsten keinen kleinbürgerlichen Zuschnitt dulden, es sei denn, daß in ganz seltenen Fällen die geistige Überlegenheit äußere Mängel vergessen läßt. Auf diese Weise wird eine höhere Lebenshaltung zur Gewohnheit, als den Vermögensverhältnissen des Betreffenden entspricht. Mit einemmal verliert dieser hohe Würdenträger sein Amt und soll nun wieder in kleinbürgerliche Verhältnisse sich zurückfinden. Das ist natürlich möglich und wird auch in der Mehrzahl der Fälle durch Selbstüberwindung gelingen. Aber sehr häufig wird, besonders von der Frau unterstützt, der Wunsch erwachen, auch nach dem Verluste der hohen Stellung wenigstens rein gesellschaftlich „oben zu bleiben“. In diesem Zwiespalt kann auch ein sittlich gefestigter Mensch den Halt verlieren.

Die Gefahr der  
Korruption

Der mangelnde Tatwille des Beamtentumes ist nur eine Teilerscheinung des rückschrittlichen Zuges, der allen Rusnießern der modernen Republik eigen ist. Er geht so weit, die Grundsätze des Parlamentarismus, also sein Eigenleben, zu verneinen. Mit welcher Erbitterung kämpfen beispielsweise in Deutschland die Parteien der Mitte darum, die großen Flügelparteien auszuschalten, um stille Diktatur auszuüben. Gerade die Rufe nach Sammlung des Liberalismus verraten unliberalste Gesinnung. Sie bezwecken die Dauerherrschaft der Mitte und die Verewigung ihrer Rusnießerschaft. Sogar die

Der starre  
Konservativismus  
der  
Parlamentarischen  
Demokratie

Mehrheit, nicht nur die Minderheit, soll entgegen dem üblichen liberal-demokratischen Grundgedanken mißbraucht und vergewaltigt werden. Gegen eine vergleichende Betrachtung der deutschen Verhältnisse mit denen des parlamentarischen Musterlandes England wird gewöhnlich eingewendet, in Deutschland gäbe es Weltanschauungsparteien und deshalb lägen hier die Dinge anders. Das System also, das dem Umsturze zum Vorbilde diene, wurde nicht einmal mit seinen guten Seiten übernommen, sondern nur mit seinen Nachteilen. So kommt es zur Herrschaft der Minderwertigen (im Sinne dieses Buches), sogar auf dem Wege der Minderheitsdiktatur: eigentlich die tollste Verkehrtheit, die denkbar ist. Es könnte dem entgegengehalten werden, daß diese Entwicklung das Heraufkommen eines echten Führertums schon andeute; eines Führertums, das bewußt auf die Grundlage der Mehrheit verzichtet und, nur auf sich selbst gestellt, um allgemeine Anerkennung werbe. Aber dieses System verzichtet in Wahrheit gar nicht auf die Zahl, es erschleicht nur gewissermaßen die Mehrheit durch geschicktes Ausspielen der Flügelparteien gegeneinander. Von Führertum im sittlichen Sinne kann, abgesehen von den oben angestellten grundsätzlichen Erwägungen, schon deshalb nicht gesprochen werden, weil diesem System jedes sittliche Verantwortungsbewußtsein mangelt. Mag der einzelne Führer auch ethisch gesinnt, d. h. keiner unsittlichen Handlung fähig sein; das ändert nichts an der bedauerlichen Tatsache, daß die soziale Ethik, die der Verantwortungsbereitschaft, vollkommen fehlt. Denn dazu gehört der Mut, gegen den Strom zu schwimmen: das ist aber bei diesem System unmöglich, weil auf Schwäche aufgebaut. Nur dauernde Nachgiebigkeit nach allen Seiten, nur innerer Ausgleich, getragen vom Bestreben, auch den minderwertigsten Ansprüchen gerecht zu werden, hält diese Führer an der Spitze.

Der autoritätslose  
Staat,  
der Polizeistaat  
mit demokratischen  
Vorzeichen

Die Autorität, welche der heutige Staat verlangt, ist in Wahrheit erzwungener Gehorsam, von keiner inneren Bereitwilligkeit erleichtert. Denn Autorität darf nicht beurteilt werden nach dem Grade, in welchem die Einzelfreiheit gefesselt wird, sondern nach dem Maße, in welchem freiwillige Unterwerfung unter sie stattfindet. Autorität in diesem Sinne ist ein geistiger Begriff und kein polizeilicher. In der alten Armee, deren Disziplin auf dem sogenannten „Kadavergehorsam“ aufgebaut war, herrschte viel mehr innere Bereitschaft, als der heutige Staatsbürger gegenüber der „selbstgewählten“ Regierung aufbringt. Dort lebte eben der im Gefühle wurzelnde Gedanke des freiwilligen Dienstes. Im heutigen Staate hält nur noch die Furcht vor Strafe die einzelnen im Zaume. Ist das verwunderlich, wo jedermann weiß, daß „Geschäft“ und Staatsführung aufs innigste verknüpft sind, daß Partei (also Interessenverband) und Staat sich decken: Autorität entsteht immer aus Abstand, den die Führer gesellschaftlich von den

Geführten zu halten vermögen. Dann aber auch aus jenem, den die Staatslenker von den Interessengruppen bewahren. Führerachtung schaffen Gefühl und Gewißheit, daß einer sie beansprucht, der über alle Interessen erhaben ist. Da aber das Volksbewußtsein heute mit Recht in der entgegengesetzten Vorstellung sich bewegt, kann wahres Autoritätsgefühl überhaupt nicht erwachsen.

Ein bekannter Staatsmann hat einmal gesagt, der Inhalt wilhelminischer Politik lasse sich auf den Grundsatz zurückführen: „Nur den Feind nicht reizen“. Unter diesem Grundsatz steht heute nicht nur die Außen-, sondern auch die Innenpolitik. Eine bedenkliche Bereitschaft zu Schönfärberei und Vertuschung von Schwächen geht durch das Ganze. Alle Wunden, die irgendwo bluten, nur schnell verpflastern! Ob sie unter dem Verbande eitern und den ganzen Körper zu zerstören drohen, ist gleichgültig; die endgültige Heilung überläßt man gern den Enkeln, die auch noch etwas tun sollen. Nie wird das Übel an der Wurzel angefaßt. Nur das äußere Schönheitsbild ist Gegenstand der Sorge. Die eifrigsten Anhänger dieser oberflächlichen Heilkünste sind die Parteien selbst. Läßt einer aus der den Staat beherrschenden Klique sich etwas zuschulden kommen, dann darf ja kein Aufheben davon gemacht werden. Verbrechen, die ein gewöhnlicher Sterblicher in Strafanstalten zu sühnen hätte, werden vertuscht. Hochverratsverfahren in traulicher Stille niedergeschlagen. Aus der rechtlichen Straflosigkeit der „Volksvertreter“ wird die tatsächliche. So entsteht allmählich ein Gedanke, der neuerdings in Asphaltromanen verherrlicht wird: das Vorbild des „Mannes ohne Gesetz“.

Das alles geschieht unter der Flagge des Fortschrittes. In geschichtlichem Sinne gibt es natürlich keinen Fortschritt, sondern nur Entwicklung. Soll aber jenes Wort überhaupt etwas besagen, dann nur, daß der Mensch sich immer mehr dem göttlichen Wesen, sittlicher Vollendung annähere. Die tatsächliche Unmöglichkeit, dahin zu gelangen, wird vorausgesetzt. Bei Anerkennung einer Fortschrittsmöglichkeit in diesem Sinne muß nach den bisherigen Darlegungen als unbestreitbar gelten, daß unsere Zeit nicht im Zeichen des Fortschrittes, sondern des Rückschrittes steht. Denn zunächst ist dieser Fortschritt bedingt durch die Erstehung Auserwählter, die das Allzumenschliche in sich bis zum höchstmöglichen Grade überwunden haben. Sodann aber muß ihr Vorbild zwingend und herrschend werden. Es ist ein Märchen, daß der Mensch von Natur gut sei und alle Menschen sich darin glichen. Zu allen Zeiten war es Aufgabe der Hochwertigen die niedrig Veranlagten mitzureißen. Ja, es muß gesagt werden: auch unter Anwendung von Gewalt. Was wäre aus dem Abendlande geworden, hätten nicht die Legionen Cäsars, hätten nicht die großen Herrscher des frühen Mittelalters der Kultur

Die Immunität der  
führenden Klique

Verzicht des  
Staates auf seine  
erzieherische  
Aufgabe

das Schwert geliehet? Was würde aus dem Einzelmenschen, gäbe es nicht eine Erziehung, die, auch mit Strenge, die Unterdrückung tierischer Triebe im Menschen bis zu dem Grade durchführte, welcher den so erreichten höheren Zustand zur freudigen Gewohnheit macht? Das liberale Erziehungsideal der Erziehung ohne Züchtigung konnte nur in wirklichkeitsfremden Köpfen entstehen, welche in der sokratischen „Einsicht“ das Hindernis unsittlicher Handlungsweise erblickten. Jeder erfahrene Mensch weiß aber, daß die Beseitigung der Zucht den Kampf Aller gegen Alle zur Folge hätte. Dieses wirksame Erziehungsmittel ist heute fast abhanden gekommen. Irgendwo regen sich in der modernen Gesellschaft immer Interessen, die sich geschädigt fühlen, wenn die Zuchtrute vom Staate gehandhabt würde. So hebt nicht der Edle und Starke durch Vorbild, und wenn es sein muß mit Strenge, sondern das Gegenteil ist der Fall: die Masse, dem Gesetze der Schwerkraft gehorchend, sinkt immer tiefer und zieht die, welche Führer sein sollen, mit herab. Am Ende werden auch die wahren, großen Führernaturen erstickt und vernichtet.

**Einfluß des staatlichen Lebens auf den Volkscharakter**

So wird das Gesicht der abendländischen Menschheit immer starrer, ihre Seele immer kälter. Aber stolz wirft sich der zivilisierte Mensch in die Brust und faselt vom Fortschritte des Menschengeschlechtes, weil er keine Treppe mehr hinaufzusteigen braucht, weil er in den Polstern des Kraftwagens durch die Landschaft rasen kann und weil er Börsenberichte drahtlos zu empfangen vermag. Gewiß hat der Geist, aus dem die moderne Zivilisation entsprang, zur englischen Weltherrschaft geführt. Aber daraus kann nicht gefolgert werden, daß jener Geist für das 20. Jahrhundert und für das deutsche Volk noch gestaltende Kraft besitzt. Denn England stand schon vor 200 Jahren politisch dort, wo heute kaum die Deutschen stehen; es ist merkwürdig, daß gerade die Leute die Macht der Zeit leugnen, welche sonst in biologischen Gedankengängen zu Hause sind. Sodann aber ist der englische Mensch nicht der deutsche Mensch. England bekam sein heutiges Gesicht vom Calvinismus, der eine so starke Abwandlung des deutschen Protestantismus darstellt, daß beide Religionen grundverschieden auf ihre Anhänger wirkten. Während Luther in der Freiheit nur die Freiheit vom geistigen Dogma verstand und damit die Bahn für Kant, Goethe und Schiller freimachte, während er dem deutschen Menschen ungeheuere Selbstverantwortung, aber auch grenzenlose geistige Freiheit ließ, schuf der Calvinismus zwingende Dogmen. Deren gestaltende Kraft hüllte den englischen Menschen in jenes Gewand praktischer Ethik, das unter dem Namen „Puritanismus“ der angelsächsischen Welt ihr Gepräge gab. Äußere Freiheit kann in beliebigem Maße gewährt werden, wenn die mit ihr Ausgestatteten aus gleicher sittlicher Anschauung heraus das

Gleiche wollen. Aber einem Volke, das aus Millionen kraft Veranlagung unterschiedlicher und ungleicher Einzelwesen besteht, noch dazu die äußere Freiheit gewähren, heißt: den Kampf Aller gegen Alle heraufbeschwören. Entweder: geistige Freiheit oder gesellschaftliche. Beide gleichzeitig führen zu völkischer und staatlicher Selbstvernichtung. Die Deutschen nennen die Engländer ein Krämervolk; fraglich, ob sie nicht im Begriffe sind, krämerhafter zu werden als jene. Der englische Kaufmann ging nicht so sehr der Rente nach, als herrschaftlicher Eroberung. Ihm folgte der englische Krieger. Fehlt aber dem Kaufmanne der politische Rückhalt an seinem Volke, so ist er gezwungen, sich den Auslandsmarkt nicht zu erkämpfen, sondern durch Überredungskunst, wirtschaftliche Leistungen und Berissenheit zu erschleichen. Das Händlerische wird dadurch im inneren Wesen vorherrschend. Hierher gehört die neudeutsche Losung von der Wirtschaft, als der einzig übriggebliebenen Kraftquelle des deutschen Volkes. Heißt dies, daß das deutsche Volk sich die Art und Weise des jüdischen zu eigen machen soll, mit dem Erfolge, daß — auf weite Sicht hinaus — das deutsche Volk wieder gewaltsam zurückgedrängt würde? Darüber mehr im außenpolitischen Teile dieser Darstellung.

### Die Möglichkeit neuer Wege

Nachdem mit Deutschlands öffentlichen Zuständen derart ins Gericht gegangen werden mußte, stellt der Verfasser die Frage, wie diese Übel zu beseitigen seien. Alle rufen, so kann es nicht weitergehen; kommt aber einer und will ändern, so erhebt der Chor der Bedenklichen seine Stimme und zur allgemeinen Überraschung wird festgestellt, daß alles doch eigentlich nicht so schlimm und der bisherige Weg noch der gangbarste sei. Schon allzu stark sind die Nutznießer dieses Systems geworden; Ausschaltung der Interessen erscheint unmöglich, da sie die Macht des Staates in Händen haben. Also bliebe alles beim Alten?

Die Revolution  
im Geistigen

Genau befehen gibt es nur zwei Möglichkeiten einer Veränderung: die eine, daß die im Volke schlummernde Anzufriedenheit, die in ihm lebendige Sehnsucht nach Führung einen Führer entstehen läßt. Daß dieser dann kraft seiner verklärten Persönlichkeit den Mut aufbringen könnte, die Hydra der Selbstsucht zu köpfen. Ob das kühle und nüchterne deutsche Volk diesen Weg zu gehen vermag, kann weder bejaht, noch verneint, höchstens bezweifelt werden. Die Zukunft wird es zeigen; schwache Ansätze in dieser Richtung haben bisher mit kläglichen Enttäuschungen geendet. Den anderen Weg beschreitet dieses Buch, wenn es, wenigstens der geistigen Oberschicht klar machen will, wohin

die Entwicklung der Zeit drängt. Wenn es die Richtlinien andeutet, nach welchen der neue deutsche Mensch Stellung zu allen Fragen gemeinsamen volkhaften Lebens gewinnen kann. Sicherlich ist dieser neue deutsche Mensch in seinen seelenhaften Voraussetzungen schon vorhanden und als Grundform geprägt. Nur hat die in ihm aufgespeicherte revolutionäre Kraft noch nicht ihren bewußten Ausdruck durch Herausarbeitung klarer Ziele erhalten. Der Verfasser hat das Aufkommen einer neuen seelischen Zuständlichkeit auf das Kriegserlebnis zurückgeführt.

Winnig und  
Sombart über das  
„Proletariat“

Nun gibt es auch Meinungen, die nicht im rein seelischen Erlebnis die Ursache einer Umkehr sehen, sondern in gesellschaftlichen Neuschichtungen oder sozialen Strömungen. August Winnig hält das heranwachsende „Proletariat“ für das große Menschenbecken, aus dem die Führer eines im Übersinnlichen verwurzelten, der Gemeinschaft sich verantwortlich fühlenden deutschen Geschlechtes erstehen könnten; er betrachtet auch das „Proletariat“ als die entscheidenden Gefolgsmassen dieser neuen Führung. Manches spricht für diese Auffassung. Denn kein Zweifel kann bestehen, daß der händlerisch-materialistische Zug in der Arbeiterschaft schwächer ist, als bei den heutigen Führern des Parteisozialismus und der sogenannten Bourgeoisie, aus der ja dieses Führertum geistig gekommen ist. Dagegen lehnt Sombart diese „Milieutheorie“ als zu einseitig ab und betont, daß der heroische Zug ein solcher des Blutes sei und der Mangel an heroischer Lebensauffassung bei der Bourgeoisie des Abendlandes und insbesondere Deutschlands auf die Blutsmischung mit dem jüdischen Händlerblute zurückzuführen sei. Sicher ist — abgesehen von jener nicht verstandesmäßig zu begründenden geistigen Umkehr, die in diesem Buche angenommen wird — ein Zusammenklang zwischen Winnig und Sombart möglich: der Aufstieg proletarischer Kräfte findet eben aus einer Schicht statt, die in ihrer Gesamtheit auch blutsmäßig fast keine Mischung mit händlerisch veranlagten Bestandteilen aufzuweisen hat. Insofern können Winnigs Hoffnungen auf die seelischen Kräfte des Arbeitertums durchaus geteilt werden.

Die natürlichen  
Grenzen der  
Programmatik

Der allmählich seiner Eigenart sich bewußt werdende neue deutsche Mensch kann sich auf verschiedene Weise durchsetzen. Einmal durch sein Dasein, das als bloße Tatsache im öffentlichen und kulturellen Leben seine Wirkungen haben wird. Aber es genügt nicht, einfach dem Wachstum einer neuen geistig-seelischen Zuständlichkeit alles zu überlassen. Vielmehr muß eine ganz bestimmte Einstellung zu allen Fragen des geistigen, insbesondere aber des politischen und sozialen Lebens vorhanden sein, damit rückwirkend, durch Umgestaltung des heutigen Staates, der Durchbruch einer neuen Menschwerdung beschleunigt werde; denn der allgewaltige Staat ist in seiner heutigen



Gestalt ein wesentliches Mittel geworden, das Aufkommen einer neuen geistig-seelischen Zuständlichkeit, zum mindesten in den Massen, zu begünstigen. Diese Wechselwirkung wird als feste Annahme vorausgesetzt; sonst wäre ja jede weitere Programmarbeit dieses Buches überflüssig. Getrost könnte die Zukunftsentwicklung dem selbsttätigen Wirken des neuen deutschen Menschen überlassen bleiben. Auf der anderen Seite aber kann in den neuen deutschen Menschen das Vertrauen gesetzt werden, daß er zu seinem Ziele gelangt. Deshalb kann sich der Verfasser eine Selbstbeschränkung dahin auferlegen, als er nur die allgemeine Marschrichtung, welche der neue Deutsche aus geistiger Zwangsläufigkeit einschlagen dürfte, andeutet. Sein gestaltendes Wirken kann dem Wachstum der Geschichte vorbehalten sein. Nur so kann ein zukunftsdeutendes Buch Irrgänge vermeiden. Dabei liegt ein Vergleich nahe: Menschenalter hindurch wurde an gotischen Domen gebaut, die Pläne wurden vielfach geändert. Und trotzdem entstand ein überwältigend Einheitliches, weil die grundlegende Geistigkeit, der wirkende Sinn in eine Richtung gingen. So auch hier. Es kann gezeigt werden, wohin das junge Deutschland streben soll. Es kann aber nicht ein Verfassungsentwurf vorgelegt werden, der Stück für Stück in geltendes Recht zu verwandeln wäre; ganz abgesehen davon, daß es auch Gesetzesentwürfe gibt, die, obwohl fein durchdacht, nicht die soziale Kraft besitzen, das Gemeinschaftsleben wirklich zu regeln. Ist die geistige Grundrichtung vorhanden, wirken wahrhafte, allgemein anerkannte Führer in dieser Richtung, so wird der Gedanke auch Tat werden. Ja, es gilt noch bescheidener zu sein! Vielleicht findet das tätige Leben Formen, die auch ahnungsrichtige Vorschau und folgerichtige Durchdenkung kaum bestimmen können.

Dem Menschen des Mittelalters war die Eingliederung in die Gesellschaft, das Zurücktreten des einzelnen hinter der Gemeinschaft Selbstverständlichkeit, so daß er gar nicht dazu kam, Individual- und Gemeinschaftswert gegeneinander abzuwägen. Der Einzelne war ein Teilchen des Universums und stand daher fest in der Gesellschaft. Was im Mittelalter aufgebaut, in die Neuzeit hinübergerettet war, brach mit der französischen Revolution endgültig zusammen. Der Universalismus des Mittelalters war dem Individualismus gewichen, der zunächst im Polizeistaate und dann in der modernen Demokratie politische Gestalt gewann. Unsere Zeit sieht das Sterben des modernen Individualismus. Sie kehrt aber nicht mehr zu den überindividualistischen Formen des Mittelalters zurück, sondern trägt gewissermaßen die Errungenschaften des Individualismus hinüber in die neue Zukunft. Sie mauert das Einzelwesen so, wie die letzten Jahrhunderte es geformt haben, in die Grundfesten eines neuen Gemeinschaftsbaues. Trat im Mittelalter der Mensch gegenüber dem

Der Unterschied  
zwischen dem Über-  
individualismus  
des Mittelalters  
und dem der  
Zukunft

Universum von vorneherein zurück, so stellt er sich heute bewußt in den Hintergrund, um kraft Erkenntnis der übergeordneten Wertreihe Raum zu geben für den neu sich bildenden Mythos der Gemeinschaft.

### Neubildung der Gesellschaft

Ansätze zu neuer Gesellschaftsbildung sind vorhanden. Überall tasten Versuche in dieser Richtung. Nur an das wachsende Vereinsleben, auch auf rein geistigen Gebieten, sei erinnert. Während der Revolution sollte mit der Rätebewegung der Individualismus überwunden werden, wohl die einzige Äußerung revolutionärer Fruchtbarkeit. Versuche zur Verwirklichung des Rätegedankens erlagen der größeren Stärke des westlich-liberalen Geistes. Trotzdem kämpften die großen Berufsverbände geschlossen um den Einfluß im Staate weiter. Heute üben sie ihn mittelbar auf dem Umwege über die Partei aus: natürlich eine Verirrung des berufsständischen Gedankens. Auch der Streit um den Reichswirtschaftsrat, der in seiner heutigen Gestalt weder sterben noch leben kann, verstummt nicht. Die Rufe nach berufsständischer Ordnung mehren sich. Darüber sind eingehende Betrachtungen aus anderen Federn, besonders der Brauweilers, erschienen; es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, auf Einzelheiten einzugehen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß neue gesellschaftliche Bindungen geflochten werden. Dazu gehören auch die Zusammenschlüsse des Frontkriegerturns, das auch nach dem Kriege liebgewordene Kameradschaft nicht lassen will. Als Folge wird die Entstehung einer neuen Führerschicht erkennbar, einer Führerschicht jenseits der Parteien.

#### Die Berufskände

Diese gesellschaftliche Neubildung wird aber niemals zur Entstehung verantwortungstragender Körperschaften führen, solange sich die Berufsverbände begnügen, günstigstenfalls auf dem Wege mittelbarer Beeinflussung von Staat und Partei eine Art Nebenregierung auszuüben. Insbesondere auch dann nicht, wenn der Staat, d. h. die Parteien, ihre ablehnende Haltung beibehalten und die staatliche Allmacht verteidigen. Es muß also der Staat dahin beeinflusst werden, daß er zunächst die Bildung gesellschaftlicher Körperschaften unterstützt und darüber hinaus sie zu allgemeinen Einrichtungen macht. Vom Handwerk beispielsweise wird lebhaft befürwortet, die Zwangsinnung reichsgesetzlich vorzuschreiben. Was hier und bei den Rechtsanwälten möglich ist, kann bei allen Berufen geschehen. In den Landwirtschaftskammern, Handelskammern, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften sind die Grundlagen berufsständischer Vertretung von Landwirtschaft, Handel und Industrie gegeben. Was daneben noch

an reinen Interessenverbänden vorhanden ist, wird überflüssig in dem Augenblicke, da die Zugehörigkeit zur berufsständischen Körperschaft gesetzliche Pflicht ist. Ohne Zweifel würde bei kühner Überwindung liberalen Gedankengutes das tätige Leben alle Schwierigkeiten besiegen. Schon heute gibt es gegenüber den großen Berufsverbänden für den Einzelnen keine freie Wahl mehr; denn, wo gesetzlicher Zwang fehlt, da setzt entweder der wirtschaftliche Zwang oder der Druck der Berufsgenossen ein. Aber wie das Wahlrecht des Liberalismus meist vor der Wahlpflicht zurückschreckte, so bleibt seine Vereinsgesetzgebung beim Koalitionsrecht stehen, statt zur Koalitionspflicht überzugehen. Hier wäre einzusetzen!

Auf Grund ihrer Berufstätigkeit können sämtliche Menschen Deutschlands in die Gesellschaft eingebaut werden. Mit zunehmender Arbeitsteilung beginnt der arbeitende Mensch immer mehr sich zu lösen von den natürlichen Gemeinschaften, Familie und Sippe, Haus und Gemeinde. Der Weg von der geschlossenen Hauswirtschaft zur modernen Volkswirtschaft führt, was die Arbeitstätigkeit anlangt, immer mehr zur Vereinzelung; diese gilt es daher zu überwinden. Durch Zurückführen des einzelnen in die ursprünglichen Gemeinschaften geht das nicht. Auf das wirtschaftliche Gebiet läßt sich das Gesetz menschlicher Blutsverbundenheit nicht übertragen. Denn die Erwerbstätigkeit braucht zwar nicht die ganze menschliche Vernunft zu beherrschen, aber sie wird immer von Vernunft beherrscht werden. Deshalb ist hier ausnahmsweise der umgekehrte Weg erlaubt: vom einzelnen zur Gemeinschaft. Denn der einzelne Schaffende ist einmal die kleinste Arbeitseinheit. Insofern herrscht auf wirtschaftlichem Gebiete auch Gleichheit der einzelnen, als jede Arbeit ihre Würde hat. Es bleibt also nur übrig, aus der Gemeinsamkeit der Tätigkeit zur Gemeinschaft der Tätigen zu gelangen. Das ist der Berufsstand. In ihm haben alle, die im gleichen Berufe stehen, gleiches Recht. Das ist jetzt keine Vergewaltigung der Wirklichkeit, wie die demokratische Gleichheitsforderung. Hier kann das gleiche allgemeine Wahlrecht, weil natürlich, der Wahl berufsständischer Vertretungen zugrunde gelegt werden. Wenn überhaupt, so hat hier der Ruf nach Freiheit und Gleichheit seine Berechtigung. Darum wurde die Bauernbefreiung auch sein einziger wirklicher Sieg. Hier ist annähernd reine Demokratie denkbar.

Die Durchführung des berufsständischen Gedankens würde eine wesentliche Veränderung der geistigen Einstellung in den Gewerkschaften und sonstigen Berufsverbänden herbeiführen. Denn sie würden so aus der Stellung nur Fordernder in die auch Verpflichteter hinanzuwachsen. Wenn auch der Fascismus diesen Gedanken verfälscht hat, so ist Mussolini doch nicht abzustreiten, daß er ihn in seinem Be-

Pflicht und Ehre  
des Berufsstandes

streben, aus den Gewerkschaften eine Pflichtvertretung zu machen, erfaßt hat. Es ist ein Unterschied zwischen dem Zusammenschluß zur Wahrung des Vorteils und dem Berufsverbände, der, den ganzen Berufsstand umfassend, gleichmäßig wacht über die Pflichten des einzelnen gegenüber dem Berufe wie über die Rechte des einzelnen auf Grund seiner Arbeitsleistung. Die Ehre eines Berufes wird so unter die Obhut einer Körperschaft genommen; und es ist nicht so sehr das Schicksal des einzelnen, das sie kümmert als die Sorge, daß durch gesellschaftlichen Abstieg eines Mitgliedes der Berufsgedanke als solcher leiden könnte.

Die Sachlichkeit  
wahrer  
Selbstverwaltung

Die Zwangsgewerkschaft, welche anerkannte Berufsvertretung geworden ist, braucht nicht mehr um die Gunst ihrer Mitglieder zu werben; sie erliegt also niemals den Gefahren demagogischer Verlockung, die doch für die heutige Gewerkschaftsbewegung noch lange nicht endgültig beseitigt sind. Die berufsständische Zwangskörperschaft kann infolgedessen sachlicher arbeiten, als der freiwillige Verband. Dazu aber noch ein Wesentliches: In der deutschen Verfassung ist die Freiheit des Zusammenschlusses dem einzelnen gewährleistet. In einer künftigen Verfassung müssen die Rechte der Verbände festgestellt werden. Denn die Körperschaften als solche müssen Träger bestimmter Rechte werden und das Gemeinschaftsleben regeln. Recht ist allemal Gemeinschaftsregelung. Nur dadurch, daß im völkischen Gesamtleben diesen so ausgebauten berufsständischen Körperschaften ganz bestimmte Rechtsbezirke vorbehalten werden, daß sie also Selbstverwaltungsrecht erhalten (das in gewissen Anfängen heute schon vorhanden ist), erfolgt der Einbau des einzelnen in die Gesellschaft. Er ist nur möglich auf dem Wege über die ständische Körperschaft, niemals durch das Schemen des Stimmzettels. Selbstverständlich kann von einem Self-Government im englischen Sinne vorläufig nicht gesprochen werden. Denn in England hat der Staat nie die Allgewalt gehabt wie in Deutschland. Selbstverwaltung ist dort etwas Gewachsenes, während sie in Deutschland zunächst Rechtsübertragung bedeutet: Wo nur der Staat Recht schöpft, kann es kein staatlich vorgefundenes Recht geben. Der Staat muß deshalb auf eine ganze Reihe angemachter Rechte verzichten und sie an die so entstehenden Selbstverwaltungskörper abgeben. Selbstverständlich wird nicht jeder Berufsstand Selbstverwaltungskörper in diesem Sinne werden können; es wird vielmehr für bestimmte Zwecke die Zusammenfassung mehrerer Berufsstände zu einer höheren Einheit erfolgen müssen. Ist doch denkbar, daß für viele soziale Aufgaben Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam handeln.

Die Reichsstände-  
kammer

All das, was irgendwie in den Berufen geleistet wird, pflegt unter dem Sammelbegriff „Wirtschaft“ zu erscheinen. Diese Wirt-

schaft muß zusammengefaßt werden und eine Spitze bekommen. Das kann der heutige Reichswirtschaftsrat nicht. An seine Stelle muß die Reichsständekammer als Spitze wirtschaftlicher Selbstverwaltung, nicht als Organ des Staates treten. Daß in einem solchen Gebilde eine Vertretung sogenannter Verbraucher nichts zu tun hat, ist selbstverständlich. Nur individualistisches Denken, das die Sorge um das Wohl des einzelnen wieder einmal über alles andere stellte, konnte auf den Abweg geraten, in einer Wirtschaftsvertretung eine Verbraucherpartei zu dulden. Als ob Essen und Trinken eine wirtschaftliche Tätigkeit wäre! Alle Gesetzgebung wirtschaftlicher und sozialer Natur könnte von der Reichsständekammer ausgehen. Da in ihr alle beruflich Tätigen auf demokratischer Grundlage vertreten sind, ist mit einer Verletzung von Staatsinteressen ernsthaft nicht zu rechnen.

Dem Staate verbleibt die Wirtschaftspolizei. Weiterhin wird der Richter regelnd eingreifen und entscheiden, wo irgendwelche Interessenverletzung behauptet wird. Jede Sondergerichtsbarkeit ist indessen abzulehnen. Man mag ein eigenes Selbstverwaltungsrecht der Wirtschaft schaffen. Die Pflege dieses Rechtes aber darf nicht eigenen Gerichten unterstellt werden, sondern dem unabhängigen und vom Staate in dieser Unabhängigkeit geschützten, ordentlichen Gerichte. Selbstverständlich ist auch, daß die Zoll- und Handelsvertragsgesetzgebung der Staat behält, da volkspolitische Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle hierbei spielen. Der Ausgleich der Wirtschaftsinteressen innerhalb des Zolltarifs kann aber ruhig der vorbereitenden Arbeit der Reichsständekammer überlassen bleiben.

Der Staat als  
Wirtschaftspolizei

Ist so der Zankapfel der Wirtschaft aus dem staatlichen Leben entfernt, so verliert der Staat sein heutiges Aussehen als Sammelplatz der Interessen. Er gewinnt dafür an Ansehen. Denn die Aufsicht über die verschiedenen Selbstverwaltungskörper und sein Recht, die Einhaltung der von den Berufskörperschaften und den Wirtschaftskammern beschlossenen Gesetze zu überwachen, heben den Staat über den Interessenstreit hinaus und weisen ihm eine überlegene Schiedsrichterrolle zu.

Selbstverständlich muß auch die ganze Sozialgesetzgebung gewissermaßen auf das Gebiet der Selbstverwaltung abwandern. Daß von der Wirtschaft selbst die sozialen Aufgaben schlechter erfüllt würden als vom heutigen Staate, ist keineswegs zu befürchten, wenn man unter Wirtschaft die zusammengefaßte Arbeitnehmer- und Arbeitgeberchaft versteht und nicht, wie heute, nur die letztere. Ist die Zusammenfassung aller Wirtschaftskräfte in einer lebensstarken Gliederung erfolgt, so dürfte die Kraft zu sozialem Handeln nur wachsen. Denn eine solche Arbeitsgemeinschaft würde sachlichere Sozialarbeit

Soziale  
Selbstverwaltung

leisten als die heutige Parteipolitik, bei der demagogische Bedürfnisse und politische Hintergedanken sehr oft einfache Lösungen künstlich erschweren. Welche Entlastung würde es für das politische Parlament bedeuten, wenn die Beratung und Beschließung aller sozialen Gesetze nicht mehr zu seiner Zuständigkeit gehörten! Die Entgiftung des politischen Lebens wäre die Folge. Für die Behandlung nationaler Lebensfragen würden schöpferische Kräfte frei. Arbeitsrecht und Versicherungsrecht gehörten dann zur Selbstverwaltungsgesetzgebung. Die staatliche Tätigkeit, die zur Erledigung all dieser Aufgaben notwendig wurde, könnte teilweise abgelöst werden durch ehrenamtliche. Dazu aber auch durch Kräfte, die nicht aus der Bürokratie kommen, sondern aus der Wirtschaft. Denn die berufsständischen Körperschaften würden ihre besten Leute zur Vertretung ihrer sozialen Interessen vorschicken. Dadurch gewänne die Behandlung aller Vorlagen nur an Sachlichkeit. Ist doch schon heute Erkenntnis aller modernen Sozialpolitiker, daß es falsch war, das Versicherungswesen in der Hauptsache staatlich aufzubauen. Dadurch wurde der Klassenkampf nur verschärft: die Wirtschaft bediente sich wohl des gesunden und arbeitsfähigen Arbeiters, die Fürsorge für den kranken und invaliden überließ sie aber dem Staate. Da dieser nicht hinreichend für den Arbeitsunfähigen sorgen konnte, so mußte zu dem Hass des Arbeiters gegen den Unternehmer noch der gegen den Staat hinzukommen. Nur auf diesem Boden konnte die Lehre vom Klassenstaat gedeihen. Selbstverständlich war auch die Rechnung der Arbeitgeberschaft falsch; sie vergaß, daß die Klassen des Staates nur gefüllt werden konnten aus ihren eigenen Taschen. Heute, da man in der volkswirtschaftlichen und steuerwissenschaftlichen Betrachtungsweise fortgeschritten ist, wird diese Selbsttäuschung zugegeben; man weiß, daß alle Ausgaben, ganz gleich, wer sie macht, am Ende doch nur aus der Quelle bestritten werden, die wirklich Werte hervorbringt: der schaffenden Wirtschaft. Die Überbürdung aller Lasten des Sozialtats auf die Wirtschaft würde nur eine Veränderung des Versorgungsweges bedeuten. Alle Gelder, die auf dem Umwege über den Staat sozialen Aufgaben zugewandt werden, würde die gegliederte Wirtschaft mittels der Selbstverwaltung dem nämlichen Zwecke zuführen. Zwei Vorteile hat dieses Verfahren im Gefolge: die soziale Fürsorge arbeitet billiger und zweckmäßiger und eine geistige Umstellung des Arbeiters findet in zweifacher Hinsicht statt: Er kann den Staat nicht mehr für seine persönliche Wirtschaftslage verantwortlich machen und damit wird die Ursache seiner Staatsfeindlichkeit beseitigt. Aber auch sein Gegensatz zum Unternehmer gerät ins Schwinden. Und zwar aus der einfachen Überlegung heraus, daß er eine Wirtschaft, deren eingefügtes und verantwortliches Glied er ist, die ihn im Falle der Arbeitsunfähig-

keit weiter erhält, nicht mehr bekämpfen kann. Denn sonst verstopfte er die Quelle, aus der er jetzt offenkundig, und nicht wie bisher auf Umwegen, schöpft.

Eine verderbliche Folge, die sich nach dem Versailler Vertrage zeigte, sei nur kurz erwähnt: die Abwanderung des deutschen Staatsversicherten aus den abgetretenen Gebieten. Er folgte seinen Rentenansprüchen. Wäre die Versicherung Sache der wirtschaftlichen Selbstverwaltung in verständiger Dezentralisation gewesen, so wäre es nicht zu jener vielbeklagten Erscheinung gekommen, die nur Unsegen gebracht hat: dem blutleer gewordenen verbliebenen Deutschland der abgetretenen Gebiete, dem Reiche wegen gesteigerter Lasten bei verschämelter Wirtschaftsgrundlage und damit auch der Wirtschaft und nicht zuletzt den abgewanderten deutschen Arbeitern und Angestellten, welche im Reiche nur notdürftig unterkamen.

Ungeedeutet soll werden, daß auch die Aufhäufung von Geldern in der Staatskasse ihr natürliches Ende finden und mit der Schaffung eines großen Wirtschaftselbstverwaltungskörpers auch der so oft behandelte Plan der Bildung von Steuergemeinschaften verwirklicht werden müßte. Darauf wird im wirtschaftlichen Teile dieses Buches noch zurückzukommen sein.

Mit der Anerkennung der sogenannten Elternschaftsrechte bei der Kindererziehung, wo durch die großen Kulturgemeinschaften schon heute keine geringe Rolle spielen, ist der Weg gezeigt, auf welchem die mißliche Stellung des Staates in Fragen der Schulgesetzgebung beseitigt werden kann. Denn es ist ein Widersinn zu glauben, daß der Staat als solcher Kultur erzeugen könne. Kultur zu schaffen, ist Gnade der großen Schöpfernaturen, die einem gesunden Volkstume immer erwachsen. Mehr als ein gewisses Mäzenatentum vermag der Staat kaum zu bieten; aber nur eine starke Persönlichkeit kann Kultur fördern. Bei der Bürokratie wird daraus eine Günstlingswirtschaft, die peinlich wirkt. Was für das Verhältnis des Staates zur Kultur allgemein gilt, ist auch auf die Übermittlung der Kulturgüter auf den Nachwuchs anwendbar. Der Staat hat, genau genommen, nur staatliche Zwecke bei der Erziehung der Jugend zu vertreten. Er kann den Erwerb bestimmter Kenntnisse und Fertigkeiten als Voraussetzung des Staatsbürgertums von der Erziehung verlangen. Dazu mag vielleicht gehören, daß der Staatsbürger lesen und schreiben kann, daß gewisse Kenntnisse über Entwicklung und Geschichte des eigenen Landes, des eigenen Volkes und des eigenen Staates vorhanden sind, und daß endlich ein gewisser Grad körperlicher Gewandtheit und geistiger Zucht erstrebt wird. Im rein erzieherischen Sinne mag er auch die Forderung nach Erweckung staatsbürgerlicher Besinnung erheben. Das sind alles Dinge, die in einem Rahmenschulgesetz

Kulturelle  
Selbstverwaltung

festgelegt sein mögen. Aber die Erziehung zu sittlichen Menschen — der höchste Erziehungsgedanke — liegt jenseits staatlicher Möglichkeiten. Sie ist Wille und Tat eines ganz bestimmten Weltanschauungskreises. Bestimmend für die Erziehung des einzelnen Kindes sind die Eltern. Denn ihr Erziehungsrecht ist ein natürliches, weil durch Blutsbände gegeben. Immer wird die weltanschauliche Grundeinstellung der Eltern entscheidend sein für die Erziehung des Kindes. Dabei sind vorbauende Maßnahmen denkbar als Vorkehr gegen mangelndes erzieherisches Gewissen in besonderen Fällen. Auch heute gibt es in Wahrheit keinen erzieherischen Eigenwillen des Staates; es sind vielmehr gewisse Weltanschauungskreise, die in den verschiedenen Parteien Rückhalt genießen und im Parlament sich über Inhalt und Form der Schule einigen. Aber auch hier entsteht die Frage, ob nicht eine unnötige Vergiftung der Politik durch das Hereinspielen kultureller Gegensätze stattfindet.

Dezentralisation  
der Schule

Ist es richtig, Erziehungsfragen von einem gemeinsamen Mittelpunkt aus für große Gebiete regeln zu wollen? Nur wer dem Staate kulturschöpferische Eigenschaften zuschreibt und glaubt, daß Kultur für alle Menschen in gleicher Form geboten werden könne, kann das bejahen. Allen Fanatikern der Einheitsschule sei gesagt, daß unmöglich dem oberbayerischen Bauernkinde dasselbe Bildungsgut übermittelt werden kann, wie dem Hamburger Arbeiterkinde. Gerade das Volksschulwesen verlangt bodenständige Anpassung. Deshalb ist nur die Gemeinde oder der eng begrenzte Schulverband der Boden, auf welchem gesunde Erziehungsgedanken noch am ehesten gedeihen. Besonders in kleineren Gemeinden ist doch die Übereinstimmung zwischen Elternschaftswillen und Gemeinderatsbeschluß gegeben. Würde irgendwie diese weitgehende Selbstverwaltung der Schule auf Irrwege geraten, so sind die Verwaltungsbehörden, welche die Schulpolizei behalten, in der Lage, regelnd einzugreifen. Sind die Erziehungserfolge der Gemeindeschulen wirklich so minderwertig im Vergleich zu den Leistungen der Staatschule? Verhindert nicht gerade die Vereinheitlichung des Schulwesens das Aufkommen eines neuen Geistes in der Erziehung, nach dem alle tastend, aber erfolglos suchen? Ein alter Volkserzieher hat einmal gesagt: Die Erneuerung der Schule sei nur möglich unter Ausschaltung aller erwerbs- und berufsmäßig an der Schule Beteiligten. Das mag überspitzt klingen; sicher aber ist es eher möglich, neue Erziehungsgedanken aus einer weltanschaulich gleichgerichteten Elterngemeinde zu gewinnen, als durch zahllose „Lehrerkonferenzen“. Dabei soll nicht verkannt werden, daß gerade in der jüngeren Lehrerschicht bedeutende Kräfte wach werden. Aber die starke Lehrpersönlichkeit will die Hebung der Schule an sich. Der heutige Zeitgeist verwechselt oft, was den Stand des



Lehrers und was den der Schule hebt. So ist z. B. die Verstaatlichung der Volksschulen in Bayern wahrscheinlich mehr dem Bestreben zu verdanken, den Volksschullehrer zum Staatsbeamten zu machen, als die Volksschule zur Staatschule.

Mehr noch als für die Volksschulen gilt für die Mittel- und Hochschulen, daß sie vom Kulturwillen eines ganz bestimmten, engbegrenzten Kreises zu tragen sind. Mag die Allgemeinheit auf die Errichtung von möglichst vielen Volksschulen, als den Stätten sittlicher Erziehung, ein gewisses Anrecht haben, so gilt dies für sogenannte höhere Lehranstalten in viel geringerem Grade. Denn diese vermitteln ein umfangreicheres Bildungsgut, kaum aber eine höhere Sittlichkeit. Das kann nur bestreiten, wer mit Sokrates meint, daß Tugend lehrbar sei. Wenn heute der Staat eine Mittelschule errichtet, so stillt er nicht ein Bedürfnis nach wahrer Kultur, sondern den verständlichen Wunsch gewisser Eltern, ihre Kinder „etwas werden zu lassen“. Er erfüllt also ein im Grunde rein wirtschaftliches Interesse. Wird dagegen die Errichtung der Mittel- und Hochschulen bestimmt von dem Verlangen einer Kulturgemeinde, so mag die Zahl solcher Anstalten im Vergleiche zu heute sinken. Dafür werden an diesen wahren Kulturstätten Männer herangebildet, die zu kulturschöpferischer Leistung befähigt, in ganz anderem Maße das Volkstum geistig durchdringen als die heutigen „Gebildeten“.

Kristallisationskerne zu kulturellen Selbstverwaltungskörpern sind schon vorhanden. Die Trennung von Staat und Kirche hat auf kirchlichem Gebiete zu engeren Zusammenschlüssen geführt, die vom Gedanken der Selbstverwaltung beherrscht sind. Der Begriff der Schulgemeinde ist dem öffentlichen Rechte nicht mehr fremd, die Bildung von Elternschaftsbeiräten weist auf neue Formen hin. Dazu kommen Vereinigungen auf rein weltanschaulicher Grundlage, die heute immer häufiger werden. Auch in dem jungen Frontkriegerturne, soweit es sich in Deutschland in Verbänden zusammenfand, deutet sich eine neue Zielsetzung an: Aus kameradschaftlichem Gleichklange und politischem Gleichgerichtesein wird seelische Übereinstimmung in der Sehnsucht nach dem schöpferischen neuen Menschen. Hier ringt Kulturwille nach Form.

Auch die politische Selbstverwaltung muß wieder auf eine gesunde Grundlage gestellt werden. Die moderne Staatsallmacht hängt zusammen mit Verstädterung, mit Entmannung des flachen Landes. Denn die Staatsgewalt, selbst in der Großstadt sitzend, neigt zur Zentralisation. Je straffer die Zusammenfassung, desto verwickelter das Netz der zusammenlaufenden Fäden: die Bürokratisierung nimmt zu. In manchen deutschen Ländern geht das so weit, daß kleine Landgemeinden gehalten sind, besoldete Bürgermeister anzustellen.

Politische  
Selbstverwaltung  
kleinräumiger  
Gebilde

Das Bestreben der Parteien, ihre Vertrauensleute zu versorgen, fördert diesen Vorgang. Noch um das Jahr 1900 gab es im Reiche große Städte, die ehrenamtlich verwaltet wurden und dabei recht gut fuhren. Denn echte Selbstverwaltung im Sinne Steins ist vorwiegend ehrenamtlich, weil staatliche wie gemeindliche Bürokratie dem Bürger gleich fern stehen. Diese Kluft überbrückt auch nicht der Gemeindeparlamentarismus. Ehrenamtliche Selbstverwaltung ist jedoch nur unter zwei Voraussetzungen möglich: wenn Vereinfachung des Geschäftsbetriebes Platz greift sowohl nach oben, wie nach unten. Nach oben, indem durch Wiederherstellung wahrer Unabhängigkeit der Selbstverwaltungskörper ein unfruchtbarer Verkehr mit eiferfüchtigen Staatsstellen auf ein Mindestmaß beschränkt wird; nach unten durch Eindämmung der Gemeindeallmacht, welche nicht weniger Gefahren birgt, als die Staatsallmacht. Denn besonders die Stadtgemeinden haben heute Aufgaben an sich gerissen, welche mit politischer Selbstverwaltung nichts mehr zu tun haben und ruhig bürgerlicher Selbsthilfe überlassen bleiben können. Allerdings kann eine Selbstverwaltung in diesem Sinne nur auf Bürgersinn aufgebaut werden. Dieser kann unmöglich entwickelt und bewährt sein bei einem nur mehrere Monate in einer Gemeinde Ansässigen. Das heutige Gemeindevahlrecht führt nur dazu, daß jeder seine Partei wählt, ohne inneren Anteil an den Gemeindeforgen. Die Einbürgerung ist deshalb zu erschweren, ja, es ist zu erwägen, ob nicht im allgemeinen dem Staatsbürgerrechte der Erwerb eines Gemeindebürgerrechtes voranzugehen habe. Wo Bürgersinn vorhanden ist, bestimmen nicht mehr Parteiprogramme, sondern Fragen des örtlichen Wohles die Gemeindevahl.

Zur echten Selbstverwaltung gehört auch die finanzielle Unabhängigkeit der Gemeinden (aber nicht der Aufbau einer eigenen Steuerbehörde), wenn auch natürlich bis zu einem gewissen Grade ein Ausgleich zwischen geldschwachen und geldstarken Gemeinden geschaffen werden muß. Aber es geht nicht an, daß Gemeindevertreter über Ausgaben beschließen, welche die Gemeinde nicht selbst aufbringt. Voraussetzung jeder gesunden Wirtschaft ist, daß der Ausgabenfreudige auch für die Deckung seiner Ausgaben zu sorgen hat. Die heute herrschende Finanzwirtschaft ist eine verhängnisvolle Durchbrechung jenes Grundsatzes. Teilung der Quellen und Selbstverantwortung für ihre Ausschöpfung, das sind Gebote, die wieder zur Geltung gelangen müssen. Gleiches gilt auch für höhere Verwaltungseinheiten, als die Gemeinden es sind: Kreise, Provinzen und Länder, über deren Verhältnis zum Reiche in einem eigenen, staatsrechtlichen Kapitel noch zu sprechen sein wird. Denn höhere Verwaltungseinheiten als die Gemeinden gehören nicht in diesen Zusammenhang, der von Gesellschaftsaufbau und nicht von Staatsaufbau handelt. Die Gemeinde

als engräumiger Verband weist aber neben staatlichen mindestens ebensoviel gesellschaftliche Werte auf.

Hinwiederum darf die Autorität des Staates durch die so gedachte Stärkung der Selbstverwaltungskörper nicht beeinträchtigt werden. Die heute übliche Verquickung der eigentlichen Gemeindeangelegenheiten (Selbstverwaltung) mit dem übertragenen Wirkungskreis (Staatsverwaltung) hat große Schwächen. Wo der Staat wirkliche Hoheitsrechte auszuüben hat, soll er dies durch seine Beamten selbst tun. Wo aber ausgesprochene Selbstverwaltungsaufgaben zu lösen sind, hat grundsätzlich der ehrenamtlich tätige Bürgermeister zu handeln und nicht der Beamte. Daß natürlich für manche Aufgaben der Selbstverwaltungskörper hauptamtliche Kräfte eingestellt werden, ist besonders in Städten nicht zu umgehen, darf jedoch nicht zur Regel werden. Die heutige Vermengung von Selbstverwaltung und staatlicher Verwaltungshoheit und die dadurch bedingten großen Berufsbeamtenkörper bei den Selbstverwaltungen lösen die Gefahr aus, daß eine Art städtisches Territorialfürstentum auf demokratischer Grundlage entsteht. Das Übergewicht des Berufsbürgermeistertums der Großstädte erdrückt das flache Land nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und kulturell; ja, man kann sogar von einer Gefahr für die Staatshoheit selbst sprechen.

### **Wirkung des gesellschaftlichen Neubaus auf die geistig-seelische Zuständigkeit des Volkes**

Eine so gegliederte Gesellschaft wird dem Gedanken der Gleichberechtigung dort, wo er am Platze ist, gerecht. Sie bietet dem angeborenen Gemeinfinne des Deutschen die Möglichkeit erfolgreicher Betätigung und steigert ihn dadurch. Durch die Selbstverwaltung der Wirtschaft wird alles Demagogische aus deren Bereich entfernt. Die um einen Berufsstand Verdienten oder durch besondere Leistungen Hervorragenden gelangen an die Spitze; einer auf Leistung beruhenden Führerauslese, aus allen Berufen sich entwickelnd, wird der Weg geebnet. Auch auf rein geistigem Gebiete wird das freie Spiel der Kräfte einsetzen und eine Oberschicht herausgebildet, die durch keine staatliche Dichterakademie abgestempelt, aber von der Verehrung des Volkes getragen ist. Endlich wird der Bürgersinn, der seinen Betätigungsdrang bisher an Parteistammtischen verzettelte, wieder das ihm angemessene Arbeitsfeld befruchten, das kleinräumiger Selbstverwaltung. Der Staat, befreit von allem Wesensfremden, wendet nunmehr alle Kraft auf seine eigentlichen Aufgaben.

**Die allmähliche  
Befriedung der  
Gesellschaft**

Durch diese Selbstbeschränkung des Staates auf seine Schiedsrichterrolle und durch die aus eigener Kraft stattfindende gesellschaftliche Neubildung wird allmählich die Befriedung der Gesellschaft im erreichbaren Maße erzielt werden. Gewiß gibt es immer gesellschaftliche Kämpfe; aber sie können beschränkt und aus dem Bereiche des Staatslebens entfernt werden. Zugegebenermaßen wird die gesellschaftliche Beruhigung nicht auf der Stelle erfolgen, denn das bedarf langer, stetiger Entwicklung und sorgsam pflegender Hände. Trotz allem wird Zwang zu gesellschaftlicher Eingliederung (im Anfange vom Staate ausgeübt) verhältnismäßig rasch zu grundsätzlichen Veränderungen des ganzen gesellschaftlichen Baues führen; zumal dann, wenn die dem Staate und dem kulturellen Leben vorbehaltenen Aufgaben nicht mehr mit dem Wirtschaftlichen verquickt werden können. Der Stolz des eigenen Standes wird wieder erwachen und einen eigenen Lebensstil entwickeln. Nicht mehr Nachahmungstrieb, sondern Würde des Standes bestimmt die Lebensführung des einzelnen. Ein ausgeprägter Ehrbegriff stärkt das Standesbewußtsein.

**Neue Führerschicht**

Die Spitzen- und die Führerscheinungen der Berufsverbände werden gewissermaßen in Querverbindung treten und den Stamm einer neuen Führerschicht abgeben. Diese Führer sind aber die Besten der von ihnen geführten Gruppen und nicht Leute, die gewerbsmäßig Interessen vertreten, die sie künstlich in dauerndem Gegensatz halten müssen zu anderen Interessen, um nicht brotlos zu werden. Die sittliche Verantwortung gegenüber einer Gemeinschaft, deren Berufsethos in diesem Führer edelste Verkörperung gefunden hat, wird Inhalt dieses Führertums und nicht mehr wie bisher, durch Reichtum verliehene Vorzugsstellung. Der reiche Mann, als Vorbild und Mittelpunkt der Gesellschaft, wird an Bedeutung einbüßen. Er wird nur insofern eine Rolle spielen, als dieser Reichtum nebensächliches Ergebnis wirtschaftlichen Führertums oder Mittel echten Mäzenatentums ist. Denn Reichtum war immer und muß sein. In der Hand der Besten wird er zum Segen der Kultur. Die Besten sind aber stets Kämpfer. Und wo der Reichtum der Bequemlichkeit dienen soll, hört der Kampf auf. Das Stoffliche würde endlich wieder werden, was es allein sein darf: Mittel zum Zweck. Innerhalb der Berufsstände wird auch das Gefühl der Verpflichtung zur Gemeinschaft und damit eine gewisse Gleichheit der sittlichen Grundlage anheben, die heute völlig abhanden gekommen. Daraus folgt die Reibungslosigkeit der einzelnen Lebenskreise, die in einer gewissen Rangordnung notwendig sind, damit wirklich Kultur entstehen kann. Die Fähigen steigen von unten auf zur Spitze, die ihrerseits mit ihrem geistigen Leben das Volk von oben nach unten durchdringt. Dieser Durchdringung wird von den unteren Schichten kein Widerstand entgegengesetzt werden, wie es heute

geschieht. Der Irrwahn von Gleichheit ist dahin. Denn die oberen Schichten unterscheiden sich von den unteren nicht nur wie heute durch eine reichere Ausstattung mit äußeren Mitteln, sondern durch ein höher gestimmtes geistiges Leben. Dadurch erwacht unten Ehrfurcht, der natürliche Abstand zur führenden Schicht wird wieder eingehalten und jeder ist zufrieden, an seinem Plaze zu schaffen.

Wenn auch die Selbstverwaltung in ihrer Entstehung Übertragung von Rechten oder freiwilliger Verzicht des Staates ist (denn vom Staate vorgefundenes Recht ist heute fast verschwunden), so wird doch im Laufe der Zeit die so gegliederte Gesellschaft wieder die Kraft zu eigener Rechtschöpfung finden. Es entstehen dann Rechtsbezirke, die ihre Rechte nicht von staatlicher Legalität herleiten. Rechtsquelle ist das sittliche Bewußtsein des Volkes, das schon in der Sitte eigene Formen der Lebensführung schafft und gegen Schädlinge zu geregelter Selbsthilfe greift. Damit wären endlich Ansätze zur Erringung jener sozialen Freiheit gegeben, die heute nur leeres Wort ist und nur die soziale Versklavung bemäntelt. Die zu diesem Zwecke eigens geschaffene Presse wird überflüssig. Denn der Zwang, Massen auf demagogischem Wege zu beherrschen, wird wegfallen. Die verantwortungsbewußte Presse kann darauf verzichten, verkappter Interessen halber „öffentliche Meinung zu machen“, einem Zwange, dem sie sich heute nicht zu entziehen vermag, weil hinter ihr stehende Geldmächte und demagogische Wettbewerber es gebieten. Aus der Presse kann dann werden, was ihre Besten immer gefordert haben: ein wahres Erziehungswerkzeug, das seine geistigen Richtlinien von den verantwortungsbewußten Führern empfängt.

Die schöpferische  
Selbsthilfe des  
Volkes

Die entfesselten und befreiten schöpferischen Kräfte der Kultur werden dem gesellschaftlichen Leben ihr Gepräge verleihen. Was der Staat nie vermag, dazu sind große Kulturgemeinschaften imstande: auch den breiten Massen wiederum geistige Richtung zu geben und Vorbilder herauszustellen, denen nachgeeifert wird. Auch der Opferwille für geistige Dinge wird wahrscheinlich stärker entwickelt, als dies heute der Fall ist. Man denke daran, welche Leistungen ganz kleine Kulturkreise bei niederem Stande der Technik und bei verhältnismäßiger Armut im Mittelalter hervorgebracht haben. Trotz der Steuerkraft von Millionen Deutschen zerfallen heute jene großen Dome, die einige tausend Menschen, aus dem Orange, ihrem inneren Leben äußere Form zu verleihen, aufgebaut haben. Erinnerung sei auch an das Deutschtum im Auslande, beispielsweise an die Siebenbürger Sachsen, die über achthundert Jahre lang, teils unter Fremdherrschaft und nur von geistigem Selbsterhaltungstrieb getragen, es erreichten, kulturell dem Mutterlande ebenbürtig zu bleiben. Sicherlich ist dort die geldliche Belastung des völkischen Kulturerats eine viel höhere, als im

Reiche. Sie wird aber willig getragen, weil keine staatliche Fürsorge die seelischen Kräfte des Volkes erlahmen läßt. Auch England und Holland sind hier heilsame Beispiele. Die staatliche Schule spielt in jenen Ländern eine ganz untergeordnete Rolle. Die Schulfreiheit ist dort die Grundlage des Bildungswesens. Der Kulturwille des Volkes ist stark genug, den freien Schulen Zöglinge zuzuführen. Ein auf sich selbst gestelltes kulturelles Leben sorgt auch für eine gesunde körperliche Erziehung. Gerade hier sündigte der bildungsbeflissene Staat am meisten; er bot fast nichts. Und doch war das Bedürfnis danach im deutschen Volke so stark, daß es eigene Formen der körperlichen Erholung schuf. Das beweist der Aufschwung, den Wander- und Sportvereine nahmen.

Der Wille zur  
rücksichtslosen  
Reform

Eine in sich selbst ruhende Gesellschaft, getragen von dem neuen deutschen Menschen und erzogen von dem echten Führer, wird nicht darauf verzichten, rücksichtslos gegen die hemmungslose Selbstsucht anzukämpfen, die überall das öffentliche Leben vergiftet. Sie wird nicht ängstlich fragen, was dem einzelnen dienlich ist, sondern was der Gesamtheit frommt. Vergeht sich der einzelne an der Gesamtheit, so steht weniger die Absicht als die Wirkungsweise seiner Handlung zur Frage. Mit verantwortungsbewusster Härte schreitet die soziale Gerechtigkeit über den Schädling der Gemeinschaft hinweg. So wird nicht mehr geduldet, daß rücksichtsloser Erwerbstrieb menschliche Bedürfnisse erst weckt, um an ihnen Vorteile zu erlangen. Die gesunde Gesellschaft duldet nicht, daß ein bedeutender Teil des deutschen Volksvermögens verpraßt wird, während die Heimkultur darüber zugrunde geht. Schon die Berufsstände werden dafür sorgen, daß die schaffende Kraft des Berufes seinen Ehrentitel bildet. Gewerbe, die roher Vergnügungssucht dienen, werden gesellschaftlicher Feme verfallen. Sodann wird der jenseits der Interessen stehende Staat erst eine erspriessliche Wirtschaftspolizei ausüben können. Nur der Auswuchs privatwirtschaftlichen Denkens konnte die Ausgaben Seite der Volkswirtschaft mit sinnlosen Ausgaben überlasten. Hier muß mitleidslos eingegriffen werden. Die Auswüchse der anpreisenden Reklame, welche nicht nur die Wirtschaft belastet, sondern auch das deutsche Stadt-, Dorf- und Landschaftsbild zerstört, könnten dann beseitigt werden. Heute wird jedes Vorgehen gegen ein „Gewerbe“ unter dem Vorwande verhindert, es würde dadurch die heilige Freiheit verletzt und vielen Menschen das Brot genommen. Würde man aber, um nur ein Beispiel anzuführen, sämtliche Kräfte, die der reinen Vergnügungsindustrie dienen, dem Bau deutscher Heimstätten zuführen, so wäre zweifelsohne dem Volke mehr genügt. Auf die brennenden Fragen der Siedelung, des Wohnungsbaues, der Landarbeiterschaft usw. wird noch im wirtschaftlichen und im

volkspolitischen Teile zurückzukommen sein. Gründlich Wandel muß geschaffen werden. Energische Bekämpfung des selbstfüchtigen Erwerbshetriebs zugunsten wirklicher Kulturaufgaben ist einer neuen gesellschaftlichen Denkweise selbstverständlich. Sicher findet die neue, gegliederte und von staatlichen (parteipolitischen) Fesseln befreite Gesellschaft selbsttätig neue Wege. Für die Übergangszeit aber muß der noch allbeherrschende Staat Maßnahmen treffen, um die Entwicklung zu beschleunigen.

Selbstverständlich kann mit gesetzlichen Vorschriften die seelische <sup>Familienchutz</sup> Zuständigkeit der Frau nicht beeinflusst werden. Das bleibt sittlicher und gesellschaftlicher Neugeburt vorbehalten. Das private und öffentliche Recht kann aber so umgestaltet werden, daß der für die Mutter-schaft tödliche Individualismus nicht mehr die Gesetzgebung beherrscht. Ein Weg besteht darin, daß die Familie selbst Träger privater und öffentlicher Rechte werden wird. An einigen Beispielen sei es angedeutet: Eine der ersten Maßnahmen der sogenannten Revolution von 1918 war die Aufhebung der Fideikomnisse. Als ob der deutsche Arbeiter überhaupt eine Vorstellung von dem Wesen dieser Einrichtung gehabt, oder als ob deren Aufhebung dem deutschen Arbeiter irgendeinen Vorteil verschafft hätte. In Wahrheit ging es bei dieser Maßnahme darum, dem Finanzkapital die Zerstückelung und Mobilisierung des Großgrundbesitzes zu ermöglichen. Dabei war das Fideikommiß eine der wenigen Rechtsformen, welche die Familie vor dem Verfall schützte. Ohne für oder wider das Fideikommiß Stellung zu nehmen, sei doch gefragt, ob nicht güterrechtliche Maßnahmen zum Schutze der Familie möglich sind. Insbesondere in der Richtung, daß die Verfügungsgewalt der Eltern über das Vermögen um der Nachfolgerschaft willen stark eingeschränkt wird. Auch die individualistische Erbteilung wirkt oft familienzerstörend. Die bisherige Fragestellung, wer von den Ehegatten verfügungsberechtigt sei, ist veraltet. In Wahrheit geht es darum, daß die Familie als Eigenpersönlichkeit Vermögensrechte erhält. Daß der Mann dabei güterrechtlich die Familie vertritt, ist selbstverständlich.

Eine weitere Aufgabe überindividualistischer Rechtsschöpfung ist, die rechtliche Entwicklung der Ehe zu einem zeitlich beschränkten Verträge zu verhindern. Dazu ist nötig eine grundsätzliche geistige Umstellung, welche in der Ehe die Grundlage der Familie und nicht mehr einen Vertrag zur Befriedigung der Ehegatten sieht. Wohl ist die Ehe die Form, die den Schutz des Kindes am besten sichert. Alle Sorge um die Nachkommenschaft darf deshalb nicht dazu führen, das außereheliche Kind in einem Maße zu betreuen, welches zur Unterlassung von Eheschließungen anreizen könnte. Auf der anderen Seite aber hört der Eigenwert der Ehe dort auf, wo Mütter-

lichkeit nicht mehr ihren Kernpunkt bildet. Dagegen besitzt die Mütterlichkeit auch außerhalb der Ehe immer ihren bestimmten Wert. Das Urteil einer gesunden Gesellschaft muß diesen anerkennen und der neue Staat ihn schützen.

Daß die soziale Gerechtigkeit den Muttergedanken als sittlichen Begriff immer mehr vernachlässigt, geht aus zahlreichen Erscheinungen des täglichen Lebens hervor. Öffentlich werden Berufsstellen ausgeschrieben, für deren Bewerbung Familienväter von vornherein ausgeschlossen sind. Oder es werden in aller Öffentlichkeit Wohnungen angepriesen, für die nur kinderlose Ehepaare erwünscht sind. Eine Gesellschaft und ein Staat, die sich solches gefallen lassen, sind krank. So werden unter aller Augen Verbrechen am Volke begangen, die nur deshalb nicht als solche empfunden werden, weil dem individualistischen Sittengesetz und Strafrecht nur am Schutze der einzelnen liegt. Die anbrechende Zeit der Gemeinschaftswerte wird solche Handlungen schärfer verurteilen, als Vergehen gegen das Eigentum. Denn die Wertmaßstäbe einer neuen Sittlichkeit führen zur Anerkennung neuer Rechtsgüter, deren Schutz die Gesellschaft zu übernehmen hat.

Endlich wären hier außerordentlich weitgehende Neuerungen des Steuerwesens ins Auge zu fassen. Der Mann bestraft sich an seinem Vermögen selbst, der heute heiratet und Kinder zeugt. Denn die Steuergesetzgebung berücksichtigt den Familienstand des Steuerpflichtigen kaum. Wäre nicht denkbar, daß bei den direkten Steuern (später nimmt dieses Buch Stellung gegen die direkten Steuern überhaupt, geht aber von einmal vorhandenen Tatsachen aus) eine wirklich fühlbare Abstufung stattfände? Könnte man nicht den steuerlichen Normalfall auf einen Familienvater mit drei Kindern münzen und auf dieser Grundlage Zuschläge für Kinderlosigkeit und Ehelosigkeit aufbauen? Abschlag für größere Familien versteht sich von selbst. Beim Individualisten muß natürlich der Schrei nach angeblicher Gerechtigkeit bei solchen Vorschlägen den Willen nach Neugestaltung übertönen. Es kommt eben immer darauf an, ob Gerechtigkeit für den einzelnen oder für die Gemeinschaft gefordert wird. Es ist auch lächerlich, Festbesoldeten eine Kinderzulage von einigen Mark zuzubilligen. Auch hier wird von dem Formalbegriff des an die Einzelperson gebundenen Einkommens ausgegangen. Glaubt man an eine soziale Gerechtigkeit und nicht an eine individuelle, dann sind ganz andere Maßstäbe anzuwenden, die sich sicher in kommender Zeit auch durchsetzen werden. Ausgleichend im Sinne der neuen Gerechtigkeit könnte aber vor allem die Vermögenssteuer wirken. Greift der Staat aus einem notwendigen Grunde in das Vermögen ein, so sollen die Steuersätze gestaffelt werden nach der Kinderzahl des Steuerpflichtigen: je



weniger Kinder, um so höher der Steuerfuß. Wer Vermögen erwirbt, um es beispielsweise sieben Kindern zugute kommen zu lassen, hat ein höheres Recht auf Besitz als der, dem er nur zum Genuße dient. Strenge Erziehungsmaßnahmen, wahrer Gesittung entspringend, können, lang und nachhaltig angewandt, die Gesinnung breiter Massen zum Guten verändern.

### Der Neubau des Staates

Das Volk mit seiner gegliederten und geordneten Gesellschaft ist Ziel allen Gemeinschaftsstrebens. Der Staat die zeitbedingte Form, in welcher es, rechtlich zusammengefaßt, nach Geltung strebt. Die Krankheit der Jetztzeit besteht in der Verwechslung der Aufgaben von Volk und Staat. Erst die Neuentdeckung des Volkes, erst die sorgsame Herausstellung seines gesellschaftlichen Eigenlebens machen die Bahn frei zur Neuordnung des Staates. Mit freierem Blick und größerer Sachlichkeit kann nun an dessen Betrachtung herangegangen werden. Der Begriff der sozialen Gleichheit wurde dort, wo er allein berechtigt ist, nämlich im Bereiche wirtschaftlicher Tätigkeit, als durchführbar erkannt. Jeder Arbeiter kann gesellschaftlich eingegliedert und in eine rechtlich geschützte Stellung gehoben werden, in der „genossenschaftliche“ Gleichberechtigung tatsächlich herrscht. Damit wäre die einzige zweifelsfreie Errungenschaft des Liberalismus befestigt, was nicht dadurch geschehen konnte, daß Wahlzettelgleichheit und Stimmfreiheit eingeführt wurden. Was ferner aufrecht erhalten werden soll, ist der den freiwilligen Zusammenschlüssen inwohnende Zug zur Gemeinschaftsbildung, die bis zum alle umfassenden Selbstverwaltungskörper ausgebaut werden soll. Was auf der anderen Seite nicht beeinträchtigt werden darf, ist die Polizeihohheit des Staates und die Unabhängigkeit der ordentlichen Gerichte. Vergißt man dabei nicht die geforderte Entlastung des Staates von kultureller Tätigkeit, denkt man an die Bürde, welche ihm die Selbstverwaltung abnimmt, so ergibt sich: der Staat ist von dem, was heute seine Hauptlast ausmacht, der überspannten inneren Verwaltung, befreit. Nicht weniger hoch anzuschlagen ist aber auch sein Gewinn an Ansehen. Denn die Überwachung der Interessen stellt seine Autorität nicht in Frage, wie heute seine Verquickung mit ihnen. Der Staat würde aufhören, Werkzeug persönlicher Vorteilsuche zu sein und könnte wieder werden, was er sein soll: der Bewahrer des inneren und der Schützer des äußeren Friedens.

Ob die Monarchie oder die Republik die bessere Staatsform darstellt, ist nach den bisherigen Darlegungen eine untergeordnete

Rampf um den Inhalt, nicht um die Form des Staates

Frage; denn der Kampf geht um den Inhalt und nicht um die Form des Staates. Dazu kommt, daß die Spitze des Staates immer demokratischen Urgrund haben muß, ganz gleich, ob diese Spitze „Präsident“ oder „Majestät“ angesprochen wird. Je größer Vertrauen und Ehrfurcht gegenüber der führenden Schicht bei den breiten Massen ist, desto weniger neigen sie zu Ansprüchen auf Beteiligung an der Staatsführung. Das allgemeine gleiche Wahlrecht, besonders in seiner übertriebenen Anwendung, ist klarer Beweis für den Mangel an echter Demokratie, wie er unsere Zeit kennzeichnet. Denn das mangelnde Vertrauen in die Führung verlangt eine Sicherung gegenüber den Führern dadurch, daß deren Abberufung jederzeit möglich ist. Wahre Führer würden nicht so mißtrauisch betrachtet werden. Sie können aber nur entstehen und eine eigene Schicht bilden, wenn Geist und Gesittung die Freiheit zur Entfaltung haben. Nur dafür bedarf es freier Bahn. Nur an der Form haftende Engstirnigkeit sieht diese freie Bahn schon dort geöffnet, wo der Handarbeiter Minister werden kann. Im Reiche des Geistigen bestehen solche Unterschiede gar nicht und zu allen Zeiten sind große Führer aus den untersten Volksschichten gekommen, ohne zu fragen, ob eine formaldemokratische Verfassung es ihnen erlaube. Es ist also denkbar, daß eine hochstehende Zeit, die das Vertrauen wahrer Demokratie kennt, auf die Überwachung mittels Stimmzettel verzichtet und dem Führer glaubt, den „Gottes Gnade“ ihr geschenkt. Das liegt aber in weiter Ferne. Die Gegenwart kennt nur einen Ausdruck des Vertrauens — den Stimmzettel.

So tritt der ganze Widersinn zutage, in der Monarchie das schlechthin Undemokratische, in der Republik unbedingte Erfüllung der Demokratie zu sehen. Auch überzeugte Legitimisten zollen denn dem demokratischen Grundgedanken ihren Tribut, indem sie den Standpunkt des Königtums kraft Volkswillen vertreten. Das Königtum aus eigenem Rechte hat keinen bedeutenden Rückhalt mehr. Betrachtet man die Dinge von diesem Gesichtspunkte aus, so gibt es für den Neubau des Staates eigentlich nur noch die Fragen, wie und wie oft diese Spitze gewählt werden, wer die gesetzgebende und ausführende Gewalt ausüben soll, wie die Befugnisse gegenseitig abzugrenzen sind. In dem Sinne, daß jede Staatsform aus völkischen Kräften zu entwickeln ist, sind alle Deutschen Demokraten. Genau so, wie man, unter Neudeutung der Begriffe, die oben entwickelte Gesellschaftsordnung vielleicht als liberal bezeichnen könnte. In Wahrheit hat sich der historische Liberalismus geschichtlich zu Tode gelaufen und muß, ohne jede Vorwürfigkeit, heute abgelöst werden.

Die Ablösung des individualistischen Wahlrechtes

Angefangen beim Wahlrecht, unterscheidet sich der hier zu machende Vorschlag von dem bisherigen Wahlrechte wesentlich. Dabei verkennt der Verfasser, wie auch schon angedeutet, keineswegs,

daß die restlose Verwirklichung der geistigen Forderungen dieses Buches vielleicht einen Zustand herbeiführt, der Wahlvorgänge überhaupt nicht mehr kennt. Da es sich aber hier nur darum handeln kann, Brücken zu schlagen, so muß an der Gegenwart angeknüpft werden. Bei der Schaffung eines Wahlrechtes muß mit dem Grundsatz, die Familie sei die Zelle des Volkes, Ernst gemacht werden, wenn die Staatsordnung dem Geiste des Volkes gerecht werden soll. Dem einzelnen wurde sein Recht gelassen, dort, wo er als einzelner auftritt: im Arbeitsleben, im Berufe. Wenn aber der Staat die Lebensform eines Volkes ist, und wenn das Volk auf der Familie als dem kleinsten Gemeinschaftskreise beruht: warum soll da nicht die Familie auch zur Grundlage staatlicher Willensbildung gemacht werden? Der Familie als Rechtspersönlichkeit muß deshalb das Wahlrecht verliehen und der Familienvater als rechtlicher Vertreter der Familie zum ausübenden Wähler gemacht werden. Dagegen wird eingewandt werden, daß dieser Vorschlag unerträgliche Benachteiligung der Unverheirateten bedeute. Dieser Einwand entspringt aber jenem individualistischen Gerechtigkeitsgefühl, das als trügerisch erkannt und abgelehnt wurde; übrigens ließe sich darüber reden, Menschen von einem gewissen Lebensalter an ein Einzelstimmrecht zuzusprechen, falls sie nicht in der Familie leben. Das entscheidende Gewicht liegt aber auf dem Umstand, daß grundsätzlich der Familienvater, als der für die Familie Verantwortliche, auch die Familie öffentlich-rechtlich vertritt. Ein solches Wahlrecht ist zum mindesten sittlicher als das heute geltende; denn wer den Mut zur Aufzucht von Kindern aufbringt und damit Opferwillen für andere bewiesen hat, der wird auch dem Staatsganzen mehr Verständnis zeigen, als wer nur für sich lebt. Von einer sozialen Ungerechtigkeit kann sicher bei diesem Wahlrechte nicht die Rede sein. Die Zahl der Stimmen des Familienvaters soll abgestuft werden nach der Zahl der Familienmitglieder. Je mehr Verantwortung der Mann für seine Familie trägt, um so mehr Recht soll ihm bei der Gestaltung des Gemeinwillens zukommen. Es gelangt auf diesem Wege sozusagen auch das Kind zum Stimmrechte, nur daß es von dem ausgeübt wird, der die Verantwortung für seine Erziehung trägt. Dieses Stimmrecht würde sicher eine staatserhaltende Wirkung ausüben.

Das geforderte Wahlrecht soll bewußt nur zu dem Zwecke ausgeübt werden, den ein Wahlrecht überhaupt haben darf: um dem Staate eine Spitze zu geben und sodann, um Persönlichkeiten allgemeinen Vertrauens in die überwachende Volksvertretung zu entsenden. Mit der Abgabe des Stimmzettels ist das Recht des Wählers zu Ende. Die Verantwortlichkeit des Gewählten gegenüber den Wählern, ist als unmoralisch und als Weg zur Massenherrschaft abzulehnen.

Das neue Partei-  
leben

Rechenschaft ist der Gewählte den Wählern nicht schuldig. Die im neuen Staate entstehenden Parteien werden auch etwas anderes sein wie die heutigen. Der Interessenkampf wird abgelenkt auf das Gebiet, wo er hingehört: das wirtschaftliche; er wird in der Reichsständekammer, der wirtschaftlichen Selbstverwaltungsspitze, ausgetragen. Das Weltanschauungsmäßige wird sich auf der kulturellen Ebene, also auch außerhalb des Staates, abspielen. So bleibt als innerer Grund zur Wahl nur der Wunsch des Wählers, die oder jene Persönlichkeit, zu deren Führeigenschaften er Zutrauen hat, in die Führerkreise zu entsenden, welche die Schicksale seines Volkes lenken. Eine überraschende Nüchternheit — innenpolitisch gesehen — wird das neue „Parteileben“ erfüllen. Dafür wird aber der Gedanke der Erhaltung von Volk und Staat für das politische Leben ausschlaggebend werden.

**Erste und zweite  
Kammer**

Das etwa ist die Grundlage des Reichstages. Er mag dem demokratischen Bedürfnis der Zeit zur Genüge Rechnung tragen, nur mit dem Unterschiede, daß sein Rückhalt nicht die Millionenschar der Einzelwähler, sondern sämtliche Familien des Volkes sind. Diese demokratische Einrichtung bedarf aber der Ergänzung durch eine aristokratische (nicht im Sinne des Geburtsadels). Eine gewisse Stetigkeit der führenden Schicht ist nämlich unerlässlich. Diese, selbsttätig emporsteigend aus der gesellschaftlichen Selbstverwaltung, muß irgendwie an der Führung des Staates beteiligt werden. Denn kein Staatswesen, auch nicht das demokratischste, kann es sich auf die Dauer leisten, die besten Köpfe des Volkes von der Führung fernzuhalten. Deutschland braucht deshalb eine Erste Kammer (die zweite ist der Reichstag!), deren Mitglieder nicht vom Volke gewählt, sondern auf verschiedene Art gewonnen werden. Vielleicht so, daß ein Viertel der Sitze vom Reichstage durch Wahl besetzt wird, ein Viertel der Ernennung durch den Reichspräsidenten vorbehalten bleibt, ein weiteres Viertel von den großen Selbstverwaltungskörpern bestimmt wird und das letzte Viertel endlich zusammenfällt mit der Inhaberschaft ganz bestimmter, hoher öffentlicher Ämter. Abstufungen sind denkbar durch Ernennungen auf fünf, zehn, zwanzig Jahre oder Lebenszeit. Auf diese Weise könnte eine Auslese des Geistes und der Erfahrung Volk und Staate dienstbar gemacht werden und eine Zuchtstätte politischer und gesellschaftlicher Erbweisheit entstehen.

**Zuständigkeiten  
der beiden  
Kammern**

Nur die strikte Gewaltenteilung ist geeignet, das Überwuchern persönlichen Eigenmuzzes zu vermeiden. Zunächst kann kein Zweifel bestehen, daß die Bewilligung von Steuergeldern (sei es, daß der Staat die Steuern selber erhebt, oder durch die wirtschaftlichen Selbsterhaltungskörper umlegen läßt) ein wahres Volksrecht darstellt. Das gilt natürlich nur für den demokratischen Staat: die vom Volke aus-

gehende Staatsgewalt darf freilich niemals das Recht haben, ohne Befragung der Betroffenen in deren Eigentum einzugreifen. Schon anders verhält es sich mit dem Rechte der Ausgabenbewilligung. Der heutige Zustand, bei dem sowohl Einnahmen als auch Ausgaben des Staates durch die Volksvertretung geregelt werden, ist unhaltbar. Auch Stein war ein leidenschaftlicher Gegner des Ausgabenbewilligungsrechtes, und Bismarck war im Herzen niemals so recht damit einverstanden. Es ist äußerst gefährlich, wenn dem Staate das Recht der Selbstverteidigung durch eine irgeleitete Volksvertretung genommen werden kann. Hier müssen der Volksvertretung Schranken gesetzt werden: Steuerbewilligung, aber keine Ausgabenbewilligung! Sodann bleibt dem Reichstage selbstverständlich das Recht der Beschließung von Gesetzesvorlagen. Das Recht der Einbringung kann der Regierung und der Ersten Kammer überlassen werden, welche geeignete Kräfte zum Entwerfe von Gesetzen aufweisen, als die Volksvertretung.

Die entscheidende Beschneidung der Rechte des Volksparlamentes hat aber bei der Regierungsbildung zu erfolgen. Es mag vorteilhaft sein, wenn die im Zusammenwirken von Reichspräsidenten und Reichskanzler entstehende Regierung das Vertrauen des Reichstages besitzt; die jederzeit mögliche Beseitigung der Regierung durch einfachen Mehrheitsbeschluß des Reichstages hat sich aber als verhängnisvoll erwiesen. Zur Abhilfe führen viele Wege. Der richtigste wäre der, die Dauer der Reichsregierung mit der Amtszeit des Reichspräsidenten zu verknüpfen, mit der einzigen Maßgabe, daß die neugebildete Regierung bei ihrer Entstehung das Vertrauen des Reichstages genießen muß. Für besondere Fälle kann von dem amerikanischen Vorbilde abgewichen und bestimmt werden, daß eine Zweidrittel-Mehrheit des Reichstages sowie ein übereinstimmender Beschluß der Ersten Kammer gemeinsam den Reichspräsidenten zur Bildung einer neuen Regierung veranlassen. Darüber hinauszugehen ist um der Stetigkeit einer Regierung willen nicht empfehlenswert. Jedenfalls ist jede Maßnahme zu begrüßen, die von dem heutigen Systeme abweicht. Im Grunde stellt es nichts anderes dar, als die übertragene Anwendung des freien Lohnvertrages auf die Anstellung von Parteigrößen als Minister.

Das Schwergewicht der Gesetzgebung ist in die Ministerien bzw. in die Erste Kammer, in der überragende Begabung, Erfahrung und sittliches Verantwortungsgefühl sich vereinigen sollen, zu legen. Darüber hinaus könnte auch die außenpolitische und militärische Aussprache der Ersten Kammer zugewiesen werden oder einem Staatsrate, der aus hervorragenden Mitgliedern der Ersten Kammer besteht. Die Beratung völkischer Lebensfragen in großen Volks-

Ab schaffen des  
Parlamentarismus

parlamenten ist heute zu einer Gefahr geworden. Die Beseitigung der sogenannten Geheimdiplomatie ist ein Schlagwort, mit dem klug geführte Völker minderbegabte übertölpeln. Sodann mag die Erste Kammer ein Überwachungsrecht (kein Bewilligungsrecht!) über die Ausgabenseite des Staatshaushaltes ausüben, da neben die formale Kontrolle des obersten Rechnungshofes noch eine politische gehört.

Die vollziehende  
Gewalt

Die Stellung des Reichspräsidenten muß auf eine Höhe gebracht werden, die der deutschen Vorstellung vom höchsten Führer gerecht wird. Er darf nicht nur Vollzugsmaschine oder nur „Repräsentant“ sein. Er muß den Führergedanken und die darauf gerichtete Sehnsucht des Volkes in sich verkörpern. Aus eigener Macht ernennt er die Männer, welche der Politik Richtung geben. Bei ihrem Amtsantritt mag, wie gesagt, die Vertrauenskundgebung des Reichstages am Platze sein; ihre Abberufung gehört zur Machtvollkommenheit des Präsidenten. Er muß in der Lage sein, rücksichtslos Unwürdige oder Unfähige aus führenden Stellen zu entfernen. Ob der Reichspräsident auf sieben oder auf zehn Jahre gewählt wird, ob für Fälle hoher Bewährung längere Amtsfristen ins Auge gefaßt werden, ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung und sollte nicht allzu ängstlich behandelt werden. Ob irgendwann einmal in der Geschichte Deutschlands der Held ersteht, dem auf Lebenszeit die Führung anvertraut wird (und den man dann vielleicht auch Kaiser nennt), braucht das Geschlecht von heute nicht zu kümmern. — Wahl ist unbedingt erforderlich — Es hat dringlichere Sorgen. Deshalb ist kein Verfassungskstreit am Platze. Denn es wurde schon gesagt, daß die monarchische Frage heute auch eine demokratische Frage ist. Es wurde auch festgestellt, daß Neubildung der Gesellschaft und Schaffung neuen geistigen Inhaltes der Politik die schwersten sozialen, kulturellen und politischen Aufgaben mitbringen. Auch wenn der Reichspräsident Kaiser hieße, könnte ein Umbau des Reiches an Haupt und Gliedern nicht vermieden werden.

Der Scheinkampf  
um die Frage  
Republik oder  
Monarchie

Wenn wirklich aus dem Chaos Richtung und neue geistige Führung herauswachsen, wenn eine soziale Ruhelage vielleicht für Jahrhunderte einträte, so darf auch nicht von vornherein die Möglichkeit verneint werden, daß das höchste Amt eines Volkes und eines Staates wieder mythische Formen gewinnt. Es sei nur an die gewaltige Bedeutung der Krone erinnert, die ihr in England neuerdings zuteil wurde. Im übrigen kann diese Frage der Entwicklung überlassen werden. Sie ist eine Sorge nicht von morgen und nicht von übermorgen. Denn keine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes steht hier auf dem Spiele. Aber ebenso falsch ist es, bei dem Worte „Monarchie“ in angstschwimmernde Beschwörungen auszubrechen. Denn die geistige Form der Monarchie, die vom Mittelalter überliefert

wurde, gehört heute der Geschichte an; eine Wiederherstellung nach dieser Richtung ist nicht nur tatsächlich unvorstellbar, sondern auch ungeschichtlich gedacht. Immer wieder muß gesagt werden, daß die Streitfrage Republik oder Monarchie nicht die ist, welche die Jetztzeit mit Widerspruch erfüllt. Nur unfruchtbare Geister streiten sich darum; ebensowenig ging der deutsche Nationalismus erst im Jahre 1918 in Kampfstellung über, sondern schon mit Bismarcks Abgang. Immer klarer wird dem jungen Geschlechte, daß die Linie, die zum deutschen Unglücke geführt hat, eine gewaltige Strecke in die deutsche Vergangenheit zurückreicht. Einzelmensch oder Gemeinschaft als letzte Zielsetzung, das ist die wahre Gegensätzlichkeit, die heute in der entscheidenden Fragestellung gipfelt: Untergang oder Neugeburt des Abendlandes. Staatlich war der Individualismus in der absoluten Monarchie ebenso vollkommen verkörpert wie in dem Mehrheitsabsolutismus der modernen Demokratie: zwei Spiegelbilder, die sich aufs Haar gleichen. Und wenn heute diese beiden Brüder sich politisch bekämpfen und alle Geister mit ihrem Streite beschäftigen wollen, so ruft das kommende gemeinschaftsbejahende Geschlecht entschlossen: weg mit beiden, wir achten ihre Leistung, aber ihre Sendung ist erfüllt! Zu ihrer Beseitigung und zur Geburt einer neuen Geisteswelt hat die Revolution den Boden frei gemacht. Nicht daß sie das als ihr Verdienst in Anspruch nehmen könnte! Denn solche Absichten lagen dem Umsturze meilenfern. Aber an uns Jungen ist es, aus der zerstörenden Not eine neubauende Tugend zu machen. Die Form war zu allen Zeiten nicht mehr als ein Gefäß des Inhaltes. Um den neuen Inhalt von Recht, Gesellschaft und Staat ringt ein kampferprobtes Geschlecht.

Der hier in Vorschlag gebrachte staatliche Neubau verlangt **Volk und Führung** Selbstverzicht, also höchste innere Zucht von dem Deutschen. Wir Jungen wollen ihm soziale Gerechtigkeit geben, indem wir die geistige Vorherrschaft des Geldes brechen; wir wollen ihm die Freiheit des Aufstieges sichern gemäß Verdienst und gesellschaftlicher Ordnung. Wir geben ihm auch das höchste Recht, Führer zu wählen. Aber wir verweigern ihm die Erlaubnis zum Hineinreden in die Führung. Innere und Stände-Freiheit, aber staatliche Zucht, das ist die Forderung, die dem Grundsätze, daß immer nur eine der beiden Freiheiten gewährt werden könne, entspricht. Ein Volk hat auf dem Gebiete des Staatslebens nur ein Recht: gut regiert zu werden. Wollen alle regieren, dann löst sich das Staatswesen auf; eine Regierung, bei der mitzureden alle befugt sind, ist keine Regierung mehr.

Aus dieser Geisteswelt wird auch eine Wiederbelebung deutscher **Rechtsschutz des Gemeinschaftslebens** Rechtsgedanken erfolgen: ein Recht, das, als Gemeinschaftsregelung empfunden, das Gemeinschaftsleben schützt, ein Recht zum Schutze

des Volkstums, der Gesellschaft, der Körperschaften und der Familie. Wo die Selbstsucht des einzelnen sich herandrängt, muß sie zertreten werden. Denn wer duldet in einem herrlichen Gebäude den Schwamm, mit der Begründung, auch er sei ein Lebewesen, das Daseinsberechtigung habe? Wurde schon bei den Betrachtungen über den Neubau der Gesellschaft darauf hingewiesen, daß in einer neugeordneten Gesellschaft gemeinschaftsregelnde Kräfte zum Selbstschutze gegenüber zerstörenden Einflüssen wieder erwachen dürften, so gilt dies erst recht für den neuen Staat, dessen innerstes Wesen Rechtsordnung ist. Aber ebensowenig wie das neue Zeitalter der Gemeinschaft einfach die Formen des mittelalterlichen Überindividualismus wiederholt, genau so wenig kann der Rückgriff auf mittelalterliche Rechtsformen die Aufnahme des römischen Rechtes ungeschehen machen. Gleichgeartete Geisligkeit schafft in weit voneinander getrennten Geschichtsabschnitten niemals gleiche Formen. Die innere Neubelebung des deutschen Rechtes wird deshalb viel mehr von einem neuen Lebensgefühl getragen sein, als von der sehnfüchtigen Rückschau in längst verklungene Zeiten; Romantik wird der neuen deutschen Rechtsschöpfung nicht liegen. Es kann deshalb heute kaum über zukünftige Rechtsgestaltung mehr denn Andeutendes gesagt werden. Soviel aber steht fest, daß die heutigen Anschauungen über das Wesen der Rechtspersönlichkeit grundsätzliche Veränderungen erleiden dürften. Daß eigentlich nur die natürliche Person Rechtsfähigkeit besitzen könne, wird im Zeitalter der Aktiengesellschaft von niemand ernsthaft behauptet. Aber ist es nicht bezeichnend, daß gerade auf dem Gebiete des Handelsrechtes, bestimmt von dem Drange nach Kapitalshäufung, die natürliche Grundlage der Rechtspersönlichkeit (im römisch-rechtlichen Sinne) erweitert wurde? Daß es noch andere natürliche Personen gäbe, als menschliche Einzelwesen, kam einem individualistischen Zeitalter nicht zu Bewußtsein. Mag die Kapitalgesellschaft eine juristische Person bleiben; eine künftige Rechtsschöpfung dürfte aber neue Formen natürlicher Rechtspersönlichkeiten entdecken und damit das zivilrechtliche Denken in andere Bahnen lenken. Auf den verschiedensten Gebieten wird diese neue Rechtsauffassung Auswirkungen zeitigen. Über die Rechtspersönlichkeit der Familie wurde in diesem Buche schon gesprochen. Dringt diese Vorstellung durch, so werden Umwälzungen auf einem Rechtsgebiete erfolgen, das für die gesellschaftliche Gesundheit eines Volkes ausschlaggebende Bedeutung besitzt: auf dem Gebiete des Erbrechtes. Daß Erbteilung in großem Umfange bauernvernichtend wirkt, hat die Wissenschaft schon längst festgestellt. Daß ein mittelbar wirkender Zwang zur künstlichen Verkleinerung der Familie dadurch ausgeübt wird, liegt auf der Hand. Ohne ins einzelne zu gehen, soll deshalb grundlegend bemerkt werden,



daß die individualistische Gleichberechtigung aller Kinder beim Erb-  
vorgange abgelöst werden muß durch neue Grundgedanken, welche den  
Schutz der Familie und nicht des einzelnen Erben bezwecken.

Ein weiterer Fall diene unter vielen anderen als Beweis für die  
zahlreichen Schwächen des heutigen Zivilrechtes. Er spielt mehr auf  
das zivilprozessuale Gebiet hinüber. In dem Bestreben, sich mög-  
lichst weit vom „Schuldturme“ zu entfernen, hat das moderne Rechts-  
denken über das Ziel hinausgeschossen. Zwischen dem strafrechtlichen  
Tatbestande des Betruges und dem zivilrechtlichen der Zahlungs-  
unfähigkeit bestehen heute so viele Möglichkeiten unsittlicher Gläubiger-  
benachteiligung, daß der Zivilprozeß bzw. das Vollstreckungswesen  
zur Postle zu werden beginnt. Dafür nur ein Beispiel von ungezählten  
Tausenden aus dem Alltage deutscher Rechtspflege: der Schuldner,  
ein seit Jahren zahlungsunfähiger Mann, bezieht von einem Kauf-  
manne Waren. Er verschleudert sie und lebt von ihrem Erlöse. Ist  
strafrechtlich keine unmittelbare Betrugsabsicht nachzuweisen, so bleibt  
dieses unsittliche Gebaren ohne Sühne. Selbstverständlich gibt es  
verfeinerte Formen dieser Art „seinen Lebensunterhalt zu verdienen“,  
die strafrechtlich noch viel schwerer zu erfassen sind. Scharfe Beob-  
achter des deutschen Geschäftslebens behaupten, daß heute bereits  
tausende Deutscher auf diese Art ihr Dasein fristen. Wäre nicht  
denkbar, daß die krankhafte Sorgfalt, mit der das deutsche Recht den  
einzelnen umhegt, der öffentlichen Gesundheit und dem Volksganzen  
zugewendet würde, indem das Strafrecht die „heilige Errungenschaft“  
des Erfordernisses subjektiver Schuld fallen ließe und einfach die  
objektive Tatsache der Schädigung unter Strafe stellte?

Damit wird das Gebiet des Strafrechtes gestreift. Seine Reform  
im jetzigen Zeitpunkte, wo die neue Gedankenwelt noch nicht Allgemein-  
gut ist, sondern alles noch im Banne falscher westlicher Brüderlichkeits-  
gedanken steht, ist ein Schritt nach der verkehrten Richtung. Wo  
bleiben die Rechtsgüter, welche eine kommende Rechtsanschauung  
schützen würde, in einem Strafrechte, das von der heute führenden  
Juristenwelt geschaffen wird? Wo wird die Ehre des Volkes geschützt,  
wo seine Fruchtbarkeit? Welche Bestimmung des deutschen Straf-  
rechtes schützt die heiligsten Lebensrechte des deutschen Volkes, die  
täglich in aller Öffentlichkeit mit Füßen getreten werden? Wo werden  
unsittliche Handlungen, an denen nicht irgendein Spießbürger, sondern  
ein verantwortungsbewußter, sittlich hochstehender Deutscher „Anstoß  
nimmt“, unter Strafe gestellt? Die Gemeinschaft ist es, welche  
Rechenschaft zu fordern hat und nicht der einzelne. Der Rechts-  
philosoph muß die peinliche Frage stellen, wie innerlich unfrei, wie  
staatsbedingt, wie bar höheren Gerechtigkeitsgefühls ein Rechtswesen  
sein muß, welches widerstandslos, ja unterstützend, Vorgänge wie

die der deutschen Geldentwertung geschehen lassen konnte. Das sind einige wenige Gedanken, deren Weiterführung über die Grenzen, die dem Verfasser einmal gezogen sind, hinausginge.

**Der neue Beamte**

Der neue Staat muß „Diener“ haben, die wahre Beamte sind: nämlich Hoheitsbeamte. Beamte, die keine privatwirtschaftlichen Aufgaben erfüllen, Beamte, die nicht „die Kultur regeln“ wollen, sondern Beamte, welche die Macht des Staates ausüben. Der Beamtenbegriff muß infolgedessen von allem Beiwerk gereinigt werden, das nur „zum Schutze wohl erworbener Rechte“ erfunden wurde und aus Staatssozialismus und Staatskapitalismus sein Dasein herleitet. Der Beamte darf auch nicht in allzu bescheidene Verhältnisse herabsinken. Es ist ein Unding, die besten Köpfe, die willensstärksten Persönlichkeiten durch schlechte Bezahlung und gesellschaftliche Unterbewertung dem Staatsdienste fernzuhalten. Viel weniger Beamte, aber besser gestellte, das ist der Weg, die Beamtenschaft zu heben. Der Staat muß auch in der Lage sein, tüchtige Männer der freien Berufe und der Privatwirtschaft in seinen Dienst zu übernehmen. Vor dem bisherigen System des schon mit dem sechsundzwanzigsten Lebensjahre auf die Beamtenlaufbahn festgelegten Juristen muß sogar gewarnt werden. Erst soll der Mensch seine Fähigkeit, den Lebenskampf zu bestehen und Werte zu schaffen, beweisen; dann möge ihn der Staat in seinen Dienst berufen und entsprechend besolden. Auch ein Verteidiger rechtswissenschaftlicher Vorbildung kann Gegner jener Ausschließlichkeit sein, die in der juristischen Begabung die ausschlaggebende Vorbedingung der Verwaltungstätigkeit sehen will; Verwaltung ist aber oft Politik und Politik ist immer Kunst. Ein schlechter Jurist kann ein glänzender Organisator sein; ein guter Jurist kann ein ungeschickter Menschenbehandler sein. Mehr Beweglichkeit und weniger eingehende Vorschriften bei der Auswahl von Beamten! Sonst entsteht eine bürokratische Enge, in der Deutschland erstickt.

**Das gehobene  
Richtertum**

Das höchste Amt im Staate ist das des Richters; eine Erkenntnis, die wohl täglich im Schlagworte Ausdruck findet, vergeblich aber ihren Niederschlag im heutigen Rechtsleben erstrebt. Denn der deutsche Richter ist mit Kleinarbeit überlastet, die ehrenamtlich durch die Selbstverwaltungspolizei erledigt werden könnte. Sodann aber sind Richteramt und Anlagebehörde bis zu einem gewissen Grade miteinander verquickt. Dadurch wird im Strafprozesse das richterliche Ansehen geschwächt. Endlich sind der freien Rechtschöpfung viel zu enge Grenzen gezogen. Dazu kommt, daß die gesellschaftliche Stellung des Richters im Durchschnitte erbärmlich ist. Jeder Inhaber eines größeren Ladengeschäftes kann sich anständiger kleiden wie ein deutscher Richter. Richteramt verlangt auch soziale Geltung. Es ist deshalb falsch, den Richter in das allgemeine Beamtensystem einzufügen.

Dem Richter gebührt eine Sonderstellung, die in jeder Beziehung unantastbar ist: sowohl Sicherheit gegenüber staatlichen und politischen Eingriffen als auch Sicherheit gegen jede äußere Not muß sie bieten. Es gibt keinen Beruf, der ein höheres Ethos aufzuweisen hätte, und kaum eine ungeschicktere Hand, dieses Ethos zu wahren, als die des heutigen Parteistaates. Hierher gehört auch die Errichtung von Sondergerichten. Sonderrechte können den neuen sozialen Bedürfnissen angemessen sein; wozu aber Sondergerichte? Nur die Herrschgier der Wirtschaft, die gleichermaßen bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorhanden ist, konnte zur Schaffung von gesonderten Arbeitsgerichten führen. Jene Kreise scheuen die Autorität des Unbeteiligten und jede der beiden Parteien hofft, bei einer eigenen Wirtschaftsgerichtsbarkeit für sich das Beste herauszuhandeln. Das wahre Richteramt umhegt das Recht, auf welchen Gebieten es auch bestehe. Je ausgedehnter die Rechtsgebiete, um so größer das Ansehen des Richters und desto höher die Ansprüche, die an ihn zu stellen sind. Das Rechte finden vermag nur der beste Mann eines Volkes; ihm gebührt auch die höchste Stellung, die der Staat zu vergeben hat. Ob diese Stellung nicht auch dadurch gehoben würde, daß zum mindesten die oberen Gerichte das Recht auf Selbstverwaltung und Zuwahl neuer Richter — auch aus den Reihen der Rechtsanwälte — erhielten, mag als weitere Frage nur angedeutet werden. Endlich muß für alle Richter gleiche Befoldung gefordert werden. Gehaltsunterschiede kraft Familienstand und Dienstalter sind berechtigt; nicht aber solche, die auf der Verschiedenheit der Gerichte, an denen der Richter jeweils sein Amt ausübt, beruhen. Rechtssprechen erfordert am niederen Gerichte die nämliche Verantwortung wie am höheren. Es darf nicht kleine und große, sondern schlechthin nur deutsche Richter geben.

So wie Richter und Beamte auf eine höhere gesellschaftliche **Befoldungswesen** Stufe gehoben werden müssen, so vor allen Dingen die Lenker des Staates. Die Führer eines großen Volkes dürfen nicht als Kleinbürger darben. Die sicherste Waffe gegen Bestechlichkeit ist Wohlstand. Ein Volk, das geizig gegen Männer verfährt, die sich verdient gemacht haben, treibt schmutzigsten Wucher. Die Ministerpensionen erfreuen sich keineswegs der Vorliebe des Volkes; wie das heute ist, kann es kaum bleiben. Man gebe dem Unwürdigen nichts, aber dem Würdigen reichlich. An die Stelle unverdienter oder gar erschlicher Renten muß die großzügige Schenkung treten. Wie bezeichnend ist doch, daß das deutsche Volk seinen großen Führern des Weltkrieges nicht einmal eine Gabe zugewandt hat, die ihrem Ruhme etwas äußeren Abglanz zu verleihen vermöchte.

War bisher vom Staate die Rede, so geschah dies in grund- **Reich und Staat**  
fäßlicher Weise. Der Staat wurde in seinem Verhältnisse zur Gesell-

schaft betrachtet, sein Aufgabenkreis untersucht, das Fehlerhafte seines Aufbaues beleuchtet. Es war der Staat schlechthin, als staatsrechtlicher Begriff, gegen den Angriffe erhoben, für den neuer Inhalt und neue Formen vorgeschlagen wurden. Ein Unterschied zwischen dem Deutschen Reiche und seinen „Ländern“, zwischen dem Großstaat und den einzelnen „Bundesstaaten“ brauchte nicht gemacht zu werden. Das parlamentarische System und der Drang zur Allmacht hatten beiden gleichmäßig an. Alle Einzelstaaten (ausgenommen die freien Städte und die beiden Mecklenburg) verdanken dem absoluten Territorialfürstentum Entstehung und Bestand. Jeder verkörpert in reinsten Form jene individualistische Staatsauffassung, gegen die der Verfasser sich wendet. Da bis jetzt das innerste Wesen „des Staates“ im Kernpunkte der Ausführungen stand, konnte die technische Frage, ob von einem einzigen Mittelpunkte oder von verschiedenen Stellen die staatliche Allmacht ausstrahle, vernachlässigt werden. Der Kampf um Zuständigkeiten des Reiches oder der Länder wird von der Zweckmäßigkeit entschieden werden. Zu Unrecht spielen hier Gefühle mit.

Worum geht es heute bei dem Kampfe zwischen den beiden Lagern der Föderalisten und der Unitaristen? Soweit aus der Vergangenheit stammende, bis in die Gegenwart fortwirkende Abneigungsgefühle gegenüber dem Preußentume mit hineinspielen, ist die Lösung der scheinbaren Gegensätze nicht auf politischem Wege, sondern nur durch Zeitablauf möglich. Jüngere Geschlechter, unbelastet durch persönliche Erinnerung, werden eben jene Zwiespälte nur noch geschichtlich sehen und keinerlei politische Aufregungen von ihnen empfangen. Heute kämpfen Reich und die wenigen Länder, in denen das letzte Jahrhundert ein gewisses Staatsgefühl entwickelte, auf den verschiedensten Gebieten um Zuständigkeiten. Anuntersucht soll bleiben, inwieweit das Machtsstreben der beiderseitigen Bürokratien hierbei eine Rolle spielt. Denn die Bürokratie ist ein Moloch, der alles verschlingen will und überall den „Kompetenzkonflikt“ erhebt, wo das eigene Ansehen zu leiden droht. Dabei fühlte zu allen Zeiten der Kleinere sich vom Größeren gedrückt und stellte deshalb die Forderung nach Unabhängigkeit. Eingeweihte Kreise versichern, das Verlangen mancher Einzelländer, bei fremden Regierungen Vertretungen zu unterhalten, werde immer wieder gestärkt durch den Wunsch jener Beamten, die dabei eine gehobene Stellung erringen wollen. Da nun aus dem unleugbar vorhandenen Staatsgefühl gewisser Länder auch bestimmte Rechte abgeleitet werden, so muß die Tiefe jener staatlichen Verwurzelung näher geprüft werden. Daß dabei Länder mit jahrhundertalter Geschichte in Frage kommen, darf nicht übersehen werden. Aber ebensowenig die Tatsache, daß ein Treueverhältnis zwischen Dynastie und Untertanen bestand, welches in der Hauptsache

die Territorialstaaten geistig zusammenhielt. Der moderne Staat, dessen Entstehung erst ein Staatsgefühl ermöglichte, ist ja in Mitteleuropa knapp hundert Jahre alt. Nur so ist erklärlich, mit welcher Leichtigkeit nach Wegfall der Dynastien einige Bundesstaaten freiwillig auf ihr Eigenleben verzichteten. Allerdings war der Weg zu dieser Entscheidung schon vorgeschrieben. Denn — und das wurde schon einmal betont — die napoleonische Zeit hatte auch für Deutschland ihre revolutionären Wirkungen, die sich allerdings zunächst anders äußerten, wie in Frankreich: nämlich in der Verletzung des Legimitätsgedankens, welche die großen Territorialfürsten begingen, als sie die kleineren Herrschaften dem eigenen Gebiete einverleibten. Die Fürsten, die ihre Krone damals aus dem allgemeinen Zusammenbruche retten konnten, schlossen 1871 den Ewigen Bund, der von Bismarck den Namen „Deutsches Reich“ erhielt. Es wird nun von überzeugten Föderalisten die heutige Reichsverfassung angegriffen, weil sie den bundesstaatlichen Boden der Bismarckschen Schöpfung verlassen habe. Ernsthaft wird sogar gefordert, das Reich als einen ewigen Vertrag zwischen den Ländern neu aufzubauen, also gewissermaßen zu Bismarck zurückzukehren. Ist das möglich, war also die Weimarer Verfassung eine gewaltsame Unterbrechung der geschichtlichen Entwicklung, die heute Wiedergutmachung eines Unrechtes, Rückkehr auf den richtigen Weg, notwendig macht?

Diese Frage muß verneint werden. Denn es ist ganz natürlich, daß der revolutionäre Gedanke, welcher zu Beginn des 19. Jahrhunderts den deutschen Legitimus in der Wurzel traf, auf halbem Wege nicht stehen blieb. Mit dem Wegfalle aller Dynastien im Jahre 1918 war für einen Ewigen Bund kein Raum mehr. Wer sollte einen solchen Bund schließen, wenn die Fürsten entthront waren? Die von ihnen ehemals verwalteten Staaten, in Eile notdürftig mit republikanischen Verfassungen versehen, kamen dafür nicht in Betracht. Denn Träger der Souveränität war vordem in den Einzelstaaten die Krone. Jetzt trat an deren Stelle das Volk. Aber nur das Volk kann staatsbildend wirken und einen Staat von geschichtlicher Geltung schaffen, das sich als lebendige Einheit fühlt. Nach Abberufung der Fürsten war nur noch eine solche lebendige Einheit vorhanden: das deutsche Volk. Einen bayerischen, württembergischen, badischen, hessischen oder gar einen lippe-detmoldischen usw. Volkskörper, der als geistiger Träger eines Staates in Betracht gekommen wäre, gab es nicht. Die einzelnen Dynastien vereinigten unter ihrem Zepter entweder mehrere Stämme oder nur geringe Teile eines solchen. Von einer völkischen Gliederung des deutschen Volkes, die mit der staatlichen zusammengefallen wäre, konnte nicht die Rede sein. Es waren demnach keine natürlichen Vertragsparteien vorhanden, die einen

Ewigen Bund hätten schließen können. Nur eine formale Denkweise, die vor der Vergottung des Staatsbegriffes nicht zurückschreckte, konnte den Gedanken fassen, an Stelle der verschiedenen Fürstentümer einfach Formalrepubliken treten zu lassen. Es ist also eine geradlinige Bewegung, die vom napoleonischen Zeitalter zu einem großen Staate führt, dessen Souveränität auf der inneren lebendigen Einheit des deutschen Volkes beruht. Ein Föderalismus, der lediglich am Staatlichen festhält, der den zufälligen staatlichen Zustand des Jahres 1918 verewigen will, gehört in das Gebiet jenes verneinenden Konservativismus, der an äußere Formen, Dinge und Zustände sich klammert.

Dagegen ist der völkische Föderalismus berechtigt. Das deutsche Volk als eine Vielheit von Stämmen, die nicht nur blutsmäßig, sondern auch geschichtlich geworden sind, zu betrachten, vermag auch der, welcher in der Gesamtheit des deutschen Volkes eine umfassende letzte Einheit sieht. Die stammesbedingte Vielartigkeit des deutschen Volkes mag einst eine Gefahr gewesen sein; heute aber, im Zeitalter des völkischen Erwachens, kann sie zur Stärke werden, wenn eine große Politik sie für die Erhöhung der Gesamtleistung auszuwerten versteht. Hier beginnt das Gebiet jenes berechtigten Föderalismus, der sich dagegen wehrt, daß das deutsche Volk den Weg Frankreichs gehe. Die staatliche Allmacht, die, alles in einem Mittelpunkte zusammenfassend, das geistige Leben des Gesamtvolkes erstickt, um es allein in der Hauptstadt in flimmernder Pracht aufleben zu lassen, ist ein Erzeugnis westlicher Geistigkeit, als deren innerstes Wesen der moderne Individualismus festgestellt wurde. Dieser Weg führt zur Ausblutung des völkischen Körpers; er behindert die Entfaltung aller in dem Volkstume schlummernden Kräfte, begünstigt die Verstädterung, zerstört die gesunde Bauerngrundlage des Volkes. Die oft bespöttelte Stammeseigenart, der Zug zur Heimat im weiteren Sinne, das sind die Grundlagen eines berechtigten Föderalismus auch nach der großen Veränderung von 1918. Das Wort Bismarcks von der Vaterlandsliebe, die beim Deutschen des Mediums der Heimatliebe bedürfe, beweist so seine Geltung.

Mit der Formel eines Föderalismus, der auf dem Volkstume und nicht auf dem Staate beruht, ist die allgemeine Marschrichtung, welche der Politiker bei der inneren Neugestaltung des Deutschen Reiches einzuhalten hat, ungefähr festgelegt. Sie läßt sich dahin umschreiben, daß in vielen Dingen der föderalistische Gedanke stärker berücksichtigt werden muß wie bisher, daß aber andererseits aus dem geschichtlichen Umsturze des Jahres 1918 auch Folgerungen in entgegengesetzter Richtung gezogen werden müssen. Die Frage, ob die deutschen Länder noch Eigenstaatlichkeit besitzen oder nicht, kann ruhig

dem Streite der Gelehrten überlassen bleiben. Die politische Wirklichkeit ist viel ausschlaggebender. Wird aber der Boden eines Denkens, das sich nur im Staatlichen bewegt, verlassen, so liegt auf der Hand, wie unberechtigt die Aufrechterhaltung mancher föderalistischer Forderungen ist. Daß es heute nur noch eine deutsche Volkswirtschaft gibt, die nach Erweiterung zu einer mitteleuropäischen drängt, dürfte kaum bestritten werden; ebensowenig die rein technischen Notwendigkeiten einheitlich geordneter Verkehrsmittel. Daß die Führung der Außenpolitik und der Wehrmacht eines Volkes in einer Hand liegen muß, ist ebenfalls selbstverständlich. Hier kann doch niemals der Kraftquell des Stammesbewußtseins, des Heimatgefühles, leiden. Werden Wirtschaft und Kultur eigener Selbstverwaltung zurückgegeben, so fallen aus dem Bereiche des Staatlichen wiederum Gebiete weg, um deren Beherrschung vielleicht Reich und Länder in Widerstreit geraten könnten.

So bleibt am Ende nur die innere Verwaltung der einzelnen Länder, die Polizeihohheit, auch im Wirtschaftlichen und Kulturellen, übrig. Hier kann nun kein Zweifel bestehen, daß die wohlthätige Wirkung echter Selbstverwaltung auf kleinen Räumen außerordentlich groß ist. Man denke an das Beispiel der Schweiz. Je unmittelbarer die Demokratie, desto echter und gesunder; je weiter der Weg vom Leben des Volkes zu dem der Regierenden, um so gefährlicher. Großstaaten können auf die Dauer die letzten Kräfte ihrer Völker nur dadurch zur Entfaltung zwingen, daß in geschicht angelegten konzentrischen Kreisen das gesunde Leben engerer Lebensgemeinschaften möglichst ungehindert emporblüht. Die Möglichkeit, durch echtes Führertum einem Volke letzte Anstrengungen zu entlocken, wird geringer mit der Entfernung des Führers von den Geführten. Je weniger die oberste Führung eines Volkes mit dem politischen Leben kleiner Kreise befaßt wird, um so größer die Möglichkeit, sich des völkischen Gesamtlebens anzunehmen. Hier muß also die Selbstverwaltung (nicht kraft Rechtsübertragung, sondern kraft Eigenrechtes) wieder hergestellt werden, eine innenpolitische Hoheit wieder Geltung erlangen, welche heute nur noch in der Vorstellung föderalistischer Prestigepolitiker besteht. Andererseits aber kann mancher Topf fallen, der schon längst dem Schermesser politischer Einsicht hätte geopfert werden müssen. Nur ein Beispiel sei hier erwähnt: obwohl das deutsche Rechtsleben fast ganz vereinheitlicht ist, halten die einzelnen Länder an dem Berechtigungs- und Prüfungswesen fest. Es ist einfach lächerlich, daß beispielsweise das bayerische Staatsexamen nicht ohne weiteres zur höheren juristischen Laufbahn in Preußen befähigt. Das Rechtsleben eines Volkes kann nicht einheitlich genug sein; denn, wie die Wirtschaft in möglichst großen Einheiten am besten gedeiht, so ver-

langt auch das Recht nach größtmöglicher räumlicher Geltung. Was das römische Recht einst für die ganze Welt bedeutete und welche kulturellen Eroberungen Rom mit seinem Rechtswesen machte, liegt ebenso auf der Hand, wie die Erwägung, was für eine Wirkung das Dasein eines einheitlichen großdeutschen Rechtswesens auf die kleinen Völker des Ostens ausüben müßte. Damit aber ist die Brücke geschlagen zu einer kurzen Betrachtung darüber, welche Bedeutung die Ablehnung des „Einheitsstaatsgedankens“ und die Übernahme des völkischen Föderalismus für die außenpolitische Geltung des deutschen Reiches hätten.

Die außenpolitische  
Stellung des neuen  
deutschen Staates

Der neue Staat übt — dank seiner Unabhängigkeit — Macht nach innen aus und hat die Möglichkeit, auch Macht nach außen zu gewinnen. Jeder Staat ist noch geschaffen worden aus den blutsmäßigen Kräften des ihn tragenden Volkstums. Jeder Staat hatte noch die Aufgabe, nach innen so zu verwalten, daß die letzten Kräfte dieses Volkstums in den Dienst außenpolitischer Selbstbehauptung gestellt wurden. Je reibungsloser das innere Staatsleben, desto stärker die Machtentfaltung, deren ein Volk bedarf, um sein Dasein zu sichern und dessen Grundlagen zu erweitern; denn jede wertbewußte Kraft strebt danach, ihre seelische und geistige Überlegenheit auch bei tieferstehenden Völkern Gestalt gewinnen zu lassen. Insbesondere bei jenen, die den Raum besiedeln, dessen natürlicher Mittelpunkt das schöpferische, staatsführende Volk ist.

Im außenpolitischen Teile dieses Buches wird auf die dem Deutschtume hieraus erwachsenden außenpolitischen Aufgaben näher eingegangen werden. Schon jetzt aber sei die veränderte außenpolitische Stellung des neuen Staates umrissen. Ihm liegt imperialistische Wirtschaftspolitik fern, weil die Wirtschaft, vom Staatlichen losgelöst, ihren eigenen Gesetzen folgt. Die kulturelle Vergewaltigung, die der moderne westliche, selbstsüchtige Nationalstaat im Gefolge hat, ist ihm fremd, weil auch das kulturelle Leben des Volkes seiner Eigengesetzlichkeit untersteht. Damit verliert der Ausdehnungsdrang, der dem neuen Staate etwa innewohnen könnte, seine bedrohende und feindliche Haltung. Die Verstümmelung des deutschen Volkskörpers hat die Deutschen auf den Weg gewiesen, auf welchem sie gegen die Unterdrückung völkischer Minderheiten am wirksamsten ankämpfen können. Gerade das nachrevolutionäre Deutschland ist in der Welt dort führend geworden, wo von Minderheitenrecht geredet wird. Die Deutschen sind es, die heute die Unsittlichkeit einer Politik unermüdlich nachweisen, welche die völkische Eigenart anderer Völker vernichtet und ihre wirtschaftliche Kraft nach dem Vorbilde der Sklaverei ausbeutet. Ein Staat, der wirtschaftlich und kulturell imperialistisch auftritt, muß eine zentrifugale (abstoßende) Bewegung bei den anliegenden Grenz-



völkern auslösen. Aber ein Staat, aus dessen Wirkungsbereich Kultur und Wirtschaft herausgenommen sind, flößt keine Furcht mehr ein auf Angrenzer, die mit Recht die Früchte eigener Arbeit und ihre völkische Eigenart unangetastet wissen wollen. Ein solcher Staat übt eine zentripetale (anziehende) Wirkung auf seine Nachbarn aus. Denn er bietet kleineren Völkern den gewaltigen Anreiz, unter seinem starken Schutz der Vorzüge seiner überlegenen Kultur, seiner ausgebauten Wirtschaft teilhaftig werden zu können, ohne sich selbst aufgeben zu müssen. Ein gesunder Föderalismus entsteht so und wirkt außenpolitisch anziehend, während der alles verschlingende, alles regelnde Staat abstößt. Der Wiederanschluß Deutsch-Osterreichs an das heutige Rumpfdeutschland wäre so viel leichter zu verwirklichen. Ein derart beschaffenes Staatswesen würde endlich auch fremdes Volkstum, das rassemäßig, geopolitisch, kulturell oder geschichtlich den Deutschen nahesteht, in seinen Bann ziehen. So wäre denkbar, daß um den vom deutschen Volke geschaffenen und geführten Staat sich in ferner Zukunft etwas bildete, das den Namen „Reich“ im geschichtlichen Sinne verdiente.

Man sage nicht, ein solcher Staat wäre schwächer; im Gegenteil! **Die Sendung** Befreit von allem Allzumenschlichen wird er das ewige Gesetz der Macht und der Gerechtigkeit verkörpern. Er wird Abstand gewinnen zu allem, was die menschlichen Leidenschaften allzu heftig aufrührt. Er wird in seinen Bürgern auf Grund dieser Macht wahres Selbstgefühl erwecken; seine Macht wird Menschen formen und die geformten Menschen werden wieder neue höhere Machtformen schaffen. Dann führt auch der Weg der Geschichte aufwärts, während die jetzige Zivilisation und der ihr angepasste Staat abgleitend den Niederungen des Sumpfes zueilen. Setzt heute brutale nationalstaatliche Selbstsucht rohe Gewalt gegen das Schwert des Nebenbuhlers, so wird in Zukunft wieder die Gerechtigkeit ihr leuchtendes Schwert schwingen. Kämpfe mit dem Dunkel bleiben nie erspart. Aber ein solcher Kampf wäre der Heilige Krieg, dem alles befreit zujubeln würde, was noch die Kraft in sich fühlt, den Menschen zu höherer Gesittung zu führen. So wächst die Aufgabe des neuen deutschen Menschen zur Weltsendung und wird zum Gottesstreitertume:

Wir kämpfen für die lebendige Gemeinschaft, um das Gut wahrer Persönlichkeit zu retten. In uns lebt der Geist aller großen Deutschen, die, wo sie immer standen, gegen die Massenherrschaft waren.

Wir verkünden den neuen Menschen, der sich die Gemeinschaft überordnet. Wir lehren die Gemeinschaft, die Gleiche mit gleichen Rechten dort umfaßt, wo die Menschen wirklich gleich sind. Wir anerkennen aber die natürliche Ungleichheit der Menschen und lehnen gleiche Rechte dort ab, wo ungleiche Pflichten bestehen.

Wir anerkennen das Recht der Gemeinschaft, von den Besten geführt zu werden. Wir fordern die Pflicht der Gemeinschaft, die Besten aus dem ganzen Volke zu nehmen und zur Führerschaft aufsteigen zu lassen.

Wir anerkennen aber auch Recht und Pflicht der Besten, die Minderwertigen zu führen und zu erziehen. Wir fordern von der Masse freiwillige Selbstunterwerfung unter den Willen des hochwertigen Führertums.

Wir verfluchen die Tyrannei des Stoffes und ersehnen stürmisch den gesellschaftlichen und staatlichen Neubau, der die Herrschaft des seelenhaften, schöpferischen Menschen, des Trägers deutschen Volksgeistes, heraufführt.

Im Namen der Gemeinschaft fordert die mißhandelte Individualität ihr Recht, das zum Schaden der Gemeinschaft vom Individualismus mit Füßen getreten ward.

Die wahren Enterbten erheben den Schlachtruf!

---

## Dritter Teil

# Wirtschaft

Schaffende Arbeit ist Weltengebot,  
Ist Erlösung aus Qual und Not,  
Schaffet und wirkt!  
Schweigend dem Werke sich weihen  
und geben  
Heißt im Gebet seine Seele erheben,  
Lautloses Suchen stummen Gebets —  
Er, der alles versteht, er versteht's.  
Sucht ihn im Schaffen!

Ernst von Wilbenbruch

### Volkswirtschaft und Staat

Für die Zielfestung dieses Buches kommt die Behandlung praktischer Fragen nur insoweit in Betracht, als durch die geistigen Gegensätze, deren Kampf dargestellt wurde, auch das Wirtschaftsleben in dieser oder jener Richtung beeinflusst wird. Der Trieb zur Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse, der Erwerbstrieb, besteht so lange wie das Bibelwort: „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen.“ Das Kennzeichen des modernen Erwerbstriebes ist aber, daß er zum alleinigen Lebensinhalt wird und das ganze Menschendasein ausfüllt; eine Erscheinung, die individualistischer Materialismus genannt wurde. Er erfüllt den modernen Menschen restlos und übertreibt alle Gebiete des sozialen Lebens, das gesellschaftliche, kulturelle, völkische und staatliche. Der an und für sich natürliche und gesunde Erwerbstrieb, der in einem anderen Sinne auch im Sittengesetze durch das Gebot der Arbeit verklärt ist, hat mammuthaften Umfang angenommen und seine Zielfestung eine verhängnisvolle Verschiebung erfahren. Wirtschaftliche Tätigkeit hatte zum Zwecke: Befriedigung der natürlichen Bedürfnisse und zwar regelmäßig auf dem Wege der Arbeit. Heute ist Zweck der wirtschaftlichen Betätigung die Befriedigung nicht nur der natürlichen Bedürfnisse des Menschen, sondern der krankhaft entarteten. Nicht aber auf dem ursprünglichen Wege der eigenen Arbeit, sondern womöglich der Rente, d. h. des

**Materialistische  
Wirtschaft**

Genusses der Arbeit anderer. Diese Bedürfnissteigerung ist insofern krankhaft, als die an und für sich übersinnlichen und rein geistigen Sehnsüchte sich im Stofflichen austoben, der metaphysische Trieb sich also wieder einmal rächt, indem er den Stofftrieb des Menschen ins Ungemessene steigert.

**Wirtschaft als  
Funktion**

Wirtschaft soll die stoffliche Grundlage des geistigen Lebens eines Volkes bilden, soweit eben einmal der Mensch auf Stoff angewiesen ist, um leben zu können; je weniger wirtschaftliches Denken die Menschen einer Zeit beherrscht, je weniger Fragen des Erwerbslebens Gegenstand öffentlicher Erörterungen sind, je lautloser (Spann) die Wirtschaft ist, um so gesunder die sozialen Verhältnisse dieser Zeit. Wirtschaft darf nie mehr werden als ein dienender Zweig des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens. Es ist nicht richtig, daß ohne Überfluß keine Kultur entstehen könne; denn es hat verhältnismäßig arme Völker gegeben, die gewaltige Kulturwerke hinterließen. Umgekehrt gibt es ungeheuer reiche Völker, die eine Eigenkultur im geschichtlichen Sinne nicht aufweisen können, z. B. die Vereinigten Staaten. Richtig ist, daß der Mensch in der Lage sein muß, sich über die Ebene des um die tägliche Nahrung sorgenden Tieres zu erheben. Wenn heute aber in Deutschland von einem Niedergange der Kultur die Rede ist, so kann man mit ruhigem Gewissen behaupten, daß der Vorwand der Verarmung nur seelische Öde bemänteln soll. Wirtschaftliche Wohlfahrt bedeutet also noch lange nicht Kultur und ebensowenig politische Macht. Wo dies behauptet wird, liegt ein materialistischer Gedankengang zugrunde. Der Reichtum eines Volkes kann in politische Macht umgesetzt werden, wenn politischer Machtwille und Opfermuth hinter ihm stehen. Neuerdings wird aber in Deutschland die wirtschaftliche Geltung erstrebt als Ersatz für die verlorene politische und militärische Macht. Das ist karthagisch gedacht und eine Kurzsichtigkeit, die, ebenso wie bei den Karthagern, ein furchtbares Ende herausfordert. Denn wirtschaftliche Macht mag in Friedenszeiten als politische Macht ausmünzbar sein; da aber die Geschichte der Menschheit ihre äußere Gestalt nicht an der Börse, sondern auf den Schlachtfeldern erhält, so kann die wirtschaftliche Macht zusammenbrechen, sobald im Ernstfalle kein politischer und völkischer Machtwille hinter ihr steht.

**Wirtschaft und  
Politik**

Jene im Stofflichen haftende Denkweise vergift immer den Menschen, der hinter allem steht; dessen Seelenhaftigkeit sich in entscheidenden Stunden der Geschichte es nie gefallen ließ, zum Spielballe des rohen Stoffes zu werden. Wenn wirklich die seelischen Kräfte die Geschichte bestimmen und in der Politik der Völker ihren Niederschlag finden, dann darf Wirtschaft nur ein Mittel der Politik sein und nicht etwa ein gleich- oder gar übergeordneter Wert. In den

letzten Jahren erfuhr diese natürliche Rangordnung eine Störung: während der Geldentwertung verfügte beispielsweise die deutsche Wirtschaft über die Werte, der deutsche Staat über die Notenpresse. Er war in seiner materiellen Grundlage, seinem Finanzwesen, von der Wirtschaft abhängig geworden. Das führte dann, im Vereine mit der marxistischen Gedankenwelt, die heute auch die gesamten nicht-sozialistischen Wirtschaftler tatsächlich beherrscht, zu jenen schon geschilderten Irrwegen der Politik, einer „Politik der kühlen Geschäftsleute“, der ehrbaren Kaufleute, die Deutschland und die Welt retten sollte. Mittlerweile erfolgte ein Erwachen aus diesem Saumel und führte weite Kreise zur Erkenntnis von dem Vorrang der Politik über die Wirtschaft. Allerdings hat dieser Vorrang auch ganz greifbare Grundlagen durch die Wiederbefestigung der Währung bekommen: da die Wirtschaft keine flüssigen Gelder mehr besaß und die Steuerschraube auf das Unerhörteste angezogen wurde, so entstand ein Staatskapitalismus, der die Berliner Ministerialbeamten zu Herren über die Wirtschaft machte und wiederum die Wirtschaft auf den Plan rief, diesen so geldmächtigen Staat auf dem Wege der inneren Politik in die Hand zu bekommen. So ringen heute Wirtschaft und Politik miteinander, zerlesen sich gegenseitig und am Ende geht der Staat an der Wirtschaft ebenso zugrunde, wie die Wirtschaft am Staate.

Die Vergottung des einzelnen vernichtet dessen Persönlichkeit. Nun beruht aber ein gesundes Wirtschaftsleben fast allein auf der Persönlichkeit. Denn wenn es einen sittlichen Grundsatz im Wirtschaftsleben gibt, so ist es der, daß der tüchtige Mensch beanspruchen kann, die Früchte seines Fleißes, seiner Ausdauer und seiner Mäßigkeit selbst zu ernten. Wirtschaftlicher Aufschwung war deshalb immer jenen Völkern beschieden, die der Persönlichkeit Raum gaben. Dies gilt insbesondere für den Wirtschaftszweig, der am meisten persönliche Hingabe verlangt, den Ackerbau. Die Freiheit, welche die Bauernbefreiung gewährte, geriet deshalb der Wirtschaft zum Segen. Umgekehrt vernichtete jene Weltanschauung, die den einzelnen befreite, ohne ihm neue Bindungen zu geben, mit Arbeitsteilung und industriellem Großbetrieb die Persönlichkeit. Damit wirkte sie wirtschaftszerstörend. Auch fest hier eine Wechselwirkung ein: der seiner Persönlichkeit beraubte Mensch kennt nur noch sich, während ausgeprägte Persönlichkeit zur Gemeinschaft neigt. Das ist natürlich, weil Seelentum nur auf dem Boden der Individualität gedeiht und bei ihrer Vernichtung mit zugrunde geht. Hierin liegt auch die Erklärung, weshalb der moderne westliche Staat staatssozialistische oder staatskapitalistische Neigungen haben muß; er ist persönlichkeitsfeindlich und wirkt infolgedessen wirtschaftsvernichtend, wo er kann.

Die Persönlichkeit  
als wirtschaftliche  
Triebskraft

Es sei zugegeben, daß die öffentliche Hand in manchen Wirtschaftszweigen sich fruchtbar betätigen kann: bei sogenannten gemeinnützigen Unternehmen, wie Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerken, Verkehrs-mitteln usw. Aber auch für diese Gebiete wurde erkannt, daß zum mindesten privatkapitalistische Wirtschaftsformen übernommen werden müssen. So entstand der sogenannte gemischt-wirtschaftliche Betrieb. Andererseits läßt sich aber nicht leugnen, daß die gemeinnützigen Betriebe durch Ausschluß des Wettbewerbs zum Mißbrauche neigen (man denke an die anspruchsvolle Preisbildung städtischer Elektrizitätswerke!) oder zum mindesten nicht so sparsam arbeiten wie die Privatwirtschaft. Denn daß die Arbeitsweise der Wirtschaft möglichst rationell sein muß, liegt in der Natur des Wirtschaftslebens. Aber deshalb braucht die Wirtschaftsführung noch nicht rationalistisch, im Sinne dieses Buches, eingestellt zu sein. Das sind Unterschiede, die sorgsam beachtet sein wollen. Die jenen Betrieben gewährte Steuerfreiheit bietet sogar noch einen Anreiz zu schlechter Wirtschaftsführung und belastet deshalb die Volkswirtschaft. Monopolisierung und Mangel an gesundem kaufmännischem Geiste müssen deshalb bei gemeinnützigen Unternehmungen vermieden werden. Sorgsam ist dahin zu arbeiten, daß die Grundsätze einer gesunden Wirtschaft nicht verlest werden, die alle aus dem Gedanken der Persönlichkeitswirkung ableitbar sind. Wenn aber der Staat sich darüber hinaus staatskapitalistisch gebärdet, indem er zum Großunternehmer in Wirtschaftszweigen werden will, die fruchtbringend nur nach jenen Grundsätzen geführt werden können, so muß solchen Bestrebungen der schärfste Kampf angesagt werden.

Volkswirtschaft  
und  
„Weltwirtschaft“

Materialistisches Denken, nicht zu verwechseln mit wirtschaftlichem, führt entweder zum Imperialismus oder zum Kosmopolitismus. Da das Bewußtsein der deutschen Wirtschaftskreise, sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer, materialistisch durchsetzt ist, so besteht heute ein Nebeneinander von Wirtschafts-imperialismus und Wirtschaftskosmopolitismus. Der erstere hat den Deutschen, wie der Weltkrieg zeigte, viel äußere Feindschaft eingetragen; er stieß auch auf Verständnislosigkeit seitens des Heeres. Wenn während des Krieges dem deutschen Volke gesagt wurde, es benötigte die Erzgruben von Brien, weil das Erzvorkommen im Reiche zu gering sei, so wurde eine wirtschaftsimperialistische Formel gebraucht; es wäre viel richtiger gewesen, eine volkspolitische zu prägen, die auch der Wahrheit entsprochen hätte: das deutsche Volk braucht mehr Lebensraum. Diese Forderung wäre dem einfachsten Arbeiter eingegangen. Auch heute noch lebt jenes wirtschaftsimperialistische Denken verborgen weiter in dem Satze von der Machtquelle, welche die Wirtschaft für das waffenlose Deutschland darstelle. Gleichzeitig ringt aber der

Wirtschaftskosmopolitismus um Geltung. Er entstand aus der historischen Schule der Nationalökonomie, welche eine fortschreitende Erweiterung des Wirtschaftskreises lehrte. Die Fortsetzung dieser Lehre bildet die Behauptung, die nächst höhere Stufe der Volkswirtschaft sei die Weltwirtschaft. Das ist aber ein Trugschluß, genau so wie der, daß die nächst größere gesellschaftliche Gemeinschaft nach dem Volke die Menschheit sei. Menschheit und Weltwirtschaft sind Sammelbegriffe, aber keine Einheiten. Denn da die Wirtschaft der Stütze des Staates bedarf und eine höhere Einheit wie die des auf ein führendes Volk gegründeten Staates nicht denkbar ist, so kann aus dem Nebeneinander der verschiedenen Volkswirtschaften niemals eine übergeordnete Einheit, eine sogenannte Weltwirtschaft, entstehen. Der moderne Abendländer begeht den größtenwahnsinnigen Fehler, die Geschichte der Menschheit nur auf sich zu beziehen oder gar in der Jetztzeit den Gipfel einer Entwicklung zu sehen. In Wahrheit erlebt er nur eine Übergangszeit, die den Namen eines Mittelalters eigentlich viel mehr verdiente wie die von der Geschichtswissenschaft so bezeichnete Zeit. Es ist deshalb falsch zu glauben, die heutigen Wirtschaftszustände verkörpernten einen Regelfall, der für alle Zeiten Geltung besitze. Ganz im Gegenteil! Immer wenn die wirtschaftliche Versorgung der Völker in eine gewisse Ruhelage gekommen ist, stellt sich heraus, daß die gesunden Völker aus Quellen der eigenen Wirtschaft leben und der Handel von Volk zu Volk auf den Austausch ganz besonderer Waren beschränkt ist, die eben nur unter ganz bestimmten Verhältnissen erzeugt werden können. Diesen gesunden Zustand muß die deutsche Wirtschaftspolitik anstreben. Kein Volk, dem die Erhaltung seines Volkstums politische Hauptaufgabe ist, macht mit Wissen und Willen seine Ernährung von der Gnade eines fremden Volkes abhängig. Sinn aller Wirtschaftspolitik ist also die Sicherstellung der Ernährung des eigenen Volkes. Daran ändert auch die moderne Arbeitsteilung nichts. Denn das Lebensnotwendige kann fast jedes große Volk selbst erzeugen; und wenn der ihm zur Verfügung stehende Boden dies nicht vermag, so hat wahre Politik noch immer versucht, die fehlenden Rohstoffquellen entweder durch Aufspeicherung für den Ernstfall oder durch dauernde Einflußnahme auf fremde Gebiete oder auch durch ihre Eroberung sicherzustellen. Denn Grundlage völkischen Lebens und natürliche Voraussetzung jeglichen Staatswesens ist der Boden. Solange die Menschen auf dem Boden wohnen, solange sie ihm fast alle Lebensnotwendigkeiten verdanken, so lange wird die Beherrschung des Bodens, des völkischen Lebensraumes, aller Politik Inhalt sein. Auch der Mensch, der als Arbeitskraft ein Hauptträger der Wirtschaft ist, bleibt dem Boden verhaftet.

Die sogenannte Weltwirtschaft stellt also nichts dar als die kaufmännische Verbindung zwischen mit Boden und Volkstum verknüpften Volkswirtschaften. Und alle Wirtschaftskämpfe haben den letzten Zweck, den Raum, als tragende Grundlage der einzelnen Volkswirtschaften, zu erweitern. Wird dieser Wirtschaftskampf geführt ohne Zusammenhang mit der Politik oder hat er gar andere Ziele wie diese, so führt das meist zu dem politischen und in der Folge natürlich auch wirtschaftlichen Zusammenbruche. Verbreitern die Deutschen auf wirtschaftlichem Wege ihren Lebensraum über die politischen Grenzen hinaus in zu großem Maße oder in einer gefährlichen Richtung, ohne in der Lage zu sein, diesen Raum auch politisch zu beherrschen, so führt diese wirtschaftliche Ausdehnung mit Sicherheit zum Kriege und zur Niederlage. So war in der Hauptsache die deutsche Vorkriegsentwicklung. Die Deutschen lebten von fremdem Raume; ihre Wirtschaft brauchte einen Raum, fast dreimal so groß, wie der politische war. Die Kraft des Volkes mußte über die Grenzen fluten, weil die Politik sie nicht zu erweitern vermochte. Diese Verbreiterung der Ernährungsgrundlage geschah auf dem Wege des Seehandels und nicht auf dem, den alle Landvölker beschritten hatten: der Erweiterung der Grenzen.

Wirkungen des  
Londoner  
Abkommens

Im Gegenteil! Durch die Annahme des Dawesplans ließ sich Deutschland in gefährliche Richtung drängen. Es hat als furchtbarste Auflage dieses Abkommens die mittelbare Verpflichtung übernommen, seinen inneren Markt zwangsläufig zu zerstören zugunsten der Ausfuhr; allerdings einer von den „Anderen“ geregelten Ausfuhr. Da nämlich die Reichsbahn (Frachtpolitik), die Reichsbank (Kreditpolitik) und die Währung (Transferpolitik) stark von den Gegnern beeinflusst werden, so kann die deutsche Ausfuhr jederzeit in solche Bahnen geleitet werden, daß die ungehemmte Erweiterung des deutschen Wirtschaftsraumes in vorkriegszeitlicher Weise unmöglich wird. Das geschieht, indem die Ausfuhr von Rohstoffen begünstigt, die von Fertigwaren womöglich nur insoweit erlaubt wird, als der deutsche Arbeiter Helotenarbeit verrichtet. Auf der anderen Seite wird den Deutschen eine Einfuhr aufgezwungen, die den inneren Markt schwächt und so die allgemeine Lebenshaltung des deutschen Volkes, infolge Schwundes seiner Kaufkraft, herabdrückt. Bezeichnenderweise wird diese gefährliche Wirtschaftspolitik vom Parteisozialismus gefordert und gefördert. Er hofft dabei, den Arbeiter über seine schwindende Kaufkraft durch steigende Löhne hinwegzutäuschen, die doch wiederum nur eine allgemeine Warenvertéuerung herbeiführen. So schwankt die deutsche Wirtschaftspolitik zwischen zwei Gefahrpolen: bleiben die Fesseln des Londoner Abkommens bestehen, so dauert der Zwang einer erhöhten Ausfuhr an; aber einer Ausfuhr, die nicht unter dem



Gesetze eigener, sondern fremder Bedürfnisse steht. Fallen diese Fesseln, so führt die Überflutung fremder Wirtschaftsgebiete mit deutschen Erzeugnissen zu Zusammenstößen, bei denen Deutschland wehrlos ist. Hier können nur zielbewußter Ausbau und Erweiterung des eigenen Lebensraumes helfen. Das erscheint aber unmöglich, solange der Zwang zu übermäßiger Ausfuhr fortbesteht.

Der Einwand, die Einsicht der Weltwirtschaft werde selbsttätig die Einstellung der deutschen Tributzahlungen bewirken, vergißt die Tatsache, daß hinter den zahlreichen Nutznießern des Londoner Abkommens verschiedenartige Interessen stehen: mag dem einen die gesteigerte deutsche Ausfuhr ungefährlich sein, wie die Kohlenausfuhr dem Italiener, so sucht der zweite seinen mittelbaren Einfluß auf die deutsche Wirtschaft zur Schwächung ganz bestimmter Industriezweige auszunützen, während der dritte wirtschaftspolitische Erwägungen überhaupt beiseite läßt und nur an Schmälerung deutscher Macht denkt. Sicher wird niemals die „Wirtschaftsvernunft“, sondern nur die Verschiebung der Machtverhältnisse der deutschen Arbeit Freiheit bringen.

Es soll hier kein volkswirtschaftliches Kolleg gelesen, sondern nur gezeigt werden, wie der Kosmopolitismus der Wirtschaft entweder zum Kriege oder zur Verarmung führt. Beides vermag der Finanzgewaltige, der als einziger sich Kosmopolitismus erlauben kann, wohl zu ertragen; das Volk in seiner Gesamtheit aber geht darüber zugrunde. Dieser Kosmopolitismus ist verständlich durch nähere Betrachtung der Mittel, mit denen die ihm huldigenden Kreise sich wirtschaftlich betätigen: des Geldes. Es stellt die Art von Besitz dar, die am wenigsten Bodenständigkeit aufweist, also fast kaum an Grenzen gebunden ist. Es kann überallhin verbracht werden, wo es verhältnismäßig am sichersten aufgehoben ist und verbürgt seinem Besitzer überall Wohlleben und Macht. Daher auch die Begeisterung des Finanzkapitals für die parlamentarische Demokratie. Denn wo diese herrscht, kann mit Geld sofort Einfluß auf die Regierung gewonnen werden. Nur Irrwahn konnte deshalb die Arbeiterbewegung dazu verleiten, dieser natürlichen Internationalität eine künstliche entgegenzustellen, der keine Tatsächlichkeit zugrunde lag. Denn in Wahrheit ist der Arbeiterstand, abgesehen vom Landwirte, am meisten von Boden und Volkstum abhängig. Zu geschickt aber war die Art und Weise, in welcher das Finanzkapital den Arbeiter als Vorspann seiner Pläne zu mißbrauchen verstand. Als Beispiel diene der hartnäckige Widerstand, den der Parteifozialismus bei fast allen Gelegenheiten gegen den Zollschutz gezeigt hat. Man sollte doch glauben, daß die einfache Überlegung, wie schädlich für eine Volkswirtschaft die Einfuhr von Lebensmitteln ist, welche sie selbst erzeugen kann,

**Kosmopolitismus  
und  
Finanzkapital**

dem Arbeiter die Augen öffnen würde über die händlerischen Interessen, die sich meist hinter der Forderung nach Freihandel verbergen. Lange Zeit hat ja auch die Industrie in einem zollpolitischen Gegensatz zur Landwirtschaft gestanden. Heute beginnt hier eine Wandlung. Allmählich wird begriffen, daß alle bodenständigen Wirtschaftszweige, wie Landwirtschaft, werteschaffende Industrie und bodengebundene Arbeiterschaft, mit blühender Volkswirtschaft eigene Blüte erleben, mit geschwächter Volkswirtschaft eigene Schwächung erfahren. Gewiß ist die Frage Freihandel oder Zollschutz nicht für alle Zeiten und für alle Lagen allgemeingültig zugunsten des einen oder des anderen zu beantworten. Fest steht nur, daß nicht die Wahrung des Einzelvorteils, nicht die Anpassung der Binnenpreise an die sogenannten Weltmarktpreise, sondern die Festigung der nationalen Volkswirtschaft Ziel aller Wirtschafts- und Zollpolitik sein muß. Keiner von jenen, die von der Verbundenheit der Weltwirtschaft schwärmen, hat je eine bestimmte Antwort auf die Frage gegeben, was Weltwirtschaft ist. Sachliche Betrachtung gelangt zu dem Ergebnisse, daß Weltwirtschaft im genauen Wortsinne eigentlich nur dann vorhanden ist, wenn eine bestimmte Volkswirtschaft so erstarkt, daß sie das Wirtschaftsleben des Erdballes vorwiegend beeinflusst oder beherrscht. Gerade das in wirtschaftlicher Beziehung als Vorbild gepriesene Nordamerika bietet lebendigen Beweis für diese Behauptung; denn es benutzte den europäischen Krieg, sich zum Beherrscher der sogenannten Weltwirtschaft zu machen; in Wirklichkeit: um sich die Nationalwirtschaften anderer Völker zu unterjochen. Es bleibt also das Ergebnis, daß Wirtschaftspolitik immer nur Volkswirtschaftspolitik sein kann, so lange sie nicht die Bereicherung einzelner auf Kosten der völkischen Gesamtheit offen als Ziel bekennt.

Die geopolitische  
Wirtschaftseinheit

Etwas anderes ist der durch den höheren technischen Stand der modernen Wirtschaft veranlaßte Zug nach Vereinheitlichung gewisser, geopolitisch zusammengehörender Wirtschaftsgebiete. Hier handelt es sich nicht um die Mißachtung staatlicher Grenzen seitens des vorteilbegierigen Wirtschaftskosmopoliten, auch nicht um ein gewaltsames Hinausschieben der Grenzen einer Volkswirtschaft seitens des machthungrigen Imperialisten. Vielmehr wird die Möglichkeit erstrebt, die wirtschaftliche Kraft bestimmter geographischer Räume mehr wie bisher auszunützen. Die heutigen Verkehrsmittel erlauben den Güteraustausch für weitere Entfernungen als je zuvor; die einzelnen kleineren Wirtschaftsgebiete vermögen sich durch gegenseitige Rohstoffbelieferung zu ergänzen, wodurch kostspielige Leerläufe vermieden werden. Die Industrie gewinnt häuerliches Hinterland, die Landwirtschaft Absatzgebiete. Je größer das einheitliche Wirtschaftsgebiet, um so höher die Möglichkeit, die benötigten Stoffe dort zu erzeugen, wo die Ge-

stehungskosten am niedrigsten sind. Die Zerschlagung der großen Wirtschaftseinheit der Doppelmonarchie war ein wirtschaftlicher Rückschritt. Jeder der Nachfolgestaaten hält sich für verpflichtet, seine Bedürfnisse aus eigener Erzeugung zu decken und züchtet deshalb künstlich Industrien, die dem Gesetze der Wirtschaftlichkeit nicht gerecht werden. Dagegen ersticken sie in Überfluß an Erzeugnissen, mit denen sie früher ein großes Wirtschaftsgebiet versorgten. Es sind so Nationalwirtschaften entstanden, die sich gegenseitig befehlen und gewissermaßen am Überflusse verhungern, weil dem Austausch unübersteigliche Grenzen gezogen sind. Nicht überall, wo der Wille eines ehrgeizigen Völkchens es wünscht, entsteht „der geschlossene Handelsstaat“. Dazu gehört eine Reihe naturgegebener Voraussetzungen. Ob deshalb die kleinen und mittleren Angrenzer Deutschlands heute dafür begeistert sind oder nicht, die Stunde wird kommen, da moderne Technik und geopolitischer Zwang die Schaffung einer größeren Wirtschaftseinheit fordern. Der Weg zu dieser inner-europäischen Zollunion kann im einzelnen der geschichtlichen Entwicklung überlassen bleiben. Fest steht schon heute die führende Bedeutung, die dabei deutscher Wirtschaftskraft zukommt.

### Staatliche Wirtschaftspolizei

Die außenpolitischen Ziele einer richtigen Wirtschaftspolitik <sup>Erwerbstrieb oder Bedarf</sup> wurden in den Hauptzügen umschrieben. Nun soll gezeigt werden, welchen Inhalt die Wirtschaftspolitik des Staates nach innen haben muß; immer von der Voraussetzung ausgehend, daß der Staat sich auf richtunggebende Einflußnahme beschränkt und die wirtschaftliche Betätigung selbst der, aus dem Staatsleben herausgelösten, Wirtschaft überläßt. Denn gerade der unternehmenden Persönlichkeit, als der wirtschafts-schöpferischen Triebkraft, soll die notwendige Freiheit belassen bleiben; Erwerbstätigkeit, Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse, obliegen der Wirtschaft und nicht dem Staate. Aber der Staat hat die Wirtschaftspolizei so auszuüben, daß die Wirtschaft wirklich der Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse dient und nicht dem Rentenbedürfnisse hemmungsloser Einzelmenschen. Es muß nun eine strenge Unterscheidung gemacht werden zwischen Vergesellschaftungsbestrebungen, welche die schaffende Persönlichkeit vernichten und damit die Wirtschaft ihrer Grundlage berauben wollen, und zwischen planwirtschaftlichen Gedanken, die sich gegen den Individualismus in der Wirtschaft wenden. Sombart nennt diejenigen neuzeitlichen Wirtschaftsweisen planwirtschaftlich, deren Ziel Bedarfsdeckung und nicht nur Erwerb ist. Dieser Gedanke ist zu begrüßen.

Dabei schwebt nicht die Vorstellung gewaltsamer Eingriffe in das Wirtschaftsleben vor. Dahin zielende Versuche haben immer zu Schädigungen und Fehlschlägen geführt, da die Wirtschaft eigenlebendigem Wachstum unterliegt und nicht künstlich geformt werden kann. Wo der Bedarf feststeht und auch die Technik auf einem Ruhepunkte angelangt ist, wird ein Übergang von der Vorrats- zur Bedarfs-wirtschaft allmählich möglich sein; in solchen Wirtschaftszweigen wird für „Händlergeist“ wenig Entfaltungsraum mehr vorhanden sein. Diese selbsttätige Entwicklung kann aber natürlich auch durch wirtschafts-polizeiliche Maßnahmen gefördert werden. Deshalb müssen Industrien, die notwendigen Bedürfnissen dienen, unterstützt, Industrien, die künstlich geweckte Bedürfnisse stillen, geschwächt werden. Denn bei jenen ist der Bedarf an ihren Erzeugnissen annähernd vorausbestimmbar; bei diesen hängt er von händlerischer Geschicklichkeit ab. Sind solche Industrien, die nur dem Erwerbstriebe ihr Dasein verdanken, einmal entstanden, so pflegt deren Bekämpfung mit dem Schreckens-gespenste drohender Arbeitslosigkeit, die bei Stilllegung entstehen würde, lahmgelegt zu werden. Nur dem Vergnügen dienende Unternehmungen, die Erzeugung volkswirtschaftlich gänzlich überflüssiger Dinge werden auf diese Weise gestärkt. Hinter solchen Vorwänden lauert die Selbstsucht. Regelmäßig erfährt ja auch der Unternehmer bei solchen Kämpfen die Unterstützung der Arbeiterschaft, da er deren Vorteil mit dem eigenen verknüpft hat. Für diese allgemein bekannte Tatsache nur ein Beispiel: das Überhandnehmen des Ausstellungswesens wurde von den Arbeiterparteien deshalb nicht bekämpft, weil dabei lohnender Verdienst für die Bauarbeiter herausprang. Diese Haltung der Arbeiterschaft ist verständlich, ändert aber nichts an der Tatsache, daß an Stelle prunkvoller Ausstellungshallen viel richtiger Wohnhäuser erbaut worden wären, wobei Arbeiterschaft und Handwerk ebenfalls ihren Verdienst gefunden hätten. Bei jeder wirtschaftlichen Tätigkeit muß das volkswirtschaftliche Bedürfnis und nicht Unternehmergewinn oder Arbeiterverdienst die Entscheidung geben. Jene falsche Wirtschaftspolitik bis zum grotesken Ende gedacht, führt zur Bekämpfung der Heilung von Geisteskranken, weil sonst die Irrenhauswärter brotlos würden. Diese starke Übertreibung kennzeichnet die falsche Linie der heutigen Wirtschaftspolitik. Über dem persönlichen Vorteile der Erwerbstände wird das volkswirtschaftlich leicht errechenbare Gesamtinteresse vergessen. Wo dagegen das volkswirtschaftliche Gesamtwohl gewahrt wurde, stellt sich nachträglich heraus, daß, wie überall, wo die Gemeinschaft und nicht der einzelne umforgt wurde, auch der einzelne keinen Schaden erlitten hat. Als die Eisenbahn Europa eroberte, wurde gefragt, was mit Pferden und Postillonen geschehen solle; die vorausgesagten furchtbaren Folgen

blieben aber aus. Und wenn beispielsweise die Filmindustrie nicht entstanden wäre, so hätte die Volkswirtschaft sicher Wege gefunden, die heute von ihr beschäftigten Menschen auf andere Weise zu ernähren. Es fehlte nur noch, daß der Kokainhandel sein Verbot mit der öffentlichen Beschwerde der volkswirtschaftlichen Nutzen behauptenden Interessenten beantwortet. Überall dort, wo das Bedürfnis künstlich geweckt wird, kann über die Möglichkeit planwirtschaftlicher Eingriffe seitens der Wirtschaftspolizei ernsthaft nicht gestritten werden. Neben der Neuordnung des gewerblichen Konzessionswesens bietet eine erhöhte Aufmerksamkeit des Gesetzgebers gegenüber der Reklame die Handhabe zur Beseitigung jener Auswüchse. Wo der Übergang zur Bedarfswirtschaft vollzogen ist, findet ohnedies die Beschränkung öffentlicher Anpreisung auf ein Mindestmaß statt. So kommt es, daß die Reklame sich mit vermehrter Wucht der künstlichen Bedürfnissteigerung zuwendet. Sie gilt es also in ihrem Lebensnerv zu treffen; sie zeigt den Wirtschaftsindividualismus auf seinem Höhepunkte. Alle Versuche ihrer Nutznießer, die Notwendigkeit der Propaganda immer wieder zu beweisen, können die volkswirtschaftliche Wahrheit nicht aus der Welt schaffen, daß für den natürlichen Verbrauch eines Volkes die Reklame, zum mindesten in ihrem heutigen Übermaße, überflüssig ist. Sie zehrt im Gegenteil an der Kaufkraft eines Volkes in ungefunter Weise.

Auch die Gewerbepolizei muß ein Werkzeug planwirtschaftlichen **Gewerbepolizei** Denkens werden. Bis zur Einführung eines numerus clausus für die einzelnen Gewerbe und Berufe braucht man dabei nicht zu gehen; doch muß jeder Beruf wieder mitsprechen können bei Neuzulassungen. Auch die Zulassung von Ärzten und Rechtsanwälten ist von der Erfüllung bestimmter Vorbedingungen abhängig. Warum soll für Handwerk und kaufmännisches Gewerbe nicht dasselbe Erfordernis gelten und warum soll die Ausübung dieser Gewerbe fast ausschließlich von der Verfügung über bestimmte Mittel abhängig sein? Ein Mensch von Berufsehre, ein Stand mit Ehrgefühl kann beanspruchen, daß nur einwandfreie Berufsgenossen in seinen Kreis gelangen. Es ist widersinnig, daß neben Rechtsanwälten noch Winkeladvokaten, neben geprüften Ärzten noch „Naturheilkundige“ ihr Wesen treiben dürfen. Mag auch der eine oder der andere nicht schädlich wirken; aber wozu eine langwierige Berufsvorbildung verlangen, wenn auf der anderen Seite Berufsvorbildung nicht entsprechend geschützt wird vor der Erwerbssüchtigen Unberufener. Auch hier fehlt der Mut, den geheiligten liberalen Grundsatz der Gewerbefreiheit zu verletzen und unter Umständen auch einmal dem einzelnen Unrecht zu tun. Nirgends kommt aber unerblühter der gesellschaftszerstörende Schuß des reinen Erwerbssgedankens zum Ausdruck wie im Kaufmanns-

stande. Ein Mensch mag im Zuchthaus gefessen haben, mag volkswirtschaftlich ein Schmarozer sein, immer wieder hat er die Möglichkeit, im Handelsleben Schaden anzurichten, die Standesehre der wirklich notwendigen Kaufmannschaft durch sein bloßes Dasein zu verhöhnern. Es ist kein Eingriff in das Wirtschaftsleben, wenn minderwertigen Einwanderern und wirtschaftlichen Schmarozern kaufmännische Tätigkeit untersagt wird. Die Wirtschaft würde unter einer gesunden Konzessionierung nicht leiden, sondern nur Gewinn davontragen. Der deutsche Strafrichter kann in gewissen Fällen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkennen; sollte dabei nicht auch die Fähigkeit inbegriffen sein, einen ehrbaren Beruf auszuüben?

**Wirtschaft und  
Bodenständigkeit**

Eine gut arbeitende Wirtschaftspolizei muß alle möglichen Maßnahmen treffen, die Volkswirtschaft zu stärken, d. h. die Ernährung des eigenen Volkes sicherzustellen. Dies geschieht am besten dadurch, daß sie nicht an die einzelnen Wirtschaftszweige und Berufsstände mit dem Scheinmaßstabe einer vermeintlichen Gerechtigkeit, die für alle heute bestehenden Wirtschaftszweige gleichmäßig gelte, herantritt. Denn deren Bedeutung ist nicht gleich; der Krieg hat furchtbar geoffenbart, wie entscheidend die Rohstoffversorgung für das Dasein eines Volkes ist. Auch innerhalb der zahllosen Arten von Rohstoffen, die Gegenstand des Handels sind, wurden die herausgefunden, welche unerläßlich notwendig, und welche überflüssig oder zum mindesten entbehrlich sind. Fast alle Stoffe, die zur Nahrung, Kleidung und Wohnung benötigt werden, entstammen dem Boden. Die Mittel zur Nahrung und Kleidung verdankt der Mensch mit wenig Ausnahmen landwirtschaftlicher Tätigkeit. Man sollte meinen, daß unter dem Drucke dieser Erkenntnis eine Welle eingeseßt hätte, die Landwirtschaft wieder zur Grundlage aller Wirtschaft zu machen. Das Gegenteil ist aber leider der Fall. Durch eine auf den einzelnen abgestellte Verbraucherpolitik wurde in der Nachkriegszeit die Landwirtschaft zur extensiven Wirtschaftsweise getrieben und nach Einführung der festen Währung die landwirtschaftliche Kreditfrage so behandelt, als ob der Bauer Spekulant oder Börsenmakler wäre. Die Politik der hochverzinslichen und kurzfristigen Wechsel bedeutet die völlige Mobilisierung des Bodens. Die vergleichsweise Betrachtung eines anderen bodenständigen Zweiges der deutschen Wirtschaft führt zu der lehrreichen Feststellung, daß überall der Kampf um die Beweglichmachung und Verkehrsfähigkeit bodenständiger Werte entbrannt ist. Gemeint ist die grimmige Schlacht, welche sich Industrie und Banken seit Kriegsende, insbesondere aber seit der Festigung der Währung, liefern. Es ist im Gange die zunehmende Entpersönlichung des schaffenden Kapitals. So wird der Sieg der Rentenwirtschaft über die auf Erzeugung gerichtete Wirtschaft seiner Verwirk-

lichung entgegengeführt. Welche Folgen dies für den inneren Zustand der Wirtschaft hat, wird noch gezeigt werden. Hier verdient nur die Feststellung Beachtung, daß die wirtschaftliche Entwicklung zugunsten des Finanzkapitals auszuschlagen scheint und daß der Staat seiner wirtschaftspolizeilichen Aufgabe nicht gerecht wurde.

Denn der Staat muß die bodenständige Wirtschaft und die bodenständigen Berufsstände schützen, einmal um das Volkstum nicht zu schädigen und sodann um dessen Ernährungsgrundlage zu sichern. Das ist natürlich dem rentesuchenden, entpersönlichten Kapital völlig gleichgültig. Es zerstört jene Grundlage sogar dort, wo sie sich nicht freiwillig von der gewinnheischenden Rente ausbeuten läßt.

Vom Standpunkte der Erhaltung des Volkstums und der Sicherung seiner Ernährungsgrundlage aus läßt sich folgende Stufenleiter aufstellen, an deren Spitze die mit Volkstum und Staat am meisten verwachsenen Berufe, an deren Fuß der von Natur am meisten zu Kosmopolitismus neigende Erwerbsszweig zu setzen sind:

Der Grad der Bodenständigkeit in den einzelnen Wirtschaftszweigen:

Zu oberst steht der Landwirt, und zwar der selbstwirtschaftende Landwirt, der seinen Landbesitz verwalten läßt. Die Landwirtschaft ist mehr als ein Beruf; sie gibt der Persönlichkeit zur Entfaltung den weitesten Raum und kann deshalb eher wie jede andere Tätigkeit zum Vergnügen oder zur unentbehrlichen Leidenschaft werden. Sie erfüllt seelisch am meisten, infolge ihrer Verbundenheit mit dem Boden und der geringen Arbeitsteilung, welche die Beobachtung des Werdens und Reisens und damit Schöpferfreude ermöglicht. Landbesitz ist auch mehr als jedes andere Eigentum, er ist ein Besitz, der verpflichtet. Er bedeutet gewissermaßen Verfügungsgewalt über ein Teilchen der Staatssoveränität; denn der Boden ist eines der Souveränitätserfordernisse des Staates. Eine Verletzung dieses Hoheitsrechtes bedeutet oft, wie wir seit Versailles es reichlich zu beobachten Gelegenheit hatten, auch die Vernichtung des Bauerntums. Deshalb ist der Bauer, trotz seines Mangels an „Bürgerpatriotismus“, der erhaltende Grundstock aller Staaten und Zeiten gewesen. Die Landwirtschaft bietet aber auch den unerschöpflichen Notvorrat an tüchtigen und gesunden Menschen, welche die moderne Großstadt nicht mehr in genügender Zahl hervorbringt. Aus diesen Erkenntnissen erwachsen für die deutsche Wirtschaftspolitik die Forderungen: vor allem die Mobilisierung des landwirtschaftlichen Besitzes zu verhindern; sodann durch gesunde Steuer- und Kreditpolitik den Ackerbau ertragreicher zu gestalten; und endlich neues Land für neue Bauernstellen zu schaffen. Soweit dies auf dem Wege der inneren Kolonisation oder Bodenreform möglich ist, handelt es sich um eine Aufgabe der Wirtschaftspolizei, soweit Grenzfeldelung in Frage kommt, gehen innere und äußere Politik Hand in Hand. Soweit endlich die Erweiterung des Ernährungs-

Landwirtschaft

raumes erreicht werden soll, muß der Erwerb neuen Siedlungslandes zur Stärkung des bäuerlichen Anteils an der Gesamtwirtschaft Ziel jeder außenpolitischen Ausdehnung sein; sonst beruht die Außenpolitik nicht auf volkspolitischen, sondern auf kapitalistischen Grundlagen. Da aber die deutsche Vorkriegspolitik nach überseeischer Ausdehnung strebte, wurde der Weltkrieg gewissermaßen für den deutschen Arbeiter und nicht für den Bauern geführt.

**Industrie** Dann dürfte in der Reihenfolge der Wirtschaftszweige wohl die Industrie kommen, und zwar mit der Maßgabe, daß die Rohstoffgewinnung vor die Fertigwarenerzeugung eingestuft wird. Beide haben gemeinsam, daß sie mit einem unbedingt bodenständigen Erzeugungsmittel zu wirtschaften haben: dem deutschen Menschen. Dazu kommt, ebenfalls gemeinsam, ihr Grund- und Bodenbesitz; aber bei der Rohstoffgewinnung tritt noch der aus deutschem Boden zu schöpfende Rohstoff hinzu. Gerade bei der Berg- und Hüttenindustrie vollzogen sich neuerdings internationale Zusammenschlüsse, welche von politischen Träumern als Vorläufer neuer europäischer Gruppierungen in politischem Sinne betrachtet werden. Das ist ein schwerer Irrtum. Der Zusammenschluß der westeuropäischen Kohlen- und Eisenwirtschaft ist deshalb erfolgt, weil die nationalen Schwerindustrien hieraus für ihre volkswirtschaftliche Stellung Vorteile zu erringen suchten. In dem Augenblicke, in dem die tatsächlichen Machtverhältnisse den eingegangenen Bindungen nicht mehr entsprechen, werden diese Wirtschaftsverträge gelöst werden. Dadurch unterscheiden sie sich eben wesentlich von politischen Bindungen, daß sie auf errechenbaren Zahlen aufgebaut sind, während diese auf dem Menschen beruhen, der in seinem letzten Urgrund unerrechenbar bewegt wird. Innerhalb der Industrie bestehen nun zwei Lager, die besonders bei zollpolitischen Kämpfen klar in Erscheinung treten: die zu der landwirtschaftlichen Auffassungsweise hinneigende Rohstoffherzeugung und die, händlerischen Gesichtspunkten nahestehende, Fertigwarenerzeugung. Letztere vergißt gar zu leicht, daß auch sie ein kostbares nationales Gut zu verwalten hat, daß auch sie ihre wertschaffenden Kräfte der Bodenständigkeit verdankt, nämlich dem deutschen Arbeitertum. Will sie ernsthaft den Arbeiter vor Ausbeutung schützen, dann muß auch sie bestrebt sein, die Ernährungsgrundlage dieses Arbeitertums möglichst zu sichern; sie muß sich also am Schutze der Rohstoffherzeugung beteiligen und darf nicht in kurzfristiger Vorteilsfucht Freihandel um jeden Preis treiben wollen. Es ist sicher ein nicht zu unterschätzender Fortschritt, daß auch in zollpolitischer Beziehung, ganz anders wie vor dem Kriege, eine neue gemeinsame Front der Landwirtschaft und der Industrie gegen das reine Händlertum in Bildung begriffen ist.



Als nächste Stufe ist der gewerbliche Mittelstand einzuschalten, der insbesondere durch seine Verknüpftheit mit einer bodenständigen Verbraucherschicht eine gewisse Verbundenheit aufzuweisen hat, oft auch über eigenen Grundbesitz verfügt. Er ist durch Krieg und Geldentwertung, sowie durch Vordringen des Großbetriebes gelichtet. Aber die Grenze dieser rückgängigen Entwicklung scheint erreicht. Es ist selbstverständlich, daß wegen der starken Persönlichkeitswerte, die im gewerbetreibenden Mittelstande noch leben, dieser mit allen Mitteln auf seinem heutigen Stande gehalten werden muß. Allerdings ist dieser gewerbliche Mittelstand aus ganz verschiedenartigen Bestandteilen zusammengesetzt. So bedeutsam ein gesunder Handwerkerstand für die Volkswirtschaft ist, so bedenklich die Aufblähung des kleinhändlerischen Verteilungsapparates. Eine bezeichnende Verschiebung der Kräfte von der werteschaffenden nach der schmarozenden Seite hat im letzten Jahrzehnte stattgefunden. Die Zahl der notwendigen Kaufleute ist weit überschritten; unnötige Glieder verlängern die Kette vom Erzeuger bis zum Verbraucher. Da das Wesen der Wirtschaft selbst sich nicht geändert hat, da Form und Technik grundsätzlich gleichblieben, muß die seelisch-geistige Veränderung des Nachkriegsdeutschen diesen Wandel bewirkt haben. Der König der Zivilisation ist der Händler, und nur das ruckartige Eindringen westlicher Zivilisation seit Kriegsende erklärt das Anwachsen des Händlertums in Deutschland. Die Ziffern der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925 haben somit geradezu kulturgeschichtliche Bedeutung. Während seit 1907 die Zahl der Betriebe in Industrie und Handwerk sich noch nicht um 2 v. H. erhöht hat, ist sie im Handel um fast 62 v. H. gewachsen. Auch hinsichtlich der Zahl der beschäftigten Personen war die Zunahme im Handel größer als in Industrie und Handwerk; betrug sie hier 26,8 v. H., so dort 59,3 v. H. Nicht weniger als 1 160 000 Menschen mehr sind 1925 im Handel beschäftigt als 1907. Natürlich ohne Erhöhung, sogar bei Verringerung des Umsatzes. (Daß davon 474 000 weiblichen Geschlechtes sind, mag dem Betrachter des deutschen Familienlebens lehrreiche Aufschlüsse geben. Vielleicht findet er einen gewissen Zusammenhang mit der Zahl der Ehescheidungen, die sich allein in der Zeit von 1913 bis 1923 mehr als verdoppelt hat. Oder auch mit der Zahl der alljährlich überhaupt Geborenen, die zwischen 1907 und 1924 von annähernd 1 800 000 auf 1 300 000 sank.) Vergleicht man nun Groß- und Einzelhandel miteinander, so muß wohl eine größere Zunahme der Einzelhandelsbetriebe festgestellt werden; dagegen verteilt sich der Zulauf der neu im Handel beschäftigten Personen im nämlichen Verhältnis (1 : 2) wie 1907 auf die beiden Handelsarten. Also auch der Großhandel erfuhr eine bedeutende Aufblähung.

Der gewerbliche  
Mittelstand und  
Handel

Die Verschiebung von der Bodenständigkeit weg scheint unaufhaltbar. Im Jahre 1882 machten die in der Land- und Forstwirtschaft Stehenden noch 42,5 v. H. der Gesamtbevölkerung aus. Bei der Zählung von 1907 waren es nur noch 27,1 v. H. Seither wird dieser Hundertsatz noch bedeutend gesunken sein. Da das Ergebnis der Berufszählung von 1925 noch nicht vollständig veröffentlicht ist, können nur gewisse Anhaltspunkte für diese Ansicht geltend gemacht werden: von dem gesamten Zuwachs an erwerbsfähigen Männern, den das Reich in der Zeit von 1907 bis 1925 erfahren hat — unter Berücksichtigung der neuen Grenzen sind das etwa 3 700 000 — gingen 3 Millionen in Handel, Industrie und Verkehr. Dem entspricht auch ein Rückgang der landwirtschaftlichen Anbaufläche seit 1913. Mit anderen Worten: der landwirtschaftliche Kern des deutschen Volkes wird verhältnismäßig immer kleiner, die bodenständigen Bestandteile immer geringer. Dabei nimmt das Händlertum unverhältnismäßig zu. Deutschland beschreitet den Weg der Zivilisations-Weltmacht England, das heute vor der brennenden Frage der Erneuerung seines Bauerntums steht. Ein Volk ohne Bauern ist aber ein Rohr im Winde, mag es auch noch so stolz zum Himmel ragen. Dabei verlieren bauernarme Völker auch ihre kolonialisatorische Kraft. England besitzt den Boden der halben Erde; aber seine Massen wandern nicht mehr in die Kolonien aus. Das Blut ist müde geworden und die englischen Arbeitslosen ziehen es vor, sich in der Heimat armselig ernähren zu lassen. Das ist das Schicksal des reinen Händlervolkes.

**Banken und  
Finanzkapital**

Eine Übergangsstufe stellt der Großhandel dar. Ihn verknüpfen weder Erzeugung noch Verbrauch durch unzerreißbare Bande mit Grund und Boden. Sein Reich geht über alle Grenzen. Endlich folgt, als von Natur kosmopolitischster aller Wirtschaftszweige, der des Geldgeschäftes. Dabei sind natürlich wieder Abstufungen zu unterscheiden, je nach Art der betriebenen Geldgeschäfte. Hat das Kapital die Aufgabe, die Erzeugung anzuregen und zu fördern, so wäre die natürliche Entwicklung (die später, allerdings erst aus der Abwehr heraus, zustande kam) gewesen, daß die verschiedenen Wirtschaftszweige ihr flüssiges Kapital in eigenen Banken gesammelt hätten, welche Überschüsse der Einzelbetriebe zunächst wieder dem Gesamtwirtschaftszweige zuwendeten. Landwirtschaftliche und gewerbliche Genossenschaft, sogar die Industrie, sind diesen Weg gegangen, als zu spät erkannt wurde, daß das reine Finanzkapital die ihm verliehene Macht bei Gelegenheit mißbrauchte. Selbstverständlich muß die Kapitalverteilung irgendwo von einer gemeinsamen Stelle aus für die Gesamtwirtschaft geregelt werden. Es wäre aber denkbar, daß die Zentralgenossenschaftsbanken und die Wirtschaftsbanken untereinander diesen Ausgleich treffen könnten durch Schaffung übergeordneter

Bankunternehmen. Das ist im Ganzen und Großen nicht gelungen. Das Finanzkapital hat sein „wirtschaftliches“ Eigenleben in schweren Kämpfen durchgesetzt, die zur Stunde noch andauern; ja, es sucht die Erzeugung in immer größere Abhängigkeit zu bringen und sie zu „kontrollieren“, nach dem Gesichtspunkte der Rentenerzielung. Diese, als hochkapitalistisch bezeichnete Entwicklung, ist gefährlich, eine gesunde Wirtschaftspolitik muß ihr entgegenzuwirken suchen. Nicht die Erzielung einer, individualistischer Selbstsucht dienenden Rente darf Sinn der Volkswirtschaft sein, sondern die Sicherstellung der Volksernährung. Es wurde ja schon dargelegt, daß die westliche Demokratie und insbesondere der heutige Arbeiterrepublikanismus hemmungslos in die finanzkapitalistische Linie eingeschwenkt sind und die „kapitalistische Verflawung“ so vom Großkapital durchgeführt wird, wie sie eigentlich dem Unternehmertum, als von ihm beabsichtigt, in der sozialistischen Gedankenwelt zugeschrieben wird. Der Stand, der dem Volkstume und dem nationalwirtschaftlichen Gedanken, nach dem Bauern, am nächsten stehen sollte, nämlich das Arbeitertum, hat sich heute mit dem kosmopolitischen Kapitalismus fast auf Tod und Leben verbündet, freilich ohne daß die Arbeiterführer dies den Massen offen sagen würden. Hierin liegt die Tragik des deutschen Volkes und vielleicht die der weißen Rasse überhaupt.

Der Vollständigkeit halber muß noch erwähnt werden, daß das Wesen des Wirtschaftskredites ein anderes ist, wie das des Währungskredites. Die Währungsbank gehört mehr in den Bereich des Staatlichen als des Wirtschaftlichen; wehe aber, wenn sie, wie im Deutschen Reiche, von Ausländern überwacht und beeinflusst wird, zumal wenn diese finanzkapitalistische Ziele verfolgen.

In Anerkennung der Stofflichkeit der Wirtschaft wurde diese Stufenleiter aufgestellt nach dem Grade des materiellen Interesses, das die einzelnen Wirtschaftszweige am Boden, am bodenverbundenen Volkstume und am Staate natürlicherweise haben müssen. Außer acht gelassen wurden die Berufe, die nicht als ausgesprochen wirtschaftliche angesehen werden können: die freien Berufe und die Beamten. Bei den freien Berufen tritt im allgemeinen eine Verwurzelung mit dem Volkstume in Erscheinung, kraft einer Verknüpfung, die rein geistig auf dem Wege über das Kulturbewußtsein des Volkes zustande kommt. Da die in Betracht kommenden Schichten meist über ein großes Bildungsgut verfügen, kommt es auf den Grad der seelischen Verwurzelung des einzelnen an. Es gibt Leute in freien Berufen, die glühende Nationalisten, und solche, die geborene Kosmopoliten sind. Hier ist mit Beziehung auf den ersten Teil dieses Buches zu sagen, daß die geistigen Berufe immerhin eine große Zahl jener Menschen stellen, die auf Grund selbständiger geistiger Einstellung

Beamtentum und  
freie Berufe

unter Umständen sich enger verbunden fühlen mit den bodenständigen Werten, als jeder äußere Vorteil zu bewirken vermöchte.

Der Beamte ist von Natur staatszerhaltend, da das Dasein des Staates mit seinem eigenen zusammenfällt. Es kann aber kaum geleugnet werden, daß er häufig mit der bloßen Erhaltung des Staates schon zufrieden ist. Mit anderen Worten: neben der materiellen Bindung an den Staat fehlt sehr oft die sittliche, die insbesondere seit dem Kriege eine bedenkliche Lockerung deshalb erfahren hat, weil der in der Wirtschaft wohlberechtigte gewerkschaftliche Zusammenschluß der Arbeitnehmer, in falscher Nachahmung, auch von den Staatsbeamten vollzogen wurde. So gesund der gewerkschaftliche Gedanke dort, so verhängnisvoll wirkt er hier: die auch nur rechtliche Anerkennung des Beamtenstreikrechtes bedeutet den Zusammenbruch des Staatsgedankens. Den Staat als Arbeitgeber aufzufassen, so, wie man den privaten Arbeitgeber als Wesen mit Erwerbssinn betrachtet, ist die Anwendung wirtschaftlichen Denkens auf wirtschaftsfremde Verhältnisse. Der Staat darf keinen wirtschaftlichen Erwerbssinn haben; er dient der Gemeinschaft. Gegenüber dieser zu streiken, ist Anarchie; denn jener übergeordnete Gemeinschaftswille soll doch von den Beamten, die streiken, vertreten werden.

### Die Arbeiterfrage

Die Entwurzelung  
des Handarbeiters

Die Bodenständigkeit der Wirtschaft, sowie die Bodenständigkeit der Menschen, zum Gedeihen von Wirtschaft, Staat und Kultur, zu stärken und zu schützen, war die Aufgabe, bei welcher der Liberalismus versagte. Nicht das Gold der fruchtbaren Ahr, sondern das seelenlose Metall selbst beherrscht den liberalen Menschen. Gewiß folgte ein unerhörter wirtschaftlicher Aufschwung dem Durchbruche des liberalen Gedankens. Gewiß treiben auch Zeitabschnitte dieser Art die Geschichte vorwärts. Denn die Menschheit wäre in der Beherrschung der Natur und deren Dienstbarmachung für menschliche Bedürfnisse nicht so gewaltsam fortgeschritten, wenn diese planlose Entfesselung aller Triebe und Kräfte nicht erfolgt wäre. Es wird auch nicht verkannt, daß ein großer Zug in diesem wirtschaftlichen Auftriebe zum Ausdruck kommt. Aber diese Leistungen wurden auf Kosten des Seelentumes vollbracht und so steht der moderne Zivilisationsmensch heute mit vollen Händen, aber mit leerem Herzen vor dem Prunkgebäude der Wirtschaft. Allmählich dämmert denn auch die Erkenntnis herauf, wie furchtbar der Preis ist, der für diese „Wirtschaftsblüte“ bezahlt wurde. Die gesunde Volkskraft, einßt aus unerschöpflichem Bauernblute sich stets erneuernd, wurde schier

der Vernichtung preisgegeben. Die verhängnisvolle Verfälschung Steinscher Reformgedanken war der erste Schritt auf der schiefen Bahn. Die befreiten Bauern mußten ausnahmslos auf die eigene Scholle gesetzt werden. Statt dessen wurde dieses Recht nur den gespannfähigen zugestanden und der erste Schub von Bauernsöhnen dem „Moloch Stadt“ geopfert. Heute erst werden Betrachtungen angestellt über die stille, aber folgenschwere „Völkerwanderung“, die vom ackerbauenden Osten nach dem industriellen Westen stattfand. Menschenmassen, wie zur Zeit der Völkerwanderung nur in Jahrhunderten, wurden hier in wenigen Jahren dem Boden entfremdet und von den Mietkasernen des Westens verschlungen. Freizügigkeit und freier Lohnvertrag sind die „Rechte“, welche man jenen Landarbeitern und Bauernsöhnen schenkte; Heimatlosigkeit, tägliche Angst ums Dasein und seelische Zerrüttung das wahre Gesicht jenes Geschenkes. Die weiten Landflächen des Ostens hatten einen zwar karglichen Lebensunterhalt gegeben, bewahrten aber vor Elend; die Löhne der Industrie erschienen im Vergleiche dazu fürstlich — solange sie bezahlt wurden. Das eben war das Furchtbare an dem freien Lohnvertrage, daß seine Kündigung den Arbeiter täglich ins Nichts stürzen konnte. Einen Rückhalt an der Familie hat der wurzellos Gewordene nicht mehr; denn in den Mietkasernen der Großstadt brach das Familienleben zusammen. Damit entfiel die natürliche Sicherung gegen Not, Krankheit und Alter, die in einer gesunden Gesellschaft immer die Familie bietet. Näheres darüber bringt der volkspolitische Teil.

Wenn die geistige Umkehr und die Neubewertung der Familie wieder dazu führen, die Familie in höherem Grade als Wirtschaftseinheit zu betrachten wie bisher, ist eine Änderung dieser unseligen Verhältnisse denkbar. In einer gesunden Gesellschaft haben fast zu allen Zeiten die Söhne für die arbeitsunfähigen Eltern die Verantwortung getragen. In einem gewissen Umfange hat hier der natürliche Schutz gegen Altersnot zu liegen und nicht im Schreie nach dem Staate, der alles machen und alles können soll. Aber das damals heimat- und besitzlos gewordene Bauerntum verlor in der Großstadt viel von seiner familienbildenden Kraft. Die erste Generation trug noch den Heimatboden gewissermaßen im Herzen, die zweite war schon in der Mietkaserne geboren und trug in sich das Grauen. Sank die Konjunktur, wurde der Arbeiter erwerbslos, krank, altersschwach, so war er weniger als ein Bettler, der wenigstens in seinem traurigen „Berufe“ Erfahrung besaß. Von Jahr zu Jahr wuchs die Schar dieser Entwurzelten, und trotz allem hätte sich das gesunde Bauernblut in ihnen durchgesetzt und aus der gemeinsamen Not eine neue soziale Sittlichkeit geschaffen, wenn nicht die

Wurzellosen und Verstoßenen der bürgerlichen Gesellschaft sich zu ihren Führern aufgeworfen hätten. Die Überfremdung des deutschen Arbeitertums, wie August Winnig sich ausdrückt, wurde zum Schicksale der deutschen Arbeiterbewegung. Diese aber wurde 1918 zum Schicksale des deutschen Volkes. Noch aber sind keine Anzeichen vorhanden, die auf Verringerung der sozialen Spannung hinweisen. Denn der Siegeszug des Geldes entwurzelt immer mehr Menschen, die als lebendiger Zündstoff jede gesellschaftliche Ordnung bedrohen. Mit Geld also kann die Gefahr nicht gebannt werden. Noch heute sitzt der Wirtschaftsliberalismus so tief im Denken des deutschen Bürgers, daß dieser die Zumutung, die Wirtschaft möge das Dasein der Menschenschicht, mit deren Arbeitskraft sie Werte schafft, dauernd sicherstellen, verständnislos zurückweist. Dieser Mangel an Weitblick, diese psychologische Engstirnigkeit, die nicht voraussah, welches Gewitter über dem deutschen Schicksale aus sozialen Gründen sich zusammenballte, tragen die Schuld daran, daß nicht schon in den Anfängen jener Entwicklung eine Lösung der sozialen Frage gefunden wurde, die Deutschland vor dem späteren Zusammenbruche bewahrt hätte. So, wie die Sparsamkeit des deutschen Reichstages bei der deutschen Rüstung zu hundertfachem Verluste führte, so auch die Kleinherzigkeit deutscher Unternehmer beim Versuche, die soziale Frage großzügig zu lösen. Die Gesellschaft versagte, der Staat mußte eingreifen.

Eingreifen der Krone

Offen muß ausgesprochen werden, daß es die Krone war, welche den sozialen Gedanken rettete. Wäre Deutschland schon 1871 eine kapitalistische Demokratie gewesen wie die Vereinigten Staaten und Frankreich, der deutsche Arbeiter stünde heute ebenso ungeschützt da, wie der Arbeiter jener Staaten; denn, daß die Arbeiterschaft Nordamerikas zur Zeit infolge guter Konjunktur glänzend verdient, besagt noch nichts für ihre soziale Stellung und wirtschaftliche Sicherung. Der deutsche Kaiser war es, der in romantischer Begeisterung das gewaltige Werk der deutschen Sozialversicherung einleitete und die deutsche Arbeiterschaft war es, welche dieselbe Krone beseitigte, die der weltumspannenden Hochfinanz bei ihrer Absicht, Deutschland kapitalistisch zu versklaven, im Wege stand. Vielleicht wird einmal die Stunde kommen, wo die Geschichtschreibung die wahre Bedeutung des Weltkrieges erfährt und ihre Schlüsse insbesondere aus dem gleichzeitigen Zusammenbruche der drei großen und starken Monarchien Europas zieht. Hier walten geheime Gesetze, die nicht — wie harmlose Gemüter meinen — in einer Verschwörung ihre Ursache haben, sondern in der Auswirkung geistiger Ströme. Das Gesetz des Weltkrieges war das der seelenlosen rohen Gewalt, welche auszog, um mit Hilfe aller Rassen der Welt das edelste Blut der weißen Rasse und deren Seelentum zu vernichten.

Gelang dies auch nicht, so fielen doch die Kronen als Hort des sozialen Gedankens. Die Gerechtigkeit zwingt, dieses geschichtliche Verdienst der Krone zuzugeben.

Über gründliche Überlegung führt auf der anderen Seite zur Erkenntnis, daß die im Reichsversicherungswesen angebahnte Richtung nicht zur befriedenden Lösung führen konnte. Denn es geht nicht an, daß die Gesellschaft Menschen entwurzelt und verbraucht, um die Fürsorge für sie dem Staate zu überlassen. Der Haß gegen den Unternehmer wurde dadurch nicht beseitigt, es kam nur der gegen den Staat hinzu; denn die staatliche Unterstützung konnte nicht ausreichend sein und deshalb wurde der Staat als Werkzeug kapitalistischer Unterdrückung empfunden. Die Eroberung des Staates für Zwecke der „Arbeiterklasse“ wurde so das Ziel. Wäre schon früher die Erkenntnis lebendig gewesen, daß die Staatskassen aus keiner anderen Quelle gespeist werden als aus der Wirtschaft, so hätte man vielleicht rechtzeitig das Versicherungswesen als gemeinsame Einrichtung von Unternehmern und Arbeitern, als Selbstverwaltung, ins Leben gerufen. Aber es herrschte der merkwürdige Aberglaube, daß die Wirtschaft etwas spare, wenn der Staat in seine Tasche greife. Der Arbeiter hätte als Gleichberechtigter das gemeinsame soziale Vermögen mitverwaltet. Heute ist das Reichsversicherungswesen in einen bedenklichen Zustand der Bürokratisierung gelangt und dem Arbeiter selbst innerlich immer noch fremd. Denn er betrachtet die Funktionärswirtschaft bei den Rassen nicht als Errungenschaft, obwohl das, vom sozialdemokratischen Parteistandpunkte aus, natürlich der Fall sein kann. Ja, die Krankenkassenbeiträge haben eine Höhe erreicht, die zur Prüfung der Frage anreizt, ob nicht — bei Beschränkung auf den notwendigen Arztbedarf — die unmittelbare Vergütung der ärztlichen Behandlung aus der eigenen Tasche billiger wäre. Denn es ist doch widersinnig, daß ein großer Teil der für Gesundheitspflege bestimmten Summe zur Unterhaltung eines riesigen Heeres von Verwaltungsbeamten und zur Errichtung von Verwaltungspalästen verwendet wird. Unter diesen Zuständen leiden gleichermaßen der auf Massenbetrieb umgestellte Arztstand wie die Opfer dieses Betriebes, die Kranken: auch hier wieder tritt der persönlichkeitsvernichtende Zug des Individualismus zutage. Es ist zu befürchten, daß das Schicksal der geplanten Erwerbslosenversicherung, durch welche endlich der unhaltbare Zustand der heutigen Erwerbslosenfürsorge abgelöst werden soll, in gleich verhängnisvoller Bahn verläuft. Würde die Sicherstellung jedes Arbeiters gegen Krankheit, Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit, sowie die seiner Familie für den Fall des Verlustes ihres Ernährers einem umfassenden, gemeinsamen Selbstverwaltungskörper anvertraut, der, losgelöst vom Staate, ohne jeglichen staatlichen

Zuschuß, die hinreichende Versorgung gewährleistete, so wäre ein großer Fortschritt erreicht. Es ist einmal nicht einzusehen, warum die von der Wirtschaft doch aufzubringenden Mittel zum großen Teile über die Staatskassen laufen, um letzten Endes die Verwaltung nur zu erschweren; sodann wäre zweifelsohne die reine Selbstverwaltung billiger und endlich könnte der Streit um die Verteilung der Lasten viel sachdienlicher in einer Reichsständekammer ausgetragen werden, als daß er — wie das anläßlich der Erwerbslosenfrage der Fall war — im Reichstage zu einer Regierungskrise führt. Aber darüber hinaus ist noch die Frage berechtigt, ob die sogenannte Lastenverteilung überhaupt einen Sinn hat. Denn tatsächlich trägt in irgendeiner Form doch der erzeugende Betrieb die gesamten Beitragslasten. Er veranschlagt Löhne und Unkosten in einer bestimmten Höhe, die aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit nicht überschritten werden darf. Ob die vom Betriebe zu leistenden Beiträge nun auf Konto Löhne oder auf Konto Unkosten erscheinen, ist gleichgültig. Wie also der Arbeitgeber immer die Gesamtgestehungskosten im Auge behält, so auch der Arbeitnehmer sein tatsächliches Einkommen. Es spielt deshalb keine Rolle, ob Brutto- oder Nettolöhne vereinbart werden. Jeder Arbeitnehmer berechnet sein Einkommen nicht nach der ziffermäßigen Höhe, sondern nach dem Betrage der Auszahlung. Der schwächliche, individualistische Denkweise entspringende Einwand, daß der Arbeiter das Gefühl haben müsse, für seine Notversorgung selbst beizutragen, ist nicht mehr wert wie ähnliche Erwägungen, die bei dem Steuerabzuge der Beamten angestellt werden. Die Arbeit, das Geld von einer in die andere Tasche zu stecken, kann sowohl dem Staate im Falle der Beamten Einkommensteuer, als auch dem Arbeitnehmer bei Beitragspflicht und Steuerzahlung erspart werden. Davon mehr in dem Kapitel über Steuerwesen.

**Der psychologische  
Charakter der  
Klassenlage**

Anscheinend rettungslos verharrt heute der Arbeiter in der „Klassenlage“. Ihn daraus zu befreien, ist das einzige Mittel, das deutsche Volk zu einer Einheit zusammenzuschmelzen und es aus der furchtbaren außenpolitischen Lage zu retten, in die es durch Versailles gelangt ist. Das Traurige an ihr ist, daß der deutsche Arbeiter, soweit er sich durch sozialistische Parteien vertreten läßt, nicht nur dazu neigt, den Verlust der deutschen Freiheit als gegeben hinzunehmen, sondern auch die Willenskräfte, die sich gegen dieses Schicksal aufbäumen, sogar noch unterdrücken hilft. Dabei ist es der deutsche Arbeiter, den die Folgen seiner Haltung am schwersten treffen. Denn nur der Träumer glaubt, in dieser kapitalistischen Welt würde die Einengung des völkischen Lebensraumes nur die besitzenden Schichten treffen und nicht den Arbeiter. Er hätte also in erster Linie den inneren Beruf, Vorkämpfer deutscher Befreiungspolitik zu werden, da sein Leben



am meisten bedroht ist. Nur kleine Kreise der Arbeiterschaft haben sich zu dieser Erkenntnis hindurchgerungen. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß die Masse der sozialistischen Arbeiter zu einer volksbejahenden Haltung bewogen werden kann, bevor sie aus der Klassenlage befreit ist. Die Fehler des Liberalismus und der staatlichen Sozialpolitik müssen wieder gut gemacht werden. Denn mehr als eine Bekämpfung äußerer Merkmale der von allen erkannten sozialen Krankheit leistet ja die staatliche Sozialpolitik auch heute nicht, obwohl sie mit gewaltigen Geldmitteln arbeitet, deren Aufbringung die schaffende Wirtschaft bis an die Grenze der Leistungsmöglichkeit belastet.

Worin liegt nun der innere Fehler der schon oben in kurzen Umrissen gekennzeichneten Sozialpolitik? Sie sieht, trotz eifriger Wohltätigkeit aus individualistischem Denken, nur den Stoff und nicht den Geist. Die soziale Aufgabe liegt für sie nicht auf dem Gebiete des Sittlich-Seelischen. Sie sieht in sozialen Kämpfen nur den Streit um äußere Arbeitsbedingungen und um den Anteil am Arbeitsertrage. Was heute unter sozialer Gesinnung verstanden wird, ist, um ein Bild aus der Heilkunde zu gebrauchen, vergleichbar der Einstellung des Arztes, der Betäubungsmittel verabreicht, um wenigstens die Schmerzen, die ein Übel bereitet, zu lindern. Das Übel selbst bleibt aber bestehen. Dabei spielt auch die Selbstberuhigung des sozialen Gewissens — man hat etwas „Menschliches“ getan — eine große Rolle. Es ist die schwächliche, mitleidige Haltung des Gutgekleideten gegenüber dem Zerlumpten, die an und für sich edle Regung, etwas für jenen zu opfern, vielleicht auch der Wunsch, sich loszukaufen. Wer aber an die Behandlung sozialer Schäden herangeht, soll mitleidlos sein gegenüber dem einzelnen und nur ein gewaltiges Leid mitleiden: das seines Volkes, welches an dieser Krankheit zugrunde zu gehen droht. Wer von marxistischer oder kapitalistischer Denkart, die beide um das Einzelwohl kreisen, frei ist, erkennt, daß die Seele des Arbeiters in eine gewisse Ruhelage kommen muß, und nicht dessen augenblickliche Geldverhältnisse. Äußere und seelische Bodenständigkeit, Verwurzelung in der Gemeinschaft, rechtliche Sicherstellung des Arbeiters, der eine wirkliche Leistung, sei sie auch noch so einfach, zu verzeichnen hat: das muß Ziel einer auf endgültige Befreiung von der schweren sozialen Krankheit eingestellten Heilkunst sein.

Worin besteht nun, abgesehen von seiner Verpflanzung in die Stadt und der damit verbundenen heimatlichen Entwurzelung, die sogenannte Klassenlage des Industriearbeiters? Sozialistischer und bürgerlicher Materialismus sehen sie in der völligen Besitzlosigkeit, die den Arbeiter kennzeichne und ihm nichts lasse wie seine Arbeitskraft. Diese Auffassung ist falsch. Es gibt keine besitzlose „Klasse“ als

solche, es gibt nur eine Schicht wirtschaftlich Rechtloser. Die Arbeitskraft als einziges Gut ist für die überwiegende Mehrheit aller zivilisierten Menschen eine Gegebenheit. Trotzdem betrachten sich diese nur zu einem ganz geringen Teile als in einer Klassenlage befindlich. Die Klassenlage der Arbeiterschaft muß also durch andere Merkmale gekennzeichnet sein: daß dem Arbeiter, der seinen gesamten Besitz, nämlich seine Arbeitskraft, in die Wirtschaft einbringt, nicht sein Dasein überhaupt sichergestellt ist, sondern nur, solange er arbeiten kann. Infolge der geringen Aufstiegsmöglichkeiten für ihn und seine Nachkommen kommt dazu der Zug einer gewissen Hoffnungslosigkeit, der durch das Arbeiterschicksal geht.

Allgemein wäre hierzu folgendes zu bemerken: die Löhne finden ihre natürliche Höchstgrenze in der Einträglichkeit der Volkswirtschaft. Diese ist abhängig von der politischen Stellung, die ein Volk in der Welt einnimmt, und dem Raume, den die staatliche Macht dem Volke als Lebensgrundlage zu sichern vermag. Je mehr ein Volk auf Ein- und Ausfuhr angewiesen ist, desto abhängiger ist es von der Preisbildung fremder Märkte, desto unselbständiger in der Lohnbildung. Keine, auch nicht eine kommunistische Idealwirtschaft, wenn eine solche zu verwirklichen wäre, würde diese Gesetzmäßigkeit beseitigen können. Auch der soziale Aufstieg hat seine natürlichen Grenzen an dem Raume und der dadurch bedingten Anzahl von kleineren und größeren Führerstellen, die ein Volk zu vergeben hat. Wer deshalb die Möglichkeit des Aufstieges jedem verspricht, könnte ebenso kindlich die Zuteilung von Sternen in Aussicht stellen. Im heutigen Deutschland kann nicht einmal dem Begabten, geschweige dem Durchschnittsmenschen, ein Recht auf Aufstieg und Erfolg zugesichert werden. Wer dies trotzdem tut, schädigt den Volkskörper. So wie die Dinge heute liegen, kann die Ansammlung eines gefährlichen, gebildeten Proletariats nur dadurch verhindert werden, daß jede künstliche Förderung des sozialen Aufstieges unterlassen und im Gegenteil die Bedingungen hierzu verschärft werden. Im außenpolitischen Teile dieser Abhandlung wird noch davon zu sprechen sein, wie gerade dem hochstehenden Volke eine Kulturaufgabe durch Stellung von Führern für tieferstehende Kulturen erwachsen kann. Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist die Erweiterung des völkischen Lebensraumes notwendig, wenn nicht die stärksten Persönlichkeiten als Kulturdünger „ausgeführt“ werden sollen.

Aber innerhalb der einmal vorläufig gegebenen Grenzen müssen alle Maßnahmen getroffen werden, die Arbeiterschaft aus der Klassenlage zu befreien. Daß sozialer Friede möglich ist, beweist die Geschichte des Mittelalters. Sein vorbildlicher Arbeitsfrieden beruht auf der Wirtschaftsverfassung. Keine Wirtschaft, die sich von ungefähr nach

dem „freien Lohnvertrage“ regelte, sondern eine, die jeden in ganz bestimmte Bedingungen zwang. Dafür gewährte sie die Möglichkeit des Aufstieges zum Meister, vermittelte die Schöpferfreude am eigenen Werke und ersparte die Lebenssorge in dem furchtbaren Sinne, den heute dieses Wort bekommen hat. Selbstverständlich läßt sich die weitgehende Arbeitsteilung nicht mehr rückgängig machen; aber auch der Arbeiter des Maschinenzeitalters wird etwas von jenem Schöpferstolze verspüren, wenn er nicht zahllose Male Betrieb und Beschäftigungsart zu wechseln braucht, sondern ein Menschenleben in ein und demselben Betriebe steht. Er wird verschiedene Abteilungen durchlaufen, er wird auch bescheidene Beförderungen erleben, es werden ihm kleine Führerstellen anvertraut werden, bei seltener Begabung auch große. So gewinnt er doch einen Überblick über die schöpferischen Leistungen seines Werkes und den Wert seiner eigenen Arbeit. Der sogenannte freie Lohnvertrag, der — wie noch gezeigt wird — schon längst kein freier mehr ist, nötigte aber und regte den Arbeiter zum dauernden Wechsel von einem Betriebe in den anderen an. Das Gedeihen des Werkes lag ihm kaum am Herzen. Er war sich auch nicht darüber klar und konnte auch nicht so viel volkswirtschaftliche Einsicht besitzen, daß die feindliche Einstellung des einzelnen Arbeiters gegen den eigenen Betrieb die Kraft der Gesamtwirtschaft und damit seine eigenen Verdienstmöglichkeiten herabsetzen mußte. Es bleibt deshalb heute nichts anderes übrig, als den Arbeiter wieder mit dem Betriebe, der Zelle der Wirtschaft, zu verknüpfen, eine Interessengemeinschaft zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter des Einzelbetriebes herzustellen und darüber hinaus eine höhere Gemeinschaft auf sittlicher Grundlage anzustreben.

Es wird nun in der Öffentlichkeit der Kampf um zwei Schlagworte ausgefochten: um den scheinbaren Gegensatz **Wertsgemeinschaft** oder **Gewerkschaft**. Der Verfasser nennt ihn von vornherein einen scheinbaren; aber es ist doch einer kurzen Untersuchung wert, wie er entstehen konnte. Die einen sagen, der Betrieb sei die wahre Zelle der Wirtschaft, der Unternehmer der gegebene Führer seiner Betriebsarbeiterschaft; im Betriebe habe der Arbeiter seine soziale Heimat zu finden, der Betrieb habe also auch für die Sicherstellung des Arbeiters aufzukommen. Der Betrieb sei auch die Zelle einer aufbauenden wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Dazu komme noch, daß die Arbeitsbedingungen abhängig seien von der rationalen Erzeugungsweise und daß diese für jeden Betrieb ebenso sei nach Bedürfnis festzulegen sei, wie beispielsweise die Arbeitszeit. Endlich lasse sich nur im Betriebe die Unterscheidung zwischen Wert- und Massenleistungen, zwischen tüchtigen und untüchtigen, zwischen strebsamen und lässigen Arbeitskräften durchführen. Nur im Betriebe sei auf Grund der

Leistung auch eine gerecht abgestufte Entlohnung möglich. Es sei eine sinnlose Zerstörung natürlicher Einheiten gewesen, die Arbeitnehmerschaft außerhalb der Betriebe zusammenzuschließen, den Tarifvertrag in die Hände der beiderseitigen Interessensvertreter zu legen und ihn für ganz große Gebiete allgemein zu regeln. Dadurch werde eine künstliche Gleichheit, die Unterdrückung der Leistung herbeigeführt und endlich der Arbeiter dem Werke insofern entfremdet, als die ganze Sozialversorgung auf betriebsfremden Einrichtungen aufgebaut werde.

Dem wird nun von Gewerkschaftsseite, auch soweit sie wirtschaftsfriedlich ist, entgegengehalten: auch wir hätten an einer wirtschaftsfriedlichen Verfassung nichts auszusetzen, wenn die Sicherheit bestünde, daß eine solche wirklich eingehalten und der Arbeiter nicht benachteiligt würde. Die Wirtschaftsgeschichte hat indessen bewiesen, daß der Arbeiter vereinzelt der Ausbeutung verfällt. Daß er sich vor diesem Schicksale nur bewahren kann durch Bildung eines „Kartells der Arbeit“. Der Alleinherrschaft (Monopolismus) des Kapitals sei die der Arbeit entgegenzustellen; nur durch machtvollen Zusammenschluß könnten die Arbeiter ausreichende Löhne erzielen, nur durch die Macht der Gewerkschaftsbewegung sei eine leidliche Sozialversicherung gewährleistet und nur einheitliche Regelung der Löhne könne die Ausbeutung seitens der Arbeitgeber, die von Natur eine günstigere Stellung hätten, verhindern. Günstiger sei deren Stellung deswegen, weil beim Abschluß von Arbeitsverträgen eine einzige Persönlichkeit, die zudem noch Kapital in Händen habe, einer Vielheit Mittelloser gegenüberstehe. Endlich habe die Gewerkschaft noch eine sittliche Bedeutung: sie gewähre dem Arbeiter auch seelischen Rückhalt, gliedere ihn einer Gemeinschaft ein, die einmal bestehe, ganz gleich, ob man das begrüße oder beklage. Die Werksgemeinschaftsbewegung erstrebe die Zerschlagung der Gewerkschaften, vernichte damit die Macht der Arbeiterschaft und werfe sie rettungslos in Hörigkeit zurück.

Das sind so ungefähr die Beweisgründe, die beide Lager einander entgegenhalten. Was ist nun jeweils der Wahrheitskern? Die Betriebs- oder Werksgemeinschaft hat für sich die geschichtliche Gewachsenheit. Sie ist tatsächlich die natürliche Arbeitsgemeinschaft, die auch heute noch Leben besitzt, soweit Wirtschaftsgeetze eine weitere Zerreißung verbieten. Sie ist nur entseelt. Alle sozialen, das sind in Wahrheit alle seelischen Beziehungen, hat sie verloren, das menschliche Zusammenwirken ist fast auf das Technische beschränkt. Die Regelung der rein menschlichen Beziehungen ist tatsächlich außerhalb des Betriebes verlegt worden. Dadurch wurde der Persönlichkeitswert, die treibende Kraft des Wirtschaftslebens, herabgemindert und die Gütererzeugung schwer geschädigt. Kein Zweifel, daß die Anhänger der

Werksgemeinschaft in diesen Punkten recht haben, daß der Individualismus wieder einmal, seinen eigenen Gesetzen gehorchend, die wahre Persönlichkeit erstickt hat. Der aus individualistischem Geiste erfolgte Zusammenschluß der Arbeitermassen hat verhängnisvoll verallgemeinert und „gleich gemacht“. Aber er war notwendig und wird so lange notwendig bleiben, bis die Machtkämpfe zwischen Kapital und Arbeit beendet sind und einer rechtlichen Regelung des Wirtschaftslebens Platz gemacht haben. Wenn auch dieser Ausgleich auf gesellschaftlichem Gebiete stattfinden wird, so muß doch die dann hergestellte Ordnung von dem neuen Staate überwacht werden, welcher der Beeinflussung durch die beiden Parteien entzogen ist. Wirtschaftsverfassung, geschaffen aus Kräften der Gesellschaft, überwacht vom Staate, das bedeutet Wirtschaftsfrieden. Dabei wird die Veränderung der seelischen Zuständlichkeit des neuen Deutschen, wie sie im ersten Teile dieses Buches begründet wurde, vorausgesetzt. Die Ausführungen an jener Stelle bleiben immer die Grundlage dieser neuen Regelungen; durchdachte Maßnahmen bleiben wirkungslos, steht nicht der Wille zur Neuordnung hinter der Durchführung.

Der Verfasser sieht also keine ausschließende Gegensätzlichkeit zwischen dem reinen Gewerkschaftsgedanken und dem der Werksgemeinschaft. Tatsächlich wurde ja auch versucht, beide zu verknüpfen: im Betriebsrätegesetz, welches allerdings ein falscher und schwächlicher Ansatz blieb. Daß in einer vollkommen befriedeten Wirtschaft der, vielleicht theoretisch unnatürliche, Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter beseitigt wird und damit die allumfassenden Arbeiterzusammenschlüsse überflüssig werden, mag möglich sein. Aber es muß doch Kräfte geben, die jenes soziale Recht erst schaffen, es müssen auch von beiden Parteien Führer zusammentreten, welche Gesetzentwürfe beraten und beschließen. Ein anderer Weg als der über die Berufsstände im Braunweilerschen Sinne erscheint kaum gangbar. Auch Mussolini hat einen ähnlichen beschritten. Es heißt doch den Geist des Kapitalismus verkennen, ihm Selbstverzicht auf seine Macht zuzutrauen. Als Wirtschaftsmacht soll er — das muß immer wieder betont werden — sogar gestärkt und der bei ihm vorherrschende Einfluß der Persönlichkeit neu belebt werden, — als soziale Macht verdient er seine Entthronung. Die Schaffung eines solchen Wirtschaftsrechtes, das den Weg zum endgültigen Frieden zeigt, wäre (vgl. 2. Teil) Sache der Reichsständekammer, in der die Selbstverwaltung der Wirtschaft gipfelt und die Kräfte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich messen und zusammenwirken sollen. Man vergesse allerdings nicht die grundsätzliche Veränderung, die für den Aufbau der Gewerkschaft verlangt wurde, nämlich ihre Umwandlung in Zwangskörperschaften, die ihr Dasein

Wirtschaftsfrieden  
durch rechtliche  
Regelung

nicht mehr aus Agitation, sondern aus beruflicher Leistungspflicht herleiten.

Wirtschafts-  
verfassung

Wie hätte nun eine so entstehende Wirtschaftsverfassung den Arbeiter mit dem Betriebe neu zu verknüpfen? Zahllose Vorschläge sind in dieser Richtung gemacht worden und zwar in Sonderbetrachtungen, die nicht, wie dieses Buch, ein Gesamtbild geben wollen, sondern die soziale Frage als selbständigen Gegenstand behandeln. Hier geht es nicht um Einzelheiten, sondern immer nur darum, unter Scheidung der den einzelnen vergottenden und der die Überordnung der Gemeinschaft fordernden Denkweise allgemeine Richtpunkte zu geben. Dabei sind von vorneherein alle Bestrebungen abzulehnen, die den Arbeiter zum Kapitalisten oder gar zum Unternehmer machen wollen. Es steht nichts dem Plane im Wege, Kleinaktien auszugeben. Aber man muß sich dabei klar sein, daß der Besitz einer Aktie keine seelische Verbindung mit dem Werke gewährt. Das ist nicht einmal bei dem heutigen Aktienbesitzer der Fall, der die Aktie nur wegen der ihr anhaftenden Rente und nicht aus Teilnahme für das Werk kauft. Der kapitalistische Trieb nach Rente würde die Arbeiterseele in ihren sittlichen Wurzeln bedrohen; vor seiner künstlichen Erweckung muß also gewarnt werden. Es ist auch nicht richtig, ersparte Klein kapitalien unsicher anzulegen; hier bedeutet Sicherheit viel mehr als Zinsgenuß. Die Arbeiterfiedelung dagegen ist eines von den vielen kleinen Mitteln, die geeignet erscheinen, die Sehnsucht nach Bodenständigkeit im Arbeiter zu stärken; ob eine nachhaltige innere Verknüpfung zwischen Arbeiter und Werk dadurch erfolgt, kann ebenfalls bezweifelt werden. Auch der sogenannte Werkskonstitutionalismus, der den Arbeiter in einer der zahlreichen Formen moderner Demokratie an der Betriebsführung beteiligen will, berechtigt zu Mißtrauen. Dahin zielende Versuche scheitern alle an dem einfachen Umstande, daß der Arbeiter eben keine Unternehmernatur ist und daß hier zwei unvereinbare Veranlagungen sich gegenüberstehen. Diesen Weg ist, in schwächlichen Ansätzen, das Betriebsrätegesetz gegangen, dessen Auswirkungen bekanntlich in ganz andere Linien einmündeten, als seine Väter sich dachten. Einen irgendwie bedeutsamen Einfluß hat es auf die Klassenlage des Arbeiters nicht gehabt. Seit Owen dürfte feststehen, daß alle Vergesellschaftung, die zugunsten der Arbeitnehmer geschieht, zum Verluste der Wirtschaftlichkeit führt. Das war beim Staatssozialismus der Fall (man denke an die traurige Geschichte der „Deutschen Werke“), ist in anderer Weise offenbar geworden bei der Zeißischen Stiftung, insofern als sie heute eine der unternehmerfeindlichsten Belegschaften aufweist, die es gibt. Allerdings hat hier der Umstand besonders verhängnisvoll gewirkt, daß alle neuen Wirtschaftsformen allgemein für die Gesamtwirtschaft durchgeführt werden

müßten. Versuche an einzelnen Unternehmungen sind schon wegen ihres Ausnahmecharakters und des Druckes der herumgelagerten fremden Wirtschaftsformen zum Scheitern verurteilt.

Es muß also daran festgehalten werden, daß eine grundsätzliche Trennung zu erfolgen hat; in den Bereich reiner Unternehmertätigkeit: der kaufmännischen und technischen Betriebsführung, und auf der anderen Seite in den sozialen Bereich: alle Beziehungen, die durch das notwendige Zusammenwirken von Kapital und Arbeit, von Stoff und Mensch entstehen. Im sozialen Bezirke soll man den Arbeiter zum vollberechtigten Teilhaber und Mitverfüger über alle Mittel machen, welche die Wirtschaft für diese Zwecke auswirft. Ja, bei folgerichtigem Ausbau der sogenannten wissenschaftlichen Betriebsführung, die, nach den neuesten Forschungen, eine unerhörte Genauigkeit der Kalkulation erreichen kann, wäre nicht einmal undenkbar, daß die Bemessung des Lohnaufwandes eines Betriebes in engster und friedlicher Zusammenarbeit mit der Belegschaft vorgenommen werden könnte. Das mag im Augenblicke wirklichkeitsfremd erscheinen, aber die tatsächlichen Zustände sind davon nicht gar zu sehr entfernt. Denn, müßten die Arbeitervertreter nicht, daß bei einem gewissen Punkte die Höchstgrenze möglicher Löhne erreicht sei, so würden ihre Mehrforderungen niemals ein Ende finden. Dazu kommt, daß heute schon mancher Unternehmer ganz offen die Verhältnisse seines Betriebes den Arbeitnehmern bei Lohnverhandlungen klarlegt. Ist also eine solche betriebswissenschaftlich aufgebaute Einteilung der Mittel einmal eingeführt, so könnten die heute schon angebahnten Zustände ruhig zu gewohnheitsrechtlichen ausgestaltet werden. Wird dabei in Betracht gezogen, daß durch die zunehmende Entpersönlichung des Kapitals der mit den Arbeitern verhandelnde „Unternehmer“ in den meisten Fällen selbst Angestellter ist, so läßt sich die Erwägung nicht von der Hand weisen, daß beide zusammen eine gemeinsame Rechtsstellung gegenüber dem Kapital verteidigen.

Horneffer hat in seinem Buche, „Die große Wunde“, sicher die seelische Seite der Arbeiterfrage richtig erkannt. Seiner Schlußfolgerung, der Betrieb als solcher müsse seinem Arbeiter die bisher mangelnde Sicherheit seines Daseins in irgendeiner Weise verbürgen, ist beizupflichten. Ob die Form der Arbeitsaktie, wie sie Horneffer vorschlägt, glücklich gewählt ist oder nicht, spielt für diese grundsätzliche Frage keine entscheidende Rolle. Man kann sich schwer die Generalversammlung einer Aktiengesellschaft vorstellen, in welcher fünftausend Arbeiter erscheinen; aber Horneffer verlangt gerade die unmittelbare tätige Beteiligung des Arbeiters an der Verwaltung des Werkes. Diese liegt jedoch nicht bei der Generalversammlung, die meist ein gut aufgezoogenes Theater, aber selten mehr darstellt. Etwas

**Trennung der  
Unternehmer-  
sphäre und der  
sozialen Sphäre**

**Sicherung der  
Arbeitertätigkeit**

anderes ist es um die Vertretungsbefugnis im Aufsichtsrate. Nun ist heute schon der Betriebsrat im Aufsichtsrate vertreten, mit welchem Erfolg sei lieber verschwiegen. Unbedingt richtig ist aber der Gedanke der durch Treue und langjährige Dienstleistung erworbenen und mit der Arbeitsaktie verbundenen Pensionsberechtigung. Hier liegt der Kernpunkt der ganzen Frage. Auch ist dieser Gedanke schon bei manchen Betrieben in den Anfängen durchgeführt, im Knappschaftswesen sogar weit gediehen. Sodann aber hat die Berücksichtigung der „wohlerworbenen Rechte“ die Gerechtigkeit für sich; wird dieser Gedanke aber überspannt, so entartet er, wie ein Blick auf seine Entwicklung im Beamtenrechte erkennen läßt. Es ist nämlich falsch, die wohlerworbenen Rechte schon mit der Anstellung zuzusprechen. Denn sie sind ja dann in Wahrheit noch gar nicht erworben. Zwölf- bis zwanzigjährige Arbeit im Dienste des Staates oder eines Unternehmens vor Eintritt der Anwiderruflichkeit kann wohl gefordert werden. Man kann aber auch hinsichtlich des Ruhegehaltes geteilter Meinung sein und für den Staatsdienst höhere Besoldung ohne staatliche Altersfürsorge fordern. Stärkung der Selbstverantwortlichkeit und klarere Übersicht über die Belastung des Staatshaushaltes durch die Beamtengehälter wären der Gewinn. Bei der Arbeiterschaft erscheinen solche Bestrebungen gefährlich. Denn es ist doch fraglich, ob an den Sparsinn einer in sehr kleinen Verhältnissen lebenden Schicht nicht allzu hohe Anforderungen damit gestellt würden. Es könnte vorkommen, daß der höhere Lohn zwar die Erzeugungskosten belasten, aber nicht zurückgelegt würde. In solchen Fällen müßte dann die Gesamtheit auf dem Wege der Armenfürsorge erneut in Anspruch genommen werden. Dazu kommt, daß der Gedanke des Füreinander-einstehens und in der Folge die gerade angestrebte Verbundenheit mit dem Betriebe leiden würden. Auch wäre die Entscheidung schwierig, bei welcher Altersstufe die erhöhten Löhne einzusetzen hätten. Endlich kann die Besorgnis nicht verhehlt werden, daß die Unternehmer in schwierigen Zeiten die Löhne auf das Lebensnotwendige herabdrücken und somit die Spartätigkeit unterbinden würden.

Gewiß müßten grundsätzlich auch die Ruhegehälter aus den laufenden Einnahmen des Betriebes bestritten werden. Aber eine Sicherung der für Pensionen gesammelten Mittel erscheint unerläßlich, da die Altersversorgung der Arbeiterschaft nicht der Gefahr des Verlustes im Konkursfalle ausgesetzt werden darf. Man könnte deshalb auch daran denken, an Stelle der Arbeitsaktie einen Versicherungsvertrag zu gewähren, der beim Eintritt bestimmter Fälle die Auszahlung einer Kapitalabfindung verspricht. Hier ist aber wieder fraglich, ob damit der Bodenständigmachung des Arbeiters gedient wäre. Die Lösung der Frage geht also darauf hinaus, daß der Betrieb als solcher für



immer das Dasein des tüchtigen und verdienten Arbeiters sichert, ohne diese Sicherung mit der Sicherheit des Unternehmens zu verquicken. In diesem Zusammenhange ist auch wieder der Gedanke von Ausgleichs-, Not- oder Rückversicherungskassen, die eine Anzahl von Betrieben umfassen, erwähnenswert. Rückhaltlos anzuerkennen ist auch der von verschiedenen Seiten schon erwogene Plan, bei der Verwaltung all dieser Rücklagen und Kassen, zu denen natürlich die entstaatlichte Reichsversicherung und die entstaatlichte Erwerbslosenversicherung zu treten hätten, die Arbeiterschaft mit gleichen Rechten zu beteiligen. Alle Einrichtungen dieser Art wären grundsätzlich auf dem Betriebe aufzubauen und dann in ein Netz von Zusammenschlüssen einzufügen; nicht aber, wie bisher, von der Spitze her auszubauen und eine bürokratische und örtliche Zergliederung nachträglich durchzuführen. Daß die so gesammelten Gelder über die oben behandelten Wirtschaftsbanken wieder der Wirtschaft zufließen könnten, in der Form von Wirtschaftskrediten, mag der Vollständigkeit halber erwähnt werden. Überall hätte aber der Arbeiter auch die volle Verantwortung mitzutragen, da vor nichts dringender gewarnt werden muß, als vor der Erteilung von Rechten, denen keine Leistungsverpflichtung entgegensteht. Alle das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber regelnden Gesetze wären in einer eigenen Reichswirtschaftsordnung zusammenzufassen (wobei es sich sehr oft nur um Rahmengesetze handeln könnte), für deren Auslegung die ordentlichen Gerichte zuständig zu machen sind.

Bisher wurde vom Arbeiter ebenso allgemein gesprochen, wie dies die Gewerkschaftsbewegung zu tun pflegt. War das bei grundsätzlichen Ausführungen möglich, so geht das keineswegs bei der Betrachtung des Wirtschaftslebens im einzelnen. Die Gleichmacherei des Individualismus hat für die Wirtschaftlichkeit und die Gesamtproduktion verheerend gewirkt. Nur einige Beispiele seien angeführt: Die Sozialschulden des deutschen Volkes, am Volkseinkommen gemessen, sind seit 1913 auf etwa das Vierfache gestiegen. Diese ungeheure Summe, die an drei Milliarden beträgt, leistet an Wohltaten nicht entfernt das, was ihre Höhe vermuten läßt. Nicht nur deshalb, weil sie der Arbeiterschaft über die Bürokratie und nicht durch das Werk zufließt, sondern auch deshalb, weil sie sich gleichmäßig auf alle Arbeiter dank der „Menschenrechte“ verteilt. In Wahrheit liegt darin eine der schwersten Ungerechtigkeiten, die überhaupt denkbar sind. Denn ein Recht des einzelnen wurde in diesen Ausführungen grundsätzlich immer anerkannt: das des gerechten Lohnes für jede Leistung. Wie ist es damit heute aber bestellt? Der Leistungsunwillige, d. h. im Sinne dieses Buches sittlich Verantwortungslose, bezieht auf Kosten des hochwertigen Arbeiters Vorteile. Das ausgedehnte Simulanten-

Vernichtung der  
Qualität

wesen, welches durch die Reichsversicherungsordnung großgezüchtet wurde, ist ein Beispiel; ein weiteres bietet die ungenügende Abstufung der Löhne. Dadurch wird die Qualitätsarbeit ebenso tödlich getroffen wie der Leistungswille des tüchtigen Arbeiters. Die Preismonopolbewegung, welche die Leistungsfähigkeit gut geleiteter Betriebe nicht ausnutzt und das Dasein schlecht geleiteter künstlich verlängert, hat ihr Gegenstück gefunden in der Arbeitermassenbewegung, welche ein Schutzverband für die Minderwertigen geworden ist. Denn die Tarifzeitlöhne berücksichtigen die gute Leistung nicht, sondern schützen die minderwertige. So vernichtet der Individualismus die wichtigste Grundlage allen Wirtschaftslebens, die hochwertige Persönlichkeit. Preisverbände verklagen ihre Mitglieder, wenn Waren unter dem Verbandspreise verkauft werden. Ein arbeitswilliger Handwerker wird bestraft, weil er sein Geschäft über die Polizeistunde offen hält. Der willensstarke Arbeiter zahlt Krankenkassenbeiträge zur Verzärtelung von Schwächlingen, die jede Gelegenheit zur Inanspruchnahme sozialer Einrichtungen benutzen. Diese Gleichmacherei, die noch durch die steigende Entpersönlichung des Kapitals und die zunehmende Verbürokratisierung großer Unternehmungen gestützt wird, sündigt gegen den Geist der Wirtschaft. Die künstliche Abgleichung der Leistung macht verhängnisvolle Fortschritte, die schöpferische Kraft und der mächtige Antrieb der Persönlichkeit versacken immer mehr. Die Erzeugung geht zurück und es spielt sich auf dem Gebiete der Wirtschaft die nämliche Tragödie ab wie im staatlichen Leben: die Verquickung von sozialem und rein wirtschaftlichem Gehalt innerhalb des Wirtschaftslebens führt ebenso zum Sinken des Nutzerfolges, bezweckt ebenso die Unterdrückung des Lebenstüchtigen durch den Selbsttüchtigen, wie die Vermischung von staatlichen und wirtschaftlichen Aufgaben den Staat für seine Hauptaufgabe unfähig macht und die großen Führer und Erzieher des Volkes niederhält zugunsten der minderwertigen Nutznießerschaft. Wie im staatlichen Leben der Einzelmensch abgespeist wird mit dem Trugbilde des Stimmzettels, so im wirtschaftlichen Leben mit dem des hohen Barlohnes. Dabei ist doch die Steigerung des Reallohnes nur möglich, wenn die Persönlichkeit von Arbeiter und Unternehmer zusammenwirken in frohem Schaffensgeiste.

Keine neuen  
finanziellen Lasten

Vorstehende Ausführungen werden dem Einwande begegnen, daß der soziale Neubau über die ohnehin schon überspannten Kräfte der Wirtschaft hinausgehe. Dagegen muß entschieden betont werden, daß keine Rede davon sein kann, höhere Beträge für soziale Zwecke auszuwerfen, als die Fruchtbarkeit der Wirtschaft erlaubt. Diese zu steigern oder, außenpolitisch gesehen, den Lebensraum des Volkes in gesunder Weise fruchtbar zu machen und zu erweitern, ist Aufgabe staatlicher Wirtschaftsführung. An dieser Stelle handelt es sich nur

darum, die riesigen Summen, die heute verkehrterweise über den Staat laufen und einer gleichgemachten Masse ohne befriedigendes Ergebnis zugeführt werden, zu verwenden nach dem Gesetze der psychologischen Wirkung. Ohne die Dazwischenschaltung des Staates, der viel wichtigere Aufgaben zu erfüllen hat, soll die Wirtschaft endlich wieder als eine Einheit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgefaßt werden und die soziale Frage aus sich heraus lösen: indem einmal der Arbeiter von dem sichergestellt wird, der ihn „für sich ausnutzt“ (der Verfasser ist sich der Gefahr dieser Ausdrucksweise bewußt), sodann aber diese Sicherstellung nach dem Grundsätze persönlicher Leistung erfolgt. So wird der Arbeiter zu einem vollwertigen Gliede der deutschen Gesellschaft.

### Individualistische Steuern

Für die Gesundheit der deutschen Volkswirtschaft ist von ausschlaggebender Bedeutung das Steuerwesen; selbstverständlich kann hier aber keine steuerwissenschaftliche Abhandlung vorgelegt werden. Für den Zusammenhang dieses Buches kann es nur darauf ankommen, darzutun, inwieweit die hier durchgehend verfolgte geistige Gegensätzlichkeit (Einzelmensch und Gemeinschaft) auch einen so vom Zweck beherrschten Teil des öffentlichen Lebens, wie das Steuerwesen beeinflusst. Ein Sozialphilosoph vom Range Oswald Spenglers, Wirtschaftspolitiker wie Walter Funk, Rabbethge und Valentinus, haben auf diesem Gebiete neue Wege gezeigt. Schon früher wurde in einer Broschüre des Verfassers „Die geistige Krise des jungen Deutschland“ der innere Zusammenhang zwischen Individualismus und heutigem Steuerwesen gestreift. Dieser Gedanke soll weiter ausgebaut werden, um die sich bekämpfenden Lehrmeinungen aufzuweisen.

Planlosigkeit der  
Steuerpolitik

Die Steuerpflicht haftet heute allein an der Person, sei es der natürlichen oder der juristischen. Es entspricht durchaus der Einstellung des französischen Revolutionsgeistes, die Steuereinschätzung dem einzelnen zu überlassen. Der geheiligte Grundsatz der persönlichen Freiheit wird zwar auf diese Weise gewahrt, aber in doppelter Beziehung auf Kosten der Gemeinschaft: einmal insofern als die zunehmende Verschiebbarkeit des Kapitals unbegrenzte Möglichkeiten der Steuerhinterziehung für den Finanzkapitalisten bietet. Sie eröffnet ihm ferner die verlockende Aussicht, mit Hilfe des Steuerfiskus, der, wie der Staat überhaupt, in den Händen des Geldkapitals sich befindet, den unbeweglichen Besitz zu brandschlagen und zu zerschlagen. Der immobile Besitz, sei er industrieller oder landwirtschaftlicher Art, ist nämlich steuerlich viel leichter zu erfassen, als der Geldbesitz. Die landwirtschaftliche Verbrauchsbesteuerung, die heute mit Vorliebe

gegen die Landwirtschaft ins Feld geführt wird, zeigt diese Vernichtungsabsicht in erschreckender Klarheit. Dabei handelt es sich natürlich nicht um eine Verbrauchsbesteuerung im Sinne der indirekten Steuer, sondern um eine Besteuerung des Aufwandes, der mangels eines erkennbaren Reingewinnes als Grundlage der direkten Einkommenbesteuerung dient. Sodann wird der Wirtschaftskörper, der doch eine auf Gemeinschaft beruhende Einheit darstellt, durch die Steuererfassung beim einzelnen aufs schwerste geschädigt. Sieht nämlich der Steuer-gesetzgeber die Wirtschaft nicht als eine solche Einheit, dann wird die Besteuerung nicht an dem Punkte vollzogen, an dem sie der Erzeugungskraft am wenigsten schadet und die wirtschaftliche Entwicklung am wenigsten stört, sondern am einzelnen, dessen Besteuerung wiederum individualistische Triebe zu ihrer Befriedigung verlangen. So gehen denn auch sämtliche Steuerberatungen der letzten fünfzig Jahre von der Frage aus, wie eine Steuer den einzelnen treffe und wie die Besteuerung des einen auf den anderen psychologisch wirke. Infolgedessen bewahrheitet sich der in diesem Buche oft bewiesene Satz: daß der einzelne immer dann am schlechtesten wegkommt, wenn seine Interessen und seine Empfindlichkeiten geschont werden sollen; daß er auf der anderen Seite wirklich dann geschont wird, wenn die Maßnahmen vom Gemeinschaftsgedanken ausgehen. Die Zahl der heute vorhandenen Steuergesetze und Besteuerungsarten steht in einer inneren Beziehung zu jener der zahllosen Einzelinteressen und Sonderwünsche, welche jedesmal bei der Beratung der Steuergesetze geltend gemacht werden. Der einheitliche Grundgedanke, welcher nur wirtschaftlicher und nicht persönlicher Natur sein könnte, fehlt. Nur einige Belege: der Widersinn der direkten Besteuerung der Beamten und Arbeiter wurde schon früher berührt; er bedarf deshalb keiner Erwähnung mehr. Aber die zahllosen Neidsteuern, die insbesondere von den Gemeinden erhoben werden, je nachdem, ob das „Stadtparlament“ eine besonders besitzfeindliche Zusammensetzung hat oder nicht, finden ein würdiges Gegenstück in der sogenannten Hauszinssteuer. Die an und für sich lobenswerte Neigung, endlich auch den Hausbesitzer wieder den Gesetzen zu unterwerfen, denen er sein Dasein verdankt, nämlich rein wirtschaftlichen, wurde von dem einnahmehungrigen Staate, unter Mithilfe der besitzfeindlichen Kräfte, in ihr Gegenteil umgedeutet. Eine Steuer von geradezu unerhörter Ungerechtigkeit und wirtschaftlicher Sinnlosigkeit entstand so. Die Notlage, in der der Staat unmittelbar nach Einführung der Festmark war, wird durchaus anerkannt. Daß aber eine solche Steuer sich jahrelang in ihrem gewaltigen Umfange halten konnte, ist der beste Beweis für die Planlosigkeit deutscher Steuerpolitik.

Daß der Staat, aus seinem Hoheitsrechte heraus, von der Wirtschaft des ihn bildenden Volkes die Mittel verlangt, die für notwendige (was der Verfasser darunter versteht, wurde im zweiten Teile auseinandergesetzt) Aufgaben des Staates zur Verfügung stehen müssen, dürfte selbstverständlich und keiner weiteren Begründung bedürftig sein. Es gibt aber nur zwei Quellen, die ausgeschöpft werden können: für laufende Ausgaben das volkswirtschaftliche Einkommen, für besondere Ausgaben das Volksvermögen. Ein Rückgriff auf dieses kann ohne Steuererhebung erfolgen durch Auflegung von Anleihen; auf steuerlichem Wege durch Ausschreibung von Vermögenssteuern. Jeder Eingriff in das Vermögen sollte nur aus ganz besonderen Gründen, für ganz besondere Zwecke und endlich unter ganz besonderen Umständen möglich sein. Ein wesentlicher Grund besteht darin, daß aus dem laufenden Einkommen die Summen, welche benötigt werden, nicht aufzubringen sind. Besondere Zwecke sind im allgemeinen nur gegeben, wenn außenpolitische Aufgaben von grundlegender Bedeutung für die Nation ihrer Lösung harren. Die besonderen Umstände sind davon abhängig, wie hoch die Spargelder einer Volkswirtschaft sind. Diese drei Gesichtspunkte müssen gegeneinander abgewogen werden. Allgemein gilt, daß ein Verzehren des volkswirtschaftlichen Grundstockes für laufende Staatszwecke an den erinnert, der den Aft abspägt, auf dem er sitzt. Besitzvernichtung, aus Besitzeindlichkeit heraus, darf aber schlechterdings niemals Zweck einer Vermögenssteuer sein, weil dadurch die Volkswirtschaft rettungslos zugrunde geht. Wenn eine Volkswirtschaft das von einer Reihe von Geschlechtern Ersparte aufgezehrt hat, wie dies bei Festigung der deutschen Währung der Fall war, so muß die Kapitalbildung unter allen Umständen gefördert und nach Möglichkeit jeder Eingriff in das Vermögen deshalb vermieden werden. Was aber mit diesen Grundsätzen völlig unverträglich ist, ist eine laufende Vermögenssteuer, wie sie zur Zeit in Deutschland besteht.

Das Wesen der Steuern

Aber selbst wenn Deutschland keine einmalige Vermögensabgabe noch eine laufende Vermögenssteuer kenne, so blieben doch noch die verschleierten Vermögenssteuern zu beanstanden. Diese Verschleierung geschieht auf dem Wege über die Einkommensteuer. Sowohl die letzte große volkswirtschaftliche Tagung in Wien als auch Valentinus in seiner Abhandlung über „Steuererleichterung“ haben die Ansicht zutage gefördert, daß die direkte Besteuerung überhaupt keine Berechtigung habe und daß die Lehre von der sozialen Ungerechtigkeit der indirekten Steuern ein Märchen sei. Die sogenannte indirekte Steuer ist eine solche auf den Verbrauch und schon deshalb gerechter als die direkte, die bis zu einem gewissen Grade fleißige und haushälterische Arbeit bestraft. Es wird nun gegen die indirekte Steuer eingewendet,

Die Unernunft der direkten Steuer

sie treffe die ärmeren Schichten verhältnismäßig schwerer als die wohlhabenden. Denn die durch Verbrauchssteuern bewirkte Verteuerung der Waren schmälere den Lohnempfänger in gleicher Höhe an der Lebenshaltung. Das ist nicht richtig. Bei gesunden Wirtschaftsverhältnissen folgt der Lohn dem Preise. Wäre dies nicht der Fall, so wären die hohen Löhne in Nordamerika schlechterdings unerklärlich. Die Lohnhöhe berücksichtigt im Gegenteil den Umstand, ob der Arbeiter indirekte Steuern zahlt oder nicht. Dazu kommt die psychologische Seite der Steuerfrage. Warum wehren sich die Arbeiterparteien gegen die indirekte Steuer? Zunächst muß hier auf den oft erwähnten Umstand verwiesen werden, daß der Arbeiter eigentlich vom Finanzkapital geführt wird, das mit seiner Hilfe den unbeweglichen Besitz beweglich machen will. Sodann aber wird der Gehorsam, den der Lohnempfänger in Steuerfragen gegenüber dem Händlerturne zeigt, nur aus dem Umstande erklärlich, daß er sich der Bedeutungslosigkeit der von ihm aufgebrachtten Einkommensteuer bewußt ist. Das heißt, er fühlt sich nicht als Steuerzahler, weil er den Lohnabzug bei Lohnverhandlungen auf den Unternehmer abwälzt. Die Verbrauchsbesteuerung dagegen empfindet er als tatsächliche Steuerleistung, wenn sie auch nicht so sehr im einzelnen, als vielmehr im gesamten zum Bewußtsein kommt. So stellt sich überraschend heraus, wie verkehrt die bisherige Auffassung von der erzieherischen Wirkung der Einkommensteuer ist. Ganz im Gegenteil hat sich heute der Zustand herausgebildet, daß eine verhältnismäßig kleine Anzahl Steuerkräftiger im Bewußtsein der Massen den Staatsaufwand bestreitet, während diese gewissermaßen sich steuerlich selbst entmündigt haben.

Eine genauere Betrachtung der Art und Weise, wie heutzutage die Steuern aufgebracht werden, führt zum nämlichen Ergebnis. Jede Steuer wird überwälzt bzw. rückgewälzt, weshalb die direkte Steuer bei der Preisbildung sich mindestens ebenso auswirkt, wie die indirekte. So kann ernsthaft nicht geleugnet werden, daß jeder Kaufmann seine gesamten Steuern und Abgaben auf das Konto „Handelsunkosten“ bucht, die er in den Preis der Ware einrechnet. Dieses Verfahren wurde besonders gefördert durch das System der Steuervorauszahlung. Ist dem so — und das kann kaum bestritten werden —, so kann die Aufrechterhaltung direkter Steuern nicht länger befürwortet werden. Nun sagt man, den Kampf um die endgültige Belastung mit einer überwälzten oder rückgewälzten Steuer entscheide die Wirtschaftslage. In Zeiten günstiger Konjunktur werde der Verbraucher die Steuer endgültig tragen müssen, im Falle ungünstiger Konjunktur der Erzeuger. Hier würden dann die Verlustgeschäfte des Unternehmers einsetzen, d. h. sein Vermögensstock leiden. In Wahrheit läuft aber diese Art der Besteuerung dann auf eine Vermögens-

abgabe hinaus. Das ist die verschleierte Art der Vermögensabgabe, die aber immerhin noch den Vorzug hat, wenigstens an einen Wirtschaftsvorgang gebunden zu sein. Sie hat in der Regel das Erliegen schwächerer Betriebe zur Folge, während die kräftigen erhalten bleiben. Eine gewisse wirtschaftliche Gerechtigkeit kann diesem Vorgange nicht abgesprochen werden. Heute aber ist es so, daß durch die progressive Einkommensteuer der große und leistungsfähige Betrieb eine viel höhere Belastung erfährt als der schwache und kleine. Die Preishöhe richtet sich aber nach der zahlreicheren und, infolge der progressiven Steuer, teureren Ware der gut arbeitenden Industrie. Die schwachen und unwirtschaftlichen Betriebe werden also steuerlich geschont und die Preisebene dadurch nicht im geringsten gesenkt. Würde man nun die Sonderbelastung der Großbetriebe, die durch die progressive Einkommen- und Körperschaftsteuer bedingt ist, zusammen mit allen direkten Steuern, beseitigen, so würden wahrscheinlich die Preise niedriger. Denn die kleineren Betriebe müßten entweder wirtschaftlicher arbeiten und gewissenhafter rechnen oder zugrunde gehen.

Aus all diesen Erwägungen, die einzeln zu belegen der Raum verbietet, gelangt die neuere Finanzwissenschaft zu einer Zweifelfstellung gegenüber der direkten Steuer überhaupt. Es würde zu weit führen darzulegen, daß auch bei den freien Berufen, insbesondere bei den geistigen Arbeitern, die direkte Besteuerung insofern wertvernichtend wirkt, als der gut Verdienende (weil begehrtere) die Steuer natürlich ebenfalls abzuwälzen in der Lage ist, während der schlecht Verdienende sie tragen muß. Dadurch gerät die kulturtragende Schicht in kulturvernichtende Not. Wie auf rein wirtschaftlichem Gebiete die wirtschaftlich Minderwertigen nach dem bisherigen Steuersystem künstlich erhalten werden, die wirtschaftlich Hochwertigen aber gewaltsam unterdrückt, so wirkt die Besteuerung der freien Berufe überhaupt kulturverneinend und führt zur Beeinträchtigung der Hochwertigkeit. Die direkte Besteuerung schöpferischer Geistesarbeit ist ein Vergehen wider den Geist und wird geradezu zur Sünde, wenn die progressive Einkommensteuer den rastlos Schaffenden für seinen Fleiß bestraft. Mag er sie auch abwälzen, die Unmoral dieser Steuer erfährt dadurch keine Rechtfertigung.

Es sind deshalb viele Vorschläge gemacht worden, die alle darauf hinauslaufen, das volkswirtschaftliche Einkommen an dem geeignetsten und unschädlichsten Punkte auf mittelbarem Wege zu besteuern und dadurch eine ganze Reihe von Steuern, Steuerquellen und Steuererhebungsarten überflüssig zu machen. Steuerreform Erinnert sei an die von Rabbethge vorgeschlagene „Produktionssteuer“ und an die herstellsteuerähnliche große Umsatzsteuer, die nach Valentinus die gesamten direkten Steuern, sowie eine beträchtliche Anzahl nebeneinander herlaufender

Amsatzsteuern überflüssig machen würde. Wie man auch zu diesen Vorschlägen im einzelnen steht, der allgemeinen Linie ist beizupflichten. An dieser Stelle kann unmöglich der Plan eines neuen Steuersystems entworfen werden. Dem Verfasser kam es nur darauf an, im Rahmen seiner Wirtschaftsbetrachtungen auch die Bedeutung der von der Gemeinschaft ausgehenden Denkweise für das Steuerwesen zu betonen.

Die Vereinheitlichung des Steuerwesens und die Herausfindung des Punktes in der Wirtschaft, wo eine einheitliche Abgabe aus dem volkswirtschaftlichen Einkommen am besten geleistet werden kann, erfolgte am raschesten, wenn diese Sorge der Wirtschaft selbst überlassen bliebe. Der Steuerbedarf wird sich für absehbare Zeit in errechenbarer und gleichmäßiger Höhe halten. Auch dann, wenn zahlreiche Staatsaufgaben auf Selbstverwaltungskörper übergeführt werden, wird das Gesamtaufkommen für öffentliche Aufgaben vorläufig nicht geringer werden; späterhin kann das anders werden, wenn die Vorteile einer gesunden Selbstverwaltung, die immer sparsamer ist als die bürokratische, zur Auswirkung gelangen. Die Beitreibung der Steuer durch einheitliche Ämter kann beibehalten werden, aber die Umlegung und die Ausschreibung würde ein geschlossener Wirtschaftskörper weit sachlicher vollziehen können, wie die heute bestimmenden staatlichen Stellen. Schon weiter oben wurde der Grundsatz verfochten, daß im allgemeinen die steuerbewilligenden Ausschüsse auch für die Aufbringung der Steuer zu sorgen hätten, daß also der Ausgebende auch für die Deckung eintreten müsse. Wenn man sich nun vorstellt, daß die Wirtschaftskörper eine gewisse örtliche Gliederung aufwiesen, die mit den heutigen Gemeinden, Provinzen und Ländern zusammenfallen kann, so lassen sich Wege finden, um jenen gesunden Grundsatz durchzuführen. Dabei muß auch einem Gedanken von Valentinus größte Beachtung geschenkt werden: daß nicht städtische Körperschaften die Industrie ihres Selbstverwaltungsbereiches mit Steuern belasten, die infolge der Verteuerung der Ware vom flachen Lande bezahlt werden müssen. Es ist klar, daß solche Maßnahmen zu einer Ungleichheit der allgemeinen Preishöhe, zur Abwanderung ganzer Industrien und zur Ausbeutung des flachen Landes führen müssen. Die heute bestehende progressive Gewerbesteuer gehört zu jenen Abgaben, die diese verhängnisvolle Wirkung ausüben.

Jedenfalls könnte so eine gesunde Selbstverwaltung der Gemeinden und Länder erreicht werden. Sie wären in der Lage, die Ausgaben, welche sie machen, selbst zu decken und sie wären dadurch gezwungen, die notwendige Sparsamkeit dabei zu beobachten. Die Einrichtung von Steuerprovinzen stand ja schon öfter zur Aussprache. Und je mehr sich die Wirtschaft zu großen Gebilden zusammenballt, desto mehr sind die Finanzbehörden auf gütliches



Verhandeln mit deren Oberleitung angewiesen. Verfolgt man diese Richtung weiter, so ist es nur noch ein knapper Schritt bis zu jenem Zustande, wo die Spitzen der Steuerbehörden mit den Spitzen der Wirtschaft verhandeln über den Geldbedarf der öffentlichen Hand; und im übrigen die Beibringung dieser Mittel den wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern überlassen.

Wenn so der Gemeinschaftsgedanke in der Steuergesetzgebung zum Durchbruche gelangen würde, also jeder aus individualistischen Gründen erfolgende Eingriff in die Gesundheit der Volkswirtschaft abgelehnt würde, so wäre die Folge auch eine grundsätzliche Neueinstellung zur Landwirtschaft. Es ist selbstverständlich, daß ebenso wenig wie die bisherige Kreditpolitik, so auch die bisherige Steuerpolitik der neuen Auffassung von der Sonderstellung der Landwirtschaft in Volkstum und Staat gerecht wird. Dem Traume einer weltwirtschaftlichen Versorgung mit Lebensmitteln sich hinzugeben, ist verhängnisvoll. Die Zukunft gehört der Nationalwirtschaft, deren Grundlage immer der Ackerbau ist. Seine Förderung ist eine Hauptfrage. Die Steigerung des landwirtschaftlichen Ertragnisses bedingt daher auf lange Sicht hinaus eine steuerliche Schonung von allergrößtem Ausmaße. Die Beseitigung der Einkommensteuer würde hier Wunder wirken, besonders wenn sie ihren verbrauchssteuerlichen Anstrich verlöre. Eine Produktionssteuer auf der Grundlage des Umsatzes wäre für die Landwirtschaft ohne Schaden tragbar und der Druck der Grundbesteuerung würde wegfallen. Der innere Markt, die unerläßliche Voraussetzung jeder gesunden Ausfuhr, würde gestärkt, die Kaufkraft erhöht und dadurch auch die Zahlung eines höheren Reallohnes an die Arbeiterschaft der Industrie ermöglicht. Wenn auch im zweiten Teile dieses Buches als volkspolitische Maßnahme eine ganz besondere Art der Erbschaftssteuer (Vermögenssteuer) vorgeschlagen wurde, so sei hier ausdrücklich betont, daß als Regelfall (bei Vorhandensein einer bestimmten Kinderzahl) keine Erbschaftssteuer erhoben werden soll. Es ist aber der Vorschlag nicht ungerecht, bei minderer Kinderzahl und von einer gewissen Höhe der Hinterlassenschaft ab eine Vermögensabgabe zu erheben, aus welcher der Grundstock gebildet werden könnte, die Söhne kinderreicher Landwirte neu anzusiedeln. Eine Verwendung dieser durch die Erbschaftssteuer gewonnenen Mittel für die laufenden Ausgaben des Staates ist abzulehnen. In der Siedelung und Besserstellung kinderreicher Familien sieht der Verfasser eine Aufgabe, für welche die Vermögen derjenigen, die dem Volkstume den Nachwuchs verweigern, ausnahmsweise angegriffen werden könnten. Eine erbrechtliche Sonderstellung muß aber die Landwirtschaft auf alle Fälle einnehmen. Statt Fideikommiss zu zerschlagen, sollte das deutsche Volk

Steuerliche  
Sonderstellung der  
Landwirtschaft

viel richtiger sich darum sorgen, wie die Zertrümmerung von Bauerngütern auf Grund eines individualistischen Erbrechtes, wie es das des Bürgerlichen Gesetzbuches ist, vermieden wird.

## Die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft

Hochkapitalismus  
oder  
Gemeinwirtschaft

Sombart sagt in einer Betrachtung über das Wirtschaftsleben der Zukunft, welche 1926 im Oktoberheft der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht wurde: „Wir werden uns nun aber endlich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß der Unterschied zwischen einem stabilisierten und reglementierten Kapitalismus und einem technifizierten und rationalisierten Sozialismus kein so großer ist und daß es somit für das Schicksal der Menschen und ihrer Kultur ziemlich gleichgültig ist, ob die Wirtschaft sich kapitalistisch oder sozialistisch gestalten wird. Worauf es ankommt: die Arbeitsweise ist in beiden Fällen dieselbe; in beiden Fällen ruht die gesamte Wirtschaft auf dem Boden der Vergeistung. Man frage sich doch, wodurch sich ein großes Genossenschafts- und ein kapitalistisches Warenhaus, ein kommunistisches und ein kapitalistisches Hochofenwerk, eine städtische und eine kapitalistische Straßenbahn voneinander unterscheiden. . . . Hier wird das Schicksal der Menschheit entschieden: ob der wichtigste Bestandteil des menschlichen Duns, die wirtschaftliche Tätigkeit, dem Bereiche der Seele oder dem Bereiche des Geistes zugehören soll.“

Es kann kein Zweifel bestehen, daß Sombarts Auffassung insoweit richtig ist, als gewisse Zweige des Wirtschaftslebens je nach ihrer Geeignetheit in der Zukunft sich mehr oder minder gemeinwirtschaftlich entwickeln werden. Dabei bleibt, wie auch Henry Ford meint, ziemlich belanglos, wer Eigentümer des schaffenden Kapitals ist. Ob die Verwaltung der Produktionsmittel zum allgemeinen Besten geschieht, ist entscheidender als die Eigentumsverhältnisse. Die kapitalistische Wirtschaft wird um so eher gleichbleibende feste Formen annehmen, je erkennbarer die sich langsam herausstellende natürliche Grenze der Verbrauchskraft wird. Europa versteht heute nicht mehr die ganze Welt mit Industrieerzeugnissen, sondern die Kolonialländer entwickeln sich zu industriellen Selbstversorgern. Dadurch wird in Europa eine gewisse Ruhelage erreicht und der kapitalistische Aufstieg gedrosselt. Er wird kaum das stürmische Zeitmaß der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts beibehalten können. Es gibt natürlich auch entgegengesetzte Meinungen dahingehend, daß wir erst an der Schwelle eines hochkapitalistischen Zeitalters stünden. Prophetie ist aber immer gefährlich; eine ganze Reihe gewichtiger Gründe sprechen für die Überschreitung des Höhepunktes der kapitalistischen Linie.

Eritt aber die auf Ausgleich der Erzeugung und des Absatzes zurückzuführende Ruhelage ein, so müssen die Folgen ins Auge gefaßt werden: immer mehr werden die Märkte in feste Hände geraten, wirtschaftliche Übereinkommen werden den Absatz regeln und die Wirtschaft wird sich in ihren gleichgearteten Zweigen zusammenschließen, um leichter dahingehende Vereinbarungen treffen zu können. Je größer diese Wirtschaftskörper werden, desto bürokratischer ihre Leitung. Die Kräfte überragender Persönlichkeiten werden gewissermaßen eingeebnet, allgemeine Vergeistung und nicht mehr seelischer Antrieb besonders starker Persönlichkeiten drücken der Wirtschaft ihren Stempel auf. Die Gütererzeugung selbst nimmt dadurch starrere Formen an und das Einzelkönnen wird mehr oder minder ausgeschaltet. Dieser Entwicklung würde die aus der Gewerkschaftsbewegung stammende Gleichmacherei parallel gehen. Beweglichkeit würde nur noch im Bereiche des Kapitalbesitzes herrschen; d. h. der kapitalistische Individualismus würde den Kampf um die Verfügung über die gewissermaßen erstarrte Form der Erzeugung weiterführen.

Die heutige Entwicklungslinie der Wirtschaft verläuft zweifellos in dieser Richtung. Das junge Deutschland lehnt sie ebenso ab, wie eine hochkapitalistische, d. h. eine solche, welche die schaffende Wirtschaft in beweglichen Formen halten will, nur um an geeigneten Punkten Kapital zur Erzielung einer Rente anzusetzen. Denn beide Bestrebungen können gleichermaßen ihren materialistischen Ursprung nicht verleugnen. Es muß aber die Persönlichkeit dem Wirtschaftsleben erhalten bleiben, weil nur ihr Wirken höchsten wirtschaftlichen Erfolg verbürgt. Dagegen muß eine planmäßige Ordnung im kapitalistischen Bereiche erfolgen; es soll also die rein kapitalistische Betätigung dahin beeinflusst werden, daß das Kapital nach den Stellen abfließt, wo die Erzeugung auf Grund persönlichen Antriebs neu belebt werden muß, wo ein leerer Raum in der Volkswirtschaft besteht, der ihre Gesundheit bedroht; umgekehrt muß dem rentesuchenden Kapital verwehrt werden, die Wirtschaft zum Sammelplatze seiner Gelüste zu machen. Diese Bestrebungen können unterstützt werden einmal durch den weiter oben vorgeschlagenen Umbau des Geldwesens und sodann mittelbar durch die Entfernung aller sozialen Schwierigkeiten aus dem reinen Wirtschaftsleben; denn es braucht in diesem Zusammenhange nicht mehr begründet zu werden, daß das Hineinspielen des Sozialen jene Erstarrung der Wirtschaftsformen begünstigt. Aber, gleich wie die Voraussage über die zukünftige Wirtschaftsgestaltung lautet; eines steht fest: die soziale Frage muß mit kraftvoller Hand angefaßt und mit ganzen Maßnahmen ihrer Lösung entgegengeführt werden. Versagt sich die deutsche Wirtschaft, wozu auch die deutsche Arbeiterschaft als die Hauptträgerin des sozialen

Rettung der Individualität in der Produktion, Bekämpfung des Individualismus im kapitalistischen Bereiche

Gedankens zu rechnen ist, dieser Einsicht, so stehen wir am Ende der deutschen und der abendländischen Geschichte.

Arbeitsdienf-  
pflicht

Zwischen Wirtschaft und Staat, zwischen Gütererzeugung und sittlicher Erziehung bewegen sich die Gedanken, welche auf Einführung der Arbeitsdienstpflcht hinzielen. Über diese Frage entstand in den letzten Jahren ein umfangreiches Schrifttum. Schon die „Utopisten“ traten für die Arbeitsdienstpflcht ein. Von militärischer und von sozialistischer Seite liegen Entwürfe vor. Bulgarien und Rußland haben sie eingeführt. Als Weg zum sozialistischen Zukunftsstaate ist sie abzulehnen. Die Güterversorgung eines Volkes auf dieser, die Persönlichkeit ausschaltenden, Bahn erscheint unmöglich. Denn die deutsche Wirtschaft beruht auf der Herstellung hochwertiger Güter durch Facharbeiter. Es gibt aber eine ganze Reihe wirtschaftlicher Aufgaben, die aus Kapitalmangel nicht ausführbar sind, wohl aber zum Vorteile der Gesamtheit gelöst werden müssen. Dabei könnte auch eine wahrhaft soziale, ausreichende Erwerbslosenversicherung erreicht werden. Denn die Hauptmasse der heute in der kapitalistisch bestimmten Wirtschaft nicht Unterkommenen würde von der Arbeitstruppe aufgefogen. Das kann die Wirtschaft nicht, am wenigsten durch die vorgeschlagene Verkürzung der Arbeitszeit. Sie sündigt wider die kapitalistischen Gesetze der Wirtschaft (Wirtschaftlichkeit) und würde deshalb zerstörend wirken. Gewiß wird von volkswirtschaftlicher Seite immer wieder betont, die Arbeitsdienstpflcht führe zur Bildung einer gegen die Gewerkschaften wirkenden „Reservearmee“. Denn von diesen befürwortete Lohnforderungen der Arbeiterschaft könnten seitens der Unternehmer durch Rückgriff auf den billigeren Arbeitsdienstpflchtigen beantwortet, ein Streik sogar wirkungslos gemacht werden. Diesem Einwand wird erwidert, daß die Verschiedenheit der Arbeitsgebiete (der freien Wirtschaft und der Dienstpflchtigen) einen Wettbewerb ausschaltet. Sodann ist natürlich in einer rechtlich geordneten Wirtschaft für Streik kein Platz. An seine Stelle tritt der arbeitsrechtliche Prozeß vor dem ordentlichen Gerichte. Weiterhin wird eingewendet, mit Einführung der Arbeitsdienstpflcht gestalte sich der Arbeitsmarkt noch ungünstiger wie heute, da eine ganze Reihe von Arbeitsgelegenheiten wegfielen. Hierauf ein wirtschaftlicher Gegengrund: Es ist nicht angängig, daß eine Million Menschen, ohne zu arbeiten, von der Allgemeinheit ernährt und eine beträchtliche Anzahl volkswirtschaftlicher Aufgaben nicht ihrer Lösung entgegengeführt werden. Erinnert sei nur an die Wohnungsnot, an den Zustand der deutschen Straßen und an die weiten Flächen Ödlandes.

Daß hier bislang ein ungesundes Denken obwaltete, die Schonung von Einzelvorteilen auf Kosten des Allgemeinwohls, kann keinem Zweifel unterliegen. Brachliegende Arbeitskraft ist immer ein un-

erfesslicher Verlust für die Volkswirtschaft. Gewiß gehört auch Kapital dazu, diese Arbeitskraft anzusehen. Aber nur für den, der sich Arbeit anders als im kapitalistischen Rahmen gar nicht vorstellen kann. Es gibt wirtschaftliche Tätigkeit, deren Nutzen jenseits des Wirtschaftlichen im Sinne der Rente liegt. Die kapitalistische Wirtschaft ist dazu unfähig. Die großen technischen Leistungen des Orients und des mittelalterlichen Abendlandes künden davon. Solche Aufgaben sind auch dem heutigen Deutschland gestellt. Da z. B. eine private Bautätigkeit sich solange nicht „rentieren“ kann, als nicht die Rente aus dem alten Hausbesitz wieder hergestellt wird (eine selbstverständliche Forderung, die nach der ganzen hier vertretenen Auffassung keiner näheren Begründung bedarf), so wäre der freie Baumarkt nicht beeinträchtigt worden, wenn billige Arbeitskräfte eingesetzt worden wären. Jene Einwände erinnern an die Zeit des Hilfsdienstgesetzes, als der Vorschlag einer sittlichen Lösung der Arbeitsdienstpflicht zugunsten einer kapitalistischen abgelehnt wurde. Sterben ließ man den Soldaten „für“ dreiunddreißig Pfennige im Tage, aber in der Heimat sollte nicht unter einer Mark Stundenlohn gearbeitet werden. Dieser Vergleich hinkt deshalb nicht, weil die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht eine wahrhaft demokratische Tat bedeutet, die alle Deutschen, ohne Standesrücksichten, vor die gleiche Pflichtleistung stellen würde. Sodann kann der erzieherische Gedanke der Arbeitsleistung aus Pflicht, und nicht nur des Gewinnes wegen, überhaupt nicht überschätzt werden. Den Widersinn der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse offenbart jene Bestimmung der Reichsverfassung, die jedem Deutschen das „Recht auf Arbeit“ zusichert. Verständlicher wäre ein Staatsgrundgesetz, das die „Pflicht zur Arbeit“ festlegt. Man kann wahrlich von einer verkehrten Welt sprechen, angesichts der Tatsache, daß die moderne Gesellschaft, daß der demokratische Staat Arbeitskraft, die sich täglich erneut anbietet, nicht verwendet. Tausende ausgedienter und ausgebildeter Unteroffiziere der Reichswehr finden kein Unterkommen im Wirtschaftsleben trotz ihrer guten Schule und obwohl sie im besten Mannesalter stehen. Sie alle könnten der großen Erziehungsaufgabe, welche bei der Arbeitsstruppe zu leisten wäre, dienstbar gemacht werden. Denn der junge Deutsche würde ohne Unterschied des Standes zur Kameradschaftlichkeit, Achtung vor den Volksgenossen, Ordnung und Pflichttreue erzogen. Dazu kommt der Gedanke des bulgarischen Arbeitsdienstpflichtgesetzes, das in der Vorlage kurzer Hand eine Steuer genannt wird. Sie fährt dann weiter, es sei wahrhaft volksstaatlich gedacht, daß der Gedanke der Steuer nicht beim Gelde stehen bleiben dürfe, sondern jeden Staatsbürger durch seine Arbeit unmittelbar mit dem Volksganzen verbinden müsse.

So bleibt als Ergebnis dieser kurzen wirtschaftspolitischen Betrachtung: Der Privatkapitalismus in der Gütererzeugung muß als beste Form, die schöpferische Persönlichkeit der Allgemeinheit nutzbar zu machen, wieder in voller Reinheit hergestellt werden; dagegen muß das gesamte soziale Gebiet, das von der Wirtschaft infolge ihrer menschlichen Grundlage untrennbar ist, auf überindividualistischer Gedankenwelt aufgebaut werden. Auch im Wirtschaftsleben gilt es, die Gemeinschaften zu sehen, wenn nicht die eigentliche Wirtschaftsaufgabe, die Gütererzeugung und damit die wirtschaftliche Sicherheit des Volkes bedroht sein soll. Sonst triumphiert der rentesuchende Individualismus über die wirtschaftlich unentbehrliche und fruchtbare Individualität.

---

## Bierter Teil

### Kultur

Reuch doch heraus, mein Mensch,  
du steckst in einem Eier,  
Wo du darinnen bleibst,  
kommst du bei Gott nicht für

Angelus Silesius

#### Die „Kunst“ der Intellektuellen

Kultur ist immer Ausgleich zwischen nach Form verlangendem Stoffe und um Sinnlichkeit ringendem Geiste. Am Anfange und Ende jeder menschlichen Entwicklung herrscht der Stoff. Dort, weil der allmächtige Stoff den kindlich entwickelten Geist noch überwältigt, hier, weil der aus dem Seelentum entwurzelte Geist selbst Stoff geworden. An einem solchen Ende steht unsere Zeit und ein neuer Anfang ist im Werden. Nun aber darstellen zu wollen, wie etwa das Schauspiel, das Bauwerk, die Musik der Zukunft aussehen soll, scheint müßiges Unterfangen und wird daher gerne den Kunstbesessenen überlassen. Denn jener Ausgleich ist ein natürlichen Gesetzen des Wachstums unterworfenen Vorgang, der weder in einem bestimmten Sinne gewollt noch erdacht werden kann. Die Frage dieses Buches ist, aus welcher geistig-seelischen Zuständigkeit neue, echte Kulturwerke geschaffen werden und nicht der Streit um die Formen, in denen sich diese schöpferische Tätigkeit offenbart. Wie der Verfasser es früher abgelehnt hat, irgendwie Stellung zu nehmen zu den künftigen Inhalten einer neuen Gläubigkeit, so auch jetzt zur Frage des Inhaltes einer kommenden Kultur. Es kam ihm nur darauf an, den Trieb zur Gläubigkeit innerhalb des menschlichen Geistes und die Notwendigkeit der Gläubigkeit als Grundlage jeglichen menschlichen Aufstieges herauszustellen. Daß wir nicht am Ausgange eines Zeitalters der Kultur stehen, sondern der Zivilisation, wurde zu beweisen versucht. Dergleichen wurden die Kräfte aufgezeigt, welche an der Zeitenwende stehend, den Willen zu neuer Kulturschöpfung ebenso lebendig in sich tragen, wie den Wunsch, mit den Zeiten verflachender Zivilisation abzuschließen.

Die gemeinsame  
Bedingtheit aller  
menschlichen  
Tätigkeit

Genau wie dem wirtschaftlichen Teile dieser Betrachtung, so kann dem Abschnitte über das kulturelle Leben nur eine beispielhafte Rolle im Verhältnisse zu dem ersten, grundlegenden Teile dieses Buches zugebilligt werden. Eine ganze Reihe von Kulturfragen wurden bei den Darlegungen über das gesellschaftliche, staatliche und rechtliche Leben des deutschen Volkes gestreift. Aber bewußt nur insoweit, als gesellschaftliche, staatliche und rechtliche Formen in solche rein kultureller Art übergreifen. Diese Selbstbeschränkung wird hier aufgegeben. Jetzt soll das kulturelle Leben gewissermaßen als selbständiges Beispiel für die Richtigkeit der früher aufgestellten Behauptungen betrachtet werden. Die Berechtigung zu diesem Vorgehen wird abgeleitet aus der Notwendigkeit, einer heute weit verbreiteten Anschauung entgegenzutreten: daß kulturelle und politische Lebensäußerungen eines Volkes völlig getrennten Quellen ihr Dasein verdanken. Einfacher gesagt: daß Kunst und Politik gar nichts miteinander zu tun hätten. Diese Auffassung wird nur verständlich aus dem naturwissenschaftlichen Denken unserer Zeit, die keine Einheit des Lebens mehr kennt, sondern nur noch aus künstlich vereinzelt Vorgängen mechanische Gesetzmäßigkeiten zu ergründen sucht. Der Verfasser selbst hat allerdings mit Nachdruck die Ansicht vertreten, daß eine Verquickung kultureller und politischer Aufgaben auf das schärfste abzulehnen sei. Das hindert jedoch nicht an der Feststellung, daß ein und derselbe seelische Zustand, sowohl für die Gestaltung des politischen und wirtschaftlichen, als auch des kulturellen Lebens eines Volkes verantwortlich gemacht werden muß. Niemals wird das Verdienst Chamberlains und Spenglers, diese einheitliche und allumfassende Art der Geschichtsbetrachtung wieder eingeführt zu haben, ernsthaft bestritten werden, mag man auch zu den Ergebnissen ihrer Forschungen manchmal eine Zweifelsstellung einnehmen. Deshalb hat sich der Verfasser in den einleitenden Abschnitten nicht nur zu dieser geschichtlichen Betrachtungsweise bekannt, sondern sie um so strenger durchgeführt, als er gerade in der Erkenntnis menschlicher Zusammenhänge die einzige Möglichkeit lebendiger Neugestaltung sah. Aus diesen Gründen muß auch ein klärender Blick auf die rein kulturelle Seite menschlicher Betätigung geworfen werden. Das Ergebnis wird die Einsicht sein, daß der zu einer auf dem einzelnen aufgebauten Weltordnung sich Bekennende unter Kulturgütern eines Volkes etwas anderes versteht als der die Gemeinschaft als höchsten Wert Begreifende.

Intellektueller und  
Masse

Der Kulturgrad ist das Maß an Besittung, das bestimmte Gemeinschaftskreise aufweisen. Diese Besittung ist unabhängig von Bildung; sie ist gekennzeichnet durch den Gehalt an Seelentum, der den Gliedern einer Gemeinschaft innewohnt. Nicht eine überfluge Ober-



schicht verkörpert Kultur, sondern die Gesamtheit des Volkes, zu welcher auch der des Schreibens Unkundige gehört. Nicht das ist Kunst, um was sich Kunstgelehrte streiten, sondern was das Volk in seiner Gesamtheit als Ausdruck eigenen Lebens empfindet. Was aber heute gemalt, gedichtet und in Noten gesetzt wird, sagt dem Volke nichts mehr. Denn es fehlt dieser Tätigkeit jede Grundlage, jede Verwurzelung im Übersinnlichen. Nur wo diese vorhanden ist, durchdringt die Kultur das gesamte Volk. Und nur im Falle einer solchen Durchdringung kann von Kultur die Rede sein. Heute aber lebt nur noch die Geistigkeit einer intellektuellen Schicht, die, selbst innerlich haltlos, mit dem einheitlichen Lebensgeföhle des Volksganzen nichts mehr zu tun hat. Die Intellektuellen aber sind die geistigen Händler mit Kulturgut, das die Schöpfer echter Kultur hinterlassen haben. So wiederholt sich wiederum auf geistigem Gebiete ein Vorgang, der schon auf wirtschaftlichem beobachtet wurde.

Dies dürfte auch der Zustand sein, in dem sich das geistige Leben des deutschen Volkes, abgesehen von einigen verheißungsvollen Anzeichen neuer Schöpferkraft, befindet. Die breite Masse des Volkes — der Durchschnittsakademiker kann ihr ruhig zugerechnet werden — liest Bücher, die mit Kultur nichts mehr zu tun haben. Für sie ist Lesen ein Zeitvertreib geworden, der womöglich die Denkräfte schonen und die Nerven aufreizen soll. Eine ganz kleine Schicht sogenannter Intellektueller hat zwar geistige Höhenlagen erreicht, aber unter bewußter oder unbewußter Preisgabe des Sittlichen in der Kultur. Die Tätigkeit des Lesens, die noch im 19. Jahrhundert als Voraussetzung aller wahren Bildung galt (übrigens eine falsche Ansicht), wird immer ausschließlicher zum „Vorzuge“ einer literaturbeflissenen Schicht. Der Mann der sogenannten „guten Gesellschaft“ begnügt sich damit, einige Schriftstellernamen zu kennen und den neuesten Moderoman zu überfliegen. Im übrigen verleiht ihm die Fähigkeit, einen hundertpferdigen Wagen vollendet steuern zu können, mehr Geltung in der „gebildeten Schicht“, als sämtliche rein geistigen Vorzüge es vermöchten. Die Steigerung des Nervenkitzels gilt in höherem Grade als Zeichen von Kultur als die Kräftigung des Denkvermögens. Dabei hat diese ohne Zweifel gelitten. Eigenartig für eine Zeit, welche die reine Verstandestätigkeit das Leben beherrschen lassen will. Aber bei näherem Zusehen ganz verständlich. Denn der Trieb zur Wahrheitsforschung stammt aus übersinnlichen Quellen; wo diese verschüttet sind, verrottet auch das Denken. Es wäre also verfehlt, ob dieser Entwicklung in Verwunderung zu geraten. Solange nämlich die Kultur tief in der Volksseele eingebettet lag, also im Lebensgeföhle und der allgemeinen Sittlichkeit zum Ausdruck kam, so lange war die Beschäftigung mit Büchern gleichbedeutend mit Gelehrten-

tum. Der Gelehrte dachte, das Volk lebe, aber beide glaubten. Mit dem Glauben verschwand die Übereinstimmung zwischen beiden. Aber die Schicht der Denkenden nahm zu, das Denken wurde Glaubensersatz. An Stelle der Gläubigkeit trat die Bildungssucht. Durch Bildung glaubte man den Weg aus Nebel und Nacht zum Lichte finden zu können. Fichte schält klar heraus, daß die Überschätzung des Lesens und Schreibens in Pestalozzis „liebendem Gemüte“ aus dem Wunsche heraus entstanden sei, die armen Kinder so bald als möglich aus der Schule zum Broterwerb zu entlassen und sie dennoch mit einem Mittel zu versehen, wodurch sie sich Bildung aneignen könnten. Aber schon Fichte stellt fest, daß „gerade dieses Lesen und Schreiben bisher die eigentlichen Werkzeuge gewesen, um die Menschen in Nebel und Schatten zu hüllen und sie überklug zu machen“. Mit dieser Bemerkung ist der Weg der „Kultur“ für das 19. Jahrhundert vorgezeichnet. Eine Schicht der „Überklugen“, der Intellektuellen, mußte entstehen; der Masse verhalf die Kunst des Lesens dazu, „in Nebel und Schatten“ eingehüllt zu werden. Als aber im Laufe der Zeit die religiöse Grundlage immer schmaler wurde, ging auch der „Religionersatz“, der Bildungstrieb, zurück. Damit veränderte sich auch das Aussehen der Literatur vollkommen. Neben der Bildungsliteratur nahm einen mächtigen Aufschwung das Unterhaltungsschrifttum, welches nur noch der Ichsucht des einzelnen dient. Der Intellektuelle denkt, das Volk genießt, aber beide glauben nichts mehr. Am Ende dieser Entwicklung steht der heutige Film, der infolge seiner Anschaulichkeit auch noch die geringe Denkarbeit des Unterhaltungsromans überflüssig macht. Dem Amerikaner ist sogar die unendlich bescheidene Denkarbeit, welche der deutsche Film von dem Zuschauer verlangt, zu anstrengend. Dieser Klage trägt der amerikanische Filmhersteller in einer Weise Rechnung, die seine Erzeugnisse dem deutschen Auge geradezu kindlich erscheinen läßt.

**Literatur und  
Bücherei**

Daß die breiten Massen immer barbarischer werden, wurde schon beleuchtet. Es gab eine Zeit, da die übliche Hausbücherei aus einem einzigen Buche bestand; aber dieses Buch war in allen Schichten und Kreisen vorhanden und wurde auch gelesen. Eine gewaltige Wirkung ging von ihm aus auf die seelische Entwicklung des einzelnen Menschen: das war die Bibel. Heute besteht die Bücherei der „gebildeten“ Schichten aus zahllosen Bänden. Aber abgesehen davon, daß sie meist nicht gelesen werden, wäre diese Bibliothek für die Masse des Volkes restlos unverständlich. Für sie wird Unterhaltungslese- stoff fabrikmäßig hergestellt und in „Magazinen“ und ähnlichen Formen dargeboten. In demselben Maße, in dem Schöpfungen echter Dicht- kunst verfilmt werden, wird die Unterhaltungslektüre der breiten Massen Filmbüchern ähnlich. Der erzieherische Wert der „Kulturwerke“

schmilzt zu einem Nichts zusammen. Es ist nicht mehr der Form gewordene Kulturtrieb des Volkes, nicht mehr die Schöpfung des genialen Mannes, welche, über dem Durchschnittsmenschen stehend, diesen belehrt, erquickt und auf die Höhe des großen Führers heraufzieht; vielmehr dient die künstlerische Gestaltung den stofflichen Trieben der Masse, steigt dort hinab, wo der Volkskörper am morschesten und ungesundesten ist, zeigt diese Fäulnis als aufregende Erscheinung dem Leser und zieht ihn so noch unter die natürliche Stellung herab, die er kraft seiner bescheidenen Begabung und Veranlagung einnimmt. Wendet sich der gesunde Sinn des Volkes dagegen, daß die Jugend den Wirkungen dieser „Literatur“ ausgesetzt wird, so geht ein Wehgeschrei über die bedrohte Freiheit der Kunst durch den Blätterwald. Dabei stellt sich aber heraus, daß keine Klarheit über den Begriff des wahren Kunstwerkes besteht. Im Mittelalter gab es darüber keinen Wortstreit, sogar der des Schreibens Untundige fühlte, was Kultur ist. Während Kultur zu Gesittung erzieht, ist Zivilisation in letzter Auswirkung die Sklavin des niederen Trieblebens und beschleunigt dadurch den sittlichen Niedergang eines Volkes. Im kulturellen Leben wirkt die ausgeprägte Persönlichkeit schöpferisch und das von ihr geschaffene Kulturwerk zwingt die Schwächeren in seinen Bann. Die sogenannten Kunstwerke der Zivilisation aber dienen den Trieben und Bedürfnissen der minderwertigen Masse; um ihrer selbst willen werden immer weniger Werke geschaffen und so geht auch die Möglichkeit verloren, das Triebleben höherer Geistigkeit unterzuordnen. Die wenigen Kulturwerte, die einzelne gottbegnadete Künstler schaffen, führen ein verborgenes Dasein, gewissermaßen im luftleeren Raume; der Widerhall in der Seele des Volkes ist verloren. Man denke daran, daß die mittelalterliche Malerei durchweg religiöse Stoffe behandelte und ihre Schöpfungen zur Ausschmückung der Gotteshäuser dienten. Bei der religiösen Grundstimmung jener Zeit entsprachen diese Werke nicht nur der seelischen Zuständigkeit auch des einfachsten Menschen, sondern waren ihm auch äußerlich zugänglich. Anders heute, wo schon der dargestellte Gegenstand oft kein Verständnis in der Seele des Volkes findet und das Gemälde in der Wohnung des reichen Mannes der öffentlichen Schau unzugänglich ist. Es gibt keine Kunst mehr für das Volk, sondern nur noch für Prozen und für reiche Intellektuelle, die künstliche Begeisterungswellen in sich entfachen.

Während lebendiges Kulturgefühl danach strebt, dem den Menschen umgebenden Stoff (bis zum kleinsten Gebrauchsgegenstande herab) Form seines Geistes zu geben, vertiefen sich die Schöngelister zivilisatorischer Zeiten in die genießerische Betrachtung ihnen selbst wesenfremder Stoffgestaltung. Der Kunstsammler ist heute mehr Wissenschaftler als von künstlerischer Schöpferkraft Ergriffener. Bei ihm

erfetzt die Bildung den seelischen Gleichklang. Nichts anderes als diese Art von Kunstsammlung sind auch die Museen. Sie sind das Ergebnis unschöpferischer Bildungstreberei und falscher sozialer Einstellung, die auf diese Weise die Masse zur Kunstbetrachtung erziehen wollte. Nachdem aber der Bildungstrausch verfliegen ist, warten die Kunsttempel vergeblich auf kunstbesessene Scharen. Mit einem an Fetischismus grenzenden Ehrfurchtsgeföhle werden zwar von den Volksvertretern gewaltige Summen für Kunstmuseen bewilligt, aber die Angst, bildungsfeindlich zu erscheinen, wird nur übertroffen von der Furcht, ein solches Museum auch wirklich besuchen zu sollen. Und mit Recht; denn nicht jeder hat das Rüstzeug zum Kunstgelehrten und auch ein Phantasiebegabter kann kaum behaupten, daß die aufgestapelten Gemälde in einer seelischen Beziehung zu den Räumen stehen, die sie „schmücken“. Die Malerei ist und bleibt aber die Kunst, Flächen lebendig auszufüllen.

**Theater** Das Theater, dessen Besuch in Athen zu den Bürgerrechten gehörte, das dort Stoffe völkischer Urgeschichte formte, ist heute eine Angelegenheit gelangweilter Menschen. Aus der moralischen Anstalt Schillers ist das unterhaltungsbietende Geschäftsunternehmen geworden. Eine ganze Reihe geltungsheischender und kleinsbürgerlicher Geföhlehen gibt dem regelmäßigen Theaterbesucher sein Gepräge. Die Namen der Darsteller sind solchen Leuten wichtiger als der (oft nicht vorhandene) geistige Inhalt des gespielten Stückes; die Gelegenheit, elegante Kleidung zeigen zu dürfen, mit literarischen Kenntnissen prunken zu können, ist oft ebenso bestimmend für den regelmäßigen Theaterbesuch wie der gute Ton der Gesellschaft oder der Neid auf die Frau des Nachbarn, die eine ständige Loge besitzt. Man denke nur an die Zustände in amerikanischen Theatern, wo für einzelne Logen 20 bis 30 000 Dollar Jahresmiete bezahlt werden, weil die Inhaberschaft solch teurerer Plätze die Anwartschaft auf Einstufung in die beste Gesellschaft verleiht. Jedem Neulinge werden zunächst die Logen der Multimillionäre gezeigt und dann das übrig gebliebene bescheidene Interesse auf die Bühnenvorgänge gelenkt.

**Architektur** Zur weiteren Kennzeichnung des Zeitgeistes möge der Blick von irgendeinem erhöhten Punkte auf eine Großstadt dienen. Ragen als Zeugen vergangener Zeiten die Kirchen über das Dächermeer der Wohnhäuser hinaus, so als Wahrzeichen des heutigen Stadtbildes die Bankhäuser. Man hat nun in manchen Formen moderner Hochhäuser den Ausdruck desselben geistigen Strebens sehen wollen, das die Erbauer gotischer Dome beseelte. War es aber dort der Drang, das menschliche Werk in die Unendlichkeit des Äthers, nach Ewigkeit heischend, aufsteigen zu lassen, so ist es heute die Erwartung einer höheren Bodenrente, welche Stockwerk auf Stockwerk türmt. Dort

die Sehnsucht menschlichen Geistes nach Unendlichkeit, hier die Zweckmäßigkeit nüchternen Verdienstes.

Ein besonderes Wort noch über den Tanz als kultische Ausdrucksform. Keine Erscheinung ist so geeignet, grelle Schlaglichter auf die abendländische Gegenwart zu werfen, wie der völlige Mangel an Schöpfergeist auf diesem Gebiete. Wohl wird den von Amerika kommenden, barbarischem Blute entstammenden Tanzformen in Europa ein Teil ihrer Abscheulichkeit weggenommen; die kulturelle Überlieferung von Jahrtausenden verleugnet das Abendland doch nicht. Aber darüber kann keine Erörterung, auch nicht eine solche über die gymnastische Bedeutung des modernen Tanzes und über sein körperbeherrschendes Streben hinwegtäuschen, daß aus der Übernahme kultischer Negertänze, die in den Urwäldern Afrikas den Anspruch eines zwar barbarischen, aber immerhin kulturellen Ausdrucks erheben können, der Schwund abendländischen Kulturgefühls spricht. Dabei bleibt zweifelhaft, ob es sich überhaupt um reingebliedene Formen von Negerkultur handelt. Der Verdacht liegt nahe, daß entartende Blutmischungen bei der Gestaltung dieser Tanzweisen entscheidend mitwirkten. Es ist keine geschlechtsmoralisierende Entrüstung über manche moderne Tänze, welche hier zu Worte kommen will. Wer aber einmal vorurteilslos das Bild betrachtet, das eine Charleston tanzende Gesellschaft gewährt, muß zugeben, daß der Begriff des Schönen ebenso jeden Boden verloren hat, wie etwa der der Gesellschaftsmoral. Die gleichen Kräfte, welche die sittlichen Bindungen durch verstandesmäßige Zersetzung zerrissen haben, wirken sich hier in der Zerstörung kultischer Formen aus. Deren eine ist der Tanz genau so, wie alle künstlerischen Äußerungen aus einer bestimmten seelischen Lage heraus. Gewiß sind mit einem polizeilichen Verbote solche Dinge nicht zu beseitigen. Solange aber Bardamen und verblödete Nichtstuer die Formen des Gesellschaftstanzes bestimmen, so lange kann von kulturellem Hochstande eines Landes nicht mehr gesprochen werden, auch wenn einst auf dessen Boden gotische Dome entstanden sind.

Der moderne  
Tanz

Auch die sonstigen „Amerikanismen“, welche in Europa neuerdings zum guten Tone gehören, beweisen die seelische Selbstaufgabe alter Kulturvölker. Es hat sich auch in Deutschland der echt materialistische Gedankengang eingeschlichen, daß das Land der reichsten Leute auch die reichste Kultur haben müsse. Dabei handelt es sich in Amerika doch nur um das zivilisatorische Ausleben eines Kolonialvolkes mit kindischer Eitelkeit. Kulturleistungen im Sinne der alten Welt ist Amerika bisher der Menschheit schuldig geblieben. Scheffauer hat recht, wenn er eine Weltherrschaft Amerikas als das Ende der Kultur bezeichnet.

Amerikanische  
Einflüsse

Die Kunst als  
Gewerbe

Hat so das Versiegen überfinnlicher Kräfte zu einer völligen Unsicherheit des Urteils über den Begriff der Kultur geführt, so wurde gleichzeitig das Wenige, das an geistigem Leben noch übrig blieb, dem Nützlichkeitsgedanken dienstbar gemacht. Auch die Befriedigung geistiger Bedürfnisse ist heute ein Erwerbsgeschäft, genau wie die der leiblichen. Daß die Kunst brotlos wäre, ist nur für die spärlichen Reste echter Kunst zutreffend. Schon die Entstehung der Wendung von der brotlosen Kunst beweist ein Befangensein im stofflichen Denken. Denn es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wahre Kunst brotlos bleiben muß; sie ist als solche unschätzbar und unvergütbar. Nur großzügiges Mäzenatentum vermag hier zu helfen und dem Künstler die sorglose und gepflegte Umgebung zu bereiten, in welcher Kulturleistungen vollbracht werden. Denn es sind keine mit Geld wägbaren Werte, die hier entstehen und auf irgendeinem Markte handelsfähig wären.

Das ist nun anders geworden. Während im Mittelalter die großen Meister wohl Verehrung genossen und für Jahrhunderte dem geistigen Leben ihr Zeichen verliehen, selten aber Schätze sammelten, überleben die erfolgreichen Künstler von heute meist ihren eigenen Ruhm, wohnen aber in prächtigen Häusern, nach dem Muster des erfolgreichen Finanzmannes, der mit seinem Pfunde zu wuchern verstanden hat. In Zeiten wahrer Kultur lebte auch der Künstler sein bürgerliches, häuerliches, ritterliches oder klösterliches Leben. Er lebte nicht von der Kunst, sondern für die Kunst. Noch im 18. Jahrhundert wuchs der Künstler erst aus seinem Berufsstande heraus, wenn überragende Schöpfungen ihn als Auserlesenen erwiesen hatten. Erst dann griff fürstliche Hilfe ein und ermöglichte ihm auch äußerlich freie Entfaltung. Heute ist die Kunst ein eigenes Gewerbe geworden, Künstlertum ein Gewerbe mit Anwartschaft auf Gewerkschaft, Erwerbslosenfürsorge und staatliche Obhut. Der sogenannte Schaffende von heute gehört einer berufsmäßigen Zunft an; sie „macht“ in Malerei oder Musik, wie der Händler in Wein oder Schrott. Steht der geistig angekränkelte Jüngling vor der Berufswahl, so beschließt er, von mütterlicher Eitelkeit unterstützt, Dichter zu werden, wie sein etwas nüchternerer Schulkamerad den Entschluß faßt, Arzt zu werden. Diese Leute sind sich zu gut, in bürgerlicher Gemeinschaft werteschaffend einen Beruf auszufüllen. Dabei verleiht doch erst dieses Eingereichtsein in die große Gemeinschaft geistige Bodenständigkeit. Erst der so Verwurzelte gewinnt die Freiheit, die Kräfte seiner besonderen Begabung verschenken zu dürfen und nicht verkaufen zu müssen. Gewiß gaben die Künstler der klassischen Zeit (in der die Anfänge dieser Entwicklung übrigens bereits einsetzten) nach ihren ersten Erfolgen sehr häufig den bürgerlichen Beruf auf; aber auch in ihrem freien Künstlerdasein hungerten sie eher, als dem Geschmacke des Publikums und der Geldgier der Verleger nachzu-

geben. Ihre Kunst war ihnen göttliche Berufung und keine Verlockung konnte sie dieser Auffassung entfremden. Das ist gründlich anders geworden. Das geistige Schaffen ist heute völlig auf Verdienst eingestellt. Die großen Verlage und die ihnen zur Verfügung stehenden propagandistischen Kräfte bestimmen das geistige Gesicht der Zeit. Sie haben es in der Hand, einen nichtswürdigen Vielschreiber zum „gottbegnadeten Dichter“ zu stempeln und das Genie unbekannt verderben zu lassen. Wehe dem Schriftsteller, der den „Verlagstendenzen“ nicht genügend Rechnung trägt. Man pflegt das so schön die Grundsätze eines Verlages zu nennen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß schon mancher Schriftsteller gezwungen wurde, seiner Überzeugung abzuschwören, wenn er nicht verhungern wollte. Ein Blick auf den Verlag genügt in vielen Fällen, um im voraus zu wissen, wes Geistes Kind das von ihm herausgebrachte Buch ist. Die bessere Reklamekunst macht volkstümlich des Verdienstes und nicht der Kultur halber. So stark ist dieser Zug der Zeit, daß auch ein guter Verlag oft gezwungen ist, minderwertige Werke herauszubringen, um Überschüsse zu erzielen, mit denen er Verluste aus einer wertvolleren Veröffentlichung decken kann. Das ist die Folge jener Geschäftstüchtigkeit, die den Geschmack des Publikums immer mehr verdirbt. Damit hängt auch jene bemerkenswerte Erscheinung zusammen, daß ein einmal zur Geltung gelangter Künstler in seiner Schöpferkraft versagen und minderwertiges Zeug von sich geben darf, ohne Ablehnung zu erfahren. Denn Verlag und Dichter bilden eine so starke Interessengemeinschaft, daß die Reklame den „großen Mann“ anbetet, wenn er schon längst nichts mehr ist als tönendes Erz und klingende Schelle.

Ähnlich liegen die Verhältnisse für die bildende Kunst, bei der ebenfalls Anpreisung und Kräfte, die keineswegs dem Bereiche des Kulturellen angehören, für die gesamte Öffentlichkeit darüber entscheiden, was gute und was schlechte Kunst sein soll. Was in den stürmischen Jahren unmittelbar nach Kriegsende in Ausstellungen als Kunstwerk gezeigt wurde, deutete auf gänzlichem Versagen der kulturschöpfenden Kräfte hin. Und trotzdem wurde das alles von geschäftstüchtigen Leuten einem urteilslosen Publikum geboten, allerdings unter Verzicht auf jegliche erzieherische Gestaltung und veredelnde Wirkung. Schuf der bildende Künstler einst zur Ausschmückung bestimmter Räume in bestimmtem Auftrage, so arbeitet er heute auf Vorrat, genau wie der absatzberechnende Warenerzeuger. Ob die Ware „geht“ oder nicht, entzieht sich oft seiner Voraussicht. Es kommt auf die Kunstbörse an, die so wenig von dem künstlerischen Werte des Kunstgegenstandes ihres inneren Antriebs erhält, wie etwa die Getreidebörse von der besonderen Güte vorhandener Getreidevorräte. Anpreisungsfähigkeit und Verdienst des Händlers entscheiden

über öffentliche Wertschätzung oder Verdammung der auf Vorrat erzeugten „Kunstware“. Wohl unterstützt die Kunstbörse nicht selten echte Begabung; oft aber fördert sie nur eine Mode, deren Untwert nachträglich offenbar wird. So wird die Kunst zum gewinnversprechenden Gewerbe. Ein Gewerbe der künstlerischen Schöpfung muß aber völligen kulturellen Niedergang zur Folge haben. Denn es beruht darauf, daß an und für sich immer vorhandene kulturelle Schaffenskräfte dahin gelenkt werden, wo ein Geschäft zu machen ist. Da aber die geistige Schöpfung, die Gesittung des Menschen, nicht in den Bereich des Wirtschaftlichen, sondern im letzten Grunde des Religiösen gehören, so droht endgültiges Versiegen der Kulturquellen, wenn nicht durch eine neue seelische Verwurzelung kulturschöpferische Kräfte wieder aufgelöst werden.

Das dann entstehende echte Künstlertum muß sich aber selbst zu der Stufe durchringen, auf der wirtschaftliche Unabhängigkeit und freies Schaffen durch die schon vorhandenen Werke und die bewiesene Leistung gerechtfertigt werden. Echtes Mäzenatentum mag dann dem Künstler sorglose Schöpferfreude vermitteln. Die großen kulturellen Selbstverwaltungskörper dürfen nicht zögern, für die großen Geisteshelden einzutreten und ihnen ein würdiges äußeres Dasein zu sichern. Ihnen obliegt dann die Aufgabe, die Plato schon dahin umriß, daß ein Volk (dort waren es Sklaven) angestrengt wirtschaftlich arbeiten müsse, um der geistigen Oberschicht die Sorglosigkeit des kulturellen Schaffens zu ermöglichen. Ob nicht sogar, wie für den bewährten Staatsmann und politischen Führer schon in Aussicht genommen wurde, auch der Staat die Großen der Kultur durch Schenkungen ehren soll, ist eine Frage, die ernsthaft zu prüfen ist.

## Seele und Materie in der Kunst

Jede wahre Kunst ist Ausdruck jener ewigen religiösen Sehnsucht des Menschen, den rohen Stoff geistig zu überwinden. Nur wo diese seelenhafte, übersinnliche Verwurzelung vorhanden ist, kann Kunst erstehen. Die Durchgeistung des Stoffes wird nicht bestimmt durch den hochentwickelten Verstand, sondern durch die feinfühligste Seele. Sie fehlt dem Kunstwerk von heute überhaupt. Aber nicht gleichmäßig tritt dieser Übelstand zutage. Denn die Abhängigkeit der einzelnen Künste vom Stoffe ist verschieden gestuft; wo sie geringer ist und die menschlicher Vorstellungskraft mangelnde Sinnhaftigkeit zu ersetzen hat, verdeckt ausklügelnde Verstandesarbeit den Mangel an Seele.

Dies wird klar, wenn man eine stufenmäßige Einteilung der Künste vornimmt, welcher das Maß ihrer Abhängigkeit vom Stoffe zugrunde



gelegt wird. Die dreidimensionalen Künste, wie Baukunst und Bildhauerei, sind mit der geistigen Zweckbestimmung der aufzuführenden Bauten und der zu gliedernden Räume verknüpft. Die Baukunst brachte in um so vollendeterer Weise diese Zweckbestimmung zum Ausdruck, je höher die Kultur stand, welche die Bauten schuf. Da aber Kulturhöhe und Stärke des religiösen Zeitgefühls zusammenhängen, so wurden in kulturschöpferischen Zeiten „Gotteshäuser“ erbaut und nicht Aufenthaltsräume für Kirchgänger. Der religiöse Strom durchpulte das Gesamtleben, auch das des Alltags. So wurde auch der weltliche Bau zum Ausdrucksmittel tiefer Geistigkeit. Die künstlerischen Schöpferkräfte der griechischen Bildhauer wurden nicht zur naturgetreuen Darstellung irgend eines beliebigen Menschen verwendet; es waren die Gestalten von Göttern und Helden, in welchen der Grieche seine blutsmäßig lebendige Sehnsucht nach Adel und Schönheit bildlich zum Ausdruck brachte. Fällt diese seelische Ausstrahlung weg und ist nur noch der klug rechnende Sinn baulicher Zweckmäßigkeit maßgebend, dann gibt es nur noch eine Bautechnik, die vom jeweiligen verstandesmäßig bestimmten Geschmacke geleitet wird, aber keine Baukunst mehr. So beherrscht schließlich auch nicht mehr der tiefe Geist den Stoff, nur die bare Nützlichkeit bedient sich feiner.

Wesentlich ferner dem Stoffe steht die zweidimensionale Kunst, die Malerei, insbesondere dann, wenn sie auf das der Natur entnommene Ausdrucksmittel, die Farbe, verzichtet und nur mit Schwarz-Weiß arbeitet. Hier muß schon die menschliche Vorstellungskraft zu Hilfe kommen und die nicht mehr der Natur entsprechende Darstellung durch einen Verstandesvorgang ergänzen. Selbstverständlich haftet der Malerei, als einer an Flächen gebundenen Kunst, eine höhere Zweckhaftigkeit an: sie soll die Flächen in einer die Seelenhaftigkeit des Raumes vertiefenden Weise ausfüllen. Die heutige Malerei hat diese Beziehung zum Raume verloren. Ganz folgerichtig wurde das Bild vom Raume, der ja keine Seele mehr besaß, getrennt und als Einzelgegenstand beweglich gemacht. Verlor so das Bild an ansprechender Sinnhaftigkeit, so verlangte es andererseits erhöhte Verstandestätigkeit des Beschauers; denn dieser muß das so vereinzelte Bild im Geiste erst in die entsprechende Umgebung versetzen, um seine „Seele“ zu erfassen. Aber diese hat nicht allein durch die Trennung von Bild und Raum gelitten. Noch andere Gründe spielen hier mit: waren in Zeiten echter Kultur Gegenstand bildhafter Darstellung fast ausschließlich Vorgänge, die der Welt religiöser Vorstellungen entnommen wurden, so wird dies anders mit dem Abklingen der Religiosität. Gewiß gab es auch damals weltliche Sinnfreudigkeit, die in der Malerei ihren Ausdruck fand; immer aber

Die  
zweidimensionale  
Kunst

blieb sie eingebettet in überfinnliches Grundgefühl. Mit dessen Schwinden verliert der malende Künstler auch seine Urteilsfähigkeit bei der Auswahl der „Motive“, an denen die religiöse Sehnsucht des Menschen überhaupt darstellbar ist. Wahlos wird, was dem Menschen ins Auge fällt, dargestellt. In Zeiten völliger Entwurzelung begnügt sich der Maler sogar mit naturgetreuer Wiedergabe seiner Umwelt. Nicht immer bleibt er aber so bescheiden. Er besann sich darauf, daß die Kunst mehr sein müsse als mechanischer Abklatsch. Die schaffende Persönlichkeit verlangte ihr Recht. Der Künstler wurde, sei es bei der Aufnahme von Eindrücken, sei es bei der Wiedergabe des Gesehenen, zum persönlichkeitsbewußten Durchgangspunkte der Wirklichkeit, je nach „Temperament“ (Goethe). Der einzelne betrachtet sich somit in der Kunst als Selbstzweck, wie auch das Schlagwort von der Kunst als Selbstzweck aufkommt. Nicht mehr die Schönheitssehnsucht einer Gesamtheit ringt im Schaffen des Künstlers nach Ausdruck, sondern die höchstpersönliche Anschauung des Künstlers. So berechtigt diese als künstlerische Form ist, so tödlich wirkt sie für die Kunst, wenn sie deren einzigen Inhalt bildet. Wenn früher der Beschauer im Gemälde seine eigene Gefühlswelt verstärkt und vollendet wiederfand, um sich daran aufzurichten, so steht er heute verständnislos dem Ausdruck eines fremden Ichs gegenüber. Bei jedem höheren gemeinsamen Lebensgefühl bleibt das moderne Gemälde auf das Verständnis einer kleinen Gemeinde angewiesen, die gleicher Bildungsgrad und gleiche Verstandeseinstellung mühsam zusammenhalten. Volkstümelnde Kunst- und Schriftgelehrte aber schreiben weitschweifige Erläuterungen zu dem unverstandenen Kunstwerke.

Das geschriebene  
Kunstwerk.

Ganz auf verstandesmäßige Vermittlung angewiesen ist das geschriebene Kunstwerk, während bei dem Schauspiel die Sinne, Augen und Ohr, ergänzend in Tätigkeit treten. Deshalb wirkt hier die seelische Entwurzelung, die Alleinherrschaft des Verstandes, erlösend für wahre Kunst. Was heute so genannt wird, spricht nur noch zu dem Bildungsbeflissenen, dem verstandesmäßig Begabten. Der tiefe Sinn des echten Kunstwerkes offenbart sich aber auch dem geistig Bescheidenen. Deshalb lebte das große Kunstwerk immer im Herzen des Volkes; es war innerlich verbunden mit Mythos oder Religion, den Grundlagen des geistigen Daseins der Völker. Sind aber die überfinnlichen Kräfte erloschen, dann werden die künstlerischen Ausdrucksmittel Selbstzweck, aus der dienenden Stellung des Wortes wird eine herrschende und die seelische Verbindung zwischen Kunstwerk und Volk reißt ab. Während das Gebäude durch sein bloßes Dasein, wenn auch nur noch in seelenloser Weise, zu den Massen spricht, das Bild durch seine sinnliche Gegenständlichkeit zwar Überlegungen, aber keinen seelischen Gleichklang in dem Betrachter auszulösen vermag,

gibt es ein gedrucktes Kunstwerk für das Volk in seiner Gesamtheit überhaupt nicht mehr, weil weder Buch noch Bühne Zugang zu dem einfachen Menschen finden.

Auch die Stoffe, die den modernen Schriftsteller reizten, verleugnen keineswegs ihre Herkunft aus individualistischem Denken. Das Einzelschicksal als solches war natürlich immer Gegenstand künstlerischer Gestaltung. Aber zweifach war seine Bindung an die Gemeinschaft: zunächst war der einzelne oft nur die Fleischwerdung des Volksgeistes, der in die Gestalt eines Helden die Sehnsucht nach Vollkommenheit legte; sodann wurde die Schicksalhaftigkeit des einzelnen abgeleitet aus seinem Verhältnisse zu übergeordneten Mächten. Denn die Begrenztheit des Menschenlebens trug zu allen Zeiten den Keim echter Tragik in sich. Ob es ein Zerfall mit den Göttern des Mythos oder ein solcher mit dem eigenen Gewissen war, immer entstammte menschliche Tragik der Bedingtheit des Menschen und dem heldenhaften Kampfe, diese zu überwinden. Diese echte Tragik ist verloren gegangen. Nicht der durch sein Menschentum Bedingte, an übermenschlichen Kräften Zugrundegehende ist der „Held“ dichterischer Darstellung geworden, sondern irdische Unvollkommenheiten, die mehr oder minder unheilbaren Krankheiten und Schwächen der Gesellschaft, wurden Quellen tragischer Verstrickung. Man machte aus einem Menschen, der hungerte, weil er nicht die Kraft besaß, sich zu ernähren, eine tragische Gestalt. Alle Schwächen der Gesellschaft wurden Gegenstand künstlerischen Welt Schmerzes. Der heldenhafte Mensch hatte ausgespielt. Häßliche Krankheiten wurden zur Erzeugung tragischer Stimmungen auf die Bühne gebracht. Entartete Kinder gerieten in eine „schicksalhafte“ Gegensätzlichkeit zu untauglichen Eltern. Es gab keine ungesunde Absonderlichkeit der Gesellschaft und der menschlichen Seele mehr, welche eine durch und durch schwächliche Zeit nicht zu verklären suchte. Die gewaltige Tragik des deutschen Volkes, die Schicksalhaftigkeit seines Heldenkampfes im Weltkriege, regte künstlerisches Schaffen kaum an. Die deutschen Literaten spürten vor lauter Privatschmerzen nicht, daß die Erde in gewaltigen Wehen lag, an denen ihr Volk zugrunde zu gehen drohte. Diese schwächliche Gefühlseligkeit ist ein besonderes Kennzeichen deutscher Literatur geworden. Gerade in Deutschland vollzog sich eine merkwürdige Verschmelzung der westlich-liberalen Richtung des aufklärerischen französischen Literaturtums mit dem Nihilismus der Russen. Der „Idiot“ von Dostojewski dürfte nirgends eine höhere Auflage erlebt haben wie gerade im Reich; eine seltsame Schwäche gegenüber dem von Natur Unvollkommenen und Breßhaften wurde mit gesunder christlicher Ethik vermischt. So übernahm das Deutschtum die Unfähigkeit des Russentums zu geistigem Aufbau und den Hang des Franzosentums zur geistigen Zuchtlosigkeit als bestimmende

Der  
Individualismus  
als literarische  
Weltanschauung

Bestandteile in sein Schrifttum. Der deutsche Literat ist so westlich, daß er eigentlich Paris als seine geistige Hauptstadt ansieht. Wenn auch ein starker jüdischer Einschlag manches erklärt, so darf doch nicht verkannt werden, daß rein deutsche „Dichter“ diesen Zug nach dem Westen mitgemacht haben. Da Frankreich die Heimat des Individualismus ist, so führt bei ihm das Literatentum nicht zu einer Spaltung in ein geistiges und ein nationales Frankreich. Im Gegenteil! Der französische Literat ist meist Nationalist und sehr oft Politiker. Der Literat ist aber kein deutsches Gewächs und so wurde er in Deutschland Kosmopolit. Der „Mensch“ wurde Ziel seiner Sehnsucht, der „Deutsche“ Gegenstand seiner Angriffe. Ein deutsches Schrifttum gab es — wenige Ausnahmen zugegeben — nur noch der Sprache nach, nicht mehr kraft Geistes.

#### Die Musik

Am hellsten aber läßt sich die künstlerische Zuständlichkeit der Jetztzeit beleuchten an der Musik. Abgesehen davon, daß das Verständnis für Musik gebunden ist an eine gewisse Veranlagung des Gehörs, die man Musikalität nennt, ist die Musik am meisten geeignet, seelische Grundstimmung auszudrücken und beim Hörer zu erzeugen. Rein Stoff mit irgendwelcher Zweckmäßigkeit und kein Verstand, der Überlegungen bedingt, stehen hier zwischen Kunstwerk und Wirkung. Nietzsche nennt einmal die Musik „den Schwanengesang der Kultur“ und will damit ausdrücken, daß die Musik immer am Ende einer Kulturentwicklung stehe. Das Rätsel, warum die hellenische Kultur keine ebenbürtige Musik hervorbrachte, muß hier ungelöst bleiben. Aber für das Deutschtum trifft der Satz Nietzsches zu. Die Grundlagen der heutigen abendländischen Musik gehen zurück bis zur beginnenden Aufklärung. Hier setzte die große Entwicklung ein, um in der Zeit des deutschen Klassizismus ihren Höchstpunkt zu erreichen. Ausgehend von der Erkenntnis, daß alle Kultur nur auf religiöser Grundlage, auf Gläubigkeit, auf Selbstbegrenzung des Verstandes erwachsen kann, wird die Einsicht gewonnen, daß mit dem Niedergange deutscher Religiosität der Aufstieg deutscher Musik einsetzte. Sie wurde gewissermaßen der Religionserfas eines aufgeklärten Zeitalters und konnte sich deshalb nur so lange entwickeln, als das religiöse Bedürfnis noch nachwirkte; genau so wie die Sittenlehre, trotz der Verflüchtigung des Gottesbegriffes, immer noch christlich-religiös bestimmt war. Der „frei gewordene“ Menscheng Geist suchte sich die religiöse Grundstimmung auf künstlerischem Wege zu bewahren. Dort, wo die Befreiung nicht durchgeführt oder durch neue Bindungen religiöser Art ersetzt wurde (der Fall des Calvinismus) blieb die Musik als „Religionserfas“ überflüssig. Dieser Umstand erklärt das Geheimnis der Musiklosigkeit der Angelsachsen. Aber gerade die Blüte der Musik bei den Deutschen, die als das musikalischste Volk der Erde angesprochen

werden, beweist die Tiefe ihres religiösen Grundgefühls. Mit der zunehmenden Verschleuderung dieses religiösen Schatzes, mit der wachsenden Entfesselung der reinen Vernunft, mußten auch die muskischöpferischen Kräfte des deutschen Volkes erlahmen. Es steht deshalb heute am Grabe seiner Musik. Was fleißig und vielleicht auch wirkungsvoll in Noten gesetzt wird, ist ein Zusammenwirken erkügelten Kompositionsfazes und instrumentaler Technik. Dieses Überwiegen verstandesmäßiger Tätigkeit wird entschuldigt durch den Nachweis angeblicher innerer Zusammenhänge zwischen Musik und Mathematik. Das haben allerdings Völker der alten Welt auch schon festgestellt. Für sie aber war Mathematik keine Formalwissenschaft, sondern hatte religiös-mystische Untergründe. Es gibt für die Richtigkeit der Behauptung erloschener musikalischer Schöpferkraft keinen schlagenderen Beweis als die Entstehung der sogenannten Jazzmusik, die ihr zivilisatorisches Wesen dadurch bestätigt, daß sie den Melodienschatz früherer Schöpferkraft in Nerventzettel des Rhythmus und des Geräusches umwandelt. Und es ist umgekehrt wieder ein Beleg für neu erwachende Schaffenskräfte in Deutschland, daß die amerikanische Jazzmusik hier nicht die Bedeutung erlangen konnte wie in Amerika und sie andererseits in ihrem Barbarismus wesentlich gemildert und „veredelt“ wurde.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Hohlheit der modernen Kunst um so offenkundiger wird, je weniger ihre Gebundenheit an den Stoff die mangelnde Seelenhaftigkeit zu bemänteln vermag. Bei den stoffgebundenen Künsten bleibt nur roher Stoff und bare Nützlichkeit, bei den dem Stoffe weniger hörigen nur noch hochentwickelter Verstand. In einem tieferen Sinne ist aber auch Nur-Verstand dem Stoffe gleichzuachten; denn beiden fehlt die Seele.

So erlebte die Gegenwart das Ende des echten Kunstwerkes, das Verfliegen wahrer Schöpferkraft und den Verzicht auf veredelnde Erziehung des Volkes durch die Kunst. Soll dies anders werden, so nur durch die Geburt eines neuen deutschen Menschen, der sich wieder höheren Mächten verpflichtet fühlt und aus dem Volkstume Kräfte schöpft, die wieder ihrerseits auf das Volk zu wirken vermögen. Die Achtung vor dem Gewachsenen und Gewordenen wird diesen neuen Deutschen vor so ausgefallenen Gedanken bewahren, wie die Schaffung einer künstlichen Sprache (Esperanto) es ist. Denn der Glaube an die Allgewalt des Verstandes, an Wissenschaft und Technik ist ins Wanken geraten. Die Überspizung wissenschaftlichen und technischen Denkens führt zu seinem Zerfall; es geht an sich selber zugrunde. Die Persönlichkeit regt sich wieder und ringt um Geltung gegenüber der mechanisierten Zeit; auf Tod und Leben will sie kämpfen für das Geistige im Menschen. Die tiefe Menschheitssehnsucht bäumt sich auf gegen

Anzeichen der  
Umkehr

die Herrschaft des Stoffes. So entstehen neue Spannungen zwischen der schöpferischen Persönlichkeit, dem Führer, und dem Volke, den Geführten. Nur aus dieser Gegensätzlichkeit kommt der Antrieb zu geistiger Entwicklung, erwächst neue Kultur. Die geistige Schöpferkraft der großen Persönlichkeiten allein vermag das Volk zu jener Einheit zu bringen, die zum Werden echter Kultur notwendig ist. Umgekehrt ist jedoch die überragende Persönlichkeit Ausfluß gesamt-völkischen Geistes. Ist dieser im Überfinnlichen verwurzelt und somit ein innerer Gleichklang des Volkes in seiner Gewohnheit vorhanden, so ist auch wieder der Boden für die Kultur geebnet. Denn erst der Zusammenhang aller Volksschichten kraft eines gemeinsamen Bandes ermöglicht jenen wahrhaft kulturellen Zustand, bei welchem die große Persönlichkeit nicht in Einsamkeit zugrunde geht, sondern die Gemeinschaft mit blühendem Leben durchdringt. So entsteht dann jenes gemeinsame Lebensgefühl, das auf Übereinstimmung von Kulturvorstellung und Lebensführung beruht.

Über die Voraussetzungen, unter denen allein kulturelles Wiedererwachen möglich ist, über das innere Wesen der Kultur konnten andeutende Ausführungen gemacht werden. Nicht aber darüber, welchen Inhalt die Kultur der deutschen Zukunft haben dürfte. Hier gilt das, was der Verfasser schon hinsichtlich des religiösen Lebens der anbrechenden Zeit gesagt hat. Wachstumsgesetze können erforscht werden; was aber, ihnen folgend, wirklich werden wird, wird nur der Schau späterer Geschlechter offenbar. Schon heute sind Zeichen der Umkehr vorhanden. Aus innerer Seelenhaftigkeit wird um einen deutschen Lebensstil gerungen. Die Kunst sucht nach innerer Richtung. Die neuesten Bauten weisen nicht mehr jene abscheuliche Seelenlosigkeit auf, welche für den Ausgang des vorigen Jahrhunderts so bezeichnend war. Die ausschweifenden Absonderlichkeiten gewisser Kunstrichtungen, die besonders in der Malerei um Geltung rangen, weichen einer klareren und einheitlicheren Linie. Schärfste Ablehnung verstandesmäßiger Künstelei und seelischer Unfruchtbarkeit hat eingesetzt. Der Großstadtmensch strebt in die Natur und holt aus der Schönheit und Freiheit der Landschaft neue seelische Verbundenheit und tiefere Schau der Dinge. Die Schicksalhaftigkeit des Menschenlebens wird bei der neueren dichterischen Darstellung wieder aus der Verpflichtung des Menschen gegenüber höheren Kräften der Gemeinschaft abgeleitet. Gleich einem Hauche der Offenbarung muten gewisse Züge einiger neuerer Dichtungen an, welche die Verbundenheit des einzelnen mit seinem Volke, sein Verwurzelte sein im göttlichen Wesen, künstlerisch gestalten. Auch das gewaltige Heldentum des Weltkrieges wird in vertiefter Schau neu gesehen. Tragik ohne weichlichen Jammer und kindische Weltverbesserei wagt sich mit zaghaftem Schritte auf die Bühne. Endlich aber fängt

die Philosophie an, den längst verspielten Ruhm, Königin der Wissenschaften zu sein, in mählichem Vordringen zurückzuerobern. Sie sucht den Menschen wieder im Übersinnlichen zu verwurzeln und eine einheitliche Schau des Lebens zu vermitteln.

### Erziehung oder Bildung ?

Sind die schöpferischen Kräfte erlahmt und die Grenzen zwischen wahren Kulturgütern und vermeintlichen Werten verwischt, so muß eine Notlage dort eintreten, wo Vermittlung von Kulturgütern den einzigen Inhalt menschlicher Tätigkeit ausmacht: im Erziehungswesen. Daß der Staat die Erziehung nicht mit Erfolg durchzuführen vermag, wurde schon an anderer Stelle auseinandergesetzt und dabei betont, daß Kultur auf dem Boden der Staatlichkeit unmöglich erwachsen könne, sondern eigenen Wachstumsgesetzen unterliege. Aber auch dann, wenn die Schule mehr oder minder Selbstverwaltungskörpern als Schulträgern anvertraut würde, wäre die bestehende Erziehungskrise noch nicht beseitigt. Wohl könnten sich neue aufbauende Kräfte rascher entfalten und der Notlage ein Ende machen; aber wirklich fruchtbare Erziehungsgedanken werden erst dann zutage treten, wenn die erhoffte Umkehr und seelische Vertiefung eingetreten sind.

Bevor zu der Frage, was und wie gelehrt werden soll, Stellung **Voll und Bildung** genommen wird, ist ein anderer grundsätzlicher Gedanke zu erörtern, der an Bedeutung nicht zurücksteht hinter dem der Trennung von Schule und Staat. Es muß nämlich gefragt werden, ob Erziehung und Bildung dasselbe sind oder ob sie sich voneinander unterscheiden. Erziehung ist die Gesamtheit der Einflüsse, die geeignet erscheinen, den Menschen der sittlichen Vollkommenheit näherzubringen. Sie entstammen dem seelischen Bereiche und wirken auf die Seele. Bildung ist das Wissen um Erkenntnisse, die von anderen gewonnen und überliefert werden. Sie entstammen dem Bereiche der Vernunft und wirken auf das Denken. Sittliche Vollendung des Menschen ist möglich ohne Erwerb fremder Erkenntnisse: es gibt also eine Erziehung ohne Bildung. Sie trägt ihren vollen Wert in sich, während die Bildung ohne sittlichen Wertgehalt keinerlei Berechtigung hat. Selbstverständlich wird der Weg zur sittlichen Vollkommenheit durch Übernahme fremder Erkenntnisse unter Umständen erleichtert; aber nur dann, wenn in der Seele des nach Erkenntnis Strebenden der Drang nach sittlicher Vollendung wach ist. Umgekehrt kann aber auch maßlose Übernahme von Bildungsgut die gesunde Einfachheit der Seele zerstören.

Damit wird der Irrtum des Aufklärungszeitalters samt seinen verhängnisvollen Folgen für die Gegenwart bloßgelegt. Wie der Verstand für eine Tugend erklärt wurde, so wurde auch Bildung mit Erziehung verwechselt. Besonders nach dem Zerfall der alten Zuchtschule erzog man nicht mehr, man bildete nur noch. Nur diese Irrlehre konnte die Forderung zeitigen, daß alle Glieder des Volkes einen höchstmöglichen Bildungsgrad erreichen sollten. Aus dem berechtigten Wunsche der Gemeinschaft, in ihrer Gesamtheit ein Höchstmaß an Gesittung zu erlangen, wurde das gleichheitliche Recht des einzelnen auf Bildung. Wenn Pestalozzi als Voraussetzung jeder Erziehung die Kunst des Lesens und Schreibens forderte, so verwechselte er die Bildungstechnik (bedingt durch moderne Erfindungen) mit dem sittlichen Erziehungszwecke. Der allgemeine Schulzwang sollte jedem einzelnen die Wege zu irdischer Glückseligkeit ebnen; eine ungeahnte Hebung des Gesamtvolkes wurde als Folge dieser Neuerung in Aussicht gestellt.

Die geschichtliche Entwicklung bewies das Trügerische dieser Erwartung. Die reichliche und wahllose Übermittlung von Bildungsgut förderte wohl das Wirtschaftsleben, begünstigte den Aufschwung der Technik, verringerte die große Spannung im Bildungsgrade der verschiedenen Volksschichten. Darüber aber wurde der Volkskörper krank. Seine gesunde Gliederung ging verloren. Natürliche und notwendige Unterschiede wurden geleugnet, keiner wollte mehr dienen und soziale Unzufriedenheit zog in aller Herzen. Wiederum hatten individualistische Glückseligkeitslehren das Beste für den einzelnen gewollt. Der einzelne aber verlor darüber seine seelische Ruhe und Freude. So war wieder der entgegengesetzte Erfolg erzielt, weil die Gesetze des Gemeinschaftslebens nicht ungestraft verletzt werden dürfen. Geht die Entwicklung im bisherigen Geiste weiter, so besteht das deutsche Volk in absehbarer Zeit nur noch aus Beamten, Akademikern, Schreibern männlichen und weiblichen Geschlechtes. Ein Heer von Führern entsteht so, die sich gegenseitig um die Führung zerfleischen. Willig Geführte aber gibt es überhaupt nicht mehr. Bauern und Arbeiter müssen aus dem Auslande geholt werden, um die einfachen Arbeiten so lange zu verrichten — bis sie die fremde deutsche Herrschaft abschütteln. Das wäre dann das Ende Deutschlands, wie es das Ende Roms war. Mehr darüber im bevölkerungspolitischen Teile.

So berechtigt also ein Zwang zur Erziehung ist, so falsch der zur Bildung. Jeder Deutsche soll erzogen werden; gebildet nur so viel, als die gesunde Gliederung des Volksganzen ohne Schaden für sozialen Frieden erträgt. Dieses Ziel wäre mit zwei Maßnahmen zu erreichen: die Volksschulen sind mehr denn je auf das Erzieherische abzustellen. Ja, es kann sogar erwogen werden, den allgemeinen Schulzwang



aufzuheben, damit wenigstens die ganz Minderbegabten nicht mehr die Gesamtheit belasten. Bei dem heutigen Stande der Bildungstechnik wäre diese Maßnahme für die Allgemeinheit unschädlich. Denn mit verschwindend wenig Ausnahmen würden die Kinder trotzdem zur Schule geschickt. Große Kulturländer haben auf den allgemeinen Schulzwang verzichtet ohne Schaden für ihre Bildungshöhe. Entscheidender als dieser Schritt wäre aber der zweite: den Zugang zu jeder nächsthöheren Schule (auch Fortbildungsschule) von so schwierigen Prüfungen abhängig zu machen, daß die natürliche Auslese mit dem Bedürfnis nach höher Gebildeten übereinstimmt. Damit bei der Besetzung führender Stellungen kein Mangel eintritt, könnte beispielsweise den Prüfungsausschüssen eine Richtziffer bekanntgegeben werden, nach der die Zahl der bestehenden Prüflinge zu bemessen wäre.

Dem entrüsteten Einwande, solche Vorschläge seien kulturfeindlich, kann nur entgegengehalten werden, daß die in diesem Buche vertretene Weltanschauung den Kulturstand eines Volkes nicht danach bemißt, ob möglichst viele Menschen über unverdautes Bildungsgut die unsinnigsten Meinungen hegen. Den Todesstoß hat die abendländische Kultur erhalten durch die Anbetung des Gözen Bildung. Die Kultur eines Volkes wird bestimmt durch Spitzenleistungen, nicht vom Durchschnitte. Noch kein Genie wurde dadurch unterdrückt, daß ihm die Wege zur notwendigen Bildung verschlossen waren. Wohl aber dadurch, daß die eitle, alles besser wissende Masse die gläubige Gefolgschaft verlor. Wer aber eine Gefährdung der reinen Erziehung befürchtet, überlege einmal ernsthaft, ob nicht die allgemeine Wehrpflicht erziehungsfördernder wirkte als der allgemeine Schulzwang. Sicher wurde dort mehr geistige und körperliche Selbstzucht verlangt, als mit Auswendiglernen von Geschichtszahlen verbunden ist. Eine auf ähnlichen Grundsätzen beruhende Erziehungsschule für das junge Geschlecht muß wieder geschaffen werden, ganz gleich wie die Kriegstechnik der Zukunft aussieht.

Die hier behauptete Bildungssucht bestätigt eine Betrachtung des heutigen Schulwesens. Vor allem fällt auf, daß der Lehrplan immer mehr auf das Stoffliche und Nützliche zugeschnitten wird. Der Lehrstoff wird nach dem Gesichtspunkte ausgewählt, inwieweit das übermittelte Wissen dem Berufsleben zugute kommt; er muß sich also gewissermaßen für das Erwerbsleben „rentieren“. Dabei wird meist vergessen, daß Entwicklung und Zucht der Denkkräfte, Stählung des Willens und Stärkung des Verantwortungsbewußtseins für den Kampf des Lebens entscheidend sind. Nützliche Kenntnisse, wie der Chemie oder einer lebenden Sprache, lassen sich im allgemeinen immer nachholen von dem, dessen Denkvermögen und Willenskräfte

Der Nützlichkeitsteil-  
lehrplan

genügend geschult sind. Die Kenntnisse, die einem Menschen vor seinem achtzehnten Lebensjahre übermittelt werden, vergift er in ihren Einzelheiten meist; was aber nicht verloren geht, das sind die Errungenschaften einer Erziehung des Charakters und des Geistes.

Humanistische und  
realistische Schulen

In dem überflüssigen Streite über humanistisches Gymnasium und Realschule tritt wieder so recht jener Denkfehler in Erscheinung, der sich überall eingeschlichen hat; er äußert sich in der unsinnigen Annahme, daß die Schulung des menschlichen Geistes an alten Sprachen im Leben wenig nütze. Die Güter der Seele sind aber in Wahrheit meist die „realsten“, weil unverlierbar; und die sogenannten realen Bildungsgüter sind oft fragwürdig, weil sie nur für eine ganz bestimmte Lage Vorteile gewähren, aber nicht die allgemeine Lebensrichtung anweisen, die eine weltanschauliche Erziehung zu geben vermag.

Nun kann aber nicht geleugnet werden, daß die humanistische Bildung in demselben Maße an innerem Gehalt verlor, in welchem der deutsche Idealismus zu einer hohlen philosophischen Form wurde. Die Ideale des „Guten, Wahren, Schönen“ (auf die Richtigkeit oder Falschheit der psychologischen und logischen Begründung dieser Dreiteilung wird hier nicht eingegangen) mögen so lange Anziehungskraft besitzen, als eine im Überfönnlichen ruhende Weltanschauung diesen Begriffen Inhalt verleiht. Heute sind sie leere Form geworden; denn die Begriffe „gut, wahr und schön“ haben ihre Unbedingtheit verloren und schwanken in der unsicheren Beleuchtung gedanklicher Willkür. So vergaß man auch die geistigen Hintergründe der Antike und den erzieherischen Wert der Erlernung alter Sprachen. Ein unfruchtbares Philologentum, oft mit Recht bespöttelt, machte sich breit. Nebensächlichkeiten gelangten bei der geschichtlichen Betrachtung in den Vordergrund, minderwertiges altes Schrifttum wurde aus rein sprachlichen Gründen gelesen. Wahlos wurde die Antike verherrlicht; echter Kultur und Auswüchsen des Niedergangs gleiche Beachtung und Bewunderung geschenkt. So wurden die Vorstellungen von der Antike immer verworrener; das Bild deutscher Geschichte und Kultur wurde dafür nicht klarer. Es war ein folgenschwerer Mangel des humanistischen Gymnasiums, daß es der Jögling verließ, ohne Kenntnis des neunzehnten Jahrhunderts, ohne Wissen um Bismarck. Was nützt es aber dem deutschen Volke, wenn stattdessen chemische Formeln eingedrillt werden, wenn an Stelle Platos irgendein moderner Mathematiker oder Physiker tritt? Von dem Mangel an volksdeutscher Geschichtsbetrachtung, von der oberflächlichen Art, die Geschichte nur als eine solche von Herrscherhäusern und Staaten aufzufassen, soll ebensowenig die Rede sein, wie von der Mißhandlung, die dem sehr notwendigen erdkundlichen Unterricht zuteil wurde. Am Ende haben doch die geographischen Räume, in denen Menschen wohnen, ihre

geschichtliche Eigengesetzlichkeit und beeinflussen Wesen und Geschichte ihrer Bewohner. Stattdessen vermitteln heute realistische Schulen dem jungen Deutschen eine Summe zusammenhangloser Kenntnisse, die ihn richtungs- und meinungslos dem menschlichen Geschehen, in das er später hineingestellt wird, ausliefern. Nur das Volk kann seine Geschichte selbst bestimmen, dessen Angehörige sie gewissermaßen im Blute und im Gehirne tragen und deshalb fühlen und wissen, an welchem Werke und in welchem Geiste sie weiterzubauen haben.

Wie lächelt man heute über jene, die nicht einmal ihren Namen schreiben konnten! Unter den guten alten Leuten, die stattdessen drei Kreuze machten, meisterte mancher das Leben besser und stand sicherer auf dem Boden seines Volkes, als die Mehrzahl der „bildungshungrigen“ Jünger, die heute in Volkshochschulkursen Wissensbrocken verschlingen, die sie nicht zu verdauen vermögen. Dabei ist die Achtung vor dieser sogenannten Bildung beim deutschen Volke teilweise noch gewaltig; wer kennt nicht die Gewerkschaftssekretäre und Arbeiterführer, die ihr gesundes menschliches Urteil vollkommen verbildet haben und die unsinnigsten Sprüche über Haeckels „Welträtsel“ wechseln? So rührend dieser Drang den Deutschen kennzeichnet, so verhängnisvoll wirkt er auf die seelische Gesundheit des Volkstums. Ist schon die Unzulänglichkeit des Verstandes für den hochbegabten Gelehrten erschütternd, so wirkt sie auf den einfachen Mann schlechterdings vernichtend. Ein gesunder Lehrplan soll deshalb eine einfache, aber kräftige Linie aufweisen. Er soll echtes Kulturgut bieten und nicht eine Menge fragwürdiger Kenntnisse; er soll das Gefühl für eigenen Boden, eigenes Volkstum und eigene Geschichte stärken und eine allgemeine Marschrichtung für das Leben weisen. Darüber hinaus soll er stärkend auf die junge Seele wirken, damit sie sich unangefochten durchs Leben kämpfe. Was der einzelne für den Beruf braucht, soll er sich dann, immer unter der Voraussetzung der Begabung, in Berufsfortbildungsschulen, Fachschulen und in seinen Lehrjahren erwerben.

Den Mängeln des Lehrplans entsprechen die der Lehrweise. Die Pädagogik als eigenes Fach ist in den Hintergrund getreten oder unsicher geworden. Erziehung ist eine Kunst und entwickelt wie jede Kunst ihre eigenen Kunstgriffe. Heute wird aber weder nach der künstlerischen Veranlagung noch nach der handwerklichen Beherrschung jener Kunstgriffe gefragt. Das deutsche Prüfungswesen für das Lehrfach ist darauf abgestellt, daß der Prüfling das Fach, in dem er einmal unterrichten soll, wissenschaftlich beherrscht. Ob er das Wissen erzieherisch so zu vermitteln vermag, daß es den Zögling seelisch beeindruckt und ihm die gebotenen Kulturgüter lebendig werden, spielt fast keine Rolle mehr. Der vollkommene Beherrscher des Fachwissens gilt als der beste Lehrer. Die Zuchtschule ist mehr als un-

**Volkbildungs-  
bestrebungen**

**Pädagogische  
Erstarrung**

modern geworden, sie ist vergessen. Und doch war vielleicht die Zeit, in der preußische Unteroffiziere zu Landschullehrern gemacht wurden, nicht ganz so rückschrittlich, wie ihr heute nachgesagt wird. Jeder, der im deutschen Heere gedient hat, weiß, daß diese Schule auf die menschliche Gesamthaltung oft erzieherischer wirkte als viele, viele Schuljahre. Die Güte einer Schule richtet sich nicht nach der Menge der übermittelten Kenntnisse, sondern nach der seelischen Widerstandsfähigkeit, die ihre Erziehung dem Schüler verleiht. Daß, unter Anerkennung der Fortschritte in der Lehrweise, neue Wege eingeschlagen werden müssen, ist zuzugeben. Die Rückkehr zu den Methoden der alten Zuchtsschule dürfte wohl untragbar sein. Aber die Zielfestung jener Erziehung ist zu übernehmen. Dazu gehört auch ein Aufhören jener falschen Rücksichtnahme, die heute gegenüber den schwach veranlagten oder geistig bequemen Schülern geübt wird. Darunter leidet der hochwertige Schüler nicht nur, er verbummelt in vielen Fällen geradezu. Die Errichtung von Begabenschulen ist ein Schritt auf der richtigen Bahn. Dies beweist auch der Aufschwung des Privatschulwesens, das genau entgegengesetzte Wege geht wie früher. Fanden sich in den Privatschulen einst vorwiegend schwache Schüler zusammen, die besonderer Vorbereitung zu Prüfungszwecken bedurften, so sind es heute die Begabten, die der öden Gleichmacherei und der erstarrten Erziehungsweise staatlicher Schulen entzogen werden sollen.

**Weltanschauungs-  
schulen**

Es ist allerhöchste Zeit, an den geistigen Neubau des Erziehungswesens heranzugehen. Dazu gehört zunächst die Freimachung gesunder Persönlichkeitskräfte. Wenn der Verfasser den großen Lehrerpersönlichkeiten das Wort redet, so tut er dies auch gleichzeitig für ausgeprägte Persönlichkeitswerte beim Zögling. Denn nur Persönlichkeit kann Persönlichkeit verstehen und dazu erziehen, soweit Erziehung hier etwas vermag. Persönlichkeit und wahre Weltanschauung gehören aber zusammen. Die Schule muß deshalb wieder in Kulturkreise eingebaut, muß zur Weltanschauungsschule werden. Die starken weltanschaulichen Köpfe sollen einem Kreis von Zöglingen ihren Stempel aufdrücken. Wo ist aber eine geschlossene echte Weltanschauung, die auf christliche Grundlagen verzichten könnte? Es ist deshalb ein sträfliches Verlangen, den Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen. Welche Eltern haben das Recht, die hohe Sittlichkeit des Christentums ihren Kindern vorzuenthalten? Freiheit?! Ist ein Mensch in seiner inneren Entwicklung gehemmt, wenn ihm die Heilslehre Christi verkündet wird? Gibt es ein geistiges Leben in Europa, das nicht zum mindesten das Christentum kennen muß? Wo aber ist die „Weltanschauung“, die es gar ersetzen könnte? Keine Erziehung ohne Weltanschauung und keine weltanschauliche Wirkung ohne überzeugte Persönlichkeit. Man lasse also den wenigen Künstlern unter

den Erziehern freien Lauf, erstickte ihre Erzieherfreude nicht mit Schulvorschriften und Lehrplänen. Glaubt eine starke Erzieherpersönlichkeit, in geschlossenen Erziehungsanstalten besser wirken zu können wie in Schulen, die das Kind dem Elternhause belassen, so mache man für solche Schulen den Weg frei. Glaubt ein Erzieher, eine planmäßige Körpererziehung mit der geistigen verbinden zu sollen, so eröffne man dieser Erziehungsweise alle nur erdenklichen Möglichkeiten. Denn es ist traurig, daß bis zum heutigen Tage noch nicht einmal die tägliche Turnstunde in Deutschland eingeführt ist. Hier kann eingesetzt werden. Man trage auch dem Gedanken der Landerziehungsheime und der Arbeitsschule, die schon Fichte gefordert hat, mehr Rechnung als bisher; die Zöglinge bekommen Fühlung mit der Natur und verlieren das gefährlichste Pflaster unter den Füßen, das es gibt: das der Großstadt. Außerdem büßt die Schule ihre Schrecken ein und wird zu einer Stätte der Kameradschaft und des Gemeinschaftsgeistes. Wie kühn ist doch der Gedanke Fichtes, daß eine Schule — gleichsam als geschlossene Wirtschaftseinheit — durch praktische Tätigkeit der Zöglinge sich selbst wirtschaftlich erhalte. Unsere Zeit aber lobt Fichte zu Tode, ohne von ihm zu lernen.

Man lasse auch das Berechtigungswesen an den Schulen restlos fallen. Der Schulbesuch als solcher gibt für gar keine Lebensstellung Vorrechte, sondern nur die Leistung; vor die Aufnahme in die nächsthöhere Schule kann eine Prüfung gesetzt werden, die aber viel strenger sein muß, wie die heutigen Reifeprüfungen; es schadet gar nichts, wenn die Zahl der deutschen „Gebildeten“, insbesondere aber der Studenten, durch eine solche Maßnahme um dreißig vom Hundert vermindert würde. Auch die Zulassung zu akademischen Berufen sollte von einer Berufsprüfung abhängig gemacht werden und nicht von Semesterzahl und akademischen Schlußprüfungen. Die Universität soll in Zukunft nur zwei Grade erteilen, den des Studenten (durch strenge Aufnahmeprüfung) und den der Doktorwürde. Erhöht man auch zu deren Erlangung die Anforderungen, so kann kein Schaden daraus erwachsen. Auf keinen Fall ist es angängig, die Hochschulen auf dem verhängnisvollen Wege, der heute ihr Schicksal zu sein scheint, weiterschreiten zu lassen. Sie dürfen nie und nimmer reine Fachschulen für gewisse geistige Berufszweige werden, wie die Maschinenbauerschule für den jungen Schlosser. Ja, man soll ernsthaft den Plan Fichtes erwägen, die Erziehung zum Berufe wieder zu trennen von der Heranbildung zum Gelehrten. Warum soll, wer Arzt werden will, nicht als Barbier und Heilgehilfe anfangen, dann eine Fachschule besuchen, dann wieder ärztliche Hilfsdienste leisten, um endlich nach Besuch der Hochschule Arzt zu werden? Ähnlich könnte der Lehrgang des Juristen beim Gerichts- oder Anwaltschreiber be-

Berechtigungs-  
wesen und  
Berufsvorbildung

ginnen, um über Rechtsanwaltschaft und Richtertum zu gesetzgeberischer Tätigkeit zu führen. Fast vorbildlich hat die heutige Reichswehr die Offizierslaufbahn geregelt, die jedem Soldaten offensteht, wenn er den geforderten Lehrgang durchschreitet. Das Vorurteil, daß zu jedem höheren Berufe ein Gelehrtenstudium gehöre, führt zu verhängnisvollen Folgen: Heranzüchtung vieler für das Berufsleben Untauglicher, Zurücksetzung des tüchtigen Praktikers und Aufreißen sozialer Klüfte. Insbesondere gilt das auch für die Vorbildung zum Beamten, von der an anderer Stelle schon gesprochen wurde. Bei Berücksichtigung dieser Vorschläge würde das Schulwesen in einen gewissen Einklang gebracht mit den Tatsachen, die weiter oben festgestellt wurden: Die sozialen Gefahren des heutigen Bildungswesens würden gemindert. Wenn die Hochschule nicht mehr dem weiten Blicke, nicht mehr dem Zuge nach der universitas dient, wenn der Student die ihm gewährte akademische Freiheit nicht mehr zum Streben im Goetheschen Sinne des Wortes verwendet, dann hat die Univerſität ihren hohen Rang verloren.

Je zweckbestimmter unser Bildungswesen geworden ist, je mehr es der äußeren Wohlfahrt des einzelnen zu dienen verurteilt wurde, um so schlechter kam der wahre Persönlichkeitswert weg. Wo sind die neuen Erzieher? Wer zeigt Wege, die wirklich zur Höhe führen? Wo sind die kraftvollen jungen Männer und Mädchen, die, durch echte Erziehung gefestigt, ein neues und schöneres Deutschland bereiten könnten? Gewiß geht eine Unruhe durch das deutsche Erziehungswesen, gewiß sind viele das schwächliche Gerede von dem armen Kinde, das von der Last der Schule erdrückt werde, leidig; gewiß fühlt jedermann, daß sittliche Menschen und keine entarteten Großstadtplanzen aus der Schule entlassen werden sollten. Aber auch hier ist die Verneinung der Anfang der Bejahung. Nehmen wir das Kulturwesen aus dem Bereiche des Staatlichen heraus, schaffen wir neue Menschen, eine neue Kultur! Dann wird auch wieder der echte Lehrmeister erstehen, der dankbar ist für jeden göttlichen Keim, den er in eine junge Menschenbrust versenken darf.

---

## Fünfter Teil

### Bevölkerungspolitik

Volkstum,  
dröhnender Sturm,  
Stimme gewaltig,  
gewebet aus tausend Stimmen;  
eins  
bin ich mit deiner Abgestorbenen Seelen,  
deren Klingen noch in mir ist,  
und eins mit denen,  
die noch nicht geboren ruhen im Schoß  
meines Volks

Ernst Leibl

### Bevölkerungsbewegung

Sinn und Ziel allen Gemeinschaftslebens ist das Volk, seine Erhaltung und Geltung Inhalt allen politischen Strebens. Wenn der Staat der rechtliche Träger der Außenpolitik ist, so das Volk der geistige. Dies trifft zu sowohl für den Nationalstaat, bei welchem Staats- und Volkszugehörigkeit übereinstimmen, als auch bei dem Reiche (in antikem, mittelalterlichem oder englischem Sinne), dessen staatsführender Träger ein Volk kraft seiner besonderen Stärke und Befähigung ist. Ganz unabhängig von staatlichem Denken kann die Geschichte der Menschheit als eine solche von Völkern aufgefaßt werden, zumal wenn man, wie dieses Buch, das Volk als die besondere, in ihrer Eigenart einmalige Erscheinungsform göttlichen Geistes betrachtet. Die Pflege des Volkstums erhält sonach ihre innere Rechtfertigung schon allein aus der Tatsache der Anerkennung einer eigenlebendigen Volkspersönlichkeit. In dem vorhergehenden Teile dieses Buches wurde deshalb die Bedeutung der Volkspersönlichkeit, ihre Gestaltung und ihre Rolle im gesellschaftlichen, staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben immer wieder hervorgehoben. Die Außenpolitik eines auf dem Deutschtume aufgebauten Staates oder Reiches erhält aber nicht nur ihre geistige Richtung und Kraft aus dem deutschen Volkstume, sondern das deutsche Volk ist gewissermaßen in seiner Gesamtheit der Stoff, mit dem jede staatliche Außenpolitik zu rechnen und zu arbeiten hat. Sie ist der einzige Zweig politischer Tätigkeit,

für welche das deutsche Volkstum eine höhere Einheit darstellt. Sie vertritt gegenüber fremden Völkern und Staaten nicht den deutschen Wirtschaftler, Arbeiter, Bauern, den deutschen Gelehrten, Künstler, nicht den reichen oder armen Deutschen, nicht Mann oder Frau oder Kind, sondern den Deutschen schlechtthin. Ehe also diese Darstellung in außenpolitischen Betrachtungen gewissermaßen ihre Krönung findet, ist der deutsche Volkskörper in seiner organischen Ganzheit auf seine Kraft und seine Gesundheit zu untersuchen, damit all jene, die mit dem deutschen Volke als Gesamtbegriff rechnen, über dessen Beschaffenheit Klarheit gewinnen. Es werden deshalb — auf die Gefahr kleinerer Wiederholungen — über den Volkskörper als solchen in einem eigenen Teile Betrachtungen angestellt. Damit zeigt schon das Buch in seiner Einteilung, daß eine die Gemeinschaft als höchsten irdischen Wert auffassende Weltanschauung einen neuen Hauptzweig der Politik einführen muß, den der Bevölkerungspolitik.

**Volks-  
erhaltung  
als Aufgabe**

Sie zielt auf die Erhaltung und Stärkung des Volkskörpers.

Gewiß wurde auf diesem Gebiete sehr viel — gerade in den letzten Jahrzehnten — geleistet. Aber nur in den Augen derjenigen, die das Volk als eine Summe von Einzelmenschen auffassen. In den folgenden Ausführungen wird aber nachgewiesen werden, daß dabei der Volkskörper als Ganzes vernachlässigt wurde und sogar erkrankte. Die deutschen sozialen Ärzte sind vergleichbar dem Heilkundigen, der seine ganze Aufmerksamkeit auf die Verschönerung einzelner Gliedmaßen eines Körpers richtete, dabei aber vergaß, auf die Abnahme der Lebenskräfte des Gesamtkörpers zu achten. Für deutsche Begriffe unbedingt neu ist deshalb die hier folgende Betrachtungsweise, die das Volk als einen lebendigen Körper begriffen haben will, dessen Gesundheitszustand und Lebenskraft sorgsamster Pflege bedarf. Daß dann die einzelnen Glieder gedeihen und arbeitsfähig sind, ist eine selbstverständliche Schlussfolgerung.

Die Verschiedenheit in der Auffassung von Gesundheitspflege des Volkskörpers äußert sich schon darin, welchen Schwächeanzeichen des Volkskörpers der Sozialpolitiker seine hilfreiche Aufmerksamkeit zuwendet. Es gibt nämlich zwei Arten von Krankheitserscheinungen:

Entartungszeichen können in besonders starker Sterblichkeit oder in übermäßiger Abnutzung der Gesundheit des Volkes oder wesentlicher Schichten desselben bestehen.

Es gibt aber auch andere Entartungszeichen: Schwund des Volkes oder wesentlicher Schichten durch Geburtenrückgang, ferner Entwöhnung des Volkes von gewissen Berufen, die dann durch Fremde ausgeübt werden müssen. Nehmen beide Erscheinungen großen Umfang an, so werden sie zu öffentlichen Gefahren. Diese sind gegeben, wenn die Volkszahl sinkt oder wenn bereits weite Teile



des Landes in Händen fremdvölkischer Ackerbauern sind, so daß das Volk nur noch als soziale Deckschicht (Oberschicht: gewerbe-, bergbau- und handeltreibende Städter ohne Bauern) verbleibt. Dann ist es die allerletzte Stunde, noch zu helfen; denn die schon vorher eingetretenen Änderungen im Aufbau des Volkes haben dessen Körper bereits schwer geschädigt.

„Staat“ und Öffentlichkeit haben im 19. Jahrhundert die erste Aufgabengruppe erkannt und Vorbildliches in der Fürsorge für den Einzelmenschen geleistet. Die zweite ist, wenigstens in deutschen Landen, noch keineswegs hinreichend klar begriffen worden. Dementsprechend fehlen auch wirksame Gegenmaßnahmen. Die westlichen Hochkulturvölker, welche ähnliche Zustände aufweisen, haben sich bereits zu durchgreifenden Maßnahmen entschlossen, vor allem Frankreich. Über deren Erfolg und Zweckmäßigkeit kann noch kein abschließendes Urteil abgegeben werden. Auch die Engländer stellen schon seit Jahrzehnten sorgfältige Beobachtungen an und verfolgen die Entwicklung gerade der deutschen Bevölkerungsbewegung weit aufmerksamer als die Deutschen selbst. Die Franzosen sind sogar den Deutschen in dieser Hinsicht um fünfzig Jahre voraus. Kommende Geschlechter werden sich darüber wundern, daß die Deutschen eigentlich erst im zweiten Viertel des 20. Jahrhunderts die Frage aufgeworfen und in der Öffentlichkeit besprochen haben, ob und welche Bedeutung die Beobachtung der Bevölkerungsbewegung und die Arbeit gegen Bevölkerungsschwund für Volkstum, Landesverteidigung und Wirtschaft haben.

So kommt es, daß die wichtigsten Tatsachen noch nicht den führenden Politikern und Beamten im Deutschen Reiche bekannt, geschweige denn Gemeingut der deutschen Öffentlichkeit sind. Sie bedürfen daher ausführlicherer Darstellung.

Das 19. und 20. Jahrhundert brachten einen gewaltigen Aufschwung der Sozialpolitik, der mit früheren Zeiten nicht verglichen werden kann. „Der Staat“ übernahm auf dem Gebiete der Alters-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung große Aufgaben; er führte sie je nach Kräften und entsprechend dem stärker werdenden Drucke der sozialen Not durch. Für Volkshygiene wurden — nicht nur auf dem Papier — wirksame Maßnahmen ergriffen. Der Bau von Krankenhäusern, auch durch die Selbstverwaltungskörper und Selbsthilfevereine, nahm bedeutenden Umfang an; er wurde höchstens durch die Fülle an gemeindlichen und staatlichen Schulhausneubauten übertroffen. Mutter-, Schwangeren- und Kinderschutz war Lösung einer ausgedehnten Sozialgesetzgebung. Soziale Zulagen wurden den Beamten gewährt, für Wohnungsbauten wendete man beträchtliche Mittel auf. Diese Bewegung ist kennzeichnend für die abendländischen Hochkulturvölker Europas (welche gleichzeitig ihre Bevölkerungsziffern in bis dahin unbekannter Weise vermehrten): an ihrer Spitze

Umfangreiche  
Sozialpolitik seit  
der Wende des  
19. zum 20. Jahr-  
hundert

marschierten die Deutschen des Reiches, welches am frühesten und durchgreifendsten Maßregeln auf dem Gebiete der öffentlichen Hygiene, des sozialen Schutzes und der öffentlichen Versicherung ergriff.

Doch entsprach der Enderfolg nur teilweise dem Aufwande. (Daß größere „Zufriedenheit“ der also Geschützten nicht feststellbar, ist noch das wenigste; hierin liegt ja auch nicht das wirkliche Ziel einer solchen Gesetzgebung.) Wohl wurde zunächst vieles gebessert, die berechnete Sorge des einzelnen um seine Zukunft (Alter, Krankheit und Erwerbslosigkeit) verringert. Die Not des einzelnen und seiner Familie wurde gemildert. Ohne Zweifel zu Recht. Denn der Kampf ums Dasein im Zeitalter des Hochkapitalismus war schärfer als in früheren Zeiten. Durch diese Maßnahmen erfuhr die Unsicherheit des Daseins eine Minderung. Die Volksgesundheit wurde gebessert, die Schäden des Stadtlebens, der stärkeren Zusammenballung wesentlich ausgeglichen. Auch nahm die Lebensdauer des einzelnen zu — eine allabendländische Erscheinung. Auf diesem Teilgebiete wurden erhebliche Erfolge erzielt.

Wachsende  
Lebensdauer

Die durchschnittliche Lebensdauer, die in den meisten europäischen Staaten zwischen 1871 bis 1880 nur 35 bis 40, um 1900 aber bereits etwa 45 Jahre betrug, erreichte 1910/11 im Deutschen Reiche schon 49 Jahre. Sie ist noch immer im Wachsen und dürfte vielleicht demnächst bei 60 Jahren angelangt sein. Die höchste bisher überhaupt beobachtete Ziffer weist Dänemark auf. Sie betrug 54,9 Jahre bei Männern, 57,9 bei Frauen (1906 bis 1910). Die mittlere Lebensdauer betrug (nach Woytinsky):

Land	Zeit	Männer	Frauen
Deutsches Reich	1871—1880	35,58	38,45
	1910—1911	47,41	50,68
England und Wales	1871—1880	41,35	44,62
	1910—1912	51,50	55,35
Frankreich	1877—1881	40,83	43,42
	1898—1903	45,74	49,13
Italien	1876—1887	35,10	35,40
	1910—1912	46,97	47,79
Belgien	1881—1890	43,59	46,63
	1891—1900	45,35	48,85
Niederlande	1880—1889	42,50	45,00
	1900—1909	51,00	53,40
Alt-Österreich	1870—1880	30,98	33,77
	1906—1910	40,69	42,88
Schweden	1871—1880	45,30	48,68
	1901—1910	54,53	56,90
Schweiz	1876—1886	40,60	43,20
	1901—1910	49,25	52,15
Dänemark	1880—1889	46,80	48,90
	1906—1910	54,90	57,90

### Die Bevölkerungsbilanz des Deutschen Reiches<sup>1)</sup>

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im Gebiete des Deutschen Reiches in den Jahren 1871 bis 1925 (nach Statist. 76 für das Deutsche Reich 1926).

Jahr	Eheschließungen	Geborene überhaupt einschl. Totgeborene	Gestorbene	auf 1000 Einwohner kamen			
				Eheschließungen	Geborene einschl. Totgeborene	Gestorbene	mehr Geborene als Gestorbene
1871	336 745	1 473 492	1 272 113	8,2	35,9	31,0	4,9
1872	423 900	1 692 227	1 260 922	10,3	41,1	30,6	10,5
1873	416 049	1 715 283	1 241 459	10,0	41,3	29,9	11,4
1874	400 282	1 752 976	1 191 932	9,5	41,8	28,4	13,4
1875	386 746	1 798 591	1 246 572	9,1	42,3	29,3	13,0
1876	366 930	1 834 605	1 208 011	8,5	42,6	28,1	14,6
1877	347 792	1 815 792	1 223 156	8,0	41,6	28,0	13,6
1878	340 016	1 785 080	1 228 607	7,7	40,5	27,8	12,6
1879	335 113	1 806 741	1 214 643	7,5	40,5	27,2	13,3
1880	337 342	1 764 096	1 241 126	7,5	39,1	27,5	11,6
1881	338 909	1 748 686	1 222 928	7,5	38,5	26,9	11,6
1882	350 457	1 769 501	1 244 006	7,7	38,7	27,2	11,5
1883	352 999	1 749 874	1 256 177	7,7	38,0	27,3	10,7
1884	362 596	1 793 942	1 271 859	7,8	38,7	27,4	11,3
1885	368 619	1 798 637	1 268 452	7,9	38,5	27,2	11,4
1886	372 326	1 814 499	1 302 103	7,9	38,5	27,6	10,9
1887	370 659	1 825 561	1 220 406	7,8	38,3	25,6	12,7
1888	376 654	1 828 379	1 209 798	7,8	38,0	25,1	12,8
1889	389 339	1 838 439	1 218 956	8,0	37,7	25,0	12,7
1890	395 356	1 820 264	1 260 017	8,0	37,0	25,6	11,4
1891	399 398	1 903 160	1 227 409	8,0	38,2	24,7	13,6
1892	398 775	1 856 999	1 272 430	7,9	36,9	25,3	11,6
1893	401 234	1 928 270	1 310 756	7,9	38,0	25,8	12,2
1894	408 066	1 904 297	1 207 423	7,9	37,1	23,5	13,6
1895	414 218	1 941 644	1 215 854	8,0	37,3	23,4	13,9
1896	432 107	1 979 747	1 163 964	8,2	37,5	22,1	15,5
1897	447 770	1 991 126	1 206 492	8,4	37,2	22,5	14,6
1898	458 877	2 029 891	1 183 020	8,4	37,3	21,7	15,6
1899	471 519	2 045 286	1 250 179	8,5	37,0	22,6	14,4
1900	476 491	2 060 657	1 300 900	8,5	36,8	23,2	13,6
1901	468 329	2 097 838	1 240 014	8,2	36,9	21,8	15,1
1902	457 208	2 089 414	1 187 171	7,9	36,2	20,6	15,6
1903	463 150	2 046 206	1 234 033	7,9	34,9	21,1	13,9
1904	477 822	2 089 347	1 226 683	8,0	35,1	20,6	14,5
1905	485 906	2 048 453	1 255 614	8,1	34,0	20,8	13,2
1906	498 990	2 084 739	1 174 464	8,2	34,1	19,2	14,9
1907	503 964	2 060 973	1 178 349	8,1	33,2	19,0	14,2
1908	500 620	2 076 660	1 197 098	8,0	33,0	19,0	14,0
1909	494 127	2 038 357	1 154 296	7,8	32,0	18,1	13,9

1) Die Nichtdeutschen im Deutschen Reiche sind teilweise geburtenkräftiger als die Deutschen (Slaven im Osten des Reiches).

Jahr	Eheschließungen	Geborene überhaupt einschl. Totgeborene	Ge- storbene	auf 1000 Einwohner kamen			
				Eheschließungen	Ge- borene einschl. Tot- geborene	Ge- storbene	mehr Ge- borene als Ge- storbene
1910	496 396	1 982 836	1 103 723	7,7	30,7	17,1	13,6
1911	512 819	1 927 039	1 187 094	7,8	29,5	18,2	11,3
1912	523 491	1 925 883	1 085 996	7,9	29,1	16,4	12,7
1913	513 283	1 894 598	1 060 798	7,7	28,3	15,8	12,4
1914	460 608	1 874 389	1 347 103	6,8	27,6	19,9	7,8
1915	278 208	1 425 596	1 493 470	4,1	21,0	22,0	— 1,0
1916	279 076	1 062 287	1 330 857	4,1	15,7	19,7	— 4,0
1917 <sup>1)</sup>	308 446	939 938	1 373 253	4,7	14,4	21,0	— 6,6
1918 <sup>1)</sup>	352 543	956 251	1 635 913	5,4	14,7	25,2	— 10,5
1919 <sup>2)</sup>	844 339	1 299 404	1 017 284	13,4	20,7	16,2	4,5
1920 <sup>3)</sup>	894 978	1 651 593	985 235	14,5	26,7	15,9	10,8
1921 <sup>4)</sup>	731 157	1 611 420	911 172	11,8	26,1	14,8	11,3
1922 <sup>5)</sup>	681 891	1 450 893	927 304	11,1	23,7	15,1	8,5
1923 <sup>6)</sup>	581 277	1 340 154	900 603	9,4	21,7	14,6	7,1
1924 <sup>6)</sup>	440 039	1 313 625	801 880	7,1	21,1	12,9	8,2
1925 <sup>6)</sup>	482 518	1 334 311	787 885	7,7	21,3	12,6	8,7

Langsam sinkende  
Sterblichkeit

Die Sterblichkeit sank also in allen Hochkulturstaaten. Die Entwicklung des Sterblichkeitsniederganges im Deutschen Reiche ist aus der Zahlentafel auf S. 229 abzulesen, welche das Rückgrat aller nachfolgenden Betrachtungen bildet. Die Zahl der Todesfälle, bezogen auf das Tausend der Bevölkerung des Deutschen Reiches, sank beständig. Die Totenzahl fiel von 1 261 000 (30,6 v. T.) im Jahre 1872 unter gelegentlichen Schwankungen der Gesamtzahl auf 1 206 000 (22,5) im Jahre 1897 und auf 1 154 000 (18,1) im Jahre 1909 — dem Jahre, in dem (wie noch gezeigt werden wird) zum letztenmal mehr als zwei Millionen Geburten zu verzeichnen waren. Im letzten normalen Jahre vor dem Weltkriege, 1913, war die Zahl der Todesfälle schon auf 1 061 000 (15,8) gesunken. Auch in neuester Zeit ist die Senkung noch nicht abgeschlossen. Für 1923, 1924 und 1925 sind folgende Zahlen zu verzeichnen: 901 000 (14,6), 802 000 (12,9) und

1) Ohne Elsaß-Lothringen.

2) Ohne Elsaß-Lothringen und den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Posen.

3) Siehe Anm. 2, ferner ohne Memelgebiet, Freie Stadt Danzig, abgetretene Gebiete an Polen (ohne Abstimmung), die Tschechoslowakei, Dänemark und Belgien.

4) Siehe Anm. 2 und 3, ferner ohne das Saargebiet.

5) Siehe Anm. 2 bis 4, ferner ohne den auf Grund der Note vom 20. Oktober 1921 an Polen abgetretenen Teil der Provinz Oberschlesien.

6) Vorläufige Zahlen.

788000 (12,6). Diese Entwicklung wird voraussichtlich weitergehen. Immerhin sind ihr natürliche Grenzen gesetzt.

Anders verhält es sich mit der Zahl der Geburten. Sie nahm bis 1901 zu und dann wieder ab; von 1872 bis 1874 betrug sie 1700000 bis 1750000, von 1875 bis 1890 schwankte sie zwischen 1750000 und 1840000. Von 1891 bis 1897 stieg sie mit geringen Schwankungen bis 1991000. Das Jahrzehnt von 1898 bis 1909 ist das der stärksten Geburtenzahlen: sie halten sich über zwei Millionen. Dann sinken die Zahlen langsam wieder auf 1874000 im Jahre 1914. Die außergewöhnlichen Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit mit ihren starken Schwankungen dürfen übergangen werden. 1923, 1924 und 1925 ergeben mit 1340000, 1314000 und 1335000 Geburten wieder ein einigermaßen gleichmäßiges Bild. Vergleicht man diese Zahlen mit denen der Vorkriegszeit, so darf festgestellt werden, daß die Geburtenziffer jäh gesunken ist, viel stärker als dies der Menschenverlust durch den Weltkrieg, die Abtretung der Grenzgebiete in Ost, West und Nord rechtfertigen.

**Rasches Sinken  
der  
Geburtenzahlen**

Dies erweisen auch die Verhältniszahlen klar. Sie zeigen ein langsames Absinken der Geburten von über 40 auf 1000 Einwohner bis 1879, auf 38 bis 1888 (38 werden 1891 und 1893 noch einmal erreicht). 1899 ist die Verhältniszahl bereits auf 37 gefallen, 1902 auf 36,2. 1906 wird die Zahl 34 zum letzten Male verzeichnet, 1908 33. Dann fällt die Ziffer ruckweise bis auf 27,6 im letzten Normaljahre 1914. Von 1923 bis 1925 schwanken die Zahlen mit 21,7 bis 21,1 bis 21,3 wenig. Das ist der Durchschnitt.

Einzelne Gebiete des Reiches stehen weit schlechter da. Die Großstädte zum Beispiel hatten trotz hoher Ehezißern nur noch 14,2 Lebendgeburten auf das Tausend der Bevölkerung, Berlin sogar nur noch 9,5. Das flache Land folgt heute mit Riesenschritten dem Beispiele der Großstadt und der oberen Stände. Heute zeigt sich eine verhängnisvolle Trennung zwischen den Begriffen „verheiratet sein“ und „Familie haben“. Das erhellt auch aus der Entwicklung der Eheschließungszahlen. Denn die Zahl der Eheschließungen, bezogen auf das Tausend der Bevölkerung, ist seit Anfang der siebziger Jahre bis heute im großen und ganzen unverändert geblieben. (Hier sind die Kriegs- und Nachkriegsziffern von 1914 bis 1922 nicht berücksichtigt; sie müssen in allen Betrachtungen ausgeschaltet werden. Erst 1923/24 nach Überwindung des Währungsverfalls treten einigermaßen vergleichbare Zahlen wieder in Erscheinung.) Wohl schwankte sie von 1874, dem ersten Normaljahre nach dem Kriege, bis 1914 zwischen 9,5 als höchster (1874) und 7,5 als niedrigster Zahl (1879, 1880, 1881). In der übrigen Zeit von 1874 bis 1914 ergeben sich Werte, die zwischen diesen Zahlen pendeln. Die ersten Normaljahre nach Weltkrieg und

**Heiratsziffer und  
Kinderzahl**

**Fast unveränderte  
Heiratszahl**

Währungsverfall ergaben ähnliche Zahlen wie vor dem Kriege: 9,4 für 1923, 7,1 für 1924 und 7,7 für 1925.

Schwund der  
Jugendlichen

Wegen des vorgeschilderten Geburtenrückgangs beginnt es schon, wie die nachstehende Zahlentafel zeigt, an Jugend zu mangeln.

Die Altersstufen der männlichen und der weiblichen Bevölkerung nach Band 316 der Statistik des Deutschen Reiches (1926)

Altersstufen			1913	%		1923	%
			%			%	
Männliche Bevölkerung (in Tausenden angegeben)							
1 bis unter	5 Jahren	3051	9,5	} 32,3	2312	7,9	} 26,9
5	10	3787	11,7		2265	7,8	
10	15	3586	11,1		3265	11,2	
15	20	3300	10,2	} 52,8	3275	11,3	} 55,3
20	25	2938	9,1		2933	10,1	
25	30	2621	8,1		2251	7,7	
30	35	2399	7,4	} 14,9	2001	6,9	} 17,8
35	40	2279	7,1		1936	6,6	
40	45	1880	5,8		1862	6,4	
45	50	1628	5,1	} 17,0	1820	6,3	} 18,7
50	55	1373	4,3		1507	5,2	
55	60	1080	3,4		1243	4,3	
60	65	882	2,7	} 17,0	969	3,3	} 18,7
65	70	634	2,0		674	2,3	
70	75	444	1,4		445	1,5	
75	80	240	0,7	} 17,0	226	0,8	} 18,7
80	85	96	0,3		95	0,3	
85	90	28	0,09		24	0,08	
90 und darüber		5	0,02		4	0,02	
Weibliche Bevölkerung (in Tausenden angegeben)							
1 bis unter	5 Jahren	3009	9,1	} 31,2	2228	7,1	} 24,5
5	10	3750	11,3		2224	7,1	
10	15	3560	10,8		3230	10,3	
15	20	3287	9,9	} 51,8	3254	10,4	} 56,8
20	25	2926	8,8		3095	9,9	
25	30	2633	8,0		2808	8,9	
30	35	2403	7,3	} 17,0	2495	7,9	} 18,7
35	40	2291	6,9		2244	7,1	
40	45	1904	5,8		2036	6,5	
45	50	1700	5,1	} 17,0	1914	6,1	} 18,7
50	55	1478	4,5		1565	5,0	
55	60	1224	3,7		1336	4,3	
60	65	1048	3,2	} 17,0	1095	3,5	} 18,7
65	70	796	2,4		813	2,6	
70	75	567	1,7		574	1,8	
75	80	320	1,0	} 17,0	312	1,0	} 18,7
80	85	133	0,4		137	0,4	
85	90	42	0,1		37	0,1	
90 und darüber		9	0,03		8	0,02	

Hierzu bemerkt Ahrendts-Breslau in „Die Verminderung des deutschen Nachwuchses“ (Zeitschrift „Schlesische Wohlfahrt“ vom 20. April 1927, Nr. 8): „Bei beiden Geschlechtern findet sich 1913 ein stärkerer Prozentsatz der Altersgruppe von 1 bis unter 15 Jahren, als 1923; bei der männlichen Bevölkerung 32,3% gegen 26,9%, bei der weiblichen Bevölkerung 31,2% gegen 24,5%, mit anderen Worten, der Anteil der Jugendklasse vom vollendeten ersten Lebensjahre bis zum unvollendeten 15. Lebensjahre ist von etwa ein Drittel auf etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung herabgegangen. Dagegen ist der Anteil der im besten Erwerbsalter Stehenden (15 bis unter 50 Jahren) nicht nur bei der weiblichen Bevölkerung von 51,8 auf 56,8, sondern auch bei der männlichen Bevölkerung von 52,8 auf 55,3% gestiegen, obgleich diese Altersstufen von 1923 den allergrößten Ausfall der Toten des Weltkrieges getragen haben. Auch die Altersstufen von 50 bis über 90 Jahren haben 1923 einen nicht unerheblichen Zuwachs gegenüber 1913 erfahren.“

Nach der Fortschreibung der Reichsbevölkerung nach einzelnen Altersjahren betrug die Zahl der unter Fünfzehnjährigen:

Mitte 1914 (altes Reichsgebiet)	22 456 000
Mitte 1924 (jetziges Reichsgebiet).	16 464 000
	<hr/>
	Abnahme 5 992 000

Allerdings fallen bei dieser Abnahme 2 246 000 zu Lasten der Gebietsabtretung. Die Zahl der unter Achtzehnjährigen betrug:

Mitte 1914	26 535 000
Mitte 1924	20 462 000
	<hr/>
	Abnahme 6 073 000

Davon entfallen jedoch rund 2 654 000 auf die Gebietsabtretung.

Diese ungeheure Verminderung der deutschen Jugend bedeutet heute einen Verlust von fast 3½ Millionen deutscher Schulkinder gegenüber 1914. Diese Verluste an Angeborenen sind also viel größer als die Totenzahlen des Weltkrieges. Hier liegt die wahre Schwächung der Deutschen. Ahrendts, der die Zahlen der Kinder vergleicht, welche in den Vor- und Nachkriegsjahren das erste Lebensjahr vollendeten, errechnet:

Das 1. Lebensjahr erreichten aus dem Jahre:

1907	1 666 611	1923	1 135 268
1908	1 644 210	1924	1 139 618
1909	1 648 565	1925	1 161 659
	<hr/>		<hr/>
	4 959 386		3 436 545

Für die Jahre 1923 bis 25 ergibt sich also ein Verlust von 1 522 841, jährlich durchschnittlich von einer halben Million Kindern. Ganz hart werden sich die Folgen der Geburtenverminderung etwa im Jahre

1933 zeigen, sobald die deutsche Jugend nur noch aus nach 1913 Geborenen bestehen wird. Ihre Zahl wird voraussichtlich um 10 Millionen geringer sein als im Jahre 1914 (Ahrendts).

**Sinkende  
Sterblichkeit**

Nun zur Rehrseite: zur Vergreisung. Das Zeitalter der dem Einzelmenschen zugewandten Fürsorge schenkte — das muß anerkannt werden — dem Einzeldeutschen ein längeres Leben. Es mag für ihn erfreulich sein, daß sein Leben länger wird; es ist auch volkswirtschaftlich berechtigt, die Kindersterblichkeit herabzudrücken und den Menschen im arbeitsfähigen Alter vor Tod, Krankheit und Krüppelhaftigkeit zu schützen, so daß er langlebig wird. Doch bedeutet die geringe Sterblichkeit, verbunden mit starker Geburtenabnahme eine Verschiebung der Altersklassen. Es gibt dann verhältnismäßig mehr Alte als Junge.

**Folgen der  
Überalterung**

Was aber sind die Folgen? Nach den Richtlinien zur Beurteilung des Bevölkerungsproblems in Deutschland für die nächsten 50 Jahre (laut „Statistik des Deutschen Reiches 1926“) werden die über 65jährigen, welche 1925 3½ Millionen umfaßten, im Jahre 1975 voraussichtlich über 8 Millionen zählen! Außerordentlich hohe soziale Lasten für eine so große Zahl von nicht mehr Arbeitsfähigen werden aufzubringen sein. Nur eine starke Schicht von Erwerbsfähigen könnte diese Aufgabe bewältigen. Sie wird aber, da es rasch an Nachwuchs mangeln wird, fehlen. Die Folgen des Geburtenrückganges können heute schon in Frankreich beobachtet werden: denkbar starke Bodenentwertung in den reichsten landwirtschaftlichen Provinzen, Arbeitermangel und fremdvölkische Einwanderung sind dort längst eingetreten. Sie machen den Staatslenkern seit Jahrzehnten größte Sorgen. Volkswirtschaft beruht eben, was die materialistische Wissenschaft lange Zeit hindurch übersehen hat, in erster Linie auf Menschen, ihrem Wollen und ihrer Vorstellungswelt. Erst in zweiter Linie auf Bodenschätzen oder Maschinen. Mit jedem Jahre wird also das reichsdeutsche Volk wirtschaftlich, aber auch militärisch schwächer. Währenddessen steigt die wirtschaftliche und militärische Macht jener Nachbarvölker, welche geburtenkräftiger sind, vor allem der Italiener und Slawen.

**Vergreisung als  
Vorstufe des  
Bevölkerungs-  
schwundes**

Die Überalterung unseres geburten schwach gewordenen reichsdeutschen Volkes ist wirtschaftlich viel schlimmer, als alle „Wiedergutmachungslasten“, als alle Wirtschaftsbehinderungen durch unsere Feinde. Gerade darum wird das Londoner Abkommen nicht durchführbar sein. Militärisch ist die Vergreisung verhängnisvoller als alle Rüstungsbeschränkungen des Versailler Diktates. Denn in 6 Jahren beginnt die Zeit, nach deren Ablauf das Reich keinen genügenden Nachwuchs mehr haben wird, der eine Rüstung tragen könnte — selbst wenn es von allen Beschränkungen bis dahin befreit wäre. Hierin liegt die Tragik des reichs-



deutschen Nachkriegsgeschlechtes. (In der Republik Deutsch-Osterreich steht es noch schlechter.)

Hier ist durch eine Zwischenfrage, die jeder Leser fraglos stellen wird, der Lauf der Ausführungen zu unterbrechen. Sie lautet: Wie konnte es geschehen, daß diese erschütternden Tatsachen, an denen nicht herumzudeuteln ist, bisher der Öffentlichkeit verborgen blieben? Die Zahlen sind ja amtlich ermittelt und stehen in einem Buche, das jeder für einige Reichsmark kaufen kann. Warum haben Behörden und Presse nicht darauf hingewiesen? Warum schweigt der sonst so geschwägige Reichstag? Warum erhob die Wissenschaft ihre Stimme nicht?

Die Verbunkelung dieses Tatbestandes

Statistiker und Biologen wissen das alles sehr wohl und beobachten diese Entwicklung seit Jahren mit Sorge. In wissenschaftlichen Fachblättern und in Zeitschriften von Vereinen, welche sich Volkserhaltung zum Ziele setzen, ist darüber längst geschrieben und gesprochen worden. Aber die Stimme der Wissenden dringt bis zur Stunde nicht durch. Es mag sein, daß die Darstellung nicht packend genug war, daß die politischen und wirtschaftlichen Folgerungen nicht rücksichtslos genug gezogen und der Öffentlichkeit dargelegt wurden. „Neu“ ist freilich so gut wie nichts an der Darstellung des Verfassers, nur die Zusammenfassung.

Immerhin hätte die Öffentlichkeit, die Presse, hätten Regierungen, Reichstag und Landtage von alledem längst Kenntnis nehmen können. Denn es sind genug wissenschaftliche Werke, Broschüren und Flugschriften veröffentlicht, letztere beide Arten auch allen Abgeordneten der bedeutenderen Volksvertretungen unentgeltlich zugesandt worden.

Der Grund liegt also wohl nicht in ungenügender Aufklärung, sondern in einem Nicht-hören-wollen. Diese Dinge sind ja sehr unangenehm und unbequem. Sie erfordern ein Umdenken auf der ganzen Linie, das Verlassen liebgewordener Vorstellungen und „Errungenschaften“. Dem stehen vielfach wirtschaftliche und klassenpolitische Interessen entgegen. Endlich hindert — das ist freilich eine faden-scheinige Entschuldigung — der Augenschein am Erkennen: die Städte wimmeln ja von Menschen; Wohnungsnot und Erwerbslosigkeit beherrschen die öffentliche Sorge. Dazu kommen noch trügerische Gegenbeweise.

Sagt verbrecherisches „Nicht-zur-Kennntnis-nehmen“

Es ist Tatsache, daß der Zuwachs an Menschen im Deutschen Reiche noch immer nicht zum Stillstande gekommen ist; es werden noch immer mehr geboren als sterben. Rein rechnerisch stehen also die Dinge noch immer gut. Freilich nur, wenn man bloß zählt, zuzählt und abzieht.

Trügerisches Bild der Geburtenüberschüsse

Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Auch die Zahl des Geburtenüberschusses ist gesunken. Sie betrug 1898 15,6 auf 1000 Einwohner des Deutschen Reiches (Höchstzahl); die Durchschnittszahlen betragen 1871—80 11,9, 1881—90 11,7, 1891—1900 13,9, 1901—1910 14,3.

Im letzten Normaljahre vor dem Kriege 1913 bezifferte sich der Überschuß nur noch auf 12,4. Nach dem Kriege das überall beobachtete vorübergehende Ansteigen: es führte zu einem nicht unbeträchtlichen Geburtenüberschuß von 10,8 im Jahre 1920 und sogar von 11,3 im Jahre 1921. Doch vermochte diese Nachkriegshöchstzahl die Zahl von 1913 nicht zu übertreffen. 1922 bis 1925 sind fast gleichbleibende Ziffern von 8,1 im Durchschnitte zu verzeichnen, nämlich: 8,5—7,1 (Höhepunkt des Währungsverfalles) —8,2—8,7. Geburten und Todesfälle fallen beide: die Geburten aber rascher, die Todesfälle langsamer. Wenn das so weitergeht, so muß in der Tat der Tag kommen, an dem die Todesfälle die Geburten an Zahl übertreffen. Denn es liegt auf der Hand, daß das Leben des einzelnen nicht beliebig verlängert werden kann; ihm ist ein Ende durch die Natur gesetzt. Dann beginnt aber die Gesamtvolkszahl zu sinken.

Erugstüffe

Erst diese Erwägung pflegt den Laien zu erschüttern. Zu Unrecht. Denn es kommt außenpolitisch nur auf die Verhältniszahlen an. Bleibt ein Volk stehen, sinkt die Zahl eines anderen schnell und wächst die eines dritten womöglich noch rascher, so bedeutet dies eine Verlagerung der Kräfte, welche die schwersten Folgen haben kann. Doch davon weiter unten. In Wirklichkeit liegen die Dinge auch in anderer Hinsicht viel schlimmer, als es die Berechnung der Geburtenüberschüsse über die Todesfälle erscheinen läßt. Diese ergibt eine Trugzahl. Eine „Denkschrift zum deutschen Bevölkerungsproblem“, welche der bevölkerungspolitische Ausschuß des Deutschen Schutzbundes 1927 veröffentlichte, sagt dies mit erschreckender Klarheit:

„Den Geburtenüberschuß, den das Deutsche Reich heute überhaupt noch hat, verdankt es nicht seiner Fruchtbarkeit, sondern lediglich seiner ungewöhnlich niedrigen Sterblichkeit. Starben doch selbst im Inflationsjahre 1923 auf das Tausend der Bevölkerung nur 13,9 Personen gegen 18,9 im Jahre 1910 und 29,0 im Jahre 1872. Diese geringe Sterblichkeit ist jedoch weniger die Folge eines besonders günstigen Gesundheitszustandes als der anormalen Altersklassenbesetzung der Bevölkerung. In ihr tritt der Kriegs- und Nachkriegsgeburtenausfall an Kindern und Säuglingen mit ihrer sonst ausschlaggebenden Sterblichkeitsziffer in Auswirkung. Die abnorm geringe Sterblichkeit ist also kein Kraft-, sondern ein Schwächezeichen. Das Deutsche Reich befindet sich am Ende seiner Zuwachperiode, weil die absolute Zahl der Deutschen — gewissermaßen nur noch zufällig — zunimmt.“

Daher muß das trügerische Zahlenbild, welches die Geburtenüberschüsse ergeben, unberücksichtigt bleiben, wenn die Kraft eines Volkes gemessen, wenn seine Zukunftsaussichten mit denen fremder Völker verglichen werden sollen. Nur Geburtenzahl und Herabdrückung der Sterblichkeit gesunder Jünglicher entscheiden.

Geburten und Todesfälle auf 1000 Einwohner.

Land	Jahre	Ge- burten	Todes- fälle	Jahr	Ge- burten	Todes- fälle
Rußland . . .	1906—1909	45,6	28,9	1923	42,6	23,1
Deutsches Reich. .	1908—1913	29,5	16,5	1922	23,7	14,6
England und Wales	1908—1913	24,9	14,1	1922	20,6	
Frankreich	1908—1913	19,5	18,6	1922	19,3	17,5
Italien .	1908—1913	32,4	20,4	1922	30,2	17,7
Spanien	1908—1913	32,1	22,8	1922	30,3	16,4
Ungarn	1908—1913	36,0	24,6	1922	29,4	20,8
Belgien .	1909—1912	23,4	15,7	1922	21,8	13,8
Niederlande	1906—1913	29,1	13,9	1922	25,9	11,5
Portugal.	1910—1913	34,6	20,5	1922	31,8	19,3
Schweden	1908—1913	24,4	14,0	1922	19,6	12,8
Bulgarien	1910—1911	41,0	22,4	1922	41,4	21,7
Schweiz .	1908—1913	24,7	15,2	1922	19,6	12,9
Dänemark	1908—1913	27,1	13,2	1922	22,3	11,9
Norwegen	1908—1913	26,0	13,6	1922	24,1	11,9
Japan .	1904—1913	32,9	20,5	1922	34,2	22,3
Ver. Staaten .	1915	25,1	14,0	1922	22,7	11,8

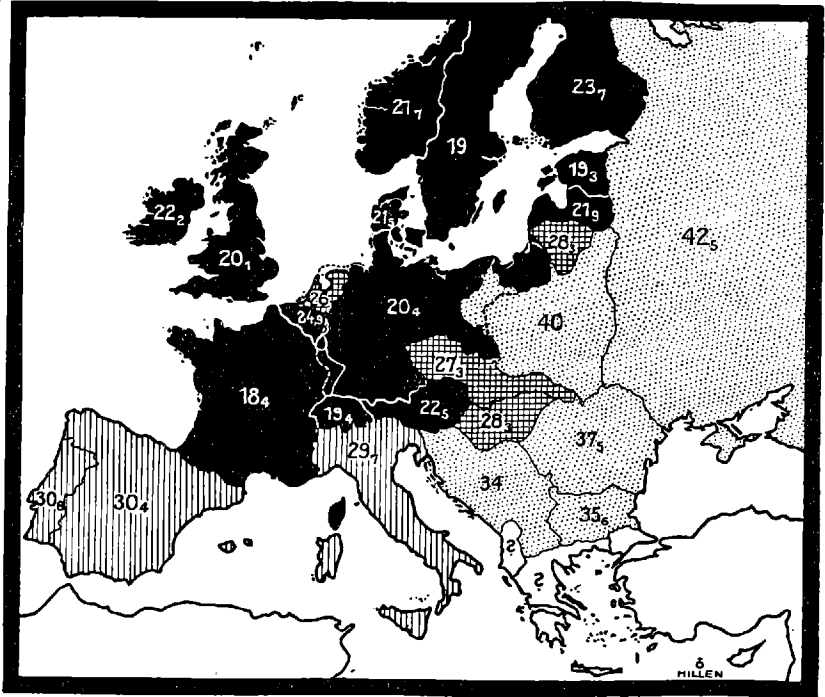
Noch ein anderer Gedankengang, der gern zur Beruhigung angeführt wird, ist irrig. „Warum soll“, so wird gefragt, „die Bevölkerungszunahme das gleiche stürmische Tempo behalten, das für das 19. Jahrhundert kennzeichnend war? Frühere Jahrhunderte haben es nicht gekannt. Es ist ganz gut, wenn jetzt einmal eine Pause eintritt. Man muß sich eben nach der Decke strecken. Jetzt sind die Zeiten schlecht. Werden sie einmal wieder besser, so wird das deutsche Volk wieder wachsen.“

Einer oberflächlichen Prüfung mag solche Erwägung standhalten. So angenehm sie klingt, so falsch ist sie. Denn gerade die Wirtschaft, darüber hinaus die deutsche Selbstbehauptung, fordert heute rasche Vermehrung der Jugend: mehr Kinder als vor 1914, aber nicht weniger. Das ist oben schon ausgeführt. Dazu kommt, daß noch nie beobachtet wurde, daß ein Volk, das so jäh die Geburten beschränkte, auch imstande wäre, aus vernunftmäßiger Überlegung heraus sie wieder zu steigern. Die Geschichte kennt aber andererseits zahllose ausgestorbene Völker. An der Geburtenbeschränkung ging, wie Biologen nachgewiesen haben, die antike Welt zugrunde. Das liberal-individualistische 19. Jahrhundert konnte (bei Niederdrückung der Sterblichkeit) zunächst hohe Geburtenziffern hervorbringen, richtiger zunächst noch beibehalten: der Mensch dieser Zeit brachte ja noch unverbrauchte Triebe mit, die seither verwüstet wurden. Voraussetzung jeder Belebung ist eine grundlegende Änderung des Gefühlslebens, bloße Besserung der Erwerbsmöglichkeiten würde nichts ändern. Die reichsten Volksschichten sind ja, wie später nachgewiesen

Erugstuh: ein entartetes Volk könne, wenn die Zeiten besser würden, das Verlorene nachholen

## Europas Geburtenzahlen

Das biologisch junge Europa gegenüber dem biologisch gealterten



Kartenerläuterung: Karte der Lebendgeburtens auf das Tausend der Bevölkerung der europäischen Staaten (1924) aus v. Loesch, „Daneuropa — Völker und Staaten“ in „Staat und Volkstum“, Bücher des Deutschtums, 2. Bd. 1926, Deutscher Schussbund Verlag, Berlin.

In Vielvölkerstaaten sind die einzelnen Völker nicht unterschieden. Die Völker europäischer Hochkultur im geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Sinne sind heute kinderarm mit rund 20 Lebendgeburtens auf's Tausend. Die kulturärmeren des Ostens und Südostens (Ostgruppe mit durchschnittlich 40 Lebendgeburtens) sind kinderreich. Zwischen beiden steht einmal eine stabile Mittelgruppe südwesteuropäischer Romanen in Portugal, Spanien und Italien mit 30 Lebendgeburtens; es handelt sich um Völker geringerer Zivilisation, die ausdrücklich von Kultur unterschieden sei, welche die Geburtenziffer des Hochkulturkreises um die Hälfte überragen. Andererseits stoßen wir noch im östlichen Mitteleuropa auf Staaten, die gleichfalls (mit 27 bis 29 Lebendgeburtens) eine Mittelstellung einnehmen und als in vermutlich rascherem Übergange begriffen bezeichnet werden können. Ein Staat aus der Hochkulturzone, Holland, hat noch günstigere Geburtenziffern; er scheint „noch nicht angepaßt“ zu sein. Ungleichartige Bevölkerungszunahme ist ein wichtiger, in seiner Bedeutung noch längst nicht hinreichend gewürdigter Faktor der Politik.

wird, stets die Kinderärmsten. Freilich nur bei den abendländischen Völkern. In China war es umgekehrt. Gesezt der Fall, es brächen heute gewaltige Seuchen in Europa ein und erfähten alle Völker gleichmäßig: nie würden sich die betroffenen Völker gleich rasch vermindern, ebensowenig sich gleich schnell wieder erholen. Die Verluste der überalterten Hochkulturvölker würden viel größer sein als die der anderen. Gerade sie, die über Überbevölkerung so klagen, würden ferner — und das ist noch wichtiger — ohne umwälzende Sinnesänderung den freigewordenen Raum gar nicht mehr zu besetzen imstande sein. Das Menschengebäude, welches das verwestlichte Europa aufgebaut hat, ist eben nur ein Kartenhaus. Nur die Geburtenkräftigen würden gewinnen. Aus der nebenstehenden Karte der Lebendgeburtten ist dies ohne weiteres abzulesen.

In Vorstehendem ist schon ein weiterer Einwand widerlegt, der vielleicht erhoben werden könnte: die Gefahren der Kinderarmut und Veralterung der Reichsdeutschen wären übertrieben, weil sich ähnliche Erscheinungen bei allen Völkern zeigten. Denn diese sind, soviel heute bekannt, wesentlich auf die abendländischen Völker und einen Teil der sogenannten Naturvölker beschränkt. Japans Geburtenzahlen wuchsen, seit es mit der abendländischen Bevölkerung in Berührung kam. China soll seit altersher hohe Geburtenzahlen bei höherer Sterblichkeit haben. Bei den abendländischen Völkern aber tritt die Veränderung der Geburtenzahl nicht zur gleichen Zeit auf; auch spielt sich dieser Vorgang verschieden rasch ab. Das lehrt ein Blick auf die Zahlen-tafel, welche die Veränderung der Geburtenzahl in Europa zeigt.

**Widerlegung  
eines weiteren  
Einwandes:  
es ist unwahr,  
daß alle Völker  
aussterben**

Veränderung der Geburtenzahl  
(jährliche Geburtenzahl auf 1000 Einwohner)  
nach Woytinsky

Jahre	Europ. Ruß- land	Ru- mänien	Bul- garien	Spanien	Italien	Ungarn	Nor- wegen
1841—1850	—	—	—	—	—	—	30,7
1851—1860	—	—	—	—	—	—	32,9
1861—1870	48,9	33,2	—	37,6	37,1	—	30,9
1871—1880	49,4	35,0	—	—	37,0	43,5	31,0
1881—1890	49,0	41,5	36,6	36,5	37,6	44,2	31,0
1891—1900	48,8	40,7	39,5	35,2	34,9	40,9	30,3
1901—1910	46,5	39,8	41,4	34,4	32,7	37,0	27,5
1911—1916	—	42,1	39,1	30,8	31,4	32,9	25,0
1916	—	—	21,1	28,9	24,0	15,0	26,1
1917	—	—	16,3	28,8	19,5	14,8	25,1
1918	—	—	21,3	29,4	18,1	—	24,2
1919	—	41,3	33,5	28,3	21,2	—	26,4
1920	—	40,2	—	30,0	31,9	28,5	26,3
1921	—	—	—	30,5	30,4	27,9	24,6
1922	—	—	—	—	—	29,4	24,2

Jahre	Deutsches Reich	Schottland	Irland	England und Wales	Schweden	Frankreich	Japan
1841—1850	36,1	—	—	32,6	31,1	27,4	—
1851—1860	35,3	34,6	—	34,2	32,8	26,4	—
1861—1870	37,2	35,0	26,8	35,2	31,5	26,3	—
1871—1880	39,1	34,9	26,6	35,5	30,5	25,4	25,1
1881—1890	36,8	32,4	23,4	32,5	29,1	23,9	27,1
1891—1900	36,2	30,3	23,0	29,9	27,2	22,2	29,8
1901—1910	33,0	28,4	23,3	27,2	25,8	20,6	32,4
1911—1916	26,3	25,4	22,7	23,6	23,1	17,2	33,5
1916	15,3	22,8	20,9	20,9	21,1	9,5	32,7
1917	13,9	20,1	19,7	17,8	20,8	10,5	32,4
1918	14,2	20,2	19,9	17,7	20,3	12,2	32,2
1919	20,0	21,7	20,0	18,5	19,6	12,6	31,6
1920	27,1	28,1	22,2	25,5	23,5	21,3	36,2
1921	26,1	25,2	—	22,4	21,4	20,7	35,1
1922	23,6	23,5	—	20,6	19,6	19,4	—

Dem entspricht auch die verschieden rasche Bevölkerungsvermehrung in den europäischen Staaten.

### Vermehrung der Bevölkerung in den europäischen Staaten seit 1800 (nach Woytinsky)

Staat	1800	1830	1860	1890	1920
			in 1000		
Rußland . . . . .	35 000	45 500	68 700	92 000	101 410
Deutsches Reich	23 180	29 700	38 100	48 600	59 853
Österreich-Ungarn . . .	25 000	29 900	34 700	40 100	—
Großbritannien u. Irland	16 200	24 400	29 100	38 200	46 873
Frankreich	27 350	32 500	36 700	38 800	39 210
Italien	17 240	21 210	25 000	30 300	39 901
Polen	—	—	—	—	27 179
Spanien.	10 540	11 200	15 600	17 600	21 338
Rumänien . . . . .	—	1 300	4 000	5 500	17 393
Tschechoslowakei.	—	—	—	—	13 611
Ungarn	—	—	—	—	7 981
Belgien . . . . .	—	3 800	4 700	6 100	7 462
Niederlande	2 100	2 600	3 300	4 600	6 865
Österreich	—	—	—	—	6 655
Portugal	2 930	3 100	3 600	4 700	6 033
Schweden . . . . .	2 350	2 800	3 800	4 800	5 904
Griechenland . . . . .	—	610	1 100	2 200	5 536
Bulgarien . . . . .	—	—	—	3 100	4 861
Schweiz . . . . .	1 800	2 000	2 500	3 000	3 886
Dänemark . . . . .	930	1 200	1 600	2 100	3 268
Norwegen . . . . .	880	1 100	1 600	2 000	2 650
Serbien . . . . .	—	400	1 000	2 000	12 017
Litauen . . . . .	—	—	—	—	2 179
Lettland . . . . .	—	—	—	—	1 860
Estland . . . . .	—	—	—	—	1 110
Insgesamt in Europa:	165 500	213 320	275 100	345 700	445 035

In die Augen fallend ist, wie v. Loesch in „Die politische Bedeutung der Bevölkerungsverschiebung“ (Zeitschrift Volk und Reich, Dezemberheft 1926) sagt, die hier aufgezeigte rasche — fast jähe — Änderung der Zahlen- und Stärkeverhältnisse. Rußland stand zwar stets an erster Stelle, aber sein Zahlenwachstum war — und das ist wichtiger — viel schneller als das aller anderen Staaten.

Frankreich sank vom zweiten Platz, den es 1800 noch einnahm und 1830 noch eben halten konnte, 1860 gegenüber Deutschland auf den dritten Platz, 1890 war es auch von Österreich-Ungarn überflügelt. England hatte damals die Zahl Frankreichs fast erreicht. Das Jahr 1920 sah Frankreich an vierter Stelle, von England und Italien überflügelt. Wäre 1918 Österreich-Ungarn nicht auseinandergefallen, so wäre Frankreich 1920 sogar auf den fünften Platz unter den europäischen Staaten verwiesen gewesen. In Frankreich war schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Geburtenzahl sehr niedrig. Sie sank langsam in den folgenden Jahrzehnten und zwar so stark, daß die Gesamtbevölkerung wegen der nicht geringen Sterblichkeit nur noch wenig wuchs. In manchen Jahren vor 1914 war die Sterblichkeit sogar größer als die Ziffer der Geburten. Seit dem Kriege wird ein schwacher Bevölkerungszuwachs verzeichnet.

Frankreichs  
Bevölkerungs-  
verfall

#### Frankreichs Bevölkerungszahlen

Jahr	Bevölkerungszahl	Lebendgeburten	Todesfälle	Überschuß
1913	41 476 000	790 355	731 441	58 894
1920	39 200 000	834 411	674 621	159 790
1921	39 240 000	813 396	696 373	117 023
1922	39 420 000	759 846	689 267	70 579
1923	39 880 000	761 861	666 990	94 871
1924	40 310 000	752 307	680 027	72 280
1925	40 610 000	768 963	708 879	60 094
1926	40 745 000	766 226	713 458	52 768

Frankreichs Geburtenüberschuß sank also neuerdings wieder unter den des letzten Normaljahres vor dem Weltkrieg, 1913. Die Zahl der Lebendgeburten ist sogar um 34 000 geringer, seine Gesamtbevölkerungszahl um 700 000 schwächer als vor dem Weltkriege, trotz des Erwerbs von Elsaß-Lothringen mit etwa 1 500 000 Einwohnern. Zieht man diese ab, so zeigt sich eine Verlustzahl von 2 200 000 Menschen. Dabei ist die starke Einwanderung noch gar nicht berücksichtigt.

Jedenfalls hat die Zahl der eigentlichen Franzosen (im Sinne von französisch Sprechenden, zum französischen Volkstume gehörigen) seit 1890 stark abgenommen. Frankreichs Gesamtbevölkerung dagegen wurde 1919 durch 1 500 000 Elsaß-Lothringer zu mehr als 90 v. H. deutschen Volkstums, ferner ständig durch einwandernde Schweizer,

Unterwanderung,  
Völkermischung

Luxemburger, Flamen, Italiener, Spanier und farbige Koloniale verschiedenster Herkunft, neuerdings auch durch Polen aufgefüllt. Nach Woytinsky gliedern sie sich folgendermaßen:

1 700 000 Deutsche	(4,4 %)
1 000 000 Kelten	(2,6 %)
600 000 Italiener	(1,5 %)
250 000 Spanier	(0,6 %)
600 000 (?) andere Nationalitäten	(1,5 %)
<hr/>	
4 150 000 Nichtfranzosen	(10,6 %)

Anderer schätzen die Zahl der Nichtfranzosen auf etwa 5 Millionen, von denen je 2½ Millionen fremdvölkische französische Staatsbürger und fremdsprachige Ausländer sein sollen. Dem entspricht auch, daß unter den Departements mit hohen Geburtenzahlen gerade diejenigen sind, die hohe Nichtfranzosenzahlen haben. Die höchsten Geburtenüberschüsse wurden im Jahre 1926 in folgenden Departements verzeichnet: Pas-de-Calais, Nord, Moselle, Bas-Rhin (Unter-Elfaß), Finistère, Morbihan, Meurth-et Moselle, Seine Inférieure und Aisne. Die Departements mit den stärksten Überschüssen an Todesfällen sind Gironde, Haute-Garonne, Yonne, Lot-et-Garonne, Allier, Lot, Gers, Cher, Puy-de-Dôme, Nièvre, also solche mit französischer Bevölkerung.

Die Geburtenchwäche der Franzosen, die heute viel klarer als die der reichsdeutschen Bevölkerung zutage liegt, kann, wie v. Loesch ausführt, zur Gefahr für Europas Frieden werden, so wie die des Deutschen Reiches alle geburtenkräftigeren Nachbarn mit starken Nachtrieben, wie die Slaven, geradezu ermutigen muß, nach den deutschen Grenzländern zu greifen. Die Geburtenchwäche Frankreichs stachelt nämlich den Länderhunger Italiens, das diese Vorgänge sorgfältig beobachtet, auf. Und in der Tat muß ein Unvoreingenommener zugeben, daß Italiens Geburtenüberschuß einen Überdruck erzeugt, dem auch der Faschismus irgendwie Rechnung tragen muß. Vor dem Weltkriege half sich Italien durch Auswanderung, deren Durchschnittsziffer von 1891 bis 1913 fast 300 000 betrug, 1913 aber schon 560 000 erreicht hatte, im Jahre 1922 aber auf 121 000 gewaltsam von außen her herabgedrückt war. Heute ist diese, angesichts der Arbeitslosigkeit in den europäischen Hochkulturstaaten, die vordem zu niederen Arbeiten Italiener zuließen, sie aber heute genau wie die Vereinigten Staaten nicht mehr einlassen, unnatürlich klein und vom italienischen Standpunkt gesehen, völlig unzureichend. Trotzdem versucht Italien noch immer seine Geburtenziffern zu heben; dies zeigt, daß der Faschismus die Bedeutung der wachsenden Kopfzahl für die Politik erkannt hat und trotz augenblicklicher Verlegenheiten im rechten Augenblick alle

Politische Folgen  
für die  
rückbleibenden  
Staaten



Folgerungen daraus rücksichtslos ziehen möchte. Mussolini drückte die Lage dem Vertreter einer Berliner Zeitung gegenüber Ende Dezember 1926 folgendermaßen aus: „Die Länder, die aus Trägheit, Egoismus und Liebe zum dolce far niente den gesunden Ausbau des Volkstums vernachlässigen, sind auf Gnade und Ungnade ihren robusten Nachbarn ausgeliefert, die für das Wachstum ihrer Nation wirken.“ Es klingt wie ein Wis, wenn Mussolini den Franzosen und damit auch mittelbar den Deutschen jene Eigenschaften vorwirft, die der West- und Mitteleuropäer in seinem Hochmüte bisher dem Südeuropäer beilegte. In dieser Hinsicht hat er aber vollkommen recht.

Frankreich sieht die innen- und außenpolitischen Gefahren dieses Zustandes, der sich noch dazu voraussichtlich weiter verschlechtern wird, und sucht ihnen zu begegnen. Durch eine aktive Sozial- und Familien-gesetzgebung, die uns H. Harmsen („Bevölkerungsprobleme Frankreichs“ in „Volk unter Völkern“, Sirt, Breslau 1925) geschildert hat, sucht es den Ursachen des Bevölkerungsschwundes, der gewollten Kinderreinschränkung, entgegenzuarbeiten. Ob es die wahren Ursachen bereits erkannt hat und die richtigen Mittel anwendet, ist eine andere Frage. Wie im zweiten Teile dieses Buches ausgeführt ist, führt der Individualismus zwangsläufig zum Volkstod. Uns Jungen sind heute die seelischen Abgründe, welche die Kinderarmut herbeiführen, völlig klar. Wir sind entschlossen, die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Auch das junge Frankreich scheint Ähnliches zu wollen. In den Leit-sätzen der Partei „Droite nouvelle“ (Neue Rechte), die freilich erst wenige Anhänger zählt, sind die Folgerungen mit Deutlichkeit gezogen:

„Von einem Grundsatz aus soll von jetzt an Innen- und Außen-politik Frankreichs bestimmt werden. Er lautet: Frankreich war unter Ludwig XIV. ein Drittel der Bevölkerung Europas. Heute dagegen umfaßt es noch den 11½ Teil der Bevölkerung Europas und ist auf dem besten Wege, ein Zwölftel davon zu werden. Innen-politisch bedeutet das, moralisch Front zu machen gegen den Geist der revolutionären Zersetzung, der den Bevölkerungsschwund Frankreichs verschuldet. Es ist nicht so, wie die französische Linke klagt, daß das Leben in Frankreich zu schwer sei — Frankreich hat vielmehr bedeutend größere Möglichkeiten an Bodenschätzen und klimatischen Voraussetzungen als seine Nachbarländer. Es kommt darauf an, die Parole des Selbstgenusses des Individuums auszu-merzen und an ihrer Stelle das Gemeinschaftsgefühl in den Seelen zu erwecken. Auch außenpolitisch bestimmt jener Grundsatz die Bahnen, die Frankreich zu beschreiten haben wird. Für jeden vernünftig denkenden Menschen ist ohne weiteres deutlich, daß ein Frankreich, das ein Elftel Europas darstellt, nicht dieselbe Außen-politik treiben kann wie damals, als es ein Drittel Europas war.“

Frankreichs Kampf  
gegen den  
Rassenselftmord

**Andere  
Verhältnisse in  
Frankreich als im  
Deutschen Reiche**

Keiner von uns jungen Deutschen hätte dies klarer sagen können: es ist Wort für Wort richtig und kann auch für das Deutsche Reich gelten, obwohl die Verhältnisse dort anders liegen. Frankreich steht — das muß gesagt werden, um ungerechte Urteile zu vermeiden — erst am Anfange einer modernen Sozialgesetzgebung. Es ist heute noch in viel höherem Maße Agrarland, als das seit 40 Jahren stark industrialisierte Deutsche Reich. Frankreich ist aber auch das Mutterland der reinen Verstandesherrschaft: das gibt den entscheidenden Fingerzeig. Es wurde zuerst vom Individualismus erfaßt, welcher langsam alle anderen Völker des Abendlandes ergriff. Deshalb zeigte es auch am frühesten die bekannten Verfallserscheinungen, welche darum besonders stark ins Auge fielen, weil Frankreichs Sterblichkeit verhältnismäßig bedeutend ist.

**Gefahren bei  
übergroßer  
Einwanderung  
Fremdstämmiger**

Alle abendländischen Völker vermochten, solange sie noch gesund waren, kräftige Auswandererströme abzugeben. Frankreich war als erstes Land auf amtliche Einwanderungsförderung angewiesen, eine Erscheinung, die, wenn auch in geringerem Ausmaße, im Deutschen Reiche ebenfalls vorliegt. Doch davon später. Diese Masseneinwanderung muß die völkische Zusammensetzung von Grund aus ändern. Um dieser unmittelbaren politischen Gefahr zu entgehen, versucht es, weiße und farbige Einwanderer durch politische Mittel und kulturelle Beeinflussung einzuschmelzen, sie zu Vollfranzosen zu machen. Erleichtert wird dies dadurch, daß der Franzose die Abneigung der Germanen und Angelsachsen gegen Vermischung mit Farbigen nicht kennt, daß er Halbblütige ohne Bedenken als Vollfranzosen (Vollblutfranzosen darf man wohl nicht sagen) in seine Reihen aufnimmt.

Diese erfolgreiche Franzöfierung hat freilich auch vielfache Nachteile. Sie nimmt, wie mehrfach berichtet wurde, den Söhnen kinderreicher Völker, z. B. Italienern, die für die Franzosen wünschenswerte Eigenschaft, den Familientrieb. Näheres kann darüber nicht mitgeteilt werden, da diese volkpsychologischen Vorgänge bei der Umvolkung noch allzu wenig beachtet und aufgeklärt sind. Als ein weiterer Nachteil kommt die Änderung des Volkscharakters hinzu, die freilich — theoretisch gesprochen — auch von Vorteil sein könnte. Endlich bringt diese Entvolkungspolitik auch außenpolitische Gefahren der Entwicklung: wenn die zu Entvölkenden einem volkstolzen Volke und Staate entstammen. So ist Italien nicht mehr gewillt, seine Söhne in Frankreich und Tunis entvölkern zu lassen. Anders die Schweiz, Luxemburg und Belgien (Flamen!). Verzichtet das französische Volk auf Einschmelzung, so wird sich die Zahl der Fremdvölkischen unheimlich vermehren, verzichtet es jedoch auf Einwanderung, so werden seine Felder brach liegen. Frankreich ist also in einer Zwickmühle.

Daß nicht das französische Volk oder das deutsche körperlich erschöpft sind und darum keine Kinder mehr haben, sei hier nur kurz erwähnt. Auch andere Germanen sind in letzter Zeit kinderarm geworden, Schweden und Norweger. Schweden hatte 1926 die geringste Geburtenzahl nicht nur in Europa, sondern — soweit sich bisher an Hand des gesammelten Materials feststellen läßt — in der ganzen Welt. Die Anzahl der Lebendgeburten betrug im Jahre 1926 nur 102 368, das heißt also 16,88 auf 1000 Einwohner. Es gibt auch in dem sonst geburtenkräftigen Ungarn kinderarme Striche mit bäuerlicher Bevölkerung. Dort spricht man vom Kinde als dem „Einchen“.

Keine körperliche Erschöpfung als Ursache des Kinder-mangels

Eine ausgebreitete ärztliche Literatur bespricht vielmehr die Tatsache offen, daß es geburtenverhütende Mittel aller Art, ferner breit und heute ziemlich offen betriebene Abtreibung sind, welche die Kinderzahl einschränken. Es ist in den meisten Fällen der Wille, welcher die Geburten verhindert, nicht aber eine körperliche Schwäche. Auch gibt es in Frankreich selbst noch Gegenden mit hoher Kinderzahl, nicht nur dort, wo in Frankreich fremde Völker wohnen. Die einzige große Siedelung von Auslandfranzosen in Kanada ist ein ausgezeichnetes Gegenbeispiel. Diese wanderten im 17. und 18. Jahrhundert aus, als Frankreich noch fruchtbar war. Sie wurden durch den Ozean und die politische Absonderung, als Kanada englisch geworden war, davor geschützt, vom Rationalismus und Individualismus angekränkt zu werden; sie blieben gläubige Katholiken. Ihre Kinderzahl ist denkbar hoch. Das gleiche gilt für Teile des Deutschen Reiches und einige, besonders abgelegene, „kulturarme“ auslanddeutsche Gruppen.

### Die Entwurzelten

Das 19. Jahrhundert ist nicht bloß das Jahrhundert der Auswirkung eines aufklärerischen Individualismus auf die Massen. Sondern es ist auch das technische Zeitalter des Großbergbaus und der Großindustrie, das erst „Massen“ im heutigen Sinne schuf. Es ist die Zeit der Umschichtung der Bevölkerungen, ihrer Heraushebung aus einer engen landwirtschaftlichen Umwelt, ihrer Übersiedelung in die Großstädte. Die Dichte der in Groß- und Mittelstädten zusammengeballten Bevölkerung nahm jäh zu. Das flache Land dagegen verlor vielfach sogar an Bevölkerung. Das ist eine Folge der technischen Umwälzungen, die auf den Bau des Volkskörpers natürlich nicht ohne Einfluß bleiben konnten.

Stromwanderung der Massen

Die neue Technik schuf neue Arbeitsmöglichkeiten. Der Weltverkehr schaffte Brotkorn und andere Nahrungsmittel, die in überseeischen Ländern billiger erzeugt werden konnten, nach den Hochkultur-

Ausnahme der Auswanderung

gebieten Europas und ermöglichte dort bis dahin ungekannte Menschenanhäufungen. (Erwerbsgrundlage und Nahrungsgrundlage liegen erst seit dem 19. Jahrhundert Tausende Kilometer voneinander entfernt.) Während in älteren Zeiten durch größere Sterblichkeit und durch starke Auswanderung der Geburtenüberschuß verbraucht wurde, änderte sich nunmehr das Bild. Die gebotenen Erwerbsmöglichkeiten im neuen deutschen Reiche schränkten die Auswanderung allmählich ein, während andere Völker zu gleicher Zeit noch starke Auswanderungszahlen behielten:

Zahl der Auswanderer nach Herkunftsländern in Tausenden

(„Annuaire statistique“, Paris 1923, S. 195)

Jahre	Großbritannien u. Island	Deutsches Reich	Schweiz	Schweden Norwegen	Österreich, Ungarn	Dänemark	Frankreich	Italien
1851—1855	232	—	—	4	6	—	—	—
1856—1860	124	—	—	2	4	—	13	—
1861—1865	717	—	—	14	36	—	31	—
1866—1870	853	450	—	25	155	—	25	—
1871—1875	969	395	20	52	88	23	35	130
1876—1880	709	229	18	62	126	16	18	122
1881—1885	1292	857	50	175	254	38	25	294
1886—1890	1066	485	34	268	281	43	94	657
1891—1895	979	402	30	304	203	37	27	828
1896—1900	764	127	14	361	149	14	24	810
In 50 Jahren	7705	2945	116	1267	1302	171	292	2841

Vergleicht man die Entwicklung der Bevölkerung in Europa mit der Bevölkerungsentwicklung früherer Jahrhunderte, so ist festzustellen, daß die Entwicklung des 19. Jahrhunderts einzig dasteht:

Europas Bevölkerung in Tausenden (nach Woytinsky)

Staaten	1480	1580	1680	1780	1880	1920
England .	3 700	4 600	5 532	9 561	35 004	46 873
Frankreich	12 600	14 300	18 800	25 100	37 400	39 210
Preußen .	800	1 000	1 400	5 460	27 279	37 485
Rußland .	2 100	4 300	12 600	26 800	84 440	101 410
Italien .	9 200	10 400	11 500	12 800	28 910	38 836
Spanien	8 800	8 150	9 200	9 960	16 290	21 338

Man vergleiche hiermit auch die Zahlentafel auf Seite 240, welche die Vermehrung der Bevölkerung der europäischen Staaten seit 1800 aufzeigt.

Die neuzeitliche Entwicklung des Deutschen Reiches von der **Zuwanderung von Ausländern** Jahrhundertwende bis zum Kriegsbeginn ist sogar dadurch gekennzeichnet, daß mehr Menschen zuwanderten als auswanderten. Diese Zuwanderer waren meist Nichtdeutsche, vorwiegend Slawen, aber auch Italiener, die aber im Gegensatz zu den Slawen nicht die Neigung zeigten, im Deutschen Reiche ansässig zu werden. In der Schweiz war dies, wie Ammanns Untersuchungen beweisen, und zum Teil auch in Österreich und Frankreich, anders. Dort fand eine Unterwanderung durch Italiener, im Reiche durch Polen und Slowenen statt. Dreierlei ist zu unterscheiden: 1. die als billigste Arbeitskräfte von Bergbau und Industrie in Aufschwungszeiten herangezogenen und ansässig gemachten Slawen, 2. die von der Mittel- und Großlandwirtschaft geworbenen ausländischen Saisonarbeiter (Sachfengänger), 3. das langsame, im einzelnen gar nicht zu überprüfende Vordringen von reichsdeutschen Polen in Stadt und Land, vorwiegend in den preussischen Ostprovinzen.

Zunächst sollen die ausländischen Gruppen betrachtet werden. Die erste änderte im Vereine mit reichsdeutschen Slawen aus den Ostgebieten Preußens das Volksbild auch in weit westlich gelegenen Gebieten, vor allem in den sogenannten neuen (nördlichen) Kohlenbezirken des Ruhrreviers und gab manchen neuen Mittel- und Kleinstädten fast einen halb slawischen Anstrich. Oft ist den führenden Großunternehmern diese wahllose Menscheneinfuhr zum Vorwurf gemacht worden; man sprach von mangelndem nationalen Verantwortungsbewußtsein. Hier ist nicht Anlaß, sie zu entschuldigen; es besteht auch kein Zweifel, daß es z. B. in Österreich-Ungarn und in Altrußland deutsche Gebiete gab, die damals einen starken Menschenüberschuß alljährlich an Amerika abgaben, der vielleicht in reichsdeutsche Industriegebiete hätte abgelenkt werden können. Andererseits erfordert es die Gerechtigkeit, festzustellen, daß die öffentliche Meinung im Deutschen Reiche damals dieser wahllosen Menscheneinfuhr fast gleichgültig gegenüberstand, daß das Verkehrte einer solchen Volkspolitik, welches heute des Beweises gar nicht mehr bedarf, nicht erfaßt wurde. (Ubrigens haben Zusammenbruch, Aufrichtung des polnischen Staates und Währungsverfall das Gute gehabt, daß sehr wesentliche Teile der „Polen“ teils nach Osten, teils nach Frankreich wieder abgewandert sind. Auch ist die Angleichung an die örtliche deutsche Bevölkerung, besonders unter den, wie schon erwähnt, gleichfalls vorhandenen Masuren, den obererschlesischen, posener und westpreussischen Polen lebhaft. Jedenfalls ist die Zahl der Fremdsprachigen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet so stark zusammengeschmolzen, daß heute wesentliche Gefahren nicht mehr bestehen.)

**Industrie-  
revierpolen**

**Volkspolitische  
Ver-  
ständnislosigkeit**

**Polnische  
Wanderarbeiter**

In der Gruppe der ausländischen Sachfengänger dagegen liegen die Dinge viel ungünstiger. Auch ihre Zahl ging gegen die Vorkriegszeit zunächst stark zurück. Wieviele Sachfengänger es aber heute gibt, ist fraglich. Die amtlichen Zahlen sagen:

1919	wurden	3 000
1922		37 000
1924		115 000
1925		130 000

ausländische landwirtschaftliche Wanderarbeiter zugelassen. Von nicht amtlicher Seite wird dagegen eingewendet, daß diese Zahlen viel zu klein wären — man nennt die doppelte Zahl —, da viele Sachfengänger heimlich die Grenze überschritten. Die strenge Überwachung derselben — sie mußten früher zwei Monate des Jahres außer Landes — hat heute aufgehört. Bei Ausweisungen droht der polnische Staat heute mit Deutschenausweisungen als Gegenmaßnahme. Die Größe der gegenwärtigen Gefahr ist mangels zuverlässiger Unterlagen nicht leicht zu ermessen; sie gewinnt erst ihre Bedeutung, wenn drei Tatsachen mit ihr in Verbindung gebracht werden: die Westabwanderung der Deutschen, die stärkeren Geburtenzahlen der Slawen (sowohl in Polen und in den an Polen abgetretenen Gebieten, als auch in den östlichen beim Reiche verbliebenen gemischtvölkischen Grenzgebieten) und endlich der Drang des Polentums nach Westen, sein offen bekannter Wunsch, weitere Gebiete vom Reiche abzureißen. Näheres ist in dem Abschnitte Siedlung ausgeführt.

**Wirtschaftliche  
Widerständigkeit**

Dazu kommt noch die wirtschaftliche Widersinnigkeit. Betrugen doch die Erwerbslosenzahlen, d. h. die Hauptunterstützungsempfänger am 1. Mai 1923 = 266 903, am 1. Dezember 1923 = 1 533 495 am 1. Dezember 1925 = 1 057 031. Die Erwerbslosenziffer Mitte 1926 war 1 745 000. Neuerdings ist sie etwas gesunken. Es zeigt sich trotz allem, wenn man die schon erwähnten hohen Zahlen der von der Landwirtschaft benötigten ausländischen Wanderarbeiter daneben hält, daß die Verteilung der Arbeitskräfte, daß die Organisation des reichsdeutschen Wirtschaftslebens völlig falsch ist und daß keinerlei Volkspolitik ernst getrieben wird. Die Öffentlichkeit empört sich nicht gegen einen solchen Mißbrauch, obwohl er teuer bezahlt wird. Es wurden Mitte 1926 monatlich etwa 100 Millionen Goldmark für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben, während gleichzeitig der Verdienst der slawischen Wanderarbeiter etwa 70 bis 80 Millionen Goldmark betrug. Entsprechend vermehrt sich mittelbar das Heer der städtischen Arbeitslosen, welche Unterstützung gebrauchen. Aus den oben genannten Fehlern ist ein Gesamtverlust der deutschen Wirtschaft etwa in Höhe von 100 Millionen Goldmark errechenbar. Die Untersuchung der Fehlerquelle ergibt folgendes Bild:

Mit der Blütezeit der deutschen Industrie und des Bergbaues **Der Zug nach dem Westen** mehrte sich die Arbeitsgelegenheit überrasch. Städte von oft mehr als hunderttausend Einwohnern wuchsen aus dem Nichts in wenigen Jahrzehnten heran: die Menschen ballten sich in einer auf dem europäischen Festlande bis dahin ungekannten Weise zusammen; an der Ruhr, in Sachsen, in Berlin, in Oberschlesien, aber auch in anderen Teilen des Reiches. Sie strömten aus allen Gebieten des Reiches (und aus dem Auslande) dorthin zusammen, zumeist aber aus den Ostgebieten Preußens: vom flachen Lande und aus den Kleinstädten. Dieser Zug nach dem Westen, eine Binnenwanderung von früher (zahlenmäßig) unbekanntem Ausmaße, hat mehr als nur eine Ursache:

Einmal ist der Drang nach dem Westen für das 19. Jahrhundert im Deutschen Reiche eine allgemeine Erscheinung, die mit geistigen und anderen Strömungen aufs innigste verbunden ist. Auf die geistigen Ursachen der Verstädterung, soweit sie im zweiten Teile dieses Buches behandelt wurden, sei auch hier hingewiesen. Nicht nur die oberen Schichten wurden vom Zuge nach dem Westen erfaßt. Die Rheinromantik, das leichtere, freiere und reichere Leben im Westen saugten vom klimatisch ungünstigen Osten ab. Die allgemeine Verwestlichung der Deutschen im Zeitalter des Liberalismus kam hinzu. Am wichtigsten ist wohl die — seit die Freizügigkeit Gesetz geworden war — einsetzende Abwanderung in die Großstadt: die Landflucht. Berlin, Breslau und einige andere östliche Groß- und Mittelstädte hielten wohl Millionen östlich der Elbe zurück, andere Millionen zogen weiter westwärts: sie alle verließen das flache Land und die Kleinstädte, welche nicht nur verhältnismäßig zum Anstiege der Gesamtbevölkerung, sondern teilweise auch absolut (dort, wo es keine Kleinindustrie gab) an Einwohnerschaft verloren. Im Jahre 1871 gab es im Deutschen Reiche noch 26,2 Millionen Landbewohner und nur 14,8 Millionen Städter. Im Jahre 1910 war die Zahl der Landbewohner um 400 000 gesunken, auf 25,8 Millionen. Die Zahl der Stadtbewohner war aber um 24,3 Millionen gestiegen und betrug nunmehr 39,1 Millionen. Gab es im Jahre 1871 11,4 Millionen Landbewohner mehr, so überwogen 1910 die Stadtbewohner um 13,3 Millionen. Heute ist das Verhältnis noch stärker verschoben. Am stärksten von allen Staaten in England, wo mehr als 80 v. H. der Bevölkerung in Städten leben.

Erst konnte das flache Land also seine rasch wachsende Bevölkerung nicht mehr ernähren; daher die große überseeische Auswanderung bis 1900 (vgl. Zahlentafel S. 246). Später, als der Zug in die Stadt allgemein wurde, als die höheren Löhne von Industrie und Bergbau lockten, kehrten sich die Verhältnisse um; sogar auf dem Lande setzte starker Arbeitsmangel ein. Nach Bismarcks Abgang begann die schon geschilderte Sachfengerei. Die Landwirtschaft im Groß- und

**Umkehr  
der Verhältnisse**

Mittelbetrieb benötigte ausländische Arbeitskräfte in immer höherem Maße; der Verfeinerung der industriellen Technik folgte der gleiche Vorgang in der Landwirtschaft. Die Felder wurden sorgfältiger bestellt, der Boden stärker ausgenutzt, die Viehhaltung vermehrt. All das erforderte mehr Menschen: ein Vorgang, der noch keineswegs abgeschlossen ist. Die Einführung arbeitsparender Maschinen wurde ausgeglichen durch den höheren Bedarf an Arbeitskräften für den Hackbau (Zuckerrübe usw.).

Dafür fehlte der deutsche Arbeiter. Warum? Der Gründe sind viele, sie können höchstens angedeutet werden. Neben dem allgemeinen Drange in die Stadt und nach dem höheren Lohne, die schon erwähnt wurden, seien genannt: Härte und lange Dauer der Landarbeit, mangelhafte Wohnungen, ungünstige Schulverhältnisse, Fehlen der Zerstreuungen, welche die Soldaten während ihrer Dienstzeit kennengelernt hatten, bisweilen schlechte Behandlung, große Abhängigkeit und schließlich keine Aussicht auf sozialen Aufstieg, auf Selbständigmachung. Gerade die Frauen drängten in die Stadt, nach Bequemlichkeit und Unterhaltung.

Entstehung des  
Stadtproletariats  
aus dem  
Landproletariat

So wanderte der Landarbeiter, sein Sohn und seine Tochter vom Lande in die Stadt: aus dem Landproletariat wurde ein Stadtproletariat, welches herabgesunkene Bauernlöhne, verarmte Kleinstädter und Großstadthandwerker vermehrten. Aus dem politisch gleichgültigen und machtlosen Landproletariat erwuchs die Masse klassenbewußter Sozialdemokraten. Auf die Entstehung dieses Landproletariats, welches das 18. Jahrhundert trotz seiner berücksichtigten Bauernlegungen noch nicht gekannt hatte, einzugehen, würde zu weit führen. Nur so viel sei angedeutet, daß die Aufhebung der Leibeigenschaft zur Zeit der sogenannten Stein-Hardenbergschen Reformen — hierüber gibt es leicht zugängliche Schriften in Fülle — den Groß- und Mittelbauer begünstigte, den Kleinbauern (Gärtner, Häusler) dagegen zum landlosen Tagelöhner herabdrückte; die Zahl derer, die nicht einmal ein eigenes Häuschen besaßen, war nicht gering. So entstand ein bodengelöstes, eigentumsloses Volk, das bei der Besitztrennung zwischen Bauerntum und Großgrundbesitz leer ausging, erst bei jedem Kündigungstermin von einem Gut zum anderen und später in die Stadt zog. Diese Feststellung soll kein abschätziges Werturteil einschließen. Auf ihre soziale Bedeutung wurde im Wirtschaftsteile näher eingegangen.

In der Zeit des schrankenlosen Individualismus sah man diesen Umschichtungsvorgang, den man erst spät in seiner vollen Tragweite erfaßte, zunächst als etwas fast Selbstverständliches an: man stand ihm hilflos gegenüber, als die bösen Folgen sich zeigten. Sie offenbarten sich zunächst im Sinken der Geburtenzahl bei den Deutschen



überhaupt, die niedriger wurde als die der östlichen Nachbarvölker. Die Großstadt und die höheren Schichten, vor allem die Beamten, fingen damit an. Aber auch die Massen wurden „aufgeklärt“, schon vor Jahren wurden erschreckend niedrige Geburtenzahlen der hochbezahlten Berliner Metallarbeiter veröffentlicht; allmählich wurden immer weitere Schichten davon ergriffen. Heute ist fast die ganze deutsche Bevölkerung des Reiches von der Geburtenverweigerung erfaßt. Karl v. Loesch führte dazu in der Zeitschrift der christlich-nationalen Arbeiterschaft „Deutsche Arbeit“ im Jahre 1926 folgendes aus:

„Im Jahre 1922 betrug der Geburtenüberschuß in den Städten nur noch 5,06, auf dem Lande dagegen 12,47 aufs Tausend. Im letzten Vierteljahre 1924 betrug der Geburtenüberschuß in ganz Preußen 7,4 aufs Tausend, im agrarischen Ostpreußen 11,2, in Großstädten dagegen wie Hamburg = 0; in Berlin war er sogar mit —4,5 rückläufig. Für Berlin, das starke Wanderungsschwankungen aufweist, ergibt sich aus amtlichen Mitteilungen in den Blättern des Reichsgesundheitsamtes heute folgendes Bild:

	Bevölkerung	Geburten	Todesfälle	Überschuß
Oktober 1925.	4 186 000	3 588	3 841	— 253
November 1925	4 202 000	3 546	3 800	— 254
Dezember 1925	4 210 000	3 785	4 302	— 517
Januar 1926	4 094 000	3 947	4 104	— 157

Der Rückgang ist also sehr deutlich. Etwas günstiger liegen die Dinge in Westfalen, wo ein großer Teil der Arbeiterschaft noch nicht in Großstädte zurückgedrängt ist, sondern auf dem Lande lebt und nur industrielle und bergmännische Arbeitsstätten hat.

Der Unterschied zwischen Stadt und Land ist also sehr groß und noch ungünstiger, als diese Zahlen es anzeigen, da ja ein erheblicher Teil der Stadtbevölkerung aus ländlichen Zuwanderern besteht, welche die Geburtenzahlen der Stadt noch in die Höhe treiben. Daß alle deutschen Großstädte im Jahre 1925 (in der ersten bis fünfzigsten Woche, vom 4. Januar 1925 bis 19. Dezember 1925) trotz dieser ländlichen Zuwanderer nur 75 646 Geburtenüberschüsse (258 646 Geburten, 182 656 Todesfälle, gleich 4,46 aufs Tausend) von 16,9 Millionen Großstädtern aufweisen, ist sehr bemerkenswert. Ohne den ständigen Zufluß auf dem Lande aufgewachsener Bevölkerungsteile würden heute vermutlich die Sterbefälle in allen Großstädten (wie in Berlin) die Geburten sogar übertreffen. Die Großstadtbevölkerung schneidet also dem flachen Lande gegenüber sehr ungünstig ab. Dazu kommt die Verschlechterung der körperlichen Beschaffenheit: schon vor

dem Kriege stellten von 100 Rekruten im Durchschnitt (Rekrutenfollo) die ländlichen Gemeinden Ostpreußens 142, Berlin aber trotz der ständigen Zufuhr ländlicher Einwanderer nur 37.

Wir müssen damit rechnen, daß sich die Verhältnisse zwischen Stadt und Land immer mehr zuungunsten des Landes verschieben, da die im Kriege und in der Währungsverfallzeit stark eingeschränkte, ja rückläufige Stadtwanderung seit der Währungsfestigung und der Unrentabilität gerade der höchst intensivierten landwirtschaftlichen Großbetriebe wiederum in erschreckendem Maße Platz gegriffen hat. Dazu kommt, daß auch das flache Land von Geburtenrückgängen nicht befreit ist. Zusammenfassung: 1913 hatte ganz Deutschland noch einen Geburtenüberschuß von 12 vom Tausend, das vorwiegend agrarische Ostpreußen sogar 12,5, Berlin nur 6,3. Im Jahre 1924 sank der Geburtenüberschuß in ganz Deutschland auf 7,3. Auch in dem agrarischen Ostpreußen, das nur noch einen Geburtenüberschuß von 11,2 aufwies, ist ein, wenn auch schwacher, Rückgang von 1,3 zu verzeichnen, während Berlin sogar eine rückläufige Geburtenziffer von — 4,5, also im ganzen einen Rückgang von 10,8 aufwies.“

In England, wo, wie schon bemerkt, nur noch 20 v. H. der Bevölkerung auf dem Lande leben, ist die Geburtenziffer gleichfalls jäh gesunken. Dieser Binnenwanderung legt man dort das Schwinden der alten Überlieferungen und die Abnahme der kinderreichen Ehen zur Last. In einem Zeitungsaufsatz heißt es:

„Immer später wird heute in England geheiratet, immer geringer ist die Zahl der Kinder, die den Ehen entsproßen. Mehr als 43 v. H. der Ehen konnten sich mit keinem Kinde unter 16 Jahren brüsten und 23 v. H. der Ehen wiesen je nur ein einziges Kind auf.“

Die staatliche An-  
siedlung (Ursache)

Die Gefahren des Geburtenrückgangs wurden zuerst an den Rändern des Siedlungsbodens offensichtlich, während sie natürlich in überbevölkerten Großstädten sehr viel schwerer erkannt werden konnten. Eine Familienstatistik fehlt ja bis heute. In Posen und Westpreußen, also in den gemischtvölkischen Grenzgebieten Preußens, wo die Abwanderung der Deutschen nach dem Westen besonders stark geworden war, wurde man zuerst aufmerksam. Dort verschoben sich — unter deutscher Herrschaft — die Bevölkerungszahlen in steigendem Maße zugunsten des Polentums: in Kleinstadt und Land. Der weniger vom Individualismus erfaßte Pole war gesünder geblieben. Der Drang des polnischen Bauern nach Westen war hauptsächlich auf das nahe deutsch-polnische Mischgebiet gerichtet. Durch den preussischen Staat aus der Leibeigenschaft erlöst und wirtschaftlich stets begünstigt, kaufte er langsam den Deutschen aus. Polnische Banken zerschlugen wohl auch Großgüter in bewußter Volkspolitik; aber sie schufen den die Deutschen auskaufenden polnischen Bauern nicht erst,

sondern sie lenkten ihn nur, der in seiner großen Genügsamkeit und mit seiner zahlreichen Nachkommenschaft trotz vieler anderer Mängel dem Deutschen überlegen war. Unter der gleichen preussischen Herrschaft entwickelte der Pole etwas, was vorher in der polnischen Adels-, Priester- und Leibeigenenrepublik unbekannt gewesen war: den Handwerker und schließlich einen durchaus leistungsfähigen Mittelstand, der wiederum durch Landwirtschaftsvereine, Ein- und Verkaufsgenossenschaften und Banken die polnische Bauernschaft kräftigte. Dieser bürgerliche Klein- und Mittelstand gewann nach und nach in den Städten Posen und Westpreußens Boden, in manchen Kleinstädten sogar die Mehrheit. (Zur Zeit der polnischen Teilung waren die Städte vorwiegend noch von Deutschen und Juden bewohnt; letztere nahmen rasch deutsche Kultur an und wanderten am frühesten nach Westen ab. Heute sind die an Polen abgetretenen Gebiete, die einst ein starkes Judentum beherbergten, praktisch judenleer. Diese jüdische Abwanderung setzte schon Jahrzehnte vor dem Kriege ein, mit veranlaßt durch das in scharfem nationalen Kampfe ausgebildete deutsche und polnische Genossenschaftswesen.)

Die ostmärkische Ansiedlung entsprang nur dem Wunsche, die zunehmende Verschlechterung des Zahlenverhältnisses zwischen Deutschen und Polen aufzuhalten. Es war eine reine Abwehrmaßnahme, um die politisch bedenklichen Folgen des völkischen Überdruckes der Polen abzuwehren, dem das deutsche Volk schon um die Jahrhundertwende durchaus — in dieser wichtigen Hinsicht — unterlegen war. Verhältnismäßig war die Zahl der Deutschen gegen die Polen nach fast 100jähriger preussischer Herrschaft geringer geworden, als sie es in vorpreussischer Zeit gewesen war. Die Segnungen deutscher Kultur, die sich für alle Zeit in die Züge dieser Landschaften eingeprägt haben, wandten sich aber volkspolitisch gegen die „überlegenen“ Deutschen.

Segnungen der  
Ansiedlung

Hier setzte nun der Staat mit einer in vielem mustergültigen Bauernsiedlung ein, die zu schildern nicht die Aufgabe dieses Buches ist. Die Bürokratie schuf, freilich mit erheblichen Mitteln und nach unleugbaren Anfangsfehlern, Großes. So hielt sie in der Tat weitere Zahlenverschlechterung auf. Alles Land (bis auf zwei Güter, die enteignet, deren Besitzer aber voll entschädigt wurden) wurde freihändig aufgekauft. Wenn trotzdem ein Unsegen auf diesem Siedlungswerke ruhte, so liegt das nicht nur an seiner bürokratischen Aufziehung: diese leistete im ganzen genommen Tüchtiges. (Später wurde ihre Übervorsicht zum Verhängnis. Sie beließ „dem Staate“ allzulange zu viele Sicherheiten dem Siedler gegenüber, welche dann — als der Staat polnisch geworden war — diesem zahllose Handhaben geben sollten, den deutschen Siedler wieder zu verjagen.) Rosikat urteilt etwas zu hart, wenn er im Dezemberheft 1926 von „Volk und Reich“ sagt:

Vorzüge und  
Fehler der Siedlung

„Ein ausgezeichnete bürokratischer Apparat wurde aufgezogen, der ohne innere Verknüpfung mit lebendigem Volksempfinden seine technisch einwandfreie, wenn auch kostspielige Siedlungstätigkeit begann und durchführte, soweit ihm das die planlos wechselnden politischen Richtungen der Regierung gestatteten. Der Schritt dieser von Regierungserwägungen, nicht aber von dem lebendigen Druck einer Volksbewegung getragenen Entwicklung bestand in einem Wechsel zwischen Dröhnen und Leisetreten.“

Die Ursachen des geringen Erfolges liegen mehr in den Zeitumständen, als in Mängeln derer, welche die Siedler ansetzten. Gerade in den letzten 25 Jahren war das reichsdeutsche Volk als Ganzes wenig siedlungsfreudig und siedlungstüchtig: so wenig wie noch nie in seiner zweitausendjährigen Geschichte. Die Ursachen sind im Vorstehenden schon geschildert, so daß Wiederaufzählung nur Wiederholung hieße. So mußten z. B. Siedler aus dem Westen des Reiches gelockt werden, wo die Verhältnisse besonders in verkehrsabgelegenen Gebieten vielfach ursprünglicher geblieben waren. Die Siedlerbeschaffung machte Not: man mußte ihnen viele nicht unbedenkliche Vorteile gewähren: schlüsselfertige Gehöfte, oft mit fast villenartigen Häusern. So wurde die Selbsttätigkeit aber verringert und damit Bodenanzwurzeln erschwert. Und doch reichte (in diesen Jahren stärkster Volksvermehrung) das reichsdeutsche Siedlermaterial nicht aus. Man griff — an sich ein guter Gedanke — auf rußlanddeutsche, freilich oft sehr kulturarme Bauern, leider aber anfangs auch auf Menschen städtischer Gewerbe zurück. Ein volles Viertel aller Ansiedler stammte aus dem Auslandsdeutschum.

Doch das ist alles vorbei. Diese Länder sind derzeit in polnischer Hand, annähernd eine Million Deutsche sind, dem polnischen Drucke ausweichend, ins Reich zurückgewandert. Ein Teil von ihnen wurde ausgewiesen, bei anderen war der Druck tatsächlich unwiderstehlich. Wieder andere aber gingen, ohne daß das unbedingt nötig gewesen wäre: sie trennten sich allzu leicht von deutscher Scholle. Hier soll kein Stein auf sie geworfen werden, so sehr die Tatsache ihres Abzuges verurteilt wird: sie folgten dem Westzuge, der schon die Jahre von 1870 bis 1914 gekennzeichnet hatte.

Wichtig ist hier nur die Frage: Was wird in der Zukunft werden? Ist der Deutsche des Reiches endgültig als Siedler verloren? Sind Westwärtswanderung, Verstädterung und Städtetod sein Schicksal? Wird der Deutsche aus einem Volke zu einer sozialen Schicht: zu einer langsam erlöschenden sozialen Oberschicht, die ebenso langsam von Osten her unterwandert wird und schließlich nach einem ewigen Gesetze auch staatlich von der Schicht beherrscht wird, welche den Boden bearbeitet?

## Veränderung der Volkszusammensetzung

Ebenso bedenklich ist eine andere Erscheinung bei den Deutschen des Reiches: die Rassenverschlechterung durch die Kinderarmut der höheren Stände. Das kann freilich zahlenmäßig nicht einwandfrei belegt werden. Denn es gibt keine allgemeinen statistischen Erhebungen über den Familienstand: so gering schätzte man bisher die Fragen der Volksvermehrung ein, daß man hierüber amtliche Erhebungen unterließ. Daher ist der Bevölkerungspolitiker auf lückenhafte zufällige Angaben angewiesen. Sie finden sich fast nur für die Beamten.

**Aussterben der oberen Schichten**

Moderne sozialwissenschaftliche Untersuchungen ergaben, daß unter den heutigen Lebensbedingungen (hoher Stand der Hygiene) jede Ehe durchschnittlich 3,6 Kinder hervorbringen muß, um bloß zu erreichen, daß die Bevölkerungszahl nicht abnimmt. Die Grotjahnsche Regel drückt dies in bezug auf die Praxis wie folgt aus: jedes Ehepaar habe drei Kinder über das fünfte Lebensjahr hinaus großzuziehen. Zur Zeit droht freilich allgemein die entgegengesetzte Ansicht Platz zu greifen: es genüge, zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes oder einer Schicht, wenn jedes Ehepaar zwei Kinder aufzöge. Es läßt sich jedoch errechnen, daß ein Volk im Falle wirklicher Durchführung des Zweikindersystems schon nach wenigen Menschenaltern auf die Hälfte seiner Kopfszahl herabschmilzt. Die Bestandserhaltung einer Bevölkerung ist erst dann gewährleistet, wenn jedes überhaupt fruchtbare Ehepaar durchschnittlich mindestens drei Kinder über das fünfte Lebensjahr aufzieht. Da dies aber nicht in allen Familien der Fall sein wird oder nicht sein kann, müssen auch zahlreiche Familien mehr als drei Kinder aufziehen, um nur den Bestand der Nation aufrecht zu erhalten, ein bescheidenes Ziel, welches schon oben als sinnlos abgelehnt worden ist. Denn diese Zahl allein besagt nichts.

Wie verhalten sich nun die Beamten, diese kennzeichnenden Vertreter einer Auslese, die der Staat vornimmt? 1912 hatten noch von den Beamten des reichsdeutschen Post- und Telegraphendienstes im Alter von 55 bis 60 Jahren die höheren durchschnittlich 2,2, die mittleren 2,6, die unteren 3,9 Kinder (Thomsen, *Der Völker Vergehen und Werden*, R. Voigtländers Verlag, Leipzig). Sechs und mehr Kinder hatten von diesen höheren Beamten 1,3 v. H., von den mittleren 2,5 v. H., von den unteren 8,1 v. H. (Schallmayer, *Vererbung und Auslese*). Neuerlich finden sich Angaben in der in Bayern nach dem Stande vom 1. Juli 1916 durchgeführten Familienstatistik der bayerischen etatsmäßigen Staatsbeamten (Heft 88 der „Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern“ — München 1918). Gliedert man die Befoldungsgruppen in folgende Ordnung:

**Die Kinderarmut der Beamten**

I—IV untere Beamte = 1. Abteilung,  
 V—IX mittlere Beamte = 2. Abteilung,  
 von X aufwärts höhere Beamte = 3. Abteilung,

so ergibt sich folgende Zahlentafel:

51 810 untere planmäßige Beamte der gesamten bayer. Verwaltung  
 14 805 mittlere  
 9 440 höhere  
 76 055 Beamte überhaupt. Von je 100 bayerischen Beamten jeder  
 Abteilung waren 1916

	ledig	kinder- los	hatten Kinder					auf.
			über- haupt	1	2	3	4 und mehr	
untere	8,8	10,3	80,9	16,5	18,6	14,8	31,0	100
mittlere	13,4	15,1	71,5	22,8	22,3	13,2	13,2	100
höhere	19,9	15,9	64,2	19,5	22,1	12,3	10,3	100
insgesamt	11,1	11,9	77,0	18,1	19,7	14,2	25,0	100

Während von den unteren Beamten nur knapp  $\frac{1}{10}$  der Beamten ledig und ein weiteres Zehntel kinderlos waren,  $\frac{9}{10}$  dagegen Kinder hatten, waren bei den höheren Beamten mehr als doppelt soviel (20 v. H.) ledig und 16 v. H. kinderlos. Insgesamt waren also noch nicht  $\frac{2}{3}$  der höheren Beamten im Besitze von Kindern. (Als Kinder sind in der bayerischen Statistik die am 1. Juli 1916 lebenden ehelichen Kinder einschließlich der legitimierten gezählt.) Im Durchschnitte der gesamten bayerischen Verwaltung (einschließlich Verkehrsverwaltung) kamen nach dem Stande vom 1. Juli 1916 Kinder

	auf einen Beamten	auf einen verheirateten (einschl. der verwit- weten u. geschiedenen)	auf einen Vater
untere Beamte	2,7	3,0	3,3
untere Beamte der Verkehrsverwaltung	3,3	3,4	3,7
mittlere Beamte	1,7	2,0	2,4
höhere Beamte	1,5	1,9	2,3
insgesamt	2,4	2,7	3,1

Beachtenswert ist, daß die unteren Beamten der Verkehrsverwaltung, die zumeist aus dem Arbeiterstande hervorgingen, nicht unbedeutend höhere Kinderzahlen als diejenigen der übrigen Verwaltung hatten. (Bei den mittleren und höheren Beamten sind die Unterschiede zwischen der Verkehrsverwaltung und den übrigen Verwaltungen verhältnismäßig geringfügig.)

Für das übrige Reich fehlen Angaben gerade über die Kriegsjahre. Erst für 1926 — also nach einer Spanne von 10 Jahren — liegen wieder Zahlen vor, die aber nicht unmittelbar mit den vorigen in Beziehung zu setzen sind. Sie entstammen einer in der allgemeinen Reichsverwaltung (unter Ausschluß der Betriebsverwaltungen von Post und Reichsbahn) nach dem Stande vom 1. Januar 1926 durchgeführten Erhebung über Zahl, Familienstand und Befoldungsverhältnisse der planmäßigen Beamten (vgl. hierzu auch Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926 S. 233). Die Zahl der Reichsbeamten betrug 90 248; darunter waren 81 114 (89 v. H.) verheiratet. Die Zahl der auf diese Beamten entfallenden Kinderzuschläge betrug 103 242. Es trafen demnach durchschnittlich auf einen Beamten überhaupt 1,14 Kinderzuschläge, auf einen verheirateten Beamten 1,27 Kinderzuschläge. Die Kinderzuschläge werden nur für unterhaltsberechtignte Kinder, also nicht für alle Kinder gewährt; es fallen erwachsene, bereits berufstätige Kinder somit aus. Daher sind diese Zahlen nicht unmittelbar mit den bayerischen von 1916 vergleichbar. Das Zahlenbild ist folgendes:

	Zahl der Beamten	davon verheiratet	Hundert-satz	Zahl der Kinderzuschläge	Kinderzuschläge auf einen verheirateten Beamten
Untere Beamte	8 953	7 891	88	11 148	1,41
Mittlere Beamte.	72 805	66 049	91	83 416	1,26
Höhere Beamte .	8 490	7 174	84	8 678	1,21
insgesamt	90 248	81 114	89	103 242	1,27

Von den unteren und mittleren Beamten sind also rund 10 v. H., von den höheren Beamten dagegen 16 v. H. unverheiratet. Der höhere Beamte kommt infolge der längeren Ausbildungsdauer und der späteren Anstellung — nach dem 32. Lebensjahre — meist erst wesentlich später und in recht zahlreichen Fällen überhaupt nicht zur Ehe.

Noch stärker fällt die geringe Verheiratetenquote der höheren Beamten bei der Reichsbahn auf. Die Reichsbahn hatte nach einer Erhebung vom Juli 1925 insgesamt 324 824 Beamte, von denen 301 144 oder 96 v. H. verheiratet waren, und zwar:

untere Beamte	97 v. H.
mittlere Beamte .	95 v. H.
höhere Beamte	81 v. H.

Auch die Kinderzahl der höheren Beamten bleibt sehr erheblich hinter der Kinderzahl der mittleren und noch mehr hinter der Kinderzahl der unteren Beamten zurück. Nach der Erhebung in der allge-

meinen Reichsverwaltung vom Jahre 1926 trafen durchschnittlich auf einen Reichsbeamten 1,14 Kinder, berechnet auf die Zahl der verheirateten Beamten 1,17 Kinder. Sind diese Durchschnittszahlen schon bedenklich niedrig, so scheinen die Sätze für die mittleren und noch mehr für die höheren Beamten als im höchsten Maße unzureichend. Während im Durchschnitte bei den unteren Beamten auf einen Beamten noch 1,2 Kinder treffen, entfallen bei den mittleren Beamten auf einen Beamten durchschnittlich nur noch 1,15 und bei den höheren Beamten gar nur 1,02 Kinder. Die mittleren Beamten bleiben also um etwa 10 v. H., die höheren Beamten um etwa 20 v. H. hinter der durchschnittlichen Kinderzahl der unteren Beamten zurück, die ihrerseits zweifellos schon geringer ist, als die des gesamten Volksdurchschnitts.

Bei der Reichsbahn, deren Statistik die dreifache Zahl der Beamten umfaßt, sind die Unterschiede noch stärker.

#### Kinderzuschläge auf einen Beamten

untere Beamte	1,9
mittlere Beamte .	1,4
höhere Beamte	1,0

Die höheren Reichsbahnbeamten haben also nur halb so viel Kinder wie die unteren.

Die Zahlen für die höheren Besoldungsgruppen müssen um so mehr zu Bedenken Anlaß geben, als mit Rücksicht auf die längere Ausbildungsdauer, welcher in der Regel die Kinder dieser Gesellschaftsschicht bedürfen, die Kinderzahl, bemessen nach der Zahl der Kinderzuschläge, bei den höheren Beamten gegenüber den mittleren und unteren Beamten nicht unwesentlich vergrößert erscheint. Dies hat seinen Grund darin, daß nicht nur die Kinder bis zum 16. Lebensjahre, sondern auch die in der Ausbildung begriffenen Kinder bis zum 21. bzw. bis zum 24. Lebensjahre bei der Schicht der höheren Beamten stärker ins Gewicht fallen als bei den unteren Beamten. Würde man alle Kinder von über 16 Jahren ausscheiden, so würde wahrscheinlich der Abstand der durchschnittlichen Kinderzahl bei den höheren Beamten von der Kinderzahl mittlerer und unterer Beamten noch erheblich größer sein. Die in einer Rede des Reichsfinanzministers gelegentlich einmal erwähnte Zahl von durchschnittlich 1,4 Kindern auf die Beamtenehe wurde bisher in fast allen Kreisen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, als zu gering betrachtet. Die vorstehenden Zahlen zeigen dagegen, selbst wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich nur um die Zahl der Kinderzuschläge und nicht der Kinder selbst handelt, daß die angenommene Ziffer von 1,4 noch viel zu günstig ist.



Die vorangegangene Darlegung beweist, daß die Beamten trotz der an sich hoch zu wertenden Sicherung ihres Einkommens in bezug auf Kinderzahl weit unter dem Durchschnitte der Gesamtbevölkerung stehen und keineswegs die zur Arterhaltung notwendige Familiengröße mehr aufzubringen vermögen. Man darf also bei ihnen und wohl durchweg bei den höheren Ständen schon nicht mehr vom Zweikindersystem, welches Frankreich bevölkerungspolitisch an den Rand des Abgrundes gebracht hat, sprechen. Maßgebende Schichten der Deutschen sind darüber schon (nach unten zu) hinausgegangen. Aber auch an anderen Teilen der Oberschicht vermag jeder, der Einsicht in diese Verhältnisse hat, entsprechende Beobachtungen zu machen. In Zürich waren zum Beispiel (nach Schallmayer) von je 100 Ehen einer Gruppe Gutgestellter (Fabrikbesitzer, Großkaufleute und Akademiker) 10,2 Ehen kinderlos, bei ungelerten Arbeitern nur 5,7. Von den ersteren hatten nur 19,4 mehr als 5 Kinder, bei den letzteren 40,2. Die Verweigerung des Kindes ist also in viel geringerem Maße auf die wirtschaftliche Not zurückzuführen, als auf Nichtwollen. Die Zahlentafel auf S. 229 zeigt deutlich, daß nicht erst die Not der Nachkriegsjahre zur Geburtenbeschränkung führte, sondern daß diese anfang in der Zeit des höchsten Reichthums der Deutschen. Die kinderarmen Beamten, welche durchaus gesicherte Lebensstellungen besitzen, zeigen die höchsten Heiratszahlen. Die Kinderzahlen sind um so geringer, je höher der Beamte gestellt ist. Ja, man darf sagen: Arme haben mehr Kinder als Reiche. Das ist eine allen westlichen Völkern gemeinsame Erscheinung. Auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis 20 Jahren entfielen 1897 (nach Woytinsky) nämlich folgende Geburtenzahlen:

Rennzeichnung der Bezirke	Wien	Berlin	London	Paris
Sehr Arme	200	157	147	108
Arme . . .	164	129	140	95
Wohlhabende	155	114	107	72
Sehr Wohlhabende	153	96	107	65
Reiche . . .	107	63	87	53
Sehr Reiche . . .	71	47	63	34
Durchschnitt	153	102	109	80

So war es vor 20 Jahren; heute dürfte im einzelnen eine erhebliche Änderung eingetreten, das Gesamtbild aber trotzdem noch das gleiche sein.

Bedenklich ist die Kinderarmut und das daraus folgende Aussterben gerade der oberen Klassen aus verschiedenen Gründen: einmal des Umfanges wegen. Denn beamtenmäßig leben breiteste Schichten, ein sehr wesentlicher Teil des Gesamtvokes. Dann aber auch wegen der Gefahr der Verschlechterung der Volkszusammensetzung. Die

Kinderarmut der Beamtenfamilien führt zum Aussterben einer doch besonders auserlesenen Führerschicht. Die Ausschaltung wertvollster Volksteile ist widersinnig. Umgekehrt sollte es vielmehr das allgemeine Ziel sein, diese Schichten zu starker Vermehrung zu bringen, während heute gerade verhältnismäßig geringwertigere Schichten die kinderreichsten sind. Denn es darf durchschnittlich unterstellt werden, daß die höheren Schichten auch die tüchtigsten sind: sowohl in körperlicher Beziehung als auch in geistiger. Das gilt nicht nur für die sogenannten „alten Familien“, welche durch Kinderarmut mit Aussterben bedroht sind, sondern auch in ebenso hohem Maße für diejenigen, welche durch eigene Tüchtigkeit aufgestiegen sind, Beamte wurden oder geistige Berufe ergriffen.

Über nicht nur das Aussterben gerade dieser „Besten“ ist schädlich: sondern auch das schlechte Beispiel, das sie dem übrigen Volke geben. Denn „man“ richtet sich nach den höheren Ständen: diese bestimmen Sitte und Mode. Wo aber der wahre Führer fehlt, wird der „Reiche“ zum Vorbilde.

### Ursachen für die Erkrankung des Volkskörpers

#### Seelische Ursachen

Als Ursache der Geburtenverminderung und der Bevölkerungsver schlechterung wurde bereits die zersetzende Wirkung der Vergottung des Einzelmenschen erkannt. Der philosophische Beweis wurde weiter oben geführt. Der Zusammenfassung halber wird hier manches wiederholt dargestellt. Daß es nicht Krieg, Zusammenbruch oder äußere Not sind, denen die Kinderarmut zur Last gelegt werden kann, ist im Vorstehenden nachgewiesen. Kriege, Not und Armut sind in früheren Jahrhunderten häufiger gewesen als heute. Die Kriegszeit unterbricht nur die gerade Linie des Absinkens der Kinderzahl; ihre Wirkung und Nachwirkung ist tiefgreifend, aber vorübergehend. Ohne den Weltkrieg wären die Verhältnisse heute ähnlich, wenn auch nicht gleich. Auch neutrale Länder sind vom Kindermangel ergriffen (Skandinavien). Wer in materialistischer Denkweise befangen, nach allgemeinen wirtschaftlichen Gründen sucht, geht fehl; die äußeren Verhältnisse der Länder, die vom Kindermangel betroffen sind, unterscheiden sich so weitgehend, daß ein solches Beginnen zwecklos ist. Frankreich widerlegt den lange Zeit allgemein geglaubten Satz: der Städter ist natürlicherweise kinderarm, der Bauer kinderreich. Auch die Annahme, die körperliche Kraft der betroffenen Völker sei erschöpft, ist bereits als falsch widerlegt. Nein: es handelt sich um Seelisches. Gemeinsam allen abendländischen Völkern der Hochkulturzone — ganz gleich, welchen Stammes sie sind — ist die seelische Erkrankung durch den

Rationalismus, der sie der Kinder beraubt. Der naturtriebhaftige Wille zum Kinde ist abgelöst durch ein bewußtes Einschränken oder Garnichtwollen. Was in früheren Jahrhunderten auf die Oberschicht beschränkt war (Aussterben zahlloser Adels- und Patriziergeschlechter, Städtetod), ist heute im Zeitalter der Massenaufklärung Massenerscheinung. Es ist aus der Großstadt bereits in die Kleinstädte und auf das flache Land gedrungen. Kaum ein Stand ist davon unberührt geblieben, keine Rasse, keine Religion. Am stärksten ist die Kinder-einschränkung innerhalb des Deutschen Reiches bei den Juden, die im Deutschen Reich — ohne Zuwanderung und falls nicht seelische Änderungen eintreten — in wenigen Geschlechterfolgen aussterben werden, schwächer bei den Evangelischen, am schwächsten (aber immer hoch genug) bei den Katholiken. Darin spiegelt sich nur das Ausmaß wieder, in dem die Angehörigen dieser Gruppen von der kalten Verstandesherrschaft ergriffen sind. In dem konfessionell gemischten Deutschen Reich ist der Katholizismus von stärkerer seelischer Wirkung als im fast rein katholischen Frankreich. Es kommt, wie man sieht, nicht auf das Lippenbekenntnis, nicht auf den Tauffchein, sondern auf die seelische Lage an; darin liegt auch die Verschiedenheit volkspolitischer Auswirkungen des deutschen und des französischen Katholizismus.

Diese Überlegung zeigt, daß mit mechanischen Hilfen allein dem Geburtenrückgange nicht beizukommen ist. Frankreichs Geburtenbild (S. 241) ist ja auch Beweis dafür, wie fruchtlos die zahlreichen Maßnahmen rationaler Art, zu denen sich Regierung und Parlament entschlossen, bis heute blieben. Denn die Voraussetzung für ihre Wirksamkeit fehlte: die innere Umkehr. Das junge Frankreich, dessen Leitfäden schon wiedergegeben wurden, hat sich noch nicht durchgesetzt.

Hier ist in deutschen Landen zuerst anzusehen: ohne geistige Wiedergeburt ist ein Wiederaufstieg der Deutschen unmöglich. Sie ist unerläßliche Voraussetzung, aber zugleich auch gewisse Zukunftshoffnung. Das deutsche Volk wird sich vom Individualismus abwenden oder es wird nicht mehr lange sein. Nur der Glaube kann den Wettkampf der Völker entscheiden, er allein dem abwärts tausenden Rade in die Speichen fallen. Darüber wurde im ersten Teile dieses Buches genug gesagt.

Völkerschicksale werden letzten Endes von der Frau entschieden, **Familie oder Ehe** in der Familie — nicht aber im Ehebett. Die kinderlose Ehe ist im Ringen der Völker wertlos, sie dient der Erhaltung des Volkes nicht. So hoch Ehe und Mädchenehre einzuschätzen sind, muß doch wiederholt bekannt werden, daß die ärmste uneheliche Mutter, die ihr Kind hingebungsvoll aufzieht, daß dieses „gefallene Mädchen“ mehr leistet, als tausend Ehefrauen, die in allen Ehren das Kind oder die Kinder ablehnen.

Die Frauenfrage von heute ist die Volksfrage. Sie heißt: viele Kinder oder wenige. Die Frauenbefreiung der letzten 50 Jahre galt der Abstreifung von Fesseln der Familie, der Sitte, der sogenannten doppelten Moral, galt der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung mit dem Manne. Das ist alles erreicht. Die Frau ist in deutschen Landen „frei und gleich“. Hat sie dabei aber nicht Gesetze, die ihre Natur ihr auferlegt, verletzt? Erfüllt sie auch ihre Pflicht? In naiver, vielleicht begreiflicher Freude ob der gelungenen Befreiung, mit dem Blicke des Entrommenen auf seine zerbrochenen Handschellen versäumt sie diese. Weil sie in vielleicht noch höherem Maße als der Mann in Individualismus befangen ist, der sie in anderer Art — und viel gefahrvoller — verstrickte. Heute gilt es daher, die Befreiung der Frau aus den Schlingen des Individualismus durchzusetzen. Das ist die Voraussetzung zum Wiederaufbau der deutschen Familie, der Keimzelle des Volkes. Auch hier ist auf frühere Ausführungen im Kapitel „Familiendämmerung“ zu verweisen.

**Mittel:**  
**Sitte und Gesetz**

Der Mensch steht aber nicht nur unter dem Gesetze seines Inneren. Nicht nur persönliche verstandesmäßige Erwägungen drücken die natürlichen Instinkte zu Boden zugunsten selbstlicher. Auch von außen regen sich Einflüsse. Sitte und Brauch (Zeitmoden auf gesellschaftlichem Gebiete, welche die jeweils herrschende Weltanschauung widerspiegeln) sind neben staatlichen Zwangsvorschriften für ihn mehr oder weniger bindende Gesetze. Gesellschaftssitten sind in einem großen Lande verschieden, nach Ort und Gesellschaftsschicht: Altes und Neues lagert neben- und übereinander. Sie gehen von den Brennpunkten des gesellschaftlichen Lebens aus, wo sie am frühesten und am raschesten wechseln; im Winkel, hinter den Bergen halten die Leute am längsten am Erbgute fest. Der moderne Verkehr, welcher der starken Binnenwanderung und damit der Umschichtung den Weg freimachte, und der früheren Jahrhunderten fremde allgemeine Schulunterricht, welcher erst den Aufschwung der Presse und die Massenverbreitung von Büchern ermöglichte, verursachten einen früheren Zeiten unbekanntem raschen Wechsel der Gesellschaftssitten. Sitte ist, was immer von allen getan wurde. Ihre Geltung verdankt sie nicht allein einem gewissen Beharrungsvermögen. Es ist vielmehr das Vorhandensein eines allgemeingültigen Wertmaßstabes, das die gleiche Einstellung der Menschen eines bestimmten Kreises gegenüber den Dingen erzeugt. Wie der Leser weiß, führt der Verfasser diese Gleichheit im Werten auf die Verwurzelung im Übersinnlichen zurück. Sitte und Religion entspringen also gleichen Quellen. Versiegen sie, so droht mit dem Verfall von Religion auch der von Sitte und Brauch.

Auch das Recht wurzelt in der Gewohnheit, dem Herkommen. Aber der „freie Wille“ des Gesetzgebers ist seine zweite und jüngere

Quelle. Allzuweit darf auch er nicht die Tatsächlichkeit des Gemeinschaftslebens vernachlässigen, sonst verliert das Gesetz seine Geltung. Der Gesetzgeber eines individualistischen Zeitalters schöpft seinen Rechtswillen aus „Vernunft und Moral“; der einer gläubigen Zeit aus Religion und Sitte. Jener wird nie in völlige Übereinstimmung mit seiner Zeit kommen, da Vernunft und Moral subjektiv sind. Dieser aber faßt das Rechtsempfinden einer Gemeinschaft in höchster Form zusammen. Je rationalistischer ein Volk, um so veränderlicher Gesetz, um so schwächer die Macht der Sitte.

Konservative Völker, wie das englische, lassen Gesetze über tausend Jahre in Geltung und warten zu; Nichtgebrauch setzt sie meist praktisch außer Kraft. Nur wenn allzu grobe Mißverhältnisse ins Auge fallen, so werden Sondergesetze aus dem Bedürfnis der Zeit, meist ohne allzu breiten Geltungsbereich, geschaffen. Neuerungen mehr zugängliche Völker, wie das französische, in dessen Schlepptau geistig-rechtlich auch das deutsche seit dem Aufklärungszeitalter folgt, beseitigen lieber das Alte und schaffen ganz Neues: auf Grund vernünftiger Zweckmäßigkeit, scheinbar aus einem Guß. Aber nur scheinbar: nur die Form ist neu, die Inhalte bloß zum Teil. Denn in Wirklichkeit schleppen auch modernste Völker in ihrer Gesetzgebung, die ein buntes Flickkleid weltanschaulicher Trümmer ist, Bestandteile aller Zeiten herum: Altheidnisches und Frühchristliches, Rechtsgut aus Reformation und Gegenreformation, aus der Aufklärung und dem Pietismus. Von vielen Völkern: Germanisches, Römisches, Hellenistisches und Spätabendländisches, Reste aus den Zeiten der Karolinger und Ottonen, des alten Ständestaates, der unbeschränkten Monarchie und der französischen Revolution, aus dem liberalen Manchesterium und der Freihandelsgläubigkeit, aus dem Schutze der Schutzzöllner und der sozialen Reformen.

Prüft man nun beide, Sittenschatz und Rechtsgut auf den Bestand an Werten für die Volkserhaltung, so ist die Ausbeute mager.

**Volkserhaltender  
Wert von  
Sitte und Gesetz**

Praktisch hat sich die Volkssitte in deutschen Landen vom Kinde abgewendet. Trotz aller gegenteiligen Sprichwörter wird das Kind tatsächlich als Last, als Störung empfunden, die kinderreiche Familie aber als etwas Lächerliches, Hinterwäldlerisches. Hier erst spielen wirtschaftliche Erwägungen eine große, ja eine entscheidende Rolle. Soziale Tugenden werden zu völkischen Lastern. Daß der Sohn mehr sein soll als der Vater, höher stehen, gebildeter oder reicher sein soll, ist tief in der deutschen Familie eingewurzelt. Der liberale Staat fördert diesen Wahn noch nach Kräften. Der Wille zum gesellschaftlichen Aufstieg, der für den Abendländer so bezeichnend ist und dem die individualistische Befreiung von sozialer Gebundenheit den Weg zur Tat freimachte, führte zur Kinderbeschränkung. Es gibt nichts Wider-

finnigeres und Volkszerschlagenderes als diesen Glauben. Denn wenn es gelänge, die sogenannten unteren Schichten eines Volkes durchweg zu heben und sie — das ist praktisch das Ziel für die Massen — der Handarbeit zu entheben, was wäre die Folge? Kein Volksgenosse wäre mehr für schwere Arbeit da, weil dann Werkmeister, Aufseher, Kontorangestellte, Maschinenschreiberinnen und höhere Fabrikarbeiterinnen die unterste Schicht bilden würden. Da die „schwere Arbeit“ aber die Hauptmenge der Leistung bei der Erzeugung (Land-, Garten- und Forstwirtschaft, Bergbau, Fischerei usw.) ausmacht, so müßte sie in die Hände von Fremdvölkischen gelegt werden.

Die Zerstörung des Staatsgefüges ist die unmittelbare Folge. Denn kein Volk kann ein Heer von Akademikern und mittelständischen Berufsausgebildeten gebrauchen. Sie müßten in Massen auswandern und die Fremdstaaten überschwemmen. Gerade die Wagemutigsten würden die Heimat verlassen. Schlimmste Gegenauslese ist die Folge.

Fremdvölkische Unterwanderung würde ebenso zur Notwendigkeit. Wie das schon vielfach beobachtet wurde in der Schweiz an den Reichsitalienern (durch Ammann), in Ostdeutschland an den Sachsengängern, in den Vereinigten Staaten an Farbigen. Volk wird dann zur Schicht. Auch das Auslandsdeutschtum bietet gute Beispiele. Die deutschen Bauern, die, sei es aus Gründen der Landesverteidigung, sei es zur Urbarmachung öder, aber fruchtbarer Länder in fremdvölkische Umgebung gerufen wurden, waren ursprünglich kinderreich. Die Vermehrung der deutschen Bauernkolonien in Altungarn und den Schwarzmeerlandern war bis vor kurzem noch erstaunlich hoch. Bis seit den 80er Jahren des verflossenen Jahrhunderts erst ganz langsam, dann immer schneller Geburtenbeschränkung Sitte wurde. Am frühesten in reichen Gemeinden. Ob die moderne Aufklärung, ob die Annahme einer üppigen Lebensweise, herrischer (ungarischer oder russischer) Lebensformen oder ob die Tatsache, daß neues Land für jüngere Söhne nicht mehr in der Nähe zu kaufen war — dieser Grund wird stets angegeben — die ursächliche erste Triebfeder zur Kinderbeschränkung war, ist in den meisten Fällen nicht mehr zu entscheiden. Heute ist die Verquickung vollkommen. Kinder sind nicht mehr Sitte. Ein Beispiel für Tausende: „Welche Schande“, klagte eine junge sächsisch-siebenbürgische Bauersfrau, „ich kann mich im Dorfe nicht sehen lassen, ich bin mit einem dritten Kinde schwanger.“

Die Folgen schildert die schon genannte Schussbündendenschrift eindrucksvoll:

„Die eigentlich sächsischen Siedlungen waren ehemals ein wohl fast vollständig geschlossenes Gebiet deutschen Volkstums, — ähnlich stand es im Banat; dort hört man auch heute noch auf die Frage, zu welcher Nationalität dieses oder jenes Dorf gehöre, die Antwort,

daß es „rein deutsch“ sei. Diese Antwort aber bedeutet heute meist nur noch, daß das Eigentum am Boden den deutschen Bauern ausschließlich gehört. Die seit den letzten Jahrzehnten (in Siebenbürgen wohl noch früher) erfolgte „Untervwanderung“ hat das Bild in bezug auf die tatsächlichen Bevölkerungsverhältnisse wesentlich verschoben. Jetzt finden wir inmitten von „rein“ deutschen Dörfern Fremdstämmige, die sozial niedriger stehen, oft mehreren Völkern angehörig, z. B. den Zigeuner als Hirten, den Rumänen als Landarbeiter oder Diensthoten, den Ungarn als Handwerker oder Knecht, den Juden als Händler. Sichtbar erleben wir hier die Entwicklung, daß sich das einst allumfassende deutsche Volkstum zu einer sozialen Oberschicht umwandelt. Die sächsischen Dörfer Siebenbürgens sind nur ein besonders deutliches Beispiel für einen Vorgang, der sich vielerorts an der deutschen Ostgrenze in mehr oder weniger sichtbaren Formen wiederholt. Die Umwandlung landwirtschaftlicher Technik oder Anbauweise kann ihn fördern oder aufhalten. (Sackfruchtbau, Maschinenbenutzung.) Großgrundbesitz innerhalb fremden Volksbodens, wie wir ihn in Nordosteuropa beobachten, kann sich auf die Dauer aber nur unter gesicherten Staats- und Rechtsverhältnissen halten; wo diese erschüttert werden — wie dies ja an den Volksgrenzen immer wieder eintritt —, ist er das erste Opfer, weil er am meisten die Begehrlichkeit der Machthaber weckt. Forschen wir aber tiefer nach dem Wesensgrund dieser Entwicklung, des soziologischen Umschichtungsprozesses, so sehen wir, daß oft die Aushöhlung des Volkstums durch die Einschränkung der Kinderzahl, durch einen ausgesprochenen Geburtenrückgang vorangeht.“

Nicht Armut, nicht die Niedrigkeit des Einkommens an sich oder dessen Unsicherheit führt zur Kinderarmut, sondern das Mißverhältnis des Einkommens zu gesellschaftlichen Ansprüchen, zum Ehrgeiz für sich selbst oder für die Kinder, die „mehr werden“ sollen. Das Durchschnittseinkommen der kinderreichen Deutschen von 1870 war weniger als das der kinderarmen von 1927, die angeblich aus wirtschaftlichen Gründen sich keine Kinder mehr leisten können. Die gesellschaftlichen Ansprüche aber, den „Lebensstandard“, bestimmt die Sitte, für den Arbeiter, für den Bauern, für den Beamten. Sie waren seit 1870 in beständiger Aufwertung begriffen, dank planvoller Arbeit berufsmäßiger Volksführer gegen „die verfluchte Bedürfnislosigkeit“. Das ist eine Schraube ohne Ende, die ihren Ausgang im Individualismus und seiner Maßstablosigkeit hat. Der tödlichen Ostwestwanderung im Reiche entspricht eine ebenso tödliche Aufwärtswanderung in der sozialen Stufenleiter. Wie die Sitten von oben nach unten drängen, so auch die Kinderbeschränkung. Das üble Vorbild der höheren Schichten, vor allem auch der Beamten, bringt sie mit sich, im Gefolge immer höherer Lebensansprüche.

**Förderung dieser  
Sitten durch  
Schule und Staat**

Immer haben auch wirtschaftliche und Wohnungsschwierigkeiten (in Stadt und Land) das Aufkommen familienfeindlicher Sitten und Bräuche gefördert, dann aber auch Nöte bei der Aufzucht der Kinder. Durch die Schule hat der Staat das Seinige dazu beigetragen, diese Entwicklung zu begünstigen, zum Teil sogar hervorzurufen. Schulzwang, Versetzungs- und Prüfungssängste, besonders im mittleren und höheren Schulwesen, wirkten auf die Familie zurück. Sie marterten Eltern und Kinder in gleicher Weise, verbitterten jenen die schönsten Eltern-, diesen die Jugendjahre. Je ehrgeiziger und „pflichtbewußter“ Eltern und Kinder waren, um so stärker war der Druck. Das unnatürliche, ja erlogen klingende Wort: „Ich kann die Verantwortung nicht auf mich nehmen, Kinder in die Welt zu setzen“, stammt gewiß aus rein individualistischen Gedankengängen; es gründet sich auf Erinnerungen an die eigene verbitterte Kindheit, an Schule und Elternhaus, an Quälereien und Streitigkeiten, die ihren Ausgangspunkt in der allgemeinen Schulpflicht und in Vorschriften der öffentlichen Schule haben.

**Anlagen  
gegen den Staat**

Überhaupt hat „der Staat“ mit seiner individualistischen Gesetzgebung stärksten Anteil am Zustandekommen der derzeitigen Zustände. Sein verfassungsmäßiger Familienschutz steht nur auf dem Papier. Auch da sieht er mehr als spärlich aus. Im zweiten Teile wurde darauf näher eingegangen. Die Hauptmängel zeigen sich auf den Gebieten des öffentlichen Rechtes, des Strafrechtes, des Familien- und Erbrechtes, des Wohnungswesens, der Befoldungsordnung, des Steuerrechtes. Hier kennt man nur einzelne, aber nicht die Familie.

**Fehler der Be-  
foldingordnung**

Den Geburtenrückgang in den Beamtenfamilien muß man sogar unmittelbar „dem Staat“ wegen offensichtlicher Fehler der Befoldungsordnung zur Last legen. Bis zum Weltkriege kannte sie regelmäßige soziale Zulagen nicht; was dann geschaffen wurde, ist Stückwerk und steht in Gefahr, ganz abgebaut zu werden. Die Frauen- und Kinderzulage war rein individualistisch gedacht, gleichbleibend gestaffelt und darum unwirksam, während das materialistische Frankreich wenigstens so logisch ist, die Frauenzuschläge abzubauen, wenn Kinder sich nicht einstellen. Die Kinderzuschläge sind zu niedrig, vor allem bei höheren Beamten. (Wenn „der Staat“ den Schulzwang aufhobe und ihn durch Übernahme der Schulkosten ersetze, wäre schon vieles gebessert.)

**Verfagen  
der sozialen Gesetz-  
gebung auf  
bevölkerungs-  
politischem Gebiet**

Auch die hochgerühmte soziale Gesetzgebung war keineswegs familienfördernd. Der Abfall der Geburten setzt etwa zur Zeit des Beginnes der großen sozialen Reichsgesetze ein und fällt ungefähr mit der Jahrhundertwende zusammen. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die soziale Gesetzgebung des Reiches den Geburtenfall geradezu hervorgerufen habe; denn er hat fraglos andere Ursachen. Lediglich sei festgestellt, daß die hochgepriesene deutsche Sozialgesetzgebung



nicht imstande war, den Geburtenverfall aufzuhalten. In diesem Zusammenhange ist es sogar gleichgültig, ob sie ihn nicht hinderte oder ob sie ihn sogar förderte. Es genügt vielmehr zu verzeichnen, daß ihr solche Absichten gar nicht innerwohnten.

Die aufs gemeinsame Ganze gerichtete Denk- und Fühlweise unserer Generation steht daher, im einzelnen oft bewundernd, im ganzen aber ablehnend dem sozialpolitischen Werke der vorigen gegenüber. Nicht die Erhöhung des Wohles des einzelnen — so berechtigt das Gefühl des Mitleids aus anderen Rücksichten auch sein mag —, sondern die Erhaltung des Gesamtvolkes soll künftig das Ziel der sozialen Politik des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches sein: Bevölkerungs-, richtiger Volkspolitik müssen wir treiben, wenn wir nicht untergehen wollen. Volkspolitisch arbeiten heißt nicht nur die Zahl des Volkes steigern wollen, sondern vor allem auch die Güte; heißt für eine gesunde Zusammensetzung sorgen: nicht gleichmachen, sondern ausgleichen.

### Heilbehandlung des erkrankten Volkskörpers

Die Sorge um das Einzelwohl und die Heilung der Schäden des Volkskörpers sind in ein gesundes Verhältnis zu bringen. Es gibt Lagen, in denen Volkskrankheit nur am einzelnen heilbar ist; wo aber die Fürsorge nur auf den Einzelmenschen zielt, geht die Gesamtheit zugrunde und in der Folge auch der einzelne.

Ein Beweis für die Richtigkeit dieses Satzes kann an folgendem Beispiel geführt werden: die Warnungen vor der Bergreißung sollen natürlich nicht besagen, daß die Verhinderung vorzeitiger Todesfälle, der Schutz der Kinder oder der wirtschaftlich Tätigen, ja daß die Sorge für Alte und Gebrechliche von dem Verfasser abgelehnt würde. Hier kann es leicht zu Mißverständnissen kommen. Nur bei Rückgang der Jugendschichten ist die hohe Zahl der Alten bedenklich: das falsche Verhältnis zwischen den Altersklassen. Für ein gesundes Volk mit reichlichen Jugendschichten ist eine Lebensverlängerung unbedenklich.

Im Gegenteil: wir Jungen bejahen lebensverlängernde Maßnahmen ziemlich weit. Wir halten den Schutz der Wöchnerinnen und Säuglinge, die Fürsorge für die heranwachsende Jugend und die Erhaltung der Gesundheit der Erwachsenen sogar für unerlässlich. Das Gegenteil tun oder die Fürsorge unterlassen, hieße wertvollste Volkskräfte vergeuden, moralische, wehrkraftzerstörende und wirtschaftliche Fehler begehen. Hier liegen Volksaufgaben ersten Ranges.

Die Fürsorge für unheilbar Kranke, Krüppel und Greise dagegen, die Aufzucht nur bedingt lebensfähiger Kinder sind dem nicht gleichzusetzen: es ist ein Werk der Barmherzigkeit, welches das Volk als

Gegenauflese der  
Minberwertigen

Ganzes belastet und nur Opfer von ihm fordert. Opfer, die freiwillig dargebracht werden sollten, besser aber — von schwachen Kindern abgesehen — durch Alters- und Invalidenversicherung innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige vermieden werden. Aber nie sollen aus einem schwächlichen Mitleidsgefühl heraus diese sozialen Aufgaben überschätzt werden. Es mag ein Fortschritt der Heilkunde sein, wenn schwere Krüppel, unheilbar Kranke am Leben erhalten werden. Wenn aber eine aufgeblähte ärztliche Fürsorge zur künstlichen Erhaltung schwachen, kranken und minderwertigen Lebens führt, während das hochwertige vernachlässigt wird, so ist die Frage berechtigt, ob die Gesamtleistung des Volkes darunter nicht leidet. Ob nicht körperlich, geistig und wirtschaftlich die Kräfte des Volkskörpers sinken. Das bedeutet aber den sicheren Niedergang eines Volkes.

#### Familienfürsorge

Ehrfurcht vor dem Alter ist Pflicht — ein Teil der Kindespflicht auf die Allgemeinheit ausgedehnt: daraus folgt schon die Pflicht, die Alten, wenn sie gebrechlich geworden sind, zu ernähren. Aber Grenzen setzt das Vermögen. Einst zeugte man Kinder und zog sie auf, um im Alter von ihnen ernährt und gepflegt zu werden. Gerade die Armen taten es. Die Kinder waren der Spartopf der Besitzlosen. Mit dem Aufhören der patriarchalischen Verhältnisse in der Zeit nach der Aufhebung der Leibeigenschaft war niemand mehr da, der sich — falls die Kinder versagten oder versagt geblieben waren — der armen Alten oder Siechen annehmen konnte. In der Zeit der Hochblüte des Liberalismus konnte der „befreite Einzelmensch“ verkommen, wenn sich die öffentliche Barmherzigkeit seiner nicht annahm. Erst die sozialen Gesetze der Neuzeit schufen Wandel und gaben ein Recht auf Versorgung. Fälscherweise machten sie aber das Reich zum Träger. Diese Verrentpersönlichung rächt sich heute. „Man“ sieht nur „den Staat“ in seiner Beziehung zum einzelnen; Familie und andere Gemeinschaftskreise, die in erster Linie erhaltungspflichtig wären, sind ausgeschaltet. Die Stunde der Rache naht: das heute im besten Alter stehende Geschlecht, das keine Kinder mehr haben will, wird auch keine hinreichende Zahl von Trägern der künftigen Altersversorgung mehr finden. So muß dies Werk zusammenbrechen, wenn es nicht bald umgebaut wird. Die Gewerkschaften sehen dies leider nicht: so blendet der Individualismus jene, die sonst so vernünftig und eifrig auf ihre Interessen bedacht sind.

#### Besserungs- vorschläge

Was sind die Gesichtspunkte für wirklich wirksame bevölkerungs-  
politische Gesetzgebung? Das Zeitalter der Vergottung des einzelnen unterstellte unbewußt, daß die Fruchtbarkeit der Völker unermesslich sei. Für seine Frühzeit im 18. Jahrhundert (Zeitalter der Aufklärung — Malthus) ist die Furcht vor Überbevölkerung sogar kennzeichnend. Diese Furcht verlor sich später, ohne aber einer gegenteiligen Besorgnis

Platz zu machen. Bis 1927 ist — wenn man von der oben geschilderten Ostmarkansiedlung absteht — nichts geschehen. Dagegen wurden eine Reihe schädlicher Gesetze erlassen. Vom Gefühle der Gesamtverantwortung für die Erhaltung des Volkes getragene Bevölkerungspolitik ist also bis heute in deutschen Landen noch nicht gemacht worden.

Dazu ist es aber höchste Zeit. Die gesamte Gesetzgebung des Reiches und der Länder bedarf der Überprüfung und Änderung nach dem Grundsatz:

Nicht das Einzelwohl zu fördern ist erste Staatsaufgabe, sondern die Gesunderhaltung des Gesamtvollkörpers. Dazu gehört die Wiedererweckung des natürlichsten unentbehrlichen Triebes nach starker Vermehrung. Ehrung der Kinderreichen, weil sie am meisten für „den Staat“ leisten, Vorzugsrechte (Wahl, Steuer, Besoldung, Erbschaft, Grunderwerb, Schule, Erziehung usw.), Prüfung der Versuche fremder Staaten in dieser Hinsicht. Bewußte Hinarbeit auf Änderung der Volksitten. Verschiedene Vorschläge zum rechtlichen Neubau wurden im staatspolitischen Teile dieses Buches schon gemacht. In Einzelheiten einzugehen, verbietet sein Rahmen. Denn der Einzug eines neuen, richtunggebenden Geistes in das deutsche öffentliche Leben wird natürlich auch die rechtschöpferischen Kräfte hervorlocken. Darüber können allzu Ängstliche schon beruhigt sein. Im übrigen hat der Bund der Kinderreichen sehr viel Vorarbeit auf diesem Gebiete geleistet. Daß sie nicht entsprechend ausgewertet wurde, liegt daran, daß der Zeitgeist eben jener Arbeit den Widerhall versagte, der einem Vereine von diesem sittlichen Schwergewichte beschieden sein sollte.

Es genügt aber nicht, die kinderreiche Familie zu fördern. Auch die kinderreiche Landgemeinde muß von Schullasten befreit werden. Sie erzieht ja mit größter Überspannung ihrer Kräfte den Nachwuchs für die Großstadt, die es leicht hat, aus deren Arbeitsertragnis heraus zu wirtschaften (Schulpaläste). Ausgleich ist hier die Forderung.

Zu diesen rechtlichen Neuerungen muß verstärkte Bodenverhaftung **Siedlung** treten. Die Wiederbesiedelung der durch falsche Bodenpolitik von Deutschen leer gewordenen und heute mit slawischen Wanderarbeitern bestellten Großgütern durch deutsche Bauern ist das erste Ziel. Wirtschaftliche und völkische Gründe verlangen Beseitigung der widersinnigen heutigen Zustände, wie sie schon geschildert wurden. Auf freiem Markte kann und muß der Boden angekauft werden.

Nicht der bereits einmal abgewanderte verstädterte Landlose, der arbeitslos gewordene Industrie- oder Bergarbeiter kommt hierfür in Betracht, sondern zweite und weitere Bauernsöhne. Früher gingen diese zum Heere; diese Möglichkeit ist heute verschlossen und die städtische Arbeitslosigkeit wirkt abriegelnd. Wer imstande ist, Einblick in die

Geschäfte von Siedlungsgesellschaften zu nehmen, der weiß, daß heute ein starker Andrang von bestem Siedlermaterial herrscht, daß er noch niemals seit hundert Jahren so groß war, selbst nicht in Hungerzeiten und Währungsverfalltagen. Ein hoffnungsvolles Zeichen. Angesichts der bevölkerungspolitischen Sorgen darf nicht gezögert werden, die Gunst der Stunde zu nutzen. Es ist vielleicht die letzte.

Darum wird die Beseitigung aller gesetzlichen und bürokratischen Hemmungen gefordert, Bereitstellung von großen Mitteln durch das Reich — aber nicht amtliche Siedelung. Die freien Kräfte genügen vollauf. Zehntausend deutsche Bauernstellen zu guten Rechten und mit hinreichendem Boden sollen jährlich geschaffen werden. Nicht nur wirtschaftliche Tüchtigkeit des einzelnen soll bei der Siedlerauswahl maßgebend sein, sondern auch sein Wert für die Zukunft des Gesamtvolkes; auch nach körperlicher Tüchtigkeit ist Auslese zu halten. Nachkommen Kinderreicher sind in erster Linie zu wählen. Die Anlage der Siedlung ist aber so vorzusehen und die Rente, die der Siedelnde zu zahlen hat, so zu staffeln, daß die Aufziehung einer großen Kinderzahl nicht Schaden bringt, sondern Nutzen.

Auf viele Jahre hinaus ist noch genug Land in den verkleinerten Grenzen des Reiches da, welches in Bauernhand überführt werden muß. Bis dahin ist das deutsche Volk nicht auf neuen auswärtigen oder gar überseeischen Siedlungsraum angewiesen; es kommen zudem die Jahre, in denen die deutsche Jugend knapp an Zahl sein wird. Endlich steht noch die große Aufgabe der Wiederbesiedlung der von Polen dem deutschen Reiche entriffenen deutschen Grenzgebiete im Osten bevor, aus denen eine Million Deutscher vertrieben wurde. Sie zu lösen, wird weises Haushalten mit deutschen Volkskräften erfordern.

#### **Wanderung**

Die Verschiebung der Bevölkerung sowohl aus den als auch in die deutschen Reichsgrenzen muß in höherem Maße wie bisher beobachtet und, wenn es nötig sein sollte, auch geregelt werden. Dazu gehört nicht nur die auf das Einzelwohl zielende Betreuung und Beratung Auswanderungslustiger, sondern unter Umständen stärkste Beeinflussung der Auswanderung selbst. Gegebenenfalls ihre Einschränkung oder, falls dies unmöglich, ihre zielbewusste Hinleitung auf bestimmte Orte und bestimmte Gebiete. Grundsätzlich ist die überseeische Auswanderung für das deutsche Volkstum schädlich, da in der Regel diese Bestandteile dem deutschen Volke verloren gehen. Der Überwachung der Auswanderung entspricht die der Einwanderung. Auf die Dauer ist es nicht angängig, minderwertige Elemente aus dem Osten einströmen zu lassen. Insbesondere gilt das von denen, die in Deutschland ihr Glück machen wollen und hierzu neben Emsigkeit eine strupellose Moral mitbringen. Amerika ist schon längst dazu übergegangen,

bei der Einwanderung zielbewußte Auslese zu treiben und hat zu diesem Zwecke umfangreiche rassenkundliche Forschungen in den Dienst der Einwanderungspolitik gestellt.

Aber auch innerhalb der Grenzen muß die Bevölkerungsver-schiebung zwischen Stadt und Land, zwischen Osten und Westen, zwischen Norden und Süden, besonders hinsichtlich der Grenzen, sorgfältig beobachtet und unter Umständen auch zielbewußt gelenkt werden. Droht der Städtetod, dann hat jede Rücksicht auf das geheiligte Recht der Freizügigkeit zu verschwinden. Nachdem die Wirtschaft in eine gewisse Rubelage gekommen ist, die eine weitere Ausdehnung und stärkere Industrialisierung wohl vorläufig verhindern dürfte, da fernerhin der Arbeitsmarkt mit Arbeitskräften übersättigt ist (siehe Erwerbslosenziffer), so muß die Frage erhoben werden, ob der Zuzug zu den Großstädten nicht von dem Nachweise einer in der Stadt fest angebotenen, gesicherten Lebensstellung abhängig gemacht werden soll. Eingriffe in die Willkür des einzelnen lassen sich kaum vermeiden, wo ein höherer Wille auf das Gesamtwohl zielt, ganz abgesehen davon, daß der einzelne oft nicht sorgfältiger Überlegung, sondern Gerüchten oder Sehnsüchten folgt, wenn er dem glänzenden Elende der Großstadt gleich dem lichtsuchenden Nachtfalter zuflattert.

Vorbedingung jeder gesunden Bevölkerungspolitik oder, wie der Verfasser es weiter oben schon nannte, Volkspolitik, ist die gründliche Erforschung all der Wissensgebiete, die in dem bevölkerungspolitischen Teile des vorliegenden Buches nur sehr kurz behandelt werden konnten. Die Statistik leistet zwar ganz Ausgezeichnetes. Aber was nützt die beste statistische Arbeit, wenn sie nicht zielbewußt bevölkerungspolitisch ausgewertet wird? Nicht nur die breite Öffentlichkeit befindet sich in verhängnisvollen Irrtümern über die hier vorgetragene Gegenstände, sondern die politisch führende Schicht. Die Wissenschaftler haben bisher viel zu wenig Sorgfalt bevölkerungspolitischen Fragen zugewendet. In den Hochschulen müßten Lehrstühle für Bevölkerungspolitik errichtet werden. Vor allem aber bedarf sie gesicherter Forschungsstätten (Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft). Die Volksvertretungen müßten viel mehr wie bisher über alle diese Verhältnisse aufgeklärt werden. Darüber hinaus aber bedarf es einer neuen Einstellung der öffentlichen Fürsorge. Ein Sozialministerium ist erst dann wahrhaft sozial, wenn es im wörtlichen Sinne ein Ministerium zur Volkserhaltung wird. Heute erschöpft sich der Aufgabenkreis der Sozialministerien, die bezeichnenderweise auch oft Wohlfahrtsministerien genannt werden, in dem Schutze der Schwachen. Gewiß bedürfen diese besonderer Stützung durch die Öffentlichkeit; aber diese Hilfe ist doch nur ein Teil einer viel umfangreicheren Aufgabe, der Volkserhaltung. Da die Aufgabe der Volkserhaltung jenseits aller eigentlichen Staatspolitik und der jeweiligen

Wissenschaft  
und Staat

politischen Richtungen steht, so wäre fogar zu erwägen, eine unabhängige, mit großen Vollmachten ausgestattete Stelle zu errichten, die bei allen Arbeiten und Maßnahmen führt, die für die Erhaltung und Stärkung des Volkstums wirken sollen.

Im Leben der Völker entscheidet die sittliche Stärke und die innere Kraft. Ein sittlich hochstehendes Volk hält auch seinen Körper gesund und kräftig. Vernachlässigt es diese Pflicht gegen sich selbst, so wird es in seiner geschichtlichen Rolle von dem hochwertigeren Volke abgelöst. Wenn die Deutschen aber Hochwertigkeit wollen, so muß alle Arbeit beim eigenen Volkskörper beginnen. Geschieht dies nicht, dann ist das ganze politische Bemühen all derer, die sich Politiker nennen und vorgeben, ihr Volk zu lieben, unnützes Werk.

---

## Sechster Teil

# Außenpolitik

Keine Nation, die in diesen Zustand der Abhängigkeit herabgesunken, kann durch die gewöhnlichen und bisher gebrauchten Mittel sich aus demselben erheben. War ihr Widerstand fruchtlos, als sie noch im Besitze aller ihrer Kräfte war, was kann derselbe sodann fruchten, nachdem sie des größten Teiles derselben beraubt ist? Was vorher hätte helfen können, nämlich wenn die Regierung die Zügel kräftig und straff angehalten hätte, ist nun nicht mehr anwendbar, nachdem diese Zügel nur noch zum Scheine in ihrer Hand ruhen, und diese ihre Hand selbst durch eine fremde Hand gelenkt und geleitet wird. *Sichte*

### Der Begriff der Außenpolitik

Politik ist Außenpolitik. Sie entscheidet der Deutschen Schicksal. In ihr gipfelt dieses Buch.

Wie bereits mehrfach ausgeführt, darf grundsätzlich der Begriff der Innenpolitik nicht als zu Recht bestehend anerkannt werden; denn einer gesunden sozialen Ordnung genügen eine tüchtige Staatsverwaltung und eine hochstehende Rechtsprechung. Aus dem Staate hat der Individualismus der letzten hundert Jahre allmählich ein Werkzeug zur Wahrung von Einzelinteressen gemacht und ihn so seiner außenpolitischen Hauptaufgabe entfremdet. Um ihn für die Befreiung des deutschen Volkes, seine heutige Hauptaufgabe, tauglich zu machen, müssen Staat und Gesellschaft vorher aus den Fesseln jener alles zersetzenden Weltanschauung erlöst sein. Darum wurden die vorstehenden Abschnitte diesem letzten und wichtigsten vorangestellt.

Den seelischen Wendepunkt, der am Anfange einer neuen Zeit steht, bildet — im ersten Teile wurde das eingehend dargelegt — das Kriegserlebnis des Frontkämpfergeschlechtes. Nicht zufällig!

**Kriegserlebnis  
und außenpolitische  
Einstellung**

Ist der Krieg doch die nachdrücklichste, die letzte Form der Außenpolitik. Zu keiner Zeit wird ihre Bedeutung einem Geschlechte so lebendig, als wenn es gezwungen ist, sein Dasein mit Gut und Blut zu verteidigen. Es ist auch auseinandergesetzt worden, daß das Kriegserlebnis nicht nur eine allgemein-menschliche Auslockerung des seelischen Urgrundes herbeiführte, sondern auch die deutsche Sonderstellung, das Bewußtsein eines deutschen Gottesstreitertumes in den Tungen lebendig werden ließ. Nicht nur ein neuer Mensch, sondern auch ein neuer Deutscher steigt deshalb verjüngt aus der Asche des Weltkrieges.

Die sprunghafte  
Einstufung des  
außenpolitischen  
Begriffes

Diese Erkenntnis vermittelt eine weitere: es kann kein Neben- einander innerer und äußerer Politik geben. Die oft aufgestellte Behauptung: erst innere Reinigung, dann außenpolitische Befreiung entspringt in ihrer gewaltsamen Aufspaltung von Untrennbarem einer materialistisch-mechanistischen Denkweise. Sie ist das Ergebnis eines Denkens, welches bei einem naturwissenschaftlichen Werkstattversuch berechtigt, auf staatspolitischem Gebiete aber unstatthaft ist. Denn nur das Vorhandensein eines allgemein gültigen Wertmaßstabes gewährleistet ungestörte Entwicklung der Geschichte eines Volkes: Einheit nach innen und außen, Unterordnung aller unter ein gemeinsames Ziel. Die letzten Werte sind es, welche für die Stellungnahme des einzelnen zur gesamten Außenwelt maßgeblich sind. Überspitzt und beispielhaft ausgedrückt: die Stellung des Deutschen zu Gott bestimmt seine Stellung in der Welt. So will dies Buch auch nicht neue Lehren aufstellen und ebensowenig neue Einzelerkenntnisse vermitteln, sondern Zusammenhänge herstellen. Der Zustand des Schulwesens eines Volkes, seiner staatlichen und wirtschaftlichen Verfassung, und seine weltpolitische Stellung sind abhängig von der gemeinsamen Wurzel: der inneren Gestaltung des deutschen Menschen, der alles schafft und für alles die Verantwortung trägt.

In den letzten hundert Jahren war der deutsche Mensch richtungslos geworden. Seine Haltung und die von ihm geschaffenen sozialen Formen entsprangen nur noch materialistischen Gesichtspunkten. Daher konnte auch die Außenpolitik seines Volkes, das gerade in dieser Zeitspanne das Recht, sie zu bestimmen, erhalten hatte, nicht zielbewußt und deshalb auch nicht erfolgreich sein. Der Deutsche machte Stamm- tischpolitik.

Zerrissenheit  
deutscher Politik

Heute gibt es, äußerlich gesehen, noch keine Politik des gesamten deutschen Volkes, sondern nur eine solche von zwei halbwegs freien deutschen „Freistaaten“, dem Deutschen Reiche und Deutschösterreich, ferner des Freistaates Danzig, der noch weniger frei ist. Neunzig bis hundert Millionen deutscher Menschen fehlt der Begriff einer gemeinsamen deutschen Politik. Ja, nicht einmal die beiden größeren



deutschen Staaten machen bisher eine Politik des Gesamtdeutschtums; ebensowenig wie das deutsche Volk als Ganzes. Jene Ansätze einer Gesamtwolkspolitik, welche in den letzten Jahren wohl gelegentlich bemerkbar waren, sind noch recht schwach. Sie werden später gewürdigt werden. Die erdrückende Mehrzahl derer aber, die heute mit Außenpolitik befaßt sind (womit noch nicht gesagt sein soll, daß sie auch außenpolitisch denken können) — Politiker und Beamte der älteren Generation —, ist jedem volksdeutschen Gedanken fern. Sie lebt im Grunde noch in der Vorstellungswelt des Rokoko oder bestenfalls der französischen Revolution und betrachtet außenpolitische Arbeit als eine Art Brettspiel, bei dem man die Steine, d. h. die Staaten, verschieben und umordnen könne. Das ist falsch. Denn es ist veraltet, die Politik nur als eine solche von Staaten zu betrachten. Seither sind nämlich die Völker ihrer selbst bewußt geworden. Heute ist sie daher der Kampf, den Völker (mit Hilfe der Staaten als Formen) untereinander führen. Krieg ist nur eine besonders scharfe Abart dieses Kampfes.

Die in der Tiefe des Volkstums ruhenden Kräfte schaffen die **Volk formt Staat** Formen, in denen es sich außenpolitisch behauptet: den Staat. Versagt er, so bleibt das betroffene Volk nicht mehr Träger der Geschichte, sondern wird von anderen, fremden geleitet und verändert. Ein staatenloses Volk wandelt sich unter dem Drucke eines fremden, politisch begabteren, staatsführenden Volkes oder es geht sogar in ihm auf.

Aus ein und derselben Quelle strömen die Kräfte, die ein Volk im Innern zusammenfassen und die es um seine außenpolitische Selbstbehauptung kämpfen lassen. Rein innerer Aufbau wird aber helfen, wenn der außenpolitische Wille versagt und kein Aufflammen außenpolitischen Willens die Mängel an straffer innerer Zusammenfassung ersetzt. Die deutsche und die polnische Geschichte sind eine Kette von Beweisen für diese Behauptung. Wohl aber ist denkbar, daß das feelische Leben eines Volkes stärker wird und daß deshalb wiedererwachte Schöpferkraft zuerst im Innern neue Formen schafft. Kriege und Revolutionen wohnen deshalb in traulicher Nachbarschaft. Oft drängt Revolution zum Kriege, wie umgekehrt Krieg Revolutionen gebiert. Daß allerdings eine Revolution (1918) die Selbstbehauptung des Volkes verneinte und seinen Widerstandswillen lähmte, bleibt eine geschichtliche Besonderheit der Deutschen und wird niemals anders wie „ein schwarzes Kapitel der deutschen Geschichte“ heißen. Besteht also eine Beziehung zwischen außenpolitischer Bedrängung und innerem Erneuerungswillen, so darf gesagt werden: die heutige außenpolitische Not der Deutschen kann die Herzen und den Willen der Deutschen bereit machen, die innenpolitische Einigkeit in den Lebensfragen des Volkes zu schaffen. Versagen sich aber die heute Lebenden dieser Aufgabe, lassen sie diese Zeit äußerlicher Ruhe verstreichen, so

wird der nächste Krieg auch den Bürgerkrieg selbst entfesseln. Diese Erwägungen leiten bereits zur Beantwortung der Frage über, die am Ende dieser Abhandlung gestellt wird: welches der Weg sei, aus geschriebenem Wort zu politischer Wirklichkeit zu gelangen.

## Westlicher Aufstieg — europäischer Niedergang

Die geschichtliche  
Entwicklung

Der Siegeszug des Individualismus entwickelte die Völker zu Nationen. Die spättrömisch-französische Gedankenwelt verkörpert sich vorbildlich gerade in der Entwicklung der Westfranken zur französischen Nation und in der Herausbildung des westlichen Staatsideals. Die zwei großen Formen des individualistischen, neuzeitlich-abendländischen Staates schuf Frankreich: das unbeschränkte Königtum der letzten Bourbonen und die moderne Republik. So innerlich gleichgerichtet die Regierungsweise des Sonnenkönigs und die einer Formaldemokratie unserer Tage — in Wahrheit die Herrschaft Weniger auf Grund ihres Geldbesitzes oder ihrer schrankenlosen Volksverführung — sind, so gleichbleibend sind auch die Ziele der französischen Außenpolitik seit Jahrhunderten.

Französischer  
Aufstieg

Der Geschichte des Individualismus entspricht in der Tat der Aufstieg Frankreichs zur europäischen Vormacht, die nicht allein das gesamte Franzosentum staatlich zusammenfaßt, sondern es auch über Europa herrschen läßt. Ihr entspricht aber auch gleichzeitig der Niedergang des deutschen Volkes.

Krieg des alten  
deutschen Reiches

Den deutschen Nationalstaat gab es in der Geschichte nie. Es gibt ihn auch heute noch nicht in dem Sinne, daß er das Gesamtdeutschtum erfasse. Das universale römisch-deutsche Kaiserreich war vielmehr der weitgespannte Rahmen, der das gesamte Deutschtum nicht nur umgriff, sondern ihm auch die Rolle des politisch und kulturell führenden Volkes gab. Daß das Landesfürstentum im westfälischen Frieden außenpolitisch Geltung errang, bedeutet das Ende des vom Deutschume bestimmten Universalreiches. Die viel verschrieenen Landesfürsten schufen aber andererseits durch neue Machtbildung wiederum Grundlage und Kern für das künftige Reich der Deutschen. Durch Friedrich den Großen und Bismarck betrat das deutsche Volk auf gewaltigen Umwegen die Bahn, welche schon Jahrhunderte vorher Frankreich zur Erlangung der europäischen Vormacht gedient hatte. Vorher aber ging es mit den Deutschen immer mehr abwärts. Unter dem Drucke des nationalbewußten Franzosentums schritt der Zerfall des gesamtdeutschen Volkes und die Einengung feines Lebensraumes fort: bis 1864 und 1866.

Im Westen, im Stromgebiete von Rhein, Maas und Schelde, verlor das deutsche Volk die nordwestlichste Landschaft Mitteleuropas. Die Heimat eines Tull Mensepiegel, die heute zwischen Holland, Belgien und Frankreich aufgeteilten Niederlande waren einst deutscher Volksboden. Luxemburg gehörte bis 1866 zum Deutschen Bunde. Erst im Weltkriege stellten die Frontkrieger — vorübergehend — die Linie wieder her, die einst den mitteleuropäischen Raum gegen Westen abschloß. Wer empfand auf dem „Großen Platz“ in Brüssel nicht dessen Deutschtum und wer dachte nicht in den Schützengräben vor Verbund daran, daß jetzt Hunderttausende mit ihrem Blute bezahlen mußten, was das 16. und 17. Jahrhundert am deutschen Volke sündigten? Im Süden gingen Lothringen und das Elsaß nach dem Dreißigjährigen Kriege verloren; schon vorher die Schweiz. Seit 1918 begreift das deutsche Volk langsam, daß Schillers großes Befreiungsdrama, der Tell, in Wirklichkeit ein deutsches Trauerspiel ist, welches den staatlichen Zerfall des Deutschen Reiches verherrlicht. M. S. Boehm hat oft genug darauf hingewiesen.

Verluste im Westen

1871 erfolgte im Westen, nach jahrhundertlangem Abbröckeln jener Rückschlag, den das deutsche Volk einem ganz großen Erhalter zu danken hat: Elsaß-Lothringen wurde dem deutschen Reiche wiedergewonnen. Aber es ging nach einem Menschenalter wieder verloren. Das deutsche Volk hatte nicht die Kraft, das Wiedergewonnene zu bewahren. Kaum war der große Staatsmann dahingeshieden, als auch schon die nächste Kraftprobe sein außenpolitisches Werk zerrümmerte. Ein tragisches Schicksal läßt sich aus diesen Vorgängen ableiten: sie erhellen die Einsamkeit, in welcher Bismarck lebte. Sie zeigen, wie wenig sein Volk von seinem Geiste in sich trug.

Vorübergehende Teilgewinne im Westen

Im Osten vollzog sich zwangsläufig dasselbe Trauerspiel. Die Einigung aller Deutschen, welche 1871 der kleindeutschen Lösung Preußens nicht gelungen war, wurde durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn endgültig ausgeschlossen. Wäre sie damals gelungen, so hätten die Deutschen vielleicht ruckartig den jahrhundertalten Vorsprung der Franzosen eingeholt. Und jenes geringe „Mehr“ an Macht, welches 1914 zur Unüberwindlichkeit fehlte, wäre vorhanden gewesen oder es hätte genügt, den Weltkrieg zu verhindern.

Verluste im Osten

Tatsache ist jedoch, daß die Entwicklung zunächst den kleindeutschen Weg ging und daß ferner dadurch das reichsdeutsche politische Denken nunmehr eine entscheidende Abwandlung erfuhr. Einmal bekam es in den der Reichsgründung folgenden Jahrzehnten allmählich binnendeutsche-kleinstaatliche Beschränktheit. Es verspießte. Der Reichsdeutsche galt fürderhin als der Deutsche schlechthin und das Land der Deutschen wurde in der Vorstellung mit dem Staatsgebiete des Deutschen Reiches gleichgestellt. Mit dem Sprachgebrauche verengte

sich auch die Gefühlswelt. Die natürliche politische Zielsetzung in Richtung nach der Ganzheit des deutschen Volkes (und darum auch nach einem größeren deutschen Reiche) kam abhanden.

**Dreibund** Bismarck zog aus der Gemeinsamkeit der mitteleuropäischen Lage die Folgerung, ein reichsdeutsch-österreichisches Bündnis sei notwendig. Ein Bündnis, das er abschloß und dem er, als mitteleuropäisch denkender Politiker später sogar Italien angliederte. Durch diese Bindung wurde für Jahrzehnte der strategische Raum gesichert, aber andererseits auch die politische Fortentwicklung des deutschen Volkes zur Einheit unterbunden. Das Verhängnis beginnt. Wohl wurde durch dies Bündnis das raumbherrschende Österreich, damals noch vom Deutschtum geführt, gekräftigt, jedoch nur für kurze Zeit; denn schon regten sich jene Kräfte des individualistischen Nationalgedankens, die das Deutschtum im Westen zurückgeworfen hatten, um nun auch im Osten vollends zu seinem Verhängnis zu werden.

**Österreichs Ende** Österreich zerfiel sich mehr und mehr. Es wurde immer bündnis-unwerter. 1918 brach es zusammen. Ruhmlos versank ein deutscher Teilstaat, der einst Stolzestes geleistet hatte: Waffentaten und friedliche Leistungen deutscher Art, als er noch die deutsche Vormacht war. Vom Reiche gelöst schwand er dahin. Ein Vorgang, dessen Tragik man im Reiche zu begreifen nicht mehr imstande war. Von den in der Doppelmonarchie wohnenden zwölf Millionen Deutschen wurde fast die Hälfte in alle Winde (auf die Nachfolgestaaten) zerstreut und der Anschluß Rumpfosterreichs im Friedensdiktate von Versailles „verboten“. Seitdem arbeitet die gegnerische Politik an der „Verschwizzerung“ Österreichs.

Um das Gesamtbild zu vervollständigen, sei an die sonstigen Verluste erinnert: an die Abtrennung Nordschleswigs, an das schwere Schicksal der Deutschen, die an die Tschechoslowakei, Italien, Südflawien, Polen und Litauen verloren gingen und die im Freistaate Danzig dem Schicksale Deutsch-Österreichs entgegengeführt werden sollen. Darüber hinaus sei aber nicht nur der eben erwähnten Verluste des Deutschtums seit 1918 gedacht; in der Doppelmonarchie war seit 1866 schon ein Rückgang des Deutschtums unverkennbar. Deutsches Bürger- und Bauerntum erlag dem ungarischen und kroatischen Nationalismus ohne Schutz von Wien oder gar Berlin. Außerdem rangen zahlreiche Deutsche in den Ostseeprovinzen und den Kolonistengebieten Altrosslands seit Jahrzehnten um ihr völkisches Dasein: von Reval bis zu den Karpathen, ja bis zu dem Schwarzen Meere in „Zwischen- oder Inner-Europa“ auf deutschem Kulturboden. In das geschlossene deutsche Sprachgebiet aber, von der Memel bis fast zur Adria, drängten sich litauische, polnische und tschechische Ausdehnungsfüchte hinein.

**Rückblick  
auf die deutsche  
Vollgeschichte**

Heute sieht das deutsche Volk im Reiche das alles nicht mehr teilnahmslos mit an, wie vor 1914, dank dem Wiederaufleben des

völkedeutschen Gedankens. Nicht nur verfolgt heute wieder die Jugend gefühlsmäßig, sondern auch die Wissenschaft forschend den gewaltigen Ostzug des Deutschtums, den es im Mittelalter, von seiner Wiege am Rheine aus, unternahm und der die Ostsee zu einem deutschen Meere, die Donau zu einem deutschen Strome machte. Im 18. Jahrhundert wurde unter Friedrich dem Großen und Maria Theresia jene Ost- richtung der deutschen Politik nochmals lebendig, um dann der Ver- gessenheit anheimzufallen. Vorbei war die Zeit, da innere Stärke deutschen Volkstums seine Vorzüge gegenüber dem unterlegenen Osten geltend zu machen suchte. Vorbei die große Wanderung von dem Westen nach dem Osten und die fortschreitende Kultivierung der an das Deutschtum im Osten grenzenden Völker. Das Bild, welches das geschlossene deutsche Sprachgebiet heute bietet, ist er- schütternd.

#### Deutschtum in Deutschen Staaten:

1. Reich
2. Osterreich
3. Danzig
4. Luxemburg
5. Liechtenstein;

#### in halbdeutschen Staaten:

6. Schweiz;

#### in fremden Staaten:

7. Nordschleswig
8. Holland (Maastricht)
9. Eupen - Malmédy — Heinrichkapelle — belg. Deutsch- luxemburg
10. Elsaß-Lothringen
11. Monterofadeutsche — Südtirol — Bladen — Ranaltal
12. Mahrnberg bei Marburg
13. Odenburg und sonstige Grenzorte, Wieselburg
14. Preßburg, sudetendeutsche Gebiete
15. Ostoberschlesien — Korridor — Soldau
16. Memelgebiet im weitesten Sinne.

Nur ungefähr zwei Drittel des großen deutschen Volkes wohnen im Deutschen Reiche. Die restlichen dreißig Millionen verteilen sich auf fast alle anderen Staaten der Welt. Allein das geschlossene mittel- europäische Siedlungsgebiet der Deutschen (ohne die vorgelagerten Inseln) ist — ausschließlich Luxemburg und Schweiz — auf 14 mehr oder weniger selbständige Staaten aufgeteilt. Ein Teil der verstreuten Deutschen hat sein Deutschtum eingebüßt und verleugnet das Land der Väter. Ein Teil fühlt eben noch kulturdeutsch. Ein weiterer Teil endlich, voll deutschbewußt, will sein deutsches Eigenleben auch in

Das schmerzliche  
Gegenwartsbild

fremden Staaten bewahren und strebt, soweit er innerhalb des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa ansässig ist, mit dem Herzen zum Mutterlande zurück. Seine Zukunft ist im Zeitalter des Nationalstaates bedrohter denn je. Kein anderes großes Kulturvolk lebt in so furchtbarer Zerrissenheit wie das deutsche. Als vom 17. Jahrhundert an die überschüssige Bevölkerung Europas ihren Zug in die überseeische Ferne antrat, gab es keine Macht in Deutschland, welche das von deutschen Auswanderern urbar gemachte Land als deutschen Kolonialboden beanspruchen konnte. Viele Millionen Deutscher gingen so in Amerika dem Deutschtum verloren. Es fehlte das einigende Band eines starken, staatlich geeinten Mutterlandes der gleichen Konfession, eines klar umrissenen Volks- und Kulturgedankens. Die innere Zerrissenheit ließ die Einzelauswanderer sich auch draußen nicht wieder zusammenfinden, so groß ihre Zahl auch war, so dicht sie auch über See siedeln mochten. Ein Deutscher, namens Müller, gab im nordamerikanischen Kongreß den Ausschlag für den Beschluß, der die Einführung der deutschen an Stelle der englischen Staatssprache ablehnte. Ein schmerzliches Beispiel für viele! Unaufhaltsam schien dieses deutsche Schicksal sich zu vollziehen: in den überseeischen Ländern verlorenes Deutschtum, in Europa zerstückeltes und aufgeteiltes.

Der Rückschlag  
von 1871

Vorübergehend gebot im Jahre 1871 jener große Deutsche der Auflösung Halt. Nicht nur in Europa erfolgte der günstige Rückschlag, sondern gleichzeitig — gewissermaßen in letzter Stunde — gewann das Reich noch große Flächen überseeischen Bodens, die zwar keine Heimstätte für Millionen deutscher Auswanderer — damals erreichte das Reich gerade seine Geburtenhöchstzahl —, aber immerhin bescheidene Möglichkeiten verhießen. Der Deutsche konnte sich die berechtigten Kolonialerzeugnisse selbst pflanzen und ernten. Gleichzeitig erhielt das Auslandsdeutschtum Auftrieb und Rückhalt, in Europa, vor allem aber über See. Die Farben des neuen Deutschen Reiches brachten endlich das einigende Symbol.

Diese Ansätze einer Wende in der deutschen Geschichte sind heute wieder vernichtet. Die afrikanischen und ozeanischen Kolonien gingen verloren. Viele der auslandsdeutschen Streusiedlungen sind vernichtet. Der deutsche Lebensraum in Europa aber wurde in Versailles erneut verengt. Mehr als eine Million Deutscher wurden aus den Grenzgebieten verdrängt und auf dem verkleinerten Reichsboden zusammengepfercht. Unaufhaltsames Verhängnis scheint seinen Lauf zu nehmen.

Sträflich leichtsinnige Hoffnungsfreudigkeit pflegt, wenn diese Tatsachen vorgetragen werden, einzuwenden, so schlimm sei das alles nicht. Die deutsche Einheit sei doch gerettet und der Wiederaufstieg Deutschlands unverkennbar. Gewiß, das Deutsche Reich besteht noch.

Das Deutschtum  
ohne  
machstaatlichen  
Rückhalt

Mit seiner geretteten „deutschen Einheit“ kann sich aber nur der zufrieden geben, der dreißig Millionen Deutscher, die außerhalb der deutschen Staatsgrenzen leben, nicht gedenkt und — bewußt — der elf bis zwölf Millionen Grenzdeutscher vor den Toren des Reiches vergißt. Die Behauptung eines deutschen Wiederaufstiegs aber ist sicherlich im volksdeutschen wie im staatlichen Sinne falsch. Denn, abgesehen von dem maßlosen Leide des letzten Jahrhunderts, nicht gerechnet die Verluste an Boden, Menschen und Volksvermögen und ohne Berücksichtigung des Schwundes der Lebenskraft (Vergreifung), bleibt dem nüchternen Blicke eine Besonderheit des Versailler Vertrages unverkennbar, die ihn zu dem unerhörtesten politischen Machtmittel macht, das es je gegeben hat: die Beschränkung der deutschen Souveränität. Ein Volk, welchem die Selbstentscheidung über seine militärische Rüstung genommen ist, dessen Recht zur Verteidigung tatsächlich beschnitten ist, ermangelt angesichts des Fehlens natürlicher, zur Verteidigung geeigneter Grenzen der Grundlage jeder wahren Hoheit, der Selbstbestimmung. Gerber hat diese Beschränkungen eindrucksvoll dargelegt.

Weite Volkskreise sind geneigt — abgesehen von den Tributzahlungen, deren Wahnsinn eines Tages sich ergeben wird — als die furchtbarste Beschränkung unserer Souveränität die Besetzung am Rheine zu empfinden. Und doch ist sie nicht das Schlimmste. Gerade der Verfasser ist sich wohl bewußt, welche Last und Not die Besetzung des linken Rheinufers bedeutet; jeder ehrliebende Deutsche fühlt sie natürlich auch als moralische Schmach. Aber andererseits darf nicht übersehen werden, daß — politisch gesehen — an der europäischen Machtverteilung mit dem Abzuge der Besetzung allein wenig geändert ist. Denn die Zurückziehung der Reichswehr aus den Rheinlanden (Errichtung einer neutralen Zone, die nur für die Deutschen neutral ist) in Verbindung mit der Beherrschung Straßburgs durch die Franzosen hat, angesichts der deutschen Entwaffnung, die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse gewaltig verschoben: die strategischen Grenzen Frankreichs bilden heute einen großen Bogen, vom Bodensee über Ulm, Würzburg und Essen bis zur holländischen Grenze.

Freilich werden sie, solange Frieden ist, nicht fühlbar. Aber dieser ist in keiner Weise gesichert. Es hängt nicht vom Deutschen Reiche ab zu bestimmen, wie lange Frieden sein soll. Nur ein unbelehrbarer Pazifist kann dies übersehen. Jeder andere muß aus jener Erkenntnis politische Folgerungen ziehen und darf sich nicht so einstellen, als ob es keine Kriege mehr geben würde. Trotzdem ist festzustellen, daß eine große Zahl von verantwortlichen Deutschen so tut. Diese wirklichkeitsfremde Art, Politik zu machen, entspringt ihrem pazifistischen Unterbewußtsein. Für den Sehenden aber schrumpft der Nutzen der Aufhebung der Rheinlandbesetzung mit all ihren kleinen Quälereien,

**Überschätzung  
der Rheinland-  
besetzung**

**Die vorläufige  
Unsichtbarkeit der  
strategischen  
Grenzen**

Bindungen und Hemmungen, die dem Verkehr, der Luftfahrt, der Schifffahrt, der Wirtschaft auferlegt sind und, weil fühlbar, überwertet wurden, angesichts der Gefahren der strategischen Lage auf das richtige Maß zusammen. Die Nachtminderung liegt wie ein Alldruck über der gesamten deutschen Außenpolitik: gerade heute besonders fühlbar.

Die unnatürliche  
Vorherrschaft  
Frankreichs

Ein Volk, dessen Zahl um 60 v. H. kleiner ist als die des deutschen übt daher heute die Vorherrschaft Europas aus. Seine innere Kraft, auch auf kulturellem Gebiete, ist in unaufhaltbarem Rückgange. Die französische Macht, gestützt auf stärkste Willensanstrengung, hat auf die Dauer keinen natürlichen Boden in Europa mehr. Sie gab sich deshalb, gewissermaßen künstlich, einen neuen Untergrund durch ihr afrikanisches Reich. Damit gefährdet sie die Vormacht der weißen Völker und macht einen vielleicht kommenden Krieg, der farbige Truppen aller Rassen gegen mitteleuropäisches Germanentum ins Feld führt wie im eben beendeten Weltkriege, zu einer Schmach, die vielleicht in der Geschichte einmal als die erste europäische Untergangerscheinung gewertet werden wird. Das Gefühl Frankreichs, völkisch den Deutschen und morgen auch noch den Italienern unterlegen zu sein, dies Mißverhältnis zwischen seinen wirklichen und seinen angemessenen Kräften beherrscht das politische Denken und Handeln der Franzosen. Es treibt sie zu Verzweiflungsschritten und ruft die kennzeichnenden Spannungen in der europäischen Lage hervor.

Diese spitzt sich in der Tat von Jahr zu Jahr zu. Im bevölkerungs- politischen Kapitel wurde bereits ausgeführt, daß die europäischen Völker nicht nur verschieden rasch wachsen, sondern daß auch ihre Altersschichtung und damit ihre wirtschaftliche und militärische Kraft verschieden schnellen Veränderungen von einschneidendster Bedeutung unterworfen sind. Die bevölkerungspolitischen Verschiebungen beschwören Gefahren für den europäischen und darüber hinaus für den Weltfrieden herauf. Nicht nur, daß die sich stark vermehrenden Völker ihre Ausdehnung betreiben; bei den zurückgehenden Völkern sucht die machtpolitische Einstellung durch die Stärke des Staates die Schwäche des Volkstums auszugleichen. Frankreich beispielsweise wird mit höchster Willensanstrengung und Aufwand von Gewalt seine Geltung behaupten wollen, ganz gleich, ob seine völkische Kraft im Schwinden ist oder nicht. Das waffenlose Deutschland mit seinen ungeschützten Grenzen ähnelt strategisch einem tief liegenden, von Dämmen umgebenen Becken, in welches die Ströme des Krieges in dem Augenblicke hineinstürzen, in welchem bei Hochwassergefahr kein Deichschuß ausgeübt wird. Wie furchtbar die deutsche Ohnmachtslage ist, möge bildhaft der Umstand kennzeichnen, daß die beiden größten deutschen Städte, Wien und Berlin, ungefähr 40 und 150 km von den Staatsgrenzen entfernt liegen.



So scheint der Deutsche verurteilt zu sein, auf eine zusammenfassende, eigenstaatliche Entwicklung verzichten zu müssen. Der Schwund an Macht läßt den Zeitpunkt erahnen, an dem das deutsche Volk zur Erhaltung seiner selbst nicht mehr imstande ist. Lähmend beginnt die Erkenntnis deutscher Ohnmacht sich über die deutschen Lande zu verbreiten. Immer bescheidener werden die politischen Ansprüche der in Deutschland führenden politischen Kreise. Eine Bescheidenheit, deren Ausmaß den Nachdenklichen erschüttern muß. Die Öffentlichkeit gewöhnt sich langsam an die täglich eintreffenden Schreckensmeldungen über die Unterdrückungen Deutscher in der gesamten Welt. Berufsmäßige Optimisten beruhigen sich mit der sogenannten Gleichberechtigung, die dem Deutschen von allen Seiten allmählich wieder zuteil werde. Sie scheint sich in dem Umstande zu erschöpfen, daß man mit dem Deutschen wieder in einem leidlichen Umgangstone verkehrt. Wenn deutsche Lebensrechte geltend gemacht werden, so versteift sich überall der Widerstand, denn fast alle anderen Völker sind Nutznießer der deutschen Ohnmacht. Die ganze Geschichte Englands weist nicht so viele Fälle moralischer, körperlicher und vermögensrechtlicher Mißhandlung von Engländern auf, als die deutsche Geschichte des letzten Jahrzehnts. Was für alle Völker selbstverständlich ist, wird für die Deutschen zu einem Verbrechen. Rüstungen sind bei anderen heiliges Menschenrecht, bei uns barbarischer Militarismus. In Wahrheit sind dies alles Folgen der deutschen Machtlosigkeit. Auch die Kriegsschuldfrage ist eine solche der Macht. Der Schwächste wird zum Sündigsten gestempelt, um die rohe Gewalt des Stärkeren „sittlich“ zu rechtfertigen. So wird auch die Beseitigung des Makels der Kriegsschuld zu einer Frage der Wiedererlangung deutscher Macht.

Die Linie deutschen Niedergangs, seit Jahrhunderten abwärtsführend und kurz unterbrochen durch das Jahr 1871 scheint sich weiter abwärts zu neigen. Wie soll das verstümmelte und machtlose Land, das heute Deutsches Reich heißt, zum Sammelpunkte des Deutschtums werden; wie bei einem europäischen Brande das ungeschützte deutsche Haus verschont werden? Unter dem Drucke dieser Erkenntnis scheint eine verhängnisvolle Veränderung deutschen Denkens möglich: die des Verzichts auf politische Geltung überhaupt. Wenn aber der deutsche Mensch sich als vereinzelt Wesen nicht zu begreifen vermag, sondern in der Ewigkeit des Volkes oder göttlichen Wesens aufzugehen sich gedrängt fühlt, so scheinen dem sein Volk aufgebenden Deutschen nur noch zwei Möglichkeiten offen: sich in Gott zu verlieren, also vom Diesseits sich abzuwenden, oder in einem fremden Volke aufzugehen, also auszuwandern und das Deutschtum aufzugeben. Fürwahr, ein Schicksal, das die Welt beim Einzelmenschen Märtyrertum

nennt, das auf ein ganzes Volk angewendet aber eine geschichtliche Tragik enthält, die geeignet sein dürfte, die bisherigen Vorstellungen von menschlichem Leide ins Angemessene zu steigern.

## Der Individualismus in der Außenpolitik

Deutsche  
Außenpolitik nach  
der Gründung des  
Reiches

Das düstere Gemälde der tatsächlichen Lage mit seinen dunklen Tönen und scharfen Schatten mußte entworfen werden, um ihr wahres Gesicht einer Zeit zu zeigen, die geschichtslos geworden zu sein scheint. Zwangsläufig taucht die Frage auf, wie es so weit kommen konnte und wo insbesondere die Fehler deutscher Vor- und Nachkriegspolitik liegen. Die große geschichtliche Linie wurde schon aufgezeigt, als nachgewiesen wurde, daß die Geschichte des Individualismus diejenige der französischen Vorherrschaft und gleichzeitig diejenige des deutschen Zerfalls ist. Der zweite Teil dieses Buches diente dem Nachweise, wieso jene den einzelnen als höchsten Wert betrachtende Weltanschauung in englischen und französischen Formen staats- und machtbildend wirken konnte, dem deutschen Volkscharakter aber so unangemessen war, daß Niedergang des Volkstums und Mangel an staatlicher Machtbildung ihre Folgen sein mußten. Es wäre an sich reizvoll, unter diesem Blickwinkel die deutsche Geschichte durch vier Jahrhunderte zurück zu beleuchten. Um aber für die Gegenwartspolitik das Richtungsgebende herauszuarbeiten, genügt es, den nachbismarckschen Rückschlag zu erklären.

Das saturierte  
Deutsche Reich

Wie sorgenvoll Bismarck die innere und äußere Entwicklung des von ihm geschaffenen Reiches ansah, belegen viele Äußerungen des eisernen Kanzlers, dem als Achtzigjährigen die Mehrheit des Deutschen Reichstages den Geburtstagswunsch verweigerte. Unglückverheißendes Zeichen! Bismarcks Außen- und Innenpolitik beschränkte sich berechtigtermaßen auf Ausbau und Festigung des mühsam gezimmerten Deutschen Reiches. Von seinem Standpunkte aus konnte er — für den damaligen Zeitpunkt mit Recht — die Saturiertheit (Sättigung) des deutschen Reiches feststellen: als er aus dem Gefühle heraus, daß sogar die kleindeutsche Einheit noch nicht unwidersprochen feststehe, daß sie sich noch bewähren müsse, ehe neue politische Ziele diese erhaltenden ablösen könnten, ein Bündnis mit Wien für notwendig hielt. So betrachtet, ist Bismarcks staatsmännische Weisheit eine zeitliche; die Erhaltung des Friedens mußte damals sein oberstes Ziel sein.

Zuletzt und  
Grundlag

Was aber für den verantwortlichen Staatsmann Notwendigkeit sein kann, wird nicht immer mit dem außenpolitischen Streben jener Kräfte übereinstimmen, die aus dem Bedürfnisse des Volkstums ent-

springen. Durch Jahrhunderte strebte der Franzose nach dem von der Quelle bis zur Mündung germanischen Rhein. Eine andere Politik als eine beherrschende ist für den Franzosen unvorstellbar. Wie verhielt sich das deutsche Volk in der bismarckschen Zeit? Es vergaß über dem 1871 Errungenen die Deutschen in Osterreich und Luxemburg, es vergaß die Ziele der Väter und fühlte sich gesättigt; nicht wie der Staatsmann, dessen Befriedigtheit mit den Zuständen zeitbegrenzt ist, weil sie praktisch-politischen Erwägungen entspringt. Nein, die natürlichsten Instinkte waren erkaltet, eine Stockung des Blutes war eingetreten, das nicht mehr durch das gesamte Volkstum floß. Dem reichsdeutschen Volke entschwand das Ziel eines größeren Reiches, wirtschaftliche Entwicklung genügte seiner Phantasie; sein Wunschbild war in Geld auszudrücken. Die nachbismarcksche Reichsleitung schwamm im gleichen Fahrwasser, als sie das österreichische Bündnis nicht nur aufrechterhielt, sondern sogar als Eckpfeiler des deutschen außenpolitischen Systems noch in einer Zeit bestehen ließ, als Osterreich durch innere Zersetzung bereits ein lebender Leichnam war: als es mit der Vorherrschaft der Deutschen endgültig vorbei war. Die Reichsregierung Wilhelms II. war dabei mit der öffentlichen Meinung des Reiches, welche der Reichstag getreu widerspiegelte, durchaus in Übereinstimmung. Weil der deutsche Volksgedanke im neu-deutschen Reiche eingeschlafen war, weil reichsangehörig und deutsch gleichgesetzt werden konnten, weil Staatsvergottung den Volksgedanken zerschlagen hatte, fehlte das Verständnis für die Kräfte der verschiedenen völkischen Bewegungen in Europa, für das Fortschreiten der Auflösung Osterreichs: und schlechthin für die Tatsache, daß die völkischen Triebkräfte allmählich stärker geworden waren als die „nursstaatlichen“, die geschichtlich überkommen waren. Die große Geschichtswende in Europa hatte man nicht begriffen, weil man seit 1871 unversehens in eine rückläufige Bewegung geraten war.

Was zu Bismarcks Zeit richtig gewesen war, war dank der Zeitentwicklung falsch geworden: taktisch Gedachtes wurde zur starren Richtlinie, zum Grundsatz. Statt Osterreich aufzulösen und sein deutsches Erbe anzutreten, stützte man es und glaubte dabei — ein grausamer Irrtum — an ihm noch eine Stütze zu haben. Diese romantische Nibelungentreue versperrte aber der Reichspolitik die schicksalgegebene Richtung deutscher Politik, die in erster Linie eine Festlandpolitik sein muß. Es machte sie ziel- und richtungslos. So mußte sie — eine Folge des ersten Fehlers — schwankend sein und bleiben. Während überall in der Welt die Völker in Gärung waren und neue Staatenbilder auf Grundlage gemeinsamen Volkstums sich, in Arrissen schon erkennbar, zeigten, blieb der Deutsche ohne seelischen Antrieb und ohne politischen Instinkt.

**Wangelhafte  
Rüstung**

Diese Selbstbescheidung war für andere Völker unbegreiflich, so daß sie dahinter Heuchelei witterten. Das Ausland konnte von den Deutschen, die von 1864 bis 1871 unter preussischer Führung in gewaltigem Schwunge ein Reich errichtet hatten, nicht glauben, daß sie so starke Kräfte ohne echte außenpolitische Ziele in sich zusammengeballt hätten. Die ungeschickten Reden Wilhelms II. und seiner ahnungslosen, aber säbelrasselnden Generäle nahm es — das ist verständlich, ja, es konnte nicht anders sein — für Wirklichkeit, während tatsächlich das wahre Deutschland bis zur Selbstvernichtung friedfertig war. Die Volkskraft, mit der man aus Unkenntnis ihrer Erschöpflichkeit, wie im vorigen Teile geschildert wurde, verschwenderisch umging, wurde für das Heer nicht einmal ausgenützt. Es wurde weder der volle Hundertsatz der heranwachsenden Jugend in das stehende Heer eingereiht, noch eine Ersatzreserve nach dem Milizsystem ausgebildet. Man bereitete den Krieg artilleristisch nicht hinreichend und wirtschaftlich gar nicht vor. Man lehnte mit gut bürgerlicher Entrüstung einen vorbeugenden Krieg ab unter Berufung auf Bismarck. Und doch ist jeder Krieg insoweit ein vorbeugender, als der politisch klügere Staat eine ihm unvermeidlich erscheinende Auseinandersetzung in dem Augenblicke herbeiführt, in welchem er sich auf der Höhe der Rüstung und in günstiger Lage wähnt. Daher geschah das Verkehrte. So nahm das Deutsche Reich mit einer nicht zu übertreffenden Torheit 1914 den Handschuh auf, als seine Lage am ungünstigsten war. Dies ist der stichhaltigste Beweis für die Unschuld der Deutschen an der Herbeiführung des Krieges. Wenn Wilhelm II. ein Vorwurf zu machen ist, so der, daß er wahrhaft kein Machtpolitiker war, sondern ein Romantiker, der mit der Macht spielte. Eben darum ließ er das deutsche Volk zu böfester Stunde in den von anderen vorbereiteten Weltkrieg hineingleiten.

**Die Erwerbung der  
Kolonien**

Aus dem Erwerb der Kolonien auf eine neue Zielsetzung deutscher Außenpolitik zu schließen, ist falsch. Er ist — im ganzen gesehen — etwas Nebensächliches gewesen. Bismarck entschloß sich nur ungern dazu, als er dem Drängen unternehmungslustiger hanseatischer Wirtschaftskreise folgte. Das überseeische Kolonialreich konnte nicht zur Verlagerung überschüssiger Volkskräfte gegründet sein, da die noch freien Gebiete gerade hierfür nicht in Betracht kamen. Es waren zumeist Tropenländer, die Europäer nur in beschränkter Zahl aufnehmen konnten und dem Zuspätgekommenen übrig blieben. Man überließ sie den Deutschen in dem Bewußtsein, daß neue Machtquellen in absehbarer Zeit nicht daraus entstehen konnten. Ihre Bedeutung war ganz überwiegend wirtschaftlich; sie waren Rohstofflieferer und zwar solche dritten Ranges, die erst zu entwickeln waren.

Gerade wie die Kolonien, so sollte auch die preußisch-deutsche **Die Flottenpolitik** Flotte der Handelsförderung dienen (daneben dem Küstenschutz) und der Verbindung mit den Kolonien. Keine Weltmachtpläne verknüpften sich mit den Anfängen des preußisch-deutschen Flottenbaues. Bismarck fühlte sich immer als europäischer Festlandpolitiker. Er betrachtete auch das Deutsche Reich stets als Festlandmacht. Küstenverteidigungsschiffe und Hochseekreuzer bildeten daher auch zu Bismarcks Zeiten die Reichsflotte. Wenn ihre Zusammensetzung in der nachbismarckschen Zeit anders wurde — es traten Schlachtschiffgeschwader hinzu, welche der Flotte Angriffskraft gaben —, so beweist dies noch lange nicht, daß diese Waffe zur Erreichung klar abgesteckter Fernziele einer deutschen Weltmachtspolitik geschmiedet wurde.

Richtig ist vielmehr, daß sie in hohem Maße der persönlichen Liebhaberei Wilhelms II. entsprang. Die Mittel zu ihrem Ausbau bewilligte der Reichstag ohne allzuviel Murren. Die im Blut liegende, aber nicht zwingende Freude der Deutschen an Seegelung wurde durch Tirpitz' denkwürdigen Flottenpropagandafeldzug geformt und mit den wirtschaftsimperialistischen Zeitneigungen gleichgeschaltet. Man schuf — es klingt heute unwahrscheinlich, aber es ist doch wahr — eine gewaltige Waffe gewissermaßen ins Blaue hinein: ein Ausdruck einer Zeit, deren Kraftüberschuß nur noch durch ihre politische Richtungslosigkeit übertroffen wurde. Denn das gewaltige Werk von Tirpitz hatte nur dann einen Sinn, wenn dem zielbewußten Flottenbau eine ebenso zielklare Politik gleichlief. Das war aber keineswegs der Fall.

Diese Flotte, hinter der das Ausland gewaltige Fernziele vermuten mußte, die aber fehlten — eröffnete sich einmal ein solches (Burenkrieg, Agadir-Panzer), so wurde es nur matt verfolgt, sobald Widerstand auftrat —, mußte von England als Drohung aufgefaßt werden: um so mehr als Englands Bündnisangebote stets abgelehnt wurden.

Aber nicht einmal dies dunkle Streben nach Seegelung — „unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ — wurde unbeirrt verfolgt. Ohne jede Folgerichtigkeit erschien ein neues Fernziel. Es spannte den Bogen nach Südosten, quer durch Europa, ohne ein Ausfließen bewußter Festlandpolitik zu sein. Damit durchkreuzte die nachbismarcksche Politik ihr Flottenstreben selbst. Sie versperrte Rußland den Weg nach Konstantinopel und schien auf Indien zu zielen: eine leere Drohung, die Rußland mit England zusammenführen mußte. England war dem russischen Pakt um so geneigter, als es an die Harmlosigkeit der deutschen Flotte nicht glauben konnte. Denn politisch instinktsichere Völker setzen das Vorhandensein echten politischen Machtstrebens auch bei ihren Gegnern voraus. Daß das deutsche Volk die ihm zugetrauten politischen Ziele nicht hatte, sondern nur

Berlin — Bagdad,  
englisch-russisches  
Bündnis

drohende Bewegungen wie ein hirschschwacher Riese ausführte, mußte ihm zum Verhängnis werden.

**Imperialismus  
und  
Kosmopolitismus**

Woher kam diese Zerfahrenheit und Ziellosigkeit der deutschen Außenpolitik? Was erklärt ihre zahlreichen Mißerfolge? Was ist der letzte Grund für den Rückgang der deutschen Geltung? Im Laufe dieser Darstellung wurde bereits auseinandergesetzt, daß der Individualismus nicht in der Volkspersönlichkeit, sondern im Einzelmenschen die letzte Zielsetzung sieht. Wie aus der individualistischen Geisteswelt Kosmopolitismus und Imperialismus — so entfernt sie voneinander zu sein scheinen — gewissermaßen als Brüder abstammen, wurde entwickelt. Wer die so gewonnene Erkenntnis auf den außenpolitischen Tatbestand anwendet, erkennt die Fehlerquelle der deutschen Außenpolitik. Die Gründung des Reiches vollzog ein genialer Führer, in dem sich der völkische Selbstbehauptungswille glänzend offenbarte. Die Deutschen des neugegründeten Reiches aber waren kein Volk, das diesen Willen in sich fühlte oder gar ausdrückte. Es gab vielmehr zwei Lager von Individualisten, die nur dadurch unterschieden waren, daß sich in dem einen der gemeinsame Wille (nicht der Gemeinschaftswille) imperialistisch gebärdete, im anderen kosmopolitisch.

**Die falsche  
Ideologie deutschen  
Daseinstampfes**

Imperialisten waren hauptsächlich die Wirtschaftler. Sie mußten es zwangsläufig werden, weil sie vor der ungeheuren Aufgabe standen, den zu eng gewordenen Lebensraum für die gerade damals rasch anwachsende Bevölkerung zu erweitern. Denn es ist falsch zu sagen, ein Land sei überbevölkert; richtig muß es heißen: sein Lebensraum ist zu eng. (Im 19. Jahrhundert war das deutsche — wie übrigens auch andere Völker — in der Tat ein Volk ohne Raum.)

**Fragwürdige  
Sicherheit einer  
großen Ausfuhr-  
industrie**

Die Entwicklung einer für Ausfuhr arbeitenden Industrie, verbunden mit einer starken Einfuhr ausländischer Rohstoffe und billiger Nahrungsmittel, ist — wie die Hungerjahre des Weltkrieges später lehren sollten — nur ein sehr fragwürdiger Erfaß, der nur von dem gepriesen werden kann, der nicht an die Möglichkeit eines künftigen Krieges glauben will. Die Menschen, die darin das Geld für ihren Lebensunterhalt verdienen, leben nämlich, indem sie Erzeugnisse jener — oft ferner — Ländern kaufen, an die dafür Bergbau- und Industrieerzeugnisse verkauft werden. Ihre eigentliche Ernährungsgrundlage liegt oft Tausende von Kilometern von ihrem Wohnort, in fremden Staaten, deren Erzeugnisse erst seit der Verbesserung der Verkehrsmittel billig nach Europa geschafft werden können. Unge störter Weltverkehr, Rechtsicherheit im Verkehr von Wirtschaftsgebiet zu Wirtschaftsgebiet (von Staat zu Staat), wirtschaftliche Blüte diesseits und jenseits der Weltmeere, steigende Technik in Europa und fortschreitendes Unter-den-Pflug-nehmen immer neuer Ackerländer (Südrußland, Rumänien, mittlerer Westen von Nordamerika, Ägypten,

Argentinien) waren die Grundlagen, auf denen sich des ackerbodenarmen Europa rasche Volksvermehrung von 1860 bis 1914 aufbaute. Dies künstliche System erlitt durch den Weltkrieg einen Schlag, der bis heute noch nicht überwunden ist, der vielleicht niemals überwunden werden wird. Jene materialistisch denkende Wirtschaftsschicht fühlte ihre Einstellung, die zu immer hastigerer Entwicklung von Bergbau, Großgewerbe und Handel drängte, gerechtfertigt, wenn sie die riesigen Arbeitermassen sah, die beschäftigt sein wollten.

So wurde das deutsche Arbeiterangebot, ohne daß es der deutsche Arbeiter und oft auch der Unternehmer wußte, — gewiß neben vielen anderen, aber doch — die letzte Ursache des schlagartigen deutschen Wirtschaftsentwicklungstrebens und damit auch mittelbar des Weltkrieges. Der deutsche Arbeiter, statt dies zu erkennen, hegte die Wahnvorstellung, das Schicksal der Arbeiterklasse werde international und nicht national entschieden. Das wurde ihm zum Verhängnis. Der Kampf um den deutschen Lebensraum aber bekam so ein falsches Gesicht. Man sagte nicht, wie Mussolini, ein sich stark vermehrendes Volk braucht einen größeren Lebensraum. Leider! Denn das hätte die ganze Welt, welche den Bevölkerungszuwachs des Reiches mit Spannung verfolgte, wenn auch nicht öffentlich gebilligt, so doch verstanden. Es gab immerhin genug ausländische Stimmen, die den Mut hatten, dies einzugestehen. So mußte jedes Ausdehnungstreiben — zu Unrecht — als „kapitalistischer Machthunger“ erscheinen, zumal es ja auch von der deutschen Arbeiterschaft als kapitalistische Kriegstreiberei verschrien und bekämpft wurde. Die Stimme einsichtiger sozialdemokratischer Theoretiker, die auf das Angereimte solcher Anschauungen hinwiesen, verhallte. In Wahrheit besteht ja auch ein grundlegender Unterschied zwischen dem Machthunger rentesuchenden Kapitals, das fremdes Volkstum ausbeuten und sich unterwerfen will, und dem Lebensrechte eines Volkes auf genügenden Raum.

Wenn also der vielgescholtene deutsche „Wirtschaftsimperialismus“ vorwiegend auch kein echter Imperialismus war, weil seine Ursache in der qualvollen Enge lag, welche die Deutschen zusammendrückte, so waren doch seine Gebärden und sein politisches Gewand unbedingt imperialistisch. Gerade dies mußte den Widerstand der übrigen Welt herausfordern. Dies gilt in hohem Maße für die wirtschaftlichen Hintergründe der Berlin-Bagdad-Politik. Weit entfernt, der Raumnot des deutschen Volkes nachhaltig zu begegnen, suchte dort deutsches Kapital wirklich, fern vom Siedlungsgebiete der Deutschen, Verdienst, Einfluß und Macht. Daß damit zugleich auch Arbeitsgelegenheit für deutsche Arbeiter geschaffen wurde, ist richtig: aber verhältnismäßig wenig (eingeborene Arbeiter); es übermog die kapitalistische Seite.

Arbeiterangebot  
und Industrie-  
entwicklung

Der  
englisch-deutsche  
Gegensatz als Folge  
jener Politik

Die deutsche wirtschaftliche Überseeausdehnung mußte so als Beeinträchtigung älterer „Rechte“ empfunden werden. Sie richtete sich tatsächlich in erster Linie gegen England, dessen Weltgeltung und Wohlstand auf Flotte und Handel aufgebaut sind und das diese Art deutscher Ausdehnung als feindlich empfinden mußte. Gerade die Beschränkung Klein-Deutschlands auf die 1871 gezogenen politischen Grenzen, seine Abwendung von der hergebrachten Festlandpolitik und das Fortschreiten seiner Geltung auf überseeischen Märkten wurde von der englischen Politik als eine Art von geheimem Kriegszustand aufgefaßt, dem sie nur durch die Herbeiführung des offenkundigen ein Ende machen konnte, weil andere Bekämpfungsmittel versagten. Noch ein Jahrzehnt solchen „Friedens“ und England hätte vielleicht wirklich die Rolle als erste Wirtschaftsmacht der Welt an Deutschland abgegeben. Es hieß den Sinn der englischen Politik verkennen, wenn man erwartete, England würde sich ohne Widerstand die vor hundert Jahren erworbenen Märkte entgleiten lassen. Mit jener Tatkraft, die England immer entwickelt, wenn es um die Grundlagen seines Daseins geht, führte es diesen Kampf. Durch den Weltkrieg gelang es ihm, den deutschen Außenhandel, die deutsche Handels- und Kriegsflotte zu vernichten. Ob diese Rechnung richtig war, bleibe dahingestellt; befindet sich England doch heute schon wieder in ähnlicher Lage, nur mit dem Unterschiede, daß ihm nicht nur der deutsche Wettbewerb wieder erwachsen ist, sondern auch der der Vereinigten Staaten. Die Herrschaft über den Geldmarkt ist bereits an New York übergegangen.

Daraus leiten nun deutsche Wirtschaftskreise, aber auch maßgebende Politiker, die Hoffnung ab, auf dem Wirtschaftswege das durch das Kriegsende Verlorene wieder zurückzuerobern. Torheit! Als ob nicht England dem entwaffneten Deutschland nunmehr gefahrloser und nachhaltiger entgegentreten könnte, wenn es den Zeitpunkt wieder für gegeben erachtet. Der wirtschaftlich an der Wurzel Bedrohte wird, wenn ihn nicht alle gesunden Instinkte verlassen haben, im entscheidenden Augenblicke immer wieder Macht und Leben in die Waagschale werfen, um den zu beseitigen, der ihm den Lebensraum zu verengen droht. Morgen kann England dies billiger haben als 1914. Es ist sogar die Frage erlaubt, ob England das Dawes-System nicht wegen der Zahlungen, sondern vorwiegend wegen des dadurch möglichen Druckes auf die deutsche Wirtschaft unterstützt.

Der pazifistische  
Kosmopolitismus

Auf der anderen Seite machte sich der Kosmopolitismus in Deutschland breit. Die individualistischen Kräfte, die rücksichtslos ihren Vorteil suchen, streben über die zu eng gewordenen Grenzen hinaus: diesmal nicht auf dem Wege ihrer Erweiterung, sondern ihrer Verwischung. Nicht politische Macht begleitet den Kosmopoli-



tismus, sondern zielbewusste, pazifistische Entmannung der hungernden Volksmassen, deren Schicksal dem kosmopolitischen Materialisten, weil er als Finanzkapitalist ja immer zu leben vermag, den Nachtschlaf nicht stört. Der Pazifismus drang in bürgerliche Schichten, besonders soweit sie nicht bodenständig waren, immer tiefer ein. Er bekämpfte mit steigender Heftigkeit die Befestigung der national-politischen Macht. Er lehnte Rüstungen ab und holte sich als außenpolitische Schutztruppe die irreführte deutsche Arbeiterschaft, der die verantwortlichen Wirtschaftler versäumt hatten, begreiflich zu machen, daß ihr scheinbarer Imperialismus in Wirklichkeit zum guten Teile um das Arbeiterbrot kämpfte. Dieser Kosmopolitismus führte zu dem schwärzesten Tage der deutschen Geschichte.

Nachdem nämlich, aus der Ablehnung eines vorbeugenden Krieges heraus, die günstigsten Gelegenheiten, den gordischen Knoten zu zerhauen (Burenkrieg, mandschurischer Krieg, Balkankriege) verpaßt waren, zog sich im Weltkriege das Verhängnis über den Deutschen zusammen. Als die Revolution im Jahre 1918 ausbrach, war die Armee im wesentlichen unbesiegt, die deutschen Linien an keiner Stelle durchbrochen, der deutsche Boden unverfehrt: wohl befand sich das deutsche Volk in einem Zustande verzweifelten Ausgehungertsins. Aber es hätte damals nicht mehr unter allen Umständen zu kämpfen brauchen. Denn kein Zweifel kann bestehen, daß die Waffenstillstandsverhandlungen zu einem gerechteren Frieden geführt hätten, wenn eine Million entschlossener deutscher Männer mit der Waffe in der Faust im Namen der sozialen Revolution die verbündeten Heere mit dem Verzweiflungskampfe auch nur bedroht hätte. Das Gegenteil geschah aber; daher blieb das Unglück nicht aus. Friedensvereinbarungen kann es ja nur zwischen Vertragsschließenden geben, die beide irgend etwas in die Wagschale zu werfen haben. Politik ohne Waffen ist wie ein Streichkonzert ohne Instrumente; so ähnlich hat der große Friedrich sich einmal ausgedrückt. Es ist ein müßiger Streit, den sogenannten „Dolchstoß“ durch einzelne Tatsachen belegen oder widerlegen zu wollen. Entscheidend bleibt, daß die kosmopolitische Saat im Herbst 1918 aufging und das deutsche Volk machtlos machte. Die Größe des deutschen Unglücks und das Ausmaß der Weltunordnung ist dem zu verdanken. Jeder Frontsoldat erinnert sich noch der begeisterten Reden jener „Revolutionäre“, die den Kameraden damals mit dem Märchen von der Weltrevolution die Waffe aus der Hand schlugen. „Die englische Flotte hat sich mit der deutschen verbündet, Clemenceau ist ermordet,“ so lauteten die ehrlich geglaubten Trugvorstellungen des deutschen Kosmopolitismus, die dem deutschen Volke zum Verhängnis wurden und noch nach Jahrhunderten verflucht sein werden.

**Die geistigen Grundlagen unserer Nachkriegspolitik** Sind jene beiden Grundsätze deutscher Außenpolitik seither durch ein neues außenpolitisches Denken abgelöst? Anscheinend noch nicht, wenn auch schwache Anzeichen der Genesung dem forschenden Auge sichtbar werden.

**Neuer Wirtschafts- imperialismus** Noch lebt in deutschen politischen Kreisen der Wahn: Wirtschaftskraft sei an sich eine Machtquelle; man glaubt genau wie vor dem Kriege durch Ausbreitung des deutschen Handels die Ernährung des deutschen Volkes sicherstellen zu können. Man will immer noch nicht einsehen, daß Wirtschaft nur so lange Macht bedeutet, als die militärische Macht der wettbewerbenden Staaten diese wirtschaftspolitische Machtausübung erlaubt.

Die wieder lebendig gewordenen Kolonialbestrebungen sind ähnlich zu beurteilen. Daß Kolonien als ein Ehrenpunkt aufgefaßt werden, ist um so bedenklicher, als das Zeitalter kolonialer Erwerbungen längst vorüber ist. So bleibt höchstens die Möglichkeit, daß dem deutschen Volke ein Völkerbundsmandat für irgendein Teilstück seines früheren Kolonialreiches — ein tropisches Pflanzungsland ohne die Möglichkeit der Europäersiedlung — gnädigst gewährt wird. Da die Gründung von Flottenstützpunkten ausgeschlossen ist, läuft das Deutsche Reich von neuem erhöhte Gefahr, dies neukultivierte Kolonialland in dem Augenblicke durch Waffengewalt zu verlieren, in welchem es zu erobern irgendeinem Gegner reizvoll und lohnend erschiene.

**Überseepolitik sollte begraben sein** Der Traum deutscher Überseegelung sollte auf absehbare Zeit wirklich ausgeträumt sein. Mehr an Welthandel, als die Welt anderen machtlosen Völkern zugestehet (Norwegern, Holländern usw.), wieder zu entwickeln, ist sträflicher Leichtsin. War es doch gerade schon das Verhängnis deutscher Vorkriegspolitik, daß gleichzeitig die festländischen Grenzen und überseeische Besitzungen verteidigt werden mußten. War doch dieser Krieg — nicht nach der Absicht des Deutschen Reiches und in der Vorstellung des deutschen Volkes — gleichzeitig ein solcher um die Herrschaft auf dem europäischen Festlande und um die der Weltmeere. Rußland wurde zertrümmert, Frankreich blutete sich aus und England warf seinen letzten Mann in den Kampf. Noch nie ist um so hohe Einsätze gekämpft worden. Zwei Weltreiche, Rußland und England, standen zeitweise vor dem Zusammenbruche; das Reich des Saren brach in der Tat nieder, noch vor dem deutschen. Die Tragik des deutschen Kampfes war, daß weder Volk noch Reich diese Zusammenhänge tief innerst begriffen. Das Entsetzlichste der heutigen Lage ist, daß dem deutschen Volke die Würde fehlt, welche in ihm lebendig sein mußte, wenn es sich seiner ungeheueren Leistung im Weltkriege bewußt wäre.

**Gesteigerter Kosmopolitismus** Dem steht aber eine verhängnisvolle Steigerung des kosmopolitischen Denkens bis zur Stunde entgegen. Hat der deutsche Wirt-

schaftsimperialismus von Natur ein pazifistisches Gewand, so kleidet sich der Kosmopolitismus mit Bewußtsein pazifistisch. Da die deutsche Revolution von 1918 in Wirklichkeit eine Fahnenflucht der Massen war, nur äußerlich verbrämt durch klingende Sprüche, so ist der Staat von Weimar ohnmachtspolitisch vorbelastet. Der Widerstand gegen die republikanische Staatsform gerade in Kreisen der Frontkämpfer ist ja auch nicht so sehr ein solcher gegen diese Form, als gegen den Geist, mit dem sie erfüllt ist, von dem sie ins Leben gehoben wurde. Würde sich die republikanische Linke in Deutschland energisch zu der Machtgrundlage des Staates bekennen, würde sie die deutsche Befreiungspolitik ernsthaft und mit allen Folgerungen zu ihrer Sache machen, so wäre die Luft, die sich 1918 riesengroß öffnete, schon längst geschlossen. Aber gerade in der unterschiedlichen außenpolitischen Einstellung offenbart sich der Zwiespalt im deutschen Volke, der bereits geistig als solcher zwischen Individualismus und Überindividualismus erklärt ist. Die Scheu, offen den Bankrott des Jahres 1918 zuzugeben, treibt die „verfassungstreuen deutschen Republikaner“ zu einer verbissenen Ablehnung jeder nationalen Kraftentfaltung.

Für die deutsche Zukunft bestimmender als alle Verhandlungen in Genf ist die beschämendste aller Tatsachen, daß Tausende von Anzeigen bei den Besatzungstruppen und der Kontrollkommission einliefen, die jeden Anlaß nationaler Machtbildung anschwärzten. „Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.“ Das deutsche Volk wird aber in der Stunde, die ihm noch einmal schlagen wird, jene Verräter abschütteln und erwürgen. Denn es lebt das Gefühl für die Notwendigkeit innerer Reinheit in ihm, wenn es auch heute noch verschüttet ist. Der Tag des Durchbruches einer gefundenen Erkenntnis ist nicht mehr fern. Oder bricht nicht immer eine Staatsform zusammen, die den Staat nicht nach außen zu verteidigen vermag? Es gibt ja Kreise, die den Zusammenbruch der deutschen Monarchie aus diesem Grundsatz erklären. Warum wenden sie ihn nicht auch auf die neugeschaffene deutsche Republik an? Vergessen sie, daß der Übergang zur Demokratie bei allen modernen Völkern gleichbedeutend mit dem Wachsen des Nationalgefühls war? Wenn nicht, dann ist es an der Zeit, durch strengste Handhabung des Strafbuches den offenkundigen Landesverrat zurückzudämpfen.

Der Kurs der deutschen Außenpolitik wurde nach dem Kriege allmählich festgelegt, vorwiegend von kosmopolitischen Kräften. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die deutsche Außenpolitik seit 1923 von einem Manne geleitet wird, der im nationalen Lager aufstieg. Auch sein Wirken, wie das jedes deutschen Außenministers, ist bedingt durch das heutige innenpolitische System und die in diesem sich auswirkenden Kräfte. Es wird meist verkannt, welch zu-

**Der umlaufende Landesverrat**

**Die heutigen Träger des außenpolitischen Kurzes**

fälligen Umständen die Übereinstimmung über außenpolitische Zweckmäßigkeiten zwischen Pazifismus und machtpolitischen Kräften ihr Dasein verdankt: einzig und allein der Entwaffnung, welche verbietet, offene Machtpolitik zu treiben. Stimmt die Rechte der Außenpolitik deshalb zu, weil sie diese für taktisch richtig hält, so tut dies die Linke, weil sie ihr pazifistischen Inhalt zuschreibt. Wenn morgen ein Wunder dem deutschen Volke Aufrüstung in beliebigem Ausmaße ermöglichte, so würde die eigentümliche innenpolitische Front, welche die deutsche Außenpolitik von 1923 bis 1926 trug, wie ein Kartenhaus zusammenklappen. Es liegt dem Verfasser fern, Tagespolitik hier auch nur zu streifen; handelt es sich doch vielmehr um die Feststellung, daß kosmopolitische Richtungen im deutschen Volke bestehen und seit der Gründung des Reiches bis zum heutigen Tage ihren Einfluß verstärkt haben. Eine solche Feststellung geht über tagespolitische Erwägungen hinaus; das deutsche Volk muß wissen, auf welche Kräfte es sich in der Stunde der Gefahr stützen kann, auf welche nicht.

**Der bewußte  
Pazifismus**

Die heutige außenpolitische Einstellung des deutschen Volkes läßt sich am besten kennzeichnen, wenn man sagt, daß es in großen Teilen kosmopolitisch geführt wird und im übrigen zwar machtpolitisch eingestellt ist, aber auch in machtpolitisch eingestellten Schichten einem Pazifismus der Tat huldigt. Die Deutschen von 1927 machen durchweg Außenpolitik, als ob es keine Konflikte und Kriege mehr gäbe. Sie vergessen, daß Außenpolitik zum guten Teil nur Vorbereitung und Sicherung für den Ernstfall ist. Die für Friedenszeiten gültige Form, in der ein Volk lebt, empfängt es im Kriege. Ob ein Staat gesund oder krank ist, ob eine Außenpolitik richtig oder falsch war, zeigt sich erst dann. Der wahre Wert von Bündnissen und Verträgen offenbart sich erst im Kriege. Vom Kriege zu sprechen macht heute unbeliebt und das Wort „Kriegsbezer“ heftet sich leicht an die Fersen dessen, der das tut. Ist aber der ein Vorschauender, der einen Bligableiter auf seinem Hause anbringt oder jener, welcher behauptet, es gäbe keine Gewitter mehr? Tatsachendenken fordert die Stunde. Wer heute das Wort Krieg in den Mund nimmt, dem wird sofort Phantasterei vorgeworfen; als ob es nicht viel phantastischer wäre, zu tun, als ob es keine Kriege mehr gäbe. Wie solche Wahnvorstellungen des Pazifismus entstanden und weltanschaulich zu erklären sind, wurde im ersten Teile dieser Abhandlung klargelegt.

**Der materialistische  
Pazifismus der Tat**

Gefährlicher aber noch als der ideologisch verankerte ist der praktische Pazifismus. Er beginnt so langsam Normalinhalt deutscher außenpolitischer Einstellung zu werden und erweist die Richtigkeit des Satzes, daß Pazifismus, Materialismus und Opportunismus aus der nämlichen individualistischen Quelle stammen. Menschen, welche

Machtpolitiker, nein Gewaltpolitiker, waren, werden heute zu Pazifisten der Tat, weil der offenkundige Mangel an Waffen sie der Vorstellung beraubt, daß Machtpolitik nicht auf den zufälligen Stand der Bewaffnung gegründet ist, sondern auf die seelischen Kräfte und den Selbstbehauptungswillen eines Volkes. Diese Beobachtung kann sogar an führenden Offizieren der alten Armee gemacht werden. War die Stärke der Moltkeschen Generalstabsschule noch bis zur Jahrhundertwende ihr hoher geistiger Schwung, so äußerte sich späterhin oft ein Materialismus der Gewalt, der seinen Boden verlor, als keine schweren Geschütze mehr den Machtwillen stützten. Nicht klein ist die Zahl der Offiziere, deren nationalpolitischer Wille mit den militärischen Machtmitteln dahinschwand. Ihnen fehlte der geistig-seelische Untergrund. Dazu gehören auch jene Leute, die sich dem Wahne hingeben, der Waffenkrieg werde durch das Ringen der Geld- und Wirtschaftsmächte ersetzt werden. „Wirtschaft ist Schicksal“ sagte Rathenau. Diese Trugvorstellungen entstehen durch eine Denkweise, die es für möglich hält, daß die gesamte Menschheit sich der Herrschgier des Geldes beuge, weil sie dem Materialismus restlos hingegeben sei.

Solche „Denker“ vergessen, daß der Mensch eine Seele hat, die eines Tages den eigenen kleinen Vorteil vergißt und sich, alle Dämme durchbrechend, der großen gemeinsamen Sache opfert. Keine „Vernunft“ kann dann von gewaltsamen Entladungen zurückhalten. Diese vermag die Materie nicht zu beeinflussen und ihre Söldlinge wird man mit der Kraft sittlicher Begeisterung niederschlagen.

Seelische Kräfte  
als Machtquellen

Dies alles gilt nicht nur für das Verhältnis des einzelnen zu der Gesellschaft, sondern auch für das eines Volkes zu den übrigen Völkern. Ein Volk, das jene seelischen Kräfte in die Tat umsetzt, wird stoßverflante Völker unterjochen. „Wirtschaftsvernunft“ entscheidet nicht endgültig die Schicksale der Völker. Jene Kräfteströme, welche sich im Gleichklange vereinigen oder in wildem Kampfe gegeneinanderprallen, kommen aus geheimnisvollen, unfaßbaren Quellen. Solange freiwillige Opferung des Lebens für übergeordnete Begriffe die höchste Sittlichkeit ist, solange wird es Macht geben und solange wird Blut fließen, — das heißt ewig. Diese Weltordnung, auf deren Gestaltung kein Mensch Einfluß hat, ist sittlich und gerecht. Völker und Rassen, welche dieses Gesetz nicht mehr über sich fühlen, gehen daran zugrunde.

Ein neues Schlagwort geht durch die Lande: Vertragspolitik statt Machtpolitik. Welche Begriffsverwirrung! Gewiß, angesichts der Verwüstungen des Weltkrieges und in Anbetracht der gewaltigen Heere, die im Weltkriege bewegt wurden, wird jeder sich davor hüten, ein solches Unheil leichtfertig heraufzubeschwören und wird durch „diplo-

Siehe eine neue Idee  
der Weltpolitik?

matischen Krieg“ ohne Blutvergießen das zu erreichen suchen, was früher einem kleinen Söldnerheere aufgetragen worden wäre. Zeiten mit höchst verschlungenen Bündnisnäueln gab es nach allen großen Kriegen. Sie füllten die Erschlaffungspausen. Aber hinter diesen Kleinkrieg führenden Diplomaten stand und steht die Macht der von ihnen vertretenen Staaten; mit dieser wird gedroht. Das Gespenst des Waffenkrieges ist es, welches auch diese scheinbar waffenlosen „Diplomatenkriege“ letzten Endes entscheidet. Durch diese werden die kleinen Streitpunkte bereinigt; der trübe Rest, der bei allen Verhandlungen dieser Art bleibt, wird gewissermaßen für spätere Gelegenheiten aufgehoben. So entsteht eine wachsende Ansammlung von Sprengstoffen. Einmal erfolgt die Entladung, welche über die Lebensfragen der Völker entscheidet. Geschichtliche Lebensfragen sind bisher noch niemals auf diplomatischem Wege gelöst worden.

Alte Methoden

Ist der Genfer Völkerbund geeignet, diese Ansicht zu bestätigen oder nicht? Genf ist ja gerade der Schauplatz des unblutigen Kleinkrieges mit wechselnden Bündnissen. Ein neues Zeitalter der Weltgeschichte hat, soweit die politischen Triebkräfte in Frage kommen, mit Genf nicht begonnen, wie es jene, denen der Wunsch Vater des Gedankens ist, glauben wollen. Zunächst war der Völkerbund — anders als er ursprünglich gedacht war — als eine zweite heilige Allianz in Versailles errichtet worden: nur mit dem Unterschiede, daß die Revolution, die durch den neuen Völkerbund niedergehalten werden sollte, diesmal nicht von Frankreich her, sondern aus dem Deutschen Reiche (und aus Rußland) erwartet wurde. Das hat sich inzwischen etwas gewandelt. Sollte es gelingen, den Völkerbund aus seiner unheilvollen Verknüpfung mit dem Friedensdiktate von Versailles zu lösen, so wird wenig mehr übrig bleiben als eine politische Börse, auf der sich viermal im Jahre Europas Staatslenker treffen. In persönlicher Fühlungnahme geschieht das, was früher brieflich oder durch

Nur neue Formen

Botschafter erledigt wurde. So wird vielfach schneller und besser gearbeitet; auch ist manch neues Arbeitsgebiet aufgenommen worden. Die Formen des Verkehrs, nicht die Inhalte sind geändert; neu sind nur die öffentlich gehaltenen Reden, welche der Zeitgeist verlangt. Da nämlich der moderne Krieg mit den Kräften des ganzen Volkes geführt wird und da die öffentliche Meinung deshalb eine größere Rolle spielt als früher, so gibt man neuerdings, nach englischem Vorbilde, Kriegen — ganz gleich, ob sie „heilige“ oder Wirtschaftskriege sind — ein moralisches Gewand. Das verlangt die Kriegspropaganda. Was heute auf den öffentlichen Rednertribünen in Genf gespielt wird, das ist zum guten Teile propagandistische Vorbereitung für den nächsten Krieg, durchweg aber eine Fütterung der öffentlichen Meinung mit moralischen Grundsätzen. Das ist der Schirm, hinter

dem — wie früher — Geschäfte politischer Nützlichkeit oft zweckmäßig abgewickelt werden: auf machtpolitischer Grundlage, in denkbar nüchterner Weise. Das muß ebenso nüchtern gesagt werden.

Wie stark der Kosmopolitismus die deutsche Außenpolitik, beeinflusst vom Wirtschaftsimperialisismus, unterstützt, wie wenig echte Machtpolitik als lebendiges Gesetz in deutschen Landen wirkt, beweist ein Blick auf die innenpolitischen Verhältnisse, die ja schon eingehend geschildert sind. Darüber hinaus muß aber noch folgendes überlegt werden:

Innenpolitischer  
Pazifismus

Jede taktische Maßnahme der deutschen Außenpolitik, die dem Mangel an militärischer Rüstung entspringt, ist zulässig und nur für Kurzsichtige angreifbar. Es ist überflüssig, ja geradezu sinnlos, jede Handlung eines deutschen Außenministers nach dem Gesichtspunkte, ob sie der jeweiligen Lage angemessen sei oder nicht, zu beurteilen. Denn einmal können nur Eingeweihte wissen, was als Ziel der deutschen äußeren Politik verfolgt wird und sodann kennt niemand die Gründe, die dieser Politik diesen oder jenen Umweg aufnötigen. Hier bewahrheitet sich der schon früher aufgestellte Satz, daß Außenpolitik nicht demokratisch betrieben werden kann, sondern nur aristokratisch: von Männern des deutschen Vertrauens. Außenpolitischer Führung kann man eigentlich nur blindes Vertrauen oder bedingungsloses Mißtrauen entgegenbringen.

Außenpolitische  
Taktik

Unbedingt zu verwerfen aber ist die innenpolitische Grundlage der deutschen Außenpolitik. Von wem sie geistig getragen wird, ist schon dargelegt.

Wenn aber die deutsche Außenpolitik im Grunde machtpolitischer Gesinnung entspringt, nur aus taktischen Gründen (wegen der deutschen Waffenlosigkeit) pazifistische Formen benützt, so müßte ihr oberstes Ziel sein, mit allen Mitteln auf Steigerung und Wiedergewinnung der deutschen Macht hinzuarbeiten.

Das Endziel

Daher ist zu fragen, warum bisher die gewaltige innere Reform ausblieb, welche allein die Folgen des Zusammenbruches überwinden und Widerstandsfähigkeit für spätere Konflikte erzeugen könnte. Die innere Fehlerhaftigkeit deutscher gesellschaftlicher und staatlicher Verhältnisse ist offenkundig und wirkt praktisch als Verstärkung schon früher vorhandener Schwächen. Nur wurden dieselben einst ausgeglichen durch eine gewaltige Rüstung. Diese ist nun weggefallen. Man sollte annehmen, daß dadurch das deutsche Volk angespornt würde, innere Kräfte und Tugenden zu entfesseln und in durchgreifenden Maßnahmen der Gesundung und Neuordnung den Mangel an äußerer Macht auszugleichen. Dies war der Weg, den einst Stein und Scharnhorst gegangen sind, der von den Großen jener Zeit, von Kleist, Arndt, Fichte, Humboldt, Sahn und anderen geistig getragen wurde.

Die deutsche Jugend fragt: wo zeigt sich der Wille zu geistiger, völkischer, gesellschaftlicher und staatlicher Neugeburt seit 1918? Vom Aufbau wird wohl Tag und Nacht gesprochen. Aber man versteht darunter Bankkonten, hohes Einkommen und besten Falles eine kraftvolle Polizei. Wahrhafter Wille zur Freiheit aber muß rücksichtslos alle Schwächequellen ausmerzen, die das innere Leben des Reiches in viel höherer Zahl zeigt denn je.

### Überindividualistische (völkliche) Außenpolitik

Die völkische  
Gemeinschaft als  
höchster  
bedeutsamer Wert

Rein Zickzack, sondern ein stetes Einhalten der gleichen Richtung ist gewährleistet, wenn in einem Volke der Sinn für die höhere Zweckhaftigkeit seines Daseins wieder lebendig geworden ist. Dann erwacht politischer Instinkt zu neuem Leben und Führer stehen auf, die dem völkischen Wollen das eigene gleichschalten. Die Bedeutung der völkischen Gemeinschaft für die im Übersinnlichen ruhende Weltanschauung wurde schon klargelegt. Das Volk ist ihr die höchste irdische Individuation göttlichen Wesens, in welcher der einzelne selbst irdisch weiterzuleben vermag. Offenbart sich Gott dem Einzelmenschen, so nur in der geistigen Form, die durch die besondere Seelenhaftigkeit des eigenen Volkstums bedingt ist. Daher rührt die Bedeutung, welche der dem Gemeinschaftswert Verpflichtete dem Volkstume beimißt: er wünscht das Gefäß zu erhalten, in welchem das ihm offenbar gewordene göttliche Wesen weiterzuleben vermag. Die unerfüllbare Sehnsucht nach dem Reiche Gottes auf Erden überträgt er auf sein Volkstum. Dies läßt ihn alle erdenklichen Opfer bringen, auch das des eigenen Lebens.

Da nun aber der geistige Begriff des Volkstums an den körperlichen des Volkes gebunden ist, so bejaht er Selbstbehauptung und Sicherung völkischen Daseins als höchstes Lebensgesetz. Darum achtet er aber auch fremdes Volkstum. Darüber hinaus aber erkennt der Deutsche die Sonderstellung seines Volkes in jenem gesteigerten Seelentume, welches das deutsche Volk dazu beruft, einen großen Schritt zur menschlichen Vervollkommnung zu tun. Das ist nicht Übermut, der zur Überhebung führt. Menschliche Vervollkommnung heißt aber Näherbringen des Menschen an das Göttliche und Entfernen vom Tierischen. Aus der Erkenntnis deutscher Aufgabe für die Menschheit erwächst Sendungsgefühl. Die Einsicht, daß das Volkstum als solches frei und ungehemmt entwickelt werden müsse, um wirklich als geistiges Gefäß dienen zu können, führt im Zusammenhange mit dem Bewußtsein einer besonderen Aufgabe zu dem Streben, diesem Volkstume eine geistige Führerrolle unter den anderen Völkern



zu verschaffen. Wirken diesem Streben niedere eigensüchtige Nützlichkeitstriebe entgegen, so widersezt sich der Deutsche diesen Kräften und kämpft für die Geltung seines Volkstums: wenn es sein muß, auch unter Aufopferung des eigenen Lebens. Daraus ergeben sich ganz zwanglos zwei außenpolitische Richtungspunkte für unsere heutige Zeit:

Erstens: das gesamte deutsche Volkstum ist zur Grundlage auch seines staatlichen Denkens und Daseins zu machen. Zweitens: dieses Volkstum ist in die Vorzugsstellung zu heben, die seinen seelischen Kräften angemessen und zur Ausübung seines Sendungsberufes notwendig ist. Erst so entstehen aus geistigen Gegebenheiten, aus seelischer Grundeinstellung — für den Führer bewußt, für die gesamte Masse des Volkes gefühlsmäßig — außenpolitische Ziele von eindeutiger Geltung.

Das letzte Ziel  
aller Politik

Der Weg zu diesen Zielen ist bedingt durch Umstände, die eine ganz bestimmte Richtung vorschreiben. Denn ein Volk steht nicht als geistiges Gefäß gewissermaßen im Leeren. Sondern es ist mit dem Boden verbunden und sein Schicksal mit demjenigen geographischer Räume verknüpft, in denen auch andere Völker wohnen, deren Schicksal mit dem des eigenen in viel höherem Maße zusammenhängt, als die individualistische Betrachtungsweise erkennt.

Die erdgebundene  
Schicksalshaftigkeit  
des Volkstums

Das deutsche Volk siedelt in der Mitte Europas. Im Norden, Westen und Südwesten des deutschen Siedlungsgebietes siedeln zu Europas Mitte randlich gelagerte Völker, fast durchweg mit Nationalstaaten westlicher Prägung: in fertigen Zuständen, meist mit klaren Sprachgrenzen, freilich auch in politischem Sinne verlappt. Im Nordosten, Osten und Südosten des deutschen Siedlungsgebietes dagegen — noch immer im innereuropäischen Raume — ist alles unfertig. Die Völker verzahnen sich. Die politischen Gedanken sind in noch viel höherem Maße ungeklärt. War die Vorkriegslösung des Völker- und Staatenproblems in diesem festländischen Raume schon unbefriedigend, so noch viel mehr die heutige. (Einzelheiten später.) Hier im Herzen Europas harret eine gewaltige Aufgabe der Lösung: neue Formen zu finden ist vornehmste Aufgabe der deutschen Außenpolitik, welche im Westen vorerst nur abzuwickeln, nur die Fehler des Versailler Vertrages, die freilich auch dort sehr groß und fast noch schmerzhafter sind, zu beseitigen hat. Dem Westen hat das deutsche Volk noch nichts zu bieten, es sei denn über den Umweg des Ostens. Im Osten liegt der Schlüssel.

Die volklichen und die raumpolitischen Grundlagen deutscher Außenpolitik wurden von einer instinktlosen und zu Trugvorstellungen geneigten Zeit, die nur den Einzelmenschen sah, verkannt und darum vergessen. Das verursachte den Einsturz der deutschen Außenpolitik

im System. Bewegte sich doch das politische Denken der Vorkriegszeit nur noch in Staaten und nicht in Völkern. Es gründete sich nicht auf die geschlossen siedelnden Deutschen in Mitteleuropa, sondern nur auf „die Bewohner des Reiches“, die nur ein Teil des deutschen Volkes (an den Rändern gemischt mit Fremden) waren: auch nicht auf den Raum, den das ganze Volk bewohnt und auf die Ausstrahlungen dieses Raumes und Volkes. Hier liegt ein Ziel höchster Bedeutung, das wohl auch der materialistisch Denkende begreift, wenn er auch auf anderen Wegen dazu gelangt: das großdeutsche.

**Politische Ziel-  
formel deutscher  
Außenpolitik**

Die Außenpolitik einer Nation muß in Volk und Boden verklammert, der Gedanke der staatlichen Zusammenfassung alles deutschen Volkstums und der Beherrschung des deutschen Volksbodens also grundlegend sein. Zweierlei soll daher deutsche Außenpolitik erstreben, Volksmäßiges und Europäisches:

1. für die Deutschen, die in Mitteleuropa geschlossen siedeln: den Staat Deutschland; für die Deutschen, die außerhalb dieses großdeutschen Staates leben: Lebensraum (Selbstverwaltung ihrer Volksangelegenheiten innerhalb ihres Staates).

2. für Europa: Neuordnung, zum mindesten für das mittlere, nördliche und nordsüdliche, am besten in der Form eines Staatenbundes.

Beide Ziele sind viel enger miteinander verknüpft, als flüchtige Betrachtung annehmen läßt.

**Falsche Einwände**

Auf den Einwand, daß die Aufstellung so weitreichender politischer Ziele in der Zeit deutscher Machtlosigkeit ohne Verwirklichungsaussicht wäre, ist zu erwidern, daß Großes in Aussicht gestellt werden muß, wenn gewaltige Leistungen von einem Volke gefordert werden. Man erinnere sich nur an Victor Hugo, der bei den Verhandlungen der Nationalversammlung zu Bordeaux über den Frankfurter Frieden im Jahre 1871, die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen, Mainz und Köln beschwor. Nur wer ein Ganzes will, macht große Anstrengungen. Verzicht von vorneherein, Ziellosigkeit führt in den Abgrund. Zudem ist anderes unmöglich. Denn jede Kolonial- und Überseepolitik ist wahrhaft unerreichbar, während diese Ziele ideologisch, geschichtlich und wirtschaftlich — die Wirtschaftslage Europas schreit geradezu nach Neuordnung — zu rechtfertigen sind.

**Vorteile klar  
geformter außen-  
politischer Ziele**

Offenes Bekenntnis auch weitgreifender Ziele der Außenpolitik erschreckt nicht nur. Es bringt auch Vorteile mit sich. Auf klare politische Linien kann sich sogar gegnerische Politik einstellen. Das beweist der Erfolg, den Japan hatte, als es in den 90 er Jahren viel weittragendere Ziele verkündete. Ungewißheit über Ziele verstimmt auf die Dauer viel stärker: sie verbreitet Mißtrauen, weil kein fremder Staatsmann errechnen kann, was geschehen wird, wenn unerwartet

neue Ereignisse eintreten. Das war ja gerade der Fehler deutscher Vorkriegspolitik.

### Die volksmäßigen Ziele

Zwei Staaten, das heutige Reich und ein kommender Staat aller Deutschen im mitteleuropäischen geschlossenen Siedlungsgebiet, deren einer fünfundsechzig umfaßt, deren anderer aber fast achtzig Millionen Deutsche zusammenschließen würde, unterscheiden sich ihrer Stärke nach viel mehr, als der Unterschied der Zahl ahnen läßt. Die innerlichen Kräfte einer Gemeinschaft wachsen ja nicht nur mit der Kopfbzahl, sondern auch mit zunehmender Vielgestaltigkeit der geistigen Veranlagung der einzelnen Teile. Ein deutscher Staat, der das ganze geschlossene Siedlungsgebiet umfaßt, würde im Vergleich zum heutigen Reiche seine Volkstumskräfte mindestens um die Hälfte und nicht, wie der Rechner meint, um ein Viertel erhöhen.

Die Bedeutung des  
deutsch-  
österreichischen  
Anschlusses

Dazu kommt noch die Bedeutung des Raumes. Deutschösterreich bringt im Falle des Wiederanschlusses nicht nur sechs Millionen Deutsche mit, sondern die Alpenländer, welche nach Osten ihre Falten weit öffnen, und die mittlere Donau. In der Erkenntnis der hohen Bedeutung des Machtzuwachses verboten die siegreichen Machthaber 1919 die Wiedervereinigung. Langsame Verschmagerung sollte das Schicksal der Österreicher sein: man mutete ihnen zu, ein eigenes, neues, vom Deutschtume abspalterndes Volkstum zu bilden und Freude zu haben an einer Eigenstaatlichkeit, die das Volk 1918 ausdrücklich durch einstimmigen Beschluß der Nationalversammlung abgelehnt hatte. Wirtschaftlich soll Österreich jetzt wieder an die Staaten des Donaubeckens gebunden (Donauföderation), also vom Reiche getrennt werden, das damit endgültig von der unteren Donau abgeschnitten wäre. Alle Versuche, die staatliche Verbindung zwischen Wien und Berlin zu verzögern oder zu hintertreiben — woher sie auch kommen, welche Mittel sie anwenden und in welcher Maske sie auftreten — müssen als deutschfeindlich bekämpft werden. Auf sich allein gestellt, bildet die politisch machtlose und wirtschaftlich lebensunfähige Republik Österreich — als Beuteziel fremdvölkischer Nachbarn — einen beständigen Gefahrenherd für das deutsche Volk, aber auch für das Deutsche Reich und für Europa. Die Wiedervereinigung würde dem Reiche keine neuen politischen Gefahren bringen: hat doch das Reich — wie der Redewechsel Stresemann-Mussolini im Frühjahr 1926 offenbarte — auch ohne den Vollzug des Anschlusses bereits alle aus dem Gefühle kommenden Belastungen (Imponderabilien) des ehemaligen Habsburger Staates geerbt. Es gilt nun

auch den Nutzen zu ernten. Dann wird Oberschlesien, das im Süden von Tschechen, im Norden von Polen abgeschnürt zu werden droht, von dem Drucke im Süden entlastet; denn die Tschechen sind dann vom großdeutschen Reiche umlagert. Der Nordosten Deutschlands würde an Stoßkraft gewinnen. Der Weg nach Südosten könnte nicht mehr verlegt werden. Der Anschluß Deutsch-Osterreichs, vom Willen derjenigen, die das neue große Staatswesen bilden sollen, getragen, ist deshalb Anfang und Ende aller deutschen Außenpolitik.

Geistliche Kräfte  
Osterreichs

Wien, die schönste deutsche Stadt, einst Brennpunkt einer eigenartigen, höchst reizvollen deutschen Kultur, erfüllt mit Menschen von Intelligenz und Geschmack, vielleicht heute ohne harten politischen und wirtschaftlichen Willen, kann, mit dem Reiche vereint, wieder zu dem werden, was ihm einst seine europäische Bedeutung verschaffte: zur großen Ausfallspforte deutscher Geltung, Kultur und Wirtschaft nach Südosten. Dann wird der fremde Bevölkerungszusatz vor der neuen deutschen Durchblutung vergehen. Wien lohnt mehr als eine Messe. An ihm hängt die Größe des deutschen Kultureinflusses donauabwärts ewig verhaftet. Aber auch schon allein die Ehrfurcht vor der eigenen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Geschichte der Deutschen fordert gebieterisch, daß Osterreich nicht aufgegeben, daß es dem Reiche beigelegt wird. Das kommende Deutschland soll kein durch irgendein noch so ruhmreich gewesenes Fürstenhaus vorbestimmter Groß-Territorialstaat sein. Osterreich in Vergangenheit und Gegenwart kann im kommenden Deutschland so wenig entbehrt werden wie Altpreußen. Stolzeste Traditionen, die heute wieder fruchtbar gemacht werden müssen, sind ja an die österreichische Sonderentwicklung deutscher Art gebunden.

Fehler  
der politischen  
Bemühten

Aberdies ist die Vereinigung Forderung der Volksehre: sie unterliegt nicht der Nützlichkeitsrechnung. Der Kurzsichtige sieht bestenfalls den morgigen Tag — meist nur den gestrigen. Herz- und Stirnenge des Parteigläubigen verkennet die völkische Forderung in ihrer Unbedingtheit und wähnt, von individualistischem Vernunftglauben in die Irre geführt, klug zu sein, wenn sie, unwillig über die Ablenkung vom gewohnt innenpolitischen Blickfelde, flau macht: mit Grabesstimme verkündet man die Zahl der Katholiken oder der Juden, der Sozialdemokraten oder der reaktionären Christlich-Sozialen, welche das Wichtigste, was es gibt, die Mehrheitsrechnung, stören. Ohne Erfolg. Ihr Lager in allen Parteien wird täglich kleiner, es zerfällt. Die Minderwertigkeit solcher Denkweise ist durchschaut. Bezeichnend für den Wandel ist die Regierungserklärung, welche der österreichische Bundeskanzler Seipel am 19. Mai 1927 im Wiener Nationalrat abgab: „Ganz besonders liegt uns die Ausgestaltung unseres Verhältnisses zu unseren Brüdern im Deutschen Reiche am Herzen. In

geistiger Beziehung kann natürlich das Verhältnis nicht mehr enger werden. Wir sind ja mit ihnen durch die gleiche Abstammung, gleiche Kulturentwicklung und gleiche Geschichte verbunden. Aber wir wünschen darüber hinaus alles zu fördern, was auf wirtschaftlichem oder anderem Gebiete die Annäherung der beiden Staaten zu einer engeren machen kann. Wir werden streben, auf diesem Wege in dem Maße Fortschritte zu machen, als es je nach der Zeitlage möglich und zulässig ist.“ Auf dem Wege zur vollen Wiedervereinigung mit dem Reiche natürlich! Er wird durch stille, nichtamtliche Anschluß- und Angleichungsarbeit von beiden Seiten her vorbereitet. Träger ist die „Deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft“. Ihre Veröffentlichungen stehen jedermann zur Verfügung. So erübrigt es sich auch, von Einzelheiten politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art zu sprechen.

Die Befreiung der deutschen Grenzgebiete aber und ihre Wiedervereinigung mit dem deutschen Staate ist eine so selbstverständliche Forderung, daß sie der Begründung nicht bedarf. Es geht nicht an, sie der Entdeutschung länger ausgesetzt zu lassen, als irgend nötig. Großdeutsche und grenzdeutsche Forderungen ergänzen und bedingen sich. (Über die Grenzführung des kommenden Deutschland im einzelnen braucht in diesem Buche, das nur Grundzüge festlegen will, nichts gesagt zu werden.) Nicht westliches Nationalstaatsdenken rechtfertigt diese Forderung; dieses wurde bereits im staatsrechtlichen Teile abgelehnt. Sondern der Volksgedanke. So kann die Politik der Deutschen auch nicht haltmachen an Grenzpfählen des kommenden Reiches: dort endet seine Pflicht, die Deutschen zu erhalten, nicht, mögen sie auch die „Bürger fremder Staaten“ sein.

Grenzdeutsche  
Befreiung

Bismarck und Wilhelm II. konnten im Namen des Reiches noch die Schutzpflicht ablehnen, vor nicht lange zurückliegender Zeit. Heute wäre das nicht mehr möglich. Der Volksgedanke ist seither wieder erstarkt, ja tragend geworden: Staaten beseelt er neu oder zerreißt sie. Darum kann das Schicksal der Deutschen jenseits der Reichsgrenzen beide nicht mehr unberührt lassen; weder das deutsche Volk, noch den deutschen Staat. Hierbei verschrägt es nichts, ob diese Volksgenossen nahe wohnen oder fern, im geschlossenen Siedlungsgebiet oder in Volksinseln von Fremdvölkern eingeschlossen. Seipel, der Bundeskanzler der schwachen Republik Österreich, konnte sogar in der schon erwähnten Regierungserklärung daran nicht vorübergehen. Er fand sehr ernste Worte: „Was den Grad der Herzlichkeit unserer außenpolitischen Beziehungen anlangt, so spielt nichts eine größere Rolle, als das Schicksal jener Bürger anderer Staaten, die mit uns gleichen Blutes und gleicher Sprache sind. Wir sind uns jederzeit bewußt, daß wir für Klagen, die in dieser Beziehung laut werden, nicht die diplomatische Vertretung dieser unserer Volksgenossen über-

Reich und  
Auslanddeutsche

nehmen können, weil es sich um Bürger fremder Staaten handelt. Aber es sind lebendige Nervenstränge, die zwischen ihnen drüben und zwischen uns hüten hin und her laufen. In letzter Zeit ist oft ein Zittern durch diese Nervenstränge gegangen. Dies konnte nicht unsere Außenpolitik beeinträchtigen, wohl aber den Ton der öffentlichen Auseinandersetzung beeinflussen.“ Hier erhebt sich in der Tat eine ernsthafte Schwierigkeit. Denn jedes Eintreten für Volksgenossen jenseits der Grenzen, die Bürger fremder Staaten sind, wird von diesen als ein Eingriff in die inneren Verhältnisse aufgefaßt und peinlich — wenn nicht als feindselig — empfunden. (Daran haben die sogenannten Minderheitenschutzverträge so wenig geändert, wie sie wirkliche Besserung gebracht haben. Vielleicht wäre aber ohne sie manches noch schlimmer.) Jedes Eintreten des Reiches, das nicht so zaghaft wie Deutsch-Osterreich zu sein braucht, für Auslandsdeutsche, belastet tatsächlich seine außenpolitischen Beziehungen. Es ist eine Störung sonstiger Arbeiten, zum wenigsten eine starke Unbequemlichkeit. Das sei offen zugegeben.

**Gewalttaten des  
westlichen  
Nationalstaates**

Solange der demokratische Nationalstaat französischer Prägung in Europa die vorherrschende Staatsform ist, mit seinen Vereinlichungs- und Gleichmachungsbestrebungen, mit seiner Bejahung gewaltsamer Umformungen andersartiger Staatsbürger, mit seiner Neigung zu kultureller und wirtschaftlicher Verraubung der Andersvölkischen, besonders wenn sie Teile höherstehender Völker sind —, solange wird diese Schwierigkeit bestehen. Es ist bezeichnend für die individualistischen Nationalstaaten, daß sie die Eigenart ihrer „Minderheiten“ zu vernichten suchen; und es ist ebenso bezeichnend für überindividualistische Denkweise, daß sie Eigenleben und Eigenart, also die wahre Freiheit, schützt und gleichzeitig damit dem Werte der Volkspersönlichkeit zum Durchbruche verhilft. Gerade die Formaldemokratie mit ihren Wahlen und ihrer Stimmenzählerei ist eine stete Quelle des Unheils: die Mehrheit beschließt irgendein Unrecht und Unrecht wird dann zur Rechtsatzung, geheiligt durch eben die Stimmenmehrheit, die ja nicht fehlen kann. Die Wahlen aber bringen es mit sich, daß der Nationalismus sich immer stärker erhitzt, daß eine Partei die andere an nationaler Gesinnung, d. h. in diesem Falle in Erfindung von Maßnahmen zur Unterdrückung von fremdvölkischen, anders gearteten Staatsbürgern, überbietet. Zu alledem ist aber der Staat westlicher Prägung berechtigt. Denn er ist auf allen Gebieten zuständig (omnikompetent): er hat das Recht, überall sich zuständig zu erklären (Kompetenzkompetenz). Und er ist allmächtig auf allen Gebieten des Lebens, der Kultur und der Wirtschaft. Er ist vollkommen souverän, d. h. nicht gezwungen, Rücksicht auf ein Höheres zu nehmen, da er — der Staat — ja das Höchste ist. Er kann praktisch nach innen

— trotz Völkerbund und Verträgen, hinter denen keine zwingende Gewalt steht, ja stehen kann, solange die westliche Staatsauffassung herrschend ist — alles machen, was er will, das Törichtste und das Brutalste. Denn er ist ja gedeckt, wenn es eine aus Wahlen hervorgegangene Mehrheit gestattet oder gar fordert: mögen die Wahlen nach gerechten oder ungerechten Gesetzen vollzogen worden sein, mögen Mißbräuche, Zerrbilder westeuropäischer Wahlen die Zusammensetzung der Parlamente gestaltend bestimmt haben.

Auf das kommt es aber immer noch weniger an. Die Allmacht des Staates ist das Entscheidende und der individualistische Grundirrtum, „der Staat“ müsse die Bürger gleichmachen. In ihm ist die liberalste romanische oder slawische Republik genau so befangen wie der Faschismus, der ebenso tief, gerade in außenpolitischer Beziehung, noch in individualistischen Gedankengängen steckt. Südtirol kann davon erzählen. Zweifellos würde vieles im einzelnen besser sein, wenn die Staatsgrenzen vernünftiger gezogen wären, wenn nur die völkischen Inseln mitten im fremden Volkstum, nicht Teile des geschlossenen Siedlungsgebietes fremden Nationalstaaten zugehörten. Eine verständige, den Wünschen der Völker entsprechende Grenzföhrung hätte viel Anheil vermieden.

Grundsätzlich wäre damit aber nichts gewonnen. Denn Völkerverzahnung und Durchdringung sind öflich vom Siedlungsgebiete der Deutschen die Regel. Ganz abgesehen von wirtschaftlichen Erschwerungen und Verkehrshemmnissen lassen sich Grenzen nicht finden, die Europa in lauter geschlossene Nationalstaaten aufteilen. Solche echt liberalen Wünsche, die meist noch dazu mit Vorschlägen verquickt werden, den „Rest“ durch Umsiedlungen zu bereinigen, sind ungeschichtlich und darum kurzsichtig, weil sie den vergeblichen Versuch empfehlen, Dinge ein für allemal zu regeln, die in Fluß sind und in Fluß bleiben werden. Es gibt zahllose Volks- und Völkerspitter ungewisser Volkszugehörigkeit: Slawen in Mazedonien, die nicht wissen, ob sie Bulgaren, eigenvölkliche Mazedonier oder Serben sind, deren Bekenntnis noch schwankt. Aber nicht nur am Balkan, sondern auch an den Randlagen der großen europäischen Staatsvölker, nicht nur in kultur- und verkehrsarmen Grenzstrichen.

Dazu kommt, daß manche Völker schwinden und ihre Wirtschaft nur durch fremdvölkische Zuwanderung erhalten können. Andere wachsen langsam, wieder andere schnell. Solche Naturerscheinungen regeln zu wollen, ist vergebliches Mühen von Menschen, die Tatsachen nicht erkennen und Wahnbildern nachjagen. Die Umsiedlung in den Ländern um das Agäische Meer, die unter Leitung und auf Anregung des Völkerbundes vollzogen wurde, mag einer Million Menschen das Leben gekostet haben. Hochentwickelte Völker aber mit

Gleichmächerei des westlichen Nationalstaates

Die Unbrauchbarkeit und der zweifelhafte Wert völkiger Trennung

feingegliederteter Wirtschaftsschichtung können überhaupt nicht „verpflanzt“ oder „vertauscht“ werden.

Befferungs-  
vorschläge.  
Fertweg

Daher bleiben nur zwei Möglichkeiten. Die erste lautet: Die fremdvölkischen Bürger eines Staates sollten die bisherige Staatsbürgererschaft aufgeben und die des eigenen Staatsvolkes annehmen. Dieser mehrfach angeregte Vorschlag ist untragbar. Denn angesichts der heute herrschenden Staatsauffassung würde dies für den Staat der Anlaß sein, früher oder später jene Fremdvölkischen als Ausländer zu vertreiben, zumal sie überall dort, wo Grenzen falsch gezogen wurden, ja in „besonders sicherungsbedürftigen Grenzgebieten“ leben. Wer also mit dem deutschen Bürgerrecht beglückte Auslandsdeutsche würde zunächst ganz rechtlos; er verlöre den Boden, auf dem seine Väter Jahrhunderte gefessen haben und das Reich würde in noch viel schwerere Verwicklungen verstrickt.

Falsche und  
richtige  
Staatsauffassung

Die andere Möglichkeit heißt Abkehr Europas von der falschen westlichen Staatsauffassung, von unhaltbaren „Idealen“. Im innenpolitischen Teile dieses Buches wurde bereits ausgeführt, daß das neue Deutschland neue Formen haben muß und haben wird. Die kulturelle Vergewaltigung, die der moderne, westliche, selbstfüchtige Nationalstaat im Gefolge hat, wird ihm fremd sein, weil auch das kulturelle Leben des Volkes nicht mehr staatlich geregelt wird, sondern der Eigengesetzlichkeit untersteht. Die Verstümmelung des deutschen Volkskörpers hat die Deutschen auf den Weg gewiesen, auf welchem sie gegen die Unterdrückung völkischer Minderheiten am wirksamsten kämpfen können. Es wurden alte, deutschrechtliche Gedankengänge vom Schutte des falschen Nationalstaatsgedankens, der nach 1871 eindrang, befreit, lebendig gemacht und fortgebildet. Seither ist der Deutsche — vor allem in den Nachfolgestaaten — dort führend geworden, wo um Minderheitenrecht — besser Volksrecht — gerungen wird, wo rechtschöpferische Gestaltungskraft neue Formen sucht und findet. Gerade Deutsche haben die Unfittlichkeit jener Politik nachgewiesen, welche die völkische Eigenart anderer Völker vernichtet und ihre wirtschaftliche Kraft ausbeutet.

Diese Gedanken — das ist eine innere Notwendigkeit — werden die Deutschen hinaustragen unter alle Völker des Abendlandes und für sie werben. Haben sie sich durchgesetzt, so wird eine Quelle unendlichen Leides, aber auch des Volkshaders, verstopft sein: ein Ziel, das der Mühe lohnt.

Bedürfnisse des  
Auslands-  
deutschtums

In kultureller Autonomie ist nun freilich nicht alles einbegriffen, was dazu gehört, den Auslandsdeutschen Lebensraum zu sichern. Rechtssicherheit, wirtschaftliche Gleichheit und vieles andere gehört dazu. Andererseits aber fordert der staatspolitische Teil dieses Buches auch grundsätzlich die Lösung der Wirtschaft vom Staate: ihre Ver-



selbständigung, damit sie ihren eigenen Gesetzen folgen kann. Damit sind die Linien für eine künftige Entwicklung besserer Lebensbedingungen für die auslanddeutschen Siedlungen schon angedeutet: einer Ausbeutung durch raffgierige Wirtschaftspolitik politisch führender Kreise des Staatsvolkes wäre der Kiegel vorgeschoben.

Grundsätzlich sei nur noch eins gesagt. Gewährung von Selbstverwaltung schließt irgendwo schon stillschweigend die grundsätzliche Anerkennung der fremden Volkspersönlichkeit ein: damit auch den Willen zur Gerechtigkeit. Das ist es, was jenen Staaten und Völkern im Osten fast durchweg fehlt. Ihre Vorstellung von Recht ist ganz anders als die der Deutschen, vielfach orientalisch-russisch. Der Gleichklang der Worte in den Gesetzen täuscht die Unkundigen vielfach bis heute darüber hinweg, daß hinter den Worten andere Begriffe stehen oder daß der Wille zur Durchführung der Gesetze fehlt. Sogar ein Staat wie Estland, dessen Streben nach Befreiung durch das Gesetz über völkische Kulturautonomie und seine Durchführung belegt ist, trägt nicht nur den Makel der entschädigungslosen Enteignung des deutschen Grundbesitzes zu Beginn seiner Eigenstaatlichkeit, sondern er besaß auch durch Kirchenraub.

Heute, wo der Wiederanschluß Österreichs noch nicht vollzogen ist, in einer Zeit fast schrankenloser Herrschaft westlicher Staatsform, taucht ein weiterer Gedanke auf: welche Rechte gewährt das Reich Volksdeutschen, die fremde Staatsbürger sind? Grundsätzlich sind sie bis heute Ausländer wie alle anderen, mit den gleichen Rechten und Pflichten. Tatsächlich genießen sie aber eine Reihe von kleinen Vorzügen, nicht nur gewohnheitsrechtlich, sondern auch durch einige Verordnungen und Einzelbestimmungen der Gesetze. Hier muß planmäßig weitergebaut werden: um so höher, je mehr in ganz Europa der westliche Staatsbegriff an Boden verliert. Weitgehende Gleichstellung könnte heute freilich das Gegenteil des Gewünschten, verstärkte Bedrückung und rechtliche Schlechterstellung der Auslandsdeutschen, herbeiführen. Die Richtung, in der ein allgemeines deutsches Volksrecht zu entwickeln sein wird, ist folgende: gegenüber den Nichtdeutschen fremder Staatsangehörigkeit müßten deutschen Volksgenossen fremder Staatsangehörigkeit Vorzugsrechte auf verschiedenen Gebieten, z. B. auf sozialrechtlichem, müßte eine dem Reichsangehörigen entsprechende Stellung eingeräumt werden. Ein ausländischer Deutscher dürfte nicht in Gefahr stehen, als „Ausländer“ polizeilich ausgewiesen zu werden; seine Auslieferung an fremde Staaten wegen strafrechtlicher Verfolgung müßte auf ganz bestimmte Verbrechen beschränkt werden. Ferner müßte der Begriff „Deutscher“ aus seiner staatsbürgerlichen Verengung befreit und auf die Gesamtheit der Zugehörigen zum deut-

Deutsches  
Volksrecht

schen Volke ausgedehnt werden. Reichsangehöriger ist die zutreffende Bezeichnung für den Bürger des Reiches.

## Die europäischen Ziele

Die älteren  
Formen

Die künftige Bündnispolitik unterscheidet sich grundsätzlich von jener der Vorkriegszeit. Diese kannte nur zwei Formengruppen: das losere Bündnis oder den festen Staatenbund. Vom Bündnis waren wieder zwei Arten in Gebrauch: einmal das echte Bündnis zwischen zwei annähernd gleichen Staaten, welche sich als Gleichberechtigte auf Zeit banden, um dies oder jenes Ziel gemeinsam zu erreichen: unter Wahrung ihrer vollen Souveränität (im Sinne westlicher Staatsauffassung). Zum anderen der Vertrag zwischen einer Macht und machtlosen Staaten, die damit ihre Selbständigkeit mehr oder weniger einbüßten: so die Verträge der französischen Revolutionsregierung und des ersten Napoleon, so Englands „Bündnisse“ in überseeischen Gebieten, z. B. mit indischen Fürsten und der amerikanischen Union mit lateinamerikanischen Staaten. Wollte man enger zusammenrücken, so war man genötigt, unauflösliche Verbindungen einzugehen. (Monarchische Personalunionen brauchen in diesem Zusammenhange nicht berücksichtigt zu werden.) Gemeinsamkeit gewisser Staatseinrichtungen kennzeichnet die Staatenbünde, dauernde Vereinigungen zweier oder mehrerer Staaten zwecks einheitlicher (oder gleichheitlicher) Ausübung von Hoheitsrechten, ohne daß „der Bund“ und seine Organe berechtigt zu sein brauchten, Regierungsrechte innerhalb der einzelnen Staaten auszuüben. Eine noch engere Verbrüderung stellte der Bundesstaat (Staatenstaat) dar, über dessen Natur die Wissenschaft viele voneinander abweichende Lehren — darüber, wo die Souveränität läge, ob diese teilbar sei usw. — erzeugte, während in Wirklichkeit solche außenpolitisch einheitlich gelenkte und verteidigte Bundesstaaten — freilich nicht ohne viele Reibungen nach innen — ihr wirkliches Leben lebten. Tatsächlich kommt es viel mehr darauf an, ob diese Gebilde aus der Lockerung älterer geschichtlicher Verbände hervorgingen (Österreich-Ungarn) und die Neigung zum Auseinandergehen noch dauernd vorwog oder ob verwandte oder sonst eng, meist durch Sprachgemeinschaft oder Blutmischung verbundene Staaten im Zuge waren, sich noch fester aneinander zu binden. (Beispiel: Vereinigte Staaten von Amerika und von Brasilien.) Die Schweiz ist ein Sonderfall.

Die neueren  
Formen

Alle diese Muster passen nicht für Europa, da Neubildung in Frage kommt. Solche Neubildungen wurden aber bisher nur bei Völkern gleicher Abstammung und Sprache (in Amerika) beobachtet.

Die vielvölkische Schweiz sah aber schon, bevor die Eidgenossenschaft ihre heutige Form annahm, auf eine Jahrhunderte alte gemeinsame Geschichte zurück. Noch weniger paßt das Muster des Genfer Völkerbundes (eines, trotz einiger die Auflösung erschwerenden Bestimmungen, lockeren Staatenvereins) und erst recht nicht das neue britische von 1926. Letzteres ist auch etwas Einzigartiges, geschichtlich Gewordenes: äußerlich nur durch die Krone, innerlich aber durch die gesamtbritische Interessenverflechtung und die meerbeherrschende Flotte fest verbunden. Der Völkerbund trägt so viele Geburtsfehler offen zur Schau, daß es nur einem oberflächlichen Betrachter einfallen könnte, Europa für sich nach dem Vorbilde des Völkerbundes oder gar als dessen Unterabteilung organisieren zu wollen. Viel eher könnte Sowjetrußlands innerer Neubau gewisse Anregungen geben. Denn in mancher Hinsicht waren dort ähnliche Aufgaben zu lösen, die aus der Vielheit der Völker entsprangen. Der Unterschied lag aber darin, daß zuerst der bolschewistische Gesamtstaat über den ganzen Raum machtgeltend vorhanden war und daß dieser dann zur Erleichterung der Verwaltung und um Hemmungen vorzubeugen, die aus der Unzufriedenheit der Völker über eine vereinheitlichende Neigung der Verwaltung hätten entstehen müssen, das einheitliche Verwaltungsgebiet in Teilrepubliken — nach den Sprachen und Völkerschaften — auflöste. Niemand zwang die Moskauer Machthaber dazu. Sie taten es aus freien Stücken, bewogen teils durch Nützlichkeits erwägungen, teils um alte sozialistisch-kommunistische Lehren der Frühzeit zu verwirklichen.

Noch anders liegen die Dinge im nichtkommunistischen Europa. Dort stehen sich nicht nur Sprachen und Völkerstämme (äußerstenfalls erwachende Nationen wie die ukrainische) gegenüber, sondern viele große und alte Staatsvölker: voll ausgeprägte Volkspersönlichkeiten mit ruhmreicher Geschichte und harten Umrissen, mit eigenartiger geistiger und wirtschaftlicher Kultur, mit gefestigten Nationalstaaten; neben ihnen, nach Nordost und Südost hin, aber auch jüngere, traditionsärmere Völker, jedoch darum von um so unbekümmerterem Nationalismus, zumeist noch tief in dessen Flegeljahren stehend. Die beim Abschlusse der Pariser Vorortverträge bevorzugten unter diesen Völkern erhielten eigene Staaten mit allzu weit gezogenen Grenzen, in denen sie frei schalten konnten, ohne Rücksicht auf die ihnen zugeteilten fremden Volksteile oder auf die Nachbarvölker. Denn die Staaten-selbstsucht steht in Blüte. Sie erzeugte üble Früchte.

Die Unhaltbarkeit der 1918 bis 1920 entstandenen europäischen Landkarte wird von der öffentlichen Meinung aller Völker zugegeben. Ursachen und Gründe für diese Anschauung zu wiederholen, wäre Raumverschwendung. Sie sind nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch in hohem Maße politischer Art. Die mangelhafte Lösung des Nationali-

Einzigartigkeit  
Europas

Die europäische  
Unruhefrage

tätenproblems birgt offensichtliche Gefahren. Das ohnmächtige und gefesselte deutsche Volk gilt in höherem Maße als ungelöste Rätselfrage der europäischen Politik, als früher das mächtige: ein Gedanke, den Stegemann in seinem „Trugbild von Versailles“ glänzend entwickelt hat. Die gegen das Deutschtum und gegen das Ungartum gerichtete Lehre vom Selbstbestimmungsrecht der Völker wendet sich nun gegen die künstlich aufgeblähten Auchsiegerstaaten und beginnt zugunsten der Deutschen und der Ungarn zu wirken. Sie unterwühlt das europäische Staatenbild der Pariser Vorortverträge.

So ertönt überall der Schrei nach Neuordnung Europas, freilich verschieden abgestimmt, je nach dem Standpunkte des Rufers und nach seiner Denkart: im Westen Europas, in den besser gefestigten Nationalstaaten zaghafter, wenn auch die dortige Wirtschaft aus Furcht vor Amerikas Wettbewerb und Europas hohen Steuern wirkliche Friedensfestigung wünscht. In den Nachfolgestaaten am lautesten. Dort stellte sich die zunächst angestrebte wirtschaftliche Selbstbefriedigung (Autarkie) als Wahnbild heraus. Der Rahmen ist zu klein dazu. Größere wirtschaftliche Gebilde erweisen sich als notwendig. Alle Versuche aber, das frühere Habsburgerreich wenigstens als wirtschaftliche Donaukonföderation wieder herzustellen, scheiterten an den Gegensätzen. Osterreich will ebensowenig wie Ungarn.

Die alte und die neue Formel

Die Not förderte dann Pläne, Europa — angesichts des Versagens des Genfer Völkerbundes — für sich allein zu organisieren.

Noch fehlt dafür bis heute die erlösende Formel: was als solche in den letzten Jahren als angeblich neu geboten, ja zum Teil wie Handelsware angepriesen wurde, trägt im Grunde nur neue Namen. Es ist die verlegene Ware des Individualismus. Angstlich bemüht, die jetzige Machtverteilung aufrecht zu erhalten und ohne am heutigen westlichen Staate wirklich zu rütteln — sozialistische Übertünchung ändert sein Wesen nicht zum Besseren — wollen alle im Nachstehenden aufgezählten Reformen doch letztlich nur einen scheindemokratischen Staatenbund. Die Schlagworte der Gleichheit und Freiheit werden vom innerstaatlichen auf das überstaatliche Gebiet übertragen. Daher sind sie so unbefriedigend.

### Wirkungslose oder falsche Vorschläge

Wirtschaftliche  
Vorschläge.  
Zollunion

Von Sozialisten, aber auch von Unternehmerseite wurden zunächst wirtschaftliche Vorschläge der Öffentlichkeit unterbreitet. Sie empfahlen fast durchweg eine europäische Zollunion, zum Teil nach vorübergehender privatwirtschaftlicher Vertrustung (Göhre, „Deutschlands weltpolitische Zukunft“, Bohwinkel-Verlag, Berlin; August Schmidt, „Das neue

Europa“, Reimar Hobbing-Verlag, Berlin; Woytinsky, „Die Vereinigten Staaten von Europa“, J. S. W. Diez Nachf. Verlag, Berlin.) Ungesehene Wirtschaftsverbände betonten in Rundgebungen und auf den verschiedensten Tagungen die Notwendigkeit wirtschaftlicher „Zusammenarbeit“ der europäischen Länder. Verkehrstagungen wollten Europas Schlagbäume aufheben. Ein freihändlerisch gefärbtes Wirtschaftsmanifest internationaler Geldmänner wollte Europas wirtschaftshemmende Zollmauern einreißen. In Genf bemühte sich die Weltwirtschaftskonferenz im gleichen Sinne.

Andere erkannten von vornherein, daß das europäische Problem doch in erster Linie keine Nützlichkeits- und Interessenfrage ist. „Es unter diesem Gesichtspunkte zu fassen, ist eine Betrachtungsweise, die an die Politik der Vorkriegszeiten erinnert, in denen wir von wirtschaftlicher und machtpolitischer Organisation alles erwarteten, ein Standpunkt, der letzten Endes zu unserem heutigen Chaos geführt hat. Auch verrät diese Einstellung einen nicht allzu tiefen Einblick in die die Entwicklung bestimmenden Kräfte.“ (Kleefisch.) Die historisch-katholische „Abendland“-Bewegung will daher den universalistischen Gedanken des heiligen römischen Reiches deutscher Nation von neuem beleben. Daneben suchte Prinz Karl Anton von Rohan die konservative Oberschicht der europäischen Völker mit seiner „Europäischen Revue“ und durch Tagungen zu verbinden. „Zur Ergänzung des Verständigungswerkes der Regierungen“ entstand ein Bund für europäische Verständigung, dem namhafte Politiker beitraten: Mary, Strefemann, Wirth, Luther, Vandervelde, Briand, Painlevé, Albert Thomas, Marc Sangnier, Ramsay MacDonald, Fritjof Nansen, Paderewski, Benesch usw. Diesem Bunde muß jedoch Erfolg versagt sein, weil gute Worte und Gesinnungen nichts nützen, zum Handeln aber dieser Kreis viel zu bunt zusammengesetzt ist; seine Kräfte heben sich gegenseitig auf.

Die Greifweite all dieser Bestrebungen war und ist gering, ihre Kräfte bescheiden; sie bestehen in einem Buche, einer Zeitschrift oder ein bis zwei Tagungen, die zu Aussprachen unter Interessierten Gelegenheit geben. Es fehlt an Geld für großzügige Werbefeldzüge. Ihre Zielsetzungen sind entweder wirtschaftlich oder kulturell-geistig. Sie entbehren des Umfassenden, greifen nur Ausschnitte heraus, noch dazu ohne dem Geforderten feste Umrisse zu geben. So blieb auch ihre Auswirkung klein. Auch für die Zukunft ist nichts zu erwarten.

Ganz anders die sogenannte paneuropäische Bewegung. Mit leicht faßbaren und sofort in Schlagworte ausgemünzten Rezepten setzte sie ein, gefördert durch einen marktschreierischen Werbefeldzug. Treibende Kraft war Graf Nikolaus von Coudenhove-Kalergi in Wien. Seine Person verdient nähere Betrachtung. Über sein Denken

Vorarbeiten auf geistig-geistlichem und gesellschaftlichem Gebiete

Mängel nach Form und Inhalt

Die paneuropäische Bewegung. Geistige Grundeinstellung des Gründers

erfuhr man aus einem früheren Buche über den Adel folgendes: „Der Mensch der ferneren Zukunft wird Mischling sein“, so hatte der Sohn eines „österreichischen“ Aristokraten und einer Japanerin prophezeit. „Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen vielleicht ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeit ersetzen.“ Über die Führer dieser zukünftigen Entwicklung sagte Coudenhove: „Statt das Judentum zu vernichten, hat es Europa wider Willen durch jenen künstlichen Ausleseprozeß (Stählung durch heldenhaft ertragenes Martyrium und Läuterung von willensschwachen, geistesarmen Elementen, wovon er im Satz vorher gesprochen hat) veredelt und zu einer Führernation der Zukunft erzogen. Kein Wunder also, daß dieses Volk, dem Ghettokerker entsprungen, sich zu einem geistigen Adel Europas entwickelt. So hat eine gütige Vorsehung Europa in dem Augenblick, als der Feudaladel verfiel, durch die Judenemanzipation eine neue Adelsrasse von Geistes Gnaden geschenkt.“ Diesem halbfarbigen Mischling sagte der Begriff Volk und Volkstum aus begreiflichen Gründen nichts.

**Paneuropas  
äußerlicher Erfolg**

Also vorbereitet, veröffentlichte er 1923 eine Programmschrift „Paneuropa“ und gewann damit europäischen Ruhm, wenigstens in den Kreisen, die ihm seines Adelsbuches wegen von vorneherein günstig gestimmt waren, weil auch sie zwischen und neben den Völkern stehen. Sein Eingangswort, „Dieses Buch ist bestimmt, eine große politische Bewegung zu wecken“, hat er wahr gemacht; wenigstens äußerlich war Panuropa ein Erfolg: nicht allein dank seiner propagandistischen Talente, durch seine leichtfaßlichen Symbole (Sonnenkreuz als Zeichen der Humanität und der Vernunft) und durch das rechtzeitige Erfassen eines Zeitbedürfnisses. Sondern vor allem durch seine eindringliche Kritik an den Zuständen im heutigen Europa. Freilich, in ihrer Begründung ist sie falsch; da heißt es: „Die ganze europäische Frage gipfelt in dem russischen Problem. Hauptziel der europäischen Politik muß die Verhinderung einer russischen Invasion sein . . .“ „Gelingt es Rußland durch einige gute Ernten sich wirtschaftlich zu erholen, bevor Europa sich zusammenschließt — so ist Europas Schicksal besiegelt. Die künftige Staatsform Rußlands ist dabei irrelevant. Sobald sich für Rußland die Möglichkeit bietet, Europa in seine Abhängigkeit zu bringen, wird es von dieser Möglichkeit Gebrauch machen — ob es nun rot ist oder weiß.“ Das stellt die Tatsachen auf den Kopf. Sowjetrußland ist schwach in Wirtschaft und Heer, wahrscheinlich für lange Zeit.

**Kritik zur richtigen  
Stunde. Falsche  
Begründung**

**Beschönigungen  
aus Unwissenheit**

Auffschlußreich und darum dankenswert ist Coudenhoves Bekenntnis zu den Pariser Friedensschlüssen, die ihm trotz seiner Kritik „politisch einen Fortschritt gegenüber den Vorkriegsverhältnissen bedeuten“. Ihre Folgen beschönigt er: „So ungerecht und verdammens-

wert diese Teilunterdrückungen (der Deutschen, Magyaren und Ukrainer) auch sind: diesen unterdrückten Völkern von heute bleibt wenigstens ihr eigener Staat als nationaler Rückhalt und als freies Kulturzentrum — während vor dem Kriege europäische Kulturnationen in ihrer Gänze der nationalen Freiheit beraubt waren. Trotz dieser Reste nationaler Unterdrückung, an deren Beseitigung jeder gute Europäer arbeiten muß, ist somit in der politischen Struktur Europas der Vorkriegszeit gegenüber ein Fortschritt zu erkennen.“ Unwahr! Einen freien ukrainischen Staat gibt es nicht. Coudenhove lehrt die Unverrückbarkeit der in Paris geschaffenen Grenzen, die im Interesse der Franzosen und ihrer europäischen Verbündeten liegt; daher auch seine Anschlußfeindschaft. Er tut so, als sei eine friedliche Grenzverschiebung ausgeschlossen und erklärt: wer auf eine Änderung der deutschen Grenzen hinarbeite, müsse Kriegspolitik treiben. Gleichfalls unwahr! Wilna kam ohne Krieg zu Polen, Ödenburg zu Ungarn. Das belgische Kabinett beschloß 1926 die Rückgabe Eupen-Malmedys unter bestimmten geldlichen Bedingungen; wenn dieser Beschluß freilich auf Poincarés Drängen vorläufig wieder aufgehoben werden mußte, so zeigt er doch die Fehlerhaftigkeit der Coudenhoveschen These, daß man sich mit der Versailler Grenzführung abfinden müsse: „Wer an diese Grenzen rührt — rührt an dem Frieden Europas.“

Der Bauplan Coudenhoves ist rein formaldemokratisch. Er lehrt: „Europa als politischer Begriff umfaßt sämtliche demokratische und halbdemokratische Staaten Kontinentaleuropas mit Einschluß Islands . . . . Das Restgebiet der europäischen Türkei gehört politisch zu Asien“. „Das sechste Europa (damit meint Coudenhove das von ihm zu gründende) reicht so weit nach Osten wie das demokratische System“. Daher sieht er auch „die Frage“, ob Rußland zu Europa gehört, als „wesentlich erleichtert“, das heißt für entschieden an, seit es sich durch seinen Bruch mit dem demokratischen System außerhalb Europas gestellt hat. Coudenhove hält Englands Eintritt in Paneuropa für unerwünscht, solange es ein Weltreich ist. „Der Anschluß Englands und Irlands an Paneuropa wäre nach dem Zerfall des britischen Weltreiches möglich. Sollten einmal Kanada und Australien sich an Amerika anschließen, Indien und Südafrika sich unabhängig erklären — so stände dem englischen Mutterlande jederzeit der Beitritt zur paneuropäischen Föderation offen.“ „Paneuropa besteht aus sechsundzwanzig größeren und sieben kleinen Territorien.“ Er zählt zu diesen 26 Staaten alle Staaten Europas außer Rußland, der Türkei, Großbritannien und Irland und als Territorien Saargebiet, Danzig, Fiume, Monaco, San Marino, Liechtenstein und Andorra, 5 000 000 qkm mit 300 000 000 Einwohnern, dazu das Kolonialreich der obigen Mächte, davon 15 500 000 qkm

Paneuropas  
Bauplan

mit 53 000 000 Einwohnern in Afrika und 5 130 000 qkm mit 78 300 000 Einwohnern verstreut. „Somit umfaßt Paneuropa mit Kolonien ein Gebiet von ca. 26 Millionen Quadratkilometern und 431 Millionen Einwohnern.“

**Falsche Baugrund-  
läge: von außen  
nach innen**

Diese vorausschauende strenge Abgrenzung der künftigen Vereinigung europäischer Staaten ist äußerlich und darum töricht. Sie bildet aber für Coudenhove das Glanzstück seines Denkens. Zudem ist sie, weil vorbelastend, ebenso ungeschickt wie die vorzeitige Aufrollung der Frage von Kolonien. Sie raubt von vorneherein die nötige Bewegungsfreiheit, was Coudenhove übrigens nicht gänzlich übersieht. Feste Grenzen vorschreiben wollen, heißt verkennen, daß Europa geschichtlich, geistes- und bekenntnismäßig, verkehrsmäßig und wirtschaftlich nur sehr bedingt eine Einheit ist. Gegen die Ränder zu verflüchtigt sie sich immer mehr.

Westliche Denkweise in pazifistischer Spielart auf die Spitze getrieben, schon fast bis zum Zerrbild geworden, gibt Coudenhove den Anhängern des demokratischen Nationalstaates in seinem Paneuropa. Platt und unschöpferisch, aber darum Gleichgesinnten leicht verständlich, sieht er nur Staaten und Staatsnationen, aber keine Völker, keine treibenden Volkstumsbewegungen. Nationalismus — gerade echter Nationalismus — ist ihm verwerflicher Chauvinismus.

**Versagen  
des Westlers vor  
Europas  
Problemen**

Darum sind Coudenhove Europas tiefste Probleme verschlossen, dem Paneuropäer müssen die Geheimnisse dieses Erdteiles, so offen sie daliegen, verborgen bleiben. Den Individualisten narret sein Vernunftglaube. Er versagt einfachen Tatsachen gegenüber, wie der Westler überhaupt. Mit Bauplänen aus individualistisch-pazifistischem Denken ist Europa nicht aus dem Schutte der Zerstörung wieder aufzubauen. Nicht die Sorge vor Sowjetrußland, sondern das Grauen vor ungelösten Völkerschmerzen, die der bolschewistischen Saat den Boden vorlockern, darf Triebfeder aller Arbeit an einer neuen Rechtsordnung sein. Endlich: kein wahrer Baumeister baut heute von außen nach innen. Das tun nur Nichtkönner. Solche Gebäude genügen nur für Filmaufnahmen.

**Faschistischer  
Anarchismus**

Noch anders die zweite Spielart des westlichen Nationalstaatsgedankens: die faschistische. Die männliche Art des Faschismus, die auf Instinkte aufbaut, ist wohl sympathisch. Trotzdem ist er ein echter Abkömmling des westlich-individualistischen Liberalismus, der letztlich nur einige Vorzeichen geändert, einige der Grundbehauptungen umgedreht und dafür andere entlehnt hat: gerade wie der deutsche Liberalismus schon Jahrzehnte früher sich in politisch-nationalen Radikalismus und unfruchtbaren Antisemitismus wandelte. Das Recht der „Korporationen“ wird vom Faschismus gelehrt; die Staatsvergottung aber macht es hohl. Der einzelne wird wohl entthront, aber die Per-



fönllichkeit vernichtet; denn zwischen Staat und einzelnen steht kein eigenes Leben, genau wie im westlichen Staate. Wird aber der politische Radikalismus herrschend, so erkennt er überhaupt keine höheren Werte mehr an: das Anarchische, das im westlerischen Staatsindividualismus beschlossen liegt, vielfach aber nicht eingestanden oder erkannt wird, wird dann zum höchsten Staatsziel erhoben. Beides führt ins Unglück.

## Die Grundlagen deutscher Bündnispolitik

Der richtige Weg ist der umgekehrte. Im Innern ist zu beginnen. **Richtige Bau-  
grundläge von  
innen nach außen**  
Keine Neubildung kann des Kernes entbehren, den sie allmählich zu umwachsen hat. So entstehen ja auch Kristalle. Die Zelle muß im Gebiete der größten Schwierigkeiten liegen, der politischen und der wirtschaftlichen, wo feinste Wirtschaftsverflechtungen durch die Verträge der Pariser Vororte zerrissen sind, wo die europäischen Staaten ohne natürliche Grenzen hart aneinanderstoßen, wo die geschlossenen Siedlungsgebiete der Völker zerschnitten sind und wo Völker in solcher Gemengelage verfilzt sind, daß Staatsgrenzen auf Grund nationaler Sonderung nicht gezogen werden können.

Das Kerngebiet, auf dessen Bedürfnisse die Rechtsätze einer europäischen Staatenverbindung zugeschnitten werden müssen, liegt nicht am Rande Europas, weder im Norden noch im Westen noch auch im äußersten Osten, sondern im Raume des deutschen Siedlungsgebietes und der Siedlungsgebiete der ost- und südosteuropäischen Mittel- und Kleinvölker, von der Ostsee bis zur Adria, dem Ägäischen und Schwarzen Meere und von da immer längs der Westgrenze des großrussischen Siedlungsgebietes bis nach Finnland hinauf.

Dieser Raum ist Mitteleuropa, vermehrt durch das nahe Südost- **Der Kernraum**  
europa und das nahe Osteuropa, das, was Haushofer jr. 1926 im Septemberheft von „Volk und Reich“ Innereuropa genannt hat. Eine Darstellung dieses Raumes und der Grundlagen kernhafter Bündnisbildung — durch vorzeitige Einbeziehung der Randgebiete Europas wird das Problem nur erschwert und die Zielstellung verwischt — gibt Karl E. von Loesch in seinem Aufsatz „Panneuropa — Völker und Staaten“ in „Staat und Volkstum“, Deutscher Schulbuch-Verlag, Berlin.

Die Führung wird den Deutschen auf den meisten Gebieten von **Das Kernvolk**  
selbst zufallen, auch wenn die Volkspersönlichkeit der anderen Völker und ihr wirtschaftlicher Vorteil gewahrt wird; eine Zelle muß vorhanden sein, an die sich Staaten und Völker wirtschaftlich und politisch anschließen können. Die größte völkische Zelle ist das deutsche Volk,

der größte der Staaten dieses Raumes ist das rumpfdeutsche Reich. Diese Auffassung ist auch wirtschaftsgeschichtlich zu begründen: nicht etwa nur in Erinnerung an den preußischen Zollverein, sondern vielmehr so, daß der größte Teil des vorbezeichneten Raumes nicht nur seine geistige, sondern auch seine wirtschaftliche Kultur von Deutschen oder durch deutsche Vermittlung erhalten hat. Deutsch ist dort die Sprache von Handel und Großverkehr, deutsch sind die Arbeitsweisen der Wirtschaft. Deutsche wohnen dort seit Jahrhunderten in größeren und kleineren Inseln ebenso bodenständig wie die anderen Völker: wirtschaftlich ein Vorbild, als Mittler unübertrefflich.

Die geographische  
Mittellage

Das Siedlungsgebiet der Deutschen reicht von der Nordsee und der Ostsee fast (bis auf etwa 70 km Luftlinie) zur Adria. Der Zwischenstreifen ist wenig wegsam. Ausläufer der Alpen und der Karst erfüllen ihn. Gerade dort wohnt eines der kleinsten Völker Europas. Fast alle Verkehrswege von West nach Ost und von Süd nach Nord, zu Lande und in der Luft führen über das Gebiet der Deutschen: so sind diese tatsächlich Europas Volk der Mitte. Buchten des Weltmeeres reichen noch eben in deutsches Land. Also fast ohne natürliche Grenzen oder Schranken, ist Deutschland politisch und militärisch gefährdet oder begünstigt: Angriffen ausgesetzt und zu Angriffen befähigt.

Die Blutmischung

Auch was die Blutmischung angeht, ist der Deutsche in einer Mittellage. Das nordische Blut, in Rußland ausgerottet, im Westen und Süden völlig verdünnt, im Norden und in den Niederlanden vorwiegend, aber geistig-willensmäßig dem Individualismus völlig untertan, ist in Deutschland noch hinreichend vorhanden.

Zwischen den  
Völkern

Romanische, romano-germanische, germanische und slawische Völker, ferner je ein einer Sondergruppe angehörendes Volk grenzen an das deutsche: das Bild der Nachbarn ist also scheckiger als sonst irgendwo.

Die geistigen  
Grundlagen  
deutscher Bündnis-  
politik

Die hier entworfene deutsche Bündnispolitik kann, wie schon ausgeführt, nicht mit der nationalstaatlich-westlichen Staatslehre arbeiten, weil diese den tatsächlichen Verhältnissen gegenüber versagt. Die Mißlösung der Pariser Vorortverträge ist nicht nur darum verfehlt, weil das Selbstbestimmungsrecht von den Siegern nicht folgerichtig durchgeführt wurde, weil ein Teil der Völker übermäßig begünstigt, ein anderer (Deutsche, Ungarn, Ukrainer, Bulgaro-Mazedonier usw.) den Begünstigten ausgeliefert wurde. Sondern weil die Kleinvölkerverfälschung (Verzahnung und Durchdringung) politisch weniger starre Formen, als der unduldsame westliche Nationalstaat entwickelt hat, verlangt; weil Wirtschaft und Verkehr größere, einheitlich geordnete Gebiete fordern; weil die Finanzlage Verbilligung von Verwaltung und Rüstung gebieterisch heischt, weil endlich die geistig-politische Enge der westlich-nationalstaatlichen Auffassung Ge-

fahren schwerster politischer Zerstörung in sich birgt. Das deutsche Volk muß rechtschöpferisch neue Staatsgedanken formen, auch für fremde Völker; es muß solche finden, die ein Zusammenleben von Völkern auf dem gleichen Raume, in qualvoller Enge, leichter machen als bisher. Ansätze dazu liegen bereits auf mehreren Gebieten vor. Es gilt, ihnen Gestalt zu geben, um so der Außenpolitik des Reiches geistige Waffen zu liefern, die wirkungsvoller sind als die bisherigen: damit die wiederholt gekennzeichnete Abneigung gegen die europäische Mitte, welche vom Deutschtum wegführte, sich in eine entgegengesetzte Bewegung verwandeln kann, die zu einer Sammlung um das Volk der Mitte Europas führt. Im staatspolitischen Teile wurde ein Bild des kommenden deutschen Staates entworfen, dessen Formen eine Politik des festen Bündnisses erleichtern. Da die Wirtschaft, vom Staatlichen in gewissem Sinne losgelöst, ihren eigenen Gesetzen folgen kann, die Politik aber den Ernährungsraum erweitert, wird der Anreiz zu imperialistischer Wirtschaftspolitik geringer. Für die Kultur gilt das gleiche. Damit hat die angestrebte Bündnispolitik und der darin liegende Ausdehnungsdrang alles Bedrohliche oder gar Feindselige für die Nachbarvölker und Staaten verloren.

Ein Staat früherer (westlicher) Art, der wirtschaftlich und kulturell imperialistisch auftrat, mußte die anliegenden Grenzvölker abstoßen. Der neue Staat aber, aus dessen Wirkungsbereich Kultur und Wirtschaft herausgenommen sind, flößt keine Furcht mehr ein auf Angrenzer, die mit Recht die Früchte eigener Arbeit und ihre völkische Eigenart unangetastet wissen wollen. Ein solcher Staat übt eine zentripetale (anziehende) Wirkung auf seine Nachbarn aus. Denn er bietet kleineren Völkern den gewaltigen Anreiz, (unter starkem Schutz) der Vorzüge seiner überlegenen Kultur, seiner ausgebauten Wirtschaft teilhaftig werden zu können, ohne sich selbst aufgeben zu müssen. So entsteht eine gesunde Bündnisgrundlage, während der alles verschlingende, alles regelnde Staat abstieß. Ein so beschaffenes Staatswesen aber zieht auch fremdes Volkstum, das rassemäßig, geopolitisch, kulturell oder geschichtlich den Deutschen nahesteht, in seinen Bann.

Als Schützer der völkischen Eigenart und des völkischen Eigenlebens bekundet das deutsche Volk gleichzeitig, sowohl innen- wie außenstaatlich, die Herrschaft des Hochwertigen. Das hochgemute und das edle Volk soll in die Stellung erhoben werden, die eine göttliche und nicht eine tierische Weltordnung erheischt. Als Vorkämpfer einer höheren Sittlichkeit werden die Deutschen dann die Propheten eines besseren Europa, das der Welt wieder etwas zu schenken vermag und zum mindesten sein geistiges Übergewicht wieder erneut aufrichtet. Das Volk der höchsten Leistung soll auf Grund dieser Leistung, unter voller Berücksichtigung seiner geopolitischen Mittellage, führend

Die Herrschaft der  
Hochwertigkeit

und bestimmend sein. Diese Führung soll sich auch tatsächlich bei der Bildung neuer Macht- und Kulturkreise auswirken.

Die Herrschaft der  
Minderwertigen  
im Völkereleben

Es war ein Widersinn, daß vom individualistischen Nationalstaatsgedanken erfüllte, erst an der Schwelle abendländischer Zivilisation stehende, meist einer Eigenkultur entbehrende Völker ihren Geltungsbereich im letzten Jahrzehnt verdoppeln durften, während gleichzeitig ein Volk wie das deutsche zurückgeschnitten und geknechtet wurde. Das offenbart den wahren Zusammenbruch des abendländischen Europas. Es ist ein Zerfallszeichen. Nur die Unterdrückung echter Kultur und die Anbetung des Höhen Zivilisation konnten zu einem solchen Übermaß führen.

Das Gegenteil wäre das Richtige. Gerade sein Selbstbewußtsein erlaubt nämlich einem großen Kulturvolke, das völkisch-kulturelle Eigenleben kleinerer und kleinster Völker unangetastet zu lassen. Diese sollen aus der überlegenen Kulturleistung und der Wirtschaftsorganisation des größeren Bruders Gewinn ziehen und im übrigen in ihrer Eigenart und ihrem Innenleben unangetastet bleiben.

### Zur Durchführung der Neuordnung

Die praktische Durchführung dieser deutschen Politik ist nicht nur eine Frage geopolitischer Zwangsläufigkeit und geistiger Kraft, sondern auch eine Machtfrage. Nur das Grundsätzliche konnte vorgetragen werden: nicht aber die zur Durchführung einzuschlagende Taktik. Sie ist von der jeweiligen Lage und von dem Wechsel in den Kräfteverhältnissen abhängig. Der künftigen Möglichkeiten Zahl ist sehr groß, praktisch ist sie sogar unendlich, sie ist zur erschöpfenden Darstellung also nicht geeignet. Immerhin kann einiges zu den großen Umrißlinien gesagt werden. Seine Gültigkeit ist aber nicht unbedingt, wie das in anderen Kapiteln Ausgeführte.

Zwischen den west-  
und den  
osteuropäischen  
Staaten

Deutschland, staatlich heute auf 13 Staaten aufgeteilt, scheidet die wehrhaften Zivilisationsvölker des Westens von dem Klein- und Mittelvölkergemischgürtel des Ostens, die unwehrhaft und geburten-schwach gewordenen nordischen Völker von den gesünderen des Mittelmeers.

Den randlichen Völkern Europas im Norden, im Westen und im Süden hat das deutsche unmittelbar wenig zu geben.

Von den germanischen Völkern will es (Nordschleswig ist ein sehr kleiner Sonderfall) nicht mehr als den Austausch geistiger und irdischer Güter. Kriegerischer Ausdehnungsdrang wohnt Skandinaviens Völkern und den Niederländern nicht mehr inne. Reicher überseeischer Besitz, den man nicht selbst zu verteidigen gesonnen war, machte die Niederländer friedliebend. Hier fehlen alle Reibungspunkte,

die Anlaß zur Neuordnung des gegenseitigen Verhältnisses bieten könnten.

Außerdem die wehrhaften Westvölker in Frankreich, das französisch gelenkte Belgien und im Süden das von Mussolini mit schärfsten Mitteln zum Heldischen erzogene neue Italien. (Die kleinen kommen nicht in Betracht.) Frankreich, Belgien und Italien haben deutsches Land in Besitz genommen und verwalten es übel. England hat den größten Teil der Kolonien des Reiches. Alle vier fürchten Deutschlands Auferstehung, aus schlechtem Gewissen, in Erinnerung an deutsche Schläge, in der Hoffnung auf endlose „Wiedergutmachungszahlungen“. Die europäische Wirtschaftsnot spüren sie auch, aber nicht so stark wie die Ost- und Südostvölker. Die Weststaaten sind also nicht auf Deutschland angewiesen. Hier gefestigte Staaten mit alter Geschichte, dort zumeist junge oder doch in ihren Grundfesten erschütterte.

Dazu die schon erwähnte Eigengesetzlichkeit der geographischen Räume. Die westlichen Staaten einschließlich Italiens sind Meeresstaaten; im Weltkrieg waren sie gegen die Mitte verbündet. Die Oststaaten aber standen noch während des Weltkrieges im Raum der Mittelmächte. Sie gingen erst vor Friedensschluß ins Lager der randlichen Mächte über, weil der Friede, dank dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie, ein solcher gegen das Deutschtum wurde. Doch beginnt die Schwerkraft der geographischen Lage wieder zu wirken und drängt sie gegen den Willen der politischen Machthaber zur Annäherung an die Deutschen. „Mitteleuropa“ läßt sich auf die Dauer nicht künstlich entweder auf das Deutsche Reich beschränken, oder, wie es neuerdings tschechische Kreise versuchen, auf die Länder östlich und südlich des Deutschen Reiches. Der Raum, welcher früher in der Hauptsache vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn eingenommen wurde, verlangt von selbst nach gemeinsamer überstaatlicher Neuordnung. So weisen alle geographischen Zeichen die Ost- und Südostvölker zur Mitte hin, umgekehrt aber auch die Deutschen nach Osten und Südosten, in den Raum des geringsten Widerstandes, wo hohe Industrieentwicklung der Deutschen aufblühenden Ackerbauflächen begegnet.

Nicht so sehr neuen Siedlungsraum außerhalb des Reiches braucht der Deutsche im zweiten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts (das wies der bevölkerungspolitische Teil nach), sondern Wirtschaftsraum. Wenigstens heute und in allernächster Zeit. Märkte, die aber nicht in fernen überseeischen Ländern liegen sollten, sondern nah erreichbar und schüsbar durch deutsche Machtentfaltung. Das Malthussche Gesetz scheint heute umgekehrt zu sein, wenigstens solange individualistische „Bernunftsherrschaft“ Europas Völker beeinflusst. „Einst wuchs“, so sagte ein kluger Vertreter dieser Denkform in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, „der Mensch schneller als das Brot,

Der zwingende  
Raum

Europäische  
Märkte, nicht  
Bauernland

jetzt wächst das Brot schneller als der Menschen Zahl. So verliert das „eherne Lohngesetz“ von Tag zu Tag an Gültigkeit durch die Abnahme der Geburten und die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Der Gebrauch der täglich verbesserten künstlichen Düngemittel verringert den Bedarf an Nährland und eröffnet sicher ungekannte Möglichkeiten. Der Landhunger von Jahrtausenden wird vielleicht auch in Europa noch einmal rückläufig, wie das in den Vereinigten Staaten von Amerika der Fall ist. Das Zuviel an Boden führt dort schon heute wieder zur Landflucht.“

Die deutsche Öffentlichkeit erkennt dies alles: die so oft geforderte Ostpolitik wird fälschlich (auch von solchen, die es eigentlich besser wissen müßten) mit der Notwendigkeit begründet, von den Oststaaten gewaltsam Siedlungsland zu erobern und mit deutschen Bauern zu besetzen. Wie sehr solche Anschauungen veraltet sind, wolle der Leser im vorangehenden Teile nachlesen. In Wirklichkeit ist der Landhunger bei den kinderreichen östlichen und südöstlichen Nachbarn größer. Kongresspolen westlich der Weichsel ist viel dichter bevölkert als Preußens Ostprovinzen und die abgetretenen Teile Posen und Westpreußens. Den Anspruch auf die verlorenen deutschen Ostlande nur mit dem Landbedürfnis zu begründen, wäre nach jeder Richtung hin falsch: wie alles, was in nicht wirtschaftlichen Angelegenheiten „rein wirtschaftlich gedacht“ ist. Mit dem Landbedürfnis — also mit beabsichtigter Aneignung fremdvölkisch besiedelten Landes — deutsche Ostpolitik begründen, heißt also nicht nur Fehler begehen, sondern grobe Anflugeiten sagen. Denn damit würde das deutsche Volk den Ring seiner Gegner mutwillig zusammenschmieden. Mit Recht will kein Volk sich seinen Boden — von den deutschen Grenzgebieten wird hier nicht gesprochen — fortnehmen lassen. Davor muß Ost- und Südosteuropa sich gesichert fühlen dürfen.

Erleichterung  
durch deutsche  
Technik

Und das darf es auch. Denn die Deutschen bringen den Mittel- und Kleinvölkern auch Wertvollstes: sie lehren sie die neue Ackerbautechnik, entstanden aus jener eigenartigen Zusammenarbeit deutscher Industrie mit landwirtschaftlicher Forschung und Praxis, die eine Höchstleistung des deutschen Volkes ist: der Überwindung wirtschaftlichen Naturgeschehens, dem der Mensch bis dahin unterworfen war, durch bewußt gelenkte Wirtschaftstechnik.

Soweit also Wirtschaft und Boden in Betracht kommen, geht die Rechnung für den Völkermischgürtel einigermaßen auf, wenn es gelänge, die Öffentlichkeit jener Staaten von der Zweckmäßigkeit der Arbeitsteilung zu überzeugen und von dem Wahne zu heilen, jeder landwirtschaftliche Staat tue gut daran, zugleich auch eine möglichst alle Zweige zugleich umfassende Industrie — nötigenfalls mit den künstlichsten Mitteln — ins Leben zu rufen. Und zwar deshalb geht

diese Rechnung auf, weil die deutsche Raumfrage vorläufig eine solche der Märkte ist. Sie kann wieder eine landwirtschaftliche Bodenfrage werden, wenn die Neueinstellung zur Volksvermehrung sich auswirkt.

Weit größere Schwierigkeiten bietet die politische Seite: die Vereinigung groß- und grenzdeutscher Forderungen mit dem Bündnisgedanken und die Formung des Bündnisvertrages. Eine Patentlösung kann nicht gegeben werden. Während die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reiche nur mittelbar (wenn auch stark) fremde Staaten, die dank dem „gewonnenen“ Kriege heute die Macht haben, berührt, so will jede Forderung auf grenzdeutsche Gebiete jenseits der Reichsgrenze ein Stück aus Unrainerstaaten herauschneiden, mit denen doch ein politisches und wirtschaftliches Bündnis geschlossen werden soll. Mit dieser Schwierigkeit hat sich jeder auseinanderzusetzen, der die Wiedergutmachung des durch falsche Grenzziehung und ungerechte Unterdrückung der verschobenen Volksteile geschehenen Unrechts für notwendig hält. „Die Paneuropäer“ machen es sich einfach; sie leugnen wohl nicht das Unrecht völlig, aber die Notwendigkeit einer Wiedergutmachung. Denn ihr Führer meint: wenn Paneuropa erst errichtet ist, so werden sich die gerechten Grundsätze des Minderheitenschutzes gleichzeitig durchsetzen, die Wirtschaft aber wird gemeinsam durch die paneuropäische Zollunion geregelt. So wird kein Grund zur Klage mehr sein, denn die bisherigen Staatsgrenzen werden zwar nicht verändert, aber praktisch herabgedrückt zu Verwaltungsgrenzen innerhalb des Paneuropäischen Bundes. So werden sie „unfühlbar“. Das klingt gut, ist aber nicht stichhaltig. Zwei bittere Einwendungen bleiben: es wurde schon nachgewiesen, daß „der westlich-formaldemokratische Staat“ Minderheitenschutz gar nicht gewähren kann, weil das seinem Innersten zuwider ist. Dazu als zweites: Paneuropa wird als entstanden gewissermaßen schon vormeggenommen, seine Grundsätze, zu denen dann eine recht erhebliche, die Einzelstaatsouveränität beschränkende Paneuropa-Bundesgewalt gehören müßte, werden als angenommen und durchgeführt vorausgesetzt. Beides sind unlösbare Widersprüche.

Erst der Umbau „des Staates“ im vorgeschlagenen Sinne macht den Weg frei. Er entlastet ihn von entvölkenden Verlockungen. Das wird die Magna charta (die große Rechtsverbriefung) für die Fremdvölkischen sein: kein Vertrag zwischen dem Staatsvolke und ihnen braucht geschlossen zu werden, weil das Staatsvolk aus eigenem Interesse den Staat aus der Gefechtslinie zurückzieht. Das gleiche gilt für die vorgeschlagenen Wirtschaftsneuerungen. Damit wird die Frage der Grenzgebiete ihrer heutigen Schärfe entkleidet: Duldung ist der erste Schritt, freundschaftlich friedlicher Ausgleich vielleicht ein zweiter.

Die neue Staatsverfassung als Rechtsverbriefung für die Minderheiten

Langsames  
Wachstum aus der  
Zelle

Nun darf nicht erwartet werden, daß sofort eine große Reihe von Staaten mit dem Deutschen Reiche entsprechende Bündnisverträge abschließen wird. Verträge mit einzelnen Staaten werden vorangehen, ganze oder Teil-Zollzusammenschlüsse die Wege ebnen. Es gibt ja noch Staaten (außer der Republik Deutsch-Osterreich), mit denen Abmachungen verhältnismäßig leicht sind, weil keine grenzdeutsche Aufgabe von großem Ausmaße dazwischen steht: Ungarn und Südslawien. Lettland und Estland, an deren Erhaltung das Deutsche Reich lebhaftes Interesse hat, sind zur See auf kurzem Wege erreichbar. Rumänien, das freilich seine Deutschen heute noch schlecht behandelt, ist nur von den Ungarn, nicht von den Deutschen durch Grenzfragen geschieden.

Neue Ver-  
bindungsformen

Die Formen der Verbindung, ein elastisches Mittelding zwischen Bündnis und Staatenbund, müssen neuartig sein: der Einzigartigkeit des Bedürfnisses angepaßt und mit dem Fortschreiten weiter entwickelt werden. Deutsches Volk, werde rechtschöpferisch! Ein Zollband müßte den europäischen Bund umschlingen, das Wirtschaftsrecht das gleiche werden, der Verkehr einheitlich, die Verteidigung in großen Zügen gemeinsam: „der Staat“, Hoheit der Polizei, aber — in verengtem Sinne — selbständig bleiben, wenigstens sicherlich nach innen. Das schließt eine echte Gemeinsamkeit auf Gebieten kultureller Zusammenarbeit nicht aus, wobei die Deutschen zunächst die Gebenden werden. Es ist ja in der Tat ein Unsinn ohnegleichen, daß jedes Volk, mag es auch eine oder einige Millionen „Köpfe“ zählen, sich alle Kultureinrichtungen bis zu den verschiedenen Hochschulen und Forschungsanstalten selbst schaffen will: eine Forderung des westlerischen Nationalismus, entsprungen aus falschen völkerindividualistischen Anschauungen. Mit diesen Feststellungen ist auch schon der Weg der Vorbereitung aufgezeigt: es gilt auf allen diesen Gebieten gemeinsam zu arbeiten mit dem Ziele, das Verhältnis des deutschen Volkes zu den Mittel- und Kleinvölkern wieder zu klären und von dem Schutte zu reinigen, mit dem es ein individualistisches Zeitalter, das nur zu zählen, aber nicht zu wägen wußte, bedeckt hat.

Niemand wird erwarten, daß viele Staaten gleichzeitig mit dem Deutschen Reiche solche neuartigen Verträge schließen, Verkehrsverwaltung und Rechtsentwicklung dem „Europäischen Bunde“ überlassen. Es wird klein angefangen werden müssen: allmählich werden immer neue Staaten dazutreten.

Zuwachs

Die Vermehrung wird, wenn schon Erfolge sichtbar geworden sind, in mancher Beziehung leichter sein, in anderer aber schwerer: Schwierigkeiten können mit jenen Staaten entstehen, die große Stücke deutschen Landes an sich gerissen haben: im Osten mit den Litauern, den Polen und den Tschechen; im Westen mit den Belgiern, den Fran-



zosen, im Süden mit den Italienern. Den Schülgen im Osten und erst recht den Beschüzern im Westen, zu denen England neuerdings aus Rußlandfurcht noch getreten ist. Von Rußland haben diese Pläne heute weder Förderung noch ernsthafte Störung zu erwarten. Ein Bündnis mit Sowjetrußland wäre wertlos und Mißtrauen erweckend. Wirtschaftlich und militärisch ist Rußland auf Jahrzehnte geschwächt. Es bleibt die Frage offen, ob das Einverständnis Englands, Frankreichs oder Italiens im Guten erlangt werden kann oder nicht. Der Streit um die europäische Vorherrschaft ist damit berührt. Die europäische Lage erinnert sehr an die deutsche zwischen 1848 und 1866. Damals gab die Macht den Ausschlag. Ob der Kaufpreis in allen Fällen nicht sehr hoch sein wird, darauf gibt es zur Zeit keine Antwort; sie ist aber auch nicht notwendig. Denn es handelte sich nur darum, Fernziele aufzuzeigen, die bisher fehlten. Die Zeitentwicklung ist rasch, alte Feinde können morgen umbuhlt, alte Freunde entzweit sein. Neue Möglichkeiten können sich rasch öffnen. Nützen kann sie nur, wer das Ziel vorher erkannt hat und es ohne Zaudern verfolgt, sobald die Bahn frei wird.

### Der neue Nationalismus

Bis heute wird Europa von der Vorstellungswelt der französischen Revolution beherrscht. Aber selbst in Frankreich regen sich Kräfte, sie zu überwinden: wahrscheinlich vergebens. Denn die Geistigkeit eines Volkstums wird durch sein Blut mitbeeinflusst: Individualismus ist eben die geistige Form der eigenartigen Blutmischung der Franzosen, der wahren Erben Spätroms. Was einst germanische Einwanderung zurückgedrängt und verdeckt hatte, schlug wieder durch und gelangte allmählich wieder zur Herrschaft. Das keltisch-germanische Blut wurde durch gewaltsame Ereignisse und langsame Gegenauslese immer weniger. Anderes, zum Teil sogar von Farbigen, dringt täglich stärker ein. Wo einst Franken, Burgunder und Goten herrschten, bildet sich die von Coudenhove erwartete eurasisch-negroide Zukunftsrasse schon heute.

Die Quellen des Nationalismus

Die Deutschen, gleichfalls nicht einer Rasse wie alle Kulturvölker, sind viel besser gemischt: mit dem Erbgut anderer europäischer Rassen verbindet sich das nordische in viel höherem Einschlage: ein glückliches Zukunftszeichen. Wenn künftig das deutsche Volk, wissend gemacht und gläubig, mit seinen Volkskräften besser haushält, in bewußter Abwehr der falschen Gegenauslese, so wird es auch an Güte gewinnen und schöpfungskräftiger werden. Dann war der Weltkrieg nicht umsonst. Dann wurde er zur Schicksalswende.

**Schicksalswende**

Es gab schon einmal — nach dem Dreißigjährigen Kriege — eine Zeit, als die Regierungen in deutschen Landen mit vollem Rechte ihre wichtigste Aufgabe darin erblickten, Bevölkerungspolitik zu treiben. Waren doch viele weite Landstrecken öde geworden. Andere Zeiten hatten andere Hauptaufgaben. Der Volkskörper, so schrieb Georg Hansen in seinen drei Bevölkerungsstufen schon 1889 (!), erfordert so gut wie der des einzelnen Individuums, in den verschiedenen Zeiten und Lagen eine verschiedene Behandlung. Einen Arzt, der einem normal entwickelten Kinde blutbildende Mittel verschreibt, nur um möglichst die gleiche Blutmenge zu erreichen, die einem Erwachsenen zukommt, in der Überzeugung, daß dann alles andere nachkommen werde, den hält man für einen Toren. Dagegen findet man die Anwendung derartiger Mittel bei einem Kranken, der starken Blutverlust erlitten hat, sehr verständlich. Es mag widersinnig klingen, aber es ist nichtsdestoweniger sicher: „ohne den Dreißigjährigen Krieg“, so schließt Hansen wörtlich, „hätte die deutsche Geschichte kein Leipzig und kein Sedan zu verzeichnen, ohne ihn wäre es dem deutschen Volke nicht gelungen, in schwerem Ringen sich die Einigkeit durch eigene Kraft zu erkämpfen, während die Italiener sie als Geschenk eines fremden Herrschers annehmen mußten.“ „Ohne die Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges wäre ein Goethe und ein Lessing unmöglich gewesen.“ Ohne den Weltkrieg gäbe es vielleicht kein Zeitalter der Deutschen, dem dieses Buch gewidmet ist.

**Nationalismus  
als seelische  
Anspannung**

Seelische Vertiefung durch Hinabtauchen in die Quellen völkischer Kraft — das ist der neue Nationalismus deutscher Prägung. Er ist nicht unfruchtbarer Völker- oder Rassenhaß, der nur verneint und darum jede Aufbautätigkeit lähmt. Haß kann gesund sein, wenn er bejahend wirkt. Aber deutscher Nationalismus greift nicht nach fremdem Land und Volk, wie der Nationalismus der westlichen Nationalstaaten, sondern nach innen. Unterdrückung und Gewalt zeichnen nicht den deutschen Weg, aber ebensowenig feiger Pazifismus, der schnöder Selbstsucht entsprungen ist. Deutscher Nationalismus will das Göttliche im Volkstum wecken und zu bewußter Geltung bringen durch seine eigene Schwerkraft.

**Wachstwillen  
als entscheidende  
Voraussetzung**

Ob der Weg zur deutschen Freiheit über Europas Neugestaltung geht oder erst ein freies Deutschland Europa wieder aufbauen kann, weiß niemand. Unzweifelhaft ist aber, daß zuerst das deutsche Volk innerlich gewappnet sein muß. Es muß entschlossen sein, deutsche Freiheit und europäische Neuordnung nötigenfalls auch mit seinem Blute zu errichten. Hierin liegt ein sittliches Gebot beschloffen. Diese Möglichkeit bei der Gestaltung deutscher Außenpolitik in Betracht zu ziehen, ist Pflicht, um den Fehler der Achtundvierziger zu vermeiden, welche die deutsche Einheit wollten, ohne auch die

letzten Mittel zu wollen. Bismarck aber erkannte, daß sie erkämpft werden müsse.

Die Kräfte des Geistes sind stark. Die Waffe einer geschlossenen Gedankenwelt ist noch stärker, wenn Wille den Arm führt. Das Höchste aber leistet das Selbstopfer. Das war immer so, das ist so und das wird immer so sein. Soll das hier Gedachte und Gesagte nicht ein Traum bleiben, sondern Wirklichkeit werden, so muß es auch machtpolitisch gewollt werden. Der Wille zur Macht ist zugleich der Weg deutscher Freiheit. Ist der deutsche Geist befreit und geläutert, so muß höchste Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes große Sorge werden. Die Reinheit der Seele, die Schärfe des Schwertes gehören zusammen.

**Das Selbstopfer  
als Höchstes**

Den Willen zur Macht gilt es zu entwickeln, ohne Lärm, mit eiserner Folgerichtigkeit. Auf vielen Lebensgebieten hat das deutsche Volk noch freie Hand, Vorbereitungen für die Schicksalsstunde zu treffen. Irgendwann wird der entscheidende Entschluß zum großen Wagnis gefaßt werden müssen. Die erste und nächste Voraussetzung zu außenpolitischem Handeln ist die Lebens-, Gesellschafts- und Staats-erneuerung. Der deutsche Mensch muß dafür gewonnen werden, daß er jene grundlegenden Anschauungen über Vord wirft, welche die in der französischen Revolution geborene westlerisch-renteschützende Staatsform unverändert erhalten wollen. Die zerfallende Herrschaft der Minderwertigen ist endgültig zu beseitigen. Es ist eine unerträgliche Vorstellung, daß deutsche Arbeit schützend vor dem Geldstaate stehen könnte, während Frankreich darangeht, aus eigener Kraft die Geisteswelt zu überwinden, die es vor 150 Jahren schuf und mit der es die Welt in Bande schlug. Soll Frankreich „den Helden“ neu gebären oder das Volk der Nibelungen sage?

**Lebens-,  
Gesellschafts- und  
Staats-erneuerung  
als Voraussetzung  
jedes  
ausenpolitischen  
Wirkens**

Schon mehr als einmal schien das deutsche Volk tödlich getroffen, war seine Freiheit vernichtet. Jedesmal erhob sich der deutsche Geist aus den Fesseln und entwickelte prophetische Kraft. Mit einem fast an Verzweiflung grenzenden Gefühl empfanden wir es, daß bei dem jetzigen tiefen Sturze selbstfüchtiger Taumel die Rückbesinnung unmöglich zu machen schien. Darum schauten wir in die Tiefen der deutschen Seele und schöpften aus ihr die Kräfte, die den Bogen in unermeßliche Weiten spannen: die das deutsche Leben wieder lebenswert machen. Denn auch heute gilt unverändert, was Fichte in Zeiten der Schmach dem deutschen Volke zurief: „Unter allen neueren Völkern sind es die Deutschen, in denen der Keim der menschlichen Vervollkommnung am entschiedensten liegt und denen der Fortschritt in der Entwicklung derselben aufgetragen ist.“



„ . . . . . Ihm wuchs  
 Gestählt im Banne der verruchten Jahre  
 Ein jung Geschlecht, das wieder Mensch  
 und Ding  
 Mit echten Massen mißt, das schön und  
 ernst  
 Froh seiner Einzigkeit, vor Fremden  
 stolz,  
 Sich gleich entfernt von Klippen dreissen  
 Dünkels  
 Wie seichtem Sumpferlogener Brüderlei,  
 Das von sich spie, was mürb und feig  
 und lau,  
 Das aus geweihtem Träumen, Eun  
 und Dulden  
 Den Einzigen, der hilft, den Mann  
 gebiert .“

Stefan George

## Gegenwart und Zukunft

Am Ende des mühevollen Weges angelangt, wird mancher Leser fragen, in welchem Verhältnis die geistige Gegenwart zu den Ausführungen dieses Buches stehe.

Viele wird es geben, welche die Kulturlosigkeit des zivilisatorischen Zeitalters in seiner gegenwärtigen Gipfelentwicklung nicht wahr haben wollen, welche die Ideale der westlichen Demokratie für echt erklären und sich am „Fortschritt“ der Gegenwart berauschen. Denen, die nicht sehen wollen, hat der Verfasser kaum etwas zu sagen.

Es sind da aber auch jene, welche die Zeichen des Niederganges, wie sie dieses Buch deutete, schon längst schmerzlich empfunden haben und deshalb trauern. Wehe aber, wenn sie sich in dieser Trauer gefallen! Allzu gefährlich ist das Gefühl, besser zu sein als die gleichzeitige Umwelt. Es kann dazu verführen, daß der Blick trüb wird und die Zeitwende nicht erkennt; daß der Vorhang eines neuen Geschichtsaufzuges emporrauscht, während jene Verbitterten noch in welt gewordenen Erinnerungen schwelgen. Solche Menschen aufzurütteln, ist eine Teilaufgabe dieses Buches.

Dann kommen jene, die Zukunftsglauben in sich tragen, aber den des Monomanen oder des Chiliaften. Sie sehen nicht nur alle Dinge unter einem Gesichtswinkel; nein, sie sehen überhaupt nur ein Ding, um das sich die ganze Welt drehen soll. Ihre Zahl ist nicht gering und verteilt sich auf die entgegengesetztesten Lager deutschen politischen Lebens. Vielleicht können auch sie geheilt, vielleicht kann auch ihnen das Blickfeld erweitert werden.

Und nun zu den frischen, vollbejahenden jungen Deutschen, deren fröhliches Draufgängertum im Kriege ein besinnliches Gewand bekam. Als der Kriegsfreiwilligenjugend nicht nur die Achselstücke von den Schultern, sondern auch eine Binde von den Augen gerissen wurde, hatte sie, in die Heimat zurückgekehrt, noch die innere Sicherheit, sich schützend vor den zusammenbrechenden Staat zu stellen. Wenn sie dabei bewußt auf ihre innenpolitische Einstellung verzichtete, so brachte sie wohl kaum das Opfer einer schwer erkämpften politischen Überzeugung; denn weniger eine solche war in ihr lebendig, als vielmehr überlieferte Treue gegenüber den einmal herrschenden Mächten. Wenn sie aber im Jahre 1919 half, die neue Staatsform zu sichern, so befestigte sie die Herrschaft jener, die ihrem eigenen Wesen entgegengesetzt waren. Monarchisten leimten mit ihrem Blute die Republik. Der Staat, als die zu völkischer Selbstbehauptung errichtete Organisation, stand jenen jungen Menschen höher, als die Ansichten, die sie über seine Form hatten. Noch selten sah die Geschichte ein so starkes Bekenntnis zur Staatsidee schlechthin, eine so vorbildliche innenpolitische Selbstüberwindung. Gleichzeitig aber drängte jene Jugend nach den Grenzen, die überall von habgierigen Nutznießern des deutschen Zusammenbruches bedroht waren. Oft mußte der Wille zum Grenzschutze den Regierenden abgetrost werden; nicht gern wurde die Erlaubnis, für deutsches Land sterben zu dürfen, erteilt. Kärnten, Ostpreußen und Oberschlesien blieben so wenigstens teilweise den deutschen Kernstaaten erhalten. Weil nun diese Jugend die jetzige, von ihr im innersten Wesen gefühlsmäßig erkannte Staatsform nicht liebt, wird sie staatsfeindlicher Gesinnung verdächtig. Man wirft sie auch mit Restaurationspolitikern in einen Topf, die doch ihr trauerndes Herz nur deshalb an die Vergangenheit hängen, weil kein zukunftsgestaltender Wille in ihnen lebt. Die geistige Jugend aber drängt zu neuen Formen, ahnt den Pulsschlag einer kommenden Zeit und möchte mit sehnsüchtigen Händen den Schleier von ihrem Zukunftsgesichte wegziehen. Was ist denn überhaupt staatsfeindlichkeit im Grunde? Die Weigerung, dem Staate zu geben, was des Staates ist. Nirgends kommt sie klarer zum Ausdruck, als in der Verneinung der machtpolitischen Grundlage des Staates. Sie wegleugnen, heißt die Grundmauern des Staates einreißen. Weil aber

der Staat von Weimar nicht mit aller Leidenschaft und unter Einsatz der letzten Kraft die Erhaltung und Sicherung des deutschen Volkstums bejaht, allein deshalb ist die deutsche Jugend diesem Staate wenig geneigt. Alle, die ihr Staatsfeindlichkeit vorwerfen, wissen, daß jene Jungen morgen bereit wären, den bedrohten Staat wieder mit ihrem Blute vor dem Zusammenbruche zu bewahren.

Im Jahre 1919 konnte die Jugend den Staat — gewissermaßen als abstrakten Gedanken — verteidigen. Ihn tatsächlich neu zu formen und mit neuem Inhalte zu erfüllen, war ihr nicht gegeben, weil sie nicht dazu erzogen war. Mit dem Wegfalle der Wehraufgabe aber, mit der scheinbaren innenpolitischen und außenpolitischen Befriedung fing das junge Geschlecht an, sich überflüssig zu fühlen. Einmal, im Jahre 1923 erhoffte es den Zusammenbruch der Welt von Versailles. Aus tiefster Not drang so etwas wie völkischer Selbstbehauptungswille an die Oberfläche. In all seinen Schichten war das deutsche Volk bereit, persönliches Schicksal dem gemeinsamen unterzuordnen. Die Staatsführer aber wagten nichts. Sie rissen nicht die Seele der Massen hoch; der Stoff triumphierte, als aus dem Blutkampfe an der Ruhr ein Geldkrieg wurde. Einsam ragen die Gestalten einiger Märtyrer aus dem Trümmerfeld jener Zeit. Mit Abschluß des Ruhrkampfes verlor die Wehrbewegung von neuem ihre außenpolitische Verteidigungsaufgabe; der Staat schüttelte sie ab oder verleugnete sie. Kein Ziel winkte mehr, und Hilflosigkeit wurde das Kennzeichen der nationalen Bewegung.

War es aber um die soziale Bewegung anders bestellt? Ihr Schwung ist gelähmt. Ihre Führer buhlen um die Aufnahme in den geheiligten Kreis republikanischer Nutznießer, mühevoll von Zeit zu Zeit die hohle Kanonade revolutionärer Sprüche erneuernd, die den Kämpfer im Schützengraben des sozialen Krieges ermutigen soll. Das Arbeiter-tum, ohne Führer hilfloser denn die Kindlein, droht in kleinbürgerliche Stumpfheit zu verfallen.

Das Lager der unentwegten Legitimisten ähnelt immer mehr dem geistigen Zustande der royalistischen Bewegung Frankreichs im 19. Jahrhundert. Man fühlt hier wohl, daß der Traum eines größeren Deutschland mit dem der Wiederherstellung früherer Zustände schwer zusammenklingen will, und dunkel ahnt man auch, daß der Purpur nicht ersetzen kann, was dem Volke fehlt.

So wurde allmählich alles müde. An die Zukunft des Volkes wagte niemand mehr zu denken. Bürger und Arbeiter gewöhnten sich an Versailles und seine Folgen. Man richtete sich auf eine Knechtschaft von Jahrzehnten ein. Geld und Gemüter schienen stabilisiert.

Das junge Kampfgeschlecht dürstete wohl nach rettender Tat für das elend gewordene Volk. Aber wurzellos und ohne geistige Hilfe

stand es einer Zeit gegenüber, welche die Sehnsüchte seines Blutes und seine Träume von einer neuen Ubligkeit verachtete. Deren Gesetz hieß: Ruhe und Geldverdienen. Da bemächtigte sich Verzweiflung vieler. Einfache Soldatennaturen, die an der Spitze stürmender Truppen Helden geworden wären, trieben stümperhafte Innenpolitik. Andere zogen sich enttäuscht zurück, um aus beruhigter Zeit wenigstens etwas für die eigene Zukunft zu retten. Wieder andere glaubten, „um am Staate mitarbeiten zu können“, sich der neuen Tempelordnung anpassen zu sollen; gewiß mit innerem Unbehagen.

Noch andere aber arbeiteten in der Stille an neuen Formen, mit heißem Herzen und kühlem Kopfe. Sie beobachteten die heutigen Zustände, untersuchten ihre Ursachen und sannten auf neue Wege, ohne Verbindung miteinander. Teilergebnisse liegen auf vielen Gebieten bereits vor. In diesem Buche ist mehrfach ihrer gedacht: der Arbeit der Denkenden aus dem Kampfgeschlechte und der ihnen Gleichgesinnten aus der älteren Generation. Auf ihren Ergebnissen baut es sich auf. Sie handelten auf ihre Art, während die Draufgänger sich totliefen, als nur noch politischer Radikalismus tobte, der mangels Zielklarheit niemals erfolgreich sein konnte. Die Stunde jener stillen Kämpfer scheint gekommen. Denn wir leben in keinem Zeitalter der Unbedingten. Und die Unbedingten brauchen geistige Führung, soll das, was blutmäßig in ihnen gärt, Zielklarheit und wirkliche Gestalt gewinnen. Die nationale Bewegung in Deutschland ist nur dann siegversprechend, wenn sie geistige Bewegung ist, und das kann nur sein, wenn die organisatorischen und militärischen Führer sich als Plazhalter der geistigen Führer fühlen. Auf ihrer Selbstbescheidung beruht die Zukunft des deutschen Volkes. Nur die Herausstellung einer neuen geistigen Welt, nur ihre sichtbare Unterscheidung von der vergangenen, aber jetzt noch herrschenden, vermag der nationalen Bewegung Inhalt zu geben. So erwuchs dem jungen Geschlechte eine neue Aufgabe, die Minderwertigkeit der heutigen Zustände nachzuweisen und Besseres vorzuschlagen. Das Drängen nach nationaler, kultureller und sozialer Neugestaltung aus allen Lagern war zu formen und so die innere Unsicherheit zu befeitigen.

Aber erbitterter Widerstand der gesamten Nutznießerschaft heutiger Zustände, der Alten im Geiste, wird uns entgegengesetzt. In stiller, zäher Abwehr rückt man zusammen, die geistigen Erneuerer fürchtend. Wohl wird Tag und Nacht von der geistigen und sittlichen Erneuerung Deutschlands gesprochen. Aber nur zum Schein. Wehe dem, der Ernst machend die Neugestaltung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens fördert. Am liebsten würde man ihn als Feind der Gesellschaft und des Staates brandmarken. Aber je geistiger die Waffen



sind, mit denen wir Jungen kämpfen, um so schwächer wird der Widerstand sein, den wir finden. Leicht wird uns die Aufgabe nicht gemacht werden. Denn der Geist der Zeit und die äußeren Machtmittel stehen gegen uns. Das Gesetz der Zahl, die Mehrheit regiert. Die Weltanschauung der Jungen ist aber eine Weltanschauung der Hochwertigkeit und damit der Minderheit. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht hinter dieser Anschauung im letzten Ziele und in weiter Ferne die Gesamtheit und die Einheit des deutschen Volkes stehen werden. Denn selbstverständlich wird einst die Doppelgesichtigkeit des Deutschen aufhören. Der Kulturdeutsche und der politische Deutsche werden dann in einem einheitlichen neuen deutschen Menschen, der aus seinem Volkstume geistige und politische Richtung schöpft, verschmolzen sein. Aber das kann erst der Fall sein, wenn der Geist der Hochwertigkeit zur Herrschaft gelangt ist und seine große Erziehungsarbeit am deutschen Volke durchgeführt hat. Bis dahin wird er von einer Minderheit verkörpert und getragen sein, die unter dem Einflusse ihrer letzten Kräfte um die Macht ringen muß. Es ist wohl denkbar, daß künftighin eine Partei oder mehrere Parteien den Lebenswillen und die geistige Fruchtbarkeit der Jungen erkennen und anerkennen, daß sie junges Führertum herausstellen werden. Bis heute haben sie sich im Großen und Ganzen dem verschlossen. Daher darf mit ihnen nur bedingt gerechnet werden.

Voraussetzung zum Erfolge, zur Beseitigung des Zerfallenden und zur Errichtung eines Neuen ist klare Zielstellung. Bisher fehlte sie. So sehen wir denn auch das Schauspiel, daß die vom Erneuerungswillen getriebene Jugend sich gegenseitig befehdet: eben darum, weil die wahren Gegensätzlichkeiten noch nicht erkannt sind, weil nur Teilerkenntnisse gewonnen wurden. Notwendig ist aber ein Ganzes, eine einheitliche, leicht faßbare Programmstellung, welche bisher noch nicht versucht wurde. Die Schwierigkeiten, die einem solchen Versuche entgegenstehen, liegen darin, daß die Staatskrise von einer Kultur- und Gesellschaftskrise begleitet — richtiger hervorgerufen ist. Die Verrottung deutschen Denkens steht einer solchen Aufgabe hindernd im Wege. Trotzdem glaubte der Verfasser, die Dinge bis zu einem möglichen Punkte durchdenken zu sollen, um dem ringenden jungen Geschlechte einen Haltepunkt zu bieten, ihm eine umfassende Stellungnahme zu allen sozialen Dingen zu ermöglichen. Auf Vollständigkeit kann seine Darstellung keinen Anspruch machen, dagegen auf Einheitlichkeit. Auf sie schien es dem Verfasser anzukommen. Die Gefahr geistiger Verflachung gerade der allerjüngsten Generation legt ihm die Pflicht auf, sich in dieser schweren Stunde mahnend an das junge Geschlecht zu wenden: wenn kein freudiger Wille zu geistiger Mitarbeit erwacht, kein zielbewußtes Vor-

dringen in eine neue deutsche Zukunft stattfindet, dann ist auch dieses Werk umsonst geschrieben. Denn um seiner selbst willen ist es toter Stoff; mit politischer Wirkung gewinnt es erst Leben.

Die Freunde des geschliffenen Wortes, die Bewahrer der spitzen Federn und die Behüter widerspruchsfreudiger Logik mögen Stein für Stein aus dem hier errichteten Gebäude herausnehmen und einzeln auf seine Beschaffenheit untersuchen. Diese Freude soll ihnen gegönnt sein. Wer das Gebäude selbst nicht sehen will, sondern nur die Bausteine, gehört nicht zu den Lesern, die der Verfasser sich wünscht. Denn wenn auch rücksichtslos niedergedrückt wurde, — daß der Wille zum Aufbau hinter der traurigen Arbeit des Räumens stand, wird auch der Andersgläubige nicht zu bestreiten wagen. Nicht nur der Aufbau für die nächsten Jahre wurde ins Auge gefaßt; viel weiter ging die Sehnsucht des Verfassers. So weit, daß er oft die Entwicklungslinie des neuen Geistes in ihrem allerletzten Zielpunkte nur anzudeuten wagte. Wer aber — trotz der nüchternen Betrachtungsweise und trotz des Strebens nach rücksichtsloser Wahrheit — von diesem Buche sagt, es sei ein schöner Traum und die Zukunft gehe unabwendbar in der heutigen Richtung weiter, der übersieht die Zeichen ihres Zerfalles und die schon allerorts sich ankündigende Ablösung. Ihm muß überdies folgendes grundsätzlich entgegengehalten werden:

Die Weltgeschichte macht der Mann. Geschichtsbildend ist der übersinnlich geleitete menschliche Wille. Er wirkt durch sich selbst; um so mehr, je willensschwächer eine Zeit ist. Willen aber hat das junge Geschlecht. Ihn zu bewahren, zu festigen und ihm die einheitliche Stoßrichtung zu geben, war der Sinn dieser Arbeit. Wer Sehnsucht und Willen in sich trägt, in eine freudigere Zukunft verantwortungsbewußt zu schreiten, braucht immerhin ein Handbuch für die schwierige Reise. Es ist der innige Wunsch des Verfassers, daß dieses Werk als solches dienen möge.

Denen aber, die etwa beweisen wollen, wie nutzlos solche Willensanstrengungen seien, wie schädlich dem einzelnen die Vergeudung seiner Kräfte an ein unerreichbares Ideal sei, denen, die versichern, geistige Anpassung an die Zeit sei die Tagesforderung, setzen wirungen die schlichte Antwort entgegen: Wir können nicht anders. Denn was uns zu unserer Haltung treibt, liegt außerhalb unserer Erkenntnis. Die Mächte, welche uns bewegen, führen ein unfassbares und deshalb um so wirklicheres Dasein. Sie befehlen, daß wir uns zu erfüllen hätten in dieser Form. Wir gehorchen einfach der rufenden Stimme in uns, weil wir glauben — mit höchster und verzweifelter Inbrunst glauben: an die Zukunft der Deutschen.

---

## Anhang

# Richtlinien zur inneren und äußeren Erneuerung deutschen Volkes und deutschen Staates

### Vorspruch

In der Erkenntnis, daß die außergewöhnliche Notlage des deutschen Volkes die Entfesselung außerordentlicher Kräfte gebietet.

Seelisch bestimmt durch das innere Erleben in Weltkrieg und Zusammenbruch, welches uns, neue Wertmaßstäbe vermittelnd, die Größe des deutschen Volkes und seiner Aufgaben erst erkennen lehrte.

Getragen von dem Willen, den Opfergeist unserer gefallenen Brüder durch Pflichterfüllung gegenüber dem Gesamtdeutschtume fruchtbar zu machen.

Bekennen wir uns, die Schwelle einer neuen Zeit überschreitend, zu folgenden Grundanschauungen und Grundsätzen:

### Grundanschauungen

#### I.

Das deutsche Volk ist die dem Deutschen gegebene — in ihrer Eigenart einmalige — Erscheinungsform göttlichen Geistes auf Erden. In ihm allein vermag er schon auf dieser Welt geistig fortzuleben und so die durch den Tod bedingte Begrenztheit seines Einzeldaseins zu überwinden.

**Gott, Volk  
und Einzelmensch**

Sein Volk ist dem Deutschen höchster diesseitiger Wert, dem alle anderen, auch der des eigenen Lebens, untergeordnet sind. Der einzelne bedeutet wenig, die engere Lebensgemeinschaft mehr, Volk erst ein Ganzes.

Nicht durch die Zusammenzählung der einzelnen, nur durch gegliederte Ordnung von Geschlechtern und Stämmen entsteht das Volk. Menschheit ist ein Sammelbegriff, Völker sind lebendige Einheiten.

## II.

**Ewigkeitsdrang  
Selbstopfer  
und Macht**

Das Göttliche ist nur denkbar als ewig. Aus dem unvergänglichen Drange des Deutschen nach Ewigkeit erwächst die Forderung nach Erhaltung und Vervollkommnung des Deutschtums. Kein Opfer dafür ist zu groß.

Das menschliche Selbstopfer für die Erhaltung höheren Lebens ist höchster Inhalt jeder Sittlichkeit. Aus dem Selbstopfer für Volk und Staat gewinnen diese Macht. Ohne Macht wird die Erhaltung des Volkstums unmöglich. Dieses Gesetz der Geschichte ist sittlich begründet und unabänderlich. Es hat nichts gemein mit roher Gewalt.

## III.

**Deutsche Seele und  
deutsche Sendung**

Die Besonderheit des deutschen Volkes ist sein reicher Besitz an Seelentum, das auf der grenzenlosen geistigen Freiheit des Einzeldeutschen beruht. Seelische Tiefe befähigt das deutsche Volk besonders zu menschlicher Vervollkommnung.

Das deutsche Volk darf und muß deshalb eine Stellung unter den Völkern der Erde anstreben, welche die Vervollkommnung fördert und sichert. Das ist seine Sendung.

## IV.

**Vervollkommnung  
und Freiheit**

Die Vervollkommnung beginnt beim eigenen Volke. Alle Kräfte sind in ihren Dienst zu stellen.

Die Gemeinschaft des Volkes hat ein Recht auf volle Entfaltung des einzelnen zu ihrer Höherentwicklung. Der schaffenden Persönlichkeit wird größtmögliche Freiheit gewährt; aber nicht die Freiheit, alles eigener Wohlfahrt unterzuordnen, sondern die, persönliche Fähigkeiten zugunsten der Gemeinschaft ungehemmt zu entwickeln. Wir verwerfen Selbstsucht und Pflege des Einzelglücks.

## Grundsätze

Um diese, im deutschen Volksgeiste wurzelnden sittlichen Grundanschauungen zu verwirklichen, bekennen wir uns zu folgenden Grundsätzen:

### Stück 1

**Pflege  
des Volkstörpers**

Sinn aller Gemeinschaftsarbeit ist Erhaltung und Stärkung des Volkstörpers. Nur seine Gesundheit verbürgt die von Staat, Recht, Wirtschaft und Kultur.

Rassenverschlechterung muß verhindert, hochwertige Volkbestandteile müssen gepflegt, minderwertige zurückgedrängt werden.

Aus- und Einwanderung werden nach diesen Gesichtspunkten geregelt.

Für die Gesundheit des Volkskörpers ist seine Zusammensetzung ausschlaggebend: die Altersklassen sollen in einem Verhältnisse zueinander stehen, das höchste Kraftentfaltung des Volksganzen gewährleistet. Die Gliederung des Volkes nach Berufen muß seinen leiblichen und seelischen Bedürfnissen gerecht werden. In diesem Sinne erfolgt Überwachung und Beeinflussung von Siedelung und Wanderung.

Heiligkeit der Familie trägt die Größe der Völker. Nicht dem einzelnen Ehegatten, sondern der Familie gilt Sitten- und Rechtsschutz der Zukunft. Hier liegt die wirksamste aller Maßnahmen, die zur Hebung der sinkenden Geburtenziffer ergriffen werden müssen.

Die Fürsorge für den einzelnen ist Werk des Mitleids, soweit nicht die Gesundheit des gesamten Volkskörpers sie erheischt. Ihre Ausübung obliegt den engeren Lebensgemeinschaften von Familie, Gemeinde und Wirtschaftskreis. Die Pflege des Gesamtvolkes ist oberste Staatsaufgabe. Solange der Staat aller Deutschen noch nicht geschaffen ist, nimmt das Deutsche Reich die Pflicht der Volkserhaltung für das Gesamtdeutschtum wahr. Darum gibt es auch den Deutschen, die nicht Bürger des Reiches sind, Grundrechte.

## Stück 2

Das Leben der Volkspersönlichkeit ist das der gegliederten Gesellschaft. Wie das Volk, so hat auch sie ihr Eigenleben. Die Entwicklung der letzten Jahrhunderte zerstörte die gesellschaftlichen Eigenkräfte und überbürdete rein gesellschaftliche Aufgaben dem Staate, der dieser Wesensverfälschung wegen an Überlastung zugrunde zu gehen droht.

Das Eigenleben  
der Gesellschaft

Neubildung der Gesellschaft und Wiederbelebung ihrer Kräfte sind Gebot der Zeitenwende. Darum ist zu fördern das Wachstum neuer Gesellschaftsgebilde:

Die berufsständische Bindung kann enger geknüpft werden durch gesetzlichen Zwang zu berufsständischem Zusammenschlusse. Die so entstehenden Berufsstände erhalten eigene Vertretungskörper mit Selbstverwaltungsrechten. Sie gipfeln in der Reichsständekammer, welche die Gesetzgebung für das wirtschaftliche und soziale Leben ausübt.

Wie bereits die Kirche, so werden künftig auch Kulturpflege und Bildungswesen vom Staate getrennt und Selbstverwaltungskörpern überlassen (vgl. Stück 11).

Darüber hinaus wird die Selbstverwaltung in jeder Form, besonders die kleinräumiger und heimatbedingter Gebilde, ausgebaut.

Überall soll mit Selbstverwaltung ein Höchstmaß ehrenamtlicher Tätigkeit verbunden sein. Berufsbeamtliche Erstattung ist gefahrvoll.

### Stück 3

**Der Inhalt  
des Staates**

Volk formt Staat.

Staat ist die Rechtsform, die das Volk sich gibt zu innerer Befriedung und äußerer Behauptung.

Je fester Ordnung und Gliederung der Gesellschaft, um so leichter die innere Befriedungsaufgabe des Staates, um so geballter seine außenpolitische Kraft.

Alle anderen Aufgaben, die der Staat in den letzten Jahrhunderten abendländischer Entwicklung aufgenommen hat, behindern ihn in der Verfolgung dieser Hauptziele. Sie werden deshalb Selbstverwaltungskörpern oder freien Kräften zugewiesen. Dies gilt besonders für Aufgaben von Wirtschaft, Kultur und Sozialpolitik. Je weniger Innenpolitik, um so kräftiger der Staat: um so größer seine Anziehungskraft nach außen. Nur der Staat vermag unparteiisch zu schlichten, der nicht selbst in die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kämpfe verwickelt ist. Nur der Staat wird Führer im Vielvölkerreiche, der die Freiheit von Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft unangetastet läßt (vgl. Stück 19).

Der heutige demokratische Polizeistaat wird abgelöst durch den wahren Freiheitsstaat. Dies ist der neue Staatsgedanke, den die Deutschen der westlichen Vorstellung vom Staate gegenüberstellen.

### Stück 4

**Gliederung  
des Reiches**

Der Oberstaat aller Deutschen ist das Deutsche Reich, gegliedert in geschichtlich gewordene, sich selbst verwaltende kleinere Einheiten. Deren kräftiges Eigenleben allein verbürgt ein blühendes deutsches Gesamtleben. Aufhäufung aller geistigen Güter und aller politischen Macht in einem einzigen Sammelpunkte führt zur Entblutung der Glieder und damit zur Schrumpfung des Gesamtkörpers. Sie ist ebenso zu vermeiden wie die Entmannung des Landes durch Verstädterung.

Dagegen bildet das Reich ein einheitliches Wirtschafts-, Verkehrs- und Rechtsgebiet. Außenpolitik und Wehrmacht ruhen in der Hand des Reiches.

### Stück 5

**Volk und Staat**

Das Volk hat Anspruch darauf, gut regiert zu werden. Der Glaube, sich selbst regieren zu können, beruht auf Selbstbetrug. Er führt durch dauernden Regierungswechsel, durch Stümperei in den Regierungsmaßnahmen und durch Buhlerei um Volksgunst zu politischer Schwäche. Wir verwerfen daher die Selbstregierung.

Die schrankenlose geistige Freiheit des deutschen Volkscharakters bedarf des Ausgleiches durch Selbstzucht, welche das Recht des Wählers bewußt auf die Wahl des Führers beschränkt.

#### Stück 6

Das Volk wählt auf Grund eines Familienstimmrechtes. Denn **Wahlrecht** die Familie und nicht der Einzeldeutsche ist Zelle von Volk und Staat. Dieses Stimmrecht ist abgestuft nach dem Grade der Verantwortung des Familienvaters, bestimmt durch die Kopfzahl seiner Familie, bei Mitberechnung der Kinder, auch der unmündigen.

#### Stück 7

Sämtliche Volksvertreter im Deutschen Reiche werden auf diese **Verfassung** Weise gewählt, insbesondere das Reichsoberhaupt und der Reichstag. Der Reichsrat wird aus hervorragenden Männern des ganzen Reiches gebildet. Einen Teil seiner Mitglieder ernennt das Reichsoberhaupt, einen weiteren der Reichstag, der Rest erwirbt die Mitgliedschaft durch Erfizung, die durch Bekleidung bestimmter hoher Ämter erfolgt. Die Dauer der Mitgliedschaft ist zeitlich abgestuft.

#### Stück 8

Der Reichstag überwacht die Reichsregierung und verabschiedet **Zuständigkeiten** von dieser eingebrachte Gesetze und Staatsverträge. Sein Haushaltrecht ist auf die Einnahmeseite des Haushaltes beschränkt. Nur in besonderen Fällen wirkt er bei Bildung und Beseitigung der Reichsregierung mit.

Beim fachkundigen Reichsrat liegt das Schwergewicht der Gesetzgebung; ebenso die Beratung der Wehraufgaben und der außenpolitischen Maßnahmen des Reiches.

Das Reichsoberhaupt bildet und beseitigt die Reichsregierung, in besonderen Fällen durch Zusammenwirken mit Reichstag und Reichsrat. Erhaltung des Volkstums und der völkischen Wehrkraft sind oberster Leitsatz seines Handelns.

Scharfe Teilung der Gewalten wird durchgeführt.

#### Stück 9

Die Schaffung eines neuen Rechtes erfolgt unter bewußter **Rechtserneuerung** Zurückdrängung römisch-rechtlicher Grundsätze, die den einzelnen zum Schaden des Gemeinschaftslebens bevorzugen.

Im Privatrechte werden die Gemeinschaften, voran die Familie, zu Rechtsträgern. Das familienzerstörende Erbrecht von heute wird durch ein familienerhaltendes ersetzt.

Im Strafrechte erfolgt Abwendung von der schwächlichen Mitleideinstellung gegenüber sozialschädlichem Leben; denn sie beeinträchtigt in ihrer Auswirkung die gesunde Gesellschaft. Das neue Strafrecht erstrebt die Befreiung der Gemeinschaft von Schädlingen.

Im öffentlichen Rechte werden wieder unantastbare Rechtsbezirke geschaffen, in welche auch gesetzgeberische Allmachtsanmaßung des Staates nicht einzudringen vermag.

Im Gesellschaftsleben wach werdende Bestrebungen nach Ehrenschatz werden gefördert.

Das Arbeitsrecht wird ausgebaut und vereinheitlicht.

Der Gang der Rechtsprechung wird beschleunigt und vereinfacht, die Überlastung der ordentlichen Gerichte mit belanglosen Streitigkeiten vermieden. Im übrigen entscheiden sie jedoch Rechtsstreitigkeiten aller Art. Sondergerichtsbarkeit wird aufgehoben.

Die Freiheit richterlicher Rechtsschöpfung wird erweitert.

### Stück 10

**Beamtentum** Ein aus den besten Kräften des Volkes auserlesenes Berufsbeamtentum führt die aus staatlichem Hoheitsrechte fließenden Staatsaufgaben durch. Im Hoheitsbeamten erschöpft sich der Begriff des Beamten.

Die Zahl der Beamten wird wesentlich vermindert, die verbleibenden werden wirtschaftlich gehoben.

Ein in sich gleichgestelltes Berufsrichtertum wird in seiner Unabhängigkeit gestärkt und aus der Gesamtbeamtenschaft in eine Sonderstellung gehoben.

### Stück 11

**Kulturpflege** Nur die frei wirkende Persönlichkeit, nicht der Staat ist kulturschöpferisch. Die heutigen Staatschulen sind von weltanschaulichen Parteieinflüssen nicht frei; diese sind um so bedenklicher, als ihnen wahre geistige Schöpferkraft mangelt.

Die deshalb zu entstaatlichende Schule ist grundsätzlich Weltanschauungsschule. Sie vermittelt in erster Linie sittliche Erziehung, nicht totes Wissen. Schulträger sind die weltanschaulichen Schulgemeinden.

Staatsaufsicht trägt Sorge für das notwendige Maß staatsbürgerlicher Erziehung in allen Schulen, für Erhaltung und Zucht des Nachwuchses.

Die Zulassung zu den höheren Schulen wird nach dem Bedürfnisse des Volksganzen geregelt unter Auslese der Begabten und Charakterfesten.

Die Freiheit echter Kulturschöpfung wird verbürgt; Mißbräuche, welche die Besittung des Volkes gefährden, werden unterbunden.



### Stück 12

Das Reich sorgt für die Sicherstellung des völkischen Ernährungsraumes. Es treibt nationalwirtschaftliche, keine weltwirtschaftliche Politik. Die Erweiterung des Wirtschaftsraumes geschieht nach dem Grundsatz, daß die Ernährung des Volkes um so gesicherter ist, je näher neu erschlossene Wirtschaftsgebiete dem politischen Machtbereich liegen.

### Stück 13

Die Wirtschaft ist grundsätzlich Privatwirtschaft, da nur freie sich entfaltende Persönlichkeit die Erzeugung zu heben vermag.

Der Selbstsucht des rentesuchenden Kapitals dagegen sind Schranken zu setzen. Daraus folgen: verschärfte Gewerbepolizei, Überwachung des reinen Geldkapitals, Schutz der bodenständigen Wirtschaft.

### Stück 14

Die Landwirtschaft hat eine Sonderstellung inne. Sie verwaltet die Grundlage von Volk und Staat: den Boden. Sie gewährleistet die körperliche und seelische Erneuerung des Volkstums. Ertragsteigerung des vorhandenen, Gewinnung neuen anbaufähigen Ackerlandes und Vermehrung des Bauertums sind vornehmste völkische Pflicht.

### Stück 15

Die ungelöste Arbeiterfrage ist die offene Wunde am deutschen Volkskörper. Der deutsche Arbeiter muß sich als vollgültiges Glied deutscher Volksgemeinschaft fühlen, wenn die volle Kraftentfaltung des Deutschtums ermöglicht werden soll.

Das zum Lichte drängende Arbeitertum verlangt nicht allein Brot, sondern vor allem auch seelische Werte. Rein materielle Überbrückungsversuche schließen die soziale Kluft nicht.

Einstufung des Arbeiters in Gesellschaft, Staat und Kulturleben ist der Weg zur sozialen Befriedung. Die Stellung des schaffenden Arbeiters bedarf daher eingehender rechtlicher Regelung. Diese erfolgt nach den Leitsätzen:

- a) Gesellschaftliche Vollwertigkeit des deutschen Arbeiters.
- b) Seine seelische Verknüpfung mit Boden und Betrieb.
- c) Seine Sicherstellung durch die Wirtschaft (nicht durch den Staat).

Der Erreichung dieser Ziele dient in erster Linie die Bildung der Berufsstände (vgl. Stück 2).

Sodann erfolgt eine reinliche Scheidung der Unternehmertätigkeit nach der kaufmännischen und technischen Seite einerseits, der

arbeitgeberischen andererseits. Jene bleibt der schaffenden Einzelpersönlichkeit überlassen. Alle das Arbeitsverhältnis berührenden Fragen werden im Zusammenwirken von Arbeitgeber und Arbeitnehmer geordnet. Die beiderseitigen Befugnisse legt das Arbeitsrecht fest.

Durch Arbeit erwirbt der Arbeiter das Recht auf Sicherstellung seines Daseins, grundsätzlich durch den Betrieb.

Das gesamte zur Zeit bestehende Sozialwesen wird in die Selbstverwaltung von Unternehmern und Arbeitern überführt.

Die Verständigung über den sozialen Neubau erfolgt zwischen den Berufsständen. Praktische Formen und Lösungen findet der einzelne Betrieb im Rahmen des Arbeitsrechtes.

### Stück 16

**Steuertwesen** Nicht der einzelne wird zur Grundlage der Besteuerung gemacht, sondern die Volkswirtschaft.

Die Steuern müssen Grund und Boden schonen und die Familienbildung fördern.

Je einfacher die Steuer, desto besser.

Die Besteuerung erfolgt an dem Punkte, wo sie die Gütererzeugung am wenigsten beeinträchtigt.

Direkte Steuern, steigende Einkommensteuersätze, insbesondere Neidsteuern wirken wirtschaftszerstörend und schädigen den Volkskörper.

Die Bewilligung von Steuern schließt in sich die Pflicht ihrer Aufbringung.

### Stück 17

**Wehrhaftigkeit** Keine Außenpolitik ohne Macht. Die Gewinnung deutscher Rüstungsfreiheit ist gegenwärtig höchstes Ziel aller Außenpolitik.

Die Erziehung zu sittlicher und militärischer Wehrhaftigkeit bleibt vornehmste Aufgabe deutscher Innenpolitik.

Bis zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht auf breiter Grundlage übernimmt deren erzieherische Aufgaben die Arbeitsdienstpflicht.

### Stück 18

**Deutsche Ziele der Außenpolitik**

Schutz und Stärkung des deutschen Volkstums stehen an der Spitze deutscher außenpolitischer Aufgaben.

Das deutsche Volkstum wird zur Grundlage auch des staatlichen Denkens und Wollens. Daraus ergibt sich als Ziel der deutschen Außenpolitik: die Schaffung des alle geschlossen siedelnden Deutschen umfassenden Großstaates. Der entscheidende Schritt auf diesem Wege ist die Wiedervereinigung Deutsch-Osterreichs mit dem Reiche.

Stück 19

Das deutsche Volk, als das größte einheitliche Volk Europas, muß bei Vermeidung allen kosmopolitischen Denkens den Mut zu übernationalen Zielen aufbringen. Sein europäisches Aufgabenfeld liegt im Osten. Europäische Ziele  
der Außenpolitik

Das industriereiche Deutschland und der ackerbautreibende Osten Mitteleuropas ergänzen sich zu natürlicher Wirtschaftseinheit.

Deutsche Gesittung und deutsches Rechtsgefühl sind berufen, den mitteleuropäischen Raum mit einheitlichen Vorstellungen von Sitte und Recht zu erfüllen.

Die Werbung für den Gedanken einer europäischen Neuordnung unter Führung der Deutschen, als dem großen Volke der Mitte, ist nur möglich durch Überwindung des westlichen Nationalstaatsgedankens. Die selbsttätige Unterdrückungspolitik der westlich geformten Nationalstaaten trägt Schuld an der europäischen Zerklüftung.

Wir fordern auch deshalb den deutschen Staat der Freiheit und Gerechtigkeit. Nur so kann die Furcht vor völkischer Beeinträchtigung und wirtschaftlicher Unterdrückung den kleineren und mittleren Völkern an Deutschlands Ostgrenzen genommen werden (vgl. Stück 3).

Die Einigung Europas aus seiner Mitte heraus hängt also ab von der rechtschöpferischen Kraft, mit der die Deutschen den Gedanken des gegliederten Reiches neu beleben.

Das auf Siedlungsinseln lebende Auslanddeutschtum verlangt Sicherung und freie Entfaltung. Sie sind verbürgt mit Durchführung dieser auf volksdeutschem Denken beruhenden Außenpolitik.

**Endspruch**

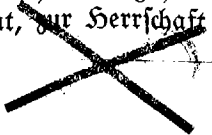
Überwindung der schweren Gefahrlage und Erfüllung der geschichtlichen Sendung der Deutschen sind nur durch höchste Anspannung aller sittlichen Kräfte zu erreichen. Rein Deutscher darf sich seinem Volke versagen. Die Herrschaft  
der Hochwertigen

Die innere Erneuerung des deutschen Menschen bedarf deshalb der Ergänzung durch strenge Erziehungsarbeit echter Führer. Nicht der Besitz macht zum Führer in Gesellschaft und Staat, sondern das sittliche Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft.

Die Zukunft des deutschen Volkes liegt in Händen einer hochwertigen Minderheit. Auf ihrer Entschlossenheit und Kraft beruht die Rettung menschlicher Gesittung.

An das junge Deutschland ergeht der Ruf:

Zur einigenden Tat, zur Herrschaft der Hochwertigen.



59679

Buchdruckerei des Waffenhauses in Halle (Saale)





ROTANOX  
oczyszczanie  
X 2008

---

**KD.2145**  
nr inw. 2867